

DER EINFLUSS ALTERNATIVER ZEITUNGEN AUF DIE KOMMUNALPOLITIK

Eine empirische Untersuchung aus der Sicht
städtischer Pressestellen, dargestellt vor dem Hintergrund
der geschichtlichen und begrifflichen Entwicklung der
Alternativzeitungen und des kommunalen Kommunikationsraumes

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

vorgelegt von
Günther Denzler
aus
Pödeldorf

Bamberg 1988



DER EINFLUSS ALTERNATIVER ZEITUNGEN AUF DIE KOMMUNALPOLITIK

Eine empirische Untersuchung aus der Sicht
städtischer Pressestellen, dargestellt vor dem Hintergrund
der geschichtlichen und begrifflichen Entwicklung der
Alternativzeitungen und des kommunalen Kommunikationsraumes

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

vorgelegt von
Günther Denzler
aus
Pödeldorf

Bamberg 1988

1. Berichterstatter: Prof. Dr. G. Ott

2. Berichterstatter: Prof. Dr. J. Hartmann

Tag der mündlichen Prüfung: 20.12.1988

Vorwort

Eine Dissertation ist zwar zuerst und vor allem das Ergebnis eigenen wissenschaftlichen Bemühens und individueller Erkenntnisse. Dennoch ist das Gelingen einer solchen Arbeit von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig. Sie ist insbesondere nicht denkbar ohne wissenschaftliche Betreuung und ohne Verständnis und Unterstützung im persönlichen Umfeld.

Zuerst und vor allem danke ich an dieser Stelle meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Gabriel Ott für die Beratung in wissenschaftlichen Fachfragen und für die positiven Erfahrungen im persönlich-menschlichen Bereich.

Mein besonderer Dank gilt ferner - neben vielen anderen, die mir vor allem im organisatorisch-technischen Bereich geholfen haben - Herrn Dr. Ewald Müller, Leiter der Presseabteilung des Deutschen Städtetages, der mir wichtige Anregungen gegeben und mich bei der Vorbereitung und Durchführung der Umfrage sehr unterstützt hat sowie Herrn Dr. Harald Meyer, Akademischer Oberrat am Lehrstuhl von Prof. Dr. Dörner, Universität Bamberg, der den empirischen Teil dieser Arbeit von Anfang an begleitet, maßgeblich befruchtet und in vielfältiger Weise zum erfolgreichen Abschluß beigetragen hat.

Der größte Dank gilt jedoch meiner Frau Christine und meinen Töchtern Stephanie und Julia. Ohne ihr Verständnis und ihre menschliche Unterstützung wäre mir diese Arbeit, die aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit einen großen Teil meiner Freizeit in Anspruch genommen hat, nicht möglich gewesen. Ihnen ist diese Dissertation gewidmet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

THEMA

DER EINFLUSS ALTERNATIVER ZEITUNGEN AUF DIE KOMMUNALPOLITIK

Eine empirische Untersuchung aus der Sicht städtischer Pressestellen, dargestellt vor dem Hintergrund der geschichtlichen und begrifflichen Entwicklung der Alternativzeitungen und des kommunalen Kommunikationsraumes.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Fragestellung, Zielsetzung und Vorgehensweise der Arbeit	3
1. Zur Fragestellung	3
2. Zielsetzung und Vorgehensweise	7
II. Die Alternativpresse: Geschichtliche Entwicklung, Begriff und rechtliche Einordnung	11
1. Die Alternativpresse in der Bundesrepublik Deutschland	11
1.1 Material- und Quellenlage	11
1.2 Die Alternativbewegung als Ausgangspunkt	14
1.3 Die Alternativpresse und ihre Entwicklung	23
1.3.1 Meinungsstand zur Phänomenbestimmung	23
1.3.2 Exkurs: Quantitative Aspekte	25
1.3.3 Entstehungsursachen und Ziele	27
1.4 Zur Definition "Alternativpresse"	35
1.4.1 Vorbemerkungen zur Zuordnung und zu den Abgrenzungskriterien	35

1.4.2 Form, Inhalt und Gestaltung	37
1.4.3 Ökonomie und Zweck	39
1.4.4 Organisation des Arbeitsprozesses	44
1.4.5 Kommunikationsmodelle	49
1.4.6 Politikverständnis	55
1.4.7 Verbandsunabhängigkeit	57
1.5 Kritik und eigener Ansatz	60
1.6 Zur Typologie	67
2. Alternativzeitungen und rechtliche Aspekte	74
2.1 Presserechtliche Bestimmungen	75
2.1.1 Zum Begriff "Presse"	75
2.1.2 "Zeitungen" und "Zeitschriften"	75
2.2 Zur presserechtlichen Einordnung der Alternativzeitungen	83
2.3 Der Schutzzumfang des Art. 5 GG und die Alternativzeitungen	85
III. Einflußfaktoren im kommunalen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß	88
1. Der kommunale Bereich	89
1.1 Gemeinde und Politik	89
1.1.1 Zum Gemeindebegriff	89
1.1.2 Zum Begriff "Kommunalpolitik"	93
1.2. Zur kommunalen Selbstverwaltung	101
1.3 Aufgaben der Gemeinde	114
1.3.1 Versorgung der Gemeindebürger mit öffentlichen Dienstleistungen	115
1.3.2 Stadtplanung und Umweltgestaltung im kommunalen Bereich	116
1.3.3 Sonstige Rechte und Pflichten	118
1.3.4 Übertragene Aufgaben	119
1.4 Grenzen kommunaler Politik	120
1.4.1 Administrative Politikverflechtung	122

1.4.2	Wirtschaftliche Abhängigkeit	123
1.5	Zur Krise im kommunalen Bereich	125
2.	Der kommunale Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß	129
2.1	Vorbemerkungen	129
2.2	Rechtliche und politische Möglichkeiten des Gemeindebürgers am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß teilzunehmen	138
2.2.1	Direkte Mitwirkungsmöglichkeiten	139
2.2.2	Indirekte Beteiligungsformen	139
2.3	Kommunale Kommunikationsstrukturen	145
2.3.1	Vorgegebene Strukturen als Einflußfaktoren	145
2.3.2	Wirkung kommunaler Verfassungssysteme	147
2.3.3	Zur Rolle der Kommunalverwaltung	151
2.3.4	Der Einfluß der Parteien	156
2.3.5	Die Kraft von Vereinen/Verbänden	163
2.3.6	Die Macht der Wirtschaft und der Interessen- gruppen	165
2.3.7	Bedeutung der Bürgerinitiativen	167
	1. Begriff und Entstehungsursachen	
	2. Aufgabenstellung und Kommunikations- leistung	
2.3.8	Funktionen und Wirkungsweise der etablierten Lokalpresse	177
	1. Begriff und Entwicklung	
	2. Zu den Funktionen der Presse	
	3. Presse und öffentliche Meinung	
	4. Kommunikationsleistung der etablierten Lokalpresse	
2.4	Die Alternativpresse im kommunalen Raum	212
2.4.1	Zum Forschungsstand	212
2.4.2	Die Alternativpresse und ihr Wirken im kommunalen Raum	215
2.5	Die kommunalen Pressestellen (Exkurs)	219
2.5.1	Verwaltungsorganisatorische Zuordnung der Pressestellen	220

2.5.2 Aufgaben und Handlungsmaximen der Pressestellen	221
2.5.3 Pressestellen und lokale Medien	225
IV. Anlage der Untersuchung	229
1. Beschreibung des Fragebogens	229
2. Beschreibung der Stichproben	231
3. Vorgaben	232
4. Deskriptive Auswertung der Fragebogendaten	238
4.1 Die an der Umfrage beteiligten Städte	238
4.2 Die von der Umfrage erfaßten Zeitungen	240
4.2.1 Art der Zeitungen und Anzahl der inhaltlichen Schwerpunkte	245
4.2.2 Themenschwerpunkte	247
4.2.3 Zum Entstehungszeitpunkt der Zeitungen	250
4.3 Umfang und Formen der Zusammenarbeit	252
4.4 Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen	255
4.5 Bewertung der Erfahrungen, der Darstellungsform und der Zukunftschancen	257
4.6 Korrelationen zwischen den Fragebogenitems	260
4.6.1 Berechnung der Korrelationen	260
4.6.2 Interpretation der Korrelationen	260
4.7. Untersuchung der Dimensionalität der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Kommunalpolitik	277
4.7.1 Fragestellung	277
4.7.2 Untersuchung der Fragestellung mit Hilfe der Faktorenanalyse	279
4.7.2.1 Darstellung und Begründung der Methode	279
4.7.2.2 Durchführung der Faktorenanalyse	281
4.7.2.3 Interpretation der Faktorenanalyse	281

5.	Die statistische Prüfung des Einflusses von Zeitungsart und Stadtgröße auf die Einschätzung der Alternativzeitung durch die städtischen Pressestellen	286
5.1	Die Untersuchung des Einflusses der Zeitungsart	290
5.1.1	Hypothesen	290
5.1.2	Statistische Prüfung der Hypothesen	294
5.2	Die Untersuchung des Einflusses der Stadtgröße	304
5.2.1	Hypothesen	304
5.2.2	Statistische Prüfung der Hypothesen	307
5.3	Die Untersuchung des Einflusses der Kombination: Zeitungsart und Stadtgröße	314
6.	Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Antworten der Pressestellen insbesondere zu den Fragen nach dem Einfluß alternativer Zeitungen auf die Kommunalpolitik und weiteren sozialstrukturellen Variablen der beteiligten Städte	328
6.1	Formulierung von Hypothesen	329
6.2	Statistische Prüfung der Hypothesen	339
7.	Vergleichende Gegenüberstellung der verschiedenen Fragenkomplexe bezogen auf die untersuchten Variablen	374
7.1	Die verschiedenen Zeitungskategorien	375
7.2	Die verschiedenen Stadtgrößen	379
7.3	Die Kombination Zeitungsart/Stadtgröße	384
7.4	Die weiteren sozialstrukturellen Variablen	389
8.	Zusammenfassung und Ausblick	391
 Anhang		
	Anlagen zur Befragung und zur Auswertung	393
	Sozialstrukturelle Daten der erfaßten Städte	398
	Einzelergebnisse der Befragung	409
	Abkürzungsverzeichnis	434
	Anmerkungen	436
	Literaturverzeichnis	507

I. FRAGESTELLUNG, ZIELSETZUNG UND VORGEHENSWEISE DER ARBEIT

1. Zur Fragestellung

Seit einigen Jahren ist das Hauptaugenmerk - auch in der Wissenschaft - verstärkt auf Problembereiche im Zusammenhang mit der Einführung der sogenannten neuen Medien¹⁾ gerichtet. Wenn hierbei auf die gedruckten Medien eingegangen wird, dann stehen vor allem wirtschaftliche Probleme und Forderungen nach einer angemessenen Beteiligung der Verleger an den neuen Medientechniken im Mittelpunkt der Erörterung.

Fragen nach der Wirkungsweise der Printmedien und nach ihrem Einfluß insbesondere im kommunalen Bereich sind in Anbetracht der sich augenblicklich vollziehenden "elektronischen Revolution" und der Vervielfältigung des Angebotes im Hörfunk- und Fernsehbereich kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen.

Dies mag verständlich erscheinen, sachlich begründen läßt es sich bei näherem Hinsehen nicht; denn die sogenannten neuen Medien führen keineswegs zum "Ende des Gutenberg-Zeitalters". Im Gegenteil, die Auflagenzahlen der bundesdeutschen Zeitungen sind nach wie vor hoch und weisen eine steigende Tendenz auf.²⁾

Darüberhinaus lehrt die Geschichte der zwischenmenschlichen Kommunikation, daß kein Medium, das einmal in Gebrauch genommen wurde und sich bewährt hat, durch ein neu hinzutretendes Medium verdrängt worden ist.³⁾

Lokale Printmedien können durch lokale Rundfunk- und Fernsehprogramme allenfalls ergänzt, nicht aber ersetzt werden; denn die Presse hat Vorteile, die dieses Medium im kommunalen Bereich unentbehrlich machen. Um das Interesse der Bürger an der Kommunalpolitik zu erhöhen und das erforderliche



Wissen zu vermitteln, ohne das kommunale Themen und Lösungen nicht kontrovers diskutiert werden können, sind viele Detailinformationen notwendig. Lokalrundfunk und Regionalfernsehen sind nur bedingt geeignet, diese Detailinformationen zu liefern; denn sie neigen - wie diese Medien überhaupt - in ihrer Berichterstattung zu einer gewissen Oberflächlichkeit und zu einer Verkürzung der Sachverhalte. Dramatisierungs- und Verzerrungstendenzen erscheinen hierbei unvermeidlich, d.h. die audiovisuellen Regionalsendungen werden bezüglich der erforderlichen Detailinformationen die Korrektiv- und Ergänzungsfunktion der Druckmedien nicht ersetzen können. Die Zeitungslektüre ist also notwendig, um das von den audiovisuellen Medien vermittelte Bild zu ordnen, zu ergänzen und sinnvoll in einen Rahmen zu stellen. U. Saxer⁴⁾ hält unter Bezugnahme auf repräsentative Querschnittuntersuchungen in der Schweiz die Nutzung der Printmedien für eine unentbehrliche Voraussetzung zur Lösung komplexer Probleme in hochentwickelten Systemen. Er weist darauf hin, daß Bevölkerungsschichten, in denen die Lesemotivation gering ist und die Zeitung als Informationsquelle nicht genutzt wird, innerhalb der Gesellschaft geringere Partizipations- und Durchsetzungschancen haben und daß durch die intensive Nutzung der Zeitung Wissensunterschiede reduziert und ausgeglichen werden können. Hinzu kommt, daß die heute vorhandene Angebots- und Informationsfülle beim Menschen den Wunsch nach Wegweisern und Orientierungshilfen immer mehr zunehmen läßt. Diesem Wunsch kommen die Zeitungen in starkem Maße entgegen; denn sie zeigen in räumlicher Präsentation die verschiedenen Wahlmöglichkeiten, sie sind mühelos zu transportieren und erleichtern durch ihren Aufbau, ihre aktuellen Tagesübersichten, Veranstaltungskalender, etc. Vergleiche, Abwägungen und ermöglichen einen Überblick über das Tagesgeschehen und über Einzelthemen. Die Chance der Zeitung besteht vor allem darin bei einer

Unmenge von Informationen Unwichtiges auszusondern, die Komplexität zu reduzieren, sachlich Zusammengehörendes zueinander zu ordnen und nicht Zusammengehörendes zu entwirren. Dabei befindet sich der Zeitungsleser, anders als bei den audiovisuellen Medien, bei denen die Dimension "Zeit" eine ausschlaggebende Rolle spielt und der Informand sich dem Programmablauf unterwerfen muß, in einer souveränen Situation; denn er entscheidet selbst, wann, wie oft und wie genau er welche Nachrichten liest.⁵⁾

Aus der Feststellung, daß den Printmedien aufgrund der ihnen innewohnenden Besonderheiten Aufgaben zukommen, die von den audiovisuellen Medien so nicht erfüllt werden können, ergibt sich, daß die sogenannten neuen Medien die Bedeutung der Printmedien kaum schmälern können, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Wirkungsweise und den Einflußmöglichkeiten der verschiedenen Printmedien also nicht vernachlässigt werden darf, sondern in einem stärkeren Umfang wieder aufgenommen werden muß.

Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß die weit fortgeschrittene Pressekonzentration und die Zunahme lokaler Zeitungsmonopole gerade im kommunalen Bereich mit einer steigenden Entpolitisierung und mit einer verstärkten Zurückhaltung der etablierten Zeitungen gegenüber kommunalpolitischen Themen und lokalen Honoratioren verbunden ist.⁶⁾

Dies führt gerade hinsichtlich der Ausführlichkeit und Intensität, mit der kommunale Themen öffentlich diskutiert und zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen gemacht werden, über Informationsverkürzungen und -defizite beim Bürger zu einer Einschränkung des Meinungspluralismus und erschwert eine nach allen Seiten hin abgewogene Urteilsbildung. Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen und der örtlichen Parteien vermag wegen ihrer nur eingeschränkten Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion lokaler Themen keinen Ausgleich zu schaffen.⁷⁾

In Anbetracht dieser Feststellungen ist die Frage danach, ob bzw. in welchem Umfang die "Alternativzeitungen" in der Lage sind, die bei den etablierten Lokalzeitungen erkennbaren Defizite bei der Auseinandersetzung mit lokalen Themen auszugleichen und durch das Mitwirken am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß Einfluß auf die Kommunalpolitik zu nehmen, nicht nur von besonderem Interesse, sondern auch in hohem Maße aktuell.

Daß die Alternativzeitungen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Bereich der Printmedien darstellen und - legt man der Bewertung nur die Auflagenhöhe und die Erscheinungshäufigkeit zugrunde - als "no big deal" bezeichnet werden können, denen szenenintern vor allem eine Bestätigungsfunktion zukommt und die außerhalb der Szene insbesondere zu einer Problemsensibilisierung/"consciousness raising enterprise" und Problemstrukturierung beitragen, vermag hieran nichts zu ändern; denn entscheidend für den Einfluß auf die Kommunalpolitik ist nicht allein die Quantität der jeweiligen Zeitungsart, sondern auch der Wille, sich mit lokalen Themen kritisch auseinanderzusetzen und am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß mitzuwirken.

Die hier aufgeworfene Fragestellung war bisher weder Gegenstand deskriptiver noch empirischer Untersuchungen. Dies hat zur Folge, daß geeignete empirische Daten nicht vorhanden sind und auf entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse nicht zurückgegriffen werden kann. Zwar hat die Feststellung verschiedener Zeitungsunternehmen und Verlage, daß Jugendliche, die den etablierten Medien vermehrt als Leser verlorengehen, zunehmend von den Alternativzeitungen erreicht werden,⁸⁾ dazu geführt, daß der Erforschung der Alternativpresse in den letzten Jahren eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Zu wissenschaftlich verwertbaren Forschungsergebnissen, insbesondere bezogen auf die hier gewählte Fragestellung, hat dies jedoch bisher nicht geführt.

2. Zielsetzung und Vorgehensweise

Ziel dieser Arbeit ist es, anhand empirischer Methoden die aufgeworfene Frage näher zu beleuchten und zu untersuchen, welche Kriterien und Faktoren es sind, die für die Bewertung des Einflusses Bedeutung haben. Wegen des oben festgestellten Fehlens geeigneter empirischer Daten bezüglich der hier zu behandelnden Fragestellung ist es notwendig, eine selbständige Datenerhebung durchzuführen und für die wissenschaftliche Auswertung dieser Daten geeignete statistische Methoden zu finden. Dabei erscheint es sinnvoll die erforderlichen Daten dort zu erheben, wo sich lokale Politik vollzieht und wo sie gestaltet wird, nämlich bei den kommunalen Gebietskörperschaften und deren Institutionen. Da eine Befragung aller Kommunen der Bundesrepublik Deutschland einmal wegen der hohen Anzahl der Gemeinden und zum anderen, weil mit Alternativzeitungen erst in Kommunen ab einer bestimmten Größe gerechnet werden muß, weder sinnvoll noch praktikabel erscheint, werden - um einen möglichst repräsentativen Querschnitt deutscher Städte zu erreichen - alle Städte, die dem Deutschen Städtetag angehören, an der Umfrage beteiligt. Um einen hohen Rücklauf sicherzustellen geschieht dies in Absprache mit dem Pressereferenten des Deutschen Städtetages, Herrn Dr. Ewald Müller und mit Unterstützung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages.

Die weitere Frage lautet nun, wer innerhalb der jeweiligen Stadt konkreter Ansprechpartner bei der Befragung sein soll. In Frage kommen neben dem Oberbürgermeister und der städtischen Pressestelle vor allem auch die sogenannten Vorentscheider in den Fraktionen und in der Verwaltung.⁹⁾ In der vorliegenden Arbeit werden als Befragungsadressaten die städtischen Pressestellen gewählt. Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß die Pressestellen, die grundsätzlich der Verwaltung zuzurechnen und meist im Bereich des Oberbürger-

meisters angesiedelt sind, sowohl zur Verwaltungsebene als auch zum Oberbürgermeister und zum Rat der Stadt einen guten Kontakt haben. Dies ermöglicht ihnen, in der Initiativ- und Vorbereitungsphase ebenso wie in der Entscheidungsphase einen intensiven Zugang zu den Vorentscheidern in der Verwaltung und in den verschiedenen Entscheidungsgremien. An der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Bürgermeister und Rat angesiedelt, haben sie nicht nur intensive Beziehungen zu den Medien und zu den jeweiligen kommunalen Einflußfaktoren, sondern vor allem auch einen guten Überblick über die vielfältigen Kommunikationsstrukturen und über den Ablauf des Entscheidungsprozesses innerhalb des kommunalen Machtzentrums.¹⁰⁾ Hinzu kommt, daß eine Befragung der Pressestellen gegenüber einer Befragung der Oberbürgermeister, der Fraktionsvorsitzenden oder sonstiger Vorentscheider im Bereich der Gremien und der Verwaltung am ehesten eine (partei) politisch neutrale und objektive Bewertung erwarten läßt. Bei der Erstellung des Fragebogens erscheint es, insbesondere wegen der Frage nach den möglichen Kriterien, von denen das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen beeinflußt wird, zweckmäßig, die Pressestellen nicht nur abstrakt und isoliert um eine Bewertung des Einflusses der Alternativzeitung auf die Kommunalpolitik zu bitten, sondern die jeweils gemeldeten Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen begrifflich und inhaltlich bestimmten im Fragebogen vorgegebenen Kategorien zuordnen zu lassen und nach dem Umfang des Kontaktes zwischen den städtischen Pressestellen und den jeweiligen Alternativzeitungen und nach der Intensität der Auswertung zu fragen. Ferner erscheint es nützlich, eine Bewertung der Erfahrungen, die die städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht haben, vornehmen zu lassen und danach zu fragen, wie die Darstellung der Kommunalpolitik in der jeweiligen Alternativzeitung und wie die Zukunftschancen dieser Zeitungen von ihnen bewertet werden. Eine Anfrage weiterer

für das Antwortverhalten möglicherweise relevanter sozialstruktureller städtischer Daten wird nicht für erforderlich gehalten, weil für die Erhebung dieser Daten statistische Jahrbücher und u.ä. Quellen zur Verfügung stehen.

Bevor mit den empirischen Untersuchungen begonnen werden kann, ist es notwendig, den Inhalt einiger Begriffe näher zu bestimmen:

In einem ersten Schritt muß der Bedeutungsgehalt des Begriffs "Alternativpresse" für die vorliegende Arbeit festgestellt werden. Dabei werden die geschichtliche Entwicklung dieser Zeitungsart und die Änderung ihrer Definitionskriterien aufgezeigt und interpretiert. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wird der Begriff - bezogen auf die konkrete Fragestellung dieser Arbeit - dann u.U. inhaltlich zu ergänzen bzw. neu zu bestimmen und eine presserechtliche Zuordnung vorzunehmen sein.

Im Anschluß daran sollen Begriff und Inhalt der Kommunalpolitik beschrieben und die maßgeblichen Einflußmöglichkeiten und -faktoren im Hinblick auf den kommunalen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß dargelegt werden.

Auf der Basis dieser Ergebnisse kann dann - mit Hilfe der erhobenen Daten - die Bewertung des Einflusses alternativer Printmedien auf die Kommunalpolitik durch die städtischen Pressestellen näher untersucht werden.

Da der Begriff "Kommunalpolitik" vor allem auch wegen vielfältiger lokaler Besonderheiten sehr komplex ist und nicht erwartet werden kann, daß sich die Frage nach dem Einfluß alternativer Printmedien pauschal beurteilen läßt, wird die Fragestellung, ausgehend davon, daß auf den kommunalen Entscheidungsfindungsprozeß viele Faktoren einwirken können, nach drei Seiten hin präzisiert und konkretisiert und damit gleichzeitig eingegrenzt. Es wird nämlich nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, auf die Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit ge-

fragt. Dieser Vorgehensweise liegt die Überlegung zugrunde, daß eine Zeitung, die Einfluß auf die öffentliche Meinung hat, einen, wie auch immer gearteten Druck auf Entscheidungsgremien und über diese auf die Arbeit der Verwaltung ausübt, der dann mittelbar oder unmittelbar über Arbeitsvorlagen und Entscheidungsvorschläge der Verwaltung und der Vorentscheider in kommunale Entscheidungen einfließt. Wird also ein Einfluß der jeweiligen Alternativzeitungen in diesen Bereichen von den Pressestellen bejaht, dann legt dies die Vermutung nahe, daß die in diesen Zeitungen vertretene Meinung und die vorgetragenen Argumente bei der kommunalpolitischen Entscheidungsfindung gesehen, geprüft und gewertet werden und daß die Zeitung damit - in welchem Umfang auch immer - auf die Kommunalpolitik Einfluß nimmt. Dabei wird allerdings nicht verkannt, daß auch die Alternativzeitungen bezüglich ihres Einflusses auf die Kommunalpolitik mit der Erkenntnis von Le Bon über die Beeinflussung der Massen leben müssen.

II. GESCHICHTE, STRUKTUR UND WESEN DER ALTERNATIV- PRESSE IM LOKALEN KOMMUNIKATIONSRAUM

II.1 Die Alternativpresse in der Bundesrepublik Deutschland

Das Phänomen "alternative Medien" als Instrument der politischen Opposition ist so alt wie die Presse selbst. Dennoch ist die Forschung zum Themenbereich "Alternativpresse" in vielerlei Hinsicht unbefriedigend. Dies beginnt bereits bei der Frage nach den maßgeblichen Entstehungsursachen und zeigt sich auch in der Typologie. Unklarheiten bestehen schließlich bei der Bezeichnung des Phänomens und bei der Frage, welche Kriterien eine Zeitung erfüllen muß, um als "Alternativzeitung" definiert werden zu können.

1.1 Zur Material- und Quellenlage

In den einschlägigen Handwörterbüchern und Lexika zur Massenkommunikation und zur Publizistik wird der hier zu untersuchende Zeitungstypus weder unter dem Begriff "Alternativzeitung" oder "Alternativpresse" noch unter einem anderen Oberbegriff ausführlich definiert, zum Teil nicht einmal erwähnt.¹⁾

In der Publizistik und Kommunikationswissenschaft ist ein Interesse an den seit den frühen 70er Jahren entstandenen Alternativzeitungen erst in jüngerer Zeit festzustellen und auch hier nur für bestimmte Medientypen, sodaß die Arbeiten noch nicht sehr umfangreich, die verfügbare Datenbasis schmal und allgemeine Aussagen nur bedingt möglich sind.²⁾ Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß man die Bedeutung dieser Zeitungskategorie lange Zeit unterschätzte und

ihr "keine größere Bedeutung für die gesellschaftliche Kommunikation beigemessen" hat³⁾, weil man sich auf einen Vergleich mit anderen (etablierten) lokalen Medien beschränkte. Zur Begründung wurde vor allem auf das beschränkte Verbreitungsgebiet, die geringe Erscheinungshäufigkeit, die begrenzte Auflage und die kurze Bestandsdauer verwiesen. Heute überwiegt die Ansicht, daß die Wirkungs- und Einflußchancen der Alternativzeitungen im lokalen Kommunikationsraum bedeutsam und erheblich sind.⁴⁾ Jarren⁵⁾ spricht sogar von einer "Überschätzung" der Alternativzeitungen, zu der die "öffentliche Aufmerksamkeit" beigetragen hat, die die "Alternativbewegung" in den letzten Jahren nicht zuletzt auch seitens der Bundesregierung und einiger Landesregierungen sowie seitens großer Verlage und Verbände erfahren hat.

Das publizistische und politische Interesse an der "Alternativpresse" in der Bundesrepublik Deutschland hat dazu geführt, daß seit 1981 die Publikationen zunahmen, die zunächst mehr aus soziologischer Sicht und erst später auch aus der Sicht der Publizistik/Kommunikationswissenschaft und der Politikwissenschaft das Thema behandelten. Allerdings ist die Anzahl der empirischen Untersuchungen gering, weil es schwer ist, Kontakt mit den Herausgebern alternativer Zeitungen aufzunehmen; denn ihr Verhältnis zu amtlichen Stellen und "etablierten" Institutionen ist von Mißtrauen geprägt und auch seitens der Wissenschaft besteht kaum ein unmittelbarer Kontakt zur Szene. Es ist deshalb kein Zufall, daß die vorhandenen Veröffentlichungen über die "Alternativpresse", insbesondere diejenigen, die als Diplomarbeiten u.ä. an den Hochschulen eingereicht werden, häufig nicht von außen kommen, sondern von Personen verfaßt sind, die der Szene angehören und dort an alternativen Projekten mitgearbeitet haben oder doch zumindest enge Kontakte zur Szene haben. Es kann nicht verwundern, wenn diese Arbeiten

teilweise einen sehr subjektiven Akzent haben, die Aufgaben ideal-typisch darstellen⁶⁾ und ihre publizistischen und politischen Zielvorstellungen ohne kritisch-distanzierte Analyse vor Ort aufgrund ihrer persönlichen Nähe zum Untersuchungsgegenstand kaum hinterfragen. Dennoch enthalten diese Arbeiten für die Entstehung und die Entwicklungsgeschichte der "Alternativpresse" wichtige Informationen, die nur über sie zu erfahren sind. Insbesondere die von Insidern der "Alternativpresse" erstellten Selbstdarstellungspapiere, die ebenfalls nur in geringer Anzahl vorhanden sind⁷⁾, geben einen guten Überblick über politische und soziale Zielsetzungen, redaktionelle Konzeptionen und die Erfahrungen in der Praxis sowie über "projekttypische Schwierigkeiten". Umfangreichere Struktur- und Inhaltsuntersuchungen wurden bisher nur von der "Arbeitsgruppe Alternativpresse" (AgAp), die einen unmittelbaren Kontakt zu den meisten alternativen Zeitungsredaktionen hat, gemacht. Die Arbeitsgruppe Alternativpresse hat ihr "Riesengroßes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, Extraausgabe 1982" in der 3. Auflage herausgebracht, in dem eine große Anzahl Alternativzeitungen aufgeführt und nach verschiedenen Kriterien gegliedert dargestellt sind. Sie hat damit wichtige Arbeiten zur Analyse der Entstehung und Entwicklung der "Alternativbewegung" geliefert.⁸⁾ Anhand dieses wohl umfassendsten Verzeichnisses alternativer Zeitungen werden die eigenen Befragungsergebnisse überprüft und verglichen. Die bei Jarren⁹⁾ dargestellten Mängel werden dabei nicht verkannt, fallen jedoch wegen der in dieser Arbeit im Vordergrund stehenden Zielsetzungen nicht ins Gewicht. Entscheidend ist hier vielmehr, daß dieses Verzeichnis einen wichtigen Einblick in den Bereich alternativer Medien gibt und für Vergleichszwecke geeignet ist.

Die in dieser Arbeit verwendete Literatur beschränkt sich

bezüglich der Alternativzeitungen auf den deutschsprachigen Raum. Dies kann deshalb geschehen, weil das Phänomen der Alternativpresse, wie es uns in der Bundesrepublik Deutschland begegnet, weder in den anderen Europäischen Nachbarstaaten, noch in den USA in dieser Form bekannt ist.

Die Sichtung der deutschen Literatur zum Themenbereich "Alternativpresse" und "Alternativzeitungen" zeigt, daß die Frage der unmittelbaren Einwirkung alternativer Medien auf den kommunalpolitischen Bereich bisher empirisch nicht untersucht wurde und daß der Begriff "Alternativpresse" inzwischen umstritten ist.¹⁰⁾ Die in der Literatur vertretenen verschiedenen Definitionsansätze und ihre Begründungen sind, wie im einzelnen noch dazustellen sein wird, aus der Geschichte der Alternativpresse und aus ihrem Selbstverständnis heraus entwickelt. Um sich mit ihnen auseinander setzen zu können, ist es notwendig, zunächst die Geschichte der Alternativbewegung, aus der die Alternativzeitungen entstanden sind, aufzuzeigen und Entstehungsursachen und Zielsetzungen der Alternativpresse kurz zu beleuchten.

1.2 Die Alternativbewegung als Ausgangspunkt

Das Erstarken der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat bei den Bürgern sehr frühzeitig zu einem neuen Selbstverständnis und zu einer Stärkung des Selbstvertrauens geführt, mit der Folge, daß der Bürger den Mut fand, seine persönliche Meinung zu äußern, Kritik und Protest zu artikulieren und sich im Interesse einer effektiven und wirkungsvollen geistigen Auseinandersetzung mit anstehenden Problemen in Gruppen zusammenzuschließen. Bereits Anfang der 60er Jahre entwickelten sich in Deutschland aus dieser Grundhaltung heraus Protestbewegungen, deren Anhänger nicht

mehr bereit waren, sich in gesellschaftliche Zwänge einbinden zu lassen und die die Leistungsgesellschaft in Frage stellten. Dieser mehr passiven Verweigerung ohne festes Konzept folgte Mitte der 60er Jahre der aktive politische Protest mit Demonstrationen, Aktionen und Provokationen. Die Probleme, die dabei im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen, waren vielgestaltig, die für die Entstehung genannten Ursachen vielschichtig und die Projekte und Initiativen sehr unterschiedlich.¹¹⁾ Folgende Entwicklungsstufen und Schwerpunktsetzungen lassen sich dabei erkennen:

- Studentenunruhen

Während sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Amerika der "Underground" konstituierte, der an die Stelle von Eigentum und Besitz das "Prinzip Liebe" setzte und eigene Kindergärten, Schulen, Universitäten, eigene Theater, Kinos sowie eigene Radiostationen und Zeitungen errichtete, demonstrierten in der Bundesrepublik Deutschland die Studenten gegen den Vietnamkrieg, gegen Manipulation und Autorität, gegen die Notstandsgesetze und gegen den Springer-Konzern. 1968 erreichten die Studentenunruhen nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern wie in Frankreich, Belgien, Japan, Mexiko aber auch in Ostblockländern wie Jugoslawien und Polen Höhepunkte. Dabei wird in Westberlin auf Rudi Dutschke (SDS) ein Attentat verübt. Auf dem Höhepunkt der Studentenunruhen Ende der 60er Jahre führten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen zu einer "Spaltung der Bewegung in militante und nicht-militante Fraktionen" die sich über viele Jahre auch durch die Alternativpresse zieht. Nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der bei Demonstrationen anlässlich des Schahbesuchs 1967 erschossen wurde, erklärte der SDS: Der Verlauf der Protestaktionen zeigt, daß der politische Protest mehr und mehr darauf verwiesen ist, sich selbst die Mittel zu schaffen, mit denen

breitere Bevölkerungsgruppen informiert und aufgeklärt werden können".¹³⁾

- Bürgerinitiativen

In der Zeit der großen Koalition, als die ersten Fehlentwicklungen des deutschen "Wirtschaftswunders" sichtbar wurden, entstanden die sogenannten Bürgerinitiativen,¹⁴⁾ die innerhalb weniger Jahre eine beachtliche Zahl erreichten.¹⁵⁾ Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag zunächst im Bereich unmittelbar persönlichen Betroffenseins mit lokal und thematisch eng begrenzten Problemen im städtischen und großstädtischen Raum und umfaßte später vor allem Fragen des Wohnungsbaues, des Umweltschutzes, des Bildungswesens sowie der Bau- und Verkehrsplanung¹⁶⁾. Nach dem Bericht einer Forschungsgruppe an der freien Universität Berlin¹⁷⁾ waren bei ca. 1/3 der Bürgerinitiativen konkrete Planungen, die die Bürger unmittelbar betrafen, Grund für die Entstehung, 23 % entstanden ohne konkreten lokalen Anlaß mit dem Ziel, auf gesellschaftliche Prozesse einzuwirken und bei 28 % ging es um eine Reaktion auf bestimmte Entscheidungen und Verfügungen bzw. auf die Unterlassung bestimmter Maßnahmen und Verfügungen. Die Bürgerinitiativen sind nach diesem Bericht ein Zeichen "bürgerschaftlicher Auflehnung" und enthalten den Ansatz zu einem neuen Demokratieverständnis, verbunden mit dem Willen, in stärkerem Maße auf Politiker Einfluß zu nehmen.¹⁸⁾ Während die Initiativen ursprünglich isoliert auf lokaler Ebene operierten, kam es im Laufe der Zeit, insbesondere in den Jahren 1972/73 zu einer verstärkten Koordination und Kooperation zwischen den einzelnen Gruppen.¹⁹⁾ Nach den großen Protestaktionen in Kalkar, Wyhl, Brokdorf und Grohnde rückten die Bürgerinitiativen als eigenständige Bewegung zugunsten anderer gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen zunehmend in den Hintergrund.

- Ökologiebewegung

Seit Mitte der 70er Jahre treten Gruppierungen mit ökologischer Zielsetzung mehr und mehr in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses mit der Folge, daß statt von "Bürgerinitiativbewegung" nun häufig von "Ökologiebewegung" die Rede ist.²⁰⁾ Inhaltlich geht es dabei primär um Fragen nach mehr Lebensqualität im Rahmen einer zusammenhängenden Betrachtungsweise, in deren Mittelpunkt Technik- und Technologiekritik steht. Den ökologischen Gruppen und Initiativen gehören überwiegend jüngere Leute mit höherer Schulbildung aus der Mittelschicht an. Ende der 70er Jahre wurden allerdings immer weitere Bevölkerungskreise in die Arbeit der ökologischen Organisationen einbezogen.²¹⁾

Aus der Ökologiebewegung entwickelten sich große Verbände wie der "Deutsche Naturschutzring" (DNR), der "Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland" (BUND - 1975 gegründet), der "Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBV). Auch "Grün-Alternative" und "Grüne" hatten bereits 1977 auf kommunaler Ebene Erfolg und formierten sich 1977/78 auf Bundes- und Landesebene aus der Bewegung heraus. Im Januar 1980 wurde schließlich die Bundespartei "Die Grünen" gegründet, die sich auch als parlamentarischer Arm einer außerparlamentarischen Bewegung versteht.²²⁾

- Frauenbewegung

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die Frauenbewegung.²³⁾ Sie hat sich Ende der 60er Jahre aufgrund sozialer Veränderungen in den 50er Jahren, die, bedingt durch die weibliche Erwerbstätigkeit, das gewachsene Bildungs- und Berufsqualifikationsniveau, die durch die Technik bedingte Entlastung der Frau im Haushalt, die sexuelle Liberalisierung und die Betonung des Emanzipationsideals zu einer Neubewertung kultureller Normen und zu veränderten

Rahmenbedingungen führte, wieder neu formiert. Die stärkste Entfaltung erfuhr die Frauenbewegung ab 1971 im Zusammenhang mit der Diskussion über § 218 Strafgesetzbuch (StGB). Nach der Reform des § 218 StGB blieben die Frauengruppen wegen der gemachten Erfahrungen bezüglich Solidarität, Selbstbewußtsein und Betroffenheit häufig bestehen und behandelten Fragen der Gleichberechtigung und/oder Diskriminierung der Frauen in Familie, Beruf und Politik. Es wurden Frauenbuchläden und Frauenverlage gegründet sowie Frauenhäuser errichtet, in denen mißhandelte Frauen Zuflucht finden konnten.²⁴⁾ Auch in gesellschaftlichen Verbänden und in den politischen Parteien wurden zu dieser Zeit Frauengemeinschaften gegründet und damit Ideen der autonomen Frauenbewegung verwirklicht.²⁵⁾ Für eine eigene Frauenpartei gab es viele, bisher allerdings zumeist erfolglose Versuche.

- Neue Friedensbewegung

Ausgelöst durch den NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 entstand eine "neue Friedensbewegung", die nicht nur die Angst des Menschen vor dem Krieg, sondern auch die Angst vor Umweltzerstörung und Technik zum Inhalt hat und in Verbindung damit zu politischem Engagement auffordert. Diese Bewegung wird anders als die "alten Friedensbewegungen" von der Nachkriegsgeneration getragen, die nicht moralisch (wie in den 50er Jahren), sondern sicherheitspolitisch und militärtechnisch argumentiert und die nicht SPD- und gewerkschaftsorientiert, sondern überparteilich und außerparlamentarisch ist. Die neue Friedensbewegung verlangt eine friedfertigere und ökologischere Lebensweise und vertritt damit mehr als rein antimilitaristische Standpunkte. Träger dieser Bewegung sind vor allem Gruppen aus dem alternativen und aus dem kirchlichen Bereich.²⁶⁾ In einer ersten "Appellationsphase" (1980) wurde die Bundesregierung von verschiedenen Seiten, insbesondere aber von Mitgliedern

der alten Friedensbewegung, ehemaligen Militärs, Wissenschaftlern und engagierten Christen aufgefordert, keine amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu stationieren (sogenannter Krefelder Appell).²⁷⁾

Der "Appellationsphase" schloß sich die "Demonstrationsphase" an, die mit dem evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg begann und die mit der Bonner Großdemonstration am 10. Oktober 1981, an der 300.000 Menschen teilnahmen und mit Kundgebungen in anderen europäischen Hauptstädten fortgesetzt wurde.

Seit 1983 befindet sich die Bewegung in der "Aktionsphase" mit Unterschriftensammlung, Aktionen zum zivilen gewaltfreien Widerstand, Militärtransportblockaden, Steuerzahlungsboykotte u.a.

Wie bereits diese Aufzählung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zeigt, gibt es "die Alternativbewegung" nicht. Es gibt nur alternative Bewegungen, die sich jedoch in ihren Fortschritts- und Techniknormen wesentlich voneinander unterscheiden. Bestehende Normen werden nicht abstrakt, sondern in jeweils unterschiedlicher Weise bestimmt, d.h. die Fragestellungen zum Thema selbst abstrakt und zu bestimmten konkreten Teilbereichen wurden getrennt gestellt.²⁸⁾ Schwendter²⁹⁾ versteht unter Alternativbewegung alle Gruppen, "... die sich in ihren Normen, Werten, Bedürfnissen, Institutionen, Verkehrsformen, Werkzeugen, etc. in einem wesentlichen Ausmaße unterscheiden." Gerade deshalb, weil sich die Bewegung nicht als Teil der Gesamtkultur sieht, sondern als "aliud" mit dem Ziel, eine neue Gesellschaft zu schaffen, die ihre Anhänger in der Gegenwart bereits zu realisieren und vorzuleben versuchen, ist eine generelle Beschreibung all dieser Phänome so schwer.³⁰⁾ Eine Sichtung der vorhandenen einschlägigen Literatur bestätigt die Unsicherheit im begrifflichen Bereich. Während Schwendter den Begriff der "progressiven Subkultur" synonym verwendet, sprechen Insider von "Gegenkultur", "2. Kultur",

"Gegenmilieu", "Szene".³¹⁾ Seit Mitte der 70er Jahre werden alle Richtungen der Bürgerinitiativ-, Ökologie-, Frauen-, Friedens- und Psychobewegungen und alle Versuche, "durch selbstorganisierte Formen des Arbeitens und Zusammenlebens gesellschaftliche Veränderungen unmittelbar praktisch zu machen" überwiegend unter dem Oberbegriff "Alternativbewegung" zusammengefaßt.³²⁾

Auch in der vorliegenden Arbeit soll der Begriff in diesem Sinne zugrundegelegt werden, einmal deshalb, weil er sich im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt hat und zum anderen deshalb, weil unter ihn alle für die Bewegung relevanten Phänomene subsumiert werden können. In Anlehnung an Schwendter³³⁾ werden also hierunter alle Bewegungen verstanden, die sich nicht an bereits vergangenen historischen Mustern orientieren, sondern "bewußt die Erarbeitung neuer Zukünfte in ihre Normen etc. einbeziehen" und die nicht "stigmatisiert ausgegrenzt sind"³⁴⁾ oder als "ethnologische Minderheiten" in Erscheinung treten. Auch die vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit im April 1981 veröffentlichte Studie "zur Alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland"³⁵⁾ versteht unter "Alternativbewegung" im wesentlichen alle Gruppen mit alternativem Kulturverständnis.

Die Existenz solcher "alternativer Gruppen" ist nicht neu, es gab sie in jeder Gesellschaftsform³⁶⁾ und es gibt sie auch in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit den 60er Jahren. Neu ist hingegen die Bewertung dieses Phänomens. Während sie zu Beginn als vorübergehende Modeerscheinung angesehen wurden, gelten sie, nachdem sie seit den 70er Jahren als "Alternative" und "Grüne" in Parlamente eingezogen sind, als eine ernstzunehmende Form gesellschaftlichen Protests. War es in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland möglich, den politischen Protest, z.B. gegen die Wiederbewaffnung, gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und den Kampf für die Mitbestimmung in

das politische Kräftespektrum zu integrieren, so führte die Studie des Club of Rome von 1972³⁷⁾, in der die ungeheuren Folgen des technologisch-industriellen Fortschritts dargestellt werden und die Ölkrise von 1973 zur Bildung neuer politischer, sozialer und kultureller Protestbewegungen. Das Erscheinungsbild dieser Gruppierungen ist wenig differenziert und ihre Motivation ist ebenso vielschichtig wie die Formen, in denen sie die Ursachen der Probleme suchen und beseitigen wollen. Gemeinsam allerdings ist der gesamten Bewegung, daß ihr Protest auf Zukunftsängsten, psychischen Belastungen und Entfremdungsgefühlen beruht und die Entwicklung der westlichen Industrieländer von ihr als Krise empfunden wird.³⁸⁾

Die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland führte bei vielen der von Idealismus getragenen alternativen Bewegungen sehr bald zu Frustrationserlebnissen und es setzte sich die Erkenntnis durch, daß sie die gesteckten Ziele nur erreichen können, wenn es ihnen gelingt, ihre Anliegen öffentlich darzustellen, dafür Interesse zu wecken und schließlich Mehrheiten zu finden. Aus der Erkenntnis heraus, daß die bloße Aktion für die Verbreitung der Bewegung und die Verwirklichung der Ziele nicht ausreicht, hat die Alternativbewegung begonnen, eine gesonderte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, ihre politischen Strategien neu zu definieren und sich in eine kaum überschaubare Vielfalt von politischen Organisationen, Sekten und Subkulturen zu gliedern und zu entmischen.³⁹⁾ In den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellte sie dabei städtische Konfliktfelder (Stadtautobahn, Sanierungsgebiet, Flughafen ...), Umweltprobleme (Kernkraftwerke) oder den persönlichen Emanzipationsbereich (Frauenbewegung, sexuelle Minderheiten, Behinderte, Nicht-Seßhafte, Sozialhilfeempfänger).

Um zu positiven Lösungen ihrer Probleme und Anliegen zu kommen, beschritten die einzelnen Gruppen verschiedene Wege und wendeten sich auf der Suche nach Ansprechpartnern ins-

besondere an die etablierten Medien, an die öffentliche Verwaltung, an Vereine und Verbände und an die politisch-administrativen Instanzen.⁴⁰⁾

Vor allem die Medien wurden als Adressat für wichtig gehalten: denn die Aussichten, ein Thema zu problematisieren und es der angestrebten Entscheidung zuzuführen, sind dann am besten, wenn das Anliegen durch die Medien bekanntgemacht und positiv dargestellt wird. Ein wichtiger Adressat der alternativen Gruppen war auch die öffentliche Verwaltung, der - anders als den politischen Parteien - ein hohes Maß an Kompetenz und eine neutrale Interessenvertretung zuge-
traut wurde. Die Bevorzugung der Verwaltung sowie der Verbände und Vereine hatte seine Ursache auch darin, daß Kommunalpolitik nicht als Parteipolitik gesehen wurde. Nicht zuletzt deshalb engagierten sich viele Parteimitglieder aus allen Parteien über die Bürgerinitiativen in der Kommunalpolitik und Mitglieder der unterschiedlichsten Vereine und Verbände wirkten in den alternativen Gruppierungen an der politischen Willensbildung mit.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses zu den politisch-administrativen Instanzen und zu den kommunalen Entscheidungsträgern (Gemeinde, Bürgermeister, Stadtdirektor, Rat, Verordnetenversammlung ...) ist zu differenzieren. Während ein Teil der alternativen Gruppierungen "in kritischer Distanz zu ... Entscheidungsträgern stehen" verlangen andere von den politischen Gremien als Träger sozialstaatlicher Aufgaben die Durchführung von Maßnahmen oder zeigen Abwehrreaktionen gegen die Entscheidungen der politischen Instanzen.⁴¹⁾

Insgesamt bleibt anzumerken, daß der Kontakt zu den verschiedenen Adressatenkreisen unterschiedlich erfolgreich war. Insbesondere beim Versuch der Initiativen, ihre Arbeit öffentlichkeitswirksam darzustellen, kam es sehr bald - vor allem in der Anfangszeit - zu Differenzen mit den etablierten Medien und hier vor allem mit den Lokalzeitungen, die

nicht bereit bzw. nicht in der Lage waren, die Anliegen und Aktionen der alternativen Gruppierungen überhaupt oder in dem geforderten Umfang darzustellen. Dies war, wie unter Ziffer II.1.3.3 im einzelnen noch darzustellen sein wird, einer der wesentlichen Gründe, die zur Herausbildung eigener Publikationen in der Alternativbewegung geführt haben.

Im folgenden soll nunmehr - nach einer kurzen Darstellung des Meinungsstandes zur Bezeichnung des Phänomens alternativer Medien - die Entwicklung dieses Medienbereichs aufgezeigt werden.

1.3 Die Alternativpresse und ihre Entwicklung

1.3.1 Meinungsstand zur Phänomenbezeichnung

In der Literatur besteht hinsichtlich der Bezeichnung des hier zu behandelnden Medienbereichs keine Einigkeit. Teilweise wird in Anlehnung an den französischen Begriff "presse parallele" von "Parallelpresse" gesprochen.⁴²⁾ Andere Verfasser verwenden Begriffe wie "Gegenpresse", "Gegenmedien" oder "Blätter von unten".⁴³⁾ Durchgesetzt hat sich überwiegend jedoch die Bezeichnung "Alternativpresse" und "Alternativzeitung". In den letzten Jahren wird in der einschlägigen Literatur vereinzelt wegen vermeindlicher definitorischer Ungenauigkeiten auch auf dem Begriff Alternativpresse verzichtet und statt dessen Bezeichnungen wie "lokale und sublokale Printmedien" verwendet.⁴⁴⁾ Es ist sicher nicht bestreitbar, daß in der Literatur unter Alternativpresse ein breites Spektrum unterschiedlichster Zeitungen und Zeitschriften verstanden wird und daß deshalb im definitorischen Bereich Schwierigkeiten bestehen und die Frage, welche Zeitungen unter den Begriff subsumiert werden

können, bisher nicht abschließend geklärt ist.⁴⁵⁾ Es werden darunter die seit den späten 60er und den frühen 70er Jahren entstandenen themenspezifischen und auf bestimmte Zielgruppen gerichteten überparteilichen Zeitungen ebenso verstanden wie die Medien, die sich vor allem auf den lokalen Bereich beziehen (Volksblätter, Initiativzeitungen und die verstärkt seit 1975 auf dem Pressemarkt der Bundesrepublik Deutschland befindlichen "Stattdblätter", und "Stadtzeitungen"). Hinzu kommen ferner die seit langer Zeit existierenden Blätter spiritistischer Ausrichtung (z.B. "Zero"), Reste der sogenannten "Underground-Presse" (z.B. "Holy-Flip") und einige "Szene"-Zeitungen.⁴⁶⁾ Thomas Daum⁴⁷⁾ zählt zur Alternativpresse vornehmlich Buchproduktionen von Kleinverlagen. Er⁴⁸⁾ versteht "Alternativpresse" als eine "Sammelbezeichnung", die bereits seit ca. 1968 "für eine bestimmte literarisch-publizistische Szene" verwendet wird, die geprägt ist von Außenseitern und Neulingen, deren Arbeiten von den etablierten Verlagen abgelehnt werden. Nach seiner Meinung hat sich erst seit Mitte der 70er Jahre der Inhalt des Begriffs "Alternativpresse" dahin geändert, daß unter ihm vorwiegend Publikationen der "Alternativbewegung" verstanden werden. Der Frankfurter "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (21.08.1976) beschreibt in einem Bericht über das erste nationale Treffen alternativer Zeitungen am 10./ 11. Juli 1976 in Aachen den Begriff "Alternativpresse" und seine Entstehung wie folgt:

"Bis vor einem Jahr waren die linken Zeitungen dieser Art Einzelerrscheinungen ... innerhalb kurzer Zeit sind zwei Dutzend Zeitungsprojekte entstanden, die eine lokale bzw. regionale Öffentlichkeit erreichen können. Erst diese Entwicklung hat zum Sammelbegriff der Alternativzeitungen geführt. Kleinere bisher nicht so bekannte Stadtzeitungen und eine Menge neuer Projekte kamen dazu und bilden jetzt, zzgl. einiger Initiativen, die Alternativpresse mit rund 70 Kollektiven in der BRD ... Gemeinsames Kennzeichen ist jedoch die Nicht-Parteigebundenheit."⁴⁹⁾

Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten hat sich, wie oben bereits angedeutet, der Begriff "Alternativpresse" nicht nur im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt, sondern wird - wenn auch in sehr unterschiedlicher Bedeutung - überwiegend auch im wissenschaftlichen Bereich verwendet.⁵⁰⁾

Für die hier zu beantwortende Frage nach dem Einfluß alternativer Medien auf kommunalpolitische Entscheidungen ist es nicht notwendig, für diesen vielschichtigen und umfangreichen Pressebereich nach neuen Begriffen zu suchen. Vielmehr wird im Rahmen dieser Arbeit am Terminus "Alternativpresse" festgehalten. Dies ist jedoch nicht ohne Präzisierung der Definitionskriterien und ohne inhaltliche Determination möglich. Es ist deshalb notwendig im folgenden die aus der Entstehung und der Entwicklungsgeschichte der Alternativzeitungen heraus entsprungenen Definitionskriterien und Inhaltsbestimmungen darzustellen, sie aus der heutigen Situation heraus zu beleuchten und auf ihre Brauchbarkeit für die vorliegende Fragestellung zu überprüfen und zu gewichten.

1.3.2 Exkurs: Quantitative Aspekte

Die aufgezeigten begrifflichen Schwierigkeiten sind mit ursächlich dafür, daß auch die quantitative Bedeutung dieses Zeitungsbereiches wenig erforscht ist. Zuverlässige Untersuchungen über die tatsächliche Anzahl der Alternativpublikationen gibt es nicht. Auch über die monatliche Gesamtauflage aller Alternativzeitungen fehlen verlässliche Daten. Grobe Schätzungen sprechen von ca. 1,6 Mio. Exemplaren monatlich.⁵¹⁾ Beywl⁵²⁾ ist in einer ersten Bestandsaufnahme diesen Fragen nachgegangen und hat die Unsicherheit bei der quantitativen Bedeutung dieses Presstyps bestätigt. Dorsch⁵³⁾ beziffert die Zahl der alternativen Zeitungen mit 700 und bestätigt die o.g. monatliche Gesamtauflage unter Bezugnah-

me auf eine Untersuchung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vom April 1981. In der dort abgedruckten Statistik, der das "Riesengroße Verzeichnis aller alternativen Zeitungen 1980 und 1981" der AgAp (Hrsg.) zugrunde gelegt wird, ist allerdings nur von 433 Zeitungen - bezogen auf 1981 - die Rede. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit kommt in seiner eigenen Untersuchung vom April 1981 auf 281 Zeitungen.⁵⁴⁾ In der Ausgabe 1982 der AgAp sind 529 Alternativzeitungen aufgelistet.⁵⁵⁾ Das Berliner Stattdbuch 2 - Untertitel: "Ein alternativer Wegweiser durch Berlin" nennt 121 alternative Publikationstitel für Westberlin, sodaß allein hier ca. 1/5 aller Alternativzeitungen erscheinen.⁵⁶⁾ Herminghaus,⁵⁷⁾ der den Begriff "Alternativpresse" in einem weiten Sinne versteht, beziffert die Zahl der Stadtteilzeitungen, zu denen er alle regelmäßig erscheinenden lokalen Schriften in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme kommerzieller Zeitungen, Vereinszeitungen, Schüler- und Studentenzeitungen, kirchliche Zeitungen sowie offizielle Mitteilungsblätter der Kommunen zählt, mit über 3.000. Er zählt zu den Stadtteilzeitungen ausdrücklich die Parteizeitungen und schätzt, daß von den 3.000 Stadtteilzeitungen ca. 1.500 von der SPD herausgegeben werden.⁵⁸⁾ Der Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten ("ID"),⁵⁹⁾ der 20 Jahre Geschichte der alternativen Publizistik dokumentarisch dargestellt hat, schätzt den Bestand der deutschen Alternativpresse auf ca. 400 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. einer Million. Aus diesen Zahlen ist unschwer zu ersehen, daß die alternativen Medien bezüglich ihrer Quantität mit der etablierten Tages- und Wochenpresse nicht verglichen werden können. Den Alternativzeitungen stehen 1.240 Lokalausgaben und 122 selbständige publizistische Einheiten der bundesdeutschen Tagespresse mit einer Auflage von 20 Mio./täglich gegenüber. Die Quantität allein ist aber

kein hinreichender Indikator für die Einflußmöglichkeiten und die tatsächliche Einflußnahme der alternativen Medien auf die Meinungsbildung beim Bürger und auf die Entscheidungsfindung in den Gremien. Ohne ein Korrektiv oder eine ernstzunehmende Konkurrenz zum etablierten Medienmarkt sein zu können oder sein zu wollen, zeigt die Existenz der Alternativzeitungen jedoch, daß ein Defizit an lokaler Berichterstattung besteht, das Alternativzeitungen auszugleichen suchen und das Bürgerinitiativen, lokale Parteiorganisationen, Vereine u.a. dazu veranlaßte, sich eigene Publikationsorgane zu schaffen.⁶⁰⁾

1.3.3 Entstehungsursachen und Ziele der Alternativpresse

Die Entstehung der Alternativzeitungen ist, wie oben bereits angedeutet, eng verbunden mit der politischen Entwicklung der Studentenbewegung, der außerparlamentarischen Opposition und der Bürgerinitiativbewegung. Die Ursachen für ihre Entstehung sind vielgestaltig und gehen nicht zuletzt, wie bereits angedeutet, auf die Schwierigkeiten der Alternativbewegung im Umgang mit den etablierten Medien zurück, von denen sie sich vernachlässigt und ungerecht behandelt fühlten.⁶¹⁾

Die Geschichte der Alternativpresse begann nach Weichler⁶²⁾ 1973/1974 als die Kölner Bürgerinitiativen anlässlich gemeinsamer Veranstaltungen Flugblätter verteilten. Aufgrund des großen Anklangs, den diese bei der Bevölkerung fanden, dachten die Initiativmitglieder über eine gemeinsame Zeitung aller basisorganisierten Gruppierungen nach. In einer Diskussionsvorlage hat Stefan Görner vom Kölner Stadtforum die Zielvorstellungen wie folgt beschrieben:⁶³⁾

"Die Mobilisierung unserer Mitbürger zur Wahrnehmung unserer im Grundgesetz verankerten Rechte und zur Wahrnehmung unserer berechtigten Interessen muß verstärkt werden. D.h. die bestehenden Bürgerinitiativen, die zu den wenigen Gruppen in unserer Gesellschaft zählen, die sich für Verwirklichung von Demokratie in allen Lebensbereichen aktiv einsetzen, müssen

sich überlegen, wie sie durch gemeinsame Aktionen dieses Anliegen effektiver den Mitbürgern bewußtmachen können. Die erste gemeinsame Aktion der Kölner Bürgerinitiativen, die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung, hat sich als machbare und über Köln hinaus erfolgreiche Aktion gezeigt. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weiterverfolgen."

Im weiteren Verlauf der vorbereitenden Arbeiten wurde die Herausgabe einer "linken" Zeitung für Köln in einem Papier wie folgt zusammengefaßt: ⁶⁴⁾

"Die substanzielleren Gründe sind für uns, daß es in Köln keine Organisation gibt, die die wirklichen sozialen Konflikte und politischen 'Kämpfe' der lohnabhängigen Bevölkerung in der genügenden Breite aufnimmt, geschweige denn berücksichtigt und vorantreibt und daß die vorhandenen basisdemokratischen und selbstorganisatorischen Kräfte in weniger als den Kinderschuhen stecken. Nun kann eine Zeitung nicht die Organisation ersetzen; jedoch scheint es uns, eine Voraussetzung neben anderen - zur Verstärkung dieser und ähnlicher Momente der sozialistischen Bewegung, die nicht zugleich wieder in Parteiorganisationen aufgefangen wird, zu sein, die tatsächlichen Konflikte und Auseinandersetzungen dieser Gesellschaft, eben in einem erfahrbaren Rahmen wie etwa Köln, aufzunehmen, wiederzugeben, zu interpretieren und im Hinblick auf ihre Wiederholung und Verstärkung weiterzubringen."

Ab dem 1. Januar 1975 erschien dann das "Kölner Volksblatt" nach zwei Versuchsnummern regelmäßig monatlich und bildete den Anfang für diese, Mitte der 70er Jahre in großem Umfang entstehenden publizistischen Alternativen, die durch ihre Arbeit erreichen wollten, daß den Bürgern die Anliegen und die Ziele der Initiativen oder der Studentenbewegung dargelegt, Sympathiewerbung betrieben, Überzeugungsarbeit geleistet und damit Einfluß auf die Meinungsbildung der Entscheidungsträger im kommunalen Bereich genommen wird. Ferner wollten Sie versuchen, durch stärkere Hintergrundrecherchen, intensivere Berichterstattung und einen umfangreicheren Kulturteil (dies gilt vor allem für Stadtteilzeitungen) eine breitere Basis anzusprechen und zu erreichen.

Dorsch⁶⁵⁾ nennt als die ausschlaggebenden Ursachen für die Gründung alternativer Zeitungen:

- "1. Es soll die Kommunikation mit Gleichgesinnten aufgenommen und nach alternativen Vorstellungen gearbeitet werden.
2. Ein bestimmtes politisches Bewußtsein soll publizistisch dokumentiert und als Idee verbreitet werden.
3. Die Identität der dahinterstehenden Gruppe oder Bürgerinitiative soll gestärkt werden.
4. Die Zeitung soll als Bestärkung der politischen Position der Gruppe als Medium der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.
5. Mit der Zeitung soll sich die Gruppe ein Sprachrohr nach außen geben, in dem sie sich ungehindert selbst darstellen kann.
6. Die Zeitung soll den örtlichen alternativen Kommunikationsmarkt mit allen potentiell Beteiligten transparent machen."

Mit diesen oder mit ähnlich lautenden Begründungen⁶⁶⁾ entstanden Mitte der 70er Jahre eine Vielzahl von lokalen Alternativzeitungen. Anfang 1983 gab es nahezu in jeder mittleren und größeren Stadt, teilweise auch in kleineren und kleinsten Gemeinden, Alternativzeitungen.⁶⁷⁾ Sie verstanden sich als Reaktion auf eine einseitige Berichterstattung der etablierten Presse und sie entstanden aus der Erfahrung der Ohnmacht gegenüber den großen Medien⁶⁸⁾ und wollten als "Stattblätter", "Stadt(teil)zeitungen" und "Volksblätter" ein Gegengewicht zur etablierten Presse sein, die den Bürgerinitiativen und den politischen Gruppierungen nicht den gewünschten Raum einräumten oder ihr Anliegen verfälscht darstellten.⁶⁹⁾ Damit war diesen Organisationen die Möglichkeit genommen, ihre Ziele und politischen Vorstellungen über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus in der Öffentlichkeit in einer aus ihrer Sicht ausreichenden Weise bekanntzumachen.⁷⁰⁾ Den etab-

lierten Medien wurde der Vorwurf gemacht, daß im Mittelpunkt ihrer Berichterstattung vor allem das Sensationelle und die Aktion stehe und Hintergründe und Grundlagen einer Protestbewegung nur selten und wenn, dann nur vordergründig, behandelt werden. Interessant an der Brockdorf-Demonstration 1981 oder an der Bonner Friedensdemonstration im Jahre 1981 war z.B. für die etablierte Presse häufig nur die Frage, ob es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam oder nicht. Auf das Anliegen, auf die Ängste und Sorgen dieser Bewegungen wurde nur selten eingegangen.⁷¹⁾ Der Versuch der alternativen Szene, aus solchen u.ä. Erfahrungen heraus, sich eigene Medien für die Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, ist deshalb verständlich und aus ihrer Sicht auch zweckmäßig und richtig.

Mit Hilfe eigener Zeitungsprojekte sollte versucht werden, nach alternativen Vorstellungen zu arbeiten, die alten Kommunikationsstrukturen zu ändern und über eine "kommunikative Partizipation" eine "partizipative Öffentlichkeit" herzustellen und eine "politische Partizipation" zu erreichen.⁷²⁾ Neu hieran ist im Vergleich zu früheren Ansätzen, daß sich die alternativen Medien nicht nur als Opposition gegen verschiedene staatliche Gewalten und Einrichtungen, sondern als "Opposition gegen die herrschenden Zeitungen"⁷³⁾ und als "Reaktion auf die Mängel der etablierten Medien"⁷⁴⁾ empfinden, denen man vorwirft, "den grundgesetzlichen Anspruch auf die Herstellung von Öffentlichkeit im Sinne der Veröffentlichung auch grundlegender gesellschaftlicher Kontroversen und Entscheidungsprozesse zu vernachlässigen" und ihre "Funktion als Informations- und Diskussionsforum" nicht zu erfüllen.⁷⁵⁾ Sie kritisieren, daß die herkömmlichen Zeitungen nahezu ausschließlich als Sprachrohr für Honoratioren, Verwaltung, Vereine und Kapital fungieren. Der etablierten Presse werden insbesondere verfälschende Darstellungen, Unterdrückung wichtiger Information, Aus-

grenzung von Minderheiten und Manipulation der "Leserschaft im Kapitalinteresse" vorgeworfen.⁷⁶⁾ Die Alternativzeitungen wollen demgegenüber nicht die Wirklichkeit einteilen und zerschneiden in bestimmte Ressorts und Sachgebiete und sie wollen nicht Meinungen unterdrücken, sondern "Gegenöffentlichkeit" herstellen, worunter sie verstehen, daß sie etwas wirklich umfassend "öffentlich machen".⁷⁷⁾ Ihr Ziel ist es, die unmittelbaren Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung dort aufzugreifen, wo die "sozialen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Konflikte stattfinden" und die Bürger durch Aufklärungsarbeit und Informationen zu Eigenaktionen zu veranlassen mit dem Ziel, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln.⁷⁸⁾ Dabei wollen sie den Initiativen und Bewegungen ein publizistisches Sprachrohr geben, in dem sie sich ungehindert selbst darstellen können, die Kommunikation mit Gleichgesinnten aufnehmen und verbessern, "... den örtlichen alternativen Kommunikationsmarkt mit allen potentiell Beteiligten transparent machen"⁷⁹⁾ und Fürsprecher für Minderheiten jedweder Art (Kriegsdienstverweigerer, Obdachlose, Behinderte, Arbeitslose, Schwule, Ausländer, Lesben etc.) sein. Die Alternativzeitungen wollen sich schwerpunktmäßig mit allen Themenkreisen befassen, die von der lokalen Tagespresse nicht behandelt oder einseitig dargestellt werden, wie Umweltschutz, Friedensbewegung, Atomkraft, Stadtplanung u.ä. Ihnen geht es nicht darum, objektiv distanziert, wertfrei, neutral und ausgewogen zu berichten. Sie berichten subjektiv und einseitig, beziehen Positionen und stehen "nicht über den Dingen, sondern drin".⁸⁰⁾ Der Münsteraner "Knipperdolling" will, ohne ein "parteiliches Blatt im Sinne eines Zentralorgans einer politischen Gruppe oder Partei" zu sein, Partei ergreifen bei bestimmten Problemen und Fragestellungen. Er will die lokalen Ziele der sozialistischen undogmatischen Linken unterstützen und die Anliegen der Bürgerinitiativen und Bürgergruppen publizieren.⁸¹⁾

Ein Wandel hat sich hier insoweit vollzogen, als die Alternativzeitungen in ihrer Entstehungsphase insbesondere eine Sprachrohrfunktion für bestimmte Initiativen hatten, während die Alternativzeitungen heute überwiegend eine nach allen Seiten, d.h. auch gegenüber politisch Gleichgesinnten und Nahestehenden kritische Haltung einnehmen.⁸²⁾ Bei einem Treffen der alternativen Zeitungsmacher am 10./11. Juli 1978 in Aachen zeigte sich bereits sehr deutlich die Zerrissenheit der Zeitungsszene und die Unvereinbarkeit der verschiedenen Konzeptionen. Während die eine Seite eine Anbiederung an bürgerliche Leser ablehnte, kritisierte die andere die Beschränkung auf die Szene und damit den Verzicht auf Außenwerbung.⁸³⁾ Ein Teil der Zeitungen wollen vor allem örtlichen Initiativen ein Forum bieten und Betroffene zu Wort kommen lassen, anderen geht es insbesondere darum, die vorhandene Gesellschaftsform in Richtung Sozialismus zu ändern und eine "Politik von links unten zu vermitteln"⁸⁴⁾ und wieder andere Zeitungsmacher wollen die kulturellen Bedürfnisse und Freizeiterwartungen der Bürger befriedigen und sie mit besseren Informationen versorgen und Fakten und Einstellungen veröffentlichen, die von den etablierten Medien nicht, nicht vollständig oder einseitig dargestellt und kommentiert werden.⁸⁵⁾ Hinzu kommt, daß neben den politischen Zielen bei den Initiatoren häufig auch die persönliche Zukunftssicherung ein motivierender Moment ist.⁸⁶⁾

Einen der wesentlichen Gründe für die o.g. einseitige und unbefriedigende Berichterstattung über oppositionelle politische Arbeit sah die Alternativbewegung vor allem auch in der Konzentrationsbewegung im Bereich der etablierten Lokal- und Regionalpresse und in der damit verbundenen und vor allem Ende der 60er Jahre festzustellenden Zunahme der sogenannten "Einzeitungskreise".⁸⁷⁾

In der Literatur wird zum Teil die Meinung vertreten, daß

die alternative Szene auf diese Entwicklung mit der Gründung und Schaffung eigener Medien reagiert hat, um damit das im Kommunalbereich vorhandene und durch die Pressekonzentration vermeintlich noch verstärkte Informationsdefizit zu reduzieren oder auszugleichen.⁸⁸⁾ Die Pressekonzentration wird deshalb zumindest mittelbar und ungewollt als mitursächlich für die Entstehung vieler alternativer Zeitungen gesehen.

Gegen diese Annahme spricht jedoch einmal die Tatsache, daß die Alternativzeitungen dort am stärksten anzutreffen sind, wo die mediale Versorgung der Bürger noch einigermaßen in Ordnung ist. Nahezu alle Stadtmagazine und die Mehrzahl der Stadt- und Stadtteilzeitungen erscheinen in Großstädten und nicht auf dem Lande, obwohl gerade hier die Pressekonzentration am weitesten fortgeschritten, die Mängel am sichtbarsten und deshalb von der Idee her alternative Medien am vordringlichsten wären. Dennoch sind Alternativzeitungen im kleinstädtischen und ländlichen Raum am seltensten anzutreffen. Es ist vielmehr festzustellen, so die Medienwissenschaftlerin Dorsch⁸⁹⁾, daß Zeitungsmonopole nicht notwendig "die Gründung von Stadtzeitungen provozieren", sondern daß sich "ein breiteres, miteinander konkurrierendes Angebot stimulierend auf den Informationsumsatz insgesamt auswirkt" und daß der Schwerpunkt der Alternativzeitungen in Gebieten liegt, wo es noch einen vollen oder zumindest eingeschränkten lokalen Zeitungswettbewerb gibt. Die Aufgabe der Alternativzeitungen kann hier also nicht zunächst darin bestehen, die durch Pressekonzentration entstandenen Informationsdefizite und Kommunikationslücken auszugleichen.⁹⁰⁾ Die gegenteilige Meinung der Bundesregierung im Medienbericht 1978, die Stadtteilzeitungen könnten hier Ausgleich schaffen und dort, wo die etablierten Tageszeitungen die aufgetretenen Informationsdefizite nicht mehr befriedigen, "ein vielschichtiges, über soziale und gesellschaftliche Gruppeninformationen

nicht selten hinausgehendes Informations- und Meinungsspektrum" erhalten, wurde bisher nicht hinreichend dargestellt, geschweige denn der Beweis hierfür angetreten.⁹¹⁾

Es darf deshalb davon ausgegangen werden, daß Ursache für die Entstehung der Alternativzeitungen nur vordergründig die Negativerscheinungen der Pressekonzentration und der Zeitungsmonopole sind, sondern vielmehr die Uniformität, das inhaltliche Einerlei und die Hofberichterstattung der etablierten Massenpresse, die auch dort anzutreffen ist, wo mehrere miteinander konkurrierende Lokalzeitungen vorhanden sind.⁹²⁾ Dabei soll allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß Monopolzeitungen trotz der Tatsache, daß bei ihnen die Möglichkeit verschiedene Redaktionen gegeneinander auszuspielen und Druck auszuüben geringer ist, seltener als Wettbewerbszeitungen Kritik an Lokalpolitikern, Gremien, Behörden und Amtspersonen äußern.⁹³⁾ Aus dem System heraus gibt es für diese Zeitungen auch keinen zwingenden und unter ökonomischen Aspekten auch keinen vernünftigen Grund, das lokale Pressemonopol zur kritischen Berichterstattung zu nutzen.

Unabhängig von den dargestellten vermeintlichen und tatsächlichen Entstehungsursachen und den verschiedenen Vorstellungen über die zu beschreitenden Wege und die zu wählenden Formen und Stile sowie über künftige Entwicklungstendenzen, bestand das gemeinsame Ziel alternativer Medien jedoch immer darin, "Gegenöffentlichkeit herzustellen". Als Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Gegenöffentlichkeit wurden innerhalb der Szene vor allem folgende Voraussetzungen genannt:⁹⁴⁾

- Die alternativen Medien müssen von Anzeigen, Parteien und Institutionen unabhängig sein.
- Sie müssen Mißstände aufzeigen und Informationen, die von den etablierten Zeitungen unterdrückt oder verfälscht wiedergegeben wurden, publik machen und in einen Zusammenhang stellen.

- Es müssen die Betroffenen zu Wort kommen und die Kommunikation darf keine Einbahnstraße sein, sondern muß auch zwischen Leser und Zeitung erfolgen.
- "Die Erfahrungswelt der Betroffenen" muß ausführlich und konkret dargestellt werden.
- Der Leser muß über das Angebot von Handlungsmöglichkeiten aktiviert werden.
- Die verwendete Sprache muß klar und verständlich sein.
- Die Alternativzeitung muß "eigene emanzipatorische Arbeitsformen" herausbilden.

Von diesem Ansatz her erfolgte dann die Erarbeitung von Abgrenzungskriterien zur "etablierten Presse" hin und die Begriffsbestimmung "Alternativzeitung".

1.4 Zur Definition "Alternativpresse"

1.4.1 Vorbemerkungen zur Zuordnung und zu den Abgrenzungskriterien

Für die vorliegende Untersuchung stellt sich nun die Frage, ob ausgehend von den o.g. Voraussetzungen und in Anlehnung an die in der Literatur erarbeiteten Definitionskriterien der Begriff "Alternativzeitung" zu bestimmen ist oder ob die Einstufung der von den städtischen Pressestellen vorgelegten Zeitungen als Alternativzeitungen nach anderen, hier noch genauer zu erarbeitenden Bestimmungsfaktoren erfolgen soll.

Der Begriff "Alternativzeitung" kann sicher nicht isoliert von der unter 1.3 aufgezeigten Entwicklung definiert werden. Dies schließt aber nicht aus, daß sich die in der Literatur aus der Geschichte heraus erarbeiteten Beschreibungskriterien fortentwickeln und einem Wandel unterliegen und daß der Begriff "Alternativpresse" heute in einem wei-

teren Sinne verstanden werden muß, als dies in ihrer Entstehungsphase der Fall war.

Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, die in der Literatur erarbeiteten Definitionskriterien im einzelnen aufzuzeigen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und ihre Brauchbarkeit bezogen auf die heutige Situation anhand eines Vergleiches mit der realen Wirklichkeit vor allem der "klassischen" Alternativzeitungen, von denen her diese Kriterien ursprünglich entwickelt wurden, kritisch zu überprüfen.

Beywl/Müller⁹⁵⁾ verwenden für die Zuordnung von Zeitungen zur "Alternativpresse" folgende Definitionskriterien:

1. Selbstverständnis als "Alternativzeitung"
2. Partei- oder parteiähnliche Organisation erscheint nicht offen als Träger
3. Die Zeitung ist kein Verbandsorgan
4. Die Zeitung ist nicht an eine "institutionell begrenzte Teilöffentlichkeit" gerichtet (z.B. Kirchen, Schüler, Gefängnisinsassen ...).

Nach Jarren⁹⁶⁾ richtet sich die etablierte Lokalpresse "an eine nicht definierbare Zielgruppe", während die neuen Printmedientypen aller Art, einschl. Parteizeitung und Pfarrbriefe "an eine durch bestimmte Merkmale zu umreißende Zielgruppe" gerichtet sind. In der Literatur⁹⁷⁾ werden zur Abgrenzung des Idealtypus "Alternativzeitung" von der "bürgerlichen Presse" und von der Verbands- und Parteipresse vor allem folgende "substanzielle" Abgrenzungskategorien angeführt, die gleichzeitig als Definitionskriterien für "Alternativzeitungen" gelten:⁹⁸⁾

- Form, Inhalt, Gestaltung
- Ökonomie und Zweck
- Organisation des Arbeitsprozesses

- Kommunikationsmodell
- Politikverständnis
- Verbands- und Parteiunabhängigkeit

Auf sie soll im folgenden nun eingegangen werden.

1.4.2 Form, Inhalt, Gestaltung

Als Unterscheidungskriterium zwischen Alternativpresse und etablierter Presse werden in der Literatur teilweise Form, Inhalt und Gestaltung genannt, weil die Zeitungen sowohl inhaltlich als auch gestalterisch anders sein wollen. Die Alternativzeitungen wollen offen sein für jeden Beitrag und damit "radikale Pluralität" sicherstellen.⁹⁹⁾ Die Zeitungsmacher aus dem alternativen Bereich gingen bei der Gestaltung der Zeitung ursprünglich von der Annahme aus, daß allein der Zeitungsinhalt ausschlaggebend dafür ist, ob Zeitungen oder Flugblätter gelesen werden und daß die "Verpackung" eine untergeordnete Rolle spielt mit der Folge, daß in den Alternativzeitungen Aufmachung, Layout und Druck vernachlässigt wurden. Mitte der 70er Jahre setzte sich jedoch auch im alternativen Medienbereich die Erkenntnis durch, daß sich die Gewohnheiten der Leser, die sich aufgrund einer wahrnehmungsbestimmten Wert- und Einstellungshaltung am Erscheinungsbild der etablierten Presse orientieren, nicht ohne weiteres verändern lassen und daß folglich Aufmachung und Qualität der Zeitung die Kauf- und Aufnahmebereitschaft beim Leser wesentlich beeinflussen. Die Alternativpresse mußte erkennen, daß "andere Inhalte", um die es ihnen geht, nur dann nützen, wenn sie von jemand gelesen werden und nicht wegen endloser Artikel, trockener Resolutionen, einfaltsloser Überschriften, schlecht recherchierter Beiträge, unverständlicher Akademikersprache und langweiliger Aufmachung ungenutzt zur Seite gelegt werden. Mängel und Fehler wurden und werden von vielen Insidern der Alternativpresse hier ohne weiteres eingeräumt und inzwischen auch entspre-

chende Konsequenzen gezogen.¹⁰⁰⁾ Ausgehend von der Erkenntnis, daß Begeisterung und politische Absichten allein nichts vermögen und daß eine Alternativzeitung ohne Sachkompetenz, ohne Fachwissen und ohne journalistisches Handwerkzeug auf Dauer nicht existieren kann, gewinnt "linker Professionalismus" seit Ende der 70er Jahre zusehends an Boden. Inhaltlich geht dabei, wie oben bereits angedeutet, die Wandlung von einer reinen "Sprachrohrfunktion" für einzelne Initiativen und Bewegungen hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit allen Meinungen, auch denen politisch Gleichgesinnter, im Sinne eines "unabhängiger Journalismus", einer "begrenzten Parteilichkeit" und einer "kritischen Distanz zum eigenen Milieu".¹⁰¹⁾

Eine weitere inhaltliche Besonderheit bilden bei den meisten Alternativzeitungen die Kleinanzeigen. Ein gut gefüllter Kleinanzeigenteil hat nicht nur für den Gesamthaushalt der Zeitung große Bedeutung, sondern ist auch ein Anreiz für die Inserenten und für die Interessenten zum Kauf der Zeitung.¹⁰²⁾

Die heute dominierenden Alternativzeitungen, die sich Stadtmagazine und Stadtilustrierten nennen und mit ihren umfassenden, örtlichen und überörtlichen Terminkalendern immer mehr feste Leser¹⁰³⁾ finden, gleichen hinsichtlich ihrer Themen und Texte, wenn auch mit teilweise alternativen Vorzeichen, denen der Lokalpresse.

Die inhaltlichen und gestalterischen Aspekte können zwar als Indiz für die Bestimmung einer Alternativzeitung hilfreich sein, erscheinen jedoch als Abgrenzungskriterium nurmehr bedingt brauchbar. Dies insbesondere deshalb, weil sich, wie oben ausgeführt, die mit den inhaltlichen Aussagen angestrebten Ziele geändert haben und weil neben der eingetretenen Professionalisierung die von den Alternativzeitungen eingeführten gestalterischen Besonderheiten wie "subkulturelle Sprache", "unkonventionelle Graphik", "Fotomontagen" und "spielerisches Layout" inzwischen auch von

Teilen der etablierten Zeitungen mit alter Kommunikationsstruktur und herkömmlichen Arbeitsablauf übernommen wurden.¹⁰⁴⁾ Die bürgerliche Presse hat sich auch der neuen für die Leserschaft hochinteressanten Themen der alternativen Bewegung sehr schnell angenommen und für sich vereinnahmt mit der Folge, daß sie aufgrund ihrer Überlegenheit, sachlichen und personellen Ausstattung wesentlich besser recherchieren und den Themen auf den Grund gehen kann. Damit wird der "Korrektivfunktion" der Alternativpresse gegenüber den lokalen Tageszeitungen viel Substanz entzogen.¹⁰⁵⁾

1.4.3 Ökonomie und Zweck

Zur Abgrenzung alternativer Medien von etablierten Zeitungen wird ferner auf Ökonomie und Zweck der Arbeit abgestellt.¹⁰⁶⁾ Aus der Sicht der alternativen Szene ist die Presselandschaft in den bundesdeutschen Städten geprägt von auflagenstarken und marktbeherrschenden bürgerlichen Lokalzeitungen, die in einem "permanenten Zielkonflikt" stehen, der bestimmt ist, auf der einen Seite durch den Wunsch der Kapitalgeber, eine möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften und auf der anderen Seite durch die Aufgabe, die drei Staatsgewalten durch kritische Berichterstattung und aufklärende Kommentierung zu kontrollieren. Zeitungen unterliegen wie alle andere Waren den Gesetzen des Marktes und sind auf die Einnahmen aus dem Vertrieb, insbesondere aber auf die Einnahmen aus den Anzeigen angewiesen. Hieraus wird der Schluß gezogen, daß sie abhängig und in ihrer "äußeren Pressefreiheit" beeinträchtigt sind; denn schon die konkrete Möglichkeit des Anzeigenentzuges reicht nach ihrer Meinung aus, Einfluß auf die politische und ökonomische Berichterstattung zu nehmen.

Die Alternativpresse ist demgegenüber angetreten mit dem Anspruch einer breiteren wahrheitsgemäßen Berichterstattung.

Zweck alternativer Zeitungsarbeit war es ursprünglich, Gegenöffentlichkeit bei gleichzeitiger inhaltlicher Gestaltungsfreiheit und finanzieller Unabhängigkeit herzustellen. Sie wollten die Sorgen, Anliegen und Bedürfnisse der Menschen artikulieren ohne sich der Selbstzensur der etablierten Medien zu unterwerfen und so dazu beitragen, politische Veränderungen herbeizuführen.¹⁰⁷⁾

Die Alternativpresse ist diesem Anspruch vielfach nicht gerecht geworden.¹⁰⁸⁾ Abgesehen von Artikeln zu lokalen Themen, in denen in der Regel Argumente konkret abgehandelt und Gegenargumente vorgetragen werden, informiert sie nicht umfassend, sondern in Segmenten, sie läßt nicht die Stimmen aller gesellschaftlicher Gruppen zu, sondern berichtet einseitig und präsentiert fertige Meinungen mit Bestätigungseffekt für alternative Gruppierungen. Häufig geht es dabei um die gleichen eingefahrenen Grundthemen, die wenig redaktionelle Arbeit und geringe Recherche erfordern, wie z.B. Hausbesetzung, Kernkraft, Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, Kaputtsanieren, US-Imperialismus, Lateinamerika, Umweltfragen, Waldsterben, Jugendzentren, Feminismus, Minderheiten u.ä.

Daß dies als wenig ergiebig empfunden wird, zeigt der inzwischen entstandene Streit darüber, ob Alternativzeitungen nur nach innen informieren und letztlich vorhandene Meinungen bestätigen bzw. in eine bestimmte Richtung beeinflussen sollen (Volksblattkonzept: Zielgruppen sind linke Bewegungen und Initiativen; "Meinungspresse") oder ob durch bessere Informationen, durch größere Sachkompetenz auch die Bürger außerhalb der Szene angesprochen und als Leser gewonnen werden sollen (Stadtmagazinkonzept - bürgernahe Massenzeitung). Letzteres wird vor allem im lokalen Bereich für notwendig gehalten, weil zur Durchsetzung eigener Positionen Bündnispartner außerhalb der Szene gefunden werden müssen. Der Streit geht so weit, daß zum Teil innerhalb der Szene versucht wird, Stadtmagazine, die kommerzielle Aspekte

offen betonen, aus dem Spektrum der Alternativpresse auszugliedern, weil befürchtet wird, daß bei zunehmender Professionalisierung eine Abhängigkeit vom Anzeigenmarkt und eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Bürger die Alternativzeitungen zu einem Teil der etablierten Presse werden läßt.¹⁰⁹⁾ Andererseits hätte die Begrenzung der Alternativpresse auf sich selbst zur Folge, daß zwischen der Innenwelt der Alternativbewegung und der sie umgebenden Außenwelt der Kontakt abbricht und daß sich dort eine von der real herrschenden Kultur abgetrennte und gegen sie gerichtete Sphäre entwickelt.¹¹⁰⁾

Als "Projekt der alternativen Ökonomie" wollen Alternativzeitungen einerseits Bedürfnisse und Interessen ihrer Lesergruppen erfüllen (insoweit unterscheiden sie sich nicht von der etablierten Presse, die ebenfalls die Bedürfnisse ihrer Leser erfüllen will) und andererseits den Zeitungsmachern selbst "Spaß machen", ihre "Fähigkeiten erweitern" und sie als Individuum wieder in den Mittelpunkt des Interesses stellen.¹¹¹⁾ Ausgehend vom "Leserzeitungskonzept" will die Alternativpresse den Leser, damit er nicht nur Konsument ist, an der Kommunikation beteiligen und ihm die Partizipation ermöglichen. Daneben propagiert sie die "Aufhebung eines inhumanen Zustandes" und will, indem sie Begriffe wie Leistung, Autorität, Gehorsam und Karrieredenken ablehnt, den Menschen wieder als Individuum in den Mittelpunkt des Interesses stellen. Daß sich dabei Theorie und Ökonomie häufig nicht im Gleichklang befinden, ist heute kaum noch umstritten.¹¹²⁾ Bei Zeitungen, die den genannten alternativen Postulaten gerecht zu werden suchen, stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit immer deutlicher und härter. Nach den Vorstellungen alternativer Zeitungsmacher soll die finanzielle Unabhängigkeit insbesondere durch die Neutralisierung des vorhandenen Kapitals¹¹³⁾ und - falls ein völliger Verzicht auf Inserate nicht möglich ist - durch einen auf einem bestimmten Prozentanteil am Gesamtum-

fang¹¹⁴⁾ und auf bestimmte "empfehlenswerte Gegenstände"¹¹⁵⁾ beschränkten Anzeigenteil sichergestellt werden.

Heute ist - nolens volens - die Notwendigkeit von Anzeigen im Interesse der Attraktivität auch bei alternativen Zeitungsmachern weitgehend akzeptiert; denn die Alternativpresse leidet, von Ausnahmen bei den Stadtmagazinen abgesehen, unter chronischem Geldmangel. Die finanziellen Mittel reichen bei den nicht professionell betriebenen Zeitungen häufig gerade aus, um das Erscheinen der nächsten Nummer sicherzustellen. Die Haupteinnahmequellen stellen bei kleineren Zeitungen die Vertriebs Erlöse dar, gefolgt von den Anzeigeneinnahmen und den Spenden der Leser und der Redaktionsmitglieder. Während bei der Überwiegenden Zahl dieser Alternativzeitungen die Mittel aus Anzeigen nicht ins Gewicht fallen, stellen sie bei den auflagenstarken Stadtmagazinen und Stadtilustrierten eine wesentliche Einnahmequelle dar.

Im Mittelpunkt des Anzeigenmarktes der Alternativzeitungen stehen Konsum (Bekleidung, Auto/Motorrad, Touristik, Literatur, Radio, Video) und Freizeit (Kneipen, Theater, Kino, Kommunikation, Bildung, Fortbildung) der 15 bis 35jährigen, die von etablierten Zeitungen in dieser Form nur schwer zu erreichen sind, was zur Folge hat, daß gutgehende Alternativzeitungen inzwischen schon nicht mehr alle Inserentenwünsche erfüllen können.¹¹⁶⁾

Hinzu kommt ferner, daß die größeren Alternativzeitungen durch die Zugehörigkeit zum Medienverbund "scene programm presse" (spp) bzw. zur rein privatwirtschaftlich betriebenen AIDA-Werbeagentur auch ihren Einfluß auf den Inhalt der Inserate verloren haben, d.h. sie müssen auch sexistische und gewaltverherrlichende Inserate abdrucken.¹¹⁷⁾

Mit der Überwiegenden Finanzierung alternativer Zeitungen über Anzeigeneinnahmen tritt eine gewisse Fremdbestimmung durch den Markt und durch die Gewinninteressen der Kapital-

geber ein mit der Folge, daß dadurch die ökonomische Unabhängigkeit und damit ein wesentliches Definitionskriterium alternativer Zeitungen, zumindest teilweise verlorengeht.¹¹⁸⁾

Da die Werbeagenturen ein flächendeckendes Verbreitungsgebiet verlangen, werden die zusammengeschlossenen Alternativzeitungen weiter expandieren und damit die (Teil-) "Kommerzialisierung" verstärken und den eingeleiteten Polarisierungsprozeß und den Konkurrenzkampf im alternativen Medienbereich fortsetzen; denn die große Mehrheit der Alternativpresse ist wegen zu geringer Auflage, unregelmäßigen Erscheinen und um ihre Unabhängigkeit von Inserentenwünschen zu bewahren, den solchen Organisationen nicht angeschlossen.

Das Ziel der finanziellen Unabhängigkeit bei gleichzeitiger voller "Freiheit der inhaltlichen Gestaltung" läßt sich unter kapitalistischen Produktionsbedingungen häufig nicht erreichen. Die geringen Arbeitskapazitäten stehen im diametralen Gegensatz zu den steigenden Ansprüchen der Leser an die inhaltliche und gestalterische Qualität der Zeitung und stellen einen entscheidenden Belastungsfaktor zwischen Ideal und Realität dar. Bei sinkender Auflage und nachlassender Motivation der unbezahlten Helfer können diese Zeitungen rasch in eine existenzbedrohende Finanzmisere geraten.¹¹⁹⁾ Hinzu kommt, daß aufgrund des stetigen Mißtrauens der alternativen Szene gegenüber dem Staat auch die Frage, ob für Alternativzeitungen öffentliche Subventionen in Anspruch genommen werden sollen, von Anfang an umstritten war und es auch heute noch ist.¹²⁰⁾

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Alternativzeitungen ein Medium sui generis sind, das andere Zielsetzungen hat und anderen Bedürfnissen und Zwecken dienen will als etablierte Zeitungen.¹²¹⁾ Die Alternativzeitungen haben den etablierten Medien das eine oder andere Thema aufzwingen können, eine grundsätzliche Änderung der Überwiegend unref-

lektierten etablierten Berichterstattung vor allem im lokalen Bereich haben die Alternativzeitungen - insbesondere aufgrund ihrer geringen Reichweite, Erscheinungshäufigkeit und ihrer beschränkten redaktionellen und finanziellen Möglichkeiten - bisher jedoch nicht erreicht.

Die Ausführungen zeigen aber auch, daß sich alternative Projekte den Gesetzen des Marktes nicht entziehen können und daß dem Konzept selbstbestimmter und basisorientierter Medienarbeit und "wirtschaftlicher Unabhängigkeit" in der Realität Grenzen gesetzt sind.¹²²⁾

Das dargestellte Bestimmungsmerkmal "Ökonomie und Zweck" und die damit verbundene Suche nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, inhaltlicher Freiheit und allgemeiner Zugänglichkeit zur redaktionellen Mitarbeit für alle Betroffenen ist unmittelbar verbunden mit dem nächsten in der Literatur genannten Definitionskriterium, nämlich der Frage nach der Organisation des Arbeitsprozesses bei der Zeitungsherstellung; denn um die Arbeit in den Redaktionen menschlich offen und gleichberechtigt zu gestalten, die Spontanität sowie den Spaß an der redaktionellen Arbeit zu fördern, muß die Alternativpresse nicht nur durch andere Inhalte bestimmte Leserwünsche erfüllen und einen gesellschaftlichen und politischen Aufklärungsauftrag wahrnehmen, sondern sich auch in ihren Arbeitsformen und Produktionsstrukturen von den etablierten Zeitungserzeugnissen unterscheiden.¹²³⁾

1.4.4 Organisation des Arbeitsprozesses

Alternative Arbeitsbedingungen sollen es ermöglichen, daß der Mensch seine Fähigkeiten und Bedürfnisse entfalten und sich durch die Arbeit selbst verwirklichen kann. Die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Hand- und Kopfarbeit soll in den alternativen Zeitungsprojekten aufgehoben werden. Hierarchien soll es ebensowenig geben, wie eine Ent-

fremdung von der Arbeit; denn jeder ist mit allen Arbeiten vertraut und kann alles, was er tut, wiederverstehen, überschauen und kontrollieren. Die Devise heißt nicht mehr Konkurrenz sondern Kooperation, nicht mehr Leistung sondern Lust. Die Mitarbeit in der Redaktion ist in der Regel unentgeltlich und zeitlich abhängig von der beruflichen Tätigkeit des einzelnen. Um eine Arbeitshierarchie zu vermeiden, werden alle Tätigkeiten gleich bewertet und eine Ressortbildung vermieden. Dieses Ziel soll über das sogenannte "Rotationsprinzip" erreicht werden, nach dem "alle Arbeiten ... auf alle Personen verteilt werden", weil die Festlegung von Funktionen notwendigerweise zu bestimmten Machtstrukturen führen würde.¹²⁴⁾ Die Folge hieraus ist eine kollektive Entscheidungsfindung über redaktionelle Fragen und eine "Demokratisierung der Zeitungsproduktion."¹²⁵⁾ Inhaltlich bedeutet dies, daß jeder Leser ein Recht darauf hat, daß seine Artikel abgedruckt werden bzw. daß die Redaktion eine Ablehnung ausführlich begründen muß und in den Redaktionssitzungen, die öffentlich stattfinden, jeder Teilnehmer Rede- und Stimmrecht hat.

Darüberhinaus werden wichtige Entscheidungen häufig in Gesamtedaktionssitzungen getroffen, was bei den Mitarbeitern dazu beiträgt, vielfältige Qualifikationen zu erwerben, demokratische Verfahrensweisen zu erlernen und ihr Fachwissen zu vertiefen. Die Grundgegebenheiten sind sicherlich positiv zu bewerten. Diese Arbeitsweise führt aufgrund erschwerter Entscheidungsfindung jedoch zu höheren "Entscheidungskosten" und beeinträchtigt aufgrund der "Qualifikationsmängel" die Absetzbarkeit der Zeitung am Markt und damit die Wirtschaftlichkeit der Zeitung selbst. Wegen der mit der Zeitungsherstellung verbundenen hohen Arbeitsintensität kann diese Arbeit nur durch "Ausbeutung der Mitarbeiter" oder durch die Erschließung neuer Finanzierungsquellen sichergestellt werden.¹²⁶⁾ Folgen hieraus ist die Rückkehr zum Prinzip der Arbeitsteilung.

Weichler¹²⁷⁾ stellt hierzu fest: "Der Rückschritt zur Arbeitsteilung gründet selten auf dem freien Willen der Macher, sondern entspringt nackten Existenzängsten"; denn die Alternativzeitungen sind wie jede andere Ware den "Zwängen des kapitalistischen Markts" unterworfen. Das Zauberwort "Arbeitsrotation" in der alternativen Zeitungsproduktion erweist sich mit steigender Auflagenzahl und Ausweitung des Heftumfangs unter den existenten Produktionszwängen im Zeitungsalltag sehr schnell als "leere Formel" und als "Strohfeuer", das auf Dauer nicht haltbar ist und vom Arbeitsteilungsprinzip verdrängt wird; denn die Alternative lautet: mit den Idealen untergehen oder sie begraben und weitermachen. Fazit: die Hierarchien sind geblieben, die Produktionszwänge diktieren das Tun, nicht mit Lust, sondern unter Leistungsdruck wird die nächste Nummer hergestellt und das "Leserzeitungskonzept" bleibt in der Praxis eine Utopie; denn Ansprüche und existierende Arbeitsstrukturen sind nicht miteinander vereinbar. Brüseke/Große-Oetringhaus kritisieren in diesem Zusammenhang neben schlecht recherchierten Artikeln und fehlenden Hintergrundinformationen und Schwerpunktberichten vor allem, daß sich die Beiträge durch Oberflächlichkeit und Spektakuläres auszeichnen und politische Positionen nicht mehr offensiv vertreten, sondern als Einheitsbrei angeboten werden.¹²⁸⁾

Nach 10-jähriger Erfahrung hat die "Glorifizierung des Laienjournalismus" merklich nachgelassen und die Fach- und Sachkompetenz gewinnt ebenso an Wert, wie die Beherrschung des journalistischen Handwerks. Wie oben bereits hinsichtlich Form und Gestalt ausgeführt, wird heute auch bezüglich des Arbeitsprozesses eine Professionalisierung als unverzichtbar angesehen und das Vordringen der "Profis" begrüßt.¹²⁹⁾ Daß diese Professionalisierung bei der Alternativpresse fortschreitet, zeigt sich insbesondere in der Anstellung von sogenannten "Bürodienern", die gegen eine Aufwandsentschädigung die unattraktiven Tätigkeiten wie Posterledigung,

Aufräumen, Ordnen der Unterlagen, Erledigung der finanziellen Angelegenheiten, Sortieren der Papiere und Vorbereiten der Redaktionssitzungen ausüben. Die Anstellung von festen Mitarbeitern führt zu einer stärkeren Abhängigkeit vom Leser- und Anzeigenmarkt und damit zu einer gewissen Kommerzialisierung der Alternativzeitungen. Außerdem wird durch angestelltes Personal das ohnehin sehr zeitaufwendige und kostenintensive Prinzip der kollektiven Entscheidungsfindung zusätzlich belastet, weil innerhalb der Redaktion die hauptberuflich Beschäftigten einen Wissensvorsprung und einen besseren Überblick haben und damit "Informationshierarchien" entstehen, die das labile Gleichgewicht in den Redaktionen schnell stören und den Bestand der Zeitung ernsthaft gefährden können.¹³⁰⁾

Der in diesem Zusammenhang geführte Streit über die alternativen Arbeitsformen geht häufig quer durch die Redaktion. Während ein Teil der Redaktionsmitglieder gemäß dem theoretischen Ansatz auf "die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit in der Redaktion" und auf "die Verbindung von redaktioneller Arbeit und persönlichen Lernprozessen" abstellt und die Anstellung von hauptberuflichen Bürodienern als Gefahr für die gemeinsame demokratische Entscheidungsstruktur ablehnt, halten andere Redaktionsmitglieder zwar an der Forderung nach alternativen Arbeitsformen fest, legen den Schwerpunkt der Arbeit jedoch darauf, aus der Alternativzeitung eine echte Alternative zur Berichterstattung der etablierten Zeitung zu machen. Dies ist nach ihrer Meinung nur möglich, wenn nicht ausschließlich über linke Subkultur berichtet wird, sondern lokale Hintergrundinformationen und politische Informationen allgemeiner Art, die die etablierte Lokalpresse verschweigt, von der Alternativpresse weitergegeben und die lokale Politik neu und anders ("alternativ") interpretiert wird. Eine Ausweitung des Themenspektrums, eine ausführliche und kontinuierliche Berichterstattung über Hintergründe, Interpretationsmöglich-

keiten, Alternativen und unterbliebene Nachrichten im Bereich des lokalen Geschehens, eine Vergrößerung der Leserschaft und mehr Bürgernähe können dabei nur erreicht werden, wenn auch die Arbeitsorganisation wieder effektiver gestaltet wird und wenn sich die Alternativzeitungen bemühen, in Form und Aufmachung den Lesergewohnheiten Rechnung zu tragen.¹³¹⁾ Ebenso wie Zeitungen, die ausschließlich auf den politischen Informationsgehalt abstellen und der Repräsentationsform keine Relevanz beimessen, kaum mehr existenzfähig sind und sich daher auf dem Rückzug befinden¹³²⁾, werden im alternativen Medienbereich zusehends wieder arbeitsteilige Strukturen eingeführt.¹³³⁾ Die verpönten "Resorts" haben als "Unterredaktionen" für Kommunales, Frauen, Soziales, Kultur u.a. auch bei den Alternativzeitungen Einzug gehalten, weil sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Behandlung von Sachfragen ein bestimmtes Maß an Sachkompetenz voraussetzt. Die sich ergebende Divergenz zwischen Anspruch und Realität zeigt Weichler¹³⁴⁾ anhand eines in der Alternativzeitung "De Schnüss" veröffentlichten fingierten Interviews auf.

Die Alternative lautet also, Vorstoß zu neuen Themen und höheren Auflagen durch effektivere Arbeitsweise verbunden mit der Anstellung journalistisch und technisch qualifizierter Mitarbeiter bei Revidierung des ganzheitlichen Anspruchs oder Beibehaltung einer begrenzten Themen- und Reichweite und damit Beschränkung auf die alternative Szene und Beibehaltung strenger alternativer Arbeitsformen. Während die Befürworter einer dynamischen Entwicklung das starre Festhalten an einer laienhaften und demokratischen Produktionsweise als Weg in die Isolation kritisieren, bewerten die Verfechter strenger alternativer Arbeitsformen das Eingehen auf Lesergewohnheiten negativ als Anpassung und als Verleugnung der ursprünglichen Ziele.¹³⁵⁾ Die Auseinandersetzungen über die richtige Organisation des Arbeitsprozesses, deren Ende noch nicht absehbar ist, zeigen,

daß diese nicht einmal innerhalb der alternativen Szene einheitlich beantwortet wird. Die Organisation des Arbeitsprozesses ist deshalb als Definitionskriterium für die Bestimmung einer Zeitung als "alternativ" nicht geeignet, dies insbesondere auch deshalb, weil die alternative Produktionsweise unabhängig von diesem theoretischen Streit in der Praxis immer mehr einem professionellen Journalismus weicht.¹³⁶⁾ Während es bisher um die organisatorischen Rahmenbedingungen der Zeitungsherstellung ging, steht nunmehr als weiteres Definitionskriterium die journalistische Form und das Modell der Kommunikation, das mit der Organisation des Arbeitsprozesses in enger Beziehung steht, im Mittelpunkt des Interesses.

1.4.5 Kommunikationsmodelle

Im Gegensatz zu den etablierten Zeitungen will die Alternativpresse eine sogenannte "alternative Kommunikation", welche die "Rollentrennung vom Kommunikator und Rezipient"¹³⁷⁾ aufhebt und den Lesern die Möglichkeit gibt, "Sender und Empfänger" gleichzeitig zu sein. Ausgangspunkt ist, anders als bei der etablierten Presse, die den Eindruck einer objektiven Distanzberichterstattung zu vermitteln sucht, die "Unmittelbarkeit" der Erfahrung, die "Betroffenheit der Berichtenden", die Vermittlung unverfälschter Interessen und ein "subjektiver Journalismus".¹³⁸⁾ Im Idealfall gehören die Zeitungsmacher selbst zum Kreis der Betroffenen. Das etablierte Massenkommunikationsmodell (Sender - Nachricht - Empfänger) soll durch ein "demokratisches Modell" ersetzt werden, das zum Ziel hat, die Eingleisigkeit des Informationsflusses und die "Isolation der einzelnen Teilnehmer am gesellschaftlichen Lern- und Produktionsprozeß aufzuheben". Voraussetzung hierfür sind nach Enzensberger¹³⁹⁾ "netzartige Kommunikationsmodelle, die auf dem Prinzip der Wechsel-

wirkung aufgebaut sind: eine Massenzeitung, die von ihren Lesern geschrieben und verteilt wird" und die "Selbstorganisation der Beteiligten".

Ziel ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und die Bürger dazu zu bringen, die Regelung ihrer Anliegen und Bedürfnisse selbst in die Hand zu nehmen, vor Ort Aufklärungsarbeit zu leisten und die Lösung dort zu erarbeiten, wo "... die sozialen, gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Konflikte stattfinden."¹⁴⁰⁾ Die lokalen Alternativzeitungen wollen nicht nur die verschiedenen örtlichen Oppositionsgruppen, zu denen oft enge Kontakte bestehen, aktivieren und motivieren, sondern auch zwischen der Zeitungsarbeit und politischen Aktionen eine Verbindung herstellen.¹⁴¹⁾ Deshalb beteiligen Sie sich unmittelbar an der politischen Auseinandersetzung und regen die Leser zur Mitarbeit im Bereich alternativer Kommunalpolitik an, indem sie Kontaktadressen benennen, praktische Ratschläge geben und den persönlichen Kontakt beim Straßenverkauf und bei lokalen Pressefesten suchen. Gerade in dem Versuch, eine "Verknüpfung von publizistischer und politischer Aktion" herzustellen, besteht ein struktureller Unterschied zur etablierten Presse. Das Bestreben der Alternativpresse, "ihre Leser zu Eigenaktivität anzuregen", hat allerdings nach Beywl/Brombach¹⁴²⁾ bei realistischer Betrachtungsweise zu erwähnenswerten Erfolgen in der Bevölkerung selten geführt. Anders stellt sich die Funktion und der Erfolg der Alternativpresse jedoch bei politischen Gruppen dar; denn hier gelingt es ihr "einen Kommunikationszusammenhang zwischen lokalen politischen und sozialen Gruppen herzustellen, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit keine Berücksichtigung finden".

Den Alternativzeitungen geht es aber auch um Rückmeldungen aus der bürgerlichen Öffentlichkeit und um Kontakte und Reaktionen der lokalen Funktionsträger und Machteliten. Vor-

aussetzung hierfür sind allerdings eigene Redaktionsräume und ein Mindestmaß an redaktionstechnischen Einrichtungen, was notwendigerweise zu einer gewissen Professionalisierung führt. Diese Professionalität zwingt zumindest zu einer gewissen Orientierung an den Interessen und Bedürfnissen der "Erstkultur", d.h. der Anzeigenmarkt wird im wesentlichen akzeptiert und es werden solche lokalrelevanten oder gruppenspezifisch interessierenden Themen behandelt, die die etablierte Presse vernachlässigt. Dorsch stellt sogar die These auf, daß Teile der Alternativpresse stärker in der "Erstkultur" als in der Alternativkultur verankert sind und daß sie keinen intensiven Rückhalt in der eigenen Kultur, für die sie Öffentlichkeit herstellen wollen, haben.¹⁴³⁾

Geht man mit Beywl/Brombach¹⁴⁴⁾ davon aus, daß die Leserschaft aus einem Teil einer "diffusen Linken", d.h. überwiegend aus Studenten, Schülern, Sympathisanten der Grünen und der Bunten, linken SPDlern sowie aus Aktivisten in Bürgerinitiativen und Gewerkschaften sowie aus ehemaligen APO-Leuten besteht und sich damit auf eine "politisch-soziale Subkultur" beschränkt, dann führt dies dazu, daß die Alternativzeitungen nur noch einen bestimmten Teil der Öffentlichkeit erreichen und damit nur noch eine "partikuläre Gegenöffentlichkeit" herzustellen in der Lage sind. Heute ist in der alternativen Presseszene eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der kommunikativen Zieldefinition nicht zu verkennen. Während die einen noch am Basisjournalismus festhalten, streben andere auch hier eine Professionalisierung mit dem Argument an, daß es nach den gemachten Erfahrungen in diesem Modell genauso Ungerechtigkeiten gibt, wie bei den Agenturen.¹⁴⁵⁾ Wie bereits oben unter Ziffer 3.3

erwähnt, soll Maßstab nicht mehr nur die Bewegung und Ziel nicht mehr eine "Szene-Zeitung" mit Sprachrohrfunktion, sondern eine nach allen Seiten hin kritische Berichterstattung sein. Bei der damit verbundenen Diskussion über die Brauchbarkeit der ursprünglichen Kommunikationsmodelle ha-

ben sich zwei Richtungen herausgebildet, deren Grenzen allerdings fließend sind:

a) Die Vertreter der einen Richtung geben das alte Kommunikationsmodell auf und orientieren sich nicht mehr primär an alternativen Inhalten, sondern zielen auf "Kommerz" ab, um den Redaktionsmitgliedern den Lebensunterhalt zu sichern. Ob diese Gruppe noch der alternativen Presse zugeordnet werden kann, ist in der Szene selbst stark umstritten. Während die Frage für die rein kommerziellen Stadtmagazine szenenintern allgemein verneint wird, werden die Stadtmagazine mit lokalem Bezug überwiegend noch als der alternativen Szene zugehörig angesehen.

b) Die Vertreter der anderen Richtung möchten, daß die Alternativpresse ein Forum für die "Gegenöffentlichkeit" bleibt, indem sie die Widersprüchlichkeit des proletarischen Lebenszusammenhangs aufzeigen. Es sollen diejenigen zu Wort kommen, die in den bürgerlichen Zeitungen keine Stimme haben und es soll über Vorgänge und Ereignisse berichtet werden, die in der etablierten Presse verschwiegen oder verkürzt und damit falsch dargestellt werden. Nach ihrer Meinung kommt die etablierte Tagespresse ihrem auch in der Verfassung enthaltenen Auftrag, Öffentlichkeit herzustellen, die Bürger zu informieren und zur Meinungsbildung beizutragen, nicht mehr nach, weil sie sich auf profitable Hofberichterstattung ohne kritische Distanz beschränkt und die politische Pflicht der Presse in der Demokratie dem Streben nach hohen Auflagenzahlen unterordnet. Die Alternativpresse will mit der Beteiligung der Betroffenen an der Entscheidungsfindung die "Demokratisierung aller Lebensbereiche" durchsetzen, Kontrollfunktionen wahrnehmen und politische Informationen veröffentlichen. Sie sieht in den durch politische und wirtschaftliche Entscheidungen nachteilig Betroffenen die Träger oppositioneller Bewegungen, die von ihr unterstützt werden. Die Alternativpresse hält

also an dem Anspruch, "authentische Bedürfnisse von Betroffenen" darzustellen, fest, ohne jedoch den Begriff "Betroffene" näher zu definieren.

Auch wenn es den Alternativzeitungen gelungen ist, der etablierten Presse und der Öffentlichkeit die Auseinandersetzung mit alternativen Themen aufzuzwingen¹⁴⁶⁾, der Kontakt zur "schweigenden Mehrheit", der Gegenöffentlichkeit, um die es den alternativen Zeitungsmachern insbesondere ging, ist unbefriedigend geblieben. Die Versuche mit neuen Kommunikationsmodellen Gegenöffentlichkeit herzustellen, sind zahlreich, lassen jedoch auch erkennen, daß das "subjektive Empfinden der Betroffenen" häufig nicht identisch ist mit der "objektiven Betroffenheit", wie sie in den alternativen Medien von Zeitungsmachern dargestellt wird.¹⁴⁷⁾ Zwischen ihrem Bewußtsein und ihrer Überzeugung von einem ausgebeuteten, inhuman behandelten, psychisch gefährdeten und physisch bedrohten Arbeiter und der Wirklichkeit, in der sich der Arbeiter als sozial integriert, zufrieden und konservativ bis reaktionär zeigt, besteht eine nicht überbrückbare Divergenz.

Die bestehende Diskrepanz hat nach Negt/Kluge¹⁴⁸⁾ ihre Ursache darin, daß die Alternativzeitungen es noch nicht geschafft haben, "ein konkretes Verhältnis zum proletarischen Lebenszusammenhang und zur proletarischen Öffentlichkeit" aufzubauen. Statt die Bedürfnisse der Betroffenen von außen beschreiben und interpretieren zu wollen, wäre es politische Aufgabe der Alternativpresse, gesellschaftliche Widersprüche zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen und durch die Einleitung öffentlicher Diskussionen und Dispute beim Bürger eine Bewußtseinsänderung herbeizuführen.

Hinzu kommt - wie die Praxis zeigt - daß die Redaktionssitzungen von "normalen Lesern", kaum angenommen und der Aufforderung zur Mitarbeit nur in geringem Umfang nachgekommen wird. Dies mag einmal damit zusammenhängen, daß die Redak-

tionsmitglieder unzureichend Kenntnis davon haben, wie sich die Gegenöffentlichkeit personell zusammensetzt, hat aber nach Dorsch¹⁴⁹⁾ auch damit zu tun, daß sich die "(professionellen) Laien-Journalisten" ebenso wie die etablierten als "Meinungsführer", "Erzieher" und "Aufklärer" fühlen und es an Aufforderungen zur Partizipation fehlen lassen. Für sie dient die publizistische Arbeit häufig auch der Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und hat eher privaten Charakter mit der Konsequenz, daß das politische Ziel, "die Leserschaft in dem Prozeß der Gegenöffentlichkeit einzubeziehen" in den Hintergrund tritt und deshalb vorerst Utopie bleibt. Die starke Arbeitsbelastung, verbunden mit den ständigen Geldsorgen der alternativen Blätter führen nämlich dazu, daß auch die Laien-Journalisten eine Art Selbstbestätigung und ein gewisses "Elite-Bewußtsein" benötigen. Dieses Gefühl tritt ein, wenn Personen aus dem lokalen Machtzentrum reagieren, Alternativzeitungen an Pressegesprächen beteiligt werden und wenn sie Kontakt zu maßgeblichen Leuten wie Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Verwaltungsspitzen aufbauen können. Zu den Erfolgserlebnissen gehören auch Rückmeldungen aus der bürgerlichen Öffentlichkeit oder die Thematisierung von Problemen, die dann von der etablierten Presse, der Verwaltung und von den Entscheidungsträgern aufgegriffen werden müssen.

Aus den aufgezeigten Kommunikationsmodellen, insbesondere in der unter Buchstabe b) dargestellten Form, ist bereits das der Alternativpresse zugrunde liegende politische Verständnis ansatzweise erkennbar geworden. Dieses politische Verständnis wird zum Teil als weiteres Abgrenzungs- und Unterscheidungskriterium zwischen Alternativpresse und etablierter Presse herangezogen.

1.4.6 Politikverständnis

Die Alternativpresse ist nach ihrem eigenen Verständnis "nicht festgelegt auf bestimmte politische Strömungen"¹⁵⁰⁾, sondern offen für jede liberale und pluralistische Politik. Sie läßt sich nicht einer Richtung zuordnen und auf bestimmte Inhalte eingrenzen, sondern beschreibt sich selbst durch unbestimmte Begriffe wie "Pluralismus", "Liberalität" und ist gekennzeichnet durch die Ablehnung hergebrachter politischer Handlungsformen und Verfahrensweisen. Die Alternativpresse beschränkt sich meist auf die leicht erkennbare, akute Betroffenheit im Wohn-, Stadt- und Umweltbereich und berücksichtigt überwiegend aktuelle und brisante Themen sowie offene, direkte und harte Formen der politischen Auseinandersetzung. Beywl/Brombach¹⁵¹⁾ stellen zusammenfassend hierzu fest: "die Alternativzeitungen verfügen über ein offenes, basisdemokratisches und nicht expliziertes Politikverständnis. Dies macht es Ihnen möglich, Leser in relativ breiten Bereichen politischer Oppositionsbewegungen zu erreichen; ihr implizites Politikkonzept ist hergeleitet aus den gemeinschaftlichen und demokratischen Arbeitsstrukturen der Zeitungskollektive. Was die Gruppen ausprobieren, z.B. die Aufrechterhaltung eines offenen Entscheidungsprozesses und den Abbau von Hierarchien, sehen sie als Modell für gesellschaftliche Politikprozesse an." Als Reaktion auf die Konfrontation der als flexibel und gestaltungsfähig empfundenen persönlichen Lebensform und der starren und festgefahrenen sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeit werden in unterschiedlich intensiver Weise private Wünsche, Erfahrungen und Bedürfnisse aus persönlicher Betroffenheit heraus in den Alternativzeitungen dargestellt. Indem die Alternativpresse "das Private zur Politik macht", dient sie neben der politischen Aufgabe auch der Selbstverwirklichung der Beteiligten. Sie bezeichnen dieses Konzept als "Politik in erster Person" oder als "Politik

der Subjektivität". In der Alternativpresse werden politische Ereignisse aus persönlicher Betroffenheit heraus dargestellt und emotionale Bedürfnisse berücksichtigt. Ein solcher von unmittelbarer Erfahrung geprägter Politikbegriff ist jedoch nur brauchbar, wenn er sich bei der Herstellung von Gegenöffentlichkeit nicht auf Teilaspekte beschränkt, sondern "unterschiedliche Lebenszusammenhänge" beachtet.¹⁵²⁾ Ob dies hier bejaht werden kann, ist zweifelhaft, weil, wie oben bereits dargelegt, sich große Teile der Alternativpresse auf "eine politisch-soziale Subkultur" beschränken und nurmehr eine "partikulare Gegenöffentlichkeit" herstellen. Im übrigen sind der Inhalt und die inhaltlichen Schwerpunkte der diversen alternativen Medien und die Form der Darstellung derart unterschiedlich, daß es zweifelhaft erscheint, ob ein einheitlicher Politikbegriff überhaupt festgestellt werden kann. In einer pluralistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland mit verfassungsrechtlich garantierter Meinungs- und Pressefreiheit erscheint es ausserdem äußerst schwierig, den Begriff "Alternativpresse", der in sich selbst bereits sehr schillernd und vielgestaltig ist, durch sein Politikverständnis von allen anderen Zeitungsarten des etablierten Spektrums abgrenzen zu wollen.

Ein weiterer Aspekt ist, daß sich die Alternativbewegung als Ausgangspunkt der Alternativzeitungen in einem dauernden Wandel befindet. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß sich viele alternative Gruppierungen als "Grün-Alternative-Liste" oder in der Partei "Die Grünen" etabliert haben und daß damit aus den von ihnen herausgegebenen Zeitungen - ohne daß sich an Inhalt und Konzeption etwas geändert haben muß - verbandsabhängige Medien geworden sind. Damit sind wir bei der nächsten in der Literatur sehr umstrittenen Frage, ob die "Verbandsunabhängigkeit" ein konstitutives Definitionskriterium für die Zuordnung einer Zeitung zur Alternativpresse ist.

1.4.7 Verbandsunabhängigkeit

In der Literatur¹⁵³⁾ werden die partei- und verbandsabhängigen und die von Institutionen herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften überwiegend nicht der Alternativpresse zugeordnet. Dies war nicht immer so. Die "studentische Gegenöffentlichkeit" der 60er Jahre differenzierte bei der "politischen Gegenpresse" nicht zwischen "partei- und verbandsabhängigen Medien" und "Alternativpresse", sondern war politischen Organisationsformen und verbandsnahen Publikationen gegenüber tolerant und offen. Eine derartige Trennung entsprach nicht dem politischen Selbstverständnis der alternativen Öffentlichkeit in den 60er Jahren. Eine Ausgrenzung der organisationsgebundenen Gegenpresse wurde erst nachträglich aufgrund eines veränderten Verständnisses von Alternativpresse ab Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre vorgenommen.

Dieses Auseinanderfallen vollzog sich nach Beywl¹⁵⁴⁾ in zwei Schritten:

- Zunächst wurden, etwa ab 1968, die Zeitungen von Moskau- oder Peking-orientierten marxistisch-leninistischen Organisationen als ideologisch abhängig ausgesondert. Als (links) unabhängig galten nur noch "Gruppen und Organisationen, die die marxistischen Theorien aufgrund der neueren polit-ökonomischen Entwicklungstendenzen kritisch reflektieren und deshalb im Gegensatz zu dem Stamokap-Konvergenztheoretikern die Diktatur des Proletariats nicht mit einer Diktatur der Bürokratie in einer klassenlosen industriellen Gesellschaft verwechseln." Eine Überprüfung der als "linksunabhängig" definierten Presse zeigt jedoch, wie Beywl darlegt, daß es bis 1974 kaum organisationsunabhängige Szeneblätter gab.
- In den Jahren nach 1974 wurde die Unabhängigkeit von jedweder partei-, instituts- und verbandsmäßigen Organisation zu einem entscheidenden Kriterium für "Alternativpresse".

Es sollten die Betroffenen und die Aktiven zu Wort kommen und kein linker Verbandsjournalismus aufgebaut werden, der "wahltaktischen Überlegungen der Parteien" und verbandsinternen Vorstellungen den Vorrang gibt vor "basisdemokratischen Zielsetzungen".

Dieses Selbstverständnis der Alternativpresse ist auch heute noch überwiegend anzutreffen.

Seit Anfang der 80er Jahre verstehen sich die Alternativmedien (Volksblätter und Stadtteilzeitungen) immer weniger als Zeitungen von Bürgerinitiativen und sonstigen linken und alternativen Gruppen aus der Szene und setzen damit dem vom "Kölner Volksblatt" entwickelten "Konzept des Betroffenenjournalismus" eine gruppenunabhängige und autonome Publizistik entgegen. Sie greifen immer häufiger Themen der "großen Politik" zu Lasten des lokalen Bezugs auf. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch dadurch bedingt, daß die lokalen Bürgerinitiativen immer stärkere Beachtung in der lokalen Tagespresse und auch in den auflagenstarken Stadtmagazinen finden und damit ihre Anliegen wesentlich besser "unters Volk bringen" können. Hinzu kommt, daß ehemals linke Initiativen als "Bunte", "Rathausparteien", "Grün-Alternative" Listen oder ökologische Parteien ("Die Grünen") auftreten und als Fraktion sich dann eigene Medien schaffen, teilweise sogar vorhandene Alternativzeitungen übernehmen oder mit Ihnen fusionieren.

Wird die Verbandsunabhängigkeit als wesentliches Definitionskriterium gesehen, dann hat dies beispielsweise zur Folge, daß die von einer Gruppierung herausgegebene Alternativzeitung nicht mehr als solche bezeichnet werden kann, wenn es dieser Gruppierung gelingt, bei den Kommunalwahlen Stadtratsmandate zu erringen und in den Rat der Stadt einzuziehen, weil sie damit nicht nur den Parlamentarismus akzeptieren, sondern - unabhängig von gegenteiligen Beteuerungen - Teil des Systems und eine Rathauspartei oder zumindest eine parteiähnliche Organisation werden. Ähnlich

verhält es sich, wenn die Fraktion nach kurzer Unterbrechung eine eigene Zeitung herausgibt. Hierzu ein Beispiel: Die Bamberger Alternativzeitung "Dä Goblmoos"¹⁵⁵⁾ hat Ende 1983 ihr Erscheinen eingestellt. Unmittelbar nach den Bayerischen Kommunalwahlen im Mai 1984 erschien eine neue Zeitung mit dem Namen "GAL-Zeitung", die seither insbesondere über die Arbeit der GAL-Fraktion im Bamberger Stadtrat berichtet. Dieser Fraktion gehören überwiegend die in der ehemaligen "Dä Goblmoos-Redaktion" maßgeblichen Personen an. Sicher ist die Intention und die Zielrichtung dieser Zeitung nicht mehr mit der Alternativzeitung "Dä Goblmoos" voll inhaltlich identisch. Dies jedoch nicht deshalb, weil sich Wertvorstellungen und grundsätzliche Positionen geändert haben, sondern weil der Status der Gruppe ein anderer geworden ist und ein außerparlamentarisches Oppositionsblatt deshalb nicht mehr benötigt wird. Obwohl die handelnden Personen und die maßgeblichen Grundziele die gleichen geblieben sind, kann die neue "GAL-Zeitung" bei einem Festhalten am Definitionskriterium "Verbandsunabhängigkeit" nicht mehr als "Alternativzeitung" bezeichnet werden. Dieses Beispiel zeigt, daß das für Alternativzeitungen benannte formale Bestimmungskriterium "Verbandsunabhängigkeit" heute fraglich und problematisch ist, weil die Grünen und die Grün-Alternativen, die sich der Alternativbewegung zugehörig fühlen, heute parlamentarisch orientiert und verbandlich organisiert sind, ohne daß sich dadurch ihre Ideen und Vorstellungen, die sie ursprünglich als außerparlamentarische Opposition vortrugen und die sie nunmehr im Stadtrat unmittelbar formulieren und diskutieren können, geändert haben. Die Statusänderung hat auf die inhaltliche Konzeption der von diesen Gruppierungen herausgegebenen Zeitungen keinen grundlegenden Einfluß gehabt.¹⁵⁶⁾

Gerade die Alternativpresse als relativ neuer und junger Presstypus ist einer starken Dynamik unterworfen und kann nicht wie ein in der Vergangenheit liegender abgeschlosse-

ner Vorgang statisch und abschließend beschrieben werden. Es erscheint deshalb nicht sachgerecht, mit entwicklungsge-schichtlichen Argumenten aus der alternativen Medienwelt gerade den Bereich ausgrenzen zu wollen, der sich in den letzten Jahren am intensivsten entwickelt hat. Eine Be-schränkung auf verbandsunabhängige Medien würde nicht nur die Gefahr einer Einschränkung des Untersuchungsumfanges beinhalten, sondern hätte außerdem die Schwierigkeit zur Folge, daß verbandliche Abhängigkeit nicht immer offenkun-dig ist und eine verdeckte Abhängigkeit im Rahmen dieser Untersuchung nicht ohne weiteres festgestellt werden könnte.

1.5 Kritik und eigener Ansatz

Aus den gemachten Ausführungen wird deutlich, daß es eine einheitliche Definition "Alternativpresse" ebenso wenig gibt, wie die "Theorie der Alternativpresse" an sich. Es ist vielmehr festzustellen, daß die meisten Alternativzei-tungen abstrakte Gedanken und Überlegungen bezüglich einer "Theorie der Alternativpresse" ablehnen, weil die dadurch bedingten, notwendigen Verallgemeinerungen dem Alltag und den täglichen Sorgen und Problemen der Alternativzeitungen nicht gerecht werden. Was zum Teil als "Theorie" bezeichnet wird, ist lediglich eine Sammlung und Zusammenfassung all der Ansprüche, die von intellektuellen und idealistischen Zeitungsleuten erhoben werden. Mit der täglichen Praxis hat dies nichts oder nur sehr bedingt etwas zu tun. All zu oft stehen den oben zitierten Forderungen nach Arbeitsrotation, nach Selbstverwirklichung in der Arbeit, nach kollektiver Entscheidungsfindung und nach Partizipation und Offenheit für Alle ("Leserzeitung"), Geld- und Mitarbeitermangel, fehlende Zuverlässigkeit und Motivation, Streß und Termin-zwang als Fakten im Produktionsbereich gegenüber und geben im Zweifel den Ausschlag zu Gunsten einer Entscheidung für

"kapitalistische Produktionsweisen", die-wie die Praxis zeigt - auf Dauer notwendig sind, wenn die Existenz der Alternativzeitung gesichert werden soll.¹⁵⁷⁾

Dies zeigt, daß der Begriff "Alternativpresse" einen dynamischen Charakter hat und ist der Grund dafür, daß sich in der Realität als einflußreichster alternativer Zeitungstypus die Stadtmagazine und die Stadtilustrierten und damit die Zeitungsart durchgesetzt hat, die von der ursprünglichen historischen Definition am weitesten entfernt ist; denn sie erstrebt Profit oder nimmt ihn zumindest billigend in Kauf, ist nach Stil und Aufmachung professionell, berücksichtigt Lesergewohnheiten, reduziert den Betroffenenjournalismus und ist zumindest beschränkt kapitalabhängig. Diese Korrekturen erfolgten, nachdem aufgrund der festgestellten Divergenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Existenz der Zeitung häufig von einer Modifizierung der ursprünglich unrealisierbaren Ansprüche abhing.

Aus den gemachten Ausführungen ergibt sich, daß der reine Betroffenenjournalismus in der Krise steckt, weil ihm die auf Dauer unverzichtbare Tiefe und die Hintergrundrecherche fehlt. Folgerichtig sind die Alternativzeitungen zunehmend vom Betroffenenjournalismus abgerückt und haben begonnen, eine eigene selbständige publizistische Arbeit zu leisten, die, abweichend von der bisherigen subkulturellen Berichterstattung, vor allem durch mehr Bürgernähe gekennzeichnet ist und die Geschehen kommentieren und Hintergründe aufzeigen will.¹⁵⁸⁾ Hinzu kommt, daß die Initiativen, die in der etablierten Presse, in Stadtilustrierten und in Anzeigenblätter immer stärker Berücksichtigung finden und damit eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit erlangen, die Alternativzeitungen als Sprechrohr nicht mehr brauchen und sie immer weniger als "ihre" Zeitung verstehen. Auch die Orientierung der Alternativzeitungen am Anzeigen- und Lesermarkt und die Tatsache, daß Alternativzeitungen zusehends miteinander in Konkurrenz treten, weil der Konsens der Ini-

tiven abnimmt und die einzelnen Gruppen und Gruppierungen über jeweils eigene Medien verfügen, haben zur Folge, daß eine umfassende Gegenöffentlichkeit nicht mehr erreicht werden kann und eine "basisorientierte Medienarbeit" nicht mehr möglich ist.

Das Festhalten an den dargestellten Definitionskriterien hätte ferner zur Folge, daß neben den Stadtmagazinen und -illustrierten auch die gesamte verbandsabhängige Presse, von den weiteren Untersuchungen ausgeschlossen werden müsse.

Geht man mit der wohl noch Überwiegenden Meinung in der Literatur davon aus, daß nur verbandsunabhängige Zeitungen als "alternativ" gelten können, dann wird damit der wohl expansivste und kreativste Teil des auf die Alternativbewegung zurückgehenden Zeitungsbereiches ausgesondert.¹⁵⁹⁾ Dies obwohl noch in den 60er Jahren verbandsabhängige Publikationen der Alternativpresse zugeordnet wurden, die Verbandsunabhängigkeit also kein originäres Definitionskriterium des Begriffs "Alternativpresse" ist und obwohl eine Abgrenzung nach diesem Kriterium gerade heute wegen der fließenden Grenzen zwischen der Partei "Die Grünen", den vielen bunt- und grün-alternativen Gruppierungen und den sonstigen Gruppen mit gleicher oder ähnlicher Zielsetzung wegen des rein formalen Gehalts des Abgrenzungskriteriums äußerst schwierig ist.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die bislang maßgeblichen Definitionskriterien für die Alternativpresse heute nicht mehr geeignet sind, das Phänomen Alternativpresse in seiner heutigen Form hinreichend zu erfassen.

Auch innerhalb der Szene ist heute kaum mehr umstritten, daß sich das politische Umfeld der Alternativzeitungen derart geändert hat, daß das alte Stadtzeitungs- und Volksblattkonzept neu überarbeitet werden muß. Es ist erkannt worden, daß die sogenannten "Unterprivilegierten", die ur-

spränglich angesprochen werden sollten, aus vielen Gründen oft nicht erreicht werden, sodaß sich die Leserschaft dieser Blätter verstärkt auf die wenigen ohnehin bereits "Politisierten" (1 - 3 % der Bevölkerung) beschränkt und ausschließlich Insider-Diskussionen geführt und längst bekannte Argumente zur Selbstbestätigung ausgetauscht werden. Außerdem engagieren sich die Menschen, anders als früher, nicht mehr so stark für Unterprivilegierte im gesellschaftlichen Raum, sondern konzentrieren sich auf den "Kulturbereich" (Film, Theater, Selbsterfahrung ...) und fühlen sich nicht als "politischer Mensch" sondern als "Privatmensch" betroffen. In der Entstehungsphase der Alternativzeitungen konnten mit Enthüllungsartikeln, harter Kritik und dem Aufzeigen von Mißständen, Bürger mobilisiert und politische Aktivitäten erzwungen werden. Dies hat sich inzwischen geändert. In der Literatur werden vermehrt neue Alternativkonzepte, politische Gestaltungsmöglichkeiten und andere Planungsmodelle diskutiert, argumentativ untermauert und Modelle für die Weiterentwicklung der Alternativpresse im engeren Sinne entworfen.¹⁶⁰⁾

Der Begriff "Alternativpresse" befindet sich in einer Phase der Neuorientierung¹⁶¹⁾ und es erscheint deshalb durchaus richtig, sich auf neue Kriterien einzulassen und nach neuen Definitionsansätzen zu suchen. Dies ist bisher nur vereinzelt geschehen. Es wurde vielmehr verstärkt auf den Begriff "Alternativpresse" verzichtet und nach neuen Bezeichnungen gesucht. Jarren¹⁶²⁾ verwendet statt des Begriffs "Alternativpresse" den Terminus "lokale und sublokale Printmedien" worunter er lokale Parzezeitungen ebenso versteht wie Pfarr- und Gemeindebriefe. Seinen Verzicht auf den Begriff "Alternativpresse" begründet er wie folgt:

1. "Trennschärfe und empirisch gehaltvolle Abgrenzungen sind, ..., nur schwer zu entwickeln und vielfach aufgrund der für die Typenbildung notwendigen Vereinfachungen und Ausgrenzungen problematisch."

2. "Die in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft gebräuchlichen Definitions- und Klassifikationsschemata können für diese Medientypen nicht herangezogen werden."

3. Für den Untersuchungsgegenstand "Alternativpresse" kommt hinzu, daß es für derartige Zuordnungs- und Typologisierungsbemühungen noch an ausreichenden empirischen Daten (...) mangelt."

4. Viele Zeitungen werden von Personen hergestellt, die nicht ohne weiteres "subkulturellen Gruppierungen" zuzuordnen sind und die sich nicht nur an ein eng nach politischen sozialen und kulturellen Gesichtspunkten eingegrenztes, sondern an ein breites, unbegrenztes Publikum wenden.

Den Begriff "Alternativzeitung" hält Jarren jedoch dann für möglich und sinnvoll, wenn es darum geht, die Unterschiede zum "etablierten Institutionen- und Mediensystem" deutlich zu machen. Er versteht den Begriff "alternativ" also nicht in dem Sinne, wie er sich aus der Entstehung, der Entwicklung und dem Selbstverständnis der alternativen Bewegung heraus entwickelt hat, sondern sieht ihn als Gegensatzbegriff zur etablierten Presse und subsumiert deshalb hierunter auch neu entstandene Druckmedien und Zeitungen "etablierter" Organisationen, wie Kirchen, Parteien und Vereine, also Pfarrbriefe, lokale Parteizeitungen und Vereinszeitungen.

Es erscheint nicht zwingend, so wie Jarren dies tut, auf den Begriff Alternativpresse mit der Begründung zu verzichten, daß sich die Herausgeber "subkulturellen Gruppierungen" nicht zuordnen lassen und die Zeitungen ein breites, nicht nach bestimmten Kriterien begrenztes Publikum ansprechen wollen. Da die Alternativbewegung kein abschließend behandeltes und auch in der Gegenwart noch aktuelles Phänomen ist, muß es für Veränderungen offen und zugänglich sein. Den Zielen, Methoden, Institutionen und Publikationen einer im Wandel begriffenen Bewegung kann nicht mit starren

und inhaltlich nicht mehr änderbaren Begriffen Rechnung getragen werden. Dasselbe gilt für den Versuch, durch immer neue Begriffe dem hier in Frage stehenden Phänomen gerecht werden zu wollen und die bisher verwendeten Termini ohne abschließende Erörterung und ohne zwingenden Grund aufzugeben.

Eurich¹⁶³⁾ hält deshalb am Begriff "Alternativpresse fest und zählen hierzu auch die lokalen Parteizeitungen.

Beywl¹⁶⁴⁾ beschreibt in Anbetracht der Schwierigkeiten im definitorischen Bereich und wegen der Abgrenzungsproblematik die derzeitige Umbruchphase als "Verpuppung", weil noch nicht erkennbar ist, in welche Richtung die Entwicklung der Alternativpresse künftig gehen wird.

Mangels einer vorhandenen überzeugenden Definition des Begriffs "Alternativpresse", die die Entwicklung des in Frage stehenden Phänomens bis heute in seiner ganzen Breite umfaßt¹⁶⁵⁾ und mangels einer überzeugenden anderweitigen Bezeichnung für den dargestellten Medienbereich, mit der die aufgezeigten Schwierigkeiten vermieden werden konnten, wird an dem Begriff "Alternativpresse" hier festgehalten und sein Inhalt unter Berücksichtigung der Fragestellung dieser Arbeit inhaltlich neu bestimmt.

Ein Teil der genannten Zeitungen können trotz theoretischer Gegensätzlichkeiten unzweifelhaft dem alternativen Presse-spektrum zugeordnet werden (z.B. Szeneblätter, Volksblätter, Stadt(teil)zeitungen u.a.). Daneben gibt es aber auch Zeitungen, die dem alternativen Pressebereich nicht, nicht mehr oder nur teilweise zugerechnet werden (z.B. rein kommerziell betriebene Stadtilustrierte und Stadtmagazine) oder die bereits von ihrer Entstehung und Zielsetzung her nicht dem subkulturellen Bereich angehören (z.B. Vereins- und Parteizeitungen). In der vorliegenden Arbeit geht es darum, alle Zeitungen zu erfassen, die von den Städten als "alternativ" im Sinne von "nicht etabliert" angesehen werden. Im folgenden werden deshalb unter Alternativpresse ab-

weichend vom historischen Definitionsansatz alle Presseerzeugnisse verstanden, die von den kommunalen Pressestellen der Alternativpresse zugeordnet werden, mit Ausnahme der reinen Anzeigenblätter und solcher Zeitungen, bei denen es sich eindeutig um etablierte Presseerzeugnisse handelt. Stellt man, wie es hier geschieht, nicht auf formale Kriterien wie z.B. die Verbandsunabhängigkeit ab, sondern vor allem auf die Wirkungsweise beim kommunalen Machtzentrum, dann muß es als möglich erachtet werden, daß beispielsweise auch verbandsabhängige Zeitungen wie GAL-Zeitungen, Vereinszeitungen und Parteizeitungen durchaus in der Lage sind - aus welchen Motiven auch immer - mehr "unterbliebene Nachrichten" zu veröffentlichen, als ein klassisches alternatives Kulturmagazin mit lokalem Verbreitungsgebiet. Lokale Parteigruppierungen kennen kommunale Details im Zweifel besser als herkömmliche Alternativzeitungen und sind, vor allem wenn sie sich in der Opposition befinden, auch bereit, Mißstände aufzuzeigen. Bei der Frage, ob und wie das Machtzentrum "Kommune" durch die jeweilige Zeitung und durch die Form ihrer Berichterstattung beeinflußt wird, ist nicht allein entscheidend, ob sie nach inhaltlichen und formalen Kriterien, die von außen angelegt werden und aufgrund geschichtlicher Entwicklung oder abstrakter Definition als Alternativzeitung zu bewerten ist, sondern was vom Machtzentrum "Kommune" oder dessen Institutionen (z.B. Pressestelle) hierunter verstanden wird.

In der Untersuchung wurde den Städten eine feste Definition nicht vorgegeben, da die maßgeblichen Bestimmungskriterien weder unstreitig feststehen noch der bestehende Meinungsstreit den Städten bekannt ist und im Rahmen einer Fragebogenaktion auch nicht hinreichend dargelegt werden kann und theoretische Ausführungen im Übrigen aufgrund der unterschiedlichen Vorkenntnisse und der örtlichen Besonderheiten die Gefahr beinhalten, daß sie beim Empfänger nicht in gleicher Weise verstanden würden. Die beispielhafte Aufzählung

von Zeitungsarten und inhaltlichen Schwerpunkten orientierte sich jedoch an den klassischen alternativen Zeitungstypen; denn es war weder Ziel bereits bei der Befragung einen neuen Definitionsansatz einzuführen, noch sollte der herkömmliche Typenkatalog erweitert werden. Den Pressestellen wurde vielmehr mit der Rubrik: "Sonstige Zeitungen" die Möglichkeit eröffnet, unabhängig von wissenschaftlichen und theoretischen Definitionsansätzen Zeitungen zu benennen, die sie dem alternativen Spektrum zuordnen und denen sie Einfluß auf den kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß einräumen.

Die aufgezeigten definitorischen Schwierigkeiten, die nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß es innerhalb der alternativen Bewegung vielfältige Zielvorgaben und unterschiedliche Vorstellungen über deren Realisierung gibt und die sich in der alternativen Medienszene niedergeschlagen und zur Herausbildung verschiedener Zeitungstypen geführt haben, an denen im Fragebogen im wesentlichen festgehalten wurde, lassen es geboten erscheinen, die Typologie der Alternativzeitungen kurz darzustellen und zu beschreiben.

1.6 Zur Typologie

Die unter Ziffer 1.4 gemachten Ausführungen zeigen, daß in der Literatur auch heute noch die historische Entwicklung der Alternativpresse auf den definitorischen Bereich Einfluß hat, sie zeigen aber auch, daß es die "Alternativpresse" als Einheit nicht gibt. Trotz der gemeinsamen Entstehungsursachen und des noch vorhandenen Grundkonsenses hinsichtlich der Bewertung der etablierten Presse führten die dargestellten verschiedenen Aufgabenstellungen und Zielbeschreibungen alternativer Zeitungs publikationen und Realisierungskonzepte zur Ausformung verschiedener Zeitungstypen. Diese unterscheiden sich teilweise untereinander bezüglich Inhalt, Form, Gestaltung u.a. nicht weniger als von der etablierten Presse als solche.

Jarren¹⁶⁶⁾ nennt als die wichtigsten Alternativzeitungen: Stadtzeitungen, Stadtteilzeitungen, Volksblätter, Stadtmagazine, Initiativzeitungen und themenspezifische (meist überlokale) Zielgruppenzeitungen (Feministenzeitungen, Schwulenzeitung, Friedenszeitung, Zeitung von Selbsthilfegruppen).

Einen ersten Typologisierungversuch, in dem die Zeitungen nach Inhalt und Form gegliedert waren, machte Braukmann.¹⁶⁷⁾ Ein Blick auf die von der Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) im Riesengroßen Verzeichnis aller Alternativzeitungen erstellten Typologie bestätigt, daß die Frage, in welche Hauptgruppen die Zeitungen einzuteilen sind, nicht hinreichend geklärt ist.

Im Verzeichnis 1980 wurden die Alternativzeitungen in folgende Gruppen gegliedert:¹⁶⁸⁾

- Umweltzeitung
- Fachzeitung
- Frauenzeitung
- Jugendzeitung
- Literaturzeitung
- Randgruppenzeitung
- Schwulenzeitung
- Selbsthilfezeitung
- Stadtmagazin
- Stadtzeitung
- Sonstige Zeitungen

1981/82 sah die Typologie der Alternativzeitungen im Verzeichnis der Arbeitsgruppe Alternativpresse völlig anders aus:¹⁶⁹⁾

- Stadtteilzeitungen
- Stadtzeitungen, Volksblätter, Stadtmagazine, Dorf- und Provinzzeitungen¹⁷⁰⁾
- Frauenzeitungen
- Friedens- und Antikriegszeitungen

- Umweltzeitungen
- Jugendzeitungen
- Anarcho- und Spontiblätter
- Theoriezeitschriften
- Erziehung, Bildung und Sozialpädagogik
- Gesundheits- und Psychiatrie-/Psychotherapiezeitungen
- Selbsthilfe und alternative Ökonomie
- Zeitungen von und für benachteiligte Gruppen
- Alternative Fachzeitungen
- Literatur, Kunst und Musikzeitungen
- Bewußtseinserweiterung/Spiritualität
- Dritte Welt/Internationalismus-Zeitungen
- Sonstige, verstreute und exotische Blätter

Weichler¹⁷¹⁾ bildet aus der Vielzahl der Alternativzeitungen fünf Hauptgruppen:

- Stadtteilzeitungen
- Stadtzeitungen (hierzu zählt er auch die Volks- und Initiativzeitungen)
- Stadtmagazine (Stadtillustrierten, illustrierte Stadtzeitungen, Kultur- und Programmzeitschriften)
- Regionalzeitungen
- alternative Wochenzeitungen¹⁷²⁾

Stankowski¹⁷³⁾ gliedert die Alternativpresse in:

- klassische Stadtzeitungen oder Stadtblätter,
- Stadtzeitungen im Sinne von Stadtmagazinen,
- Provinz- und Dorfzeitungen,
- alternative (lokale) Wochenendzeitungen,
- Wohngebiets- und Stadtteilzeitungen.

Einen weiteren Typisierungsversuch machen Beywl/Müller¹⁷⁴⁾. In einem ersten Einstieg gliedern sie die Alternativzeitungen nach

- Zielgruppen
- inhaltlichen Schwerpunkten

- Herstellungskonzept
- Aufmachungsart (Zeitung, Illustrierte, Journal) und
- nach der Erscheinungsweise (wöchentlich, monatlich, vierteljährlich).

Ihrer Typologisierung legen Beywl/Müller die Merkmalen

- räumlicher Bezug
- Zielgruppenorientierung und
- Themenorientierung

zugrunde und kommen so - nach Zusammenfassung des zweiten und dritten Merkmals unter dem Begriff "Orientierung" - unter Herausarbeitung verschiedener Merkmalsausprägungen zu einem detaillierten Kriterienkatalog, nach dem sich die Zeitungen wie folgt zuordnen lassen:¹⁷⁵⁾

a) zu den zielgruppen-/themenspezifischen Zeitungen mit lokalem Bezug werden Volksblätter, Stadtzeitungen, Stadtteilzeitungen, zentrengelundene Zeitungen und Stadtmagazine gezählt.

b) als zielgruppenorientierte Zeitungen mit regionalem Bezug gelten z.B. Frauen-, Jugend- und sonstige Zeitungen.

c) Unterkategorien themenorientierter Zeitungen mit überregionalem Bezug sind insbesondere Ökologie- und Theoriezeitungen sowie Literaturzeitungen und sonstige Zeitungen.

Bei den zielgruppenorientierten Zeitungen (neben Frauen- und Jugendzeitungen insbesondere Seniorenzeitungen, Zeitungen für Wohngemeinschaften, Schwule, Zivildienstleistende, Lesben etc.) ist eine weitere Feintypologie ebenso unproblematisch wie bei den themenorientierten Zeitungen. Bei den zielgruppen-/themenspezifischen Zeitungen gibt es hingegen keine klaren Abgrenzungskriterien. Nach Ausscheidung der regionalen Zeitungen für die Kategorie "lokale Alternativzeitungen" schlagen Beywl/Müller unter Zugrundelegung des "Kommunikationsmodells" als Kriterium für eine Feindifferenzierung folgende Gliederung vor:

Bezeichnung	Kommunikationsmodell	Schwerpunkte der Berichterstattung
Volksblätter	Zeitung versteht sich als Sprachrohr von Basisorganisationen; Leser bestimmen den Blattinhalt.	Primär Berichte von und über Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen usw. Selbsthilfeorganisation; politisches Handeln der Leser.
Stadtzeitung	Zeitung ermöglicht und wünscht Mitarbeit von Lesern und Gruppen; redaktionelle Gestaltungsfreiheit.	Politische und kulturelle Berichterstattung sind ausgewogen; lockere Anbindung an Bürgerinitiativen; Ziel: Primär Informationsvermittlung, Aktivierung der Leser.
Stadt-magazine	Leserteilnahme primär in Kleinanzeigen (kostenlos) Zusammenarbeit mit kulturellen Projekten.	Vorwiegend Informationen aus dem Kulturbereich, PR-Arbeit für Kulturproduktion; Ziel: Verbindung progressiver politischer Inhalte mit Service-Leistungen (Kalender).

Beywl¹⁷⁶⁾, der die rein kommerziellen Stadtmagazine (z.B. Osmox, Hamburg, Spot, Frankfurt) nicht zur Alternativpresse zählt, unterscheidet folgende Typen:

- "politische Stadtmagazine mit starkem Kulturteil, ansprechender Aufmachung, großem Anzeigenteil, ausführlichem Veranstaltungskalender und Serviceteil;
- "Scene-Magazin mit lokalpolitischem Einschlag", bei denen im Mittelpunkt der in subkultureller Sprache abgefaßten Berichterstattung allgemein-politische Schwerpunkte (Knast, Repression), Szenethemen und vor allem Kultur stehen;
- "Volksblätter" mit Berichten von Bürgerinitiativen und mit lokalpolitischen Enthüllungsjournalismus und
- "Stadtblätter", in deren Mittelpunkt die Lokalpolitik steht. Anders als die Volksblätter haben sie nur eine lockere Verbindung zu den Bürgerinitiativen und enthalten einen ausführlichen Veranstaltungskalender und einen umfangreichen Kulturteil.

Zu den hier besonders interessierenden Zeitungstypen gehören die lokalen Alternativzeitungen, auf deren wichtigste Ausformungen hier kurz eingegangen werden soll.

Stadt(teil)zeitungen

Während sich die Stadtteilzeitungen hauptsächlich mit Problemen eines bestimmten Stadtviertels auseinandersetzen, beziehen die Stadtzeitungen den Bereich der gesamten Kommune in ihre Berichterstattung ein. Das Themenspektrum umfaßt soziale und städtebauliche Probleme ebenso wie Mieten, Sanierungen, Straßenbau, Lärm- und Umweltprobleme vor Ort, soziale Einrichtungen sowie sublokale Geschichten. Unter den Stadtzeitungen und Stadtteilzeitungen gibt es neben solchen, bei denen nahezu alle Themen einen lokalen Bezug haben auch solche, die lokale und regionale Probleme allenfalls als Aufhänger für die Auseinandersetzung mit nationalen und internationalen oder allgemein politischen Fragen nutzen.¹⁷⁷⁾

Volksblätter und Initiativzeitungen

Ihnen geht es vor allem um die Darstellung alternativer Lebensformen und sie berichten hauptsächlich über lokale und überregionale Bürgerinitiativen und politische Themen wie ökologische Problembereiche, staatliche Repression, Atomkraft, Friedensbewegung, Stadtplanung, Gewerkschaften, Betrieb und über den gesamten Bereich "Staat-Gewalt-Gegenwehr". Die Alternativzeitung wird hier als Mittel zur Lösung bestimmter Probleme und zur Durchsetzung der angestrebten Ziele eingesetzt. Die Zeitungen haben Forumscharakter und dienen bestimmten Initiativen dazu, sich mit dem Ziel, ihr Anliegen durchzusetzen, an eine bestimmte Öffentlichkeit zu wenden.¹⁷⁸⁾ Volksblätter und Initiativzeitungen streben nicht danach, eine möglichst hohe Auflage zu erreichen, sondern versuchen in Inhalt und Form dem Idealtypus "Alternativzeitung" möglichst nahe zu kommen.

Stadtmagazine/Stadtillustrierten

Die Stadtmagazine und die Stadtillustrierten¹⁷⁹⁾ sind eine besondere Ausformung der Stadtzeitungen und bilden von ihrer Auflagenstärke und ihrem Umsatz her die bedeutendste

Gruppe. Inhaltlich setzen sie zu Lasten der politischen Stadtteilarbeit den Schwerpunkt auf den kulturellen Teilen und auf das Entstehen einer neuen städtischen Kultur. Sie verfügen ferner über einen ausführlichen Veranstaltungskalender und geben einen Gesamtüberblick über das kulturelle Geschehen in der Stadt und in ihrer Umgebung. Sie haben einen umfassenden Kleinanzeigenteil und ein ausführliches Fernseh- und Hörfunkprogramm. Ferner veröffentlichen sie Adressen von alternativen Projekten, Rezensionen und allgemein politische Themen wie Knast, Repression u.ä. Im kulturellen Bereich gilt ihre Aufmerksamkeit stärker den kleinen kulturellen Initiativen als bestimmten etablierten Einrichtungen wie Theater oder Oper. Die Berichterstattung erfolgt in unterhaltender Form und - im Gegensatz zu den Alternativzeitungen einfacher Machart - im attraktiven Vierfarbdruck. Die Stadtmagazine wollen möglichst viele Menschen erreichen und nicht nur die Kommunikation innerhalb der Szene herstellen und sie wollen ihre politischen Aussagen verpackt und versteckt zwischen den Schwerpunkten Unterhaltung und Kultur, mit denen sie einen großen Leserkreis erreichen, "an den Mann bringen".¹⁸⁰⁾

Die Stadtmagazine greifen darüberhinaus neue Tendenzen auf, die dahingehen, die alte Protesthaltung durch ein "neues Leistungs- und Genußbewußtsein" zu ersetzen. Dabei akzeptieren die Stadtmagazine den Wettbewerb am Lesermarkt auch untereinander und sie umwerben - anders als die Volks- und Initiativblätter, die politische Insider-Debatten ohne jede Außenwirkung führen - mit lokalen Schlagzeilen und gezielt werbewirksamen Titelbildern ein breites Publikum. Die Tatsache, daß bei den Stadtmagazinen und den -illustrierten kommerzielle Gesichtspunkte und Fragen der Existenzsicherung anders als bei den "Alt-Alternativen" eine große Rolle spielen, hat zu starken internen Auseinandersetzungen geführt und den Stadtmagazinen den Vorwurf der "Kulturlastigkeit" und der "Profitsucht" eingebracht.¹⁸¹⁾

Auf die verschiedenen zielgruppen- und themenorientierten alternativen Zeitungen braucht im einzelnen nicht näher eingegangen zu werden; einmal deshalb, weil hier Abgrenzungsprobleme anders als bei den lokalen Alternativzeitungen kaum bestehen und weil eine Zuordnung nicht nur nach Aufmachung, Größe des Verbreitungsgebietes und Organisationsform des Arbeitsprozesses erfolgen kann, sondern weil auch die Themenschwerpunkte und die jeweilige Zielgruppe aus dem Inhalt unschwer zu erkennen sind.¹⁸²⁾

Nachdem nunmehr die Entwicklung der Alternativzeitungen aufgezeigt, die maßgeblichen Definitionskriterien dargestellt und die wichtigsten (lokalen) Zeitungstypen genannt wurden, geht es im Folgenden um die Frage, wie die Alternativzeitungen juristisch einzuordnen sind.

II.2 ALTERNATIVZEITUNGEN UND RECHTLICHE ASPEKTE

Bei dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Untersuchungsansatz, der den Einfluß und das Verhältnis zwischen Alternativzeitungen und kommunalen Machtzentrum zum Gegenstand hat, ist von wesentlicher Bedeutung, wie die Alternativzeitungen juristisch einzuordnen sind; denn hiervon hängt der Umfang der Rechte und Pflichten ab, die Alternativzeitungen und Städte einander gegenüber haben.¹⁾ Um diese Frage beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, die im Presserecht maßgeblichen Begriffe darzustellen und zu prüfen, ob die Alternativzeitungen unter die presserechtlichen Begriffe subsumiert werden können. Darüberhinaus ist die Frage zu beantworten, ob die Alternativzeitungen dem Grundrechtsschutz des Art. 5 GG unterliegen. Dies soll dadurch geschehen, daß anhand der Aufgaben und Funktionen der periodisch erscheinenden Druckmedien der Schutzzumfang der Pressefreiheit darge-

stellt und mit den oben dargelegten Zielvorgaben der Alternativzeitungen verglichen werden.

2.1 Presserechtliche Bestimmungen

2.1.1 Zum Begriff "Presse"

Einen einheitlichen Pressebegriff gibt es nicht.²⁾ Er wird in der Rechtswissenschaft anders definiert als in der Politikwissenschaft und hat in der Publizistikwissenschaft eine andere Bedeutung als im allgemeinen Sprachgebrauch. In der Publizistikwissenschaft, die sich vorrangig mit der Entwicklung, der Funktion und der Bedeutung der Presse befaßt, werden unter "Presse im engeren Sinne" Zeitungen und Zeitschriften, unter "Presse ... in einem weiteren Sinne" alle an der Herstellung eines Druckwerkes beteiligten Personen und Organisationseinheiten verstanden, d.h. "der Begriff der Presse umfaßt ... die Produktion und das Produkt".³⁾ Auch die Politikwissenschaft geht von einem weiten Pressebegriff aus und versteht darunter, ebenso wie die Publizistikwissenschaft, alle "gedruckten oder auf andere Weise vervielfältigten Schriftwerke" sowie alle mit ihrer Herstellung befaßten Einrichtungen und Personen.⁴⁾

Für die hier maßgebliche Frage nach den Rechten und Pflichten der Alternativpresse kommt es vor allem darauf an, ob die Alternativzeitungen unter die in der Rechtswissenschaft entwickelten Definitionen von "Presse" und "Zeitung" oder "Zeitschrift" subsumiert werden können. Das Bundesverfassungsgericht⁵⁾ versteht unter Presse nicht nur das einzelne Presseprodukt, sondern unterstellt dem Schutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz (GG) das gesamte Pressewesen. Um aber eine Abgrenzung gegenüber anderen Medien vornehmen zu können, ist es notwendig, auf das Produkt, auf die Presse im engeren Sinne, abzustellen. Nach dem juristischen Wörterbuch von Köbler⁶⁾ sind unter Presse alle "zur Verbreitung

geeigneten und bestimmten Druckerzeugnisse" zu verstehen. Nach dieser Definition, die dem bei den Beratungen des parlamentarischen Rates zugrunde gelegten, historischen Begriffsverständnis entspricht, ist der Verfassungsbegriff demnach durch zwei Kriterien gekennzeichnet:⁷⁾

- Die Schriften müssen zur Verbreitung bestimmt sein.
- Die Massenherstellung muß mittels eines Vervielfältigungsverfahrens erfolgen. Dabei ist die Form des Druckverfahrens unerheblich; denn das Institut "Presse" ist nicht auf einen bestimmten Entwicklungsstand festgeschrieben, sondern für den technischen Fortschritt und für neue Verbreitungsformen offen.

Das bundesdeutsche Presserecht kennt eine Legaldefinition des Begriffs "Presse" nicht.⁸⁾ Das Fehlen einer solchen Definition wird in der Literatur unterschiedlich bewertet. Während Löffler⁹⁾ eine Legaldefinition wegen der "gesellschaftspolitischen Bedeutung des Presserechts" und wegen der "juristischen Kompliziertheit dieser Materie" für notwendig hält, wird das Fehlen einer solchen Definition von Groß¹⁰⁾ positiv beurteilt, weil dadurch "... der Weiterentwicklung des Pressebegriffs durch Wissenschaft und Praxis der Weg geebnet" ist, der technischen Entwicklung freier Raum gegeben und die Gefahr einer Kollision "mit dem Pressebegriff des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG" vermieden wird.

In der juristischen Literatur¹¹⁾ ist indessen unstreitig, daß der Begriff "Presse", wie ihn die Verfassung und die Landespressegesetze verwenden, vielschichtig ist und daß ihm eine umfassende Bedeutung zukommt. Unter "Presse" sind hiernach nicht nur das Druckwerk im Sinne der Landespressegesetze bzw. das Presseprodukt allgemein, sondern auch die in der Pressearbeit Tätigen sowie der wirtschaftliche, organisatorische und technische Apparat des einzelnen Presseunternehmens zu verstehen. Begründet wird diese weite Auslegung vor allem mit der historischen Entwicklung des Pres-

serechts und mit dem "liberale(n) Geist des Grundgesetzes.¹²⁾ Während ursprünglich nur die Erzeugnisse der Buchdrucker-
presse dem Pressebegriff zugeordnet wurden, fallen heute
aufgrund der technischen Entwicklung alle "verkörpert
Massenvervielfältigungen geistigen Sinngehalts" darunter,
die in § 6 Abs. 1 Bayerisches Pressegesetz (BayPrG)¹³⁾ und
ähnlich lautend auch in den anderen Landespressegesetzen
als "Druckwerke" wie folgt definiert werden:

"Druckwerke im Sinne dieses Gesetzes sind alle mittels der Buchdrucker-
presse oder eines sonstigen Vervielfältigungsverfahrens hergestellten
und zur Verbreitung in der Öffentlichkeit bestimmten Schriften, bild-
lichen Darstellungen mit und ohne Schrift und Musikalien mit Text oder
Erläuterungen."

Zur "Presse" im Rechtssinne gehören demnach neben den
Zeitungen und Zeitschriften sowie der gesamten Buchpresse
auch Photographien, Schallplatten, Kassetten, Filmstreifen
und sonstige Bild- und Tonträger. Soweit nicht ausdrück-
lich eine abweichende Regelung getroffen ist und dies
nicht ausdrücklich hervorgehoben wird, ist in der gesam-
ten bundesdeutschen Rechtsordnung von diesem weiten Pres-
sebegriff auszugehen.

Nachdem nunmehr der Pressebegriff dargestellt worden ist,
sollen im folgenden die Begriffe "Zeitung" und "Zeit-
schrift" einander gegenüber gestellt werden, um dann von
hier auf die Frage eingehen zu können, welchen Begriffen
die Alternativzeitungen zugeordnet werden müssen.

2.1.2 Zeitungen und Zeitschriften

Die Versuche, den Begriff "Zeitung" zu definieren, sind
zwischen den einzelnen Wissenschaftszweigen und auch in-
nerhalb der jeweiligen Disziplinen vielzählig. Dovifat/
Wilke¹⁴⁾ gehen von über 100 verschiedenen Definitionen
aus, weisen jedoch darauf hin, daß die verschiedenen De-
finitionsansätze mit zunehmender Präzisierung und Kasui-

stik immer unverständlicher werden und kaum mehr praktikabel sind. Entscheidend für die hier interessierende Frage nach den Rechten und Pflichten der Alternativzeitungen ist die presserechtliche Definition dieses Begriffs und die Frage, ob Alternativzeitungen hierunter subsumiert werden können. Auf den Diskussions- und Meinungsstand zu diesem Problembereich in der Politikwissenschaft braucht folglich nicht näher eingegangen zu werden; es soll hier der Hinweis genügen, daß die Begriffe "Zeitung" und "Zeitschrift" nicht abstrakt definiert werden, sondern im Zusammenhang mit Themenbereichen wie "Massenmedien"¹⁵⁾, "Massenkommunikation"¹⁶⁾, "politische Sozialisation"¹⁷⁾, "politische Öffentlichkeit"¹⁸⁾ oder "öffentliche Meinung"¹⁹⁾ von ihrer Geschichte, von ihrem Zweck und von ihrer Funktion her²⁰⁾ beschrieben werden.

Eine befriedigende gesetzliche Definition des Zeitungsbegriffs gibt es nicht. Unstreitig jedoch ist, daß Zeitungen und Zeitschriften periodisch erscheinende Druckmedien sind. § 6 Abs. 2 BayPrG enthält - ähnlich wie andere Landesgesetze - zwar eine Definition und versteht - ohne detaillierte Differenzierung - unter Zeitungen und Zeitschriften Druckwerke, "die in Zwischenräumen von höchstens sechs Monaten erscheinen und deren Auflage 500 Stück übersteigt. Periodische Druckwerke, deren Auflage 500 Stück nicht übersteigt, gelten als Zeitungen und Zeitschriften nur dann, wenn ihr Bezug nicht an einen bestimmten Personenkreis gebunden ist." Diese Definition verneint lediglich die Periodizität bei einer Erscheinungsweise von weniger als zweimal jährlich und verlangt eine Auflagenhöhe von mindestens 500, wenn der Personenkreis festgelegt ist. Bei offenem Bezieherkreis kann die Auflage auch niedriger sein. Diese gesetzliche Bestimmung, die nur die Kriterien "Periodizität" und "Publizität" unzulänglich konkretisiert, definiert letztlich nur den Begriff "periodische Druckwerke" und gibt auf die hier gestellte Frage keine befriedigende Antwort.

§ 5 Abs. 1 der Postzeitungsordnung vom 15. November 1977 (Bundesgesetzblatt - I S. 2101) versteht unter Zeitungen "periodisch erscheinende Druckschriften, die zu dem Zwecke herausgegeben werden, die Öffentlichkeit über Tagesereignisse, Zeit- oder Fachfragen zu unterrichten". Im § 5 Abs. 2 der Postzeitungsordnung werden die Zeitschriften den Zeitungen gleichgestellt.

Löffler²¹⁾ beschreibt die Zeitung als "ein periodisches Druckwerk (Sammelwerk), das in tagebuchartiger Weise fortlaufend über die aktuellen Vorgänge in allen oder in bestimmten Lebensbereichen in Schrift und Bild öffentlich berichtet", während er unter Zeitschrift ein periodisches Druckwerk versteht, "das einzelne Fragen oder Vorgänge in Schrift und Bild öffentlich erörtert". Zum Teil wird in der juristischen Literatur auf eigene Definitionsversuche verzichtet und die in der Publizistikwissenschaft erarbeiteten Begriffsbestimmungen zugrunde gelegt.²²⁾ Eine nähere Betrachtung der verschiedenen Definitionsansätze in der Publizistikwissenschaft zeigt, daß nach nahezu einhelliger und übereinstimmender Meinung für das Vorliegen einer Zeitung folgende Kriterien unabdingbar sind²³⁾:

- Aktualität (Zeitnähe/Gegenwartsbezug)
- Periodizität (fortgesetzte, regelmäßige Erscheinungsweise)
- Publizität (öffentliche Zugänglichkeit)
- Universalität (inhaltliche Vielfalt, Verbreitung vielfältigen Wissens)

"Aktualität" besagt, daß die Zeitung über das "erreichbar jüngste Zeitgeschehen" schnellstmöglich berichten will.²⁴⁾ Dabei kommt es im Zeitalter der elektronischen Medien mit ihrem Aktualitätsvorsprung für die Druckmedien im Hinblick auf "Aktualität" vor allem darauf an, daß sie ihre Berichte durch Recherchen vertiefen und über Hintergründe informieren; denn damit liefern sie im Detail mehr aktuelle Nachrichten, als die elektronischen Medien dies können. Untersu-

chungen haben bestätigt, daß das Fernsehen zwar im Bereich totaler und höchster Aktualität den Zeitungen überlegen ist, daß sie aber auch in sehr hohem Maße Beiträge ohne jede Aktualität senden. Demgegenüber sind Tageszeitungen im Bereich der Tagesaktualität den elektronischen Medien sowohl hinsichtlich des Umfangs, als auch hinsichtlich der Ausführlichkeit bezüglich lokaler Nachrichten weit überlegen.²⁵⁾ Dies kann auch für Wochenzeitungen gelten. Dabei ist weniger auf Beiträge von kurzfristiger Aktualität abzustellen, sondern auf die hier vorzugsweise behandelten wichtigen langfristigen Themen, die sich in der Diskussion befinden und damit aktuell sind. Hier kann gerade die Wochenzeitung durch umfassende und nach vielen Seiten hin abwägende Berichte zu wichtigen Themen aktuelle Nachrichten und Informationen vermitteln.

Ein weiteres wichtiges Bestimmungskriterium für den Zeitungsbegriff ist die "Periodizität", d.h. die Zeitung erscheint regelmäßig und in kürzest möglicher Folge. Schopenhauer bezeichnet sie deshalb als "Sekundenzeiger der Weltgeschichte".²⁶⁾ Diese Regelmäßigkeit wird nur bei außerordentlich bedeutsamen Nachrichten durch "Extraausgaben" unterbrochen. Die Periodizität schafft und erhöht die Leser-Blatt-Beziehung, ermöglicht durch die Wiederholung effektive Werbung für die Wirtschaft ebenso wie für die Politik und trägt dadurch verstärkt zur Meinungsbildung bei. Uneinigkeit besteht hierbei bezüglich der Frage, was unter "kürzestmöglich" zu verstehen ist und wie oft ein Periodikum erscheinen muß, um das Kriterium der "Periodizität" zu erfüllen. Teilweise wird davon ausgegangen, daß von Periodizität nur bei mindestens zweimaligen Erscheinen pro Woche gesprochen werden kann.²⁷⁾

Ein weiteres Definitionskriterium für den Zeitungsbegriff ist die "Publizität". Zeitungen sind darauf angelegt, eine unbegrenzte und breitestmögliche Öffentlichkeit zu erreichen und den Bürgern Fakten an die Hand zu geben, die für

seine politische Meinungsbildung von Bedeutung sind. Es muß jedermann möglich sein, die Zeitung ungehindert zu lesen, wobei der Umfang der Öffentlichkeit bei jeder Zeitung anders ist und vom Inhalt, der geistigen Richtung, der Sprache, der Aufmachung, der Wirkungsweise sowie dem Preis und der Vertriebsform abhängt.²⁸⁾ Hieraus ergibt sich, daß Publikationen, die sich nur an Mitglieder (z.B. Vereins-"Zeitungen") oder an einen anderweitig begrenzten Personenkreis wenden und die auch nicht bestrebt sind, ihren Absatzkreis zu erweitern und zu einer immer größeren Öffentlichkeit zu gelangen, keine Zeitungen im strengen Sinne darstellen.

Zu den Wesensmerkmalen einer Zeitung gehört ferner die "Universalität" ihres Inhalts, d.h. als Zeitungen können nur Publikationen gelten, die über alle Lebensgebiete berichten und deren aktueller Nachrichtendienst einen universellen Inhalt hat.²⁹⁾

Vereinzelte wird als weiteres Wesensmerkmal einer Zeitung die "Soziabilität" genannt, die besagt, daß das Ziel einer Zeitung sein muß, der Umweltorientierung, der Lebensdeutung und der Aktivierung der Intentionalität zu dienen.³⁰⁾ Gelegentlich wird auch die "gewerbsmäßige Herstellung" zu den Wesensmerkmalen einer Zeitung gezählt.³¹⁾ Richtig hieran ist, daß eine ergiebige und solide Wirtschaftsführung, die sachliche Unabhängigkeit, die publizistische Freiheit und die angestrebte Zielsetzung der einzelnen Zeitung in erheblichem Maße sichern helfen kann. Jedoch darf dies nicht dazu führen, daß die Zeitungen zu reinen Erwerbsunternehmen werden, die den Profit über die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben stellen.

Auch wenn mit den vier erstgenannten Definitionskriterien nur die Mindestanforderungen zur Charakterisierung einer Zeitung genannt sind und die öffentlichen Aufgaben der Zeitung damit nicht hinreichend dargestellt sind, so läßt sich doch zusammenfassend sagen, daß eine Zeitung "jüngstes Ge-

gegenwartsgeschehen in kürzester, regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit" vermittelt und daß sie ein Druckerzeugnis ist, das "jedermann zugänglich ist", und das dazu bestimmt ist, "... fortlaufend das Wissen von den jeweils mit der unbegrenzt abrollenden Gegenwart in die Gegenwelten (Um- und Mitwelten) der Empfänger fallenden, daher in erster Linie aktuellen oder doch aktualisierten Gegenständen aus allen Lebensgebieten ... zu vermitteln".³²⁾

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine allseits befriedigende Abgrenzung der Medien "Zeitung" - Zeitschrift" - "sonstige periodische Publikationen" bisher nicht gelungen ist. Die Abgrenzung der Zeitschrift von der Zeitung erfolgt meist negativ in der Form, daß als Zeitschriften alle Druckwerke gelten, die mit der Absicht fortdauernden Erscheinens mehrmals jährlich zum Zwecke einer kontinuierlichen Stoffdarbietung über spezielle oder allgemeine Themen herausgegeben werden, soweit es sich hierbei nicht um Zeitungen handelt. Anders als bei den Zeitungen wird bei den Zeitschriften inhaltlich nicht auf "Universalität" abgestellt, sondern "einzelne Fragen oder Vorgänge in Schrift und Bild öffentlich erörtert".³³⁾ Anders als Zeitungen sind Zeitschriften dazu bestimmt, "... fortlaufend das Wissen von den jeweils mit der fortschreitenden Gegenwart in die Gegenwelten der Empfänger fallenden Gegenständen entweder aus allen Lebensgebieten, aber dann nur in beschränkter Aktualität oder aus besonderen Lebensabschnitten, sei es in beschränkter, sei es in unbeschränkter Aktualität ... auf unbegrenzte oder begrenzte Zeitdauer zu vermitteln".³⁴⁾ Ihnen geht es also nicht darum, schnellstmöglich allgemeines Zeitgeschehen zu vermitteln, sondern sich einem bestimmten Bereich in einer bestimmten Form der "Stoffdarbietung" (z.B. Illustrierte) zu widmen.³⁵⁾

Diese kurzen Anmerkungen sollen genügen, das vorhandene Abgrenzungsproblem anzudeuten.

2.2 Zur presserechtlichen Einordnung der Alternativzeitungen

Wie oben unter Ziffer II.2.1.1 S.75f dargelegt, gehören zur Presse alle zur Verbreitung geeigneten und bestimmten Druckerzeugnisse. Dies bedeutet, daß auch das gesamte Spektrum der Alternativpresse dem Pressebereich i.w.S. zugeordnet werden kann. Schwieriger hingegen ist, die Frage zu beantworten, ob es sich bei den Alternativzeitungen um Zeitungen oder um Zeitschriften handelt. Geht man davon aus, wie dies teilweise getan wird³⁶⁾, daß von "Periodizität" nur bei mindestens zweimaligem Erscheinen pro Woche oder bei mindestens wöchentlichem Erscheinen gesprochen werden kann, dann müssen, mit Ausnahme der "taz" in Berlin, wohl alle alternativen Druckmedien als Zeitschriften bezeichnet werden. Auch hinsichtlich der "Aktualität" bestehen gewisse Zweifel am Zeitungscharakter der alternativen Druckmedien. Der größte Teil der Alternativzeitungen erscheint monatlich bis vierteljährlich. Dies schließt zwar eine schnellstmögliche Berichterstattung über jeweils jüngstes Zeitgeschehen nicht aus, hat dann aber zur Folge, daß aktuell nur punktuell und ausschnittsweise aus der jüngsten Zeit vor dem jeweiligen Erscheinungsdatum der Alternativzeitung berichtet werden kann oder aber es erfolgt auf Kosten der Aktualität ein Überblick über den gesamten Berichtszeitraum. Auch soweit es um das Vorliegen des Definitionskriteriums "Publizität" geht, können bei manchen alternativen periodischen Veröffentlichungen Bedenken angemeldet werden. Wie oben bereits dargestellt, gibt es in der alternativen Bewegung starke Kräfte, denen es ausschließlich darauf ankommt, für die Szene und nicht auch für andere Bürger zu schreiben. Hieraus folgt zwar, daß es nicht Ziel der Zeitung ist, eine größere Öffentlichkeit herzustellen. Dies allein jedoch erscheint nicht ausreichend, die Zeitungseigenschaft selbst zu verneinen, denn es besteht nicht nur theoretisch die Möglichkeit, daß diese alternativen Publikationen von allen Bürgern erworben wer-

den können. Die Tatsache, daß sich der Inhalt an die Szene wendet, beschreibt lediglich Zielrichtung und Adressatenkreis, will aber niemanden ausschließen. Bei der Frage nach der "Universalität" muß differenziert werden zwischen den lokalen Alternativzeitungen, die sich schwerpunktmäßig mit örtlichen Themen aus allen Bereichen befassen und den gruppen- und themenspezifischen Alternativzeitungen, die schwerpunktmäßig bestimmte Themen abhandeln oder sich an bestimmten Gruppen wenden und sich mit deren speziellen Problemen auseinandersetzen. Erstere werden dem hier in Frage stehenden Definitionskriterium "Universalität des Inhalts" gerecht, während bei der zweiten Zeitungskategorie dieses Kriterium im Regelfall wohl nicht erfüllt sein wird.

Die gemachten Ausführungen zeigen, daß die Frage, ob es sich bei den alternativen Druckmedien um "Zeitungen" oder "Zeitschriften" handelt, nicht generell, sondern nur bezogen auf den jeweiligen Einzelfall beantwortet werden kann. Da die presserechtlichen Bestimmungen für beide Printmedien gelten und in ihren rechtlichen Auswirkungen eine Differenzierung zwischen "Zeitung" und "Zeitschrift" nicht vornehmen³⁷⁾ und auch der Grundrechtsschutz des Art. 5 Abs. 1 GG für "Zeitung" und "Zeitschrift" in gleicher Weise gilt,³⁸⁾ braucht die aufgezeigte Problematik hier nicht weiter vertieft werden. Vielmehr kann festgestellt werden, daß die alternativen Presseerzeugnisse grundsätzlich als "Zeitungen" zumindest jedoch als "Zeitschriften" zu definieren sind mit der Folge, daß auf sie die presserechtlichen Bestimmungen in gleicher Weise Anwendung finden wie auf die etablierten Zeitungen.

Die sich hieran anschließende Frage lautet nun, ob sich aus der Zuordnung der Alternativzeitungen zur Presse i.e.S. bereits ergibt, daß die Alternativzeitungen den Grundrechtsschutz der Pressefreiheit generell im Rahmen des Art. 5 Abs. 2 und des Art. 18 GG genießen oder ob dies aufgrund ihrer oben dargestellten Ziele nur dann der Fall ist, wenn

sie eine "öffentliche Aufgabe erfüllen. Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, auf den Umfang und den Inhalt der im Grundgesetz garantierten Pressefreiheit einzugehen.

2.3 Schutzzumfang des Art. 5 GG und Alternativzeitungen

Art. 5 Abs. 1 GG lautet: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Die Frage nach dem Schutzzumfang des sich aus Art. 5 Abs. 1 GG ergebenden Grundrechts auf Presse- und Meinungsfreiheit wird nicht einheitlich beantwortet. Zunächst können sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit nur der Herausgeber und diejenigen Personen berufen, die an der inhaltlichen Gestaltung der Zeitung beteiligt sind.³⁹⁾ Das Bundesverfassungsgericht unterstellt in ständiger Rechtsprechung dem Schutz der Pressefreiheit alle Tätigkeiten "... von der Beschaffung der Information bis zur Verbreitung der Meinung und Nachricht".⁴⁰⁾ Vom Grundrecht der Pressefreiheit werden alle Formen der Berichterstattung, die Tatsacheninformation ebenso wie die Meinungsäußerung, umfaßt. Auf die Seriosität des Berichts kommt es hierbei nicht an, wobei allerdings die bewußte Wiedergabe falscher Informationen nicht mehr von Art. 5 Abs. 1 GG gedeckt sein dürfte.⁴¹⁾ Wer stärker auf die objektiv-institutionelle Seite der Pressefreiheit abstellt, der wird eher dazu neigen, diejenigen Druckwerke, die keine "öffentliche Aufgabe" erfüllen, aus dem Schutzbereich des Grundrechts auszuklammern. Das Grundrecht der Pressefreiheit wäre danach auf die Buchpresse, die Publikumszeitschriften und auf die Sensationspresse nicht anzuwenden. Gleichzeitig

würde diese institutionelle Betrachtungsweise zu einer stärkeren Betonung der Pressefreiheit gegenüber der Meinungsäußerungsfreiheit und zu Sonderpflichten der Presse gegenüber der Allgemeinheit führen.⁴²⁾ Zum Teil hat dies in der juristischen Literatur die Frage aufgeworfen, ob sich der Grundrechtsschutz des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG auch auf den Unterhaltungsbereich erstreckt⁴³⁾ und dazugeführt zwischen "guter Presse" und "schlechter Presse" zu unterscheiden und nur der ersteren den Grundrechtsschutz des Art. 5 Abs. 1 GG zuzugestehen.⁴⁴⁾ Diese Meinung, die in der Literatur nur von einer Minderheit auch unter denen, die der objektiv-institutionellen Betrachtungsweise sehr anhängen, vertreten wird, unterstellen nur diejenigen Presseorgane dem Schutz des Art. 5 Abs. 1 GG, die eine "öffentliche Aufgabe" erfüllen und zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Dies wird bei Zeitungen, in deren Mittelpunkt unterhaltende Veröffentlichungen, Sensationen und Skandale stehen, verneint.⁴⁵⁾ Nach der Überwiegenden Meinung⁴⁶⁾ ergeben sich aus Art. 5 Abs. 1 GG keine Anhaltspunkte für eine derart einschränkende Verfassungsinterpretation. Den Grundrechtsschutz genießt vielmehr in den Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG die gesamte Presse.⁴⁷⁾ Eine Einschränkung der Pressefreiheit nach inhaltlichen Kriterien begegnet wegen des darin enthaltenden Verstoßes gegen demokratische Spielregeln nicht nur verfassungsrechtlichen Bedenken, sondern ist auch in praxi nicht realisierbar, weil es unmöglich ist, objektiv zuverlässige Abgrenzungskriterien hierfür zu finden. Das Grundrecht der Pressefreiheit läßt eine Differenzierung nach der Schutzfähigkeit und der Schutzwürdigkeit des Inhalts nicht zu. Aus diesem Grund genießen neben Zeitungen und Zeitschriften auch Bücher, Broschüren, Plakate und Flugblätter sowie Handzettel, unabhängig von ihrem Inhalt, den Grundrechtsschutz des Art. 5 GG, vorausgesetzt sie dienen nicht reinen Werbezwecken, sondern enthalten neben gesellschaftlich-werbenden Inhalten auch andere Äußerungen.

Auch wenn die Presse der Demokratie Schaden zufügen kann, so hat sie doch in einem demokratischen Staatsgefüge hohe politische und soziale Relevanz und ist das beste Mittel gegen den Totalitarismus und sie erfüllt eine "öffentliche Aufgabe" unabhängig davon, ob ihre Berichterstattung rein sachlich oder parteipolitisch oder weltanschaulich/religiös oder nur sensations- und profitorientiert ist, und unabhängig von der zugrundeliegenden "guten" oder "schlechten" Gesinnungshaltung.⁴⁸⁾ Sie leistet durch Information und Beteiligung an der Meinungsbildung, durch Kritik der politischen Herrschaft und durch Kontrolle der öffentlichen Gewalt mit all ihren Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur unabhängigen und freien Meinungsbildung des Volkes und stellt so die für das Gelingen unserer Demokratie notwendige Öffentlichkeit her. In der vorliegenden Arbeit wird von der Gleichwertigkeit der inhaltlichen Komponenten ausgegangen und dem Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG alle Presseerzeugnisse, unabhängig von ihrer inhaltlichen Qualität, unterstellt.⁴⁹⁾

Durch das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit, das als Abwehrrecht gegen den Staat konzipiert war und das nicht nur Voraussetzung ist für die "Ausübung staatsbürgerlicher Rechte" einzelner Bürger, sondern auch wichtig ist für das "politische Gemeinschaftsleben" und für das Zustandekommen der "öffentlichen Meinung"⁵⁰⁾, wird die der Presse im gesellschaftlichen Leben und im öffentlichen Bewußtsein ohnedies zukommende Bedeutung noch ergänzt und erhöht. Ohne Pressefreiheit kann die Presse, die nach dem Bundesverfassungsgericht⁵¹⁾ in gewissem Umfang mit den politischen Parteien vergleichbar ist und neben diesen einen Eckpfeiler der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellt⁵²⁾, weder ihre Kontrollfunktion gegenüber staatlichen Stellen, noch ihre Vermittlerfunktion zwischen Staat und Bürger erfüllen. Dies gilt auch für die unterhaltende Funktion der Presse, weil die "Sicherung der allgemeinen sozialen Infrastruktur (i.w.S.)"⁵³⁾ zu den Aufgaben des Staates gehört und eine

Konkretisierung des Art. 5 Abs. 2 Satz 2 GG ergibt, daß die Tätigkeit der Presse in diesem Bereich als öffentliche Aufgabe qualifiziert werden kann. Dies entspricht auch der Meinung des Bundesverfassungsgerichts⁵⁴⁾, das ausführt, daß die Presse die Aufgabe hat, den Bürgern "die erforderliche, umfassende Information über das Zeitgeschehen und über die Entwicklung im Staatswesen und im gesellschaftlichen Leben zu vermitteln.

Zusammenfassend kann mithin festgestellt werden, daß die Alternativpresse dem Grundrechtsschutz des Art. 5 Abs. 1 GG unterliegt mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen.

Die Frage, wie Alternativpresse im lokalen Raum wirken kann und wirkt, erfordert es nun, die lokalen Kommunikationsstrukturen näher zu beleuchten; die medialen Wirkungsmöglichkeiten anhand der etablierten Lokalpresse auf der Basis des dort erreichten Forschungsstandes aufzuzeigen und Mängel der verschiedenen Kommunikationsfaktoren und die Defizite im Informationsbereich darzustellen. Vor diesem Hintergrund können dann in Frage kommende Ansatzpunkte für das Wirken der Alternativpresse im kommunalen Raum erkennbar gemacht, der Bezugsrahmen, innerhalb dessen der Einfluß der Alternativzeitungen allenfalls erfolgen kann, abgesteckt und die Bewertungen der städtischen Pressestellen gewichtet werden.

III. EINFLUßFAKTOREN IM KOMMUNALEN MEINUNGS-, WILLENS-

BILDUNGS- UND ENTSCHEIDUNGSPROZESS

In einem ersten Abschnitt soll zunächst der kommunale Bereich als solcher dargestellt werden. Hierzu gehört neben einer Definition der Begriffe "Gemeinde" und "Kommunalpoli-

tik" vor allem die Darstellung der gemeindlichen Aufgaben im Licht der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie einerseits und der Rahmenbedingungen kommunaler Politik andererseits. Ferner ist es notwendig, in einem zweiten Hauptabschnitt kommunale Kommunikationsstrukturen aufzuzeigen und die Einflußfaktoren im Bereich kommunalpolitischer Entscheidungen (Hauptträger der Meinungsbildung, Übermittler kommunalpolitischer Informationen) zu beschreiben.

III.1 Der kommunale Bereich

1.1 Gemeinde und Politik

1.1.1 Zum Gemeindebegriff

Der kommunale Bereich gilt auch heute noch "als Vorfeld der eigentlichen Politik, als Schule, in der Politik noch in relativ einfachen Zusammenhängen gelernt werden kann".¹⁾ Im Sozialkundeunterricht wird die Gemeinde häufig als die nach der Familie kleinste Lebensgemeinschaft unserer Gesellschaft dargestellt, in der alles natürlich, einfach, überschaubar und begreifbar ist.²⁾ Daß dies heute nur noch eingeschränkt zutrifft, kann kaum bestritten werden. Gemeinden vermögen nicht mehr in dem Umfang wie früher "Nestwärme" zu geben, die notwendigen "Lebensbedingungen" zusammenzufassen und einen prägenden Einfluß auf den Menschen auszuüben. Die Gemeindegebietsreform, die mehr auf eine "optimale Betriebsgröße" als auf "natürliche gewachsene soziale Einheiten" abstellte, hat diese Entwicklung beschleunigt, nicht gebremst. Dies ändert jedoch nichts daran, daß die Gemeinde - neben der Familie - die älteste und wichtigste Form menschlichen Zusammenlebens und die soziale Institution in unserer Gesellschaft ist, die am wenigsten abstrakt und noch am ehesten unmittelbar erlebbar ist und mit der der junge Mensch, sobald er den Schutz der Familie verläßt, erstmals und am

häufigsten in Berührung kommt.³⁾

Beim Versuch, den Begriff "Gemeinde" zu definieren, gibt es drei verschiedene Begriffsvarianten⁴⁾:

1. Nach der "staatsrechtlich-kommunalwissenschaftlichen" Definition sind Gemeinden diejenigen Gebilde, "die in unserem Verfassungsrecht und in unserer Verwaltungsstruktur dazu erklärt werden".⁵⁾ Juristisch gesehen ist die Gemeinde also "die kleinste politische Verwaltungseinheit mit Selbstverwaltungsbefugnissen", die durch Art. 28 Abs. 2 GG verfassungsrechtlich geschützt ist.⁶⁾

2. Nach der "politikwissenschaftlichen" Definition sind Gemeinden, die "räumlichen und personellen Einheiten, die einen sinnvollen Rahmen politischer Entscheidungs- und Planungsmöglichkeiten auf der untersten Ebene der politischen Willensbildung abgeben" und die als "Organisationen der Gesellschaft" der Lösung bestimmter Probleme dienen.⁷⁾

3. Nach dem "soziologischen Gemeindebegriff" kann von Gemeinde gesprochen werden, wenn es sich um ein Gebilde handelt, das "genaue Grenzen im Raume hat, innerhalb derer sich der Nachbarschaftszusammenhang aufbaut und daß sich die Bürger einer Gemeinde deutlich als von denen anderer Gemeinden verschieden empfinden".⁸⁾ Auch wenn grössere kommunale Gebilde nicht immer überschaubar sind, so sind sie doch, verglichen mit den weiteren Erscheinungsstufen der Gesellschaft am anschaulichsten, am wenigsten abstrakt und das gesellschaftliche Leben - von Familie und Nachbarschaft einmal abgesehen - wird vor allem in der Gemeinde erlebt. René König bezeichnet die Gemeinde deshalb als "lokalen Zusammenhang des sozialen Lebens". Der soziologische Gemeindebegriff geht davon aus, daß eine "Verwaltungseinheit-Gemeinde" noch keine Gemeinde im Sinne der Soziologie sein muß, die in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen "menschliche Beziehungen und Verbindungen" stellt. Die Gemeinde im soziologischen Sinn muß vielmehr drei Kriterien erfüllen:

- lokale Einheit
- soziale, gesellschaftliche Interaktion und
- gemeinsame Bindungen

Diese bei König⁹⁾ zitierten Merkmale finden sich in den meisten der von G. A. Hillery¹⁰⁾ gesammelten 94 Definitionen des Begriffs "Gemeinde" wieder. Gemeinde ist danach "ein Komplex sozialer Beziehungen zwischen Menschen, die in einem mehr oder weniger lokal begrenzten Raum und in derart mannigfaltigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bindungen zusammenleben, daß ein wesentlicher Teil ihrer Bedürfnisse und Interessen innerhalb dieses Rahmens befriedigt werden kann."¹¹⁾

Für die hier zu behandelnde Fragestellung ist der soziologische Gemeindebegriff, der sich nicht notwendigerweise mit der "empirischen Gemeindestruktur" und der kommunalpolitischen und sozialen Realität deckt, ungeeignet. Er hat Ähnlichkeit mit den aus dem Sozialkundeunterricht bekannten traditionellen Vorstellungen, nach denen die Gemeinde - geprägt durch Überschaubarkeit, unmittelbaren Mitwirkungsmöglichkeiten und ehrenamtlichen politischen Tätigkeiten - die "Elementarschule der Demokratie" ist und der Ort, an dem "politische Verhaltensweisen 'von Grund auf' erfahrbare und erlernbar" sind.¹²⁾ Die theoretische Grundlage des soziologischen Definitionsansatzes besteht in der Situationsbeschreibung "früherer Epochen" und muß, weil sie der heutigen Realität nicht mehr entspricht und deshalb auf sie nicht mehr übertragen werden kann, als fragwürdig angesehen werden. Für die Analyse der Einflußfaktoren zwischen Kommunalpolitik und Alternativzeitungen erscheint das soziologischpolitische Verständnis von Gemeinde als zu eng, weil es hierbei vor allem auf politische, wirtschaftliche, verwaltungstechnische und kulturelle Führungselemente ankommt, die von den Grenzen und den Entscheidungen der politischen Gemeinde wesentlich geprägt werden. Hinzu kommt, daß der soziologische Gemeindebegriff durch die zunehmende Mobili-

tät der Bürger zusehends in Frage gestellt wird, weil diese dazu führen kann, daß sein Interesse an der Entwicklung der Arbeitsplatzgemeinde sehr viel stärker ist, als am Geschehen in der Wohnortgemeinde, obwohl er staatsrechtlich nur hier seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten im Kommunalbereich nachkommen kann.¹³⁾

Auch der politikwissenschaftliche Definitionsansatz muß wegen seiner Überwiegend theoretischen Natur für die vorliegende Untersuchung ausscheiden. Bei der hier zu beantwortenden Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die Kommunalpolitik ist es notwendig, von den in der Realität existenten realen räumlichpolitischen Gebilden und ihrer Stellung in unserer demokratischen Ordnung und damit vom staatsrechtlich-kommunalwissenschaftlichen Definitionsansatz auszugehen. Dies schon deshalb, weil in der Realität der Gemeindebegriff für sehr unterschiedliche und kaum miteinander zu vergleichende Einheiten verwendet wird. Eine ländliche Kleinstadt hat eine völlig andere Bevölkerungs- und Sozialstruktur und eine andersartige politische Wirklichkeit als eine Großstadt und dennoch sind beide Gemeinden im Sinne des staatsrechtlich-kommunalwissenschaftlichen Definitionsansatzes. Dies hat jedoch auf die vorliegende Untersuchung keinen negativen Einfluß, einmal deshalb nicht, weil die Erhebung eine Grenze nach unten zieht, indem sie sich auf Städte beschränkt, die dem deutschen Städtetag angehören und zum anderen in der Untersuchung die Städte in vier Gruppen entsprechend ihrer Größe eingeteilt werden. Im Übrigen darf nicht verkannt werden, daß die Größe der Städte allein keine zuverlässigen Ergebnisse liefern kann, weil die Strukturdaten größenmäßig vergleichbarer Städte je nach ihrer Lage in der Bundesrepublik Deutschland sehr verschiedenartig sein können. Aus diesem Grund werden zusätzliche Strukturdaten bei der Auswertung der Arbeit mit berücksichtigt.¹⁴⁾

1.1.2 Zum Begriff "Kommunalpolitik"¹⁵⁾

Ein maßgeblicher Grund für das große Interesse der Bürger am kommunalen Geschehen liegt in der Tatsache, daß die Kommunalpolitik die "realen Lebensumstände" des kommunalen Gemeinwesens maßgeblich bestimmt und formt und damit unmittelbar Einfluß auf das Leben in der Kommune hat.¹⁶⁾ Trotz dieses vor allem in den letzten Jahren gestiegenen Interesses am kommunalpolitischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland, sind wissenschaftliche Beiträge zum Themenbereich "Kommunalpolitik" vor allem dort, wo es um die Verfassungswirklichkeit, um das Verhältnis Kollegialorgan-Verwaltung und um das politische Funktionieren überhaupt geht, dürftig.¹⁷⁾ Auch in Pressedarstellungen wird dieses Thema stiefmütterlich behandelt. Eine Auseinandersetzung mit Kommunalpolitik, so wird argumentiert, erfolgt deshalb nicht oder nur unzureichend, weil es an den notwendigen kommunalpolitisch versierten und ausgezeichnet geschulten Journalisten und Redakteuren fehlt oder weil Kommunalpolitik lange Jahre als kleinkarierte Kirchturmpolitik gesehen wurde, die über Probleme der Abfallbeseitigung und Fragen der Erschließung mit Straßen, Wasser und Kanal nicht hinauskommt.¹⁸⁾ Wer sich mit dem Thema "Kommunalpolitik" befaßt, der begegnet in der Tat verschiedenen Problemen, die eine Auseinandersetzung erschweren:

1. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nach der Gebietsreform¹⁹⁾ 8.500 Gemeinden, von denen jede ihre eigene Geschichte, ihre besonderen kommunalpolitischen Probleme und ihre spezifischen Kommunikationsstrukturen und Machtkonstellationen hat. Hierin besteht die erste Schwierigkeit sich mit dem Thema "Kommunalpolitik" allgemein auseinanderzusetzen; denn die Vielzahl und die Unterschiedlichkeit der Handlungsorte läßt verallgemeinernde Aussagen nicht zu. Jede dieser Gemeinden hat aufgrund ihrer besonderen Entwicklung, ihrer geographischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Finanz-

kraft und aufgrund des soziologischen Aufbaus der Bevölkerung einen eigenen kommunalen Willensbildungsprozeß. Typenbildung und Abstraktionen erscheinen bedenklich, weil sie voraussetzen, daß die Besonderheiten der Einzelfälle bekannt sind. Dies ist hier aber gerade nicht der Fall, weil erst eine geringe Zahl nicht systematisch ausgewählter Einzelfallstudien vorliegen, deren Ergebnisse nicht verallgemeinert werden können.²⁰⁾

2. Wer sich mit Kommunalpolitik befaßt, muß ferner feststellen, daß bereits im Definitionsbereich erhebliche Unsicherheit besteht; denn die Begriffe Lokal-, Gemeinde- und Kommunalpolitik beziehen sich auf dieselben Problemfelder. Es geht um die Politik, die sich auf die Kommune im weiten Sinne (Stadt/Gemeinde, Kreis, Bezirk) bezieht und in diesem räumlichen Gebilde ihr "Handlungsfeld" hat, dessen Schwerpunkt nicht in der Legislative, sondern in der Exekutive und der Verwaltung liegt²¹⁾ und das mit konkreten Auswirkungen im unmittelbaren Umfeld der Bürger verbunden ist. Während allerdings die vor allem in der Politikwissenschaft häufig benutzten Begriffe "Lokalpolitik" und "lokale Politikforschung" auf den räumlichen Bereich abstellen, innerhalb dessen das politische Handeln erfolgt, wird durch den Begriff "Kommunalpolitik" der Rahmen mehr nach inhaltlichen Kriterien abgesteckt.²²⁾ "Kommunalpolitik" läßt sich also inhaltlich präzisieren durch die Begriffe kommunale Selbstverwaltung, Gemeindeverwaltung und lokale Demokratie und meint insbesondere die Politik, die sich mit Problemen der örtlichen Gemeinschaft, d.h. mit Problemen der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge, des Umweltschutzes u.a. befaßt und damit ein Teil der Gesellschaftspolitik ist.²³⁾ Der Begriff "Lokalpolitik" will hingegen verstärkt zum Ausdruck bringen, daß über "ob" und "wie" vieler kommunaler Probleme, insbesondere solcher, zu deren Lösung die Gemeinde organisatorisch und finanziell nicht in der Lage ist, nicht die örtlichen Institutionen und Organe entscheiden, sondern Gre-

mien auf höheren Ebenen. Hier können Lokal- und Kommunalpolitik auseinanderfallen und es stellt sich in Anbetracht dieser Entwicklung durchaus die Frage, inwieweit heute Kommunalpolitik noch als Lokalpolitik bezeichnet werden kann.

In der vorliegenden Arbeit wird am Begriff "Kommunalpolitik" festgehalten. Es geht zwar vor allem um den Einfluß der Alternativzeitungen auf das kommunale Machtzentrum, sodaß im Mittelpunkt des Interesses insbesondere die Bereiche stehen, in denen die kommunalen Gremien noch Gestaltungsmöglichkeiten haben und die auch mit dem Begriff "Lokalpolitik" richtig beschrieben werden. Die Fragestellung beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Teile der Politik, innerhalb derer die örtlichen Gremien allein entscheiden können, sondern umfaßt auch die Problembereiche, die die örtliche Gemeinschaft betreffen und die maßgeblich auf höheren Ebenen präjudiziert werden; denn auch hier wird in der Regel nicht gegen den Willen, sondern im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Gremien entschieden. Eine Einflußmöglichkeit der Alternativzeitungen kann also nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.²⁴⁾

3. Wer sich mit dem Begriff "Kommunalpolitik" auseinandersetzt, begegnet schließlich einem weiteren eigenartigen Phänomen. Auf der einen Seite wird der kommunale Bereich als "Elementarstufe des Politischen", als "Urzelle der Demokratie" und als "Lehrmeisterin demokratischer Verhaltensregeln" gefeiert. In der Gemeinde soll die Demokratie von unten nach oben erprobt und in einem überschaubaren Rahmen politischer Betätigung eingeübt werden.²⁵⁾ In Festreden von Kommunalpolitikern, im Sozialkundeunterricht und in Heimatbüchern wird Kommunalpolitik noch immer als eine für die staatspolitische und staatsbildende Entwicklung wesentliche Materie und als ein Bereich beschrieben, in dem das Interesse an der Landes- und Bundespolitik geweckt und eingeübt wird. Die Gemeinde wird als ein überschaubarer Bereich dargestellt, der das In-

teresse der Bürger leicht und spontan weckt und sein politisches Engagement nicht überfordert, weil hier elementare und unmittelbare Bedürfnisse der Bürger berührt werden, die Probleme noch wahrnehmbar und der politische Prozeß durchsichtig ist. Mit Hilfe der Kommunalpolitik soll die politische Apathie, die bei vielen Bürgern vorhanden ist, überwunden werden.²⁶⁾

Die politische Wirklichkeit unserer Städte spricht gegen eine solche Gemeindeideologie und gegen diese theoretischen Formulierungen. Von einem Zusammengehörigkeitsgefühl, von unmittelbarem Erleben und Verstehen politischer Entscheidungen und einem daraus resultierenden Interesse am kommunalen Geschehen und von der vielgelobten Überschaubarkeit, kann - zumindest ab einer bestimmten Stadtgröße - nurmehr sehr bedingt die Rede sein.²⁷⁾ Ausdruck für das fehlende Gesamtinteresse sind nicht zuletzt die vielfältigen Bürgerinitiativen in unseren Städten, die teilweise einander entgegengesetzte Anliegen und Stadtteilinteressen verfolgen. Darüber hinaus ist das im kommunalen Bereich Gelernte auf andere Gebiete der Politik nicht ohne weiteres übertragbar, weil die Kommunalpolitik, wie kaum ein anderer Bereich, in starkem Maße "personalisiert" und "projektgebunden" ist.²⁸⁾ Im Gegensatz zu der aufgezeigten Gemeindeideologie wird Kommunalpolitik - zumindest in der Praxis vor Ort - auch heute noch als "politikfreier" oder als zumindest "unpolitischer Raum" betrachtet, in dem rein nach sachlichen Gesichtspunkten nur so entschieden wird, wie es der Fragestellung am meisten dienlich ist.²⁹⁾ Es wird so getan, als sei der kommunale Bereich ausschließlich durch Selbstverwaltung geprägt und für "Politik" kein Raum.³⁰⁾

In der traditionellen Lehre³¹⁾ und in der früheren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes³²⁾ wurde lange die Meinung vertreten, daß es im kommunalen Bereich keine "politische Willensbildung" gibt und daß die kommunalen Kollegialorgane Träger reiner Verwaltungsaufgaben sind (Verwal-

tungsausschüsse) und keine politischen, sondern nur rein sachbezogene Entscheidungen zu treffen haben.

Der Ansicht, daß kommunale Entscheidungen ihrem Charakter nach unpolitisch sind, steht bereits die Tatsache entgegen, daß die Gemeindevertretung in allen Bundesländern direkt vom Volk gewählt wird³³⁾. Dies ist ohne politische Willensbildung im lokalen Bereich nicht denkbar. Eschenburg³⁴⁾ sprach zu Beginn der 60er Jahre noch vom "Trend zum Desinteressement, zur politischen Indolenz in kommunalen Fragen". Ende der 60er Jahre, als die Probleme des Städtebaus, der Verstädterung, der Stadtсанierung, des Umweltschutzes und der Verkehrsverhältnisse klarer zu Tage getreten sind, wurde erkennbar, daß die Kommunen ohne entscheidende Reformen ihre Aufgaben des Verkehrs, der Städteplanung, des Bodenrechts und des Umweltschutzes nicht mehr hinreichend erfüllen konnten. Infolge dieser Entwicklung wurde die Frage, ob Kommunalpolitik wirklich Politik im Sinne von Auswahl zwischen Handlungsalternativen und alternativen Handlungsprogrammen³⁵⁾ oder lediglich unpolitische Verwaltung ist, immer stärker dahin beantwortet, daß auch bei der politischen Meinungsbildung im lokalen Bereich unterschiedliche Lösungen durchaus denkbar sind, der politische Charakter kommunaler Entscheidungen also zu bejahen ist.³⁶⁾ Von der traditionellen Lehre wurde übersehen, daß gerade auf kommunaler Ebene häufig Angelegenheiten zu beraten sind, bei denen unterschiedliche, zum Teil entgegengesetzte, Interessen unmittelbar aufeinander treffen und die kommunalen Mandatsträger unter alternativen Handlungsmöglichkeiten zu wählen haben. Auch wenn man mit Eschenburg³⁷⁾ Politik als "machtgerechtes, machtorientiertes Verhalten in öffentlichen Angelegenheiten" beschreibt, ist festzustellen, daß die Gemeinde kein politikfreier Raum sein kann; denn für die Entscheidungsfindung in der Kommune genügt es nicht, ausschließlich über sachgerechte Maßnahmen nachzudenken. Notwendig ist darüberhinaus die Prüfung, ob das Vorhaben bei den Trägern der Macht - wozu auch der Wäh-

ler gehört - durchsetzbar, d.h. ob es "machtgerecht" ist.

Die Frage, ob es sich bei der Tätigkeit der Gemeinde überhaupt um politische Entscheidungen mit Gestaltungsmöglichkeiten handelt oder ob ein rein sachbezogenes Verwaltungshandeln im politikfreien Raum vorliegt, ist heute im wesentlichen ausdiskutiert. Es ist anerkannt, daß die kommunalen Kollegialorgane insbesondere dort, wo sie einen Ermessensspielraum haben oder wo sie aus sich heraus Selbstverwaltungsangelegenheiten wahrnehmen, politische Entscheidungen treffen, die das äußere Erscheinungsbild, den Wohnwert, die finanzielle Leistungsfähigkeit, das kulturelle Angebot und die soziale Struktur des jeweiligen kommunalen Gemeinwesens in starkem Maße beeinflussen können. Die Mitwirkung der politischen Parteien ergänzt durch örtlich beschränkte sogenannte Rathausparteien³⁸⁾ bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung wird heute als wichtig akzeptiert, auch wenn hier die Entscheidungen in noch stärkerem Maße sachorientiert gesehen und ein Konsens über politische Grenzen hinweg noch am ehesten für möglich gehalten wird.

Als Teil der Gesellschaftspolitik und damit der staatlichen Innenpolitik trägt die Kommunalpolitik auch zur Verwirklichung der Demokratie bei. Nach dem heutigen Demokratieverständnis können die Kommunen nicht mehr als "isoliert-selbstständige Gebilde" gesehen und aus dem politischen Leben des Staates ausgeklammert werden, sondern sind in dem Gesamtaufbau des Staates integriert.³⁹⁾ Dabei wird nicht verkannt, daß vielfach bei kommunalen Fragen bereits Vorentscheidungen in Form von Gesetzen, Rechtssprechung, verwaltungsinternen Richtlinien, Präzedenzfallentscheidungen vorgeordneter Stellen u.a. getroffen werden und die Entscheidungen häufig von Zuschüssen des Staates abhängen. Kommunalpolitische Tätigkeit muß jedoch in ihrem gesellschaftspolitischen Zusammenhang gesehen werden. Dies bedeutet, daß auch Einzelfallentscheidungen - auf der Basis allgemeiner Richtlinien - politische Entscheidungen sind, und daß sich

Kommunalpolitik nicht durch eine geringere Komplexität von der "großen Politik" unterscheidet, sondern - wenn auch nicht zwingend - dadurch, daß kommunalpolitische Entscheidungen die konkreten Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der Gemeindeangehörigen häufig unmittelbarer berühren. Hinzu kommt, daß sich Kommunalpolitik, anders als Politik auf staatlicher Ebene, nur in einem örtlich begrenzten Rahmen vollzieht, daß der Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Gemeinden aufgrund gesetzlicher Bestimmungen wesentlich enger als die Regelungsfreiheit des staatlichen Gesetzgebers ist und daß die Kommune als unterste Verwaltungsebene keine Delegationsmöglichkeit hat, sondern stets selbst für die Ausführung eigener genereller Regelungen zuständig ist.⁴⁰⁾

Die hier angesprochenen Fragen sind in der Wissenschaft ausführlich diskutiert worden und es ist kaum mehr streitig, daß die eingangs dieses Kapitels beschriebenen Theorien auf einem der heutigen Verfassungswirklichkeit nicht mehr entsprechenden Gemeindebild basieren. Dennoch ist draußen vor Ort und in der kommunalen Praxis in den "Sonntagsreden" von kommunalen Spitzenpolitikern - obwohl häufig führende Exponenten politischer Parteien - immer wieder zu hören, gleichsam als Ausfluß der alten traditionellen Lehre, daß kommunale Entscheidungen ausschließlich sachorientiert und unparteiisch getroffen werden und daß für Parteien und Parteipolitik im kommunalen Raum kein Platz sei. Diese Tendenz nimmt mit abnehmender Gemeindegröße zu. Durch Ansprachen bei Vereinen, Schirmherrschaften, Ordensverleihungen u.ä. im vorpolitischen Raum versuchen die kommunalen Honoratioren, Popularität zu erreichen und sich "auf der Grundlage entpolitisierter Volkstümlichkeit" beliebt zu machen.

Obwohl, wie bereits erläutert, Kommunalpolitik im weiten Sinne Gesellschaftspolitik ist, fehlt für diesen Bereich eine klare Gesellschaftstheorie. Mit dem Tag der Wahl in das kommunale Ehrenamt scheinen die kommunalen Repräsentanten

parteipolitische und gesellschaftstheoretische Konzepte, die ihnen aus der Zeit ihres parteipolitischen Engagements hinreichend bekannt sind, zu verdrängen oder gar zu vergessen. Dies führt bei den Parteimitgliedern, die sich für den Wahlsieg eingesetzt und daran mitgewirkt haben, nicht selten zu Frustrationen und sie empfinden diese Neutralität als "Ver-rat an der gemeinsamen Sache".⁴¹⁾

Dieses Verhalten kommunaler Spitzenpolitiker hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß im kommunalen Bereich politische Konflikte auch heute noch verpönt sind; denn sie verletzen das in unserer politischen Kultur tief verwurzelte "Harmoniepostulat".⁴²⁾ Lehmbruch⁴³⁾ spricht von "Konkordanz-Demokratie" und nach Grauhan⁴⁴⁾ gilt in der Gemeindepolitik das "Gesetz der großen Koalition". In der Studie Wertheim III⁴⁵⁾ zeigt Zoll auf, daß diffizile Angelegenheiten im Gemeinderat erst dann öffentlich behandelt werden, wenn die Probleme ausdiskutiert sind. Unter Hinweis darauf, daß es in den Gemeinden keine politisch gefärbten "roten", "schwarzen" oder "grünen" Sportplätze, Hallenbäder oder Baugebiete gibt, wird so getan, als ob alle kommunalen Probleme ausschließlich nach sachlichen Kriterien entschieden würden. Die Propagierung unpolitischer, bürokratischer und administrativ technokratischer Entscheidungsmuster steht, wie oben aufgezeigt, im Gegensatz zu dem, was kommunale Selbstverwaltung will oder vorgibt zu wollen: Demokratie und Bürgernähe. In amerikanischen Studien⁴⁶⁾ wurde nachgewiesen, daß der Partizipationsgrad bei bipolaren Entscheidungssystemen wesentlich höher ist als bei konkordanten, harmonisch-konsensualen kommunalen Entscheidungssystemen, die in starkem Maße oligarchisch sind. Hieraus folgt, daß der Entscheidungsprozeß dort, wo das Harmoniestreben und die Konfliktlosigkeit höchsten Stellenwert haben (insbesondere in den kleineren Gemeinden), weniger demokratisch ist, als dort, wo Konflikte offener ausgetragen werden (insbesondere große Kommunen). Ueltzhöffer⁴⁷⁾ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß

die in den Gemeindeordnungen unterstellten, konfliktfeindlichen Entscheidungsstrukturen vorhandene Macht stabilisieren und die Mächtigen gegen Bürgerpartizipation und Kritik abschirmen. Hättich⁴⁸⁾ sieht in der Differenzierung zwischen Politik und kommunalen Geschehen "eine gewisse Alibifunktion" und "menschliche Bequemlichkeit", der "eine Disposition beim Bürger entspricht". Wer im kommunalen Bereich eine dezidierte Meinung vertritt, muß damit rechnen, daß er beim Wort genommen wird und daß er damit nicht nur auf kommunale Entscheidungen Einfluß nimmt, sondern daß sich kommunalpolitische Aktivität in der horizontalen Kommunikation auch im persönlichen Bereich (Nachbar, Freund, ...) unmittelbar auswirkt.

Da die Auseinandersetzungen und Diskussionen um die Einordnung der Gemeinde in die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und viele Fragen im kommunalpolitischen Bereich sowie die Art ihrer Behandlung nur vor dem Hintergrund der Geschichte und der Bedeutung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts verständlich sind, soll dieser Themenbereich nun zunächst beleuchtet werden, um dann vor diesem notwendigen Hintergrund die Aufgaben der Gemeinde und die Art und Weise ihrer Wahrnehmung hinreichend verständlich darstellen zu können.

1.2 Zur kommunalen Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung, die gerne als "dritte Säule des Staates neben Bund und Ländern"⁴⁹⁾ bezeichnet wird, ist keine notwendige Voraussetzung und kein konstitutives Element einer repräsentativen Demokratie, sondern ein "historisches Phänomen", das entstanden ist mit dem Ziel, das bürgerschaftliche, ehrenamtliche Engagement zu fördern und die Effizienz der Verwaltung zu steigern. Seit den Vorstellungen

des Freiherrn von Stein⁵⁰⁾ hat die kommunale Selbstverwaltung manchen Verständnisswandel erfahren und wurde aus der Überlieferung heraus gleichsam als deutsche Besonderheit nach 1945 in die neue demokratische Verfassung aufgenommen. Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dürfen die kommunalen Vertretungskörperschaften "alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich regeln" (Art. 28 Abs. 2 GG).⁵¹⁾ Welche Bedeutung das sich hieraus ergebende Konzept einer "gegliederten Demokratie" und die damit verbundene Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung in der Praxis hat, hängt jedoch davon ab, was zu diesen "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft" in unserer Gesellschaft noch gehört: die Komplexität und Vielfalt der Probleme, die gegenseitige Abhängigkeit öffentlicher Aufgaben, die überörtlichen Planungskonzeptionen und die Unmöglichkeit einer lokalen Begrenzung in den Fragestellungen z.B. bei der Raumordnung, der Landschaftspflege und dem Umweltschutz führen verbunden mit einer unzureichenden finanziellen Ausstattung dazu, daß der Entscheidungsspielraum der kommunalen Vertretungskörperschaften zunehmend enger wird. Dennoch bleibt es der eigenverantwortlichen Entscheidung der kommunalen Repräsentanten vorbehalten, darüber zu befinden, in welcher Art und Weise und in welcher Reihenfolge Einrichtungen der Daseinsvorsorge realisiert werden sollen. Aufgrund der unterschiedlichen finanziellen, strukturellen und geographischen Gegebenheiten in den einzelnen Kommunen und ihrer ökonomischen und soziokulturellen Strukturen ermöglicht die Selbstverwaltung unterschiedliche Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und stellt, bezogen auf das Streben nach gesellschaftlicher Gleichheit in der Demokratie, ein "strukturfremdes Element" dar. Aufgabe des Staates bleibt dabei unter Wahrung der kommunalen Eigenständigkeit dafür Sorge zu tragen, daß die Einheit des Ganzen erhalten bleibt.⁵²⁾

Nicht nur Inhalt und Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch die Begründung der Existenzberechtigung der Ge-

meinden überhaupt, hat sich im Laufe der Zeit geändert. Freiherr von Stein⁵³⁾ führte als Grund für die Notwendigkeit kommunaler Gebietskörperschaften vor allem eine Stärkung und Belebung des staatsbürgerlichen, politischen Engagements an, ein Grund, der auch heute an Relevanz nichts verloren hat, weil eine unmittelbare Teilnahme der Bürger in Kommunen ab einer bestimmten Größe in der Realität kaum noch möglich ist. In der Literatur⁵⁴⁾ wird heute zur Begründung vor allem auf das Gewaltenteilungsprinzip Bezug genommen und darauf abgestellt, daß die Gemeinden Orte der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative sind, die einen politischen Pluralismus sicherstellen, weil in den Kommunen andere politische Kräfte herrschen als in Bund und Land, und die dem Gemeinwesen eine zusätzliche örtliche Legitimation geben. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts⁵⁵⁾ war die kommunale Selbstverwaltung der einzige Bereich, in dem eine Beteiligung der Bürger am politischen Leben möglich war. Dies allerdings nicht im Sinne von demokratischer Teilhabe; denn das Stimmrecht bzw. das Gewicht der Stimme war ursprünglich an Grundbesitz oder an einen Gewerbebetrieb, später an die Steuerleistung als solche gebunden (3-Klassen-Wahlrecht!). Dem preußischen Staat ging es nicht darum, die Bürger an der Macht teilhaben zu lassen und eine Selbstverwaltung nach demokratischen Grundsätzen aufzubauen, sondern darum, Grundbesitz und städtisches Gewerbe an der Sanierung der Staatsfinanzen zu beteiligen. Daß dabei auch lokale Entscheidungsbefugnisse auf diese "städtische Honoratiorenschicht" übergingen, war nicht Ziel, sondern Nebenwirkung dieser Reform, d.h. die Begriffe "Selbstverwaltung" und "Demokratie" deckten sich damals nicht. Auf Gemeindeebene hat sich das demokratische Grundprinzip in Deutschland erst im 20. Jahrhundert mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durchgesetzt.⁵⁶⁾

Die Frage, welche Folgen der Verlust formaler Positionen seitens der Honoratioren auf die Kommunalpolitik hatte, wur-

de lange Zeit nicht wissenschaftlich erforscht. Es wurde vielmehr unterstellt, daß sich die Honoratioren aus der Kommunalpolitik zurückgezogen haben und daß dadurch breiteren Bevölkerungsschichten die Möglichkeit der Einflußnahme auf das kommunale Geschehen eröffnet wurde.⁵⁷⁾

Nach 1945 sollte Deutschland - vor allem nach Meinung der Amerikaner - von den Kommunen her, die als einzige Organisationseinheiten noch einigermaßen funktionierten, aufgebaut werden. Hier vor Ort sollten demokratische Tugenden vermittelt, demokratische Spielregeln, Verhaltensweisen und Denkstrukturen eingeübt und verwirklicht werden. Dies sollte geschehen durch Anknüpfung an die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland.⁵⁸⁾ Bei dem Versuch, Demokratie und Selbstverwaltung miteinander zu verbinden, kam es immer wieder zu Schwierigkeiten, weil Selbstverwaltung als sachorientiert und ortsbezogen beschrieben und in einem ideologischen Gegensatz zu den Parteien, die wesentliche Elemente im demokratischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland darstellen, gesehen wurde. Die Gemeinden galten und gelten in der kommunalen Praxis zum Teil auch heute noch "als dem Staat vorgelagerte Gebilde" und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der kommunalen Selbstverwaltung, die mit der Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft begründet wird, werden nicht als "staatliche Probleme", sondern als "Probleme mit dem Staat" gesehen.⁵⁹⁾ Die herkömmliche "Gemeindeideologie", die Gemeinde und Gemeinschaft gleichsetzt und unter Gemeinschaft etwas "Naturhaftes und Gewachsenes" versteht, "in das der Einzelne hineingeboren wird und dem gegenüber er eine fraglose und affektive Bindung entwickelt", ist bis heute im Bewußtsein der Menschen geblieben und bestimmt noch immer Art und Weise, wie die Auseinandersetzung mit dem Thema "kommunale Selbstverwaltung" erfolgt.⁶⁰⁾ Es kann nicht geleugnet werden, daß die Gemeinden im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Platz einnehmen und daß sie diesen mit

Leben erfüllen. Festzustellen ist jedoch eine Verfremdung, die darauf beruht, daß ein Teil der kommunalen Funktionen ihren theoretischen Ansatz im "Gegeneinander von Staat und Gesellschaft im Sinne des 19. Jahrhunderts" haben und aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse heute nicht mehr greifen können. Hinzu kommt, daß im Hinblick auf unsere Gemeinden nicht mehr, wie noch zu Beginn dieses Jahrhunderts, ausgehend von Dorf und Kleinstadt, das Konzept einer genossenschaftlichen Lebensgemeinschaft unsere Vorstellungen prägt, sondern abgelöst wurde von der Gemeinde als komplexes Gebilde, bei dem die Überschaubarkeit weitgehend verloren gegangen ist.

Die Trennung zwischen zentralistisch, hierarchisch, autoritär organisierter Staatsverwaltung, die der Bevölkerung gegenüber nicht unmittelbar verantwortlich ist und der thematisch und räumlich begrenzten Selbstverwaltung, die unter staatlicher Aufsicht steht, schwingt - obwohl aus vordemokratischen Zeiten stammend - auch heute noch in vielen Abhandlungen zur Kommunalpolitik nach und zeigt sich vor allem in der Selbsteinschätzung der Ratsmitglieder, im Eigenleben der kommunalen Verwaltung und in der Beschreibung der örtlichen Angelegenheiten als "unpolitisch".⁶¹⁾ Mit dem Entstehen des demokratischen Staates nach 1918 verloren diese Theorien ihre Bedeutung, auch wenn sie im Gesetz und in der Verfassung teilweise noch einen unmittelbaren Niederschlag fanden. In der Wissenschaft wird deshalb überwiegend die Meinung vertreten⁶²⁾, daß die "kommunale Selbstverwaltung" verfassungshistorisch bedingt ist und heute inhaltlich nun noch geringen Informationswert hat, weil Gemeinden nicht nur als unterste Stufe des Staates und als "Basis der Staatstätigkeit" erscheinen, sondern auch staatliche Aufgaben erfüllen und staatlichen Charakter haben. Nach Hättich⁶³⁾ kann in der Demokratie die gesamte Staatsform als "politische Selbstverwaltung der Gesellschaft" interpretiert und nach Rausch⁶⁴⁾ unter kommunaler Selbstverwaltung eine "bür-

gerschaftliche Mitverantwortung" verstanden werden.

Aufgrund der veränderten Anschauungen und Verhältnisse ist es notwendig, statt an den älteren Vorstellungen festzuhalten, die Funktionen der Gemeinde aufgrund ihrer gegenwärtigen Erscheinungsform neu zu bestimmen. Das Verhältnis Kommune - Staat ist nicht mehr durch einen Gegensatz geprägt, sondern durch ein Miteinander, wobei der Gemeinde aufgrund ihrer Autonomie eine wichtige Rolle im gesamten Verwaltungsaufbau zukommt. Die Gemeinde zeichnet sich in unserem Staatsgefüge nicht durch eine höhere, demokratische Legitimation gegenüber dem Staat aus und kann nicht von einem "anderen demokratischen Grundprinzip her interpretiert werden", sondern trägt zur Verstärkung der demokratischen Komponente in unserem System bei, weil auf Gemeindeebene wegen der größeren Sachnähe, dem besseren Kontakt zu den (betroffenen) Bürgern, wegen der - wenn auch teilweise eingeschränkten - selbständigen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bezüglich der Versorgungseinrichtungen und der Ausgestaltung des Lebensraumes ihrer Bürger dort sachgerechtere Entscheidungen zu erwarten sind als auf der Ebene der Staatsverwaltung. Im demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland ist das Verhältnis zwischen Gemeinde und Staat gekennzeichnet durch "Homogenität mit dem Gesamtstaat (Art. 28 Abs. 1 GG)".⁶⁵⁾

Die Gemeinden stellen heute keinen selbständigen Lebenskreis mehr dar, sondern erfüllen spezifische Aufgaben im Rahmen unseres sozialen Staates und sind, wie sich insbesondere aus Art. 1 der Bayerischen Gemeindeordnung ergibt, Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues mit eigener demokratischer Basis, die sie aus den Wahlen der Gemeindebürger ableiten können. Nach Scheuner⁶⁶⁾ ist die Position der Gemeinden im heutigen Staatsgefüge durch drei Aspekte geprägt:

a) Die Selbstverwaltung im Sinne der dargestellten Homogenität mit der Staatsverwaltung erfüllt eine wichtige Aufgabe im Staatsaufbau, weil sie durch die Schaffung dezentraler

Initiativ- und Entscheidungszentren die lokal und regional vorhandenen Kräfte mobilisiert und zu einer Verwaltungsauflockerung beiträgt. Als selbständige, mit einer gewissen Autonomie ausgestattete Verwaltungseinheit, hat sie eine dezentralisierende Wirkung und trägt dazu bei, daß örtliche und regionale Anliegen und Faktoren in einer hierarchisch aufgebauten Staatsorganisation hinreichend Berücksichtigung finden.

b) Die kommunale Selbstverwaltung erfährt ihre Legitimation durch die Kommunalwahlen, aus denen die Kommunalpolitiker ihren Stellenwert und ihre starke Stellung ableiten; denn an den Kommunalwahlen können alle Gemeindebürger teilnehmen und nicht nur - wie bei Selbstverwaltungen im beruflich sozialen Bereich - ein enger Personenkreis.

c) Als entscheidender Moment wird der Wandel der Gemeinde von der einstigen "mehr oder weniger in sich geschlossenen örtlichen Lebensgemeinschaft" hin zur heutigen "Rolle im modernen Leistungsstaat" gesehen. Die große Bedeutung der Gemeinde ergibt sich aus der Tatsache, daß der Bürger in seinem Nahbereich in immer höherem Maße auf Leistungen angewiesen ist, die nur von der kommunalen Allgemeinheit erbracht werden können und die zu einer Verantwortlichkeit der Gemeinden im Gestaltungsbereich menschlicher Lebenszusammenhänge führt.

Seele⁶⁷⁾, der die kommunale Selbstverwaltung als eine Institution beschreibt, die zu einem erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur beigetragen hat, einen geordneten Verwaltungsvollzug sicherstellt und die immer im Mittelpunkt des bürgerlichen Interesses steht, nennt als weitere staatspolitische Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung u.a.:

- regionale und örtliche Besonderheiten können besser berücksichtigt werden,
- der "politische Pluralismus" wird erhöht,

- Zielkonflikte können wegen der größeren Sachnähe sachgerechter gelöst werden,
 - die Selbstverantwortung der örtlichen Entscheidungsträger wird erhöht,
 - dem Bürger wird die Möglichkeit eröffnet, sich unmittelbar an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen und er kann demokratische Verhaltensweisen unmittelbar vor Ort einüben,
 - der Bürger hat die Möglichkeit, sich in die politische Gemeinde zu integrieren und an der sozialen Interaktion teilzunehmen,
 - Fehlerquellen der öffentlichen Verwaltung können unmittelbar vor Ort festgestellt und beseitigt werden,
 - der Staat wird "durch zusätzliche Kapazitäten der Konfliktverarbeitung" entlastet.
- Die Gemeinden oder ihre Spitzenverbände wirken an Überörtlichen Feststellungen und an der Gesetzgebung innerhalb des Gesamtsystems mit, soweit der kommunale Wirkungskreis berührt wird,
- Entscheidungen auf höherer Ebene können durch die kommunale Praxis vor Ort auf ihre Brauchbarkeit und auf den Erfolg hin kontrolliert werden,

Auf den Theorienstreit, ob kommunale Selbstverwaltung "die Organisationsform eines dem Staat vorgegebenen örtlichen Lebenskreises" oder "eine aus dem Staatsbegriff abgeleitete mittelbare Staatsverwaltung", ob kommunale Selbstverwaltung "eine mit Autonomierechten ausgestattete politische Verwaltung" oder "eine Erscheinungsform dezentralisierter Demokratie" ist, soll hier im einzelnen nicht näher eingegangen werden.⁶⁸⁾ Nach Klein⁶⁹⁾ läßt sich die Verantwortung und die Regelungsbefugnis der Gemeinde innerhalb ihres "eigenen Wirkungskreises" auf eine staatliche Ermächtigung zurückführen, während nach Koch/Tschira/Magg⁷⁰⁾ die Gemeindehoheit unmittelbar in der Volkssouveränität wurzelt, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde also nicht vom Staat abgeleitet,

sondern lediglich von ihm anerkannt ist. Heute wird die kommunale Selbstverwaltung überwiegend als eine Kombination aus "stufenförmig aufgebauter Demokratie" und "administrativer Dezentralisation" verstanden.⁷¹⁾ Allgemein anerkannt ist auch, daß die kommunale Selbstverwaltung neben der administrativen Dezentralisation und der verwaltungstechnischen Rationalität vor allem auch das Gewaltenteilungsprinzip ergänzt und ein Korrektiv gegenüber zu großer Machtkonzentration ist. "Dezentrale Handlungseinheiten" sind in einer komplexer werdenden Gesellschaft unabdingbar. Dabei kommt es weniger darauf an, die Partizipation der Gemeinden an zentralen Planungen und an der Gesetzgebung zu institutionalisieren, als vielmehr darauf, "problemadäquate Entscheidungen" durch "Rückkoppelung zwischen Entscheidungs- und Umsetzungsebene" zu erhalten, die zu einer Akzeptanz bei den Betroffenen führen und diesen Entscheidungen die notwendige Legitimation verleihen.

Zusammenfassend kann mit Scheuner⁷²⁾ festgestellt werden, daß die Gemeinden gegenwärtig von ihren Verwaltungsfunktionen her und nach ihrem Aufgabenkreis - der allerdings nicht statisch sondern ständig in Bewegung ist - zu bestimmen sind und daß sie "dezentrale Zentren der Entscheidung und Initiative" darstellen, welche die Vielfältigkeit und Effizienz der Verwaltung erhöhen. Festzustellen ist in diesem Zusammenhang ferner, daß sich die Gemeinden, ebenso wie die Länder, in ein föderalistisch-kooperatives Verbindungssystem einfügen und immer stärker an weiträumigen Einrichtungen beteiligen müssen und damit Teile ihrer alleinigen Zuständigkeit verlieren. Da sie jedoch wegen ihrer größeren Nähe zum Bürger den unmittelbaren Lebensraum des Menschen besser kennen und deshalb auch besser gestalten und koordinieren können als Land oder Bund, muß den Gemeinden auch für die Zukunft eine ausreichende Gestaltungsfreiheit auf örtlicher Ebene erhalten bleiben. Dies bedeutet, daß die von der staatlichen Kommunalaufsicht überlagerte kommunale Selbstverwal-

tung auch im Verfassungssystem der Bundesrepublik Deutschland "Grundlage des demokratischen Staatswesens" und "Fundament der öffentlichen Verwaltung im Bundesstaat" ist.⁷³⁾

Die Gemeinden stehen allerdings bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben finanziell und administrativ in einem engen Verhältnis zu Bund, Land und - bei Kreisangehörigkeit - außerdem zum Kreis. Auch wenn die Gemeinden durch Art. 28 GG in ihrem Bestand gesichert sind und in Art. 106 Abs. 8 und Art. 107 Abs. 2 GG ausdrücklich Erwähnung finden, bleiben sie von den Ländern finanziell abhängig. Hinzu kommt, daß der Bund den Gemeinden immer neue Arbeitsbereiche zuweist und den Vollzug dieser Aufgaben determiniert.⁷⁴⁾ Dies macht deutlich, daß zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit bezüglich der kommunalen Selbstverwaltung wesentliche Unterschiede bestehen. Kommunale Selbstverwaltung gehört allerdings zu den politischen Tabus und wer sich kritisch zur Verfassungsrealität äußert, macht sich verdächtig. Dies mag einer der wesentlichen Gründe dafür sein, daß voller Traditionsbewußtsein und Pietät stillgehalten wird und kritische Auseinandersetzungen über das tatsächliche Funktionieren der kommunalen Selbstverwaltung selten sind, obwohl maßgebliche Kommunalpolitiker und kommunale Spitzenverbände bereits seit Ende der 60er Jahre vom Verlust der Urbanität und vom finanziellen Ruin der Städte sprechen und bekannt ist, daß gesellschaftliche Krisenerscheinungen zuerst und vor allem in den Städten sichtbar werden.⁷⁵⁾ Die Untersuchungen von Zoll⁷⁶⁾ bestätigen im wesentlichen die Begründetheit dieser Sorge. Sie zeigen, daß der örtliche Spielraum der Selbstverwaltung durch Einwirkungsmöglichkeiten höherer politischer Ebenen zwar noch nicht ausgehoben, aber doch wesentlich eingeschränkt ist und daß allenfalls noch von einer "eingeschränkten örtlichen Gestaltungsfreiheit" gesprochen werden kann, nicht mehr aber von einer "örtlichen Souveränität". Seele⁷⁷⁾ stellt eine "bedrückend fortschreitende Einengung kommunaler Initiativen und freier Handlungsspielräume durch gesetzliche

Reglementierung, Verplanung und Finanznot" fest, die bei den im kommunalen Bereich aktiven Bürgern in hohem Maße zur Resignation geführt hat. Klönne⁷⁸⁾ untermauert diese Ansicht mit seiner bereits 1967 getroffenen Feststellung, daß auch kleine Gemeinden in überlokale politische und sozioökonomische Prozesse verwickelt und einbezogen sind und daß es eine unpolitische und "sachzwangbestimmte" Kommunalpolitik als Gegensatz zur "großen Politik" nicht gibt. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die politischen Gemeinden aufgrund des Substanzverlustes ihre Bedeutung "als Ort spezifischer Identifikation, als Möglichkeit unmittelbarer und breit gelagerter Anschauungen und Teilhabe, als Zentrum wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Erwartungen und Interessenwahrnehmung" verloren haben und daß die "materielle Basis der kommunalen Selbstverwaltung" schmaler geworden ist und die Gemeinden bei der Erfüllung auch ihrer Pflichtaufgaben in immer stärkerem Maße auf die Zuweisung finanzieller Mittel durch den Bund und das jeweilige Land angewiesen sind. Über einen vertikalen Finanzausgleich werden zwar grobe Benachteiligungen vermieden und die nach Art. 106 Abs. 3 Nr. 2 GG gebotenen "gleichwertigen Lebensverhältnisse" gesichert, an der Schwächung der kommunalen Finanzautonomie vermag dies jedoch nichts zu ändern. Die Tatsache, daß die Steuereinnahmen der Gemeinden bezogen auf das gesamte Steuereinkommen im Jahre 1913 noch 37 % und im Jahre 1960 nur noch 14 % betragen haben, läßt auf eine zumindest materielle Schwächung der in Art. 28 Abs. 3 GG enthaltenen "kommunalen Selbstverwaltung" schließen.

Nach Brohm⁷⁹⁾ liegen die Probleme der kommunalen Selbstverwaltung nicht in erster Linie in der "Hochzonung" von Selbstverwaltungsangelegenheiten, in der finanziellen Ausstattung der Gemeinden und in der Zunahme der übertragenen Aufgaben, sondern in "qualitativen Veränderungen der gemeindlichen Aufgaben und der Gemeindeumwelt". Er lehnt die These von der "Gefährdung" bzw. von der "Krise der Selbstverwaltung" ab,

weil sich Art und Umfang der Selbstverwaltungsaufgaben ständig ändern und weil die "Funktionsprinzipien der Selbstverwaltung" nicht verengt nur auf die Selbstverwaltungsaufgaben bezogen werden können. Vielmehr schlagen bei selbständigen weisungsunabhängigen Gemeinden die Ablauf- und Entscheidungsmechanismen auch bei der Erledigung von übertragenen Aufgaben durch. Die größere Sachnähe, die Vertrautheit der örtlichen Vielgestaltigkeit und die Kenntnis struktureller, wirtschaftlicher u.ä. Besonderheiten, im Einzelfall verbunden mit der Tatsache, daß die staatliche Aufsichtsbehörde wegen der Vielfalt der täglich zu treffenden Verwaltungsentscheidungen nicht in der Lage ist, von ihrem Weisungsrecht in größerem Umfang Gebrauch zu machen, auch wenn sie präventiv durch Verwaltungsvorschriften, Musterentwürfen etc. tätig wird, ermöglichen in der Praxis bei der selbständigen Anwendung der Rechtsvorschriften durch die einzelnen Gemeinden einen gewissen Ermessens- oder doch wenigstens einen Interpretationsspielraum und damit eine differenzierte Handhabung (z.B. Intensität der Sachverhaltsaufklärung, Interpretation bestimmter Rechtsbegriffe, Strenge der Gesetzesanwendung, Aushandlungsprozesse mit den Bürgern). Anpassungsfähigkeit und Bürgernähe kommen mithin auch beim Vollzug übertragener Aufgaben durch die Kommune zur Geltung mit der Folge, daß die theoretisch strenge Trennung zwischen eigenen übertragenen Aufgaben durch die Praxis modifiziert wird und daß eine Beschreibung des Stellenwertes der kommunalen Selbstverwaltung durch eine Gegenüberstellung dieser beiden Aufgabenbereiche der Situation in der Kommune nicht gerecht wird. Die Unterschiede bei der Aufgabenwahrnehmung verringern sich und die Grenzen zwischen eigenen und übertragenen Angelegenheiten sind fließend. Bei der Frage, inwieweit der Wesensgehalt der Selbstverwaltung heute substantiell noch garantiert ist, kommt es nicht nur darauf an, daß den Gemeinden Selbstverwaltungsaufgaben in ausreichendem Umfang zustehen und daß ihnen bestimmte Aufgaben erhalten bleiben,

sondern auch darauf, in welchem Umfang sie übertragene Aufgaben eigenständig vollziehen dürfen; denn auch diese Aufgaben erhöhen die Eigenständigkeit und die Bedeutung der Gemeinden innerhalb des Gesamtsystems und es kann kaum bestritten werden, daß der Bürger hoheitlichem Verwaltungshandeln vor allem bei den Gemeinden begegnet.⁸⁰⁾

So richtig diese Überlegungen auch sind, einen Ersatz für den substantiellen Verlust, den der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung, wie oben ausgeführt, erfahren hat, können sie nicht darstellen. Sie zeigen vielmehr, daß sich die Kommunen zusehends "zur untersten Stufe eines gesamtstaatlichen Verwaltungssystems" entwickeln. Die Möglichkeit innerhalb eines vorgegebenen Ermessensspielraums zu handeln oder einen unbestimmten Rechtsbegriff auszulegen, ist qualitativ ein aliud gegenüber den Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Wirkungskreis. In der Theorie besteht die verfassungsrechtlich geschützte Institutsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG zwar fort, in praxi hat sie jedoch an Gehalt verloren.⁸¹⁾

Auf die hier zweifelsohne notwendigen neuen Denkansätze kann in diesem Rahmen nur hingewiesen werden. Für die vorliegende Untersuchung genügen die gemachten Ausführungen zur Entwicklung und zur Bewertung der kommunalen Selbstverwaltung; denn sie zeigen hinreichend die Diskrepanz zwischen theoretischen Ausführungen, kommunalem Wunschdenken und politischer Realität. Erkennbar wird dabei allerdings auch, daß die kommunale Selbstverwaltung aus ihrer Geschichte heraus und aufgrund ihrer verfassungsrechtlichen Verankerung eine "conditio sine qua non" für das Selbstverständnis unserer Kommunen in der Gegenwart, für die in ihnen vorfindlichen Kommunikationsstrukturen und ihren Aufgabenbereich ist. Dieser Aufgabenbereich ist nun, im Lichte der hier dargestellten kommunalen Selbstverwaltung näher zu beleuchten.

1.3 Aufgaben der Gemeinde

Form und Inhalt der Kommunalpolitik ist ebenso wie Art und Umfang der kommunalen Aufgaben abhängig von den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen. Auch innerhalb eines bestimmten politisch-ökonomischen Systems hat die Kommunalpolitik in Ballungszentren und Großstädten in der Praxis andere Inhalte als im ländlichen Bereich und in "Entleerungsgebieten".⁸²⁾ Die Antwort auf die Frage nach dem Aufgabenkreis der Gemeinden ist also nicht statischer Natur, sondern einem laufenden Wandel unterworfen und wird wesentlich von den Bedürfnissen des jeweiligen Gemeinwesens einerseits und der Leistungsfähigkeit andererseits bestimmt.⁸³⁾

Im Laufe der Geschichte unterlag der sachliche Zuständigkeitsbereich der Gemeinden ständigen Wandlungen, die immer wieder eine Anpassung an neue und veränderte Lebensbedürfnisse erforderlich machte. Freiherr von Stein übertrug den Gemeinden nur die Vermögensverwaltung, die Polizei sowie "eine allgemeine Sorge für das Gemeinwesen".⁸⁴⁾ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen die Städte diese Generalklausel dort, wo der Staat nicht selbst Regelungen getroffen hatte und Leistungen erbrachte, mit Leben zu erfüllen. Wirtschaftsbetriebe wurden eingerichtet, Versorgungseinrichtungen geschaffen und kulturelle und soziale Initiativen ergriffen. In der Folge dieser Entwicklung bildete sich das - auch heute noch vorhandene - traditionelle Bild der Gemeinde heraus. Der Grundsatz der gemeindlichen Allzuständigkeit für Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft gilt bis heute fort. Er besagt, daß die Gemeinden auf allen Gebieten tätig werden dürfen, die vom Bund oder vom Land noch nicht anderweitig geregelt wurden, woraus sich ergibt, daß unter Beachtung des Kernbereichs der Verfassungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG die kommunalen Aufgaben auch heute politisch verändert werden können. Nach Keßler⁸⁵⁾ gehören zu den gemeindlichen Aufgaben "alle öffentlichen Ange-

legenheiten, die aufgrund des Zusammenlebens und des Wirtschaftens einer Vielzahl von Menschen innerhalb eines begrenzten und nachbarschaftlich besiedelten Gebietes entstehen und die von der Gemeinde ohne Beteiligung weiterer staatlicher Organe selbständig sinnvoll wahrgenommen werden können". Dieser Grundsatz eröffnet der Eigeninitiative der Gemeinden großen Raum mit gewissen Einschränkungen im wirtschaftlichen Bereich.⁸⁶⁾ In der Praxis ist es allerdings so, daß die Gemeinden zwar immer neue Aufgaben erhalten, diese ergreifen sie jedoch nicht aus eigenem Antrieb, sondern sie werden ihnen meist vom Gesetzgeber zur Ausführung zugewiesen. Als Teil der Verwaltung müssen sie ihre Leistungen und Dienste allen Einwohnern zur Verfügung stellen und sich in die vom Staat vorgegebene Verfassungsordnung und die wirtschaftliche und soziale Gesamtordnung einfügen. Die Aufgaben der Gemeinden sind teilweise durch Bundesgesetze, größtenteils jedoch durch Landesgesetze im einzelnen festgelegt und deshalb auch in den einzelnen Ländern verschieden.⁸⁷⁾ Es kann jedoch von einem gewissen "Grundbestand von Aufgaben" ausgegangen werden.⁸⁸⁾

Diese wesentlichen Aufgabenbereiche sollen im folgenden kurz aufgezeigt werden:⁸⁹⁾

1.3.1 Versorgung der Gemeindebürger mit öffentlichen Dienstleistungen

Die Gemeinde ist zunächst zuständig für die Errichtung und Erhaltung aller Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Dabei handelt es sich um soziale Aufgaben (die außerhalb privatwirtschaftlicher Initiativen liegen), um die Pflege der Kultur und um Aufgabenbereiche, in denen den Gemeinden eine gesellschaftspolitische Ergänzungsfunktion zukommt. Zu nennen sind hier alle technischen Versorgungseinrichtungen (Gas, Wasser, Strom, Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung und der Personennahverkehr),

Sport und Erholungseinrichtungen (Sportplätze, Schwimmbäder, Freizeitparks), Einrichtungen der Jugend- und Wohlfahrts-
pflege (Kindergärten, Altenheime, Spielplätze, Freizeitanla-
gen, Waisenhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Kinderheime,
Jugendfreizeiten, Mütterkurse, Altenklubs), Bildungs- und
Kultureinrichtungen (Schulen, Volkshochschulen, Theater, Mu-
seen), Krankenhäuser, Friedhöfe, Feuerwehr sowie Wirtschafts-
unternehmen (Schlachthöfe, Molkereien, Messehallen, Sparkas-
sen, Wohnungsbauunternehmen, Hafenverwaltung etc.). Bei der
Schaffung sozialer Einrichtungen gilt das Subsidiaritäts-
prinzip, wonach diese Aufgaben primär den Kirchen und den
Trägern der freien Wohlfahrtspflege überlassen werden sollen
und der Staat lediglich eine finanzielle Unterstützung ge-
währt. Zu diesem Aufgabenbereich gehört auch der örtliche
Straßenbau, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die
Gewährung von Sozial- und Jugendhilfe als örtlicher Sozial-
hilfeträger bei kreisfreien Kommunen (§ 96 BSHG und § 12
JWG).⁹⁰⁾

1.3.2 Stadtplanung und Umweltgestaltung im kommunalen Bereich⁹¹⁾

Die Gemeinden haben in ihrem Bereich die "Planungshoheit"
für alle flächenbezogenen Planungen. Die Frage, wo Industrie-
anlagen angesiedelt, neue Wohnviertel gebaut, Altstadtgebiete
saniert und in öffentliche Einrichtungen und Verkehrsbau-
ten investiert werden soll, hat wesentlichen Einfluß auf die
Entwicklung der Kommune und bedarf der örtlichen Planung.⁹²⁾
Die planende Verwaltung gehört gerade aus diesem Grund zum
Kernbereich kommunalen Verwaltungshandelns und hat nach 1945
politisch zunehmend an Bedeutung gewonnen, auch wenn sie in
überörtlichen (Fach-)Planungen anderer Planungsträger einge-
bunden ist. Da die Gemeinde wegen ihrer relativen Überschaubarkeit der Ort ist, an dem die Bedürfnisse der Bürger früh-
zeitig erkennbar sind und Versorgungsmaßnahmen eingeleitet

und durch Planungen koordiniert werden können, stellt sich die Frage, wie die Erhaltung menschlicher Lebensbedingungen und wirtschaftlicher Expansion in Einklang gebracht werden können, wegen der unmittelbaren Auswirkungen hier am vor- dringlichsten. Seit Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes 1960 ist die Bauleitplanung eines der wichtigsten Instrumente zur Steuerung der örtlichen Bodennutzung. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Erstellung der Flächennutzungspläne (§§ 5 ff BBauG) und der Bebauungspläne (§§ 8 ff BBauG), die Fest- legung von Sanierungsgebieten nach den §§ 3 ff Städtebauför- derungsgesetz (StBauFG) und die Aufstellung von Landschafts- plänen zum Flächennutzungsplan und von Grünordnungsplänen zu den Bebauungsplänen nach Art. 3 Abs. 2 BayNatSchG. Die Ge- meinde kann damit nicht nur die Art und Weise der baulichen Nutzung, die Straßenführung und die öffentlichen Bedarfsflä- chen festlegen, sondern darüberhinaus durch eine gute Um- welt-, Kultur- und Sozialpolitik städtebauliche Mißstände beseitigen, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen verbessern, die Lebens- und Wohnqualität erhöhen und durch einen Abbau der Anonymität das Zusammenleben in der Gemeinde erleichtern (§ 3 StBauFG). Sie kann ferner durch Landschafts- und Grün- ordnungspläne zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege maßgeblich beitragen.

Zusammenfassend zu dem bisher genannten Zuständigkeitskata- log kann gesagt werden, daß der Aufgabenbereich der Gemein- de, insbesondere der großen Städte, im Rahmen ihrer Größe und ihrer Leistungsfähigkeit heute den gesamten örtlichen und gesellschaftlichen Rahmen der menschlichen Lebensführung umfaßt.⁹³⁾ Es geht nicht mehr nur um die Befriedigung von Grundbedürfnissen und Konsumsteigerung, sondern um eine wohnlichere und humanere Umgebung und darum, die Lebensfüh- rung menschlicher zu machen. Die Gestaltung der Umwelt ist im kommunalen Bereich mit seinem engeren Kommunikationssy- stem und seiner größeren Überschaubarkeit und Sachnähe eher möglich, als im Rahmen des Staates.⁹⁴⁾

1.3.3 Sonstige Rechte und Pflichten

Aus der Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung können ferner folgende weiteren Rechte und Pflichten der Gemeinden abgeleitet werden:

- bei der Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Gemeinde grundsätzlich zwischen verschiedenen Formen des Verwaltungshandelns im Rahmen ihrer Verwaltungshoheit wählen. Die Wahl der Rechtsform (privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich) hängt in der Regel von der jeweiligen Aufgabe ab. Dabei hat die Gemeinde aufgrund ihrer Autonomie auch das Recht, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft durch Satzungen ("Gemeinde-Gesetze") zu regeln. Diese gelten, anders als Verwaltungsakte, die einen Einzelfall regeln, für alle Gemeindebürger oder für alle Staatsbürger, die sich auf dem Gemeindegebiet befinden.
- Innerhalb des eigenen Wirkungskreises besitzt die Gemeinde ferner die Organisationshoheit, d.h. das Recht, neue kommunale Dienststellen zu gründen oder bestehende aufzulösen und die kommunalen Verwaltungsaufgaben neu zu verteilen.⁹⁵⁾
- Die Gemeinde hat für den eigenen Wirkungskreis auch die Personalhoheit, d.h. sie wählt ihre Gemeindeorgane selbst und hat das Recht, kommunale Bedienstete einzustellen, zu befördern und zu entlassen.⁹⁶⁾
- Ein weiterer maßgeblicher Ausfluß des kommunalen Selbstverwaltungsrechts ist schließlich die kommunale Finanzhoheit, d.h. das Recht, über Einnahmen und Ausgaben, Aufstellung der Haushaltssatzung, Festsetzung der Hebesätze usw. selbständig zu entscheiden. Dabei ist die Reihenfolge der Aufgabenerfüllung weitgehend festgelegt, weil freiwillige Aufgaben erst übernommen werden dürfen, wenn Pflichtaufgaben erfüllt worden sind.⁹⁷⁾

1.3.4 Übertragene Aufgaben

Zu all diesen Aufgaben, die dem eigenen Wirkungskreis der Gemeinde zuzuordnen sind, kommen - wie bereits oben erwähnt - die sogenannten Auftragsangelegenheiten, d.h. diejenigen Aufgaben, deren Vollzug der Staat (Bund und Land) auf die Gemeinden übertragen hat. Er tut dies per Gesetz vor allem dort, wo er für die neuen Tätigkeiten selbst über keinen Verwaltungsunterbau verfügt und die Aufgabenerfüllung den unmittelbaren Kontakt mit den Bürgern erfordert. Zu nennen sind hier insbesondere: Funktionen der Gemeinden als Standesamt, Meldebehörde, untere Sicherheitsbehörde, untere Naturschutzbehörde, örtliche Sozialhilfeträger; Aufgaben nach dem Bundesseuchengesetz, Impfgesetz, Viehseuchengesetz u.a.; Angelegenheiten des Pass- und Ausländerwesens; Aufgaben des Gewerbewesens; Zuständigkeiten im Bauordnungsrecht, Wasserrecht u.a.

Während die Zahl der Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wächst, verlieren die Gemeinden aufgrund der zunehmenden Komplexität in beachtlichem Umfang die alleinige Verfügungsgewalt oder ihren maßgeblichen Einfluß z.B. im Energieversorgungsbereich (Gas, Elektro) und zusehends auch bei der Wasserversorgung, sowie bei Verkehrseinrichtungen und sozialen bzw. schulischen Einrichtungen. Als Beispiele seien hier nur der Übergang von der kommunalen Fürsorge zur heute bundeseinheitlich geregelten Sozialhilfegesetzgebung oder sogar die kommunale Trägerschaft von Universitäten und Flugplätzen genannt. Insgesamt gesehen hat dies zur Folge, daß der Bereich eigener Selbstverwaltungsangelegenheiten immer kleiner und der Anteil der Auftragsangelegenheiten ohne eigenen Bewegungsspielraum immer größer wird.⁹⁸⁾

Die aufgezeigte Entwicklung bedeutet, daß "bei den Städten und Gemeinden ... der größte Teil der unmittelbaren Verantwortung für die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen ihrer Bürger" und (im übertragenen Wirkungskreis durch den

Schutz des privaten Lebensbereiches der Bürger) der "individuellen Reproduktion" liegt.⁹⁹⁾ Häberle¹⁰⁰⁾ spricht - soweit die Angebote über die Gewährleistung elementarer Lebenssicherung hinausgehen - von der "Grundrechtserfüllung im Leistungsstaat". Die Gemeinden können heute nicht mehr alle "sozioökonomischen Grundfunktionen" zusammenfassen. Daran hat auch die Gebietsreform nichts zu ändern vermocht, obwohl sicher durch Eingemeindungen in Verdichtungsgebieten bestehende Spannungen zwischen Wirtschafts- und Verwaltungsräumen beseitigt, durch Zusammenlegungen im ländlichen Bereich die Leistungsfähigkeit erhöht und den heutigen Gesellschaftsstrukturen und den Anforderungen einer modernen Verwaltung angepaßt wurden.¹⁰¹⁾ Die Notwendigkeit dieser Gebietsreform, die wegen der Hintanstellung integrationsrelevanter Momente bis heute keine ungeteilte Zustimmung findet, wurde begründet mit der verfassungsrechtlich fixierten Forderung nach Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, dem Wunsch der Bürger nach gleichwertigen Verwaltungsleistungen und der Tatsache, daß der Bund für seine Gesetze, deren Vollzug er den Kommunen übertragen will, eine im wesentlichen "gleichmäßige Organisationsstruktur" benötigt.¹⁰²⁾ Die generelle Frage nach den heutigen "Grenzen kommunaler Politik", die, wie bereits angedeutet, durch knappe eigene ökonomische und finanzielle Ressourcen, durch einen begrenzten kommunalen Entscheidungsspielraum und durch überlokale Entscheidungssysteme gekennzeichnet sind,¹⁰³⁾ konnte die Gebietsreform nicht beantworten.

1.4 Grenzen kommunaler Politik

Der entscheidende Wandel im Aufgabenbereich der Gemeinden vollzog sich nicht im Zusammenhang mit der Gebietsreform, sondern durch eine Entwicklung seit Mitte der 60er Jahre, die unter dem Begriff "planende Verwaltung" zusammengefaßt

wird. Diese hat zu einer Stärkung der Exekutive gegenüber den kommunalen Kollegialorganen und damit zu einer Legitimations- und Autoritätskrise im Umfeld der städtischen Planung geführt, die teilweise sogar eine "gewalttätige Mobilisierung der Öffentlichkeit" zur Folge hatte.¹⁰⁴⁾ Bei der Aufstellung von Investitionsprogrammen, Generalverkehrsplänen, Stadtentwicklungsplänen und Bauleitplänen spielen die kommunalen Kollegialorgane de facto hinsichtlich Initiative, Zielbeschreibung, Entscheidungsfindung und Kontrolle eher eine Nebenrolle und sie können die Verwaltungsvorschläge aufgrund fehlender Fachkenntnisse häufig nur annehmen oder ablehnen. Der politische Entscheidungsspielraum des Gemeinderats reduziert sich nach Krantzberger¹⁰⁵⁾ damit auf ein "Ratifikationsrecht gegenüber den Vorschlägen der Verwaltung" oder gar auf ein bloßes "Vetorecht". Dies bedeutet, daß im Bereich der kommunalen Planungsaufgaben zunehmend die Kommunalverwaltung den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß bestimmt.¹⁰⁶⁾ Notwendig erscheint deshalb vor allem, die planerischen Absichten der Verwaltung rechtzeitig zu beeinflussen, dies wird jedoch nur möglich sein, wenn durch mehr Partizipationsmöglichkeiten "von unten" die Planungen für die Ratsmitglieder transparenter werden.

Begriffe wie "Planungshoheit", "kommunale Autonomie" und "Selbstverwaltungsgarantie" führen leicht dazu, die Möglichkeiten kommunaler Politik zu überschätzen. Bereits in Art. 28 Abs. 2 GG wird den Gemeinden ein durch Landes- und Bundesgesetze bestimmter Rahmen für ihre Tätigkeiten vorgegeben. Darüberhinaus vermögen diese Begriffe nichts darüber auszusagen, wie die Kommunen das "Verhalten privater Investoren" im Bereich der Arbeitsplatzschaffung und des Wohnungsbaus beeinflussen können und welcher Spielraum ihnen aufgrund verbindlicher staatlicher Festlegungen, Finanzzuweisungen und Planungsvorgaben noch verbleibt. Die Frage nach dem Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Gemeinden wird in der Literatur unterschiedlich beurteilt. Evers/

Lehmann¹⁰⁷⁾ verneinen wegen der kapitalistischen Restriktionen in unserem Staat einen solchen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, während Scharpf/Reissert/Schnabel¹⁰⁸⁾ davon ausgehen, daß ein kommunaler Handlungs- und Entscheidungsspielraum vorhanden, wegen der staatlichen Vorgaben im Rahmen der Politikverflechtung und der institutionellen Rahmenbedingungen (Planungs-, Finanz- und Verwaltungsverbund) jedoch stark begrenzt ist. Der verfassungsrechtlich geschützten Garantie der kommunalen Selbstverwaltung fehlt allerdings insoweit der "konkret materielle Unterbau" (kommunaler Finanzausgleich).

1.4.1 Administrative Politikverflechtung

Durch die Zunahme insbesondere der Aufgaben in der Daseinsvorsorge wurden die Handlungs- und Entscheidungsbefugnisse zentralisiert. Dies hat zur Folge, daß zwischen Bund, Land und Gemeinden vielfältige Aufgabenverknüpfungen in der Form eines Aufgaben-, Planungs- und Finanzverbundes entstehen und daß eine eindeutige Trennung zwischen "örtlichen" und "überörtlichen" Aufgaben oft nicht mehr möglich ist. Darüberhinaus stoßen die Gemeinden auch bei ihren Planungsaufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge häufig auf überörtliche Planungsvorgaben, die sie wegen ihrer Abhängigkeit von Landes- und Bundesmitteln zu beachten haben. Die "kommunale Infrastruktur", zu der die Schaffung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge i.e.S. ebenso gehört, wie die Bereitstellung kultureller Einrichtungen und die Sorge um Ausbildungsstätten, kann heute nicht mehr von den Gemeinden allein aufgebaut und gesteuert werden, sondern verlangt grössere "Planungs- und Verwaltungsräume". Dies bedeutet, daß die Gemeinden in weiten Bereichen "fremdbestimmt" und von staatlichen Entscheidungen abhängig sind und daß sich der kommunalpolitische Entscheidungsspielraum mehr und mehr verengt.¹⁰⁹⁾ Aufgrund dieser "vielfältigen und sich überschneidenden 'Verortung'

kommunalpolitischer Entscheidungs- und Interessenzusammenhänge" hat der Bürger auf der kommunalen Ebene allenfalls noch mittelbar Möglichkeiten der Einflußnahme. Einerseits fallen Produktionsbereiche und Gemeindegebiet auseinander und andererseits orientieren sich die Bürger viel stärker als früher aufgrund größerer Mobilität überörtlich. Die faktische Entscheidung erfolgt bei ortsübergreifenden Versorgungseinrichtungen häufig auf der Ebene regionaler Planungseinheiten, wo es für eine Mitbestimmung der Bürger keine "institutionellen Vorkehrungen" gibt. Klönne¹¹⁰⁾ faßt diese Entwicklung - überspitzt - wie folgt zusammen: "Wo heute dem Bürger kommunalpolitische Mitwirkungsmöglichkeiten angeboten werden, da nimmt die mitzubestimmende Materie immer mehr ab, wo aber 'Entscheidungsstoff' gegeben ist, da fehlen die Möglichkeiten der Mitbestimmung". Nach ihm zeichnet sich eine Entwicklung ab, bei der "Entscheidung und Meinungsbildung nicht mehr fest lokalisierbar sind". Lange Zeit wurde versucht, mit pauschalen Entflechtungsforderungen diesen Zustand zu ändern. Heute hat sich eine differenzierte Betrachtungsweise durchgesetzt. Aus der Tatsache heraus, "... daß die Grenzen zwischen zentraler und dezentraler Aufgabenerfüllung fließend werden" und daß die Komplexität öffentlicher Aufgaben und Probleme in unserem hochtechnisierten System zunimmt, ist es notwendig, daß der Staat "... gesamtgesellschaftlich und gesamträumlich Steuerungsleistungen" wahrnimmt, ohne daß damit die von den Gemeinden zu erbringenden Leistungen relativiert und ihre Problemverarbeitungskapazität geschmälert werden.¹¹¹⁾

1.4.2 Wirtschaftliche Abhängigkeit

Ob eine Gemeinde die ihr zufallenden Aufgaben wahrnehmen oder gar eigenständig finanzieren kann, hängt in hohem Maße von ihrer wirtschaftlichen Struktur, d.h. vom Vorhandensein finanzstarker Betriebe und Firmen ab. Einnahmequellen sind

für die Gemeinden neben Gebühren, Beiträgen und Entgelten vor allem Steuern, die eine Gegenleistung für die von der Gemeinde den Bürgern zur Verfügung gestellte Infrastruktur darstellen (vgl. hierzu Art. 106 Abs. 5, 6, 7, 8 GG). Ziel aller im kommunalen Bereich Verantwortlichen ist dabei stets, als Postulat der kommunalen Selbstverwaltung die kommunalen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten. Dies einmal deshalb, weil - zumindest vordergründig - eine hohe Finanzkraft den Bürgern zugute kommt und weil eine selbständige und handlungsfähige Gemeinde den höheren Entscheidungsebenen durch ihre größere Orts- und Sachkenntnis und durch ihre "Problemlösungskapazität" überlegen ist und weil trotz aller Zentralisierungstendenzen von ihr in der Vergangenheit wichtige Anstöße in verkehrs-, sozial- und kulturpolitischer Hinsicht ausgegangen sind. Allerdings kann der kommunale Handlungs- und Entscheidungsspielraum weder durch die bedingungslose Hinnahme staatlicher Planungsvorgaben und staatlicher Vorschriften, noch durch eine Gefälligkeitspolitik gegenüber der örtlichen Wirtschaft gesichert werden.

Es ist sicher richtig, daß in vielen Kommunen die gemeindlichen Einnahmen kaum noch die laufenden Kosten für den Unterhalt der gemeindlichen Einrichtungen und für die Ausgaben der Sozial- und Jugendarbeit decken. Auch wenn von den Kommunen 3/4 aller öffentlichen Investitionen getätigt werden, so ist doch festzustellen, daß eine Vielzahl von ihnen nicht die erforderlichen Mittel für Neuinvestitionen haben und - da die Gemeinden ihre Einnahmequellen nicht beliebig erhöhen können - in einem kaum noch zu vertretenden Maß verschuldet sind. Die Situation ist allerdings in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich; denn die kommunale Finanzsituation ist weniger ein "Knappheitsproblem" sondern vor allem ein "Verteilungsproblem", weil Änderungen in diesem Bereich politisch kaum durchsetzbar sind. Bei der Mehrzahl der Gemeinden führt jedoch die starke Zunahme der kommunalen Aufgaben, verbunden mit der schlechter werdenden Finanzlage zu einer

Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung, weil die Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr hinreichend erfüllen können und auf die neuen Probleme nicht mehr genügend vorbereitet sind. Die Verdrängung der Menschen aus der City und damit verbunden die Zerstörung des historischen Stadtbildes und der alt-hergebrachten Kommunikationsstrukturen, die Integrations- und Sozialisationsprobleme und die fehlenden Infrastrukturen in den Trabantenstädten, haben Mietpreise zur Folge, die von alten Menschen und jungen Familien trotz Wohngeld und sozialem Wohnungsbau nicht mehr bezahlt werden können. Die Probleme der Luftreinhaltung und des Individualverkehrs führen zu einer Verschlechterung der sozioökologischen Situation und damit verbunden in eine Krise der Gemeinden mit unmittelbaren Auswirkungen auf den Nahbereich ihrer Bürger. "Rettet unsere Städte jetzt!" hieß folgerichtig auch der verzweifelte Appell der deutschen Städte anlässlich der Jahresversammlung des Deutschen Städtetages 1971 in München.¹¹²⁾

Diese Entwicklung war Ursache dafür, daß sich die alternative Szene sehr intensiv mit kommunalpolitischen Problemen befaßt und nach neuen Lösungen gesucht hat. Da die Krise im kommunalen Bereich nicht nur Ausgangs- und Berührungspunkt intensiver Auseinandersetzungen zwischen Alternativzeitungen und Kommunalpolitik war, sondern auch zu einer neuen Bewertung und Beachtung der Kommunalpolitik überhaupt geführt hat, ist es notwendig, auf diesen Komplex im folgenden kurz einzugehen.

1.5 Zur Krise im kommunalen Bereich

In der Krise der Gemeinden Ende der 60er Jahre wurde, ausgehend davon, daß sich Kommunalpolitik nicht in erster Linie auf Dienstleistungen bezieht, sondern gestaltenden Charakter hat und insoweit der Gesellschaftspolitik zuzuordnen ist, eine "allgemeine Krise des kapitalistischen Systems der Bun-

desrepublik" gesehen. Daraus ergibt sich auch, warum sich gerade die reformistischen Kräfte der Studentenbewegung Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre so intensiv mit kommunalpolitischen Problemen befaßten. Nicht zuletzt diese jungen Menschen sind es gewesen, durch die die Kommunalpolitik wieder als Politik definiert, formuliert und mit neuen Inhalten versehen wurde, indem sie die von den etablierten Kommunalpolitikern für unüberwindlich gehaltenen Mauern der vermeindlichen "Sachzwänge" niederrissen, Alternativen aufzeigten und der Kommunalpolitik die Aufgaben zuwiesen, "die ungelösten Probleme der Innenpolitik, von denen die Qualität der Lebensbedingungen in einer verstädterten Gesellschaft abhängt, zu artikulieren, zu aktivieren und auf der politischen Tagesordnung zu halten".¹¹³⁾

Dadurch trugen sie zu einer Legitimitätskrise der Kommunen bei, die vielfältige Ursachen hatte.¹¹⁴⁾ Der Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren hat den Aufgabenbereich der Gemeinden ständig erweitert und die Gemeinden gezwungen, im Rahmen der sich ausweitenden Sozialstaatlichkeit immer umfangreichere Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Viele Gemeinden waren auf diese neuen Aufgabe nicht vorbereitet und die Überforderung führte dazu, daß planungs- und entwicklungspolitische Entscheidungen häufig eher Ergebnisse tagespolitischer Zufälligkeiten und weniger das Resultat wohlüberlegter Abwägungen aller relevanten öffentlichen Belange waren. Der "bequemste Weg", der in der Regel dem Druck der Interessenvertreter aus Handel und Gewerbe nachgab, brachte aber für die Gemeinden nicht selten soziale Folgelasten und Umweltprobleme mit sich.

Ein weiterer Autoritätsverlust ergibt sich daraus, daß gemeindliche Entscheidungsgremien häufig überproportional mit Vertretern aus ortsansässigen Handels- und Gewerbebetrieben besetzt sind;¹¹⁵⁾ denn die damit verbundenen Privilegierungstendenzen tragen nicht unwesentlich dazu bei, daß die Bürger das Vertrauen in die Objektivität und Sachbezogenheit

kommunaler Entscheidungen verlieren.

Schließlich hat die zunehmende Komplexität der Lebenssachverhalte auch im kommunalen Bereich dazu geführt, daß sich das Machtzentrum von der kommunalen "Legislative" auf die kommunale "Exekutive" verlagert hat,¹¹⁶⁾ mit der Folge, daß sich die Tendenz, den politisch bequemsten Weg zu gehen, noch verstärkte, weil die "Exekutive" wahltaktisch nur im geringen Maße anfällig ist.

Die Alternativbewegung, nach deren Auffassung die Kommune "unterstes demokratisches Element im stufenförmigen Aufbau unserer Demokratie" ist, nahm sich sehr frühzeitig des aufgezeigten Problembereiches an, um den Aufbau der Demokratie von unten nach oben in dem von ihr verstandenen Sinne zu fördern. Ausgehend von der Annahme, daß die "Schwächen des sozio-ökonomischen Systems der Bundesrepublik" am stärksten im lokalen Bereich erlebbar sind und ausgehend davon, daß die anstehenden Probleme wegen ihrer Anschaulichkeit, Überschaubarkeit und Konkretheit ebenso wie die Akteure den Bürgern bekannt sind und daß eine "face-to-face-Kommunikation" möglich ist, glaubten die Reformisten, die Gemeindebürger am ehesten politisieren und mobilisieren zu können für ihre Ziele; dies umsomehr, als durch die räumliche Nähe der Eindruck der stärkeren Beeinflußbarkeit des politischen Prozesses verstärkt wird und neue Konzepte zur Bauleitplanung, Veränderungen des Freizeitangebotes und die Behandlung ansiedlungswilliger Wirtschaftsunternehmen für viele Menschen eine Veränderung der unmittelbaren Umgebung und der engeren Umwelt darstellen und einen besonders starken Einfluß auf ihr persönliches Leben haben. Außerdem wurde insbesondere von der Alternativbewegung in Verbindung mit der Wiederentdeckung des "emanzipatorischen Demokratiebegriffs" die Gemeinde als die organisatorische Einheit gesehen, in der "politische Beteiligung als Akt der Selbstverwirklichung" am besten realisierbar scheint.

Das Interesse der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung hängt jedoch wesentlich von deren Anziehungskraft und von der Bedeutung dessen ab, was auf örtlicher Ebene geschieht. Je stärker sich die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Gemeinde verengen, desto mehr wird sich das Interesse der Bürger auf die Entscheidungsträger höherer Ebenen richten und die Bereitschaft zur Partizipation wird nachlassen. Zu einer neuen Phase der kommunalen Partizipation wird es nach Mayntz-Trier¹¹⁷⁾ nur dann kommen, wenn die autonome Selbstverwaltung in Form "der Mitgestaltung der höheren Normen" und "der Ausfüllung von Ermessensspielräumen" auf den Meinungsbildungsprozeß Einfluß nehmen kann. Notwendig für die Stärkung der Selbstverwaltung ist eine weitere Aktivierung der bürgerschaftlichen Beteiligung vor allem im Planungsbereich der Kommunen. Möglich ist dies nur, wenn die Substanz kommunaler Aufgaben nicht weiter ausgehöhlt wird. Viele kritisch-ökonomische Analysen zur Stadtpolitik, die von lokalen Bürgerinitiativen veranlaßt wurden, haben denkbare Alternativen aufgezeigt, die einerseits die Notwendigkeit der Erhaltung vorhandener Stadtstrukturen berücksichtigen und andererseits mit ökonomischen Aspekten vereinbar sind.¹¹⁸⁾ Auch die Politikwissenschaft und die Verwaltungswissenschaft bemühten sich, die Funktion der kommunalen Autonomie aus dieser Sicht heraus neu zu bestimmen und die gesamtgesellschaftliche Leistungsfähigkeit kommunalpolitischer Prozesse darzutun.¹¹⁹⁾

Nachdem nunmehr der kommunale Bereich sowohl begrifflich als auch von seinem Aufgabenspektrum her beschrieben und einzelne Probleme, die mitursächlich für das Engagement der Alternativbewegung gerade im kommunalen Raum sind, aufgezeigt wurden, ist nun auf den Kommunikationsprozeß und die maßgeblichen Einflußfaktoren im Kommunalbereich einzugehen; vor deren Hintergrund der Einfluß der Alternativzeitungen auf kommunalpolitische Entscheidungen dargestellt werden soll.

III.2 Der kommunale Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß

2.1 Vorbemerkungen

Wie oben dargelegt, hat die kommunale Ebene im demokratischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland ihren festen Platz und die Beteiligung der Bevölkerung am lokalpolitischen Prozeß gilt als wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. In der gemeindlichen Realität herrscht allerdings das repräsentative Demokratiemodell vor. Erst die jüngeren Ansätze propagieren eine direkte Beteiligung (Partizipation) betroffener Bürger an lokalen Entscheidungen ("partizipatorische Demokratie"). Abhängig ist diese Forderung davon, inwieweit die Gemeinde heute noch autonom ist und inwieweit sie von supralokalen Einflüssen und Entscheidungen fremdbestimmt wird. Es geht bei dieser Frage, die bereits unter Ziffer III.1.5 angesprochen wurde und auf die hier im einzelnen nicht mehr eingegangen werden soll, um die gesellschaftlichen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, die den kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum bestimmen. Je begrenzter dieser Raum ist, desto geringer sind die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger auf lokaler Ebene.¹⁾

Abhängig ist die Forderung nach Partizipation aber auch davon, wie kommunale Entscheidungsprozesse in der Gemeinde selbst sich entwickeln und wie sie ablaufen. Ausgehend von einem vorhandenen Gestaltungsspielraum stellt sich die Frage nach Art und Umfang der Entscheidung ebenso wie nach den Beteiligungsmöglichkeiten und nach dem Einfluß der betroffenen Gemeindebürger. Die alternativen Medien haben diesen Partizipationsanspruch sehr frühzeitig erhoben und sie sind zum überwiegenden Teil entstanden, um diese Forderung zu realisieren, das Mitspracherecht der Betroffenen durchzusetzen und Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen zu nehmen.²⁾

Jedem Entscheidungsprozeß geht eine oft lange und intensive Phase der Meinungs- und Willensbildung voraus, in der es zu einer vielfältigen Kommunikation zwischen den lokalen Institutionen und Verbänden kommt, die auf der kommunalen Ebene die Kommunikationsstrukturen und -prozesse bestimmen und in der auch vertikale Informationskanäle benutzt werden. In der vorliegenden Arbeit wird der Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß als eine Untersuchungseinheit aufgefaßt, weil eine Unterscheidung zwischen dem in der Literatur als "offenem" Bereich der politischen Diskussion und Argumentation beschriebenen Meinungsbildungsprozeß und dem als "geschlossenen" Bereich der lokalen Kommunikation dargestellten Willensbildungsprozeß für die vorliegende Arbeit nicht erforderlich erscheint. Sie wäre außerdem auch sehr schwierig, nicht nur deshalb, weil hier die Grenzen ineinander übergehen, sondern auch, weil die Fülle der vorhandenen neu geknüpften Querverbindungen für die zu den jeweils aktuellen Themen laufenden Meinungs- und Willensbildungsprozesse nicht dem einen oder anderen Bereich zugeordnet werden können, sondern durchlaufend und miteinander verschränkt sind.³⁾ Solche Beziehungen und Verbindungen lassen sich im einzelnen empirisch kaum bestimmen und nur schwer nachzeichnen. Dasselbe gilt für die Abgrenzung zwischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß einerseits und Entscheidungsprozeß andererseits. In der politischen Realität ist eine derartige Trennungslinie nicht erkennbar und sie wird von den Entscheidungsträgern so bewußt auch nicht gezogen. Beide Phasen gehen in der Praxis vielmehr ineinander über.⁴⁾ Eine Trennung ist empirisch ebenso schwierig, wie die Rekonstruktion der vielfältigen Querverbindungen in der Phase der Meinungs- und Willensbildung. Die Entscheidung, die theoretisch auf den formellen Akt der Abstimmung reduziert werden kann, ist ohne den vorangegangenen Meinungs- und Willensbildungsprozeß nicht denkbar; denn sie wird in der Regel über die Meinungs- und Willensbildung beim Entscheidungsträger maßgeblich be-

einflußt. Die Frage nach dem Einfluß alternativer Zeitungen auf die Kommunalpolitik umfaßt zwar auch den Entscheidungsprozeß, bezieht sich aber vor allem auf die Phase der Meinungs- und der Willensbildung.

Im Mittelpunkt der hier vorliegenden Untersuchung stehen die Innenstrukturen⁵⁾ des kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozesses und der Einfluß der alternativen Zeitungen auf die Institutionen "lokaler Öffentlichkeit".⁶⁾ Dunckelmann⁷⁾ versteht hierunter die Summe jener "identitätsvermittelnden Kommunikationsprozesse, die eine intensive persönliche Beteiligung ermöglichen und dabei aber weder von der familiären noch von der beruflichen Lebenssphäre her bestimmt sind, jedoch gleichwohl 'lokalen' Charakter haben, insofern sie nicht lediglich auf elitäre Zirkel etwa im Bereich von Kunst, Wissenschaft und Politik beschränkt bleiben, sondern grundsätzlich jedermann zugänglich sind. Es muß sich ... um Kommunikationsstrukturen handeln, die sich mit einer gewissen Eigenständigkeit sowohl gegenüber dem familiären Intimbereich, als auch gegenüber jenen formal organisierten Sozialsystemen, wie sie etwa für den Industriebetrieb, die öffentliche Verwaltung, aber auch für die formale organisierte politische Kommunikation in Parteien und Interessenverbänden kennzeichnend sind, behaupten können." Der Begriff Kommunikation, der insbesondere durch Fernsehen, Rundfunk und Telefon zentrale Bedeutung erlangt hat, bezeichnet also nicht mehr nur den Empfang oder den Austausch von Meinungen und Informationen, sondern er umfaßt als Voraussetzung der "Gesellschaftsbildung" und der "Gesellschaftsfähigkeit" alle Beziehungen, in die Menschen miteinander oder mit ihrer Umgebung eintreten.⁸⁾ Aus diesem aufgezeigten sehr weiten Definitionsrahmen interessieren hier vor allem die sich auf den kommunalpolitischen Bereich beziehenden Kommunikationsprozesse, die "lokale Kommunikation", die Dunckelmann in seiner Definition der "lokalen Öffentlichkeit" anspricht und die sie beeinflussenden Faktoren.⁹⁾ Laumann/

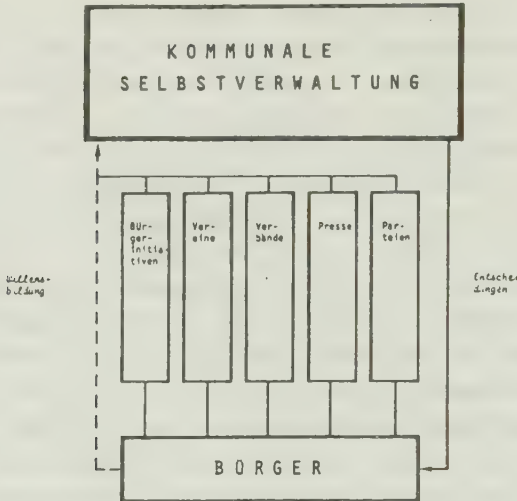
Pappi¹⁰⁾ haben in einem statistischen Modell von Machtstruktur und Entscheidungsverhalten nachgewiesen, daß die Kommunikationsstruktur in der Gemeinde Einfluß auf den Entscheidungsprozeß hat und daß der Umfang des Einflusses wesentlich von der Fähigkeit zur Kommunikation abhängt, d.h. von der Fähigkeit, über Koalitionsbildungen Lösungen zu finden und Entscheidungen herbeizuführen.

Obwohl es in der folgenden Untersuchung vor allem um die Bedeutung der Alternativzeitungen im politischen Kommunikationsprozeß geht, ist es notwendig, die maßgeblichen Einflußfaktoren im kommunalen Bereich skizzenhaft darzustellen.¹¹⁾ Hier wird mit Jarren, der auf der Basis einer umfangreichen sekundäranalytischen Untersuchung vorliegender Studien den kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß beleuchtet hat, davon ausgegangen, "daß die lokalen Institutionen als Vermittler und Faktoren in der politischen Kommunikation zusammen mit den lokalen Medien eine themen- und sachspezifische Öffentlichkeit herstellen, indem sie politische Bedürfnisse aufnehmen, thematisieren und damit zum Gegenstand personaler und medialer Kommunikation machen. Unter 'Kommunaler Öffentlichkeit' wird ... die Institutionalisierung von Themen im Kommunikationsprozeß verstanden, wobei sowohl die Möglichkeit, Themen zu institutionalisieren, als auch die Chance, über Themen kommunikativ zu verfügen, Bestandteile der so definierten Öffentlichkeit sind."¹²⁾ Dabei kann als kommunale Öffentlichkeit weder ausschließlich "die Summe aller partizipationsberechtigten Bürger" gesehen, noch kann der Begriff auf organisierte gesellschaftliche Gruppen reduziert oder mit den lokalen Massenmedien gleichgesetzt werden; denn in der Gemeinde bestehen noch vielfältige un-mittelbare persönliche Kontakte zwischen den beteiligten Bürgern ebenso wie zwischen Mitgliedern der verschiedenen Institutionen und Verbände. Trotz dieser vielfältigen Kontakte sind gerade im kommunalen Bereich erhebli-

che "Strukturdefizite" und Unzufriedenheit mit den kommunalpolitischen Entscheidungen festzustellen. Die Kritik an der Art und Weise der politischen Auseinandersetzung und an der kommunalen Meinungs- und Willensbildung hat stetig zugenommen.¹³⁾ Diese Unzufriedenheit führte jedoch nicht zu einem stärkeren bürgerlichen Engagement in etablierten Institutionen, sondern zur Bildung neuer Organisationen und alternativer Beteiligungsformen im lokalen Bereich. Nach Jarren sind die etablierten Institutionen und Verbände "ihrer Aufgabe, für die Übermittlung von Informationen und Meinungen zwischen 'Entscheider' und 'Entscheidungsbetroffenen' von der Phase des Willensbildungsprozesses (auch Themenfindung) bis hin zum Entscheidungsprozeß zu sorgen, die verschiedensten politischen Vorstellungen und Wünsche zu sammeln, auszuwerten, zu gewichten und in Handlungsziele (Programmatik) umzusetzen, nicht gerecht geworden"¹⁴⁾ mit der Folge, daß die Bürger ihnen die sachgerechte Wahrnehmung ihrer Interessen nicht mehr zutrauen. In der Literatur werden deshalb heute neben den etablierten Institutionen die Bürgerinitiativen gesondert genannt. Im Übrigen weichen jedoch die Beschreibungen des kommunalen Kommunikationsprozesses im Detail voneinander ab.

Helmke/Naßmacher¹⁵⁾ nennen als Institutionen kommunaler Öffentlichkeit Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Presse und Parteien und ordnen diese in einem Schaubild auf gleicher Stufe nebeneinander zwischen den Bürgern der Gemeinde und der kommunalen Selbstverwaltung an.

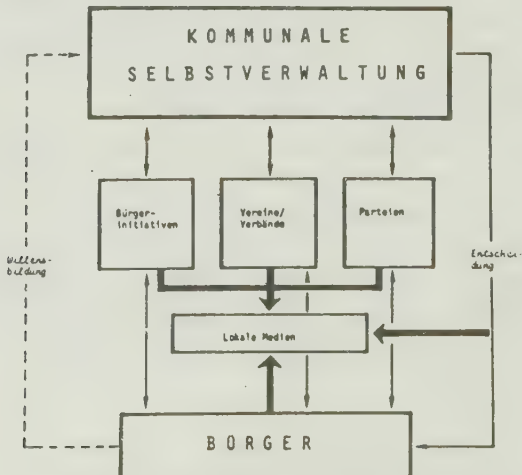
Abb. 1: Institutionen kommunaler Öffentlichkeit



Quelle: HELMKE W./NABMACHER K.-H., Organisierte und nicht-organisierte Öffentlichkeit, aaO. S. 188

Ausgehend von dieser Darstellung entwickelt Jarren sein Modell "kommunale Öffentlichkeit", mit dem er die Rolle der Presse im politischen Kommunikationsprozeß klarer herausarbeiten und die Vermittlerrolle der Verwaltung im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß sowie die verschiedenen Einflüsse auf sie besser darstellen will:

Abb. 2: Modell "Kommunale Öffentlichkeit"

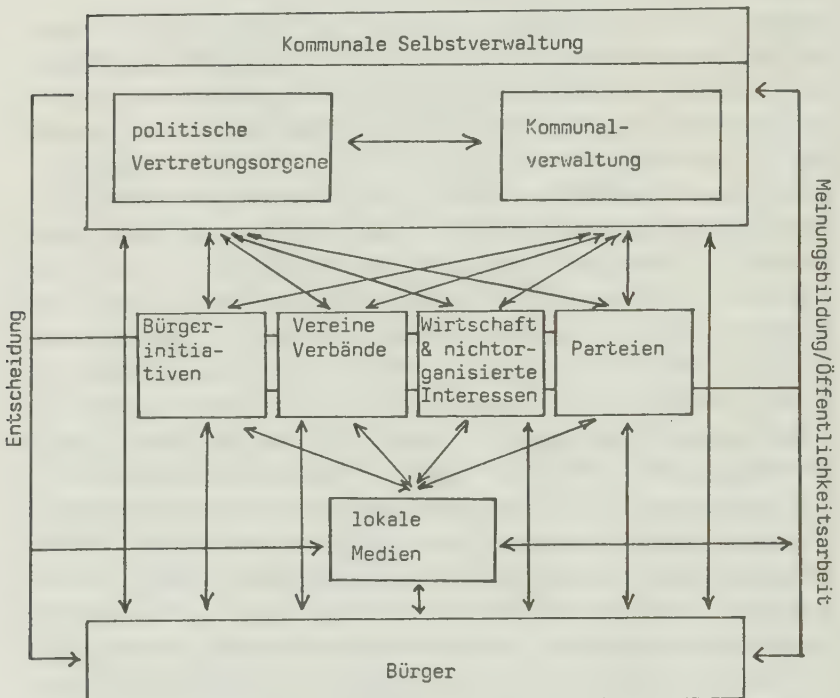


Quelle: JARREN O., Kommunale Kommunikationen, aaO., S. 82

Das Modell kommunale Öffentlichkeit von Jarren, von dem hier ausgegangen werden soll, bedarf jedoch für die vorliegende Arbeit einiger Klarstellungen und Ergänzungen.

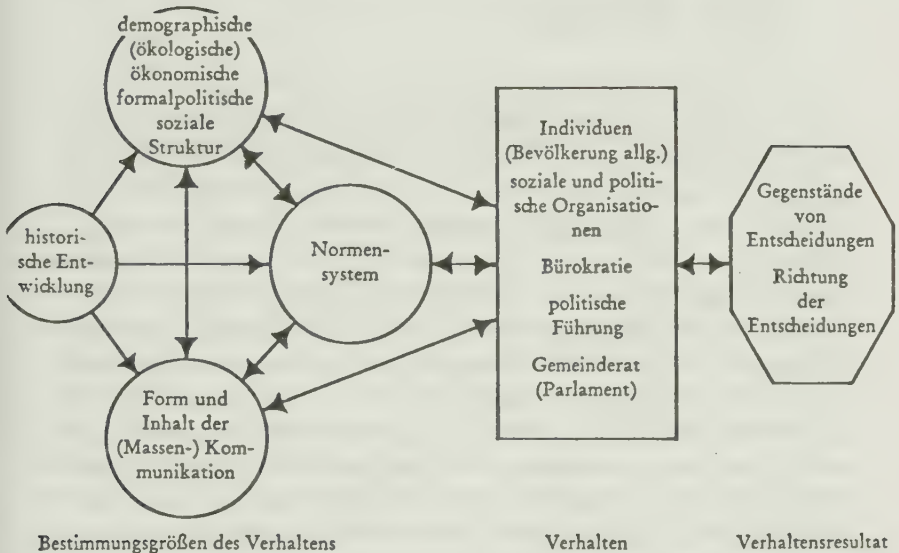
Zunächst ist festzustellen, daß in der Sphäre des Meinungs- und Willensbildungsprozesses keine Einbahnstraße vom Bürger zur Gemeinde besteht, sondern die Kommunen versuchen, durch eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die lokalen Medien und durch eigene Publikationen auf den Meinungsbildungsprozeß Einfluß zu nehmen und den Bürgern Informationen zu liefern. Diese Wechselwirkung muß auch in der graphischen Darstellung zum Ausdruck kommen. Darüberhinaus erscheint es sachgerecht, die Wirtschaftsinteressen und die übrigen nicht organisierten Interessenvertreter im Modell gesondert darzustellen, weil sie ihre eigenen Kommunikationsstrukturen entwickelt haben, die mit denen organisierter Vereinigungen nicht vergleichbar sind. Von Bedeutung ist vor allem, daß in dem Modell von Jarren die besondere Rolle der politischen Vertretungsorgane und die eigenständige Bedeutung der Kommunalverwaltung nicht hinreichend zum Ausdruck kommt. Eine Zusammenfassung beider Bereiche unter dem Oberbegriff "kommunale Selbstverwaltung" erscheint als zu wenig differenziert. Die Kommunalverwaltung ist als Ansprechpartner des Bürgers und der verschiedenen Institutionen ein selbständiger Einflußfaktor, der auf die politischen Entscheidungsträger durch Beratung und Vorlagen Einfluß zu nehmen sucht und - je nach Materie unterschiedlich - auch Einfluß nimmt. Das Verhältnis zwischen Kommunalverwaltung und den politischen Vertretungsorganen ist dabei nicht immer spannungsfrei. Schließlich besteht eine Kommunikation nicht nur zwischen den verschiedenen Institutionen auf der einen und den politischen Vertretungsorganen und der Kommunalverwaltung auf der anderen Seite, sondern es finden auch Kommunikationsprozesse zwischen Bürgern und den Repräsentanten - je nach Größe der Kommune in mehr oder weniger großem Umfang - statt.

Abb. 3: Modell "Kommunale Kommunikationsstrukturen"



Die Verhaltensresultate der vorbezeichneten Institutionen und Handlungseinheiten, der Vereine und Verbände, der Parteien, der nicht organisierten Interessenvertreter und der Initiativen sowie des Bürgermeisters, der politischen Gremien und der Verwaltung werden von gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und lokalspezifischen Strukturen beeinflusst. Als "Bestimmungsgrößen des Verhaltens" nennt Zoll¹⁶⁾ insbesondere: die historische Entwicklung, das Normensystem der Gemeinde, Form und Inhalt der (Massen)-kommunikationsprozesse sowie "demokratische (ökologische) ökonomische formelpolitische soziale" Strukturen.

Abb. 4: Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen



Quelle: Zoll R., Gemeinde als Alibi., aaO. S. 44

Auch wenn eine umfassende Behandlung dieses Problembereichs nicht möglich ist, so sollen doch verschiedene vorgegebene Strukturen beispielhaft dargestellt und im empirischen Teil verfügbare lokalspezifische Daten, von denen angenommen wird, daß sie auf das unterschiedliche Antwortverhalten befragter Städte Einfluß haben könnten, ausgewertet und signifikante Unterschiede herausgearbeitet werden. Zu den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen gehören zunächst und vor allem auch die in der Verfassung und den Gemeindeordnungen der einzelnen Länder eingeräumten direkten rechtlichen Mitwirkungs- und die indirekten rechtlichen und politischen Einwirkungsmöglichkeiten der Gemeindebürger.

2.2 Rechtliche und politische Möglichkeiten des Gemeindebürgers am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß teilzunehmen

Wenn es richtig ist, daß die Gemeinde die "Urzelle der Demokratie" und die "Lehrmeisterin in die Einführung des politischen Geschehens" ist¹⁷⁾ und daß der Bürger durch kommunale Entscheidungen unmittelbar betroffen ist, dann müßte es ein Leichtes sein, den Bürger für das kommunale Geschehen zu interessieren und ihn für die Mitarbeit bei der politischen Willensbildung zu gewinnen. Wie bereits oben dargelegt, stimmen jedoch die aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Gedankenbilder über die Gemeinde als geschlossene Lebensgemeinschaft mit einer moralisch-ethisch motivierten Pflicht der Bürger zur aktiven Mitwirkung nicht mehr mit den heutigen Vorstellungen überein. Die Kommunalpolitik ist in großen Städten gekennzeichnet durch abnehmende Überschaubarkeit und bei kleineren Städten durch wesentliche Einschränkungen des Entscheidungsspielraums. Dies ist - neben der im kommunalen Bereich ebenso wie bei anderen auf die Aktivität ihrer Mitglieder angewiesenen Verbänden im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich ohnehin festzustellenden Passivität der Bewohner - eine zusätzliche Ursache für das Desinteresse der Bürger an der aktiven Mitarbeit in der Kommunalpolitik.¹⁸⁾ Die Ausgangsfrage muß sich deshalb zunächst darauf konzentrieren, welche Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeindebürger überhaupt hat. Partizipation des Bürgers bedeutet in unserer repräsentativen Demokratie nicht, daß er überall unmittelbar mitreden kann. Es ist vielmehr auch im kommunalen Bereich zu unterscheiden zwischen direkten und indirekten Formen der Bürgerbeteiligung.

2.2.1 Direkte Mitwirkungsmöglichkeiten

a) Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG läßt eine direkte demokratische Gestaltung der Kommunalverfassung offen. Die Landesgesetzgeber haben von dieser Möglichkeit allerdings nur bei Zwerg-Gemeinden Gebrauch gemacht. Nach Abschluß der Gemeindegebietsreform ist diese Möglichkeit obsolet, sodaß hierauf im einzelnen nicht mehr näher eingegangen werden muß.¹⁹⁾

b) Auch auf das in der Baden-Württembergischen Gemeindeordnung vorgesehene "Bürgerbegehren" und den "Bürgerentscheid" (§ 21 BaWÜGO) sei hier nur der Vollständigkeit halber hingewiesen. In der Praxis wurde von dieser Möglichkeit bisher wenig Gebrauch gemacht. Dies liegt nicht zuletzt an der strengen Quorum-Regelung und an dem eher restriktiven Katalog "wichtiger Angelegenheiten", die einem Bürgerbegehren zugänglich sind. So sehr eine Vitalisierung dieses Instrumentariums als potentiell Korrektiv wünschenswert ist, in der Praxis bleibt es auf herausragende Krisen und Problemlagen beschränkt.

c) Eine weitere direkte Mitwirkungsmöglichkeit an der politischen Willensbildung hat der Gemeindebürger, wenn er bereit ist, für ein kommunales Ehrenamt zu kandidieren und wenn er vom Volk in den Rat der Kommune gewählt wird.

2.2.2 Indirekte Beteiligungsformen

Der einzelne Gemeindebürger hat in unserer mittelbaren repräsentativen Demokratie grundsätzlich auf den politischen Entscheidungsprozeß nur indirekt über die gewählten Repräsentanten, die zur bestmöglichen Gemeinwohlverwirklichung verpflichtet sind, Einfluß. Zu erwähnen sind hier zunächst einige unspezifische Formen der Einflußnahme, die sich auf sehr unterschiedliche Belange beziehen können:

a) Zunächst hat der Bürger die Möglichkeit, sich mit "Eingaben und Beschwerden" an die Gemeinde zu wenden (vgl. z.B. Art. 56 Abs. 3 BayGO).²⁰⁾

b) Nach Art. 18 Abs. 1 BayGO hat der erste Bürgermeister mind. einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderates auch öfter, eine Bürgerversammlung zur Erörterung gemeindlicher Angelegenheiten einzuberufen. In größeren Gemeinden sollen Bürgerversammlungen auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt werden. Nach Art. 18 Abs. 2 Satz 1 BayGO ist eine Bürgerversammlung "ferner innerhalb von drei Monaten einzuberufen, wenn das von mind. 5 v.H. in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern von mind. 2,5 v.H. der Gemeindebürger unter Angabe der Tagesordnung schriftlich beantragt wird". Dasselbe gilt in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern für die einzelnen Stadtbezirke (Art. 18 Abs. 2 Satz 3 BayGO). Dieses Quorum wird sicher nur dann erreicht, wenn eine Angelegenheit außergewöhnliche Bedeutung hat. Empfehlungen der Bürgerversammlung müssen nach Art. 18 Abs. 4 BayGO innerhalb von 3 Monaten vom Gemeinderat behandelt werden. Die Empfehlungen der Bürgerversammlung können zwar den Gemeinderat nicht zu einer bestimmten Entscheidung zwingen, sie sind jedoch geeignet, den Gemeinderat zu sorgfältiger Abwägung aller den in Frage stehenden Problembereich betreffenden Argumente zu veranlassen. Ihnen widerfährt damit zumindest nicht das Schicksal der meisten Eingaben nach Art. 56 Abs. 3 BayGO. Zwischen den gesetzlichen Regelungen über die Bürgerversammlung und die damit verbundenen Erwartungen und der kommunalen Alltagswirklichkeit bezüglich der politischen Bedeutung der Bürgerversammlung besteht allerdings ein beachtliches Mißverhältnis. Häufig, vor allem in kleineren Gemeinden, dienen Bürgerversammlungen vor allem der Selbstdarstellung des Bürgermeisters und damit der Rechtfertigung der offiziellen Gemeindepolitik. Eine sich in den letzten Jahren abzeichnende kritische Distanz der Bürger zu ihren Repräsentanten läßt allerdings erwarten, daß sich die Teil-

nehmer immer weniger zu bloßen Adressaten obrigkeitlicher Öffentlichkeitsarbeit degradieren lassen, daß insbesondere dort, wo raum- oder entwicklungsbedeutsame Planungsvorhaben anstehen oder Mißstände, z.B. im Umweltbereich, eintreten oder nicht abgestellt werden, Bürgerversammlungen sich verstärkt zu "summenden Bienenkörben" entwickeln, die mit den herkömmlichen Routineversammlungen nichts mehr gemein haben. Gerade durch die Alternativbewegung und hier insbesondere durch die Bürgerinitiativbewegung haben die jährlichen Pflichtversammlungen eine "funktionale Verstärkung" erhalten und tragen damit zu einer "korrektiven Rückkopplung repräsentativer Entscheidungen und Entscheidungstendenzen an die demokratische Basis" bei.²¹⁾

c) Zu erwähnen ist hier ferner der in Baden-Württemberg (§ 20 b BaWÜGO) und Rheinland-Pfalz (§ 17 GO - hier allerdings unter der mißverständlichen Bezeichnung "Bürgerinitiative") mögliche sogenannte "Bürgerantrag", der ebenso wie die Bürgerversammlung (Art. 18 Abs. 2 BayGO) an ein Unterschriften-Quorum gebunden ist.

Neben den bisher genannten "unspezifischen" indirekten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, gibt es für genau umschriebene Sachbereiche (Bauleitplanung, Sanierungsplanung u.a.) gesetzlich normierte und beschränkte Mitwirkungsmöglichkeiten:

- Nach dem bis 31.12.1976 geltenden Bundesbaugesetz (§ 2 Abs. 6) konnte der Bürger erst nach dem faktischen Abschluß der Planungen während der 4-wöchigen öffentlichen Auslegung "Bedenken und Anregungen" vortragen. Daß Versuche in einem derart fortgeschrittenen Planungsstadium, die Gestaltung noch beeinflussen zu wollen, wenig Aussicht auf Erfolg haben und sehr schnell von den Honoratioren als "querulatorisch" eingestuft wurden, ist in Anbetracht der bereits angefallenen hohen Planungskosten und der investierten Energie, nicht verwunderlich. Allenfalls der Einsatz von argumentationsstar-

ken Bürgerinitiativen konnte hier noch etwas bewirken. Dieser Strukturmangel wurde mit der in § 2 a BBauG n.F. (ab 01.01.1977) eingeführten vorgezogenen Bürgerbeteiligung behoben. Danach wird den Bürgern ein Mitspracherecht bei gemeindlichen Planungen bereits im Entwicklungsstadium eingeräumt, mit der Folge, daß divergierende Standpunkte noch ausgeräumt werden können, ohne daß finanzielle Mehrkosten entstehen oder ein politischer Gesichtsverlust für die kommunalen Repräsentanten droht.²²⁾

- Nach § 1 Abs. 4 iVm § 4 Abs. 1 und Abs. 2 und § 57 Abs. 1 Nr. 1 StBauFG sollen die betroffenen Eigentümern, Mieter, Pächter und sonstigen Nutzungsberechtigten bereits bei vorbereitenden Untersuchungen über die Festlegung von Sanierungs- und Entwicklungsgebieten gehört werden.²³⁾

- Eine weitere Möglichkeit indirekter Teilnahme besteht für die Bürger darin, durch die Teilnahme an den Kommunalwahlen die kommunalen Repräsentanten mitzubestimmen und sich in Gruppen und Parteien zu engagieren, die auf örtlicher Ebene tätig sind.²⁴⁾

- Von großer Bedeutung für die Mitwirkung am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ist ferner, daß sich die Bürger offen und unmittelbar informieren können, indem sie die Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse, die aus diesem Grunde öffentlich sind (Art. 18 BayGO), besuchen.

- Verschiedene Gemeindeordnungen sehen vor, daß Bürger - insbesondere aufgrund besonderer Sachkenntnisse oder als Vertreter bestimmter Interessengruppen - in Ausschüssen mitarbeiten können. In Nordrhein-Westfalen haben sie sogar ein Stimmrecht (§ 42 Abs. 2 GONW).²⁵⁾

- Ein wichtiger Aspekt in diesem Themenkreis ist auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und freien Verbänden, insbesondere im caritativ-sozialen Bereich, weil dadurch ein Stück Gemeinschaftsleben dargestellt und verstärkt wird.

- Als Möglichkeit stärkerer Partizipation wird teilweise auch die Einführung des imperativen Mandats genannt. Dadurch könnte das einzelne Ratsmitglied von bestimmten Gruppen unmittelbar zu einer bestimmten Stimmabgabe verpflichtet und bei Verstoß u.U. abgewählt werden. Eine größere Partizipation aller Bevölkerungsteile ist damit jedoch nicht verbunden, sondern lediglich ein Machtzuwachs bei Gruppen und Parteien, aus denen die Ratsmitglieder kommen. Problematisch hieran erscheint, daß die Entscheidung nicht mehr in öffentlich tagenden, kommunalen Gremien fallen, sondern von undurchschaubaren politischen Gruppen getroffen werden, die weder die Bevölkerung repräsentieren noch von dieser zur Rechenschaft gezogen werden können. Das imperative Mandat ist von seiner Entstehung her nicht plebiszitärer Natur, sondern trägt "ständische Züge" mit benennbaren und klar definierten Auftraggebern und steht insoweit zur repräsentativen Demokratie in einem Widerspruch.²⁶⁾

- Eine Verstärkung der bürgerlichen Partizipation durch Teilnahme an der Kontrolle des Rathauses, an der Gestaltung der Kommunalpolitik in den Parteien, Organisationen und Bürgerinitiativen sowie am Angebot städtischen Lebens kann ferner durch eine gute Öffentlichkeits- und Pressearbeit der Kommunen erreicht werden. Die Medien sind Tag für Tag die Mittler zwischen Rathaus und Bürger. Der Kontakt zu den Medien, insbesondere zur Lokalpresse, fördert deshalb auch die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger. Dabei ist die Vielfalt der publizistischen Mittler im Interesse einer kritischen Öffentlichkeit sehr wichtig.²⁷⁾

Die dargestellten Mitwirkungsmöglichkeiten zeigen, daß eine aktive Beteiligung des - kein kommunales Ehrenamt begleitenden - Gemeindebürgers am politischen Willensbildungsprozeß nur dadurch möglich ist, daß er sich über zur Entscheidung anstehende kommunale Angelegenheiten umfassend informiert und daß er auf die Entscheidungen der kommunalen Repräsen-

tanten Einfluß zu nehmen versucht. Unabhängig davon, um welche der dargestellten Mitwirkungsmöglichkeiten es sich handelt und unabhängig davon, ob von ihnen öffentlich oder insgeheim Gebrauch gemacht wird, sie beruhen stets "auf gewissen Grundtypen sozialer Einflußnahme, die nicht selten auch kumulativ auftreten. Zu nennen sind hier insbesondere²⁸⁾:

1. Grundtypus: Hier wird vom Bürger versucht, über private Beziehungen den Entscheidungsträger als Verwandten, Freund, Bekannten u.ä. anzusprechen und so Einfluß zu nehmen zugunsten einer bestimmten Entscheidungsrichtung.

2. Grundtypus: Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder die Mitarbeit in einer Partei, durch die ein nicht zu unterschätzendes Solidaritätskapital aufgebaut wird, schafft dem einzelnen Parteimitglied in nicht unerheblichem Maße die Möglichkeit der Einflußnahme.

3. Grundtypus: Insbesondere dort, wo durch kommunale Entscheidungen die Interessen etablierter Interessengruppen (z.B. Berufsverbände, Vereine ...) tangiert werden, erweist sich, daß über diese Verbände ein beachtlicher Einfluß möglich ist. Dies insbesondere auch deshalb, weil zwischen den einzelnen Gruppen und den Ratsmitgliedern vergleichsweise starke Verflechtungen bestehen.

4. Grundtypus: Die Einflußnahme über staatsbürgerliche Partizipationsbemühungen (insbesondere Bürgerinitiativen, Leserbriefe, Bürgerbeiräte, Bürgerforen, Anwaltsplanung etc.)²⁹⁾ ist im letzten Jahrzehnt in besonders spektakulärer Weise in Erscheinung getreten. Die Bürger bemühen sich einzeln oder in Gruppen - auch außerhalb rechtsförmlicher Beteiligungsmöglichkeiten - darum, die gemeindliche Politik in entscheidenden und wichtigen Fragen mitzugestalten.³⁰⁾

Die aufgezeigten "Grundtypen sozialer Einflußnahme" stimmen mit dem oben unter Ziffer III.2.1 dargestellten Modell "kommunaler Kommunikationsstrukturen" überein. Der Bürger bedient sich dieser Einflußfaktoren, auch wenn er auf die Ent-

scheidungen des örtlichen Bereichs, d.h. auf die kommunale Exekutive und auf die Beschlußorgane einwirken will und sich nicht unmittelbar mit den Entscheidungsträgern auseinandersetzen kann oder eine unmittelbare Auseinandersetzung keinen Erfolg verspricht.

Im folgenden sollen deshalb diese Einflußfaktoren, über die ein beachtlicher Teil der lokalen Kommunikationsprozesse abläuft, näher untersucht werden.

2.3 Kommunale Kommunikationsstrukturen

2.3.1 Vorgegebene Strukturen als Einflußfaktoren

Es liegt nahe, daß die Kommunalpolitik nicht nur durch das Agieren und Reagieren einzelner Gruppen beeinflußt wird, sondern auch durch historische Entwicklungen und soziographische, sozioökonomische und politische Vorgaben, die nicht oder doch zumindest kurzfristig nicht veränderbar sind. Hierzu zählen neben der geographischen Lage und der Einwohnerzahl vor allem auch die Zusammensetzung der kommunalen Entscheidungsorgane und die aus der Geschichte heraus entstandene politische Kultur.³¹⁾

Gegenstand und Ablauf kommunalpolitischer Entscheidungen sind in einer Millionenstadt wesentlich verschieden von denen einer kreisfreien Mittelstadt und hier wieder anders als in einer kleinen Gemeinde des ländlichen Raumes, weil die Komplexität der Probleme und die Kommunikationsstrukturen in den genannten Fällen nicht miteinander vergleichbar sind. Es macht auch einen großen Unterschied, ob sich die jeweilige Kommune im unmittelbaren Einzugsbereich einer Großstadt oder aber im Zonenrandgebiet und fernab von Ballungsräumen befindet.

In einer Beamtenstadt werden die Prioritäten (z.B. Altenheim oder "Haus des Gastes") anders gesetzt als in einem Fremdenverkehrsort und in einer Kommune, die Bundeswehrstandort ist

anders als in einer Universitätsstadt oder in einer Stadt, deren Struktur vor allem durch das Vorhandensein großer Wirtschaftsbetriebe geprägt ist.

Die oft auf langer Tradition beruhenden lokalen Besonderheiten, die das Verhalten der Menschen wesentlich beeinflussen, haben ebenfalls einen nicht unmaßgeblichen Einfluß auf politische Entscheidungen und auf die Kommunalpolitik. Entgegen der Forschung zur politischen Kultur, die zu Unrecht teilweise noch von einer einheitlichen nationalen politischen Kultur in Deutschland ausgeht, gibt es eine regionale und eine lokale politische Kultur, die sich aus der Geschichte des jeweiligen Gemeindewesens heraus geprägt hat.³²⁾ Zwei Beispiele sollen das, was hier gemeint ist, verdeutlichen: Das politische Verständnis einer ehemals freien Reichsstadt ist sicher von größerem Selbstvertrauen und von mehr Selbstständigkeit geprägt, als das Politikverständnis abhängiger kreisangehöriger Kleinstädte und kann bis heute Nachwirkungen im kommunalen Verhalten zeigen. In einer Universitätsstadt mit alter Tradition und einem hohen Anteil an Studenten wird die alternative Zeitungsszene und die Form der Auseinandersetzung sowie die Reaktion und die Toleranz eine andere sein als in kleineren Städten mit einer gewachsenen Bevölkerungsstruktur ohne nennenswerte Fluktuation.

Es wird davon ausgegangen, daß die politische Kultur und die innerhalb der Gemeinde bestehenden oben dargestellten Strukturen nicht nur Einfluß auf die politische Zusammensetzung der Beschlußgremien haben, sondern sich auch auf die Kontaktpflege und das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen bezüglich der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auswirken.

Zu den aufgezeigten, vorgegebenen Strukturen kommt ein weiterer Faktor, der ebenfalls außerhalb der unmittelbaren Einflußsphäre der Kommune liegt, die Kommunikationsstruktur jedoch mitbestimmt und Einfluß auf den Entscheidungsfindungs-

prozeß innerhalb der Gemeinde haben kann. Es handelt sich hierbei um das Kommunalverfassungsrecht, das von Bundesland zu Bundesland verschieden ist.

2.3.2 Wirkung kommunaler Verfassungssysteme

Der Kommunikationsprozeß innerhalb der Gemeinde wird nicht nur von Fakten, die in der Kommune selbst liegen oder von den örtlichen Meinungsträgern bestimmt, sondern auch von rechtlich vorgegebenen Ablaufmustern. Da das Gemeinderecht Grundlage für die Willensbildung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaft ist, vollzieht sich diese in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich.³³⁾ Es stellt sich im Rahmen dieser Arbeit deshalb die Frage, ob das jeweils geltende Kommunalverfassungsrecht auf die konkrete alternative Zeitungslandschaft im kommunalen Bereich Einfluß hat und ob die verschiedenen Kommunalverfassungssysteme signifikante Unterschiede im Kontaktbereich und bei der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen erkennen lassen. Um die Ergebnisse der Auswertung besser beleuchten zu können, soll hier auf die verschiedenen Gemeindeverfassungen, von denen es in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielzahl gibt, kurz eingegangen werden. Die Kommunalwissenschaft faßt diese im wesentlichen in vier Grundtypen zusammen³⁴⁾:

1. Süddeutsche Ratsverfassung (Bayern und Baden-Württemberg)
2. Bürgermeisterverfassung (Rheinland-Pfalz und Saarland)
3. Magistratsverfassung (Hessen und Schleswig-Holstein)
4. Norddeutsche Ratsverfassung (Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen)

Allen Verfassungssystemen ist zunächst gemeinsam, daß sie eine von den Bürgern gewählte kommunale Vertretungskörperschaft haben und eine eigenständige Verwaltungsbehörde, an deren Spitze ein Bürgermeister oder Gemeindedirektor steht. Zu den wesentlichen Aufgaben der Vertretungskörperschaft gehört es ferner immer, Beschlüsse zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde zu fassen. Im Übrigen sind jedoch die formalen Festlegungen in den einzelnen Gemeindeordnungen zur Stellung der ehrenamtlichen Vertretungskörperschaft und der hauptamtlichen Verwaltungsspitze unterschiedlich.³⁵⁾ Auch die internen Zuständigkeiten der einzelnen Organe, ihr Verhältnis zueinander und das Recht der Vertretung nach außen, sind in den einzelnen Gemeindeordnungen nicht einheitlich geregelt. Daß sich diese Verschiedenartigkeiten auf die Art und Weise der Meinungsbildung und auf die Entscheidungsfindung selbst auswirkt, soll beispielhaft an der Stellung des Bürgermeisters in den einzelnen Verfassungstypen und seinem daraus sich ergebenden Einfluß kurz aufgezeigt werden. Der Einfluß des Bürgermeisters ist - pauschal beurteilt - in der Süddeutschen Ratsverfassung am stärksten, denn er ist direkt vom Volk gewählt und vertritt die Gemeinde nach außen. Er ist Vorsitzender des Rates und seiner Ausschüsse sowie Verwaltungschef. Seine Einflußmöglichkeiten sind in der Magistratsverfassung, in der eine "Gemeinderegierung" mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden neben dem Kollegialorgan besteht, geringer als in der Bürgermeisterverfassung, wo er aus der Mitte des Rates gewählt wird, im Übrigen jedoch eine ähnliche Stellung wie in der Süddeutschen Ratsverfassung hat. Am schwächsten ist seine Position in der Norddeutschen Ratsverfassung nach der dem Bürgermeister als Ratsvorsitzenden ein Gemeindedirektor (Stadt- oder Oberstadtdirektor) als Chef der Verwaltung gegenübersteht. Im umgekehrten Verhältnis dazu steht die Bedeutung des Kollegialorgans als Vertretung der Gemeinde. Sie ist im Bereich der Süddeutschen Ratsverfassung wegen der

starken Bürgermeisterstellung am geringsten. Hier bleibt den Ratsmitgliedern häufig nur die Möglichkeit, von der Verwaltung ausgearbeitete Vorlagen zu legitimieren. In der Norddeutschen Ratsverfassung ist der Ratsvorsitzende und die Verwaltungsleitung auf zwei Amtsträger verteilt, mit der Folge, daß die führenden Ratsmitglieder maßgeblichen Einfluß auf Verwaltung und politische Führung der Gemeinde haben und die Diskussion hier kontroverser und die Öffentlichkeit größer ist. Bei der zweiköpfigen Leitung der Gemeinde lassen sich jedoch Reibungsverluste zwischen dem Bürgermeister und dem Gemeindedirektor nicht vermeiden. Durchsetzungswille und Persönlichkeitsstruktur des Bürgermeisters und des Gemeindedirektors spielen dabei eine wesentliche Bedeutung. Charaktereigenschaften und Einfallsreichtum der in der Kommunalpolitik Handelnden und die Form der Auseinandersetzung haben aber nicht nur in der Norddeutschen Ratsverfassung, sondern in allen kommunalen Verfassungssystemen Einfluß auf den Inhalt und den Ablauf der Kommunalpolitik.³⁶⁾ Das Durchsetzungsvermögen und die Standfestigkeit eines Bürgermeisters gegenüber den übergeordneten Behörden ist, zumindest dort, wo er eine starke politische Stellung hat, wie z.B. in Bayern, in hohem Maße mitursächlich für die Verwirklichung gemeindlicher Interessen. Andererseits hängt es wesentlich von der Konfliktfähigkeit der Fraktionen, insbesondere ihrer Vorsitzenden ab, ob kommunalpolitische Themen offen und kontrovers diskutiert und die Exekutive mit dem Bürgermeister an der Spitze vom Kollegialorgan kontrolliert und kritisiert wird oder ob Unkorrektheiten und Kompetenzüberschreitungen aufgrund eines "übersteigerten Harmoniebedürfnisses" der Honoratioren "unter den Teppich gekehrt" und der Eindruck von einer "heilen Welt" im kommunalen Bereich gepflegt wird. In den "einköpfigen" Systemen, in denen der Bürgermeister sowohl Ratsvorsitzender als auch Chef der Verwaltung ist, sind die Kompetenzen klar verteilt. Die bessere Effizienz und die geringeren Reibungsverluste gehen allerdings teilweise auf

Kosten demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Wegen des plebiszitären Mandats des Bürgermeisters in Baden-Württemberg und Bayern steht dieser quasi über allen Parteien und Gruppierungen. Wenn seine Amtszeit darüberhinaus auch noch länger ist, als die des Rates, dann ist er nahezu unangreifbar.

Die Art der Bürgermeisterwahl ist aber auch für die Parteien von wesentlicher Bedeutung: Dort wo die Bürgermeister vom Rat gewählt werden, ist ein parteiloser Bürgermeister nahezu undenkbar. Wird der Bürgermeister hingegen vom Volk gewählt, kommt es auf die Parteizugehörigkeit nicht entscheidend an. Ein Blick nach Baden-Württemberg und Bayern zeigt folgerichtig, daß ein maßgeblicher Anteil der Bürgermeister parteilos sind oder teilweise nicht der Partei angehören, die bei Landtags- und Bundestagswahlen in der jeweiligen Kommune die Mehrheiten erzielen.³⁷⁾

Hinsichtlich des Ablaufs der Politik ist festzustellen, daß auch die parteiangehörigen Bürgermeister aufgrund ihres plebiszitären Mandats primär die Rückkopplung zum Volk suchen, was teilweise zu heftigen Konflikten mit der Partei führt, weil deren Erwartungen mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Bürgererwartungen - aus der Sicht des Bürgermeisters - oft nicht übereinstimmen. Der plebiszitär gewählte Bürgermeister sucht vor allem den Kontakt zum Bürger. Wegen der verhältnismäßig geringen Bedeutung des Rates und dem geringeren Zeitaufwand den das Ehrenamt in Baden-Württemberg und Bayern vom einzelnen Ratsmitglied erfordert, ist der Rat hier stärker mit Honoratioren und weniger mit politischen Funktionären und Profis nach politischen und parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt. Dies wirkt sich auch auf den Umgang des Bürgermeisters mit dem Rat aus.

Die Volkswahl des Bürgermeisters hat außerdem dazu geführt, daß in Baden-Württemberg und Bayern die "Politisierung der Kommunalverwaltungen" weit weniger ausgeprägt ist, als bei den Systemen, in denen der Bürgermeister vom Rat gewählt

wird und bei den Koalitionsverhandlungen persönliche Angebote gemacht werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß eine starke Bürgermeisterposition auch einen positiven Einfluß auf die Haushaltslage der Gemeinde hat. Wenn der Bürgermeister Verwaltungschef und Vorsitzender des Gemeinderats und aller Ausschüsse ist, dann hat er schon aus Zeitgründen ein Interesse daran, möglichst wenige Ausschüsse zuzulassen. Er kann ferner die Arbeit in den Ausschüssen selbst besser überblicken, kontrollieren und koordinieren. Dort, wo der Ausschußvorsitzende aus der Mitte des Rates gewählt wird, besteht hingegen die Gefahr, - weil das Prestigebedürfnis einzelner befriedigt werden muß - daß viele Ausschüsse eingerichtet werden und daß die Vorsitzenden kostenintensive Projekte durchsetzen wollen, um sich zu profilieren.³⁸⁾

Nachdem die der Kommune vorgegebenen und eher statischen Strukturen im einzelnen beleuchtet worden sind, gilt es nunmehr, den Einfluß der im kommunalen Bereich Handelnden zu untersuchen. Dabei soll zunächst die Rolle der Kommunalverwaltung skizziert werden, weil hier die Planungen erfolgen, die Entscheidungen vorbereitet werden und die Wirkungen der verschiedenen, außerhalb der kommunalen Exekutive angesiedelten Einflußfaktoren zur Geltung kommen.

2.3.3 Zur Rolle der Kommunalverwaltung

Der kommunale Bereich ist geprägt durch eine steigende Komplexität kommunaler Aufgaben und durch die wachsende Größe der Städte. Durch diese Veränderungen und durch die damit verbundenen neuen Problemstellungen hat sich auch der Aufgaben- und Kompetenzbereich der Kommunalverwaltung geändert und ist nicht mehr auf ausschließlich vollziehende Funktionen beschränkt.³⁹⁾ Die Verwaltung kann aufgrund ihres durch

bessere Informationsbeschaffungs- und -verarbeitungsmöglichkeiten gegebenen Informationsvorsprungs und ihrer gewachsenen Selbständigkeit frühzeitig Probleme erkennen und formulieren und Handlungsalternativen entwickeln. Bedingt durch diese Dominanz erhält sie die Möglichkeit, in der Initiativ- und Vorbereitungsphase den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß aktiv mitzugestalten und maßgeblich zu beeinflussen. Dabei neigt die Verwaltung in Konfliktbereichen eher zu einer restriktiven Informationspolitik und versucht mit Hilfe einer aktiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Schwerpunkte in der Diskussion zu setzen, um ihr Informationsmonopol zu erhalten, um den Verfahrensablauf nicht durch weitere Partizipation und Einwendungen zu beeinträchtigen und um die selbstgesetzten Ziele zu erreichen. Sie tut dies, obwohl sie normalerweise mit den Bürgern nicht unmittelbar Kontakt hält und deshalb die Anliegen der Bevölkerung nicht "aus erster Hand" kennt.⁴⁰⁾ Nur in Ausnahmefällen, bei großen Planungen und Vorhaben, versucht sie direkte Verbindungen zu Betroffenen, Initiativen und Beiräten aufzunehmen und vereinzelte Bürger nicht nur über Planungsvorhaben zu informieren, sondern auch ihre Vorschläge und Bedenken zu erfahren und sie an der Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen.⁴¹⁾

Insbesondere die restriktive Informationspolitik der Pressestellen, die die Konsensbildung erschwert und zu einer Verschärfung im Verhältnis zwischen Kommunen und Bürgerinitiativen beiträgt, ist mitursächlich für die zunehmende Distanz zwischen Bürger und Kommunalverwaltung.⁴²⁾ Auch die Ratsmitglieder verfügen häufig nicht mehr über den erforderlichen Informationsstand, um dieses Informationsdefizit ausgleichen zu können. Dies liegt weniger daran, daß die Ratsmitglieder keine Informationen erhalten. Sie sind vielmehr zeitlich häufig nicht in der Lage, die Papierflut zu bewältigen, die ihnen - in der Regel unsystematisch und nicht problembezogen aufbereitet - zur Verfügung gestellt wird.⁴³⁾

Hinzu kommt, daß die Informationen bezüglich konkreter, zur Entscheidung heranstehender Themen "gefiltert" weitergegeben werden. Dadurch wird das "Innovationspotential der politischen Führung" eingeschränkt. Dies ist auch ein Grund dafür, warum in der Praxis der Rat den von der Verwaltung ausgearbeiteten Vorlagen meistens ohne Änderung zustimmt. Das Wissensmonopol der Verwaltung besteht auch noch bei der Entscheidung; denn der Sachbericht bzw. der Sachvortrag der Verwaltung enthält in der Regel genau die Fakten, welche die Vorlage plausibel machen und läßt die Fakten entfallen, die Ansatzpunkte für Fragestellungen abgeben könnten. Entscheidungsalternativen werden in der Regel nicht vorgetragen. In der kurz bemessenen Sitzungsdauer bei vielen weiteren Tagesordnungspunkten ist es für die einzelnen Ratsmitglieder dann sehr schwer, die Vorlagen in Argumentationsweise und Logik zu erschüttern, Schwachstellen und Ungereimtheiten der vorgeschlagenen Lösungen aufzuzeigen und schlüssige Gegenvorstellungen darzulegen.⁴⁴⁾ Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Ratsmitglieder der Verwaltung ausgeliefert sind und daß die Verwaltung selbstherrlich entscheiden kann, sondern besagt nur, daß die Räte dem Informations- und Planungsmonopol und dem hohen Sachverstand innerhalb der Verwaltung nichts Adäquates entgegensetzen können und sich deshalb ausgeliefert fühlen.

Der für die formal ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich erforderliche Zeitaufwand liegt nicht selten höher, als bei einer Halbtagsstelle und grenzt die Initiativ- und Informationsmöglichkeiten ehrenamtlicher Ratsmitglieder wesentlich ein. Hinzu kommt, daß die Gebietsreform zu einer weiteren Reduzierung der Zahl der Ratsmitglieder geführt hat mit der Folge, daß den Bürgern noch weniger Ansprechpartner für lokale Themen zur Verfügung stehen und daß deshalb die Kontaktpflege mit den Bürgern erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand erfordert.⁴⁵⁾

Die bisher gemachten Feststellungen werden jedoch durch verschiedene wichtige Faktoren relativiert⁴⁶⁾:

Zunächst kommt den Kollegialorganen nach den Gemeindeordnungen der Länder "politikleitende Funktion" zu, auch wenn nicht zu verkennen ist, daß die Kommunalverwaltung in der kommunalen Praxis aufgrund ihres Informationsvorsprungs und des konzentrierten Sachverstandes erheblichen Einfluß hat und mit ihren Vorlagen die Entscheidungen des Rates maßgeblich determinieren kann. Eine beherrschende Rolle der Verwaltung läßt sich daraus jedoch nicht ableiten; denn bei der Entscheidungsfindung sind Rat und Verwaltung aufeinander angewiesen, weil keine Seite auf die Mitwirkung der anderen verzichten kann.

Außerdem darf folgendes nicht unberücksichtigt bleiben: Viele Vorlagen der Verwaltung sind weder finanziell noch politisch bedeutsam. Hieraus wird der häufig zu hörende Hinweis verständlich, daß in vielen Kommunen über 90 % der Beschlüsse einstimmig gefaßt werden. Die Verwaltung hat hier keinen großen Einfluß auf die Meinungsbildung des Gemeindeparlament, weil es sich meist um Angelegenheiten handelt, die denen der "laufenden Verwaltung" vergleichbar sind und häufig in Senaten und Ausschüssen behandelt werden. Hier kommt es dann eher zu Beschlüssen, die von Verwaltungsvorlagen abweichen, weil hierfür keine Fraktionsbeschlüsse erforderlich sind.

Ein weiterer Teil der Vorlagen haben nur begrenzte politische Bedeutung. Hier ist der oben dargestellte Einfluß der Verwaltung am größten, insbesondere auch deshalb, weil für eine Änderung dieser Vorlagen entsprechende Fraktionsbeschlüsse notwendig sind, die eine sehr gründliche Information voraussetzen, woran es hier nicht selten fehlt.

Bei Angelegenheiten mit erheblicher politischer Bedeutung hat die Verwaltung hingegen so gut wie keinen Einfluß. Derartige Angelegenheiten werden nämlich in den Fraktionen sehr sorgfältig beraten und häufig Abweichungen von den Verwal-

tungsvorstellungen vorgeschlagen. Bei politisch bedeutenden Angelegenheiten werden die Entscheidungen bereits zusammen mit politischen "Vorentscheidern" vorbereitet und unerwünschte Lösungen von vorneherein ausgesondert, sodaß die These von der Ohnmacht der kommunalen Gremien hier nicht zutreffend ist. Zu den sogenannten "Vorentscheidern" im Kommunikationsprozeß zwischen planender Verwaltung und Beschlußorganen gehören auf Seiten "der legitimierten politischen Entscheidungsinstanz" insbesondere die Rats-, Fraktions- und Ausschußvorsitzenden und auf Seiten der Verwaltung vor allem der Verwaltungschef, die Referenten (Dezernenten) und die Leiter wichtiger Ämter als die "Verfügungsberechtigten über öffentliche Mittel". Zum "Vorentscheiderkreis" gehören darüberhinaus Repräsentanten der örtlichen Parteien und die Informanten der lokalen Presse.⁴⁷⁾

Die Überlegungen und Gedanken der Verwaltung, die zu den Entwürfen führen, können also nicht isoliert von den Willensbildung des Gemeindeparlaments gesehen werden, sondern beide beeinflussen sich gegenseitig. Dies ergibt sich nicht nur aus der oben aufgezeigten Zusammenarbeit bei politischen Vorlagen, sondern auch daraus, daß die Verwaltung häufig erst auf Antrag aus dem Gemeinderat hin Vorlagen entwirft und daß sie dabei auf die politischen Ziele der Mehrheit des Gemeinderates Rücksicht nehmen muß. Darüberhinaus besteht aufgrund des öffentlichen Einflusses auf das Kommunalparlament eine Tendenz innerhalb der Gremien, von nicht öffentlich diskutierten Verwaltungsvorschlägen abzuweichen.⁴⁸⁾ Im Übrigen erhalten die Ratsmitglieder für ihre Beratungen in den Fraktionen und Ausschüssen sowie im Plenum Informationsunterlagen der Verwaltung und es fließen auch inoffiziell Insider-Informationen aus der Verwaltung in die Willensbildung des Rates ein.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Kommunalverwaltung auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß Einfluß nehmen kann und auch Einfluß nimmt. Wichtig ist, daß

der Verwaltungseinfluß so niedrig wie möglich gehalten wird, weil jede Stärkung der Kommunalverwaltung den bereits bestehenden Informationsvorsprung gegenüber den Ratsmitgliedern verfestigt und die Kontroll- und Initiativmöglichkeiten des Rates weiter tangiert. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Sicherstellung einer unabhängigen Willensbildung des Rates ist die Durchsetzung der Forderung nach Alternativ-Vorlagen; denn dadurch können unterschiedliche, in der Verwaltung vorhandene Konzeptionen schneller erkannt und besser ausgeleuchtet werden.

Die Bürger, insbesondere diejenigen, die sich nicht hinreichend artikulieren können, wenden sich aufgrund vorhandener Schwellenängste und Verständigungsschwierigkeiten (Fachterminologie, Unkenntnis bezüglich des Verfahrensablaufes u.a.) nur vereinzelt an die Verwaltung, deren Organisationsstrukturen sie nicht durchschauen und der sie sich ausgeliefert fühlen und sie reagieren deshalb oft aggressiv, wenn sie unbefriedigende oder unverständliche Antworten auf ihre Fragen erhalten. Wenn es schon, wie oben dargestellt, für die Ratsmitglieder schwer ist, Schwachstellen in der Argumentationskette der Verwaltung zu erkennen, dann ist es für den einzelnen Bürger um so schwerer, seine Vorstellungen und Wünsche der Verwaltung vorzutragen, umfassend zu begründen und die Argumente der Verwaltung zu erschüttern oder zu widerlegen. Der Bürger wendet sich deshalb häufig an die in der Kommune tätigen politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen, von denen er glaubt, daß sie Einfluß auf den Willensbildungsprozeß der Verwaltung und auf die Entscheidungsfindung der Beschlußorgane haben. Zu den Gruppen, deren Ziel die Mitgestaltung der Kommunalpolitik ist, gehören insbesondere die politischen Parteien.

2.3.4 Einfluß der Parteien

Die Parteien, die im deutschen Verfassungsrecht lange Zeit negativ gesehen wurden⁴⁹⁾, wirken heute nach § 1 Abs. 2

Parteiengesetz "an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von Ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständig lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen".⁵⁰⁾ Aus dieser Bestimmung und aus Art. 28 Abs. 2, Art. 21 GG⁵¹⁾ ergeben sich nach Jarren⁵²⁾ - auch im kommunalen Bereich - folgende Funktionen der Parteien:

- Vermittlerfunktion
- Rekrutierungsfunktion
- Integrationsfunktion
- Öffentlichkeitsfunktion
- Repräsentationsfunktion

Nach Naßmacher⁵³⁾ haben die Parteiorganisationen auf örtlicher Ebene insbesondere folgende allgemeinen Aufgaben:

"Sozialisation (Heranbildung des politischen Nachwuchses)

Selektion (Bereitstellung vom politischen Personal)

Kontrolle (ständige Kontrolle der Herrschaftsposition)

Information (Austausch politischer Informationen zwischen Regierenden und Regierten)

Transmission (Umsetzung von Vorstellungen der Regierenden in politische Entscheidungen)

Aggregation (Zusammenfassung organisierter und nichtorganisierter Interessen)".

Seit den 70er Jahren erhalten die Worte "Parteienstaat" und "Parteiendemokratie" zunehmend einen negativen Beigeschmack und die Entstehung der APO, der Bürgerinitiativen und der

grün-alternativen Bewegung wurde auch mit dem Wort "Partei-verdrossenheit" begründet. Kimminich stellt hierzu fest, daß das deutsche Volk stets eine Abneigung gegen Parteien hatte und daß die Bürger in Deutschland schon immer "parteienverdrossen" waren. Neu ist nur der Umfang und die Art, in der sich diese Unzufriedenheit heute äußert.⁵⁴⁾

Unabhängig hiervon kann jedoch festgestellt werden, daß die kommunalen Kommunikationsstrukturen maßgeblich durch das Wirken und den Einfluß der politischen Parteien mitbestimmt werden. Teilweise wird sogar die Meinung vertreten, daß die Parteien in der Machtstruktur der betreffenden Gemeinde die wichtigste Rolle spielen, weil hier die notwendige Informationsdichte und Integrationskraft vorhanden ist.⁵⁵⁾ Wie der Einfluß der Parteien im kommunalen Bereich beschaffen ist, kann nicht generell gesagt werden, sondern bestimmt sich nach der Größe und der sozialstrukturellen Beschaffenheit der jeweiligen Stadt. Mit zunehmender Einwohnerzahl und dem damit verbundenen Verlust an Überschaubarkeit und Individualität wächst auch der Einfluß der Parteien. Dort, wo der Bürger den Mandatsträger nicht mehr persönlich kennt - diese Entwicklung wurde durch die Gebietsreform verstärkt - gewinnt die Mittler- und Artikulationsfunktion der Parteien wieder an Gewicht.⁵⁶⁾

Von Bedeutung für die Beurteilung der Parteiarbeit im kommunalen Raum war auch die oben unter Ziffer 1.1.2 dieses Kapitels dargestellte Meinungsbildung in Literatur und Rechtsprechung hinsichtlich der Bewertung kommunaler Arbeit. Noch gegen Ende der 60er Jahre wurde auch innerhalb der Parteien die Meinung vertreten, daß kommunalpolitische Probleme als reine Sachfragen anzusehen und unter verwaltungstechnischen Aspekten zu lösen seien. Es wurde davon ausgegangen, daß der politische und gesellschaftliche Bereich eng miteinander verflochten sind mit der Folge, daß hier der einzelne Bürger, anders als bei gesamtstaatlichen Themen, wegen der größeren Sachnähe und Überschaubarkeit unmittelbar mitreden

kann und daß Parteien deshalb im kommunalen Bereich überflüssig seien.⁵⁷⁾ Erst mit Beginn der 70er Jahre, als Kommunalpolitik der Gesellschaftspolitik zugeordnet und der politische Gehalt kommunalen Handelns bejaht wurde, hat sich eine grundsätzlich veränderte Sichtweise durchgesetzt. Allerdings vermochte dies nichts daran zu ändern, daß sich vor allem in kleineren Kommunen auch heute noch das Hauptaugenmerk der Parteien häufig ausschließlich auf die Kandidatenauswahl und die Mobilisierung der Bevölkerung bei Wahlen richtet. Dabei ist im kommunalen Bereich, auch bei den parteigebundenen Mandatsträgern und bei den lokalen Parteiorganisationen selbst, häufig die Neigung zu erkennen - in Anlehnung an die Verhaltensweisen in der Bevölkerung - die eigene Parteilichkeit zu verbergen.⁵⁸⁾ Da die örtlichen Parteiverbände aber nicht nur die lokale Politik zu vertreten haben, sondern gleichzeitig Teile der Partei auf Bundes- oder Landesebene sind und in der Regel parteipolitisch reden und überzeugen müssen, ist ihr Verhalten teilweise gegensätzlich und sie sind quasi "janusköpfig".⁵⁹⁾

Aufgrund der oben genannten veränderten Sichtweise kam es in den 70er Jahren zu kommunalpolitischen Programmdiskussionen und es wurden von allen Parteien kommunalpolitische Grundsatzprogramme verabschiedet. Während auf der begrifflichen Ebene die Programme weitgehend übereinstimmten und in den Präambeln ähnliche Grundwerte formulierten, kam es bei der inhaltlichen Ausfüllung und der Verknüpfung mit speziellen Aufgabengebieten bei den einzelnen Parteien jedoch zu recht unterschiedlichen Handlungsweisen und kommunalpolitischen Zielvorstellungen. Die programmatischen Aktivitäten der Parteien haben dennoch zu einer Steigerung des Stellenwertes der Kommunalpolitik geführt. Nach Meinung von Klein⁶⁰⁾ zeigt das Wählerverhalten in der Kommunalpolitik denn auch, daß im kommunalen Bereich die politische Teilhabe am Willensbildungsprozeß über die Parteien erfolgt und daß der Weg zu einer unmittelbaren kommunalen Mitgestaltungsmöglichkeit

vor allem über die Wahllisten der Parteien führt. Naßmacher⁶¹⁾ kommt zu dem Ergebnis, daß die Parteien auch nach Verabschiedung ihrer Grundsatzprogramme in der Praxis die o.g. Funktionen nur unzureichend erfüllen. Er bezeichnet die Parteien als "Marketing-Abteilungen" der Kommunalverwaltung, die nicht Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung formulieren, sondern der "Herstellung von Massenloyalität für die Entscheidungseliten" dienen. Auch Lehmbruch⁶²⁾ stellt fest, daß die Parteien auf kommunaler Ebene die ihnen zukommenden Funktionen nicht hinreichend erfüllen mit der Folge, daß im kommunalen Willensbildungsprozeß Demokratiedefizite eintreten. Die auch in empirischen Untersuchungen⁶³⁾ vor allem bei den örtlichen Parteiorganisationen festgestellten Struktur- und Funktionsmängel haben zur Folge, daß sich Bürger mit Sorgen und Problemen vermehrt nicht mehr an etablierte Parteien, sondern an Bürgerinitiativen wenden, die bei der Wahrnehmung von Einzelinteressen unkomplizierter vorgehen können. Die Parteikritik setzt dabei vor allem an folgenden Punkten an:

Bedingt durch den Wandel von der "Gesinnungspartei" zur "Volkspartei" hat sich die Interessenselektivität verändert und die Parteiidentifizierung aufgrund zu vager Parteiprogramme, die eine Verfolgung partikularer Interessen immer schwieriger machen, abgenommen. Für sogenannte Volksparteien ist es schwierig, Einzelinteressen unter das Gemeinwohl zu subsumieren, weil Volksparteien eine Vielzahl von Zielen und Interessen berücksichtigen und viele verschiedene Gruppen einbinden müssen mit der Folge, daß sie bezüglich einzelner Themenbereiche nur eine begrenzte Problem- und Politisierungskapazität haben und damit im konkreten Einzelfall den Bürgerinitiativen unterlegen sind; denn die Bürgerinitiativen können das konkret aufgegriffene soziale Problem losgelöst von anderen konkreten Interessen politisieren.⁶⁴⁾ Darüberhinaus ist die "soziale Basis" der Parteien in den letzten Jahren auch deshalb schmaler geworden, weil sich die

Überrepräsentation bestimmter Berufsgruppen innerhalb der Partei im allgemeinen und der Führungsschicht im besonderen weiter verstärkt hat mit der Folge einer weiteren Verengung des vorhandenen Interessenspektrums und einer "Einschränkung des Interessenberücksichtigungspotentials". Neue politische Themen und Interessenbereiche werden nur zögernd und halbherzig aufgegriffen und sind gegen den Willen der Parteivorstandschaft nur schwer durchsetzbar. Nach Jarren⁶⁵⁾ zeigen die diesbezüglichen Untersuchungen, daß

"- die Informationsvermittlung der Parteien in Richtung Bürger diesen vor allem dazu dient, die nachträgliche Zustimmung zu bereits getroffenen Entscheidungen zu erhalten, - eine kontinuierliche, dem innerparteilichen Willensbildungs- und dem kommunalen Entscheidungsprozeß angepaßte (d.h. folgende oder begleitende) Informationsvergabe nicht erfolgt, - bei der Informationsübermittlung den lokalen Massenmedien, zu Lasten der unvermittelten Kommunikationsformen, eine Schlüsselrolle zugewiesen wird, wodurch die Bürger in die Rolle des "Politik-Konsumenten" gedrängt werden."

Widmaier⁶⁶⁾ stellt den Willen und die Fähigkeit der Parteien zur Entwicklung alternativer Konzepte in Frage und geht davon aus, daß die Parteien nicht deshalb an die Macht streben, weil sie Alternativprogramme realisieren wollen und weil sie davon überzeugt sind, daß diese Programme besser sind. Vielmehr entwickeln die Parteien bestimmte Programme mit dem Ziel, dadurch ihren Stimmanteil zu maximieren und die Regierung zu übernehmen. In den öffentlichen Veranstaltungen und bei der Pressearbeit geht es häufig mehr um die Selbstdarstellung und nicht um politische Inhalte und um den kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozeß. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht auch heute häufig noch die Frage, wie die Parteiwerbung professionalisiert und verbessert werden kann und nicht die Frage, wie der derzeitige einbahnige Informationsfluß zu einem offenen Kommunikationsprozeß zwi-

schen Partei und Bürger umgestaltet werden kann. Hinzu kommt die oft fehlende Bürgernähe und die Distanz zwischen Bürger und Parteifunktionären sowie kommunalen Repräsentanten, die sich durch die Gebietsreform noch vergrößert hat, mit der Folge eines weiteren Kommunikations- und Repräsentationsdefizits zwischen Mandatsträger und Bürger und damit letztlich auch zwischen Parteien und Gemeindebewohnern.

Die Parteien haben dieses Problem erkannt und versuchen darauf zum Teil mit der Herausgabe lokaler Parteizeitungen zu reagieren. Sicherlich haben diese Zeitungen einen starken Selbstdarstellungszweck. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die Beiträge zu kommunalen Problemen in diesen Zeitungen von den Bürgern sorgfältig gelesen werden und daß die Parteien damit eine nicht unbeachtliche Kommunikationsleistung innerhalb der Kommune erbringen.

Die Frage, welchen Einfluß die Partei auf die Kommunalpolitik hat, hängt schließlich auch davon ab, ob und wie der Parteivorstand und die Gemeinderatsfraktion miteinander zusammenarbeiten; denn gerade über die Gemeinde- oder Stadtratsfraktionen haben die Parteien nicht unmaßgeblichen Einfluß auf kommunale Entscheidungen.⁶⁷⁾ Häufig liegen in der kommunalen Politik vielfältige personelle Verzahnungen vor oder es besteht bei wichtigen Positionen in Partei und Fraktion sogar Personalunion, sodaß Parteivorstand und Fraktion z.T. uno sono sprechen.

Die Parteien wirken ferner über ihre Mitglieder, die in den örtlichen Vereinen und Verbänden integriert sind und die teilweise recht engen Kontakt zur ortsansässigen Wirtschaft haben, bei kommunalpolitischen Entscheidungen mit; weil diese Gruppierungen die Strukturen der örtlichen Kommunikation maßgeblich mitgestalten. Auf sie soll deshalb im folgenden kurz eingegangen werden.

2.3.5 Einfluß von Vereinen/Verbänden

Ellwein/Zoll⁶⁸⁾ stellen fest, daß die Vereine eine wichtige Vermittlerrolle haben zwischen den Bürgern einerseits und der Öffentlichkeit, der Politik und der Gemeinde andererseits. Vereine tragen außerdem wesentlich zur kommunalen Gemeinschaftsbildung bei und erfüllen im Bereich des Sports, der Kultur und des Brauchtums - vor allem in kleineren Kommunen - Aufgaben, die sonst von der Gemeinde zu erfüllen wären.⁶⁹⁾ An den Vereinen werden außerdem für die Verwaltung Bedürfnisse und Wünsche der Allgemeinheit erkennbar. Die Vereine und Verbände treten für bestimmte Interessenbereiche auf, in denen sie Angelegenheiten, die häufig dem Gemeinwohl dienen, in eigener Verantwortung übernehmen und gestalten und dafür von der öffentlichen Hand auch Unterstützung erhalten.

Der Einfluß der Vereine und der "Lobby-Vereinigungen" im sozialen, ökonomischen und beruflichen Bereich auf den kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß wird in der Literatur je nach Stadtgröße und Raumstruktur unterschiedlich beurteilt, dürfte aber weniger durch direkte Formen, sondern in stärkerem Maße indirekt über die Verwaltung, die Fraktionen und über die Parteien erfolgen. Auch wenn konkrete politische Informations- und Kommunikationsleistungen, die sich auf den kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß richten, von ihnen nicht, oder nur in extremen Konfliktfällen, wenn die Interessen des Vereins unmittelbar tangiert sind, erbracht werden, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Vereine und Verbände, auch wenn ihr Zweck mehr auf soziale und kulturelle Probleme gerichtet ist, aufgrund persönlicher Verflechtungen in den kommunalpolitischen Raum hineinwirken, weil in den Entscheidungsgremien, Fraktionen und Parteien Verbands- und Vereinsmitglieder sitzen.⁷⁰⁾ Außerdem benutzen die kommunalen Repräsentanten und Honoratioren Vereine und Verbände gerne als Bühne im vorpolitischen Raum zur

Demonstration ihrer Volksnähe und zur Steigerung ihrer Popularität; denn sie wissen, daß das Engagement für die Vereine und Verbände wegen der bevorzugten Behandlung dieser in der Lokalpresse sehr öffentlichkeitswirksam ist und sie sind oft, um ihren Einfluß zu stärken, selbst Mitglieder in diesen Gremien. Nach Jarren⁷¹⁾ ergibt sich der Einfluß der Vereine insbesondere aus folgenden Gründen:

"- E r s t e n s sind Vereine aufgrund ihrer Mitgliederzahl, ihrem finanziellen Potential, ihrem lokalen Prestige sowie ihren Informationsmöglichkeiten ohne weiteres in der Lage, einzelne Entscheidungen zu beeinflussen, wobei hier die jeweiligen Vereinsvorstände eine aktive - und von der restlichen Mitgliedschaft relativ unabhängige - Rolle spielen ('partizipationsarme Strukturen')

- Z w e i t e n s bestimmen Vereine die Formen der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Gemeinde oder Stadt mit. 'Es ist verfehlt davon auszugehen, daß Macht und politischer Einfluß sich gänzlich auf der Ebene 'konkreter Entscheidungen' fassen lassen. Es darf also nicht die Möglichkeit außer acht gelassen werden, daß Vereine durch Beeinflussung lokaler Wertvorstellungen, politischer Verfahren und Rituale den Entscheidungsprozeß auf verhältnismäßig nicht kontroverse Angelegenheiten beschränken können, obwohl in der Gemeinde ernste, aber latente Machtkonflikte bestehen'"

Aufgrund dieser Fakten nehmen die Ratsmitglieder und die örtlichen Parteiorganisationen auf die Interessen und die Wünsche der Vereine und Verbände bei der Erstellung ihrer Prioritätenlisten Rücksicht. Auch wenn davon ausgegangen werden muß, daß die Vereine vor Ort Informations- und Kommunikationswünsche Außenstehender nur sehr zurückhaltend erfüllen und daß bei ihnen Geselligkeit und "unpolitische Kommunikation" absoluten Vorrang haben, ja sogar Angst vor internen politischen, insbesondere parteipolitischen Diskussionen besteht und sie als Organisation selbst unmittelbar

kaum an der Bildung des Meinungs- und Willensbildungsprozesses mitwirken, bleibt dennoch festzustellen, daß gerade mit wachsender Stadtgröße vereinsintern bei größeren politischen Konflikten diese Themen diskutiert werden und der Verein damit mittelbar zu einem wichtigen Verteiler und "Umschlagplatz" politischer Informationen und Meinungen wird.⁷²⁾

Einen weiteren Einflußfaktor, der in wissenschaftlichen Untersuchungen teilweise im Zusammenhang mit den Vereinen und Verbänden abgehandelt wird, stellen die Wirtschaft und die nicht organisierten Interessengruppen dar.

2.3.6 Die Macht der Wirtschaft und der Interessengruppen

Dieser Bereich wird hier in Anlehnung an Ellwein/Zoll⁷³⁾ gesondert behandelt, denn er zeichnet sich dadurch aus, daß er - anders als die Vereine und Verbände - sehr lose organisiert ist und nur von Fall zu Fall in aller Stille seinen Einfluß geltend macht. Die hier ablaufenden Kommunikationsprozesse sind besonders schwer zu rekonstruieren, weil die Art und Weise des Vorgehens, anders als bei Initiativen und Vereinen/Verbänden mit festen Organisationsstrukturen nicht in Mitgliederversammlungen oder in öffentlichen Veranstaltungen diskutiert und öffentlichkeitswirksam vorgetragen, sondern häufig durch informelle Kontaktaufnahme und in inoffiziellen Gesprächen bereits im Vorfeld abgeklärt werden und unerwünschte Entscheidungen erst gar nicht ins offizielle öffentliche Beratungs- und Diskussionsstadium gelangen.⁷⁴⁾

Die Ursache für diese Form der Kommunikation liegt einmal in der steuerlichen und arbeitsmarktpolitischen Abhängigkeit der Kommunen insbesondere von Wirtschaftsinteressen und ferner in den persönlichen Kontakten zu den kommunalen Repräsentanten. Industrielle, Wirtschaftsmanager und Inhaber größerer Betriebe haben in den Kollegialorganen der Gemeinden zwar keine formalen Positionen inne, doch ihre faktische ge-

sellschaftliche Macht hat nahezu normative Kraft im kommunalen Bereich und sie haben maßgeblichen Einfluß auf den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß. Die Drohung mit der Reduzierung von Arbeitsplätzen, Standortwechsel etc. vermag die Räte, den Bürgermeister und die Verwaltungsspitze noch immer maßgeblich zu beeinflussen. Außerdem stärken gute Beziehungen zur Wirtschaft die Machtposition des Oberstadtdirektors oder des Bürgermeisters.

Die Macht der Industrie (Veto-Gruppen) und der kommunalen Verwaltungsspitzen (Entscheidungseliten) ergänzen sich und bilden eine auf Dauer angelegte Koalition. Die Wirtschaft erhält über die Verwaltung gute Kontakte zu den übergeordneten Stellen und die kommunale Verwaltung und die Ratsmitglieder brauchen die Wirtschaft, weil es für sie aufgrund der schlechten Finanzlage immer schwieriger wird, neue Aufgaben zu übernehmen.⁷⁵⁾ Industriefreundliche Entscheidungen sind darüberhinaus kommunalpolitisch gut zu verkaufen, weil sie - zumindest vordergründig - für die Bevölkerung vorteilhaft sind. Es kann jedoch sehr schnell geschehen, daß sich die Kommunen dem Druck der örtlichen Wirtschaftsinteressen in starker Form ausgesetzt fühlen; denn "Das Zusammenspiel von

- zunehmender Verflechtung und Konzentration der Kapitalinteressen,
- rechtlicher Absicherung des Einflusses dieser Interessen auf die Kommunalpolitik (Gewerbesteuer, Bodenrecht)
- und tatsächlicher Abhängigkeit der Gemeinden aufgrund ihrer Geldknappheit

führt dazu, daß die gemeindliche Entwicklung sich immer stärker an diesen Interessen orientieren muß und daß alle kommunalen Funktionen immer mehr dem Gebot der Profitmaximierung untergeordnet werden."⁷⁶⁾

Zu dieser Abhängigkeit von Wirtschaftsinteressen kommt, daß sich die Gemeinden den Erfordernissen staatlicher Wirtschaftspolitik beugen müssen. Aufgrund ihrer schlechten Fi-

nanzlage sind die Kommunen auf die staatlichen Kredite und Zuschüsse angewiesen, mit der Folge, daß kommunale Investitionen nicht dann erfolgen, wenn der Bedarf dies erfordert, sondern dann, wenn es konjunktur- und strukturpolitisch angemessen und förderlich ist. Auch die Frage des "wo" und "wie" der öffentlichen Einrichtungen bestimmen sich weniger nach lokalen Erfordernissen, als nach zentralen strukturpolitischen Aspekten.

Will der einzelne Bürger auf die kommunale Willensbildung Einfluß nehmen und besteht er auf seinen wenigen Mitwirkungsmöglichkeiten, sieht er sich konfrontiert mit einer "konzertierten Aktion privilegierter Interessen" und "de facto längst getroffener Entscheidungen".⁷⁷⁾ Auf die Forderung, die de jure noch nicht getroffenen Entscheidung zu überdenken und das Problem ("nochmals") zu diskutieren, reagiert die Exekutive nicht selten damit, daß sie den sich engagierenden Bürgern und Bürgergruppen Besserwisserei vorwirft und sie als Querulanten bezeichnet, "denen man es doch nie rechtmachen kann".

Mit dem durch die dargestellten Verflechtungen und durch die gemeindliche Abhängigkeit von wirtschaftlichen und verbandlichen Interessen verbundenen Demokratiedefizit setzen sich vor allem kommunale Bürgergruppen und Bürgerinitiativen mit lokalen Zielsetzungen auseinander. Welchen Einfluß sie auf den lokalen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß haben, soll im folgenden skizziert werden.

2.3.7 Bedeutung der Bürgerinitiativen

1. Begriff, Entstehungsursachen und Bedeutung der Bürgerinitiativen

Die sozialwissenschaftliche Forschung kennt eine Vielzahl verschiedener Definitionsansätze für den Begriff "Bürgerinitiativen".⁷⁸⁾ Eine in der Wissenschaft allgemein anerkannt-

te Definition des Begriffs gibt es jedoch nicht. Dies hat seine Ursache nicht nur in den sehr verschiedenen Zielen und Formen der Bürgerinitiativen, sondern auch in den unterschiedlichen Bewertungen ihrer Arbeit. Nach der Definition von Guggenberger⁷⁹⁾, von der hier ausgegangen werden soll, sind Bürgerinitiativen "spontane, zeitlich in der Regel begrenzte, organisatorisch lockere Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich außerhalb der traditionellen Institutionen und Beteiligungsformen der repräsentativen Parteiendemokratie zumeist aus konkretem Anlaß als unmittelbar Betroffene zu Wort melden und sich, sei es im Wege der Selbsthilfe, sei es im Wege der öffentlichen Meinungswerbung und der Ausübung politischen Drucks, um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen." Da fehlende Fixierbarkeit, Instabilität, Flexibilität, Wandelbarkeit und Spontanität Kennzeichen dieses Phänomens sind, will Guggenberger seine Definition nicht als endgültig verstanden wissen, sondern als den Versuch einer Annäherung, bei dem der Gegenstand unter den einzelnen relevanten Aspekten anhand eines Klassifizierungsschemas jeweils beleuchtet wird.

Die Gründe, die für die Entstehung und starke Vermehrung der Bürgerinitiativen genannt werden, sind - wie oben unter II.1.2 bereits angedeutet - sehr unterschiedlich. Je nach politischem Standort und theoretischem Ansatz werden angeführt: Die "sich verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Systems", die "Legitimationskrise" des Staates⁸⁰⁾, die größere "Konflikthaftigkeit kommunaler Politik", die "Mißstände im Reproduktionsbereich".⁸¹⁾ In der Literatur überwiegt die Meinung, daß die Bürgerinitiativen begünstigt durch die Wirtschaftsrezession des Jahres 1966, durch die Probleme der großen Koalition und durch die Studentenunruhen ihre Entstehungsursache vor allem in einer - zumindest teilweisen - Neuorientierung gesellschaftlicher Normen und Werte haben.⁸²⁾ Die Krise der Städte Ende der 60er Jahre führte dazu, daß immer mehr Bürgergruppen entstanden, die versuchten über die

ihnen nach der Verfassung und anderen Rechtsvorschriften zustehenden Beteiligungsmöglichkeiten Einfluß auf die Entscheidungen ihrer kommunalen Repräsentanten zu gewinnen. Sie hielten unter Hinweis auf die Planungsfehler und Negativentwicklungstendenzen vor allem im kommunalen Bereich die bestehenden Formen politischer Teilnahme nicht für ausreichend und sahen die Ursachen für die "Staats- und Parteiverdrossenheit" der Bürger und für die Autoritäts- und Legitimitätskrise im lokalen Bereich auch in den Unzulänglichkeiten der kommunalen Demokratie.⁸³⁾

2. Aufgabenstellung und Kommunikationsleistung der Bürgerinitiativen

In der Anfangsphase, als sich die Bürgerinitiativen im Regelfall "punktuell gegen die Vernachlässigung von Einzelinteressen" richteten, konnten sie relativ leicht "Betroffene" organisieren und motivieren. Sie griffen aktuelle Einzel(fall)probleme auf,⁸⁴⁾ um sie schnellen, oft einseitigen und zum Teil auch von massiven persönlichen Interessen bestimmten Lösungen zuzuführen. Den Initiatoren ging es nicht, wie Parteien und freien Wählergruppen, um Mitarbeit in den kommunalen Kollegialorganen und die von ihnen gemachten Vorschläge konnten häufig von den gewählten Vertretern, die das Gemeinwohl aller im Auge haben müssen, nicht übernommen werden. Die Bürgerinitiativen sahen ihre Aufgabe darin, die Interessen der unmittelbar Betroffenen zu artikulieren und für sie im Rahmen des lokalpolitischen Entscheidungsfindungsprozesses die Initiative zu ergreifen und eine Informations-, Kontroll- und Korrektivfunktion wahrzunehmen. Auch wenn den Bürgerinitiativen häufig vorgeworfen wurde, sie würden egoistische Ziele auf Kosten der Allgemeinheit nach dem "St. Florians-Prinzip" betreiben, so muß doch festgestellt werden, daß sie einen ersten Schritt auf dem Weg zu vermehrter und "echter" Bürgerbeteiligung bedeuten können und daß sie häufig Denkanstöße gaben und Seismographen für Stimmungen,

Problementwicklungen und Defizite unterschiedlichster Art waren und sind.⁸⁵⁾

Darüberhinaus bemühten sich die Alternativbewegungen im allgemeinen und die Bürgerinitiativen im besonderen sehr früh darum, Themen generell anzugehen und die Gesellschaft vor allem auch im kommunalen Bereich stärker zu demokratisieren und die Bürger zu politisieren. Sie befaßten sich dabei mit den Auswirkungen der Industrialisierung, der Verkehrsmisere und des geltenden Bodenrechts ebenso, wie mit dem kommunalen Sozial- und Gesundheitswesen sowie mit der kommunalen Bildungspolitik und dem städtischen Planungswesen. Partizipationsapathien und -defizite wurden herausgestellt und Reformen der bestehenden Ordnung vor allem im kommunalen Bereich zur Förderung politischer Aktivität der Bevölkerung und zur Kontrolle "bürokratischer Apparaturen" gefordert.⁸⁶⁾

Heute befassen sich die Bürgerinitiativen überwiegend mit wirtschaftlichen, religiösen und sozialen Grundsatzproblemen, die in der politischen Praxis noch nicht geläufig sind und die neue Vorstellungen und Werte enthalten. Diese Themen sind stärker "gemeinwohlorientiert" und betreffen nicht unmittelbar und direkt Einzelinteressen mit der Folge, daß die Artikulation solcher Interessen und die Mobilisierung der Bevölkerung hierfür schwieriger ist.⁸⁷⁾

Auch die Kommunikationsleistung der Bürgerinitiativen ist zunächst abhängig von den vorgefundenen kommunalen Strukturen. Lange Zeit wurde die Überschaubarkeit und Anschaulichkeit als Charakteristikum kommunaler Probleme gesehen und hieraus wegen der unmittelbaren Betroffenheit geschlußfolgert, daß die Bevölkerung für kommunale Probleme leicht zu politisieren und zu motivieren sei. Abgesehen davon, daß ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung in Großstädten wohnt, in denen von Anschaulichkeit und Überschaubarkeit kommunaler Probleme kaum mehr die Rede sein kann, haben sich auch die Strukturen kommunaler Probleme aufgrund zunehmender

Komplexität maßgeblich verändert und damit ist auch die Motivierbarkeit beim Bürger heute von anderer Beschaffenheit und Qualität. Aber auch dort, wo es die Überschaubarkeit noch gibt, muß sie nicht von Vorteil sein, denn die "geringe soziale Distanz der an der Kommunalpolitik Beteiligten und die Verquickung von persönlichen Interessen und den Funktionen als "Stadtrat trägt zu einer Behinderung der politischen Auseinandersetzung und zu einer "Entpolitisierung" bei und beinhaltet die Gefahr, mittelbar oder unmittelbar wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Druck auszuüben und damit die Mehrheit der Bürger von der Teilnahme am politischen Leben auszuschließen.⁸⁸⁾ Darüberhinaus wird der einzelne Bürger auch dort, wo die Probleme für ihn auf Gemeindeebene konkret und erfaßbar sind, nur selten aus Solidarität mit Betroffenen, sondern erst dann aktiv werden, wenn er selbst unmittelbar betroffen ist. Ist der ihn unmittelbar betreffende konkrete Einzelfall gelöst, erlischt sehr schnell sein politisches Interesse. Die erreichte Mobilisierung und Politisierung der Bürger läßt sich sowohl hinsichtlich des Grades als auch hinsichtlich der zeitlichen Dauer in der Praxis nicht kontinuierlich auf hohem Niveau halten, sondern geht langsam wieder unter. Die These, daß die Bürger durch kommunale Probleme unmittelbar betroffen und deshalb am ehesten politisch mobilisierbar sind, hat sich in dieser klaren Form nicht bewahrheitet. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte auch darin liegen, daß die Bürger festgestellt haben, daß in kommunalen Gebilden mit geringer Überschaubarkeit die Beteiligungsmöglichkeiten minimal sind und daß die Beeinflußbarkeit des politischen Geschehens in Kommunen mit zunehmender Überschaubarkeit deshalb an Bedeutung verliert, weil das Gewicht der kommunalen Entscheidungen hier abnimmt. Naschold⁸⁹⁾ beschreibt dieses "Dilemma" wie folgt: "Tendenziell gesehen ist die Mitgliederbeteiligung in großen Organisationseinheiten minimal, in kleinen Einheiten, wo grose Mitgliederbeteiligung möglich ist, jedoch trivial". Auf-

grund der fehlenden Teilhabe bzw. Einflußmöglichkeit im kommunalpolitischen Entscheidungsfindungsprozeß werden viele von denen, die durch einen konkreten Einzelfall mobilisiert wurden, enttäuscht und fallen wieder in den Zustand zurück, der durch kommunalpolitische Interessenlosigkeit geprägt ist und dem sie durch Sätze wie "die da oben machen so und so was sie wollen" oder "da kann man nichts machen" Luft machen und ihre Resignation zum Ausdruck bringen. Hinzu kommt, daß eine unpersönliche Stadtentwicklung und monotone Großsiedlungen, in denen viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben, nicht zu einer besseren Kontaktdichte, sondern eher zu überhöhtem Privatismus, zur vermehrten Abkapselung sowie zum Abbau bürgerschaftlicher Einstellungen und zu einem passiven Konsumverhalten führen mit der Folge, daß die Zahl der kommunalpolitisch Engagierten sinkt.⁹⁰⁾ Ziel muß es deshalb sein, die bürgerliche Mitwirkung bei der Regelung kommunaler Fragen im Interesse der Allgemeinheit anzustreben und zu fördern. Dies kann allerdings nicht in der Form geschehen, daß unter Demokratie ein herrschaftsloser Zustand verstanden wird, weil Demokratie nicht nur eine bestimmte Gesellschaftsform, sondern auch eine bestimmte Herrschaftsform darstellt. Konkret bedeutet dies, daß der Bürgermeister und die Ratsmitglieder politische Herrschaft auf Zeit ausüben und daß sie die zu treffenden politischen Entscheidungen auch zu verantworten haben.⁹¹⁾ Diese politische Verantwortung können die demokratisch legitimierte Organe nicht qua Dezentralisation auf Bürgerinitiativen und demokratisch nicht legitimierte Stadtteilorgane übertragen, weil diese dem Bürger nicht verantwortlich sind und die Gemeinde deshalb auf Dauer Schaden nehmen würde. Ausgehend von diesen Feststellungen und unter Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen kommunalen Strukturen haben die Bürgerinitiativen als Vermittler politischer Kommunikation wichtige Funktionen zu erfüllen und es ist heute nicht mehr bestritten, daß sie "als Forum der bürgerschaftlichen Beteiligung" eine

wichtige Bedeutung haben und in der Tat eine stärkere Beteiligung der Bürger am kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ermöglichen.

Ob die Bürgerinitiativen die von ihnen vertretenen Interessen durchsetzen können, hängt nach Jarren⁹²⁾ im wesentlichen ab vom konkreten Politikbereich, in dem sich die Gruppe engagiert, den genauen Zielsetzungen der Initiative (große oder kleine, konkrete oder globale Ziele), der sozialen Zusammensetzung und der Anzahl der Initiativmitglieder, dem Verhältnis der Initiative zu den anderen lokalen meinungsbildenden Institutionen (Presse, Parteien, Vereine, Verwaltung) und der Fähigkeit, die Beteiligten zu sensibilisieren, Kommunikationsprozesse in Gang zu setzen und die erforderliche (Teil-)Öffentlichkeit herzustellen. Sowohl bei der Wahrnehmung von "partikularen" Einzelinteressen als auch bei der Verfolgung neuer "gemeinwohlorientierter" Interessen benötigen die Bürgerinitiativen die Zusammenarbeit mit anderen sozialen und/oder politischen Organisationen; denn sie können - da sie nicht auf Dauer angelegt sind - nicht auf eigene vorhandenen Kommunikationskanäle zurückgreifen und sie beabsichtigen auch nicht, solche anzulegen. Sie sind deshalb auch stärker von der Nutzung lokaler Massenmedien abhängig.

Adressat der Bürgerinitiativen ist in der Regel die kommunale Verwaltung. Nach einer Untersuchung von Borsdorf-Ruhl⁹³⁾ richten sich nur 6 % der Bürgerinitiativen nicht an die Exekutive. Die Verwaltung und die politischen Planer haben hierauf sehr schnell reagiert und versuchen frühzeitig, ihre Vorhaben zu legitimieren, indem sie - auch wenn es gesetzlich nicht vorgeschrieben ist - die Planungsbetroffenen bei der Planaufstellung beteiligen. In der 2. Hälfte der 70er Jahre zog dann auch der Gesetzgeber nach (vgl. Bundesbaugesetz, Städtebauförderungsgesetz ...). Dennoch gestaltet sich die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerinitiativen schwierig, weil die Strukturelemente verschieden sind. Die Struktur der Bürgerinitiative ist geprägt durch gemeinsame

Vorstellungen und Ziele und durch eine lose Organisationsform, während die Verwaltung hierarchisch aufgebaut und der Entscheidungsprozeß formalisiert ist.

Auch die vorhandenen Interessenvertretungen sind aufgrund ihrer politischen Strukturen kein angemessener Ansprechpartner für die Bürgerinitiativen, weil sie auf Delegation, Repräsentation und Arbeitsteilung angelegt sind und es zu einem "formalisierten Informationsaustausch" nicht kommt. Darüberhinaus wird die Kooperation zwischen den Bürgerinitiativen und den Verbänden, ebenso wie zwischen den Parteien und den lokalen Mandatsträgern durch ein Konkurrenzverhältnis erschwert.⁹⁴⁾

Ursachen dafür, daß auch der Kontakt der Bürgerinitiativen zu den Ratsmitgliedern problematisch und schwierig ist, sind nicht nur die Überforderung und Parteilichkeit der Ratsmitglieder und der höhere Sachverstand der Verwaltung. Die Ratsmitglieder neigen zu einer "Nichtanerkennungspolitik" gegenüber den Bürgerinitiativen. Sie sprechen ihnen die Legitimation ab und werfen ihnen vor, daß sie sich Befugnisse anmaßen, die nur den gewählten Repräsentanten zustünden. Bei publikumswirksamen Themen versuchen lokale Gemeinderatsfraktionen und Parteiorganisationen den Bürgerinitiativen das Anliegen, wenn es eigenen Positionen entspricht, aus der Hand zu nehmen oder die Gruppe als Instrument für eigene Profilisierungsinteressen zu nutzen.

Trotz der genannten Kommunikationsschwierigkeiten mit den etablierten kommunalen Einflußfaktoren und trotz der fehlenden festen Organisationsform funktionieren Bürgerinitiativen relativ gut. Das Defizit an Organisationsstruktur hat zur Folge, daß den Interessenten und Mitgliedern eine lose punktuelle, befristete und unverbindliche Teilnahme möglich ist, ohne daß der einzelne sich mit allen Zielen der Aktion identifizieren muß. Wegen der losen Organisationsform und wegen der aufgezeigten Probleme bei der Kommunikation mit Parteien

Verbänden und kommunalen Repräsentanten hängt die Effizienz der Bürgerinitiativen allerdings, anders als bei Vereinen und Verbänden, nahezu ausschließlich von ihren Aktivitäten ab und davon, wie sie ihre Ziele und Anliegen der Öffentlichkeit vermitteln können.

Nur wenn es den Bürgerinitiativen gelingt, bestimmte Themen oder Themenbereiche zu besetzen und das öffentliche Interesse hieran zu wecken, können sie den politischen Druck erzeugen, der notwendig ist, um bei der kommunalen Selbstverwaltung ihr Anliegen einzubringen und durchzusetzen. Je besser die Unterstützung durch die Medien, desto größer das öffentliche Interesse und die Mobilisierung der Öffentlichkeit und je stärker die Mobilisierung, desto besser die Erfolgsaussichten, bereits vorgenommene Festlegungen aufzuweichen und neue zu bestimmen.⁹⁵⁾ Für die Herstellung der erforderlichen Breitenwirkung benötigen die Bürgerinitiativen Verbündete aus dem Bereich der "nicht unmittelbar betroffenen Öffentlichkeit".⁹⁶⁾ Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit müssen die Bürgerinitiativen also den Anteil der interessierten Öffentlichkeit erhöhen, die Betroffenen emotionalisieren und für Aktionen gewinnen, die Anhänger der Initiative durch ständige Informationen auf dem laufenden halten, die für die Mißstände Verantwortlichen und Schuldigen nennen und kontrollieren und auf die Entscheidungsträger mit Hilfe einer guten und intensiven Öffentlichkeitsarbeit Druck ausüben.

Eine gute Informationspolitik muß sich um einen "wechselseitigen Informationsfluß" bemühen und sich nicht nur auf Informationen "von oben nach unten" beschränken. Jarren⁹⁷⁾ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß ein kontinuierlicher Informationsfluß zwischen der "Kerngruppe", dem "Nichtkern" und dem "Sympathisantenkreis" einer Bürgerinitiative unabdingbar ist, weil ein Kommunikationsdefizit insbesondere zwischen Kern und Nichtkern den Erfolg der Initiative insgesamt in Frage stellen kann. Voraussetzung für eine

gute Kommunikationsstruktur sind eigene Medien (Stadt(teil)zeitungen, Volksblätter, Flugschriften etc.), weil die etablierte Lokalpresse nicht oder nicht in dem von der Szene für notwendig gehaltenen Umfang bereit ist, über Initiativen und deren Stellungnahmen zu berichten. Anhand verschiedener Fallstudien legt Jarren dar, daß es Bürgerinitiativen lange Zeit schwerer als etablierte Organisationen hatten, ihre Arbeit in der Lokalpresse überhaupt, und wenn, dann positiv darzustellen. Dies war für die Bürgerinitiativen besonders verhängnisvoll, weil der Erfolg ihrer Aktionen wegen der aufgezeigten besonderen Strukturen maßgeblich von der Art und dem Umfang der massenmedialen Berichterstattung abhingen. Dennoch ist es den Bürgerinitiativen gelungen, Probleme und Interessen zu thematisieren und in den kommunalpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß einzubringen, die von den anderen Institutionen - bewußt oder unbewußt - nicht oder jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt aufgegriffen und berücksichtigt worden wären. Andererseits muß aber auch festgestellt werden, daß der Beitrag der Bürgerinitiativen zu einem kontinuierlichen Informationsaustausch aufgrund ihrer begrenzten Zielsetzungen gering ist.⁹⁸⁾

Bei der Darstellung der Kommunikationsleistungen der verschiedenen Institutionen, insbesondere der Bürgerinitiativen, hat sich gezeigt, daß die Wirksamkeit ihrer Arbeit zumindest in einem gewissen Umfang davon abhängt, ob es ihnen gelingt, das jeweilige Anliegen in seiner Bedeutung der Öffentlichkeit bewußt zu machen und Lösungsmöglichkeiten darzustellen. Diese Öffentlichkeitswirksamkeit kann nur über vorhandene etablierte oder über eigene neue Medien erreicht werden. Die Frage lautet also zunächst, welchen Beitrag die etablierte Lokalpresse hier leisten kann und welchen Beitrag sie leistet.

2.3.8 Funktionen und Wirkungsweise der etablierten Lokalpresse

Im Vielerlei der "modernen" Probleme mit den sogenannten "Neuen Medien"⁹⁹⁾ wurde die Lokalzeitung, das Heimatblatt und die Überregionale Tageszeitung mit Lokalteil einer öffentlichen Diskussion lange Zeit nicht für würdig befunden. Dies, obwohl die Lokalpresse ein wichtiges Mittel der Gemeindeintegration darstellt und der Lokalteil der Tageszeitungen beim Leser eine ebenso herausragende Rolle spielt wie die politischen Nachrichtensendungen beim Fernsehen.¹⁰⁰⁾

Die Kommunikationsleistungen der etablierten Lokalpresse können dabei nur im Kontext mit ihrer Entwicklung und mit den funktionalen Anforderungen an die Berichterstattung über Kommunalpolitik dargestellt und gewürdigt werden. Obwohl der lokale Kommunikationsraum insbesondere aufgrund der durch die Pressekonzentration bedingten Zunahme der Einzeitungskreise zusehends in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses rückt, gibt es im Bereich der Lokalkommunikationsforschung noch immer erhebliche Defizite. Nach Saxer¹⁰¹⁾ stimmen "Anspruch und Realität der Kommunikationsforschung" auch bezogen auf den lokalen Bereich nicht überein, weil dem der lokalen Kommunikation beigemessenen hohen Stellenwert keine entsprechende systematisch intensive Forschung gegenübersteht. Soweit Ergebnisse vorliegen, handelt es sich insbesondere um Fallstudien über lokale Massenmedien, die sich allerdings nicht oder nur bedingt verallgemeinern lassen.

Ehe auf die spezifischen Funktionen der Lokalzeitung als Kommunikationsmedium und auf ihre tatsächlichen Kommunikationsleistungen eingegangen wird, bedarf es einiger Anmerkungen zu Begriff und Entwicklung der Lokalpresse.

1. Begriff und Entwicklung

Wie bei Saxer¹⁰²⁾ ausführlich dargelegt, besteht weder Einigkeit darüber, wie "das Lokale" zu definieren ist, noch

sind eindeutige Kriterien für den Typus "Lokalpresse" herausgearbeitet. Aus dem Wort "Lokalpresse" bzw. "Regionalpresse" ergibt sich, daß es sich hierbei um Zeitungen und Zeitschriften mit einem lokalen oder regionalen Verbreitungsgebiet und einem sogenannten "Lokalteil" bzw. "Regionalteil" in dem örtliche bzw. regionale Themen behandelt werden, handeln muß.¹⁰³⁾ Als weiteres Kennzeichen der "Lokalpresse" wird zum Teil hervorgehoben, daß sich der Inseratenmarkt im wesentlichen auf "lokale bzw. lokal ausgerichtete Anzeigen von lokalen Inserenten" beschränkt.¹⁰⁴⁾ Nach Koszyk/Prys¹⁰⁵⁾ ist Lokalpresse der Oberbegriff für alle Zeitungen, "die innerhalb eines vergleichsweise eng umgrenzten Raumes verbreitet sind". Die Größe des Verbreitungsgebietes bildet bei der Typologie von Zeitungen eine gebräuchliche Variable und wird auch bei der Abgrenzung Lokalpresse - Regionalpresse herangezogen. Dabei gelten als Lokalpresse die Zeitungen, die auf Stadt- oder Kreisebene erscheinen und als Regionalpresse die Medien, deren Verbreitung sich auf "Landschaften" und "Provinzen" erstreckt,¹⁰⁶⁾ wobei hier allerdings die Abgrenzungslinien durchaus fließend sind. Nach Groth¹⁰⁷⁾ vereinigt der Lokalteil "Das Sein und Geschehen am Erscheinungsort und an den wichtigsten Verbreitungsplätzen des Periodikums samt ihren nächsten Umgebungen ..." soweit die Nachrichten hierüber nicht aufgrund ihrer Bedeutung und Reichweite in die großen Sparten Politik, Wirtschaft, Feuilleton gehören.

In der juristischen Fachliteratur werden die Begriffe "Lokalpresse" und "Regionalpresse" nicht gesondert behandelt. Sie unterliegen unstreitig in vollen Umfang den presserechtlichen Bestimmungen, sodaß eine Unterscheidung zwischen Zeitungen mit begrenzten Verbreitungsgebiet und Zeitungen mit nationalem Verbreitungsgebiet rechtlich nicht notwendig ist.¹⁰⁸⁾ In den folgenden Ausführungen wird grundsätzlich auf die Unterscheidung zwischen Lokalpresse und Regionalpresse verzichtet, weil der Übergang bei beiden Zeitungsty-

pen fließend und weil die Unterscheidung wegen der gleichgelagerten Problematik in beiden Bereichen nicht zwingend ist.

Die Aufgaben der Presse haben sich trotz Rundfunk und Fernsehen in den zurückliegenden Jahren qualitativ nicht wesentlich verändert.

Die Bedeutung der Lokalpresse ist nach wie vor sehr groß, insbesondere deshalb, weil sich die audiovisuellen Medien auf örtlich-kommunaler Ebene mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen sehr unzureichend oder überhaupt nicht befassen. Vor die Wahl gestellt, ausschließlich Zeitung, Illustrierte, Fernsehen oder Rundfunk zu benutzen, entschieden sich 1971 bei einer Umfrage der Tübinger Wickert-Institute 66 % der Befragten für die Zeitung, 15 % für das Fernsehen, 12 % für die Illustrierte und 7 % für den Rundfunk als Informationsmittel. Verglichen mit einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahre 1963 hat damit die Bedeutung der Zeitungen trotz Ausbreitung des Fernsehens in diesem Zeitraum zumindest quantitativ zugenommen.¹⁰⁹⁾

Ebenso wie die stürmische Entwicklung der elektronischen Medien die Bedeutung des ältesten Massenmediums "Presse", nicht zu schmälern vermochte, werden auch die neuen Medien nicht zu einer "zeitungslosen" Gesellschaft führen.¹¹⁰⁾ Allerdings wird im Konkurrenzkampf mit den neuen Medien nur ein "Journalismus der Recherche und der Zivilcourage" bestehen können.¹¹¹⁾

Bei der Einführung der neuen elektronischen Medien werden die Presseunternehmen beteiligt. Nach Art. 22 Abs.3 Ziffer 3 des Gesetzes über die Erprobung und Entwicklung neuer Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (Medienerprobungs- und -entwicklungsgesetz-MEG) müssen beispielsweise bei der Gründung der örtlichen Kabelgesellschaften die örtlichen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage die Möglichkeit einer angemessenen Beteiligung erhalten. Während der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) diese Beteiligung "im Interesse einer Erhaltung der Zeitungsvielfalt" für not-

wendig hält,¹¹²⁾ wird in der Literatur eher die Gefahr gesehen, daß die Verbindung von lokalen und regionalen Monopolzeitungen mit lokalen und regionalen elektronischen Medien zu einer neuen Dimension der Konzentration im Pressebereich führt und eine weitere Homogenisierung des realen Angebotes und eine weitere Reduzierung der publizistischen Vielfalt zur Folge hat.¹¹³⁾

Relevante Veränderungen vollziehen sich aber auch im Pressebereich selbst. Anhand der zurückgehenden "publizistischen Einheiten", der abnehmenden Zahl der Vollredaktionen, die ihren sogenannten "Zeitungsmantel" (Bundespolitik, Landespolitik, Kultur, Wirtschaft) selbstverantwortlich gestalten und anhand der Eigentumsverhältnisse bei den "publizistischen Einheiten" läßt sich ein fortschreitender Konzentrationsprozeß erkennen¹¹⁴⁾, der auch im Bereich der Tagespresse zu strukturellen Veränderungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf den kommunalen Raum führt. Der harte Konkurrenzkampf um Anzeigen- und Lesermärkte hat nicht nur zu Kauf und Fusion geführt, sondern auch zu Abhängigkeiten, Abstimmungen, Beteiligungen und Kooperationsabsprachen der jeweiligen Konkurrenten am Ort im Anzeigenbereich und darüberhinaus. Die Zahl der sogenannten "Ein-Zeitungs-Kreise" ist in starkem Maß angestiegen und hat dazu geführt, daß mehr als ein Drittel der Bundesbürger gegenwärtig in einem Gebiet leben, in dem nur eine Tageszeitung mit aktueller Berichterstattung über das örtliche Geschehen angeboten wird.¹¹⁵⁾ Darüberhinaus haben die Verlage im Zuge der Gebietsreform ihre redaktionellen Ausgaben den veränderten kommunalen Gebietsgrenzen angepaßt und die Verbreitungsgebiete der Zeitung vergrößert mit der Folge, daß Auflage und Zeitungsumfang gestiegen sind. Ursache für die Zunahme des Zeitungsumfanges war aber nicht ein verstärkter redaktioneller Teil der Zeitung, sondern das höhere Anzeigenaufkommen.¹¹⁶⁾ Wegen der durch die größeren Verbreitungsgebiete und die gestiegene Auflage bedingten höheren Insertionspreise verloren die Zeitungen ins-

besondere solche lokalen Inserenten (z.B. Einzelhandel) deren Interesse sich vorwiegend oder ausschließlich auf Kunden eines Stadtteils oder eines eng begrenzten Raumes beschränken. Mit Stadtteilausgaben und "sublokalen Ausgaben" versuchten die etablierten Zeitungsgruppen und -verlage die Kunden, die auf die kostengünstigeren Anzeigenblätter und Stadtteilzeitungen ausgewichen waren, zurückzugewinnen. Ferner sollte durch sublokale Ausgaben neben der Schaffung zusätzlichen Inserentenraumes die Möglichkeit eingeräumt werden, Probleme des jeweiligen Stadtteils abzuhandeln, um die von Alternativzeitungen, Anzeigen- und Mitteilungsblättern etc. genutzten Lücken im eigenen Interesse zu schließen. Das Ansteigen der redaktionellen Ausgaben lokaler und regionaler Abonnementzeitungen hat jedoch nur vordergründig zu einer Ausweitung der örtlichen Meinungsvielfalt geführt und vermag an der "publizistischen Unterversorgung" im Bereich der lokalpolitischen Kommunikation nichts zu ändern, weil nur die "Kopfblätter" bei gleichbleibendem Inhalt ausgewechselt wurden. Daß es den Verlegern bei der Herausgabe sublokaler Ausgaben mehr um ökonomische Aspekte und weniger um die Befriedigung von Leserinteressen im Hinblick auf kommunales Geschehen im unmittelbaren Umfeld geht, zeigt die Tatsache, daß "Ein-Zeitungs-Kreise" verstärkt in ländlichen strukturschwachen Bereichen festzustellen sind und daß Stadtteilausgaben bisher ausschließlich in Großstädten und Ballungsräumen erschienen.¹¹⁷⁾

Ehe die tatsächlichen Kommunikationsleistungen der Lokalpresse näher beleuchtet werden können, sollen zunächst die funktionalen Aufgaben der Presse dargestellt und die Frage beantwortet werden, ob sie aufgrund der skizzierten Entwicklungstendenzen diese Aufgaben auch erfüllen kann.

2. Zu den Funktionen der Presse

Das Bundesverfassungsgericht¹¹⁸⁾ stellt zu den Pressefunktionen fest:

" Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang, sie beschafft Informationen, nimmt selbst dazu Stellung und wirkt damit als orientierende Kraft in der öffentlichen Auseinandersetzung. In ihr artikuliert sich die öffentliche Meinung; die Argumente klären sich in Rede und Gegenrede, gewinnen deutliche Konturen und erleichtern so dem Bürger Urteil und Entscheidung. In der repräsentativen Demokratie steht die Presse zugleich als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung. Sie umfaßt die in der Gesellschaft und in Gruppen unaufhörlich sich neubildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen der Tagespolitik am Maßstab der im Volk tatsächlich vertretenen Auffassungen messen können."

Damit sind nicht nur die große Bedeutung der Presse für den politischen Willensbildungsprozeß, für die Integration aller Gesellschaftsmitglieder und für die "Struktur der Öffentlichkeit" aufgezeigt, sondern auch die Pressefunktionen im einzelnen beschrieben:¹¹⁹⁾

a) Informationsfunktion der Presse

Um von seinen staatsbürgerlichen Rechten wirksam Gebrauch machen zu können, insbesondere um an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und am politischen öffentlichen Leben partizipieren zu können, benötigt der Bürger ausführliche und umfassende Informationen über Fakten, Meinungen und Zusammenhänge. In einer Demokratie müssen die Massenmedien die Lawine von Daten so strukturieren, daß sie für die Bürger als Informationen verwertbar sind. Es gehört deshalb zu den unstreitigen Aufgaben der Presse, diese Informationen zu sammeln, zu ordnen, zusammenzufassen, aufzubereiten und unter kritischer Würdigung weiterzugeben (Zusammenfassungs- und Aufbereitungsfunktion).¹²⁰⁾ Das öffentliche Bekanntmachen kommunalpolitischer Ziele, Forderungen und Programme dient auch im kommunalen Bereich nicht nur dazu, den Bürger über den Meinungsbildungsprozeß zu unterrichten, sondern vor allem auch, den im politischen Bereich Tätigen die Wünsche, Sorgen und Vorstellungen der Bürger, insbesondere der Betroffenen, darzustellen, die Kritik der Bevölkerung wiederzugeben, Reaktionen aufzuzeigen und das Wirken der Gewählten darzustellen und zu kontrollieren. Zur Mittlerrolle zwischen

Bürger und Kommune gehört es auch, daß die Presse einen "Machtausgleich zwischen repräsentierten/organisierten und nicht-repräsentierten/nicht-organisierten und zudem vielleicht sogar nicht konfliktfähigen Interessen" zu erreichen sucht.¹²¹⁾ Voraussetzung hierfür sind nicht nur Sachlichkeit und Objektivität, sondern der Wille, "Anwalt der Wahrheit" zu sein. Dies bedeutet, daß der Journalist auch versuchen muß, die Argumente derer darzustellen, die die Entscheidungen zu treffen haben. Eine gute Arbeit der Regierenden setzt nämlich die Kommunikation mit dem Bürger und die Unterstützung durch den Bürger voraus. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn öffentliche Vorgänge durch die Presse transparent gemacht und der Bürger ausführlich unterrichtet und - soweit möglich - in geeigneter Weise beteiligt wird.¹²²⁾

Durch die Berichterstattung über das "soziokulturelle Geschehen" am Ort und in der näheren Umgebung geben die Tageszeitungen den Bürgern eine wichtige Orientierungshilfe und fördern und verstärken die Integration der Bürger in ihre Gemeinde. Die Bedeutung dieser Aufgabe gewinnt mit zunehmender Komplexität und Größe des Gemeinwesens an Bedeutung.¹²³⁾

Im kommunalpolitischen Bereich hat die lokalinformierende Tagespresse ferner die Aufgabe, durch ihre Informationen verbindliche, teilweise auch einander widersprechende Normen und Werte zu vermitteln, die geeignet sind, das Verhalten, das Denken und das Zusammenleben der Menschen auf Dauer zu prägen und damit systemerhaltend oder systemverändernd zu wirken. Im Lokalteil soll die Gemeinde dem Gemeindebürger als politisches Subsystem in Form von Berichten über Gemeinderatsbeschlüsse, Parteiarbeit und Ziele lokaler Institutionen dargestellt werden, um damit seine persönlichen Erfahrungen zu erweitern, seine Sachkenntnisse zu ergänzen, Möglichkeiten der Mitwirkung aufzuzeigen und eine Teilnahme am kommunalen Geschehen zu erleichtern.

b) Artikulier- und Kritikfunktion¹²⁴⁾

Zu den Aufgaben der Presse gehört jedoch nicht nur, Informationen und Meinungen aufbereitet wiederzugeben, sondern auch sich an der Meinungsbildung zu beteiligen und bei der Formung und Ausgestaltung der sogenannten "öffentlichen Meinung" mitzuwirken. Um dies zu erreichen, muß die Presse eine "tendenziell unbeschränkte Öffentlichkeit" herstellen, die Probleme transparent machen und unter Abklärung der Argumente in öffentlicher "Rede und Gegenrede" einen Konsens herbeiführen.¹²⁵⁾ Dabei gehen die Meinungen, ob und in welchem Umfang die Zeitungen hierbei bewußt oder auch nicht Einfluß auf politische Standpunkte nehmen, weit auseinander. In der älteren Wirkungsforschung wurde überwiegend davon ausgegangen, daß Zeitungen lediglich bereits vorhandene Meinungen und Ansichten verstärken, weil die Leser aus dem Medienangebot gezielt Zeitungen auswählen und die Artikel am intensivsten lesen, die ihrer Einstellung am nächsten kommen.¹²⁶⁾ Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, daß sich die Frage nach der Wirkung der Zeitung nicht global beantworten läßt, daß eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig ist, insgesamt jedoch tendenziell eher die Neigung besteht, den Einfluß der Presse auf das öffentliche Bewußtsein zu überschätzen. Es dürfte allerdings kaum zu bestreiten sein, daß die Presse auf ihre Leser und deren politisches und soziales Verhalten nachhaltige Wirkungen ausübt und daß sie zur Bildung und zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Bewußtseins beiträgt und daß ihre Berichterstattung und "Affektkulisse" mitursächlich ist für unterbewußte Wünsche und Motivationen der Menschen.

Die sich in der Gesellschaft und in ihren Gruppen herausbildende Meinung muß von der Presse an die politisch verantwortlichen Staatsorgane herangetragen werden. Die Presse soll den Staatsorganen kritisch gegenübertreten, Mißstände aufdecken und kritischen Meinungen einzelner Gruppierungen Gehör verschaffen.¹²⁷⁾

Obwohl gerade bei gesicherten Mehrheitsverhältnissen der Kontroll- und Kritikfunktion der Presse auch im lokalen Bereich große Bedeutung zukommt, neigt die in der allgemeinen großen Politik so kritische Presse im kommunalen Bereich eher zur Kritiklosigkeit. Die Lokalteile der Tageszeitungen vermittelten lange Jahre den Eindruck, als sei die Welt in der engeren überschaubaren Umgebung in Ordnung. Über Gemeinde- und Stadtratssitzungen und über kommunales Geschehen gab es nur offiziöse Berichte. Häufig werden Berichte abgedruckt, die von den örtlichen Institutionen selbst verfaßt sind und deshalb zunächst die eigene Position positiv darstellen ("Verlautbarungsjournalismus"). Auch wenn Lokalzeitungen, die ihre Aufgaben im demokratischen System ernst nehmen, gegenüber Kommunen und Region eine "dienende Funktion" haben, so bedeutet dies nicht, daß ihr Handeln gegenüber der Exekutive, der Judikative, den Parteien und den anderen Institutionen konfliktfrei sein muß; denn Pressearbeit beinhaltet auch die Verpflichtung, Korrektiv der Macht zu sein. Dies bedeutet, daß persönliche und personifizierte Verantwortung vor der Leserschaft unverzichtbar ist.

Die Ursachen dafür, daß in der Lokalpresse über kommunalpolitische Entscheidungen häufig weder hinreichend verständlich noch kritisch berichtet wird, sind vielfältig und liegen vor allem in der Besonderheit dieses Arbeitsbereiches:

Im persönlichen Nahbereich unterlassen es die Menschen wegen der vielfältigen Interessenverbindungen eher, sich mit anderen, die über Macht verfügen (z.B. Bürgermeister oder Stadtverwaltung), anzulegen. Ihre Kritikfähigkeit ist quasi gelähmt und die "Gefälligkeitspsychose" im kommunalen Raum am stärksten ausgeprägt.¹²⁸⁾ Eschenburg¹²⁹⁾ bezeichnet die Bürgermeister in kommunalen Angelegenheiten als die "geheimen Chefredakteure ihrer Lokalzeitungen" und es gibt, da sich die Lokalredaktionen ungern mit den Mächtigen im kommunalen Bereich anlegen, kaum Spannungen zwischen Presse und Kommunalverwaltung.

Für die Presse ist es außerdem wegen den noch immer üblichen geheimen informellen Entscheidungsabsprachen nicht leicht, an wichtige kommunalpolitische Informationen heranzukommen. Zwar kann der Lokalredakteur im kommunalen Bereich wegen der vorhandenen Sachnähe noch am ehesten mitgestalten, indem er ein nach allen Seiten offenes Forum der lokalen öffentlichen Meinungsbildung aufrechterhält. In der Praxis ist er allerdings oft von notwendigen Informationen abgeschnitten, weil auch im kommunalen Bereich viele Probleme hinter verschlossenen Türen und wichtige Entscheidungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit getroffen werden. Dem steht die Tatsache, daß die Presse im Vorfeld von Entscheidungen - oft bereits vor der Vollsitzung im Stadtrat oder der Ausschußsitzung - informiert wird und teilweise sogar zu nicht-öffentlichen Sitzungen zugelassen wird, nur scheinbar entgegen; denn damit ist die notwendige dauernde Öffentlichkeitsarbeit weder sichergestellt noch ist gewährleistet, daß der Bürger rechtzeitig an kommunalpolitischen Ereignissen beteiligt wird. Der Bürgermeister bezieht der Presse gegenüber im Normalfall erst dann Position, wenn die Entscheidungsrichtung aufgrund der Gespräche mit den sogenannten "Vorentscheidern" erkennbar ist.¹³⁰⁾ Eine kontroverse öffentliche Diskussion über kommunale Probleme wird nicht für erforderlich gehalten, weil die verantwortlichen Kommunalpolitiker ihre Arbeit meist als rein sach- und fachbezogen abgehoben von Parteipolitik sehen, mit der Folge, daß sie der Meinung sind, wirkliche Alternativen zu ihrer Arbeit gäbe es nicht.¹³¹⁾

Hinzu kommt ferner, daß die Kommunalpolitik mit ihren komplexen Sachverhalten, verschiedenartigsten Entscheidungsalternativen und örtlichen Besonderheiten sehr kompliziert ist und wegen des erforderlichen hohen Maßes an Sachkenntnis eine Darstellung häufig Schwierigkeiten bereitet. Im Bereich der kommunalpolitischen Auseinandersetzung fehlt den Lokalredaktionen für eine kritische Anmerkung deshalb oft weniger der Mut, als die notwendigen Detailkenntnisse. Sie sind nicht

selten überfordert, wenn sie lokale Problembereiche, für die häufig sogar einzelnen Gemeinderäten die Sachkenntnis fehlt, fundiert beleuchten und auf Fehlentwicklungen hinweisen sollen. Die Nähe des Objektes macht den Redakteur hier zurückhaltend, weil seine Äußerungen zu kommunalen Themen - im Gegensatz zu vagen Berichten z.B. über außenpolitische Themen - von allen Gemeindebürgern, die die Zeitung lesen und von allen lokalen Repräsentanten kontrolliert werden können. Die Bürger sind häufig unmittelbar betroffen und die Honorationen aufgrund der größeren Sachnähe kompetenter als der Zeitungsredakteur, der eine Vielzahl von Städten und Gemeinden zu betreuen hat. Von der Kritik, inhaltlich falsch oder ungenau berichtet zu haben, der Unterstellung, eine eigene Politik zu betreiben bis hin zu dem Vorwurf der Hofberichterstattung ist in diesem Bereich kein weiter Weg.

Darüberhinaus kann die Lokalpresse das Interesse an der Kommunalpolitik nur wecken, wenn sie Sachverhalte vereinfacht darstellt und bestimmte Schwerpunkte herausgreift. Dies beinhaltet jedoch die Gefahr, daß die Sachverhalte verkürzt dargestellt und die herausgestellten Schwerpunkte von den Bürgern am stärksten diskutiert werden. Wird die Berichterstattung über die lokalen Ereignisse den genannten Anforderungen nicht gerecht, führt dies zu einer Reduzierung der Teilnahme am politischen Leben der Gemeinde und damit langfristig zu einer "Kommunalpolitik ohne Bürger ...".¹³²⁾

Dies bedeutet, daß die Lokalredaktionen nicht nur zum Teil hochgeschraubte Lesererwartungen erfüllen und - bisher wissenschaftlich nicht exakt ermittelte - Leserinteressen berücksichtigen müssen, sondern auch, daß sie die Argumente und Vorstellungen der Exekutive und der Institutionen des vorpolitischen Raumes darzustellen und bei alledem auch die Interessen des Verlages zu beachten haben.¹³³⁾ Die Redaktionen haben sich auf diese Entwicklung zum Teil eingelassen und greifen heute Themen freizügiger auf, sehen sich aber auch verstärkt dem Vorwurf ausgesetzt, nur bestimmte und

nicht alle Themen aufzunehmen. Sie stehen einer Vielzahl von Interessengemeinschaften gegenüber, deren Wünsche nach Einflußnahme und deren divergierenden Interessen sie gegeneinander abwägen müssen. Dabei ist es unvermeidlich, daß auf diesem schmalen Pfad optimale Ergebnisse kaum zu erreichen sind. Häufig werden Kommentare und Nachrichten vermischt, Probleme personalisiert oder bestimmten Parteien angelastet. Von wenigen Ausnahmen abgesehen werden örtliche Honoratioren jedoch von Kritik verschont.¹³⁴⁾

Unabhängig davon kann jedoch nicht bestritten werden, daß bereits durch die Auswahl, durch die Aufmachung und durch die Plazierung der Artikel sowie durch die Ablehnung der Veröffentlichung anderer Artikel Kommunalpolitik mitgestaltet und die öffentliche Meinung durch Hervorhebung des einen Aspektes und durch Streichung anderer Argumente beeinflußt wird.

c) Erziehung und Bildung, Erholung und Rekreation¹³⁵⁾

Eine primäre Erziehungs- und Bildungsfunktion im Sinne von charakterlicher Prägung und geistig-seelischer Führung sowie im Sinne von Wissensvermittlung und Stoffdarbietung zur Erlernung von Fähigkeiten kann dem Lokalteil nicht zugesprochen werden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß Artikel über Ehrungen, Jubiläen, Vereinsveranstaltungen oder Gerichtsverhandlungen mit Würdigung erbrachter Leistungen oder Darstellung von Fehlverhalten, geschichtliche Ausführungen und Aufzeigen von Zukunftsperspektiven auf den Leser als Vorbild oder als abschreckendes Beispiel erzieherisch wirken oder sein Wissen über örtliches Geschehen erweitern und ihm Zusammenhänge erkennen lassen.

Im politischen Bereich erfüllt die Lokalpresse eine Erziehungs- und Bildungsfunktion insoweit, als sie durch ihre Berichterstattung über Kommunalpolitik den Gemeindebürgern das Wissen vermittelt, das notwendig ist, um sich eine Meinung über kommunale Vorgänge und über die verantwortlichen Ent-

scheidungsträger bilden zu können. Dies geschieht nicht nur durch Berichte über Gemeinderatssitzungen, sondern auch durch Wahlaufklärungen bei Kommunalwahlen, durch Veröffentlichung von Wahlaussagen der (Rathaus-)parteien, Wählergemeinschaften, Bürgermeisterkandidaten und Leistungsberichte der Gemeinderatsfraktionen. Durch diese Berichterstattung wird das Interesse der Gemeindebürger an Kommunalpolitik geweckt und zur Mitwirkung und zur argumentativen Auseinandersetzung mit örtlichen Fragen und Problemen angeregt, was nicht nur dem staatlichen System, sondern auch der lokalen Demokratie zugute kommt.

Auch der Unterhaltungs- und Rekreationsfunktion kommt in der Lokalpresse nicht die Bedeutung zu, die sie in Rundfunk und Fernsehen hat und auf die sich viele Freizeitmagazine und Unterhaltungssillustrierten spezialisiert haben. Dennoch haben Familiennachrichten, Gerichtsberichterstattung, "human-interest-Beiträge" und amüsant geschilderte Berichte aus dem örtlichen Bereich, insbesondere bei älteren Menschen sehr oft eine nicht zu unterschätzende unterhaltende Funktion. Sie werden sehr intensiv und genau gelesen und erzeugen starke Reaktionen beim Leser selbst.

d) Prestigeerhöhung (-verleihung, -gewinn)¹³⁶⁾

Örtliche Institutionen, Organisationen, Parteien und Honoratioren werden, wenn sie Objekt der Lokalberichterstattung sind, ins Licht der lokalen Öffentlichkeit gerückt und erfahren dadurch einen Prestigegewinn, der ihren Status und ihre Autorität innerhalb des politisch-sozialen Umfeldes ihrer Kommune verbessert. Die namentliche Nennung (möglichst mit Bild) im Lokalteil erscheint den Institutionen und Repräsentanten deshalb so wichtig, weil der Lokalteil innerhalb der Gemeinde die einzige effektive Form der öffentlichen Darstellung und des sich persönlichen Bekanntmachens ist; denn in Rundfunk und Fernsehen wird der kommunale Bereich - auch der von Großstädten - noch immer nicht hinrei-

chend abgedeckt. Parteien und Vereine versuchen zwar, ihre von der Lokalpresse vernachlässigten Themen und abgelehnten Veröffentlichungen in verbandseigenen Blättern zu publizieren. Diese haben jedoch entweder nicht die der Lokalpresse eigene Wirkungsbreite oder genießen nicht die gleiche Glaubwürdigkeit beim Leser.

e) Forderungen nach Erweiterung des funktionalen Bereiches¹³⁷⁾

Die Presse unterliegt heute von ihrer Organisationsform her, anders als zu Beginn der industriellen Entwicklung, wo sie emanzipatorische Bedeutung hatte und als Gegensatz zu "Geheim" der Kontrolle staatlichen Handelns ebenso diente, wie der Trennung zwischen privatwirtschaftlichem Bereich und staatlich-öffentlichem Bereich, ähnlichen Marktmechanismen wie alle Industriebetriebe. Sie ist nicht mehr gegen Herrschaft gerichtet, sondern hat aufgrund ihrer Werbeträgerfunktion, mit der sie die Massenproduktion und das Konsumverhalten der Bevölkerung unterstützt, eher herrschaftsstabilisierende Funktion.¹³⁸⁾

Während die Zeitungen auf der einen Seite versuchen, die Leser über soziale, politische und wirtschaftliche Lebensbedingungen zu informieren und ihnen helfen, sich eine Meinung zu bilden, tragen sie durch ihre "Werbung" in Form der Inseerate zu einer auf "Außenleitung" gerichtete Bewußtseinsbildung und Verhaltenssteuerung bei. Kritische Öffentlichkeit findet dabei nur in den seltensten Fällen statt. Vielmehr spiegeln sich gerade in den Massenmedien, die in fortgeschrittenen Industriegesellschaften eine wichtige Rolle spielen, die Widersprüche des Gesellschaftssystems wieder. In der Literatur hat diese Kritik dazu geführt, daß eine "Reduktion des Demokratiebegriffs" auf den formalen repräsentativ-parlamentarischen Aspekt immer häufiger abgelehnt wird und die Staatsbezogenheit der Presse und die restriktiv-wertbezogene Auslegung der Pressefreiheit einer funktionalen Interpretation der "öffentlichen Aufgabe" weicht.¹³⁹⁾

Es wird versucht, der Presse bisher nicht anerkannte normative Aufgaben zuzuteilen und inhaltlich neu zu bestimmen. Die in diesem Zusammenhang erhobene Forderung, die Presse soll sich verstärkt der nicht repräsentierten Interessen annehmen und die Betroffenen, die sich nicht selbst artikulieren können, zu Wort kommen lassen,¹⁴⁰⁾ stimmt mit den Intentionen alternativer Zeitungen in hohem Maße überein. Notwendig ist nicht nur eine private Meinungsfreiheit, sondern eine öffentliche Meinungsfreiheit, "die den Bürgern die chancengleiche Teilnahme am Prozeß der öffentlichen Kommunikation erst einräumt". Das demokratische Prinzip wird nicht nur auf das Regierungssystem, sondern auf alle Lebensbereiche übertragen und daraus eine "Emanzipationsfunktion der Presse" abgeleitet mit der Folge, daß die Presse nicht nur im Bereich der staatlichen Entscheidungsbildung eine "öffentliche Aufgabe" wahrnimmt, sondern auch in Bereichen, die "keinen oder nur einen sehr schwachen Bezug zur staatlichen Willens- und Entscheidungsbildung besitzen".¹⁴¹⁾

Nachdem die einzelnen Pressefunktionen aufgezeigt wurden, soll nunmehr im folgenden der Einfluß der Presse auf die "öffentliche Meinung" skizziert und die tatsächlichen Kommunikationsleistungen der etablierten Zeitungen dargestellt werden, um von hier aus den in dieser Arbeit zu spezifizierenden Problem- und Fragenkomplex in einem ersten Ansatz zu umreißen.

3. Presse und "öffentliche Meinung"

Im Rahmen der dargestellten Funktionen und unter dem Schutz des Art. 5 GG kann die Presse in verschiedene Richtungen wirken:

Sie kann vorhandene Meinungen und Einstellungsmuster verschärfen und aktualisieren oder in Frage stellen oder sie kann dort, wo sich Meinungen noch nicht herausgebildet haben, auf die Meinungsbildung prägend und gestaltend einwirken.

ken. Sie kann versuchen, den status quo zu stabilisieren und zur Erhaltung des sozialen Systems beizutragen oder aber den status quo zu destabilisieren und auf eine Veränderung des sozialen Systems durch Verbreitung der verschiedensten Neuerungen hinzuwirken. Sie kann integrieren oder desintegrieren wollen, sie kann dazu tendieren, Konflikte eher zu schüren oder mehr zu verschleiern, Interessengegensätze zu verstärken oder zu harmonisieren, Herrschaft zu unterstützen oder zu illegitimieren.¹⁴²⁾

Die Frage, wie die "öffentliche Meinung" zu definieren ist und wie sie von der Presse beeinflusst wird, kann hier nur skizzenhaft und kursorisch anhand einiger weniger Anmerkungen behandelt werden.

a) Zum Begriff und zur Entstehung der "öffentlichen Meinung"

Mit der Frage, was unter "öffentlicher Meinung" zu verstehen ist, wie sie entsteht und wie die Presse darauf einwirkt, haben sich viele maßgebliche Wissenschaftler auseinandergesetzt, ohne daß bisher eine nach allen Seiten hin befriedigende Darstellung des Phänomens gelungen ist.¹⁴³⁾

Philosophie, Soziologie (Demoskopie), Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, politische Wissenschaft, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft, Geschichtswissenschaft und Rechtswissenschaft setzen sich mit dem Begriff "öffentliche Meinung" qualitativ und quantitativ auseinander und versuchen, ihn abstrakt zu definieren oder ihm mit empirischen Methoden näher zu kommen. John Locke bezeichnete sie als "law of opinion", Jean Jaques Rousseau sprach von "opinion publique", die in der französischen Revolution als "große moralische Kraft" gefeiert wurde.¹⁴⁴⁾ Hegel¹⁴⁵⁾ definiert den Begriff "öffentliche Meinung" rechtsphilosophisch: "Die formelle, subjektive Freiheit, daß die Einzelnen als solche ihr eigenes Urtheilen, Meinen und Rathen über die allgemeinen Angelegenheit haben und äußern, hat in dem,

welches öffentliche Meinung heißt, ihr Erscheinen" und kommt zu der Feststellung: "Die öffentliche Meinung ist die unorganische Weise, wie sich das, was ein Volk will und meint, zu erkennen gibt... In der öffentlichen Meinung ist alles Falsche und Wahre, aber das Wahre in ihr zu finden ist die Sache des großen Mannes". Die bisher ausführlichste und umfassendste historische Strukturanalyse zu den Begriffen "Öffentlichkeit" und "öffentliche Meinung" hat Habermas¹⁴⁶⁾ in seinem Buch "Strukturwandel der Öffentlichkeit" gegeben. Öffentlichkeit im kommunalen Bereich kann danach in unserem modernen Gesellschaftssystem nicht mehr als "Summe kritisch-räsonierender Individuen" verstanden werden. Produzenten und Vermittler einer "ortsspezifischen Öffentlichkeit" sind vielmehr die politischen Parteien, die lokalen Organisationen und Verbände sowie die ortsbezogene Massenkommunikation.

Die sprachanalytisch-philologischen Ansätze siedeln "Meinung" im individuellen Bereich des einzelnen Menschen an und stellen fest, daß er - zwischen den Begriffen "Wissen" und "Glauben" stehend - Elemente von Unsicherheit, mangelnder Festigkeit und innerer Widersprüche beinhaltet.¹⁴⁷⁾

Der Begriff "öffentlich" hingegen bezieht sich auf eine Vielzahl von Menschen und steht insoweit im Gegensatz zum Meinungsbegriff, der, wie dargelegt, auf den einzelnen Menschen abstellt. Da jeder Mensch, zumindest in Nuancen, aufgrund der unterschiedlichen Persönlichkeitsstruktur anders denkt, fühlt, reagiert und redet, kann es eine einheitliche öffentliche Meinung nicht geben, auch wenn die "öffentliche Meinung" in ihrem "traditionell-politischen Sinne" von demokratischen Systemen häufig als "einheitliche Kraft", die den Staat kontrolliert, gefeiert wurde.

Nach Dovifat/Wilke¹⁴⁸⁾ sind diese philologischen Überlegungen zum Begriff "öffentliche Meinung" nicht geeignet, um zu empirisch brauchbaren Aussagen zu kommen. "Öffentliche Meinung" beschreibt nach ihrer Meinung einen zeit-ortsbedingten Bewußtseinsvorgang, bei dem die Meinungsbildung noch nicht

abgeschlossen und die Probleme noch kontrovers diskutiert werden.

Auch wenn die modernen empirisch-demoskopischen Forschungen den sehr vagen Allgemeinheitsgrad des Begriffs "öffentliche Meinung" bestätigen¹⁴⁹⁾ so beschreiben Dovifat/Wilke¹⁵⁰⁾ unter Bezugnahme auf Noelle-Neumann sie dennoch als "jene Meinung, die man als die herrschende empfindet, die als in der Umwelt dominierend empfunden wird und von der der Einzelne weiß, daß er diese Meinung, ohne Gefahr von Sanktionen und Selbstisolierung, öffentlich aussprechen kann". Noelle-Neumann spricht aus diesem Grund im Zusammenhang mit der Entstehung der öffentlichen Meinung von einer "Schweigespirale", weil derjenige, "der seine Meinung als vorherrschend wahrnimmt, ... sich mit ihr bereitwillig exponieren" wird, "während jener, der sich in der Minderheit fühlt, eher schweigen wird. Auf diese Weise kommt ein sozialpsychologischer Prozeß der Schweigespirale in Gang, in dem sich immer mehr Menschen dem Konformitätsdruck der öffentlichen Meinung beugen". Gegen diese Theorie von der Schweigespirale, nach der die Menschen aus Angst vor sozialer Isolation sich der vermeintlichen Meinung der Mehrheit anschließen und "mit den Wölfen ... heulen" oder, falls sie die allgemein verbreitete Meinung nicht vertreten können, zum betreffenden Themenbereich schweigen, wird geltend gemacht, daß sie von einer Überschätzung der Medienwirkung ausgeht. Es ist zwar richtig, daß die Menschen bereit sind, in einem gewissen Umfang ihre Meinung den Ansichten von Gruppen und Mehrheiten anzupassen. Dies ist auch für eine Demokratie im Interesse der Konsensbildung unverzichtbar und es ist erst eine Erfahrung unserer Zeit, daß es zu einzelnen Themen ein bestimmtes Meinungsklima gibt, das von den Medien mitgestaltet wird. Die Theorie von der Schweigespirale darf allerdings nicht zu der Annahme verleiten, daß die Medien Schweigespiralen erzeugen und aufbauen und damit die tagesgebundene öffentliche Meinung gegen den Willen der Mehrheit des Volkes maßgeblich be-

stimmen und die Entscheidung der Politiker wesentlich beeinflussen. Merten¹⁵¹⁾ zieht die Theorie der Schweigespirale anhand der Ergebnisse einer Einzelfallstudie in Zweifel und verweist in diesem Zusammenhang ferner auf eine vergleichende Untersuchung, nach der die interpersonalen Kontakte zu Bekannten und Freunden, die politischen Präferenzen innerhalb der Familie und die unmittelbaren Umweltbeobachtungen die Wahlerwartung mehr bestimmen, als die mittelbare Umweltbeobachtung über Nachrichten aus den Medien.

Im traditionell-politischen Sinne wurde die "öffentliche Meinung" auf den idealen Staatsbürger bezogen, der sich nur seinem Gewissen und dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und der für seine Meinung verantwortlich einsteht und als "einheitliche Kraft" gefeiert, die Macht kontrolliert, Regierende zurechtweist und Fehlentwicklungen zu korrigieren vermag. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß es die "public opinion" als "Einheit und Gleichrichtung der Meinungen einer ungeteilten Öffentlichkeit" nicht gibt und daß sie keine "Sphäre bereinigender Wirkung" ist, "innerhalb derer sich alle Dinge ausgleichen, bessern und im Gemeininteresse zum Guten wenden, wenn sie nur ganz und ohne Einschränkung an die Öffentlichkeit kommen".¹⁵²⁾ Es ist vielmehr so, daß die öffentliche Meinung von vielen guten wie schlechten Faktoren beeinflusst, manipuliert, überredet, planmäßig gesteuert und auch fehlgeleitet wird. Dennoch ist der Begriff "öffentliche Meinung" nicht auszurotten und es soll auch im folgenden trotz seines vielschichtigen Bedeutungsgehaltes an ihm festgehalten werden, weil er durchaus geeignet ist zum Verständnis und zur Aufgabenbeschreibung der Zeitung beizutragen.

Die Frage, in welchem Zusammenhang Printmedien und "öffentliche Meinung" zueinander stehen, wird unterschiedlich beurteilt:¹⁵³⁾

- nach der Organtheorie artikuliert, bildet, formt und kontrolliert die Presse die "öffentliche Meinung" (Kontrollhypothese).

- nach der Spiegeltheorie spiegelt die Zeitung die "öffentliche Meinung" lediglich wieder (Reflexionshypothese). Obwohl es für beide Theorien Argumente und Indikatoren gibt, ist nicht zu verkennen, daß die Presse - ebenso wie andere Massenmedien - vielfältige Möglichkeiten hat auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Bereits durch die Themenauswahl sowie durch die Art und die Tendenz der Berichterstattung entscheidet sie in erheblichem Umfang mit darüber, welche Themen mit welchen Argumentationsschwerpunkten im Mittelpunkt des Kommunikationsprozesses stehen ("Thematisierungsfunktion", "Agenda-setting-function")¹⁵⁴⁾ und sie bildet gleichzeitig die wichtigste Plattform für den Austausch der Argumente ("Forumsfunktion"). Dovifat¹⁵⁵⁾ spricht aufgrund der von den Zeitungen vorzunehmenden Auswahl und Selektion der angebotenen Nachrichten allenfalls von einer "Zerspiegelungshypothese" und kommt, in dem er verschiedenste Definitionsansätze aufzeigt, zu dem Ergebnis, daß mindestens zwei Formen öffentlicher Meinung festgestellt werden können:
 - die "bestehende öffentliche Meinung" geht als allgemeine Meinungsgrundlage von festen Grundsätzen aus, die im allgemeinen Urteil verwurzelt sind und kurzfristigen Schwankungen nicht unterliegen. Dovifat nennt sie die "allgemeine Grundhaltung (Einstellung)" und zählt hierzu "die ethischen und sozialen Grundbegriffe, allgemeinen Grundauffassungen über Sitte, Eigentum, Freiheit, Menschlichkeit ...".
 - die "entstehende öffentliche Meinung" ist tagesaktuell und tagesgebunden und hat sich noch nicht verfestigt. In der Literatur wird ihre Natur mit "Getöse", "Gemurmel", "Aprilwetter" und "Strömung des Tages" und die Aggregatsvorstellung über sie als gasförmig bis flüssig beschrieben.

Die tagesgebundene Meinung kann sich über mehrere Zwischenstufen zur "allgemeinen Grundhaltung" entwickeln. Voraussetzung hierfür ist, daß eine Meinung über das Tagesgeschehen

hinauswächst, indem Gruppen von Gleichgesinnten sie aufnehmen und vertreten, für sie kämpfen und werben und sie mit Argumenten untermauern. Als Gruppenmeinung kann sie nur dann wirksam werden, wenn sie sich als Faktor fortentwickelt und so an Bedeutung gewinnt, daß die Verantwortlichen zu politischem Handeln gezwungen sind. Ausgehend davon, daß die Zeitung jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzest möglicher Zeitfolge wiedergeben soll, wird sie zunächst und vor allem die "tagesgebundene Meinung" mitgestalten. Sie gibt sich aber - mit Ausnahme der reinen Sensationspresse - nicht mit der korrekten, umfassenden und gründlichen Berichterstattung zufrieden, sondern kommentiert, wertet und beurteilt die Ereignisse, um so den Lesern im Interesse einer funktionsfähigen Demokratie Hilfestellung zu geben bei der Suche nach Maßstäben, Verständnis und einem fundierten persönlichen Urteil und für eine politische Mitarbeit.

Dovifat¹⁵⁶⁾ formuliert diese Aufgaben der Presse im Zusammenhang mit der öffentlichen Meinung wie folgt: "Aufgabe der Zeitung ist es, die Ereignisse des Tagesgeschehens aus den ungeklärten, voreiligen, unsachlichen und gefühlsbetonten Urteilen der tagesaktuellen Meinung in die gefestigtere, zeitgebundene Meinung herüberzuführen und so Überzeugungen vorzubereiten. Der Vorgang vollzieht sich in freier Meinungsbildung, aber unter Mitwirkung der ihre öffentliche Aufgabe in Freiheit verantwortlich erfüllenden Zeitung".

Bis in die 60er Jahre galt in der Medienwirkungsforschung die theoretische Annahme, daß zwischen den Medieninhalten (Reizen) und den Reaktionen der Bürger ein unmittelbarer Kausalzusammenhang besteht ("Reiz-Reaktions-Modell").¹⁵⁷⁾

Die empirischen Forschungsergebnisse in der Kommunikationswissenschaft haben jedoch gezeigt, daß die Medieninhalte allein den Einfluß nicht bewirken können. Die Medienwirkungsforschung ist vielmehr zu dem Ergebnis gekommen, daß der Einfluß von medienunabhängigen Bedingungsfaktoren (Variablen) mitbestimmt wird.¹⁵⁸⁾

Auch die theoretische Prämisse der insbesondere in den USA entwickelten "Agenda-Setting- Forschung", die sich mit der Thematisierungs- und Themenstrukturierungsfunktion der Massenmedien auseinandersetzt und mit dem durch die Themenstrukturierung in der Wissensvermittlung bedingten Einfluß der Medien auf die Einleitung von Einstellungs- und Meinungsänderungen befaßt und sie davon ausgeht, daß sich Themenwahl und Themenstruktur in der Presse spiegelbildlich "auf das Themen- bzw. Problembewußtsein der Mediennutzer" übertragen lasse ("Spiegelbildmodell"), wird heute teilweise in Zweifel gezogen. Weiss¹⁵⁹⁾ geht davon aus, daß die Thematisierungseffekte der Massenmedien in Form einer Sensibilisierung der Mediennutzer für bestimmte Themen eintritt. Auch an der sogenannten "Verstärker-Hypothese" der Massenmedien¹⁶⁰⁾, die besagt, daß Medien vorhandene Einstellungen nur zu verstärken, nicht aber zu verändern vermögen und die lange Zeit in der Kommunikationsforschung als Dogma galt, wird heute nicht mehr uneingeschränkt festgehalten. In einem wissenschaftlichen Gespräch zur Medienwirkung, das im Juli 1980 in Bonn¹⁶¹⁾ anläßlich des Ausbaues des technischen Kommunikationssystems stattfand, wurde erneut deutlich, daß die gegenwärtige Medienforschung "auf die zentralen medienpolitischen Fragen" keine befriedigende Antwort geben kann. Die eingeladenen Wissenschaftler schlugen vor, um kurzfristig zu brauchbaren Methoden zu kommen, Testverfahren der Psychologie anzuwenden und Forschungen vor allem auf den lokalen und regionalen Kommunikationsraum zu konzentrieren. Diese Anregung wird in Teil IV der vorliegenden Arbeit bei der Auswertung der von den Pressestellen ausgefüllten Fragebogen aufgegriffen.

Unabhängig von dem Theorienstreit, in welcher Weise und in welcher Intensität die Presse auf die "öffentliche Meinung" einwirkt, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß die "öffentliche Meinung" von der Presse mitgeprägt und beeinflusst wird.

Um jedoch in eine bestimmte Richtung wirken zu können und um die dargestellten Funktion auszufüllen, benötigt die Presse bestimmte normative Annahmen und Vorgaben. Zu ihnen wird insbesondere die in unserem System herrschende Vorstellung gezählt, daß der Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß pluralistisch ausgestaltet sein soll.¹⁶²⁾ Daraus folgt die weiter zu beantwortende Frage, ob die Presse überhaupt noch in der Lage ist, die für eine pluralistische Gesellschaftsordnung zwingend notwendige Meinungsvielfalt sicherzustellen und das "freie Spiel der politischen Kräfte"¹⁶³⁾ funktionsfähig zu erhalten oder ob die Konzentrationsentwicklung im Pressebereich bereits zu einer Monopolisierung geführt hat, "die den Pluralismus verzehrt" und damit die für die Demokratie grundlegende Pressefreiheit gefährdet oder beseitigt.

b) Meinungsvielfalt und Pressekonzentration

Voraussetzung dafür, daß über die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Staates vielseitig, zuverlässig und umfassend informiert wird, ist eine vielfältige und facettenreiche Presse mit den unterschiedlichsten Meinungen, weil nur sie eine lebendige, konstruktive und systemgerechte öffentliche Meinung hervorbringen kann. Klönne¹⁶⁴⁾ beschreibt eine Entwicklung, die er als "Verfall der kommunaler Öffentlichkeit" bezeichnet und die im kommunalpolitischen Bereich gekennzeichnet ist durch eine Stagnation bzw. einen Rückgang des Informationsgrades beim Bürger. Dies hängt nicht nur mit der Art und Weise, wie die etablierten Lokalzeitungen über die Lokalpolitik berichten zusammen, sondern ist auch Folge der Pressekonzentration, durch die sich die Zahl der Presseorgane und damit die Möglichkeiten des einzelnen, sich vielseitig Informationen zu beschaffen, reduziert haben. Die oben unter Ziffer III.2.3.8.1 aufgezeigte Zunahme der Ein-Zeitungs-Kreise hat zur Folge, daß immer weniger Bürger die Möglichkeit haben, sich über lokales Geschehen alternativ aus verschiedenen

(und voneinander unabhängigen) Lokalzeitungen zu informieren. Nach Löffler¹⁶⁵⁾ schmälert diese Konzentrationsentwicklung die Pressevielfalt und läßt die Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen nicht mehr oder nicht mehr im früheren Umfang zu. Auch die bisherigen Reformansätze¹⁶⁶⁾ gingen davon aus, daß die Bildung von Konzernen sich negativ auf die Meinungsvielfalt auswirkt und daß die Meinungsbreite in gleicher Weise abnimmt wie die Anzahl der selbständigen Meinungsträger. Unterstellt wird hierbei, daß eine Vielzahl von Presseorganen auch eine Vielzahl verschiedenartiger Meinungen hervorbringen wird. Bei der derzeitigen Medienstruktur muß dies jedoch nicht zwingend so sein, denn auch das Vorhandensein mehrerer voneinander unabhängiger Lokalzeitungen bietet keine Gewähr für ein alternatives differenziertes und besseres publizistisches Angebot und für eine größere Meinungsvielfalt. Das umfangreiche empirische Datenmaterial der Pressekonzentrationsforschung¹⁶⁷⁾ läßt zuverlässige Aussagen über einen möglichen Zusammenhang zwischen Zeitungswettbewerb und Meinungsvielfalt im lokalen Bereich vor allem wegen der unterschiedlichen den wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde liegenden Medienfunktionen und Wettbewerbsmodellen, nicht zu. Die Zunahme der Ein-Zeitungs-Kreise ermöglicht insbesondere keine Rückschlüsse auf den Grad der publizistischen Konzentration. Wie Schütz¹⁶⁸⁾ nachweist, hat auch dort, wo es mehrere Zeitungen gibt, eine dieser Zeitungen eine "Erstanbieterposition". Die Zeitungen in nachrangigen Anbieterpositionen sind aus Gründen der Ökonomie in stärkerem Maße auf den Zeitungsmarkt angewiesen und von diesem abhängig mit der Folge, daß die Möglichkeit sich durch eine alternative Berichterstattung von der dominierenden Zeitung abzusetzen, gering ist; denn alternative Berichte dürfen nicht im Gegensatz zu Inserentenwünschen stehen. Eine Vielzahl der Zeitungen bedeutet deshalb nicht eine Vielfalt in den Zeitungen im Sinne von Meinungsvielfalt. Die von Rager¹⁶⁹⁾ durchgeführte Inhaltsanalyse bei fünf miteinander

konkurrierenden Medien (vier Zeitungen und der Regionalsender Kurpfalz) zeigt, daß es an der lokalen Meinungsvielfalt auch dort fehlt, wo Wettbewerbszeitungen vorhanden sind. Auch Haenisch/Schröter kommen zu ähnlichen Resultaten, wenn sie in Bezug auf die Lokalredaktion Wertheimer Zeitungen feststellen, daß der eigentliche Adressat der Lokalteile nicht zuerst die Leser, sondern Honoratioren sind und wenn sie das Ergebnis der Inhaltsanalyse wie folgt zusammenfassen: "Einem großen Angebot an Zeitungen braucht keine inhaltliche Vielfalt zu entsprechen und Konkurrenz ist keine Garantie dafür, daß die Zeitungen Funktionen in einem demokratischen Willensbildungsprozeß erfüllen. Wenn alle Zeitungen sich an denselben Sanktionen orientieren, reflektieren alle uniform die vorhandenen Machtstrukturen und stabilisieren sich dadurch".¹⁷⁰⁾

Zoll¹⁷¹⁾ hat inzwischen ebenfalls empirisch nachgewiesen, daß das Vorhandensein mehrerer Lokalzeitungen allein nicht ausreicht, eine gut funktionierende Öffentlichkeit herzustellen, weil eine "den lokalen, politischen und ökonomischen Machteliten genehme Lokalberichterstattung" vorwiegend bedingt ist durch die Abhängigkeit der Zeitungen von ihren Anzeigenkunden und durch die "soziale Struktur", in der sich die Lokalredakteure bewegen.

Auch die Münchner Zeitungswissenschaftler Glotz und Langenbacher¹⁷²⁾ vertreten die Meinung, daß die "Quantität publizistischer Organe" weder Meinungsvielfalt noch inhaltlich unterschiedlich qualitative Angebote sicherstellen kann. Aus der Tatsache, daß weite Berichte der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Lokalpresse zu den sogenannten "Ein-Zeitungs-Kreisen" zu zählen sind, könne nicht geschlußfolgert werden, daß eine Meinungsvielfalt nicht mehr existiere, weil der Frage nach der Meinungspluralität nicht eine ökonomische Betrachtungsweise zugrundegelegt werden kann. Notwendig sei nach ihrer Meinung vielmehr eine Untersuchung der kommunikativen Strukturen des jeweiligen Kommunikationsmittels; denn

die Gefahr, daß eine Gruppe alle anderen kommunikativ majorisiert, wird weniger durch einen "wirtschaftlich-monopolisierten Kommunikationsmarkt" verursacht, sondern sie besteht insbesondere dort, wo monologe Publizistik vorherrscht, in der Gegenargumente nicht zugelassen werden und dort, wo die innere Pressefreiheit nicht mehr garantiert ist.

Dennoch wird in der Literatur Überwiegend an der Forderung nach einem publizistischen Wettbewerb in der Erwartung festgehalten, daß damit ein alternatives Informations- und Meinungsangebot gewährleistet ist.¹⁷³⁾ Allerdings wird in den meisten Beiträgen auf grundsätzlich neue publizistische Alternativen verzichtet und kein Abrücken von den vorhandenen Prinzipien und Strukturen verlangt, sondern allenfalls Maßnahmen vorgeschlagen, die Kompromißcharakter haben und nur geeignet sind, die negativen Auswüchse der Konzentration zu reduzieren und die Konzentrationsbestrebungen zu verlangsamen, nicht aber sie zu verändern. Zwar sind die primären Ursachen der Pressekonzentration erkannt, doch die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen keine "Ursachen-Therapie" dar, sondern setzen bei Symptomen an, ohne andere Finanzierungs- und Besitzformen an den Produktionsmitteln zu erörtern und ohne die vorhandenen Eigentumsverhältnisse und die Verfügungsgewalt ändern zu wollen.

Neben den systemimmanenten Verbesserungsvorschlägen gibt es auch Versuche, alternative Konzeptionen zu den privatwirtschaftlich organisierten Druckmedien zu entwerfen, um das Problem der Pressekonzentration zu lösen: sie reichen von der Enteignung der Produktionsmittel über die Erweiterung der Mitarbeiterrechte der Journalisten bis zur Verstaatlichung des Anzeigenwesens.¹⁷⁴⁾ Die Vorschläge werden damit begründet, daß der Widerspruch zwischen "öffentlicher Angelegenheit" und "profitorientiertem privatem Herrschaftsinteresse" mit den herkömmlichen Reformansätzen nicht gelöst werden kann und daß die Verquickung der privatwirtschaftlich

strukturierten Presse mit der auf Gewinn- und Absatzmaximierung gerichteten Werbeindustrie nicht nur die theoretische sondern die konkrete Gefahr beinhaltet, daß die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben, zu denen auch die "Herstellung kritikfähiger Öffentlichkeit" gehört, durch ökonomische und politische Verlegerinteressen beeinflußt und in den Hintergrund gedrängt wird.

Um Gefahren vom freien Pressewesen abzuwenden, wird teilweise auch eine Handlungspflicht des Staates diskutiert und in Erwägung gezogen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Pressefreiheit von ihrer geschichtlichen Entwicklung her als Abwehrrecht gegenüber dem Staat und als Freiheitsgarantie vor dem Staat konzipiert war und daß es nicht unproblematisch ist, diesen "status negativus" der Pressefreiheit immer stärker zu Gunsten einer "Gestaltungsgarantie des Art. 5 GG" aufzugeben und der staatlichen Gewalt das Recht einzuräumen, "eine relativ große Zahl von Selbstständigen und nach ihrer Tendenz, politischen Färbung oder weltanschaulichen Grundhaltung miteinander konkurrierender Presseerzeugnisse" zu erhalten und für diesen Zweck geeignete Maßnahmen zu ergreifen.¹⁷⁵⁾ Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß nicht nur die "institutionelle Eigenständigkeit der Presse" umfassend geschützt ist, sondern auch, daß der freie Zugang zu Presseberufen und die Freiheit, Presseunternehmen zu gründen, nicht beschränkt werden darf.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die noch immer nicht zum Abschluß gekommene Tendenz zur Pressekonzentration eine Gefahr sowohl für die Meinungsvielfalt als auch für die Pressefreiheit darstellen kann. Dieses Problem wurde sehr frühzeitig erkannt und es wurde, ausgehend von den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Art. 5 GG und der darin enthaltenen Institutsgarantie, nach Lösungen gesucht. Die eingeschlagenen Wege haben zu Verbesserungen geführt, die jedoch auf Dauer nicht ausreichend sein dürften. Die aufgezeigten Konzeptionen müssen deshalb weiter entwickelt wer-

den, wobei die alternativen Lösungsvorschläge rechtlich nicht unbedenklich sind; denn Art. 5 GG kann nicht absolut gesehen werden und ist gegenüber dem anderen Grundrecht nicht herausgehoben sondern steht expressis verbis unter dem Vorbehalt der "Vorschriften der allgemeinen Gesetze" (Art. 5 Abs. 2 GG).

Wie die bisherigen Ausführungen zeigen, kann davon ausgegangen werden, daß der Grad der heutigen Pressekonzentration eine konkrete Gefährdung für das Funktionieren der Demokratie nicht darstellt und daß die etablierte Lokalpresse vom Ansatz her auch heute noch in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen und beim kommunalen Informationsaustausch und bei der kommunalpolitischen Willensbildung mitzuwirken.¹⁷⁶⁾ Damit ist allerdings noch keine Aussage darüber gemacht, wie bedeutsam und wie umfangreich die tatsächlichen Kommunikationsleistungen der etablierten Lokalpresse im kommunalen Kommunikationsprozeß sind.

4. Kommunikationsleistung der etablierten Lokalpresse

Der Normalbürger, der nicht den lokalen Eliten angehört, bezieht seine Informationen über das kommunalpolitische Geschehen nahezu ausschließlich aus der lokalen Tageszeitung; denn Radio und Fernsehen haben insbesondere hinsichtlich kleinerer Gemeinden, nicht die erforderliche Informationsdichte und andere Informationskanäle stehen dem Bürger in der Regel nicht oder nur sehr unzureichend zur Verfügung.¹⁷⁷⁾ Deshalb sind die Prognosen, bezogen auf die Wichtigkeit des Lokalteils, positiv und die Lokalpresse erscheint als besonders geeignetes Integrationsmedium bei der Eingliederung des einzelnen in den lokalen Bereich. Es ist kaum bestritten und empirisch hinreichend nachgewiesen, daß die Lokalnachrichten mit einem Beachtungswert von 80 bis 90 % beim Leser die höchste Aufmerksamkeit finden und bei einem Nichterscheinen der Zeitung am meisten vermißt werden.

Da die etablierten Lokalzeitungen das weitreichendste Informationsangebot vermitteln, sind Kommunalverwaltung, Vereine, Parteien und Bürgerinitiativen auf die Lokalpresse angewiesen und bemühen sich deshalb darum, die Darstellung ihrer Themen in der Presse zu erreichen und sie richten ihre Informationspolitik auf die Gegebenheiten und auf die Besonderheiten der Lokalpresse aus. Daß hier der Pfad einer objektiven sachlichen und kritischen Lokalberichterstattung schmal ist und daß die Lokalpresse ständig Gefahr läuft, entweder Bulletin lokaler Honoratioren oder Sprachrohr der Verwaltung zu werden, ist bei dieser Situation impliziert.¹⁷⁸⁾ Die zumindest ansatzweise Abkehr von der bloß unreflektierten Berichterstattung hat zusammen mit einer verstärkten Anonymität der Verlage und dem Rückgang persönlicher Verbindungen zwischen der Redaktion und lokalen Eliten - beides bedingt durch die Presse-Konzentration - dazu geführt, daß Repressalien gegen die Redakteure oder gegen den Verlag schwieriger geworden sind. Die lokalen Honoratioren fühlen sich zusehends bedrängt und reagieren teilweise mit dem Vorwurf, der Lokaljournalismus untergrabe das Vertrauen zwischen Bürger und Kommunalverwaltung, Schule, Politiker, usw. und sie richten Pressestellen ein oder widmen ihnen wieder mehr Aufmerksamkeit und halten Pressekonferenzen ab. Mehr Offenheit und mehr Demokratie wird allerdings mit gelenkten Informationen und vorgefertigten Produkten aus Pressestellen und aus der Hand von Public-Relations-Spezialisten kaum zu erreichen sein und ist in der Regel auch nicht gewollt.

Die Tatsache, daß der Lokalteil in der Lesergunst einen hohen Stellenwert hat und daß die Lokalpresse vom Grundsatz her in der Lage ist, ihre funktionalen Anforderungen zu erfüllen, sagt noch nichts darüber aus, wie der Lokalteil den Leserwartungen und den von ihm zu erfüllenden Funktionen gerecht wird und welche Kommunikationsleistungen er innerhalb der Kommune tatsächlich erbringt.

Durch eine sich ändernde Arbeits- und Wohnwelt und durch die aufgrund der Gebietsreform bedingte größere Entfernung zum Rathaus, verliert der Bürger den Überblick über wichtige kommunalpolitische Ereignisse und Probleme, weil "face-to-face" Kontakte zwischen Entscheidungsträger und Bürger häufig nicht mehr bestehen und eine interpersonelle Kommunikation in größeren kommunalen Gebilden nicht mehr möglich ist. Die Auswirkungen spürt der Bürger erst, wenn die Entscheidungen gefallen sind und eine Einwirkungsmöglichkeit nicht mehr besteht. Nur durch schnelle und umfassende Unterrichtung des Bürgers kann diese Situation vermieden und die Tragweite politischer Entscheidungen im Vorfeld verständlich gemacht werden. Hauptaufgabe der lokalen Publizistik ist hierbei, Informationen über lokales Geschehen zu liefern, eine politische Öffentlichkeit sicherzustellen und ein nach allen Seiten offenes Forum der lokalen öffentlichen Meinung aufrecht zu erhalten.¹⁷⁹⁾ Dies ist nur möglich, wenn eine Auseinandersetzung der vorhandenen Interessen und Ideen stattfindet und alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in der Presse zu Wort kommen können. Um dies zu erreichen, muß die Lokalzeitung wichtige Ereignisse beobachten, Informationen darüber sammeln und diese redaktionell verwerten und kommunalpolitische Ereignisse interpretieren und kommentieren. Dabei steht sie verschiedenen Erwartungshorizonten gegenüber¹⁸⁰⁾: Während die einzelnen lokalen Gruppen und Interessenvertreter erwarten, daß ihre Anliegen von der Lokalpresse aufgegriffen und positiv dargestellt werden, geht es den lokalen Entscheidungsträger, Autoritäten und Repräsentanten, von denen die vorhandenen Interessen zu gewichten und gegeneinander abzuwägen sind, nicht nur darum, daß die Bürger umfassend und detailliert über die getroffenen Entscheidungen informiert werden, sondern auch darum, daß die Entscheidungen dem Bürger, der gleichzeitig Wähler ist, richtig und möglichst positiv dargestellt werden. Die betroffenen Bürger schließlich wollen von der Lokalpresse über den Stand der

Entscheidungsfindung auf dem laufenden gehalten und umfassend - auch über die Gründe - informiert werden.

Die Wirklichkeit im Bereich der Lokalteile entspricht diesen Anforderungen nur bedingt.¹⁸¹⁾ Wegen der großen Verbreitungsgebiete, der begrenzten Lokalteile und des sehr umfangreichen und vielfältigen kommunalpolitischen Geschehens müssen Berichte kurz und aktuell sein. Dies führt nicht nur zur Ungenauigkeit und Unvollständigkeit in der Berichterstattung, sondern bedingt auch, daß kommunale Meinungs- und Willensbildungsprozesse nicht kontinuierlich dargestellt werden. Wichtige Themen werden oft nicht einmal dann wiederholt, wenn sie in einem neuen Zusammenhang neue Bedeutung erhalten haben. Die etablierte Presse ist darüberhinaus, wie Fallstudien zeigen¹⁸²⁾, nicht in der Lage, die Bürger auf aktive Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen bzw. zur Partizipation anzuregen und die Entscheidungen in ihrem Zusammenhang mit anderen Entscheidungen und der Abhängigkeit von anderen Entscheidungsebenen ("Politikverflechtung") darzustellen.

Darüberhinaus erreichen die organisierten und etablierten lokalen Gruppen mit einer gezielten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht nur, daß der Lokalpresse bestimmte Themen vorgegeben werden, sondern, wegen der oben dargestellten schwierigen Situation in den Lokalredaktionen, auch, daß ihre Verlautbarungen ohne nähere Prüfung und ohne größere Veränderungen abgedruckt und die etablierten Organisationen wegen der selbstverfaßten Berichte eine positive Darstellung erfahren. Politische Informationen, die über den Bürgermeister oder über die ihm unmittelbar unterstellte Pressestelle erfolgen, beinhalten zu einem nicht unwesentlichen Teil "Selbstdarstellung" unter Weglassung kontroverser Standpunkte. Die Berichterstattung über die nicht öffentlich diskutierte und nicht öffentlich zustande gekommene Entscheidung dient der "nachträglichen öffentlichen Legitimierung".¹⁸³⁾ Dies wiederum hat zur Folge, daß in der Lokalberichterstat-

tung nicht so sehr Hintergründe und Zusammenhänge aufgezeigt und Detailwissen zu kommunalpolitischen Vorgängen vermittelt wird, sondern politische Entscheidungen isoliert präsentiert und an einzelnen Honoratioren festgemacht werden.

Zoll¹⁸⁴⁾ hat bei seiner Untersuchung der Wertheimer Lokalpresse festgestellt, daß diese "keine politische, sondern eine repräsentative Öffentlichkeit" bildet und daß sie "keine demokratischen Funktionen im Sinne einer 'politischen Öffentlichkeit' erfüllt", sondern - bei einem Defizit an Politik - vor allem als Sprachrohr der Exekutive und der lokalen Honoratioren fungiert. Sie stellt die Rahmenvorgaben und Zielsetzungen der lokalen Politik nirgends in Frage und übt auch gegenüber Rat und Exekutive (Bürgermeister und Verwaltung) keine Kontrolle aus, sondern spiegelt vor allem "die realen politischen Verhältnisse wider". Engagieren sich Bürger und Parteien in kommunalpolitischen Fragen und tragen sie Gegendarstellungen deutlich vor, so wird dies von der Lokalpresse eher nicht oder nur zurückhaltend publiziert, weil dadurch der "status quo" und die "heile Welt" des lokalen gefährdet werden könnte.

Auch Pöttker¹⁸⁵⁾ kommt in seiner Untersuchung der Berichterstattung der "Badischen Zeitung" über die Freiburger Hausbesetzungen zu dem Ergebnis, daß die etablierte lokale Monopolzeitung die sozialen Mißstände nicht aufgedeckt und bekämpft, sondern eher verdeckt hat und daß die Betroffenen deshalb gezwungen sind, selbstorganisierte Gegenmedien aufzubauen.

Biege¹⁸⁶⁾ befaßt sich auf der Grundlage eines konkreten Beispiels mit der Kommunikationsleistung und der Mittlerrolle der Lokalpresse und kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie vor ihm Zoll. Nach Biege vermittelt der Journalist dem Bürger obrigkeitliche Intentionen ohne den Standpunkt des Betroffenen dem gegenüber zu stellen und das Spannungsfeld aufzuzeigen und er nennt als Ursache hierfür unzureichende Journalistenausbildung, wirtschaftliche Verlegerinteressen, schlech-

te Personalsituation, soziale Nähe des Redakteurs zu den Mächtigen, Abhängigkeit hinsichtlich der Informationen und die redaktionelle Machtstruktur.

Arzberger¹⁸⁷⁾ hat mit Hilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse die Lokalteile der wichtigsten Zeitungen ausgewählter Städte verschiedener Größenordnungen untersucht und eine Rangfolge der in der jeweiligen Zeitung am umfangreichsten behandelten Aufgabenbereiche gebildet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung vergleicht er dann mit der durch eine Repräsentativumfrage erarbeiteten "Bereichsrangskala der Bürger" und einer "Bereichsrangskala" der befragten kommunalpolitischen Eliten. Dabei stellt er fest, daß die Prioritätensetzung der Presse mit denen der Eliten besser übereinstimmt, als mit denen der Bürger. Der Umfang, in dem die Lokalzeitungen über bestimmte Bereiche berichten, stimmt mit der Bedeutung, die diesem Themenbereich vom Bürger zugemessen wird nicht nur nicht überein, sondern ist teilweise sogar klar gegenläufig. Dies gilt nicht nur hinsichtlich des Umfangs der Berichterstattung, sondern auch hinsichtlich der Forderungen, die in der Presse artikuliert werden. Während die Übereinstimmung der Rangfolge der Forderungen zwischen Presse und Eliten noch größer wird, ja teilweise sogar von Identität gesprochen werden kann und die Korrelationskoeffizienten zwischen Eliten und Presse hinsichtlich der Übereinstimmung der Forderungen ausnahmslos positiv sind, wird die Übereinstimmung zwischen Presse und Bürger noch geringer, zum Teil sogar entgegengesetzt und die Korrelationskoeffizienten sind ausschließlich negativ.

Abb. 5 Übereinstimmung der Zeitungen mit Bürgern und Eliten auf der Basis der Forderungen

	FAZ	Frankfurter Rundschau	Frankfurter Neue Presse	Schwäbische Post	Aalener Volkszeitung	Coburger Tageblatt	Coburger Neue Presse
Eliten	.45	.65	.54	.43	.89	.66	.64
Bürger	-.56	-.26	-.43	-.15	-.24	-.24	-.19

Die Ergebnisse der Untersuchung von Arzberger zeigen, daß die etablierte Tagespresse sich nicht oder nicht in dem notwendigen Umfang mit den Problemen und Forderungen der Leser befaßt und daß sie in keiner der untersuchten Städte eine Vermittlerrolle einnimmt. Arzberger beschreibt diesen Tatbestand mit "Verlautbarungsjournalismus" und "Zuteilungsjournalismus" und kommt anhand dieser Ergebnisse zu folgendem Schluß: "Im Hinblick auf die Gesamtheit der politischen Themen (und vor allem der 'normalen' und 'alltäglichen') wird man davon ausgehen können, daß die Entwicklung, Artikulation und Durchsetzung von Programmen von oben nach unten verläuft. Sie entstehen, in leichter Überziehung der hier verfügbaren Daten geschlußfolgert - innerhalb der Eliten, werden von den Lokalzeitungen verlautbart und (zwangsläufig rhetorisch) 'zur Debatte gestellt', von den Meinungsführern debattiert und vom Normalbürger weder debattiert noch für ganz richtig gehalten."¹⁸⁸⁾

Der Lokalteil zeichnet sich mithin von seinem Inhalt her nicht durch Forumswirkung, Eigenrecherche, Kommentar und Wertung aus, sondern ist geprägt durch "Repräsentanzkommunikation", "Pressestellenjournalismus", Kritiklosigkeit und Entpolitisierung. Aktualität geht vor Kontinuität der Berichterstattung und "Parzellierung" vor Darstellung von Zusammenhängen. Die großen Verbreitungsgebiete beinhalten den "Zwang zur Abstraktion", der zu einem "Realitätsverlust" auf Kosten von Nähe und Betroffenheit führt.¹⁸⁹⁾ Mit der aufgezeigten Form der Berichterstattung wirken die Lokalmedien stabilisierend auf die vorhandenen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und sind damit "systemintegrativ".¹⁹⁰⁾

Um der Artikulier- und Kritikfunktion nachzukommen, genügt es nicht, daß die Lokalpresse Verlautbarungen abdruckt und in feiner Abgewogenheit alles unterläßt, was den Akteuren mißfallen könnte. Notwendig ist vielmehr, daß sich die Lokalzeitung selbst Informationen beschafft und sich sachkun-

dig macht, auf Widersprüche hinweist, "die Konfliktlinien in den Debatten" nachzeichnet und "die eigentlichen Beweggründe" herausarbeitet und am Thema bleibt, d.h. wiederholt berichtet und an die Realisierung oder an Versprechungen erinnert.¹⁹¹⁾

Aufgrund der Mängel in der Angebotsstruktur und der damit verbundenen Informationsdefizite, der Vernachlässigung nicht-etablierter Organisationen, die über keine extreme Konfliktfähigkeit verfügen sowie dem zunehmenden Wunsch der Bürger nach lokaler, gesellschaftlicher und politischer Information und der steigenden Bereitschaft zur Partizipation bei der Lösung örtlicher Probleme bemühen sich die einzelnen im kommunalen Bereich maßgeblichen Institutionen heute vermehrt um neue Informationsmöglichkeiten: Die Vereine geben Mitgliederzeitungen heraus, die Parteien behandeln kommunale Themen in lokalen Parteizeitungen, Bürgerinitiativen stellen die von ihnen aufgegriffenen Probleme in eigenen alternativen Zeitungen dar und die Kommunen selbst beteiligen sich an Kabelgesellschaften und geben eigene Mitteilungsblätter heraus, die neben den obligatorischen amtlichen Bekanntmachungen mehr und mehr auch politische Aussagen enthalten. Jarrén¹⁹²⁾ zeigt in der Auswertung der neuesten Literatur auf, "daß es einerseits in kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozessen durchweg an dauerhaften und differenzierten Informationsangeboten fehlt und andererseits an geeigneten, nicht nur auf eine formale Mitgliedschaftsrolle zugeschnittenen, institutionellen Möglichkeiten zur Beteiligung an politischen Kommunikationsprozessen mangelt."

Die aufgezeigten Mängel und Defizite beim Informationsangebot im kommunalen Bereich und die unzureichenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger haben zur Unzufriedenheit über etablierte Institutionen geführt und dazu beigetragen, daß sich Bürger in Initiativgruppen außerhalb des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Institutionensystems en-

gagieren. Die etablierten Lokalzeitungen, die teilweise einen reinen Verlautbarungsjournalismus betrieben haben, müssen dies zur Kenntnis nehmen und sich dem Bürger wieder mehr zuwenden; denn ihre Form der Berichterstattung war einer der wesentlichen Ursachen für die Entstehung eines neuen Zeitungstypus, dem es, wie oben bereits aufgezeigt, darum geht, "Gegenöffentlichkeit" herzustellen und "unterbliebene Nachrichten" bekanntzumachen.

Im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen steht nunmehr die Frage nach dem Einfluß dieser Zeitungsform auf den lokalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß. Dabei soll zunächst der Forschungsstand aufgezeigt und in einem ersten allgemeinen Ansatz die Bedeutung und das Wirken der Alternativpresse im kommunalen Raum dargelegt und präzisiert werden.

2.4 Die Alternativpresse im kommunalen Raum

2.4.1 Zum Forschungsstand

Zur Frage nach dem konkreten Einfluß der Alternativpresse auf den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ergab die Literatursichtung, daß einschlägige Arbeiten und empirische Untersuchungen nicht vorhanden sind.¹⁹³⁾ Die verfügbare und zugängliche Literatur befaßt sich nahezu ausschließlich mit Gegenstand, Funktion und Ursachen der alternativen Kommunikation und die empirischen Forschungsergebnisse beziehen sich insbesondere auf Leserverhalten, Meinungsauswertungen sowie auf Inhalts- und Strukturanalysen.¹⁹⁴⁾ Rombach's¹⁹⁵⁾ Ausführungen zur Vermittlerrolle partizipationsrelevanter Lokalzeitungen anhand ausgewählter etablierter Lokalzeitungen können auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand weder unmittelbar noch analog übertragen werden. Während die Bedeutung der etablierten Lokalpresse in Bezug auf den kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der Literatur ausführlich behandelt wird, läßt sich feststellen, daß Al-

ternativzeitungen im Sinne des hier verwendeten Bestimmungsrahmens und ihr Einfluß auf die Lokalpolitik noch nicht Untersuchungsgegenstand einer veröffentlichten Studie gewesen sind.¹⁹⁶⁾ Jarren¹⁹⁷⁾ hat auf der Basis eines normativ-demokratiethoretischen Modells umfassend und unter Auswertung der neuesten Literatur untersucht, ob die neuen "lokalen und sublokalen Printmedien" in der Kommune Defizite im kommunalen Meinungs- und Willensbildungsprozeß ausgleichen und ob sie eine Veränderung kommunaler Kommunikationsstrukturen bewirken können. Dabei kommt er zu folgender These: "Die neuen lokalen und sublokalen Druckmedien stellen Ansatzpunkte zur Veränderung kommunaler Kommunikationsstrukturen dar, indem sie spezifisch neue Informationsangebote vermitteln und zur Organisation politischer Kommunikationsprozesse beitragen." Darüberhinaus stellt er die These auf, daß die Einflüsse, die von den neuen lokalen und sublokalen Printmedien ausgehen, auf die lokalen Institutionen und die etablierte Lokalpresse nur punktuell - bezogen auf einzelne soziale und politische Konflikte - Einfluß haben. Er weist darauf hin, daß Alternativzeitungen mit Unterstützung entsprechender politischer Handlungen bestimmte Probleme so thematisieren konnten, daß sie von der etablierten Presse aufgenommen und von den Institutionen behandelt wurden. Nach seiner Meinung ist dies jedoch die Ausnahme. In der Regel gelingt es den Initiativgruppen und den damit korrespondierenden publizistischen Aktionen nicht, "die Aufmerksamkeitsschwellen zu durchbrechen" und ihre Interessen durchzusetzen. Diese These wird von ihm im einzelnen jedoch weder empirisch untermauert, noch in seiner Untersuchung im Detail hermeneutisch dargelegt.¹⁹⁸⁾

Hier setzt die empirische Untersuchung dieser Arbeit an. Die Antworten der städtischen Pressestellen auf die Frage, wie sie den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, auf das Repräsentationsorgan und auf die Verwaltungsarbeit einschätzen, lassen auch Rückschlüsse darauf zu,

welche Beachtung die Alternativzeitungen im kommunalen Bereich insgesamt finden.

Zu den Ursachen der fehlenden wissenschaftlichen Aufbereitung dieses Themenbereichs gehört sicher einmal die Schwierigkeit, einen geeigneten Befragungsadressaten zu finden. Darüberhinaus fehlt es aber auch, wie oben bereits dargestellt, an brauchbaren Auswertungsmethoden; denn in der sozialwissenschaftlichen Forschung wurden solche bisher nicht hinreichend erarbeitet.¹⁹⁹⁾

Auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Alternativpresse und Kommunen ist in der wissenschaftlichen Literatur intensiveren Untersuchungen nicht unterzogen worden. Obgleich es in der vorliegenden Arbeit nicht darum geht, im einzelnen und generell auf diese Frage einzugehen, soll dennoch durch die Auswertung insbesondere der Frage 7, aber auch der Fragen 1, 2 und 3 des Fragebogens (vgl. Anlage S.393) versucht werden, den Hintergrund ggf. auszuleuchten, vor dem die Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf den kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß gesehen werden muß.

Demgegenüber ist die Frage nach der Bedeutung der Alternativpresse im Zusammenhang mit der Sicherstellung der lokalen Meinungsvielfalt in der Literatur - zumindest teilweise und bezogen auf bestimmte Themenbereiche - abgehandelt worden.²⁰⁰⁾ Der Medienbericht 1978²⁰¹⁾ stellt fest, daß im Bereich der regionalen und lokalen Zeitungspressen von einer "wünschenswerten Wettbewerbslage" nicht mehr gesprochen werden kann, weil Regional- und Lokalzeitungen oft "ohne Konkurrenz gleichartiger selbständiger Zeitungen innerhalb ihrer Verbreitungsgebiete" erscheinen. Dennoch, so der Medienbericht 1978 weiter, könne "Bei der Beurteilung der Deutschen Zeitungslandschaft ... nicht unberücksichtigt bleiben, daß sich - wenn auch regional unterschiedlich - eine wachsende Zahl ergänzender Pressepublikationen etablieren konnte, die die von der Tagespresse nicht mehr abgedeckten Informationslück-

ken im vorwiegend lokalen und kommunalen Geschehen auszugleichen und neue aufgetretene Informationsbedürfnisse auszufüllen, suchen. Kirchen-, Vereins- und Parteipresse, sog. Bürgerblätter als Informationsträger von Bürgerinitiativen, Stadtteilpresse und Stadtilustrierte, lokale Wochen- und Anzeigenblätter, Schüler- und Jugendschriften, Amts- und Gemeindeblätter enthalten ein vielschichtiges und über soziale und gesellschaftliche Gruppeninformationen nicht selten hinausgehendes Informations- und Meinungsspektrum, das Informationen durch die Tageszeitung ergänzen und in bestimmten Sachbereichen vertiefen will."

Die These, daß über die Alternativpresse die Meinungsvielfalt wieder hergestellt und Fehlentwicklungen durch die Pressekonzentration im Bereich der etablierten Zeitungen ausgeglichen werden können, wird in der Literatur als nicht bewiesen bzw. als unrichtig eingestuft.²⁰²⁾ Gerade bei der Frage, ob die Alternativzeitungen hier ein Korrektiv sein können, dürfen die oben aufgezeigten quantitativen Aspekte der alternativen Zeitungsszene nicht außer Betracht bleiben. Hinzu kommt, daß das Themenspektrum vieler Alternativzeitungen beschränkt ist und daß auch die Leserschaft sich auf bestimmte Gruppen bezieht. Dies gilt im Ergebnis nicht nur für zielgruppenorientierte Zeitungen, sondern häufig auch für themenorientierte alternative Publikationen. Hinzu kommen die szeneninternen Auseinandersetzungen bezüglich der anzustrebenden Zielrichtung bei der Lesergewinnung die zeigen, daß derzeit ungeklärt ist, ob die Alternativzeitungen überhaupt zu einer allgemeinen Meinungsvielfalt im Lokalen beitragen wollen.

2.4.2 Die Alternativpresse und ihr Wirken im kommunalen Bereich

Die Alternativpresse stand und steht auch heute noch in einem engen Zusammenhang mit den oben bereits behandelten

lokalen Bürgerinitiativen. Sie unterstützt deren Aktionen und verstärkt damit das Bemühen, die kommunalen Entscheidungsträger zu dem von der jeweiligen Bürgerinitiative gewünschten Handeln oder Unterlassen zu bewegen. Sie tut dies vor allem durch kritische Artikel, indem sie sich bemüht, Hintergründe aufzuzeigen und Mißstände darzustellen. Der Versuch, Einfluß zu gewinnen, läuft nicht auf der Schiene "Beziehungen", "informelle Gespräche", "Absprachen", ... sondern in offener Auseinandersetzung und meist in einer Art Konfrontationsstellung. Damit unterscheidet sich die Alternativpresse, ebenso wie die Bürgerinitiativen, maßgeblich von den anderen lokalen Einflußfaktoren, die versuchen, ohne großes Aufsehen mit den kommunalen Entscheidungsgremien ins Gespräch zu kommen und dort durch Verhandlungen für ihre Organisationen vorteilhafte Entscheidungen vorzubereiten oder herbeizuführen. Diese Einflußversuche finden zumeist unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und werden noch dadurch begünstigt, daß nicht selten Ratsmitglieder diesen Gruppierungen angehören oder ihnen nahestehen. Auch die Parteien versuchen zusammen mit ihren Fraktionen den Kontakt mit der Verwaltungsspitze zu pflegen, um bereits im Vorfeld der Entscheidungen wichtige Fragen zu erörtern, Zielvorgaben zu machen und Vorlagen abzusprechen. Auch wenn es in Einzelfragen ab und zu harte politische Auseinandersetzungen gibt oder Kritik an der Verwaltung geübt wird, so vermag dies nichts daran zu ändern, daß - schon wegen des großen Harmoniebedürfnisses - ein hohes Maß an tatsächlicher oder behaupteter Übereinstimmung besteht. Aufgrund dieser althergebrachten Kontaktpflege und der festen Ablaufmuster im Vorfeld von Entscheidungen sieht sich die Alternativpresse einem weitgehend geschlossenen Kommunikationskreislauf gegenüber. Die Alternativpresse will kommunale Angelegenheit "öffentlich machen" und sich mit den kommunalen Entscheidungen und deren Begründungen sowie den verantwortlichen Mandatsträgern öffentlich auseinandersetzen. Da sie hierbei den Konflikt nicht

scheut, teilweise den Schlagabtausch sogar sucht und provoziert, ist ihr Verhältnis zu den etablierten kommunalen Institutionen und den beteiligten verbandlichen Organisationen nicht frei von Spannungen und Emotionen und eine face-to-face-Kommunikation zwischen beiden Seiten findet nur vereinzelt statt. Da die soziale Nähe, die weitgehend das Klima im kommunalen Bereich beim persönlichen Umgang miteinander prägt, zwischen den Redaktionen alternativer Zeitungen und den kommunalen Entscheidungsträgern nicht oder nicht in der üblichen Intensität besteht, ist auch die Auseinandersetzung miteinander härter und unvermittelter. Die lokale Alternativpresse wird als "Störer" des etablierten Kommunikationsverlaufes und der vorhandenen Kommunikationsstrukturen empfunden.

Voraussetzung dafür, daß es der Alternativpresse gelingt, bestimmte Probleme zu thematisieren und in die öffentliche Diskussion einzubringen, ist nicht nur, daß der aufgegriffene Problembereich und die gemachten Lösungsvorschläge allgemein konsensfähig sind, sondern auch, daß es gelingt, das Anliegen so publik zu machen und ins Bewußtsein der Bürger zu bringen, daß die kommunalen Entscheidungsträger in Zugzwang geraten und die Erwartungshaltung so groß wird, daß die Entscheidung nicht mehr aufschiebbar ist. Dieser Meinungs- und Entscheidungsdruck kann jedoch in der Regel nicht von einer einzelnen Alternativzeitung erzeugt werden. Die Erfolge der Alternativpresse setzen vielmehr wegen der relativ geringen Auflage und dem begrenzten Leserkreis der alternativen Publikationen voraus, daß das Thema von der etablierten Presse oder von gesellschaftlich relevanten Gruppen im lokalen Bereich aufgegriffen und unterstützt wird. Dies ist am ehesten bei neuen Themen und bei Themen der Fall, die von der etablierten Presse nicht oder nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden.

In welcher Intensität die Alternativpresse als "Störer" kommunaler Geschehensabläufe empfunden wird, wie sensibel auf die Berichterstattung der Alternativpresse im kommunalen Bereich reagiert wird, wie stark ihr Einfluß bewertet wird und wie gut die Versorgung mit Informationsmaterial und die Kontaktpflege Alternativzeitung/Pressestelle ist, kann nicht pauschal beantwortet werden; denn sie ist nicht nur durch die Besonderheiten der jeweiligen Alternativzeitung bedingt, sondern auch durch eine Vielzahl von sozialstrukturellen Faktoren, die von Stadt zu Stadt verschieden sind.

Welche städtischen Sozialstrukturen die Wirkungsmöglichkeiten alternativer Zeitungen im kommunalen Raum beeinflussen und prägen, wurde bisher wissenschaftlich nicht bearbeitet. In der vorliegenden Arbeit soll nun auf der Grundlage einer Befragung städtischer Pressestellen das Wirken und der Einfluß alternativer Zeitungen im kommunalen Raum untersucht und die Faktoren, die für signifikante Unterschiede in den Antwortmustern der Pressestellen ursächlich sein können, dargestellt werden. Ausgehend von der Auswertungsintensität, dem Informationsgrad und der Kontaktpflege kann das Verhältnis zwischen Pressestellen und Alternativzeitungen beleuchtet und von hier aus die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit interpretiert und die abgegebene Beurteilung in Bezug auf die gemachten Erfahrungen, die Darstellungsform und die Zukunftschancen der Alternativzeitungen näher untersucht werden.

Von besonderem Interesse sind hierbei vor allem die Fragen, ob bzw. welchen Einfluß die Größe einer Stadt, ihre Bevölkerungsstruktur und -dichte (Alter, Studenten, Ausländeranteil, Arbeitslosenquote), die geltende Kommunalverfassung des jeweiligen Landes, die parteipolitische Zugehörigkeit des Oberbürgermeisters, die Struktur des lokalen Pressewesens und nicht zuletzt die personelle und finanzielle Ausstattung der Pressestellen haben.

Wie die Alternativpresse im kommunalen Raum wirkt, insbesondere in welchem Umfang es ihr gelingt, über die öffentliche Meinung, die kommunalen Entscheidungsträger und die Verwaltung auf die kommunale Entscheidungsfindung Einfluß zu nehmen, soll in Teil IV dieser Arbeit nicht anhand einer numerischen Auflistung mit genauen Zahlenangaben für einen eng begrenzten Bereich erfolgen. Es geht vielmehr darum, eine generelle Bewertung seitens der Pressestellen zu erhalten. Dies beinhaltet zwar den Nachteil, daß gewisse Unwägbarkeiten und unterschiedliche Vorstellungen vom Untersuchungsgegenstand das Ergebnis beeinflussen können, hat aber den Vorteil, daß sein Gesamteindruck, der einen längeren Zeitraum umfaßt, den tatsächlichen Wirkungsgrad der Alternativpresse besser zu erfassen vermag, als eine auf einen bestimmten Zeitraum begrenzte dezidierte Untersuchung von Einzelfällen.

Ehe mit der Darstellung der eigentlichen Untersuchung, der Hypothesenbildung und der Auswertung der Ergebnisse begonnen wird, sollen in einem Exkurs die Aufgaben und Handlungsmaximen der Pressestellen, ihre Stellung innerhalb der Verwaltungsorganisation und ihr Verhältnis zu den lokalen Medien aufgezeigt und beschrieben werden. Dies erscheint nicht nur deshalb zweckmäßig, um die Wahl der Pressestellen als Adressaten der Befragung zu begründen, sondern auch, weil das Bewertungsverhalten und die Beantwortung der gestellten Fragen durch die Pressestellen vor dem Hintergrund dieser Darstellung besser gewichtet und eingeordnet werden kann.

2.5 Die kommunalen Pressestellen (Exkurs)

Während im zurückliegenden Jahrhundert das Verhältnis zwischen Staat und Presse geprägt war von Abwehrhaltung und Steuerungsmechanismen, entwickelte sich ab 1949 in der Bundesrepublik Deutschland das Pressestellenwesen neu nach dem Grundsatz der "freien Zusammenarbeit in der Information".²⁰³⁾

Weil "Publicity" eine wichtige Voraussetzung nicht nur für den geschäftlichen Erfolg, sondern auch für den politischen Einfluß und für den politischen Machterhalt ist, gehört in Demokratien eine sachliche Informationspolitik zu den wichtigen Aufgaben der "Regierungen" in Bund, Ländern und Kommunen. Die Unterrichtung der Bevölkerung seitens der von der Mehrheit getragenen Repräsentanten in den verschiedenen politischen Ebenen erfolgt heute grundsätzlich in amtlich-sachlicher Form und wird von der jeweiligen Opposition kritisch beleuchtet und gewertet. Dabei stehen kommunale Führung und Verwaltung zur Presse in einem Spannungsverhältnis, das gekennzeichnet ist durch das Ziel der Exekutive, leitend und lenkend tätig zu sein, zu führen und Einfluß zu nehmen und durch die als Abwehrrecht gegen den Staat entstandene Pressefreiheit. Die Pressestellen haben in diesem Spannungsverhältnis zwischen Kommune und Presse, zwischen Lenkung und Freiheit eine Mittlerfunktion.²⁰⁴⁾

Heute gibt es in allen wichtigen Ämtern Kontaktstellen für die Presse, die als "Pressestellen", "Informationsämter", "Presseämter" o.ä. bezeichnet werden.²⁰⁵⁾ In der vorliegenden Arbeit soll der Begriff "Pressestelle" verwendet werden, nicht nur, weil dies die in den Kommunen inzwischen am häufigsten verwendete Bezeichnung ist, sondern auch weil dieser Begriff wertneutral ist und im Gegensatz zum "Amt" nicht an obrigkeitliche Denkstrukturen anknüpft.

2.5.1 Verwaltungsorganisatorische Zuordnung der Pressestellen

Während heute unbestritten ist, daß eine hauptamtlich besetzte Pressestelle für eine fortschrittliche Verwaltung der Kommune und für eine moderne Kommunalpolitik unverzichtbar ist²⁰⁶⁾, wird die Frage, wo die Pressestelle innerhalb der Gemeindeverwaltung angesiedelt werden soll, unterschiedlich beantwortet. Vorherrschend ist die Meinung, die Pressestelle

unmittelbar dem Verwaltungschef zu unterstellen, sinnvoll erscheint es aber auch, sie der Abteilung "allgemeine Gemeindeverwaltung" oder dem Hauptamt zuzuordnen, weil es sich sowohl bei der unterrichtenden Tätigkeit nach außen, als auch bei der berichtenden Tätigkeit nach innen um verwaltende Tätigkeiten handelt. Entscheidend ist, daß die Pressestelle organisatorisch dort angesiedelt ist, wo die Informationen zusammenlaufen und die Übersicht gegeben ist; denn Öffentlichkeitsarbeit ist eine Führungsaufgabe und kann nur im engsten Mitarbeiterkreis des Behördenleiters erfolgreich geleistet werden.

In der Praxis ist bezüglich der organisatorischen Zuordnung der Pressestellen bei den Städten eine einheitliche Handhabung noch nicht erkennbar.²⁰⁷⁾ Als Teil der allgemeinen Verwaltung sind sie aber in der Regel im Bereich der Verwaltungsspitze oder des Oberbürgermeisters organisatorisch angesiedelt, weil sie aufgrund der Art ihrer Tätigkeit, die einen Kontakt zu allen Verwaltungsstellen und einen guten Überblick über alles wichtige Verwaltungshandeln voraussetzt, eine gewisse Sonderstellung einnehmen. Die Pressearbeit selbst wird meist von einem Pressereferenten wahrgenommen.

2.5.2 Aufgaben und Handlungsmaximen der Pressestellen

Die Aufgaben der Pressearbeit sind für das Bundespresseamt im Vorwort zum Einzelplan 04 des Bundeshaushalts beschrieben²⁰⁸⁾ und gelten entsprechend dem Tätigkeitsbereich der jeweiligen Stelle in ähnlicher Weise auch bei anderen Behörden.

Die Pressestellen haben danach eine zweifache Aufgabe:

1. Sie müssen die Medien beobachten und nach innen den Rat, den Verwaltungschef, die Dezernenten und die jeweils zuständigen Stellen über publizistische Äußerungen, die den Aufgabenbereich des Amtes betreffen, informieren. Diese

"Hörröhrfunktion" (intrakommunikative Aufgabe) der Pressestellen ist eine für die Demokratie notwendige Verwaltungstätigkeit.²⁰⁹⁾ Art. 20 Abs. 3 GG, der die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht bindet, läßt Raum für Entscheidungsalternativen, die durch den Austausch von Argumenten gesucht und gefunden werden müssen. Dabei haben die Pressestellen die Reaktionen der Öffentlichkeit in Form von Zustimmung, Ablehnung oder Kritik aufzunehmen und verwaltungsintern weiterzuleiten, ggf. Rückäußerungen und Stellungnahmen anzuregen und durchzuführen. Wichtige Argumente der Öffentlichkeit müssen und werden dazu führen, daß die Behörde ihre Stellungnahme neu überdenkt, gute Anregungen überarbeitet und ggf. eine erläuternde Stellungnahme abgibt. Die Kenntnis der "öffentlichen Meinung" ist für die politische Arbeit von großer Bedeutung und führt zu einer Selbstkontrolle der Demokratie. Die öffentliche Meinung ist ein kaum faßbares, sich änderndes Gebilde, das eine Ausnahme vom System der Repräsentation darstellt, das sich nicht in das Verfassungsgefüge einordnen läßt und dem Staat gegenüber keine Verantwortung trägt. Die öffentliche Meinung wirkt jedoch unmittelbar und direkt, weil jede Regierung mehr oder weniger bei ihrem Handeln die Meinungen in der Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen und sich in Anbetracht der nächsten Wahl auch daran orientieren muß. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen die Pressestellen Zeitungen, Informationsdienste, Rundfunk- und Fernsehsendungen objektiv, schnell und umfassend auswerten und das gesichtete Material den Verantwortlichen zur Verfügung stellen. Zu den im lokalen Bereich wirkenden Medien gehören dabei auch die Alternativzeitungen. Ob sie ausgewertet werden und von welchen Städten sie ausgewertet werden, gehört zu den Fragestellungen dieser Arbeit.

2. Die Pressestellen haben ferner die Aufgabe, nach außen über die Arbeit und über wichtige Entscheidungen der Kommune die Presse zu informieren und der Presse auf Anfrage Aus-

kunft zu erteilen ("Sprachrohrfunktion"). Durch diese interkommunikative Aufgabe entsprechen sie der sich aus Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 GG ergebenden demokratischen Notwendigkeit, dem Volk als primären Träger der Staatsgewalt Einblick zu geben in die Arbeit der Regierung und der Verwaltung. Von seinem Wahlrecht kann der Repräsentierte nur gezielt Gebrauch machen, wenn er die verschiedenen Wahlmöglichkeiten so gut kennt, daß er zu einer fundierten Entscheidung kommen kann. Voraussetzung hierfür ist, daß er über die Vorgänge und Geschehnisse im kommunalen Bereich so umfassend und ausführlich informiert wird, wie dies notwendig ist, um Erfolg und Mißerfolg, Leistung und Gegenleistung sowie die Auswirkungen auf die Zukunft hinreichend und umfassend beurteilen zu können. Dies bedeutet, daß die Pressestellen grundsätzlich eine Informationspflicht haben, aufgrund derer sie umfassende Nachrichten an die Presse, die Nachrichtenagenturen und, soweit erforderlich, auch an Rundfunk und Fernsehen geben müssen. Im kommunalen Bereich kann die Unterrichtung der Bürger - wie oben ausgeführt - am effizientesten über den Lokalteil der Tageszeitungen erfolgen.²¹⁰⁾

Die hier beschriebene interkommunikative Aufgabe der städtischen Pressestellen darf jedoch nicht auf eine reine Imagepflege reduziert werden, der es ausschließlich darum geht, die Stadt und ihre Repräsentanten sowie ihre Verwaltung dem eigenen Bürger in möglichst positivem Licht darzustellen; denn die Qualität presseamtlicher Imagepflege hat sich an der Qualität des Gegenstandes, über den berichtet wird, zu orientieren. Dies schließt, da eine rein objektive und wertneutrale Tatsachenübermittlung nicht möglich ist, eine wohlwollende und pflegliche Darstellung der städtischen Planungen und Arbeit zwar nicht aus, erfordert aber doch eine objektive und an der Sache orientierte Art der Darstellung. Versteht die Pressestelle ihre Aufgabe in diesem idealtypischen Sinn, so kommt sie früher oder später in die Situation, die Öffentlichkeit über politisch sensible Vorgänge

informieren zu müssen und damit nicht immer den Interessen der politisch Verantwortlichen zu entsprechen, die lieber über Fakten und Entscheidungen, als über Entwicklungen und Hintergründe berichtet haben möchten. Es wird hier davon ausgegangen, daß die Pressestellen aufgrund ihrer verwaltungsmäßigen Zuordnung, der Weisungsbefugnis und Vorgesetztenfunktion des Oberbürgermeisters und der Abhängigkeit von Informationen aus den einzelnen Ressorts versuchen, die politischen Entscheidungen wohlwollend als richtig und als abgewogen darzustellen. Dies wird von der etablierten Lokalpresse mit ihrem Verlautbarungsjournalismus in der Regel akzeptiert. Unkonventionelles Verhalten, insbesondere unnachgiebiges Hinterfragen und Infragestellen kommunaler Entscheidungen seitens der Alternativzeitungen dürfte bei den Pressestellen eher zu Abwehrreaktionen führen und eine restriktive Informationspolitik gegenüber den Alternativzeitungen zur Folge haben.

Ob die Pressestellen ihre "Sprachrohrfunktion" erfüllen können, hängt zu einem maßgeblichen Teil aber auch davon ab, daß bei ihnen das für die Öffentlichkeit interessante Material zusammenläuft und die Fachabteilungen und -behörden Informationen über ihre Arbeit der Pressestelle tatsächlich zuleiten.²¹¹⁾

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben müssen die Pressestellen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Dies bedeutet insbesondere, daß sie bei der Erteilung von Auskünften die Grundsätze der Wahrhaftigkeit und der Gleichbehandlung zu beachten haben. Das Gebot der wahrheitsgemäßen Unterrichtung ergibt sich für die Pressestellen bereits aus ihrer speziellen Aufgabe, dem Volk Einblick in das Regierungs- und Verwaltungsgeschehen zu geben. Diese Pflicht zur Wahrhaftigkeit besteht gegenüber der Öffentlichkeit insgesamt, d.h. auch gegenüber der Presse.²¹²⁾

Der Grundsatz der Gleichbehandlung bedeutet, daß die Pressestellen im wesentlichen gleiche Sachverhalte in gleicher Weise zu behandeln haben, d.h. daß sie grundsätzlich alle Publikationsorgane am Ort ohne Unterschied nach Art, Größe und politischer Richtung unterrichten müssen und eine unterschiedliche Behandlung insbesondere nicht mit einer kritischen Berichterstattung gerechtfertigt werden kann. Einer Unterscheidung in "gute" und "schlechte" Presse ist danach ebenso unzulässig wie eine "Bestrafung" wegen kritischer und unerwünschter Äußerungen, denn dadurch würde eine Abhängigkeit von der Verwaltung entstehen. Zur gleichmäßigen Behandlung gehört ferner, daß alle Zeitungen innerhalb einer Kommune in gleicher Weise, in gleichem Umfang und zur gleichen Zeit informiert werden. Auch bei der Einladung an die Presse im gesellschaftlichen Bereich und zu vertraulichen Gesprächen im kleinen Kreis kann der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht außer acht gelassen werden; denn er stellt einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit der Presse dar.²¹³⁾

2.5.3 Pressestellen und lokale Medien

Um die dargestellten Aufgaben erfüllen zu können, muß die Pressestelle nicht nur einen engen Kontakt zur Verwaltung und zur politischen Führung haben, sondern auch ein vertrauensvolles Verhältnis und einen "guten Draht" zur öffentlichen Presse. Voraussetzung für eine gute Pressearbeit ist ein von Beschönigungen und falscher Zurückhaltung freier und durch ein gegenseitiges Geben und Nehmen gekennzeichneter unbefangener Umgang zwischen Politik und Journalismus. Die Medien helfen der Verwaltung, Anregungen und Informationen an die Bürger weiterzugeben, während die Verwaltung die Medien bei der Erfüllung des ihnen nach den Landespressegesetzen zugewiesenen öffentlichen Auftrags unterstützt.²¹⁴⁾ Sowohl die Lokaljournalisten, als auch die städtischen Pres-

sereferenten haben die Aufgabe, die lokale Öffentlichkeit sachgerecht zu informieren. Dies ist nur möglich, wenn der Pressereferent keine Themen unterdrückt und wenn die Journalisten wichtige Mitteilungen auch wirklich abdrucken. Diese Informationspflicht beinhaltet grundsätzlich auch die Aufgabe, die Bevölkerung über Fehler der Verwaltung oder Mißstände im Bereich des öffentlichen Lebens zu unterrichten. Es ist menschlich verständlich, wenn auch Pressestellen auf Lobreden positiver reagieren, als auf Kritik. Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, daß die Atmosphäre zwischen Bürger und Politiker bzw. Bürger und Verwaltung durch kritische Presseberichte vergiftet und daß die Demokratie dadurch gefährdet wird. Gerade im kommunalen Bereich erfüllen Redakteure, die den Mut haben, den "Finger in die Wunde zu legen", eine wichtige Aufgabe; denn eine erfolgreiche Kommunalpolitik braucht nicht so sehr das blinde Vertrauen der Bürger in die gewählten Mandatsträger, sondern die dauernde Sorge aller, auch der Presse, um das Gemeinwohl. Ziel muß deshalb eine "kritische Distanz" zwischen Medien und Politikern sein²¹⁵⁾. Für viele Kommunalpolitiker bedeutet dies einen schwierigen und zum Teil schwerzvollen Lern- und Umdenkprozeß; denn sie sind es gewöhnt, von der Presse verwöhnt und nicht kritisiert zu werden. Sie sehen die Presse als Forum ihrer Selbstdarstellung und vergessen, daß die Presse innerhalb der Demokratie auch eine wichtige Kontrollfunktion hat. Das Streben zur Macht darf nicht aus Eitelkeit geschehen und nicht zur persönlichen Selbstberauschung führen. Der Umfang mit der Macht beinhaltet vielmehr besondere Verantwortung auch in moralischer Hinsicht. Wenn sich Politiker wie die anderen Bürger zu ethischen Grundsätzen bekennen, in der Praxis sich aber nicht daran orientieren, dann ist dies gerade in der Kommunalpolitik besonders verwerflich und es gehört zu den Aufgaben der Presse, will sie glaubwürdig bleiben, nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als gäbe es zwischen der "ostentativen Teilnahme an der Fronleichnams-

prozession" und dem politischen Alltag einen Zusammenhang. Andererseits sehen sich die häufig unterbesetzten Lokalredaktionen einer immer komplizierter werdenden Materie im kommunalen Bereich gegenüber und sie sind dem gebündelten Fachwissen der kommunalen Verwaltung auf Dauer nicht gewachsen. Dies hat zur Folge, daß die Verwaltung im Lokalredakteur keinen adäquaten Partner sieht und ihm die Fähigkeit, die Bürger umfassend und sachgerecht zu informieren, abspricht; denn das fehlende Hintergrund- und Detailwissen der Redakteure führt teilweise zu Verkürzungen, Fehlinterpretationen und falschen Gewichtungen und belastet damit das Verhältnis Gemeindeverwaltung - Lokalzeitung. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß die Lokalredakteure, die ohnehin aufgrund der personellen Besetzung der Redaktion unter chronischem Zeitmangel leiden, sich in ihrer Mehrheit nicht der Mühe unterziehen und auf Dauer auch nicht unterziehen können, kommunale Sachverhalte zu recherchieren und die kommunale Politik zu hinterfragen oder gar zu kommentieren. Es ist sehr schwer, bei kommunalen Vorgängen Stellung zu beziehen, weil es sich hier um einen komplexen Bereich handelt, bei dem viele unterschiedliche örtliche und politische Interessenlagen zu berücksichtigen und bei dem wegen des notwendigen Hintergrund- und Detailwissens leicht Fehlinterpretationen möglich sind, die von den mit der Angelegenheit intensiv befaßten kommunalen Entscheidungsträgern vor Ort unmittelbar überprüft werden können.

Die zwischen Pressestellen und Lokalredaktionen auftretenden Probleme haben ihre Ursache aber nicht allein und nicht immer in der Kompliziertheit der Materie und der mangelhaften Ausbildung der Journalisten, sondern ergeben sich teilweise auch aus Gründen, die bei den Pressestellen selbst liegen. Während eine richtig verstandene Pressearbeit bestrebt sein muß, die Pressevertreter umfassend zu informieren und ihnen die Fakten zu geben, die sie für eine korrektive Berichterstattung brauchen, herrscht in manchen Pressestellen noch

immer die Meinung vor, es müßten alle kritischen Nachrichten der Presse gegenüber zurückgehalten und ausgefiltert werden. Die Kritik der Journalisten an den Pressestellen bezieht sich vor allem auf die Weisungsgebundenheit, die Neigung Nachrichten eher zu "vernebeln" und zu "filtern", die Beschränkung auf positive und imagefördernde Nachrichten und Vollzugsmeldungen sowie auf die offenbare Angst davor, über Probleme, Schwierigkeiten und "heiße Eisen" zu sprechen.²¹⁶⁾

Auch wenn in der kommunalen Praxis die verwaltungsorganisatorische Stellung der Pressereferenten und die Aufgabenzuweisungen an die Pressestellen noch nicht optimal sind, so erscheinen die Pressestellen als Adressaten der Befragung dennoch in besonderer Weise geeignet, denn sie sind aufgrund ihrer Ansiedlung in der Verwaltung einerseits und ihres engen Kontaktes zum Oberbürgermeister bzw. Verwaltungschef und zu den Gremien andererseits nicht nur in der Lage, eine Mittlerfunktion wahrzunehmen, sondern sie können auch am ehesten beurteilen, wie die Berichterstattung der Alternativzeitungen im kommunalen Machtzentrum wirkt und welche Reaktionen sie im Stadtrat, beim Oberbürgermeister, bei den Honoratioren und in der Verwaltung hervorruft und welcher Einfluß ihr dort eingeräumt wird.

Nachdem nunmehr die Alternativpresse begrifflich und rechtlich behandelt, die Kommunikationsstrukturen im kommunalen Bereich aufgezeigt worden sind und in einem Exkurs auf die als Befragungsadressaten gewählten städtischen Pressestellen eingegangen wurde, soll nunmehr auf der Basis der erarbeiteten Erkenntnisse und Begriffsfestlegungen die Untersuchung durchgeführt werden.

IV. ANLAGE DER UNTERSUCHUNG

IV.1 Beschreibung des Fragebogens

Der Fragebogen mit dem Titel "Umfrage über 'Alternative Zeitungen'"¹⁾ enthält zunächst als Vorspann die Aufforderung an die Städtischen Pressestellen, für jede Alternativzeitung einen Fragebogen auszufüllen und jeweils zwei bis drei verschiedene Nummern der Alternativzeitungen beizufügen sowie die Bitte, Fehlanzeige zu erstatten.

In Punkt 1 des Fragebogens wird allgemein nach dem Namen, der Auflage, dem Entstehungszeitpunkt und der Erscheinungshäufigkeit der Alternativzeitung gefragt. Diese Fragen dienen nicht nur statistischen Zwecken, sondern sollen auch Aufschluß geben über den Leserumfang und die Breitenwirkung der Zeitung selbst. Sie können ferner im Einzelfall die Zuordnung der jeweiligen Zeitung erleichtern helfen.

In Punkt 2 des Fragebogens wird den städtischen Pressestellen folgende Typologie vorgegeben:

- | | |
|--------------------------|---|
| ☐ | Stadt-, Stadtteil- oder Regionalzeitung |
| ☐ | Umweltzeitung |
| ☐ | Jugendzeitung |
| ☐ | Anarcho-, Sponti-, Neue Rechte-Zeitung |
| ☐ | Frauen/Feministinnenzeitung |
| ☐ | Homosexuellenzeitung u.ä. |
| ☐ | Sonstige Zeitung: |

In Punkt 3 des Fragebogens sollen die Pressestellen den/die inhaltlichen Schwerpunkte der Alternativzeitungen benennen. Mehrfachnennungen waren ausdrücklich zugelassen. Vorgegeben wurden:

☐	Natur- und Umweltschutz
☐	Kultur- und Bildungspolitik
☐	Steuerpolitik
☐	Sozialpolitik
☐	Bauleitplanung und Städtebau
☐	gruppenspezifische Probleme

In den Fragen 4, 5 und 6 wird nach der Intensität der Kontakte und der Kommunikation zwischen Städtischen Pressestellen und Alternativzeitungen gefragt. Bei den Fragen nach der Auswertung der Alternativzeitungen durch die Pressestelle, nach der Versorgung der alternativen Zeitungsredaktionen mit Pressemitteilungen und danach, ob auch Alternativzeitungen zu Pressegesprächen/-stammtischen/-empfängen eingeladen werden, konnten die Pressestellen als vorgegebene Antworten ankreuzen:

☐	regelmäßig
☐	gelegentlich
☐	nie

Im nächsten Punkt des Fragebogens sollen die städtischen Pressestellen auf einer siebenstelligen Werteskala (+ 3 + 2 + 1 0 - 1 - 2 - 3) jeweils angeben, wie sie den Einfluß der Alternativzeitung

- a) auf die öffentliche Meinung
- b) auf die städtischen Entscheidungsgremien und
- c) auf die Verwaltungsarbeit einschätzen.

In einem weiteren Fragenkomplex werden die städtischen Pressestellen gebeten, auf der dargestellten siebenstelligen Bewertungsskala anzugeben, welche Erfahrungen sie mit den jeweiligen Alternativzeitungen haben, wie sie die Darstellung der Kommunalpolitik in dieser Alternativzeitung bewerten und welche Zukunftschancen sie der Alternativzeitung geben. Dabei bedeutet die Bewertung + 3 je nach Fragestellung "sehr stark, sehr gut, sehr positiv". Die Skala reicht über die dargestellte Stufung bis - 3, was gleichbedeutend ist mit "sehr gering, sehr negativ".²⁾

IV.2 Beschreibung der Stichprobe

Die Stichprobe der Untersuchung umfaßt aus der Summe der deutschen Städte alle Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages. Es handelt sich hierbei um 141 Städte in allen Größenordnungen. Von den beteiligten Städten haben 12 Städte mehr als 500.000 Einwohner (Größenordnung I), 19 Städte zwischen 200.000 und 500.000 Einwohner (Größenordnung II), 32 Städte zwischen 100.000 und 200.000 Einwohner (Größenordnung III), 49 Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner (Größenordnung IV) und 29 Städte weniger als 50.000 Einwohner (Größenordnung V).

Von den angeschriebenen Städten reagierten 94 auf die erste Fragebogenaktion vom 2. Mai 1983. 57 Städte gaben eine positive Rückantwort, 36 erstatteten Fehlanzeige und 1 Stadt lehnte die Teilnahme ab. In einer Nachfaßaktion vom 8.12.83 wurden die 47 Städte, die bisher nicht geantwortet hatten, nochmals um ihre Mitarbeit gebeten. 21 dieser Städte antworteten, 14 davon mit positiven Daten, 7 mit Fehlanzeige. Das Endergebnis der Befragung lautet mithin:

Befragte Städte		Rückantworten		Keine Antwort	
absolut	%	absolut	%	absolut	%
141	100	115	81,6	26	18,4

Die eingegangenen 115 Rückantworten setzen sich wie folgt zusammen:

Positive Antworten		Fehlanzeigen		Teilnahme abgelehnt	
absolut	%	absolut	%	absolut	%
71	50,4	43	30,5	1	0,7

Von den 71 Städten mit positiven Antworten wurden insgesamt 121 Zeitungen als Alternativzeitungen beurteilt und Belegexemplare für 115 dieser Zeitungen vorgelegt.

IV.3 Vorgaben

Die Untersuchung erfolgte anhand des oben dargestellten Fragebogens, der vom Verfasser erarbeitet wurde und der über die Pressestelle des Deutschen Städtetages (Herr Dr. E. Müller) den Pressestellen der unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages postalisch zugeleitet wurde. Die Pressereferenten waren über die Untersuchung bereits vorher mündlich im Presseausschuß des Deutschen Städtetages und in der Konferenz Städtischer Pressereferenten mündlich und auch schriftlich informiert worden. Eine Umfrage bei allen städtischen Pressestellen war vom Presseausschuß des Deutschen Städtetages ausdrücklich befürwortet worden.³⁾ Je nach ihrer Größe erhielten die einzelnen Städte eine bestimmte Anzahl an Fragebögen.⁴⁾ Dem Fragebogen war ein Begleitschreiben der Pressestelle des Deutschen Städtetages vom 02.05.1983 beigelegt⁵⁾, das vom Verfasser dieser Arbeit entworfen worden war. In ihm wurden die Ziele der Untersuchung skizziert, die Aufgabenstellung aufgezeigt und eine - bewußt - laienhafte und allgemeine Beschreibung des Phänomens "Alternativzeitung" gegeben. Gleichzeitig wurde jedoch auf die ursprüngliche Idealkonzeption alternativer Zeitungen hingewiesen. Bezüglich der Beantwortung der Fragen 4 bis 9 wurde eine vertrauliche Behandlung zugesagt.⁶⁾

Der Verzicht auf eine Definition des Begriffs "Alternativzeitung" erfolgte einmal deshalb, weil ein solches Unterfangen aus Platzgründen problematisch gewesen wäre. Darüber hinaus hätte eine Definition nicht nur zu verfälschten Ergebnissen geführt, sondern auch der Tatsache nicht Rechnung getragen, daß die Frage, was in der jeweiligen Kommune als "alternativ" gesehen wird, durchaus unterschiedlich beurteilt werden kann und unabhängig vom klassischen Definitionsbegriff aufgrund der lokalen Einschätzung bestimmte Wirkung auf das kommunale Machtzentrum zeitigen kann.

Bei der in der vorliegenden Arbeit zu behandelnden Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die kommunalpolitischen Entscheidungen kommt es - wie oben dargelegt - nicht in erster Linie darauf an, die in der Alternativpresse vorhandenen verschiedenen Zeitungstypen sauber gegeneinander abzugrenzen. Es war deshalb nicht notwendig, den städtischen Pressestellen für die einzelnen Zeitungstypen Definitionen oder Definitionskriterien vorzugeben. Eine Definition der verschiedenen Zeitungstypen und eine beschreibende Abgrenzung dieser Typen gegeneinander hätte im Rahmen dieser Befragung auch nur formelhaft erfolgen können. Eine Subsumtion der jeweiligen Alternativzeitungen unter einen der vorgegebenen Typen anhand einer abstrakten Definition setzt nicht nur sehr detaillierte Kenntnisse über die zu bewertenden Alternativzeitungen voraus - was von den Pressestellen nicht hinsichtlich jeder gemeldeten Zeitung erwartet werden kann - sondern erfordert auch Hintergrundwissen zum Themenbereich "Alternativpresse" selbst. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß alle städtischen Pressestellen über dieses Detailwissen insbesondere hinsichtlich der Geschichte und der in der Wissenschaft erarbeiteten theoretischen Abgrenzungsmerkmale verfügen.

Aus diesen Überlegungen heraus wurde im Fragebogen eine Typologie gewählt, welche einerseits die bekanntesten und wichtigsten Zeitungstypen enthält und soweit notwendig, gruppenweise zusammenfaßt und andererseits bereits vom Wort her die Zeitung hinreichend verständlich umschreibt oder erkennbar auf inhaltliche Schwerpunkte abstellt, sodaß eine laienhafte Abgrenzung möglich ist. Dies vor allem auch deshalb, weil davon ausgegangen wird, daß bestimmte inhaltliche Gewichtungen den Einfluß am stärksten mitbestimmen. Sich möglicherweise aus den definitorischen Unsicherheiten hinsichtlich der verschiedenen Zeitungstypen ergebende unterschiedliche Einstufungen durch die Pressestellen müssen hingenommen werden, haben jedoch auf die hier zu untersu-

chende Fragestellung keinen maßgeblichen Einfluß.

Es wurde auch nicht ausschließlich nur nach lokalen Alternativzeitungen gefragt, d.h. nach Alternativzeitungen, die überwiegend lokale Themen abhandeln, sondern versucht, auch gruppenspezifische Alternativzeitungen abzufragen, einmal weil auch hier kommunalpolitische Themen durchaus denkbar sind und zum anderen, weil bei einem Vergleich der verschiedenen Zeitungstypen bei der Auswertung interessante Ergebnisse durch das Vorhandensein oder auch durch das Fehlen signifikanter Unterschiede möglich sein können.

Die wichtigsten der im Fragebogen genannten Alternativzeitungen wurden oben bereits dargestellt. Dabei hat sich gezeigt, daß die Abgrenzung teilweise fließend und die Abgrenzungskriterien theoretisch sind. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurden bei der Typisierung im Fragebogen die Stadt(teil)zeitungen und die Regionalzeitungen zusammengefaßt. Die lokalen Stadtmagazine wurden nicht gesondert ausgewiesen, einmal deshalb nicht, weil die Grenze zwischen Stadt(teil)zeitung und Stadtmagazin fließend und eine Abgrenzung nach inhaltlichen Kriterien nicht möglich ist, zum anderen deshalb, weil erforderlichenfalls aufgrund der angeforderten Belegexemplare die Differenzierung zuverlässiger im Rahmen dieser Untersuchung möglich erscheint.

Auch die lokalen Volksblätter wurden nicht als besondere Kategorie genannt. Es wurde vielmehr davon ausgegangen, daß diese Zeitungen in der Praxis unter dem Sammelbegriff "Stadtzeitung" zusammengefaßt werden. Eine Differenzierung hätte die Gefahr beinhaltet, daß eine Abgrenzung nach subjektiven, im einzelnen nicht überprüfbaren Kriterien erfolgt wäre.

Die sogenannten "Initiativzeitungen" wurden als gesonderte Kategorie nicht eingeführt, weil die Abgrenzung theoretisch ist und nicht erwartet werden kann, daß sie in der Praxis vor Ort üblich und hinreichend bekannt ist. Die gesonderte Ausweisung ist auch nicht notwendig, weil die Frage, falls

es auf sie ankommt, ggf. anhand der Belegexemplare beantwortet werden kann. Der Rücklauf zeigt im Übrigen, daß Initiativzeitungen entsprechend ihrer Themensetzung unter einer der Kategorien eingestuft wurden und daß Hinweise auf die Gruppe der Herausgeber am Ende der Frage 2 erfolgten. Durch die Untergliederung in "Umweltzeitung/Jugendzeitung/Anarcho-, Sponti-, Neue Rechte-Zeitung" sollten vor allem die Zielrichtung und die inhaltlichen Schwerpunkte der jeweiligen Zeitung angedeutet werden. Diese Untergliederung kann u.U. zur Beantwortung der Frage dienen, ob Alternativzeitungen mit bestimmten tatsächlichen oder aus der Sicht der Beurteilenden vermeintlichen Themenschwerpunkt gegenüber Stadtzeitungen ohne einen solchen charakteristischen und das Erscheinungsbild der Zeitung prägenden Schwerpunkt in der Bewertung seitens der Städtischen Presseämter einen signifikanten Unterschied aufweisen.

Die Kategorie "Umweltzeitung" wurde in der Auswertung nicht berücksichtigt, weil sie als solche in den Fragebogen nicht angekreuzt wurde. Dies mag vor allem damit zusammenhängen, daß "Umweltschutz" als Thema eigens unter Ziffer 3 des Fragebogens genannt wird, sodaß diese Gruppe als Stadtteilzeitung mit Schwerpunkt Umweltschutz hinreichend beschrieben werden kann.

Die gruppenspezifischen Zeitungen "Frauen/Feministinnen-Zeitung" und "Homosexuellenzeitung" wurden in den Fragebogen aufgenommen, weil davon ausgegangen wird, daß auch diese Zeitungen sich teilweise mit lokalen Themen auseinandersetzen und zum anderen deshalb, weil es von Interesse ist, ob und inwieweit Zeitungen dieser gruppenspezifischen Kategorie signifikante Unterschiede zu themenspezifischen lokalen Alternativzeitungen aufweisen. Die eingegangenen Antworten zeigen jedoch, daß der Zeitungstypus "Homosexuellenzeitung u.ä." in der Benennung nicht vorkommt oder als Bezeichnung vermieden wird. Dies mag einmal daran liegen, daß Zeitungen, die sich tatsächlich mit dem Thema auseinandersetzen, von den Presseämtern hier nicht für relevant gehalten

ten wurden oder damit, daß eine gewisse Scheu besteht, Zeitungen in diese Kategorie einzustufen.

Der Rücklauf hat ferner gezeigt, daß eine große Anzahl von verbandsabhängigen Publikationen und von Parteizeitungen, zu denen die Parteipresse der Grünen ebenso gehört wie die der Jusos und anderer politischer Gruppen, als Alternativzeitungen gemeldet wurden. Dies bedeutet, daß bestimmte von etablierten Organisationen herausgegebene Zeitungen von den städtischen Pressestellen nicht nur oppositionell gesehen werden, sondern daß sie wegen ihres "alternativen" Charakters nicht der etablierten Presse sondern dem alternativen Medienmarkt zugeordnet werden. Diese Zeitungen können unter keine der in der Frage 2 genannten Kategorien subsumiert werden. Sie können insbesondere nicht der "Anarcho ... Presse" wegen der dort anzunehmenden extremistischen Grundhaltung zugeordnet werden. Aus diesem Grund wurde in die Auswertung die Kategorie "Politzeitung" neu eingefügt. Im Fragebogen wurde eine Kategorie für verbandsabhängige Alternativzeitungen bewußt nicht aufgenommen, weil die Zugehörigkeit von Parteizeitungen und Verbandspublikationen zur Alternativpresse, wie bereits ausgeführt, strittig ist. Eine Nennung im Fragebogen hätte eine klare Vorgabe bedeutet. Dies war nicht angestrebt. Ziel war vielmehr, den städtischen Presseämtern die Zuordnung selbst zu überlassen. Dies um so mehr, als örtliche Parteizeitungen je nachdem, ob ihre Partei den Oberbürgermeister stellt und über die Mehrheit im Rat verfügt, Verlautbarungsjournalismus oder kritisch-disanzierte Berichterstattung betreiben können. Nach der klassisch-historischen Definition sind diese Publikationen zwar keine Alternativzeitungen. Hier soll jedoch, wie oben ausführlich dargelegt, als Alternativzeitung behandelt werden, was nicht unmittelbar etabliert ist und vom kommunalen Machtzentrum nicht als etabliert sondern als "alternativ" empfunden wird.⁷⁾

Um bei der Kategorie "Stadt-, Stadtteil- und Regionalzeitung" eine bessere Differenzierung herbeiführen zu können,

wurde die Zeitungsgruppe aufgeteilt in "Zeitungen mit weitem Themenspektrum" und Zeitungen mit "begrenztem Themenspektrum". Unter Stadt- und Stadtteilzeitungen mit weitem Themenspektrum werden alle Zeitungen verstanden, für die drei und mehr inhaltliche Schwerpunkte bei der Ziffer 3 des Fragebogens angekreuzt wurden. Zeitungen, für die weniger als drei inhaltliche Schwerpunkte angekreuzt wurden, gelten als Zeitungen mit "begrenztem Themenspektrum". Dabei wird davon ausgegangen, daß Zeitungen mit "weitem Themenspektrum" dem Typus "Stadtzeitung" am ehesten entsprechen, während Zeitungen mit "begrenztem Themenspektrum" mehr als sachspezifisch orientierte Blätter anzusehen sind.

Bereits bei einer ersten Sichtung der ausgefüllten Fragebogen und der vorgelegten Exemplare mußten sieben Zeitungen ausgesondert werden. Dabei handelt es sich bei 2 Zeitungen eindeutig um etablierte Tageszeitungen und bei 5 Zeitungen um reine Anzeigenblätter, die aus dieser Untersuchung ebenfalls herausgenommen werden sollen; denn bei diesen Zeitungen geht es nahezu ausschließlich um Kommerzielles, das allenfalls durch rein unterhaltende unpolitische und/oder etablierte Organisationen hofierende Beiträge aufgelockert wird.

Die verbleibende Untersuchungsbasis beträgt mithin 114 Alternativzeitungen. Da von einer Stadt ausschließlich 2 etablierte Tageszeitungen und von einer anderen 2 reine Anzeigenblätter vorgelegt wurden, werden diese Rückantworten als Fehlanzeigen gewertet. Die Ablehnung der Teilnahme durch eine Stadt wird so behandelt, wie das Fehlen dieser Stadt. Hieraus ergeben sich gegenüber der Stichprobenbeschreibung unter Ziffer 2 oben folgende berichtigten und dieser Untersuchung zugrundezulegenden Daten:

Positive Antworten		Fehlanzeige		fehlende Städte	
absolut	%	absolut	%	absolut	%
69	48,94	45	31,91	27	19,15

IV. 4 Deskriptive Auswertung der Fragebogendaten

4.1 Sozialstrukturelle Daten der beteiligten Städte

Eine tabellarische Darstellung der beteiligten Städte und ihrer Einwohnerzahlen, gegliedert nach den genannten fünf Größenkategorien und nach ihrem Antwortverhalten zeigt folgendes Bild:

Tabelle 4.1: Beteiligung an der Umfrage

Einwohner	I beteiligte Städte				I fehlende Städte		I Städte
	I-----I				I-----I		I
	I Zeitung(en)		I Fehlanzeige		I Städte		I insgesamt
	I-----I		I-----I		I-----I		I
	I Anzahl	I %	I Anzahl	I %	I Anzahl	I %	I (= 100 %
500000 und mehr	8	66.7%	0	0.0%	4	33.3%	12
200000 - 500000	13	68.4%	3	15.8%	3	15.8%	19
100000 - 200000	18	56.3%	9	28.1%	5	15.6%	32
50000 - 100000	25	51.0%	17	34.7%	7	14.3%	49
unter 50000	5	17.2%	16	55.2%	8	27.6%	29
insgesamt	69	48.9%	45	31.9%	27	19.1%	141
Einwohner (in 1000)							
500000 und mehr	4958.9	47.8%	0.0	0.0%	5419.3	52.2%	10378.3
200000 - 500000	3937.2	72.6%	654.4	12.1%	829.9	15.3%	5421.6
100000 - 200000	2606.3	58.5%	1148.6	25.8%	701.6	15.7%	4456.5
50000 - 100000	1899.4	52.4%	1237.9	34.2%	487.0	13.4%	3624.4
unter 50000	167.3	16.3%	568.1	55.3%	291.5	28.4%	1027.0
insgesamt	13569.2	54.5%	3609.1	14.5%	7729.3	31.0%	24907.6

In der Kategorie über 500.000 Einwohner gibt es 8 positive Antworten und keine Fehlanzeige. 4 Städte haben sich an der Umfrage nicht beteiligt bzw. eine Teilnahme abgelehnt. Ein Vergleich der Einwohnerzahlen der fehlenden Städte mit den Städten, die geantwortet haben, zeigt, daß gerade die größten Städte nicht erfaßt sind; denn in den 4 fehlenden Städten leben 52,2 % der Bevölkerung dieser Städtekategorie, während der Bevölkerungsanteil in den restlichen 8 Städten mit positiven Antworten nur 47,8 % beträgt. Da dem Verfasser aus allen 4 Städten, die auf die Umfrage nicht reagiert haben, Alternativzeitungen bekannt sind und dies auch durch Publikationen der AgAp bestätigt wird, kann hier festgestellt werden, daß es in allen deutschen Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern Alternativzeitungen gibt. Von den 19 Städten der Kategorie II (200.000 bis 500.000 Einwohner) nahmen 3 Städte nicht teil, 3 erstatteten Fehlanzeige (15,8%) 13 gaben eine positive Antwort (68,4 %). In den Städten mit positiven Antworten leben 72,6 % der Bevölkerung, in den Städten mit Fehlanzeige 12,1 %, d.h. die Städte mit positiven Antworten sind im Durchschnitt geringfügig größer als die Städte mit Fehlanzeigen.

Von den 32 beteiligten Städten der Kategorie III (100.000 bis 200.000 Einwohner) antworteten 18 Städte positiv (56,3%) 9 erstatteten Fehlanzeige (28,1 %) und 5 Städte gaben keine Antwort ab (15,6 %).

Die Prozentanteile bezüglich der in diesen Städten wohnenden Menschen decken sich im wesentlichen mit den vorbezeichneten Prozentangaben, zeigen aber auch hier bei den Städten mit positiven Antworten eine geringfügig höhere durchschnittliche Einwohnerzahl.

25 der 49 Städte in der Größenkategorie IV (50.000 bis 100.000 Einwohner) gaben eine positive Antwort (51 %). 17 Städte erstatteten Fehlanzeige (34,7 %) und 7 Städte beteiligten sich nicht an der Umfrage (14,3 %).

Von den 29 Städten der Kategorie V (bis zu 50.000 Einwohner)

erteilten 16 Städte, d.h. 55,2 % Fehlanzeige. 8 Städte beteiligten sich nicht und nur 5 Städte erstatteten positive Antworten (17,2 %).

Bei einer Abweichung der Einwohnerzahlen von max. 1,4 bzw. 0,9 % von den auf die jeweilige Städtegruppe bezogenen Prozentzahlen ist es nicht mehr möglich, vom Antwortverhalten her auf die Größe der jeweiligen Stadt zu schließen.

Insgesamt läßt sich sagen, daß sich 80,8 % der Städte an der Umfrage beteiligt haben, davon 48,9 % mit positiven Antworten und 31,9 % mit Fehlanzeigen. Nicht geantwortet haben 19,1 % der Städte. Von den Einwohnerzahlen her bedeutet dies, daß in den 114 Städten, die an der Umfrage teilgenommen haben, insgesamt 69 % (17.178.300 Einwohner) der Bevölkerung der von der Umfrage umfaßten Städte wohnen. 54,5 % (13.569.200 Einwohner) davon in Städten mit positiven Antworten, 14,5 % (3.609.100 Einwohner) in Städten mit Fehlanzeigen. In den 27 Städten, die an der Umfrage nicht teilgenommen haben und die zahlenmäßig ein Fünftel der befragten Städte ausmachen, leben 31 % (7.729.200 Einwohner) der gesamten von der Umfrage erfaßten Bevölkerung.

4.2 Die von der Umfrage erfaßten Zeitungen

Von den 69 Städten, die positiv auf die Umfrage geantwortet haben, wurden 121 Zeitungen vorgelegt, von denen 7, wie bereits ausgeführt, als reine Anzeigenblätter bzw. als etablierte Tageszeitungen ausgeschieden werden mußten.

Tabelle 4.2: von der Umfrage erfaßte Zeitungen im Vergleich zur AgAp-Untersuchung

Einwohner	von Umfrage erfaßte Zeitungen	Anzahl der Zeitungen lt. AgAp			
		in Städten mit positiver Antwort	Fehl- anzeige	in feh- lenden Städten	in Städ- ten ins- gesamt
500000 und mehr	16	69	0	141	210
200000 - 500000	27	55	8	16	79
100000 - 200000	35	39	7	15	61
50000 - 100000	30	25	14	6	45
unter 50000	6	0	8	3	11
insgesamt	114	188	37	181	406

Von den verbleibenden 114 Titeln wurden 16 Zeitungen von den 8 Städten mit über 500.000 Einwohnern, 27 Zeitungen von den 13 Städten der Größenkategorie II, 35 Zeitungen von den 18 Städten mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern, 30 Zeitungen von den 25 Städten der Größtenkategorie IV und 6 Zeitungen von den Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern gemeldet.

Um diese Zahlen gewichten und auf ihre Vollständigkeit überprüfen zu können, erscheint ein Vergleich mit anderen quantitativen Untersuchungen sinnvoll. Die umfangreichsten und ausführlichsten Erhebungen in diesem Bereich wurden von der Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) gemacht, die in ihrem "Riesengroßen Verzeichnis aller Alternativzeitungen", Extraausgabe 1982, veröffentlicht sind. Dort werden für die hier beteiligten Städte 225 Titel genannt (188 in Städten mit Zeitungen, 37 in Städten mit Fehlanzeige). Die Differenz von 111 Zeitungen hängt sicher mit den eingangs genannten Schwierigkeiten zusammen. Dabei zeigt diese Differenz nur die Größenordnung an, in der die Abweichung liegt; denn die AgAp-Liste dürfte, abgesehen von einer anderen Begriffsdefinition, die gleichen Erfassungsprobleme gehabt haben und daher auch nicht überall den tatsächlichen Stand wiedergeben: Im Gegenzug zu fehlenden Titeln berichten die hier befragten Städte nämlich auch über Zeitungen, die nicht in der AgAp-Liste erscheinen. Es tritt also ein gewisser Saldierungseffekt ein.

Da in der vorliegenden Untersuchung den Städten keine feste Definition vorgegeben wurde, ist auch das Verständnis der Städte, welche Zeitungen hier erfaßt werden sollen, unterschiedlich gewesen, sodaß kein Anspruch auf Vollständigkeit und exakte Vergleichbarkeit erhoben werden kann. Manche Städte haben den Begriff eng, manche weit ausgelegt. Städte mit geringem "Protestpotential" haben hierbei sicherlich einen anderen Blickwinkel, als Städte mit einer "lebhaften Szene". Hinzu kommt, daß der alternative Zeitungsmarkt von den städtischen Pressestellen teilweise schwer zu über-

schaufen ist. Manche Zeitungen laufen nicht über den Handel, sondern zirkulieren nur in gruppenspezifischen Kreisen. Eigenverlags-Zeitungen mit geringer Stückzahl werden daher leicht übersehen oder lehnen den Kontakt zu amtlichen Stellen sogar ab. Außerdem mindert die ständige Fluktuation bei den Alternativzeitungen die Übersicht. Allein unter den gemeldeten 114 Zeitungen waren im Jahre 1983 7 Neugründungen und 3 Betriebseinstellungen.

Ein Unterschied zur AgAp-Erhebung besteht auch darin, daß die vorliegende Untersuchung quasi von außen gemacht wird, während bei der AgAp-Untersuchung sowohl auf Seiten der Fragesteller als auch auf Seiten der Befragten überwiegend oder doch häufig Mitglieder aus der Szene unmittelbar mitgewirkt haben. Dies läßt zwar eine intensivere Kenntnis der alternativen Szene und umfangreicheres Wissen zur Begriffsbestimmung "Alternativzeitung" erwarten, als dies bei städtischen Pressestellen vorausgesetzt werden kann, beinhaltet andererseits aber auch eine gewisse subjektive Befangenheit der szenenangehörigen Akteure sowie die Gefahr, daß die oben dargestellten begrifflichen Unsicherheiten innerhalb der Szene auf die AgAp-Erhebung durchschlagen. Aus der AgAp-Untersuchung ergeben sich auch keine Anhaltspunkte dafür, nach welchen Kriterien der Begriff "Alternativzeitung" bestimmt wurde, sodaß wohl von einer Selbsteinschätzung der "Zeitungsmacher" ausgegangen worden sein dürfte.⁸⁾

Auffallend bei einem ersten Vergleich ist, daß die Differenz bezüglich der Anzahl der erfaßten Zeitungen in den beiden Untersuchungen mit zunehmender Stadtgröße wächst. Am größten ist der Unterschied bei den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern. Während von den 8 Städten dieser Größenordnung nur 16 Titel gemeldet wurde, gibt es nach der AgAp-Untersuchung in diesen Städten 69 Alternativzeitungen, d.h. von diesen Städten wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur 23 % der lt. AgAp existierenden Titel gemeldet. Auch bei den Städten zwischen 200.000 und 500.000

Einwohnern weichen beide Untersuchungen bei der Anzahl der Alternativzeitungen noch wesentlich voneinander ab. Mit 27 Titeln erreicht das vorliegende Untersuchungsergebnis aber bereits 49 % der von der AgAp erfaßten 55 Zeitungen. Bei den Städten zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern stimmt die Anzahl der in den beiden Untersuchungen erfaßten Zeitungen nahezu überein, während bei Städten der Größenkategorie IV die AgAp-Untersuchung mit 25 Titeln sogar hinter den dieser Untersuchung zugrundegelegten 30 Zeitungen zurückbleibt. Dasselbe gilt hinsichtlich der Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern. Während von den 5 hier erfaßten Städten 6 Alternativzeitungen gemeldet wurden, gibt es dort lt. AgAp keine Alternativzeitungen.

Hieraus ergibt sich, daß die Gesamtdifferenz zwischen den von dieser Untersuchung erfaßten 114 Titeln und den 188 Zeitungen der AgAp-Erhebung ihre Ursache nahezu ausschließlich im Antwortbereich der Städte mit über 200.000 Einwohnern hat.

In den 45 Städten, die im Rahmen dieser Untersuchung Fehlanzeige erstattet haben, gibt es lt. AgAp-Erhebung 37 Alternativzeitungen, 8 Zeitungen davon in den 3 Städten der Kategorie II, 7 Zeitungen in den 9 Städten der Kategorie III, 14 Zeitungen in den 17 Städten der Kategorie IV und 8 Zeitungen in den 16 Städten der Kategorie V.

Während auch die AgAp-Untersuchung bestätigt, daß es Städte über 500.000 Einwohner ohne Alternativzeitungen nicht gibt, fällt vor allem auf, daß sie für die 4 in der vorliegenden Untersuchung fehlenden Städte dieser Größenkategorie 141 Alternativzeitungen verzeichnet. Dies sind rund ein Drittel aller von der AgAp-Untersuchung erfaßten Alternativzeitungen. Der Grund dafür, daß diese Städte an der Umfrage nicht teilgenommen haben, dürfte an den Erfassungsschwierigkeiten und an dem erforderlichen Verwaltungsaufwand hierfür liegen. Dies wurde von der Stadt, die in einem Antwortschrei-

ben die Teilnahme abgelehnt hat, expressis verbis bestätigt. Gerade in den größten Städten (mit hohen Studentenzahlen) ist die alternative Szene außerordentlich vielfältig, veränderlich und fließend, sodaß letztlich ein verlässlicher Überblick fehlt oder nur schwer zu gewinnen ist. Dies ist vor allem deshalb bedauerlich, weil der Erfassungsrahmen damit erheblich schmaler wird und die zeitungsmäßigen Besonderheiten dieser Großstadt-Szene, die vermutlich auch stilbildende Einflüsse haben, nicht zum Ausdruck kommen. Andererseits hätte es aber zu Verzerrungen führen können, wenn ein wesentlicher Teil der Erhebungsmenge von einigen wenigen Städten gekommen und ausschließlich von den dortigen Pressestellen beurteilt worden wäre; denn dies hätte zur Folge gehabt, daß deren Bewertungen die Ergebnisse der Untersuchung unter Umständen maßgeblich geprägt und beeinflußt hätten und die Charakteristika dieser Größenkategorie auf die Gesamtuntersuchung durchgeschlagen hätten.

In den 23 weiteren Städten, die neben den 4 größten Städten an der Umfrage nicht teilgenommen haben, gibt es lt. AgAp 40 Zeitungen. Davon in den 3 fehlenden Städten der Kategorie II 16 Zeitungen, in den 5 Städten der Kategorie III 15 Zeitungen, in den 7 Städten der Kategorie IV 6 Zeitungen und in den 8 Städten der Kategorie V 3 Zeitungen.

Der Vergleich mit der AgAp-Untersuchung zeigt, daß der Umfang des Rücklaufs und die Antworten der vorliegenden Untersuchung realistisch sind und daß sie auch nach der AgAp in einem Bereich liegen, der repräsentative Aussagen zuläßt.

Bezüglich der zum Teil nicht unwesentlichen Abweichungen innerhalb der einzelnen Städtekategorien muß vor allem auf die unterschiedlichen Befragungsadressaten, auf die Abweichungen bei den Definitionskriterien, auf die Unsicherheiten in der Abgrenzung und auf den verschiedenartigen Erfassungsumfang hingewiesen werden. Diese Feststellungen haben

zwar keinen Einfluß auf die Qualität der erhobenen Daten, lassen jedoch eine gewisse Zurückhaltung bei der Verallgemeinerung der Umfrageergebnisse geboten erscheinen. Unter dieser Einschränkung stehen auch die nachfolgenden Ausführungen.

4.2.1 Art der Zeitungen und Anzahl der inhaltlichen Schwerpunkte

Tabelle 4.3:

Art der Zeitung	Zeitungen		Davon mit		inhaltlichen Schwerpunkten				
	Anzahl	%	6	5	4	3	2	1	0
Stadtzeitung mit weitem Themensp.	40	35.1	5	8	15	7	0	0	5
engem Themensp.	19	16.7	0	0	0	0	7	12	0
Jugendzeitung	20	17.5	0	0	1	3	6	9	1
Frauenzeitung	4	3.5	0	0	0	2	0	2	0
"Polit"-zeitung	12	10.5	0	3	3	1	2	3	0
"Anarcho"-zeitung	12	10.5	1	3	2	2	2	1	1
sonstige Zeitung	7	6.1	0	0	1	1	1	2	2
zeitungen insgesamt	114	100.0	6	14	22	16	18	29	9

Von den 114 Zeitungen, die dieser Untersuchung zugrunde gelegt werden können, sind 59 (51,8 %) Stadtzeitungen, 20 (17,5 %) Jugend-, 4 (3,5 %) Frauen-, 12 (10,5 %) "Polit"-, 12 (10,5 %) "Anarcho"- und 7 (6,1 %) sonstige Zeitungen. Ein Vergleich der unterschiedlichen Zeitungsarten zeigt, daß mehr als die Hälfte der erfaßten Zeitungen als Stadtzeitungen eingestuft werden. Einen weiteren quantitativen Schwerpunkt dieser Untersuchung bilden die Jugendzeitungen mit 20 Titeln und die "Polit"- und "Anarcho"-Zeitungen mit je 12 Titeln.

Von den 59 Stadtzeitungen haben 40 Zeitungen (35,1 %) ein weites Themenspektrum (mind. 3 Themenschwerpunkte) und 19 Zeitungen (16,7 %) ein enges Themenschwerpunkt (max. 2 inhaltliche Schwerpunkte). Hierbei werden die 5 Stadtzeitungen, für die inhaltliche Schwerpunkte nicht genannt wurden,

den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum zugeordnet, weil davon ausgegangen wird, daß die Nennung wegen der Vielzahl der in diesen Zeitungen behandelnden Themen unterblieben ist. Eine Überprüfung anhand des vorgelegten Datmaterials hat diese Annahme bestätigt. Aus systematischen Gründen wurde es jedoch unterlassen, für die betreffenden Zeitungen eine bestimmte Zahl inhaltlicher Schwerpunkte festzulegen.

Von den restlichen 35 Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum wurden bei 15 Zeitungen (42,9 %) 4 inhaltliche Schwerpunkte, bei 8 Zeitungen (22,9 %) 5 Schwerpunkte, bei 7 Zeitungen (20 %) 3 Schwerpunkte und bei 5 Zeitungen (14,3 %) 6 Schwerpunkte genannt. Bei den 19 Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, die, wie bereits ausgeführt, abweichend von den "üblichen" Stadtzeitungen eine wohl stärker fachspezifisch orientierte Tendenz aufweisen, wurde für 12 Zeitungen (63,2 %) 1 Schwerpunkt und für 7 Zeitungen (36,8 %) 2 Schwerpunkte angegeben. Bei den 20 Jugendzeitungen werden lediglich für 1 Zeitung 4 inhaltliche Schwerpunkte genannt. Für die meisten Zeitungen (45 %) wird nur 1 Schwerpunkt, für 6 Zeitungen (30 %) werden 2 und für 3 Zeitungen (15 %) werden 3 inhaltliche Schwerpunkte angeführt. Dies zeigt, daß in Jugendzeitungen von der Tendenz her nur eine beschränkte Themenpalette von Interesse ist. Dasselbe gilt auch für die 4 Frauenzeitungen, von denen bei je 2 Zeitungen 1 bzw. 3 inhaltliche Schwerpunkte genannt werden. Bei den 12 "Polit"-Zeitungen läßt sich eine bestimmte Tendenz nicht erkennen. Die Zahl der inhaltlichen Schwerpunkte ist sehr unterschiedlich. Für je 3 Zeitungen werden 1, 4 oder 5 inhaltliche Schwerpunkte genannt. 2 Zeitungen haben 2, 1 Zeitung 3 inhaltliche Schwerpunkte. Ähnlich verhält es sich bei den 12 "Anarcho"-Zeitungen. Für die Mehrzahl (75%) dieser Zeitungsart werden 2 bis 5 Schwerpunkte genannt. Für je 1 Zeitung werden keine bzw. 1 und 6 Schwerpunkte angegeben.

Die weite Streuung bei den "Polit"- und "Anarcho"-Zeitungsn dürfte damit zusammenhängen, daß unter diese Zeitungskategorien Publikationen mit sehr unterschiedlichen Zielrichtungen subsumiert wurden.

Bei den 7 sonstigen Zeitungen werden 1 bis max. 4 inhaltliche Schwerpunkte genannt, bei 2 Zeitungen werden zum Inhalt keine Angaben gemacht.

4.2.2 Themenschwerpunkte⁹⁾

Tabelle 4.4:

Art der Zeitung	insg.	inhaltlicher Schwerpunkt					
		21	22	23	24	25	26
Stadtzeitung mit weitem Themensp.	35	35	34	5	22	25	30
engen Themensp.	19	5	9	0	3	2	7
Jugendzeitung	19	5	11	0	6	1	11
Frauenzeitung	4	0	2	0	2	0	4
"Polit"-zeitung	12	8	7	0	8	4	10
"Anarcho"-zeitung	11	10	6	2	7	8	7
sonstige Zeitung	5	1	3	0	2	2	3
Zeitungen insgesamt	105	64	72	7	50	42	72

Für 105 der 114 Alternativzeitungen wurden inhaltliche Schwerpunkte genannt. Im Fragebogen waren, wie bereits dargestellt, die Themenschwerpunkte Natur- und Umweltschutz, Kultur- und Bildungspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Bauleitung und Städtebau und gruppenspezifische Probleme vorgegeben.

Als Themenschwerpunkte wurden am häufigsten mit je 72 Nennungen (68,6 %) Kultur und Bildung sowie gruppenspezifische Probleme angegeben, gefolgt vom Thema Natur- und Umweltschutz mit 64 Nennungen (61,1 %), Sozialpolitik mit 50 (47,6 %) und Bauleitung und Städtebau mit 42 Nennungen (40 %). Die Steuerpolitik ist nur in 7 Zeitungen (6,7 %) ein Themenschwerpunkt. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Pressestellen, dort wo es in der Steuerpolitik um soziale Aspekte und Fragestellungen geht, den Schwerpunkt stärker im Bereich der Sozialpolitik und nicht so sehr im

Bereich der Steuerpolitik gesehen haben.

Die einzelnen Themenschwerpunkte sind - je nach Zeitungsart - unterschiedlich verteilt. Von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum befassen sich alle oder nahezu alle mit dem Themenbereichen Natur- und Umweltschutz (100 %), Kultur und Bildung (97 %) sowie mit gruppenspezifischen Problemen (85,7 %). Bauleitplanung und Städtebau sind bei 25 (71,4 %) und sozialpolitische Themen bei 22 (62,9 %) dieser Zeitungen Themenschwerpunkte. Von den 7 Nennungen für das Thema Steuerpolitik entfallen allein 5 auf diesen Zeitungstypus.

Bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum erhalten die Themenbereiche Kultur und Bildung mit 47,4 % sowie gruppenspezifische Probleme mit 36,8 % die meisten Nennungen gefolgt vom Thema "Natur- und Umweltschutz" mit 5 Nennungen. Ein Vergleich mit den üblichen Stadtzeitungen (weites Themenspektrum) zeigt, daß der Themenbereich Natur- und Umweltschutz hier mit 26,3 % gegenüber 100 % dort eine relativ geringe Rolle spielt. Ähnliches kann für die Bereiche Sozialpolitik und Städtebau festgestellt werden.

Im Mittelpunkt der Jugendzeitungen stehen als Themen vor allem Kultur und Bildung sowie gruppenspezifische Probleme gefolgt von den Themenbereichen "Sozialpolitik" und "Natur- und Umweltschutz". Steuerpolitik sowie Städtebau und Bauleitplanung kommen als Themenschwerpunkte in Jugendzeitungen nicht bzw. nahezu nicht vor.

Die Themenschwerpunkte der Frauenzeitungen liegen erwartungsgemäß in den gruppenspezifischen Problemen (100 %), im Bereich Kultur und Bildung (50 %) sowie bei sozialpolitischen Fragen (50 %).

Bei den "Polit"-Zeitungen und "Anarcho"-Zeitungen sind von der Tendenz her hinsichtlich der Themenschwerpunkte gewisse Ähnlichkeiten festzustellen. Eine relativ hohe Nennungshäufigkeit für beide Zeitungsarten ist insbesondere festzustellen bei den Themen Natur- und Umweltschutz, Sozialpolitik und Kultur/Bildung. Gruppenspezifische Probleme haben

bei den "Polit"-Zeitungen mit 10 die höchste Nennung, während sie bei den "Anarcho"-Zeitungen bei 7 Nennungen liegen. Eine Differenz von 50 % liegt beim Themenbereich Bauleitung und Städtebau vor. Mit 8 Nennungen belegt dieses Thema bei den "Anarcho"-Zeitungen nach Natur- und Umweltschutz Platz 2, während es bei den "Polit"-Zeitungen mit 4 Nennungen nach der Steuerpolitik die geringste Häufigkeit aufweist. Steuerpolitik wird als Thema bei den "Anarcho"-Zeitungen zweimal genannt. Sie sind damit neben den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum die einzige Zeitungskategorie, die sich mit diesem Thema schwerpunktmäßig überhaupt auseinandersetzt.

Die 7 sonstigen Zeitungen, bei denen nur für 5 Nennungen erfolgten, haben ihre inhaltlichen Schwerpunkte vor allem im Bereich Kultur und Bildung, sowie bei gruppenspezifischen Problemen, gefolgt von den Themen Sozialpolitik, Bauleitplanung/Städtebau sowie Natur- und Umweltschutz.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Themenbereich Natur- und Umweltschutz vor allem ein Anliegen der Stadtzeitungen sowie der "Polit"- und "Anarcho"-Zeitungen ist. Ein in allen Zeitungen stark beachtetes und behandeltes Thema ist ferner der Bereich Kultur und Bildung. Faßt man die Stadtzeitungen als eine Kategorie zusammen, dann liegen für alle Zeitungsarten die Nennungen bei mind. 50 %. Am seltensten wird in den Alternativzeitungen der Themenbereich "Steuerpolitik" behandelt. Er kommt in den Jugend-, Frauen-, "Polit"- und sonstigen Zeitungen überhaupt nicht vor. Sozialpolitik ist ein wichtiges Thema vor allem für Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, "Polit"-, "Anarcho"- und Frauenzeitungen (über 50 % des jeweiligen Zeitungstypus befassen sich mit diesem Thema). Auch in den sonstigen Zeitungen (40 %) und in den Jugendzeitungen (32%) ist das Thema "Sozialpolitik" im nennenswerten Umfang vertreten. Nur in den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum spielen sozialpolitische Fragen mit einem Anteil von 16 % eine eher untergeordnete Rolle. Probleme des Städtebaus

und der Bauleitplanung spielen vor allem in den "Anarcho"-Zeitungen und in den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum eine erhebliche Rolle (über 70 % der jeweiligen Zeitungskategorie befaßt sich hiermit). Auch von einem nicht unerheblichen Teil der "Polit"-Zeitungen und der sonstigen Zeitungen (30 bis 40 %) wird dieses Thema behandelt. Keine nennenswerte Rolle hingegen spielt es bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und bei den Jugendzeitungen. Bei den Frauenzeitungen kommt das Thema hingegen überhaupt nicht vor. Gruppenspezifische Probleme sind für alle Zeitungsarten ein wichtiger Themenbereich. Es kann sicher nicht ausgeschlossen werden, daß die hohe Nennungshäufigkeit auch damit zusammenhängt, daß manche Pressestellen hier eine Art Generalklausel für vielfältige sonstige in der Aufzählung nicht genannte Themenbereiche sah. Dies ändert jedoch nichts an der Richtigkeit dieser Feststellung; denn es war nicht möglich, im Rahmen dieser Umfrage alle denkbaren auf der kommunalen Ebene interessierenden Probleme enumerativ aufzulisten. Vielmehr war der Auffangcharakter dieser Frage gewollt und es wurde davon ausgegangen, daß hierunter alle speziellen Themen, die sich aus der Zielrichtung der jeweiligen Alternativzeitung oder den von ihr vertretenen Gruppeninteressen, u.U. bedingt durch bestimmte lokale Besonderheiten, ergeben, subsumiert werden. Faßt man die beiden Arten der Stadtzeitungen zusammen, dann befassen sich zwischen 60 und 100 % aller Titel - je nach Zeitungsart verschieden - mit gruppenspezifischen Problemen.

4.2.3 Entstehungszeitpunkt der Alternativzeitungen

Ehe der Umfang und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen dargestellt werden, soll noch ein Überblick über die Erscheinungsdauer der hier erfaßten Zeitungen gegeben werden. Für 99 der 114 Zeitungstitel wurden von den Pressestellen Angaben zur Erscheinungsdauer gemacht. Die fehlenden Angaben

für die restlichen 15 Titel konnten auch anhand der von den Pressestellen vorgelegten Belegexemplare nicht ergänzt werden.

Tabelle 4.5: Die Erscheinungsdauer der einzelnen Zeitungsarten

Art der Zeitung	insg.	davon erscheinen seit									
		1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Stadtzeitung mit weitem Themensp.	38	1	3	3	6	7	3	3	8	1	3
engem Themensp.	17	0	0	1	1	0	2	1	4	6	2
Jugendzeitung	17	2	2	0	0	2	1	4	3	1	2
Frauenzeitung	3	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0
"Polit"-zeitung	9	0	0	2	2	2	0	1	0	2	0
"Anarcho"-zeitung	8	1	0	1	1	0	1	2	2	0	0
sonstige Zeitung	7	0	0	0	1	1	2	0	1	1	1
zeitungen insgesamt											
Anzahl	99	4	5	7	11	13	9	12	19	11	8
Prozent	100	4.0	5.1	7.1	11.1	13.1	9.1	12.1	19.2	11.1	8.1

Bei den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum läßt sich feststellen, daß sich die Zeitungsgründungen über den gesamten Zeitraum von 1974 bis 1983 erstrecken. Der Schwerpunkt liegt dabei in der Zeit von 1975 bis 1981 mit besonderen Kulmination in den Jahren 1977/78 und 1981. Bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum konzentrierten sich die Gründungen auf den Zeitraum 1979 bis 1983, in dem 88 % der untersuchten Zeitungen dieser Kategorie entstanden sind. Von den Jugendzeitungen entstanden 24 % vor 1975, der Rest zwischen 1978 und 1983, wobei ein besonderer Schwerpunkt in den Jahren 1980/81 (41 %) liegt. Die hier erfaßten Frauenzeitungen entstanden zwischen 1978 und 1981. Von den "Polit"-Zeitungen entstanden zwei Drittel in den Jahren 1976 bis 1978, der Rest 1980 und 1982. Die "Anarcho"-Zeitungen sind vor allem im Zeitraum 1979 bis 1981 (63 %) und in den Jahren 1976/77 (25 %) entstanden. Die sonstigen Zeitungen haben sich ab 1977 kontinuierlich entwickelt und vermehrt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der alternative Zeitungsmarkt vor allem von 1977 bis 1982 hohe Zuwachs-

raten hatte. 75,7 % aller hier erfaßten Zeitungen sind in diesem Zeitraum entstanden. Die stärksten Zunahmen innerhalb dieses Zeitraums weisen mit 13,1 % das Jahr 1978 und mit 19,2 % das Jahr 1981 auf. Zieht man zwischen den Jahren 1979 und 1980 eine Trennungslinie, dann läßt sich - gegliedert nach den einzelnen Zeitungsarten - folgendes feststellen: Der Anteil von "älteren" Publikationen ist prozentual gesehen bei den "Polit"-Zeitungen am größten (zwei Drittel wurden vor 1980 gegründet), gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum (61 % stammen aus der Zeit vor 1980), den sonstigen Zeitungen, von denen 57 % vor 1980 gegründet wurden und den "Anarcho"-Zeitungen mit einem Anteil von 50 % aus der Zeit vor 1980 und 50 % danach. Die prozentual gesehen jüngste Zeitungsart sind hiernach die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum (76 % dieser Titel sind nach 1980 entstanden) gefolgt von den Frauenzeitungen (66 % stammen aus der Zeit ab 1980) und den Jugendzeitungen, von denen 59 % 1980 und später gegründet wurden.

4.3 Umfang und Formen der Zusammenarbeit zwischen den städtischen Pressestellen und den Alternativzeitungen

Tabelle 4.6:

Art der Zeitung	insgesamt	werden ausgewertet			Pressemitteilungen			Pressegespräche		
		regel- mäßig	geleg- lich	nie	regel- mäßig	geleg- lich	nie	regel- mäßig	geleg- lich	nie
Stadtzeitung mit - weitem Themensp.	40	20	16	4	22	10	7	7	11	20
- engem Themensp.	19	8	8	3	10	2	7	2	3	14
Jugendzeitung	20	3	8	9	6	5	9	4	3	12
Frauenzeitung	4	0	0	4	0	0	4	0	0	4
"Polit"-zeitung	12	5	5	2	6	0	6	3	3	6
"Anarcho"-zeitung	12	4	3	5	4	3	5	1	2	8
sonstige Zeitung	7	0	1	5	0	1	5	0	0	6
Zeitungen insges.	114	40	41	32	48	21	43	17	22	70

Bei der Auswertung der 114 Zeitungen durch die städtischen Pressestellen zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Die Anzahl der Titel verteilt sich auf die drei Antworten "re-

regelmäßig", "gelegentlich" und "nie" in vergleichbar großen Blöcken. 71,1 % aller Alternativzeitungen werden regelmäßig bzw. gelegentlich, 29,9 % der Zeitungen werden von den städtischen Pressestellen nie ausgewertet.

Dieses Verhältnis verschiebt sich bereits bei der Frage nach der Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial durch die Pressestellen. Nur 60,1 % aller Zeitungen werden regelmäßig oder gelegentlich mit Informationsmaterial versorgt. 39,9 % der Zeitungen erhalten keine Informationen.

Noch extremer ist das Verhältnis bei der Frage, ob die Alternativzeitungen zu Pressegesprächen u.ä. Veranstaltungen eingeladen werden. Nur ca. ein Drittel der Alternativzeitungen werden hier regelmäßig oder gelegentlich berücksichtigt. Zwei Drittel der Zeitungen werden zu solchen Veranstaltungen nie eingeladen.

Eine Detailbetrachtung getrennt nach den einzelnen Zeitungsarten zeigt, daß 90 % der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum ausgewertet werden, 50 % dieser Zeitungen sogar regelmäßig. Von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum werden 84,2 % ausgewertet, 42,1 % davon regelmäßig. Bei den Jugendzeitungen werden 55 % aller Zeitungen von den Pressestellen ausgewertet, jedoch nur 15 % regelmäßig. 45 % dieser Zeitungen hingegen werden nie ausgewertet. Frauenzeitungen werden bei der Auswertung von den Pressestellen überhaupt nicht berücksichtigt. Von den "Polit"-Zeitungen werden die Pressestellen 83,3 % aus, 41,7 % davon sogar regelmäßig. Die "Anarcho"-Zeitungen werden demgegenüber nur zu 59,3 % ausgewertet und die sonstigen Zeitungen nur zu 14,3 % und dies auch nicht regelmäßig, sondern nur gelegentlich.

Es zeigt sich also, daß die Pressestellen die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum am weitaus intensivsten auswerten, aber auch bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und bei den "Polit"-Zeitungen sehr sorgfältig vorgehen. Neben den Frauenzeitungen, die nicht ausgewertet

werden, finden die "sonstigen Zeitungen" die geringste Berücksichtigung. Mittlere Werte hingegen erreichen die "Anarcho"- und Jugendzeitungen.

Bei der Versorgung mit Informationsmaterial ergibt eine Untersuchung nach den einzelnen Zeitungsarten, daß ca. 80 % der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum mit Informationen versorgt werden, 55 % dieser Zeitungen sogar regelmäßig. Von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum werden ca. zwei Drittel mit Informationen versorgt, 52,6 % regelmäßig. Von den Jugendzeitungen erhalten 55 % Informationsmaterial, regelmäßig jedoch nur 30 %. Ähnlich verhält es sich bei den "Polit"-Zeitungen und bei den "Anarcho"-Zeitungen. Während 50 % der "Polit"-Zeitungen regelmäßig versorgt werden und die restlichen 50 % überhaupt keine Informationen erhalten, werden 58,3 % der "Anarcho"-Zeitungen regelmäßig oder gelegentlich mit Informationen versorgt. Kein Informationsmaterial erhalten die Frauenzeitungen und auch von den sonstigen Zeitungen werden nur 14,3 % gelegentlich mit Informationen versorgt.

Zusammenfassend läßt sich auch hier sagen, daß die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum von den Pressestellen am besten mit Informationsmaterial versorgt werden, gefolgt von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum. In etwa gleiche Werte hinsichtlich der Versorgung mit Informationsmaterial haben die "Anarcho"-Zeitungen mit 58,3 %, die Jugendzeitungen mit 55 % und die "Polit"-Zeitungen mit 50 %. Dabei fällt auf, daß die "Polit"-Zeitungen, die bei der Auswertung sehr hohe Werte (83,3 %) erreichten, bei der Versorgung mit Informationsmaterial eher vernachlässigt werden. Die Jugendzeitungen erreichen bei der Auswertung und bei der Versorgung mit Informationsmaterial mit 55 % die gleichen Werte. Ein genauer Vergleich zeigt jedoch, daß 30% von ihnen regelmäßig mit Informationsmaterial versorgt werden, während nur bei 15 % eine regelmäßige Auswertung erfolgt. Demgegenüber sind bei den "Anarcho"-Zeitungen, den

Frauenzeitungen und den sonstigen Zeitungen die Prozentsätze hier mit denen bei der Frage 1 identisch.

Eine Auswertung der Einladungshäufigkeit gegliedert nach den einzelnen Zeitungsarten zeigt, daß die "Polit"-Zeitungen mit 50 % und die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum mit 47,4 % am häufigsten - regelmäßig oder gelegentlich - zu Pressegesprächen eingeladen werden, gefolgt von den Jugendzeitungen mit 36,8 %, den "Anarcho"-Zeitungen mit 27,3 % und den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum (26,3 %). Nie eingeladen werden hingegen Frauenzeitungen und sonstige Zeitungen. Auffallend ist hier bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum insbesondere die hohe Diskrepanz zwischen dem relativ hohen Grad der Informationsversorgung (ca. 66 %) und dem relativ niedrigen Grad der Einladungshäufigkeit. Fast umgekehrt verhält es sich dagegen bei den "Polit"-Zeitungen. Während sie bei der Versorgung mit Informationsmaterial nur mittlere Werte erreichen, liegen sie bei der Einladungshäufigkeit an erster Stelle.

4.4 Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen durch die städtischen Pressestellen

Tabelle 4.7: Zusammenfassende Bewertung des Einflusses¹⁰⁾

Gegenstand der Bewertung	Bewertung	Zeitungen insgesamt
Einfluß auf öffentliche Meinung	stark	16
	wertfrei	19
	gering	72
Einfluß auf Rat	stark	8
	wertfrei	23
	gering	76
Einfluß auf Verwaltung	stark	4
	wertfrei	20
	gering	83

Bei der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen im kommunalen Raum auf einer siebenstufigen Werteskala, die von + 3 (sehr stark) bis - 3 (sehr gering) reicht, zeigt eine erste globale Betrachtung, daß nur 15 % der Pressestellen den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung als stark (+ 1 bis + 3) einstufen und 17,8 % mit dem Wert 0 ein wertfreies Urteil abgeben. Demgegenüber bewerten 67,2 % aller Pressestellen den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung eher als gering (- 1 bis - 3). Noch stärker ist diese Tendenz bei der Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf den Rat ausgeprägt. Nur 7,5 % der Pressestellen geben hier ein positives, 21,5 % ein wertfreies und 71 % ein negatives Urteil ab, d.h. nahezu drei Viertel aller Pressestellen meinen, daß der Einfluß der Alternativzeitungen auf die Entscheidungsgremien gering ist.

Bei der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit schließlich gehen nur 3,7 % der Pressestellen von einem eher starken Einfluß aus, 18,7 % entscheiden wertfrei und 77,6 % bezeichnen den Einfluß hier als gering.

Dies bedeutet, daß von der Tendenz her den Alternativzeitungen noch am ehesten ein Einfluß bei der Bildung der öffentlichen Meinung eingeräumt wird.

Eine genauere Untersuchung der Einzelwerte ergibt ein eher noch negativeres Bild. Die Wertung + 3 wurde bei der Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung von den Pressestellen überhaupt nicht vergeben. Die Position + 2 erhielt 3 Nennungen, während der überwiegende Teil der positiven Wertungen (81,2 %) mit + 1 abgegeben wurde. Anders hingegen verhält es sich im negativen Wertungsbereich (- 1 bis - 3). Hier kommt die Position - 3 mit 29 Nennungen (40,3 %) am häufigsten vor, gefolgt von der Wertung - 2 mit 24 Nennungen (33,3 %). Die Wertung - 1 wurde 19 mal (26,4 %) vergeben.

Noch deutlicher ist das Ergebnis bei der Frage nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die Entscheidungsgremien und auf die Verwaltungsarbeit. Die Positionen + 3 und + 2 sind in beiden Fällen überhaupt nicht besetzt. Die positiven Bewertungen beschränken sich mithin auf + 1. Im Bereich - 1 bis - 3 erreicht die Position - 3 in beiden Fällen mit 49 bzw. 55 Nennungen nahezu zwei Drittel der gesamten negativen Antworten, während auf die Position - 1 lediglich 12 - 13 % der Nennungen entfallen.

4.5 Bewertung der Erfahrungen, der Darstellungsform und der Zukunftschancen

Tabelle 4.8: Zusammenfassende Bewertung der Fragen 7 - 9¹¹⁾

Gegenstand der Bewertung	Bewertung	Zeitungen insgesamt
Erfahrung mit diesen Zeitungen	stark	6
	wertfrei	59
	gering	44
Darstellung der Kommunal- politik in Zei.	stark	7
	wertfrei	17
	gering	83
Zukunfts- sichten dieser Zeitung	stark	33
	wertfrei	28
	gering	44

Bei der Bewertung der Erfahrungen, die die Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht haben, anhand einer siebenstufigen Werteskala, zeigt eine erste überschlägige Betrachtung, daß die Erfahrungen überwiegend (54,1 %) neutral (Wert = 0) gesehen werden. 40,4 % der Pressestellen bewerten die Erfahrungen als negativ und nur 5,5 % als positiv. Bei der Beurteilung, wie die Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen dargestellt wird, ergibt sich ein völ-

lig anderes Bild. Bei einem etwa gleichbleibenden Anteil positiver Wertungen (6,5 %) verringern sich die wertfreien Urteile auf 15,9 %, während die negative Einstufung im Bereich der Berichterstattung auf 77,6 % ansteigt.

Unabhängig von den Erfahrungen und von der Art, wie Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen dargestellt wird, werden die Zukunftschancen der Alternativzeitungen gewertet. 31,4 % der Pressestellen bewerten sie als positiv, 26,7 % geben ein neutrales Urteil ab und 41,9 % sehen die Zukunftschancen eher negativ.

Eine Betrachtung der Ergebnisse im einzelnen zeigt, daß im Bereich der positiven Erfahrungen die Position + 3 nicht besetzt ist und der eindeutige Schwerpunkt bei + 1 liegt. Im negativen Bereich hingegen ergibt sich eine breite Streuung. Anders als oben bei der Bewertung des Einflusses liegt der Schwerpunkt hier nicht bei - 3, sondern bei - 1. Auch bei der Bewertung der Darstellung kommunaler Politik wird die Position + 3 nicht vergeben. 85,7 % der positiven Antworten entfallen auf + 1. Im negativen Bereich liegt hier der Schwerpunkt mit 48,2 % bei - 3, der Rest verteilt sich zu etwa gleichen Teilen auf - 2 und - 1. Die Zukunftschancen werden im Bereich der positiven Antworten zu 75,6 % mit + 1 bewertet. Auf die Position + 3 entfällt lediglich 1 Nennung. Im negativen Bereich verteilen sich die Antworten relativ gleichmäßig auf alle Wertungsmöglichkeiten, wobei - 2 mit 17 Punkten die meisten Nennungen erhält.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß bei allen 3 Fragen der Anteil der positiven Antworten wesentlich höher liegt, als bei den Fragen nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Entscheidungsgremien und die Verwaltungsarbeit. Gleichzeitig zeigt aber die Einzelauswertung, daß der ganz überwiegende Anteil aller positiven Antworten (78,3 %) nicht in Richtung "sehr positiv" (+ 3), sondern in Richtung "eher positiv" (+ 1) lautet.

In der diskriptiven Auswertung wurden bisher die Fragebogenitems als isolierte, gewissermaßen voneinander unabhängige Einheiten untersucht. Das dadurch gewonnene Bild über die Einschätzung des Einflusses der Alternativzeitungen ist unvollständig, denn es enthält keine Informationen über Zusammenhänge zwischen den einzelnen Einflußaspekten bzw. über Entscheidungs- oder Erfahrungsdimensionen, die das Verhältnis der Pressestellen zu den Alternativzeitungen kennzeichnen und die für Zusammenhänge zwischen den Einflußaspekten sehr wahrscheinlich verantwortlich sind.

Im Mittelpunkt der weiteren Ausführungen stehen daher Fragenkomplexe wie z.B.

a) Besteht ein Zusammenhang zwischen dem vermuteten Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung und ihren Zukunftsaussichten?

b) Welches sind eigentlich die Erfahrungsgrundlage, auf denen die Antworten der Pressestellen beruhen, bzw. welches Konzept verbirgt sich hinter den Antworten auf die Fragebogenitems? Mit anderen Worten: Verfügen die Pressestellen über eine differenzierte Einschätzung aller Einflußaspekte oder lediglich über ein globales Stereotyp von der Art des bekannten "Halo Effects", bzw. ist das Konzept, das die Pressestellen beim Umgang mit der Alternativpresse in ihrer Stadt verfolgen, eher differenziert oder eher undifferenziert?

c) Angenommen, es lassen sich die in b) angesprochenen Erfahrungsgrundlagen eruieren, sind diese bei allen Pressestellen in etwa gleich oder handelt es sich um spezifische, von Stadt zu Stadt variierende Phänomene?

In den folgenden Abschnitten soll versucht werden, diese Fragenkomplexe nacheinander zu beantworten. Zuerst werden die wichtigsten Zusammenhänge zwischen den einzelnen Einflußaspekten ermittelt und interpretiert. Sodann wird versucht, durch eine Faktorenanalyse der Fragebogenitems Ant-

worten auf die in b) und c) gestellten Fragen zu erhalten. Von der Faktorenstruktur der Daten wird es abhängig, ob wir von differenzierten oder undifferenzierten Erfahrungsgrundlagen ausgehen können oder ob wir die Existenz solcher Erfahrungsgrundlagen verneinen müssen bzw. davon auszugehen haben, daß diese möglicherweise vorhanden, aber nicht so allgemeingültig sind, daß sie durch eine Faktorenanalyse eruiert werden können.

4.6 Korrelationen zwischen den Fragebogenitems

4.6.1 Berechnung der Korrelationen

Die Variablen können im vorliegenden Fall - wie sich bereits aus dem Antwortschema ergibt - nicht als metrisch bzw. intervallskaliert behandelt werden, sondern haben vermutlich Rangniveau. Die Rangkorrelation ist bei dieser Untersuchung angebracht, weil für die hier zu behandelnden wissenswerten Sachverhalte keine Maßeinheiten zur Verfügung stehen. Die Korrelationsberechnung kann erfolgen nach dem Krueger-Spearman'schen Rangkorrelationskoeffizienten $R^{12)}$ oder nach dem Kendallschen Rangkorrelationskoeffizienten $(\tau)^{13)}$. Im folgenden soll der Rangkorrelationskoeffizient Tau von Kendall zur Anwendung kommen; denn mit wachsenden Stichprobenumfang wird die Zuordnung der Rangplätze nach Krueger-Spearman schwierig, weil häufige Bindungen auftreten und die Rangplätze gemittelt werden müssen mit der Folge, daß der nach Krueger-Spearman bestimmte Korrelationskoeffizient R den tatsächlich bestehenden Zusammenhang überschätzt und Korrekturformeln nötig werden. Bei vielen übereinstimmenden Werten/ Bindungen (3, 2, 1 bzw. + 3, + 2, + 1, 0, - 1, - 2, - 3) bietet sich die Kendallsche Rangkorrelation als besser geeignet an. Sie soll im folgenden zur Anwendung kommen.

Ein theoretisch noch besser begründetes Zusammenhangsmaß, die bei Ohlson¹⁴⁾ vorgeschlagene maximum likelihood Schätzung des polychorischen Korrelationskoeffizienten, erwies sich als nicht berechenbar: Praktische Erfahrungen mit einem von der Universität Wuppertal zur Verfügung gestellten Programmpaket zeigten große Probleme bei der praktischen Berechenbarkeit des Koeffizienten auf, sodaß auf eine Verwendung verzichtet werden mußte.

4.6.2 Interpretation der Korrelationen¹⁵⁾

Wegen des vergleichsweise starken Rücklaufs sind repräsentative Schlüsse möglich und nicht nur einige vorsichtige quantitative Gewichtungen und Trends.

Anhand der Korrelationstabelle¹⁶⁾ soll nun aufgelistet werden, wo positive Zusammenhänge bestehen, wo es Gegensätze gibt und wo überhaupt keine Zusammenhänge nachweisbar sind.

Tabelle 4.9: Kendall Correlation Coefficients -
Gesamtübersicht

VARIABLE PAIR		VARIABLE PAIR		VARIABLE PAIR		VARIABLE PAIR		VARIABLE PAIR		VARIABLE PAIR	
FRAGE1 WITH FRAGE2	.4867 Nf 1121 SIG .001	FRAGE1 WITH FRAGE3	.4770 Nf 1041 SIG .001	FRAGE1 WITH FRAGE4	-.0566 Nf 1113 SIG .240	FRAGE1 WITH FRAGE5	.0279 Nf 1111 SIG .369	FRAGE1 WITH FRAGE6	.0552 Nf 1111 SIG .256	FRAGE1 WITH FRAGE7	-.0701 Nf 1131 SIG .201
FRAGE1 WITH FRAGE8	.2888 Nf 1121 SIG .001	FRAGE1 WITH FRAGE9	-.1440 Nf 1091 SIG .039	FRAGE2 WITH FRAGE3	.6263 Nf 1091 SIG .001	FRAGE2 WITH FRAGE4	-.1645 Nf 1121 SIG .022	FRAGE2 WITH FRAGE5	-.0331 Nf 1101 SIG .348	FRAGE2 WITH FRAGE6	-.0952 Nf 1101 SIG .132
FRAGE2 WITH FRAGE7	-.1939 Nf 1121 SIG .011	FRAGE2 WITH FRAGE8	.0602 Nf 1101 SIG .235	FRAGE2 WITH FRAGE9	-.1711 Nf 1081 SIG .019	FRAGE3 WITH FRAGE4	-.1776 Nf 1091 SIG .017	FRAGE3 WITH FRAGE5	-.0822 Nf 1071 SIG .172	FRAGE3 WITH FRAGE6	-.0950 Nf 1071 SIG .140
FRAGE3 WITH FRAGE7	-.1282 Nf 1091 SIG .070	FRAGE3 WITH FRAGE6	.0782 Nf 1071 SIG .182	FRAGE3 WITH FRAGE9	-.1901 Nf 1051 SIG .013	FRAGE4 WITH FRAGE5	.6931 Nf 1121 SIG .001	FRAGE4 WITH FRAGE6	.6106 Nf 1121 SIG .001	FRAGE4 WITH FRAGE7	.1728 Nf 1141 SIG .014
FRAGE4 WITH FRAGE8	.2008 Nf 1121 SIG .005	FRAGE4 WITH FRAGE9	.3399 Nf 1101 SIG .001	FRAGE5 WITH FRAGE6	.7705 Nf 1121 SIG .001	FRAGE5 WITH FRAGE7	.2936 Nf 1121 SIG .001	FRAGE5 WITH FRAGE8	.3176 Nf 1121 SIG .001	FRAGE5 WITH FRAGE9	.2422 Nf 1101 SIG .002
FRAGE6 WITH FRAGE7	.3259 Nf 1121 SIG .001	FRAGE6 WITH FRAGE8	.2869 Nf 1121 SIG .001	FRAGE6 WITH FRAGE9	.1930 Nf 1101 SIG .008	FRAGE7 WITH FRAGE8	.3716 Nf 1121 SIG .001	FRAGE7 WITH FRAGE9	.1054 Nf 1101 SIG .095	FRAGE8 WITH FRAGE9	.1316 Nf 1101 SIG .046

A VALUE OF 99.0000 IS PRINTED IF A COEFFICIENT CANNOT BE COMPUTED.

N = Anzahl der Fälle; SIG. = Signifikanz

a) Positive Zusammenhänge

Die Antworten auf die Fragen nach der Intensität der Auswertung, nach dem Grad der Versorgung mit Informationsmaterial und nach dem Umfang der Einladungen zu Pressegesprächen u.ä. zeigen einen hohen positiven Zusammenhang ($\tau = .48$ bis $.63$, $\alpha < .001$). Je intensiver die Alternativzeitung ausgewertet wird, desto stärker wird sie mit Informationen versorgt und zu Pressegesprächen etc. eingeladen und umgekehrt.

Es kann hier weder davon ausgegangen werden, daß eine der drei Variablen Ursache und die beiden anderen Variablen Folgen sind, noch läßt sich die These aufstellen, daß zwei der Variablen eine dritte steuern. Vielmehr muß angenommen werden, daß zwischen den dargestellten drei Variablen eine Interdependenz und eine gegenseitige Steuerung besteht, deren Ursachen noch nicht bekannt sind.¹⁷⁾

Ein - wenn auch geringer - hochsignifikanter positiver Zusammenhang besteht ferner zwischen dem Umfang der Informationsversorgung und der Häufigkeit der Presseeinladungen auf der einen Seite und dem von den Pressestellen vermuteten Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung andererseits ($\tau = -.16$ bzw. $-.18$; $\alpha \leq .02$).

Es läßt sich also feststellen, daß in den Pressestellen eine Neigung besteht, die Alternativzeitungen, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung von ihnen als positiv und als stark bewertet wird, besser mit Informationsmaterial zu versorgen und häufiger zu Pressegesprächen u.ä. einzuladen, als solche Alternativzeitungen, deren Einfluß auf die öffentliche Meinung von ihnen eher als gering eingestuft wird.

Ein positiver Zusammenhang ($\alpha < .02$; $\tau = -.17$) besteht ferner zwischen dem Umfang der Informationsversorgung der Alternativzeitungen durch die Pressestellen und der Art der Erfahrungen, die die Pressestellen mit der Alternativzeitung gemacht hat. Auch wenn der festgestellte positive Zu-

sammenhang nicht sehr stark ist, so zeigt er doch, daß dort, wo die Alternativzeitung mit Informationsmaterial gut und regelmäßig versorgt wird, die positiven Erfahrungen der Pressestelle mit dieser Alternativzeitung überwiegen.

Eine Beantwortung der weiteren Frage, ob die gute Versorgung mit Informationsmaterial zu einem positiven Verhalten der Alternativzeitung gegenüber der Pressestelle führt oder ob die Alternativzeitung dann mit Informationsmaterial gut versorgt wird, wenn sie sich der Pressestelle gegenüber eher moderat verhält, läßt sich aus den vorliegenden Zahlen nicht erkennen und eine Interpretation nach dem Modell einseitiger Steuerung erscheint auch nicht sachgerecht. Es ist hier vielmehr angemessen und naheliegend gemäß der Homans'schen Regel nach der "... in kleinen menschlichen Gemeinschaften der Ausprägungsgrad der Sympathie (X) und die Kontakthäufigkeit (Y) positiv miteinander korrelieren"¹⁸⁾ einen wechselseitigen Zusammenhang und eine gegenseitige Steuerung anzunehmen.

Zwischen der Art und der Intensität der Kontakte Pressestelle - Alternativzeitung und der Bewertung der Zukunftschancen der Alternativzeitungen besteht ein positiver Zusammenhang. Am wenigsten intensiv ist dabei der Zusammenhang zwischen Auswertung und angenommenen Zukunftschancen ($r = -.14$; $\alpha < 0.5$) und am stärksten zwischen Häufigkeit der Einladung und positiver Beurteilung der Zukunftschancen ($r = -.19$; $\alpha < .05$). Aus diesem Untersuchungsergebnis läßt sich der Schluß ziehen, daß die Intensität der Auswertung und der Kontaktpflege auch davon abhängt, welche Zukunftschancen der jeweiligen Alternativzeitung seitens der Pressestelle eingeräumt werden. Werden die Zukunftschancen positiv gesehen, dann wird die Auswertung intensiver betrieben und die Kontakte sorgfältiger gepflegt, als wenn man die Alternativzeitung nur für ein vorübergehendes Phänomen hält. Dabei ist die Übereinstimmung zwischen positiven Zukunftschancen und Intensität der Informationsversorgung/Einladungshäufigkeit

höher, als zwischen positiven Zukunftschancen und Auswertungsintensität. Dies dürfte nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß die Entscheidung über die Auswertung einen starken Aktualitätsbezug hat und wesentlich von tagespolitischen Notwendigkeiten geprägt wird. Bei der Frage hingegen, in welchem Umfang die Alternativzeitung mit Informationen versorgt und mit Einladungen bedacht wird, hat die erwartete "Beständigkeit" der Alternativzeitung für die Pressestelle höheres Gewicht als bei der Entscheidung über die Intensität der Auswertung. Dies ist nicht verwunderlich; denn mit einem Faktor, mit dem auf Dauer gerechnet wird, setzt man sich anders auseinander und versucht das gegenseitige Verhältnis anders auszubauen, als mit einer Alternativzeitung ohne Zukunftschancen.

Die Antworten auf die Fragen nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, auf den Rat und auf die Verwaltung zeigen ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung ($r = .61$ bis $.77$; $\alpha < .001$). Wird der Einfluß einer Zeitung auf die öffentliche Meinung hoch eingeschätzt, dann gilt dies auch für den Einfluß auf Rat und Verwaltung. Wird er hingegen als gering angesehen, dann gilt dies ebenfalls für alle drei Bereiche. Dieses Ergebnis erscheint nicht überraschend, denn es bestätigt einerseits, daß die öffentliche Meinung nicht ohne Wirkung auf die kommunalen Repräsentanten und auf die Verwaltungsarbeit ist und andererseits, daß sich auch Vertretungsorgane und Verwaltung gegenseitig beeinflussen. Mag der Einfluß der Alternativzeitung im Einzelfall auch den einen oder anderen Bereich stärker betreffen, insgesamt jedoch zeigt sich eine eindeutige Wechselwirkung zwischen den drei genannten Bereichen.

Obwohl die Korrelationen in allen Fällen hochsignifikant sind, so zeigen sich doch Unterschiede dahingehend, daß der Zusammenhang zwischen dem Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane höher ist, als der Zusammenhang zwischen dem Einfluß auf die öffentliche Meinung und dem Einfluß auf die Verwaltungsarbeit und daß der Zusammen-

hang zwischen dem Einfluß auf die Vertretungsorgane und dem Einfluß auf die Verwaltungsarbeit am höchsten ist. Auch wenn es sich hier nur um Tendenzen handelt und mit Wertungen vorsichtig umgegangen werden muß, so zeigt die Interpretation dieser Untersuchungsergebnisse im Detail doch, daß der Einfluß der Alternativzeitung über die öffentliche Meinung auf die Verwaltungsarbeit zwar in hohem Maße vermutet wird, daß dieser Einfluß aber nicht ganz so hoch eingeschätzt wird, wie der Einfluß, den Alternativzeitungen über die öffentliche Meinung auf die Vertretungsorgane ausüben. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, daß Alternativzeitungen ohne maßgeblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung auch ohne maßgeblichen Einfluß auf die politische Vertretung und auf die Verwaltung sind. Es fällt ferner auf, daß bei vermutetem fehlendem Einfluß auf die öffentliche Meinung der Einfluß der Alternativzeitung auf die Vertretungsorgane geringer bewertet wird, als auf die Verwaltung. Dieses Ergebnis dürfte seine Ursache in der Tatsache haben, daß die Stadt- und Gemeinderäte sowie der Bürgermeister von der Darstellung ihrer Politik in der Öffentlichkeit wegen ihrer gewünschten Wiederwahl stärker abhängig sind als die Verwaltung, deren Mitglieder in der Regel in einem Dauerarbeitsverhältnis stehen und von Wahlergebnissen unabhängig sind.

Ein positiver Zusammenhang besteht zwischen dem vermuteten Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit einerseits und der Art der Erfahrungen, die Pressestellen mit Alternativzeitungen gemacht haben ($r = .17$ bis $.33$; $\alpha < .01$).

Daß ein gewisser positiver Zusammenhang zwischen der Frage nach dem Einfluß und der Frage nach den mit der Alternativzeitung gemachten Erfahrungen besteht, wurde erwartet und verwundert insoweit nicht. Überraschend ist allerdings die Intensität dieses Zusammenhanges bezogen auf die Frage nach dem Einfluß auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit. Dies bedeutet, daß den Alternativzeitungen, mit denen die Pressestellen positive gute Erfahrungen gemacht haben, ein

stärkerer Einfluß auf die Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit eingeräumt wird als Alternativzeitungen, zu denen Pressestellen ein eher negatives Verhältnis haben. Dies kann umgekehrt aber auch bedeuten, daß die Pressestellen sich selbst bei Alternativzeitungen, von denen sie glauben, daß sie großen Einfluß auf Verwaltungsorgane und Verwaltungsarbeit haben, stärker um ein positives Verhältnis und ein gedeihliches Miteinander bemühen als bei Alternativzeitungen, denen ohnehin kein oder ein nur geringer Einfluß zugetraut wird.

Es wird hier nicht davon ausgegangen, daß die Erfahrungen einseitig die Bewertung des Einflusses oder umgekehrt bedingen. Vielmehr wird auch hier eine gegenseitige Steuerung im Sinne der Homans'schen Regel für angemessen erachtet.

Auch zwischen der Antwort auf die Frage nach dem Einfluß auf die öffentliche Meinung und den gemachten Erfahrungen besteht ein klarer positiver Zusammenhang, sodaß das oben Gesagte auch hier gilt. Der Zusammenhang zwischen Erfahrungen und Einfluß auf die öffentliche Meinung ist jedoch geringer als der Zusammenhang zwischen Erfahrungen und Einfluß auf die Vertretungsorgane und Einfluß auf die Verwaltungsarbeit. Dies ist verständlich, bedenkt man, daß die Antwort auf die Frage, welchen Einfluß Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung haben, für die Pressestellen wegen der vagen Formulierung unsicherer und schwieriger ist, als die Beantwortung der Frage nach dem Einfluß auf die Vertretungsorgane, in deren unmittelbarer Nähe die Pressestellen in der Regel angesiedelt sind oder gar auf die Verwaltung, zu deren Bestandteil sie ja selbst gerechnet werden können.

Positive Zusammenhänge bestehen auch zwischen den Antworten auf die Fragen nach dem Einfluß der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltung einerseits und der Bewertung der Form, in der kommunalpolitische Themen von der jeweiligen Alternativzeitung aus der Sicht der Pressestellen abgehandelt werden ($\tau = .20$ bis $.32$; $\alpha < .01$).

Wird also die Darstellung der Kommunalpolitik durch die Alternativzeitung als positiv eingestuft, dann wird von den Pressestellen auch der Einfluß dieser Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit hoch eingeschätzt. Umgekehrt bedeutet dies, daß eine negative Darstellung der Kommunalpolitik mit einem geringen Einfluß korrespondieren müßte. Dieses Ergebnis ist schwer zu interpretieren. Es soll deshalb zunächst die Fragestellung nochmals präzisiert werden: Die Korrelationsdaten besagen, daß die Alternativzeitungen, die keinen oder nur einen geringen Einfluß auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit haben, nach Meinung der Pressestellen dazu neigen, Kommunalpolitik negativ darzustellen, während Alternativzeitungen, die nach Meinung der Pressestellen Einfluß im Meinungs- und Willensbildungsprozeß haben, eher eine moderate differenzierte sachliche Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Themen vorziehen. Diese Formulierungen vermögen die Wechselwirkungen zwischen den beiden Fragen und die Übereinstimmung bei der Beantwortung der Fragen besser aufzuhellen und verständlicher zu machen.

"Etablierte Alternativzeitungen" d.h. Alternativzeitungen, die fester Bestandteil und ernst zu nehmender Faktor im öffentlichen Meinungsbildungsprozeß geworden sind und sich um ein auf Dauer angelegtes Konzept bemühen, nehmen nicht nur in höherem Maße als andere Alternativzeitungen Einfluß auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit, sondern sie müssen auch, wollen sie nicht nur kurzlebige und auf Detailfragen im Einzelfall beschränkte Erfolge erzielen, zu kommunalpolitischen Fragen umfassend, nach allen Seiten abwägend und differenziert berichten. Eine solche nicht einseitig emotionalisierende Berichterstattung wird von den Pressestellen offenbar als positiv empfunden. Mit Kritik an einzelnen Punkten kann man sich ernsthafter auseinandersetzen, als mit Berichten, die über pauschale Ablehnung und Verurteilung nicht hinauskommen. Hieraus wird die

festgestellte Korrelation verständlich. Je objektiver und differenzierter die Berichterstattung, desto höher der Einfluß. Dies gilt in hohem Maße bereits für die schwer bestimmbare öffentliche Meinung, dies gilt in noch höherem Maße für den Einfluß auf die Verwaltungsarbeit und für den Einfluß auf die Vertretungsorgane. Eine ernsthafte, konstruktive, sachlich argumentierende und fordernde Auseinandersetzung vermag nach Meinung der Pressestellen offenbar am ehesten die öffentliche Meinung zu beeinflussen und fließt über diese maßgeblich in das Entscheidungsverhalten der kommunalen Mandatsträger ein. Demgegenüber werden Alternativzeitungen mit gelegentlich spektakulären Berichten und negativ-kritischen Beiträgen zu kommunalpolitischen Themen, wie oben bereits ausgeführt, von den Pressestellen zwar stärker ausgewertet als Alternativzeitungen mit moderater sachlicher Berichterstattung. Dies beinhaltet jedoch nicht, wie hier festgestellt, daß sie damit auch Einfluß auf Verwaltung und Vertretungsorgane erhalten.

Eine positive Korrelation besteht schließlich auch zwischen der Beurteilung der Zukunftschancen der jeweiligen Alternativzeitung einerseits und dem vermuteten Einfluß dieser Zeitung auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ($r = .19$ bis $.34$; $\alpha < .001$). Grundsätzlich kann also festgestellt werden, daß bei Alternativzeitungen, deren Zukunftschancen von den Pressestellen positiv beurteilt werden, ein höherer Einfluß auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit vermutet wird, als bei Alternativzeitungen mit schlechten Zukunftsaussichten. Dies bedeutet, daß die angenommene Dauerhaftigkeit und Kontinuität einer Alternativzeitung Einfluß darauf hat, wie der Einfluß der Alternativzeitung auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit beurteilt wird. Dabei zeigen die errechneten Werte, daß die Beurteilung der Zukunftschancen im Rahmen insgesamt relativ hoher Korrelationen am wenigsten intensiv den Einfluß auf die Verwaltungsarbeit berührt und daß sie beim Einfluß auf die öffentliche Meinung

am höchsten liegt. Die sehr hohe Übereinstimmung bezüglich der öffentlichen Meinung dürfte ihre Ursache nicht zuletzt darin haben, daß die Bildung der öffentlichen Meinung einen länger andauernden nicht leicht durchschaubaren vielschichtigen Prozeß darstellt, der sich durch Einzelaktionen oder kurzlebige Phänomene nicht nachhaltig und auf Dauer beeinflussen läßt.

Ein hohes Maß an Übereinstimmung ist auch festzustellen zwischen der Beantwortung der Frage nach den Erfahrungen der Pressestellen mit den Alternativzeitungen und der Bewertung der Darstellungsart kommunalpolitischer Themen in den Alternativzeitungen ($\tau = .37; \alpha < .001$).

Hieraus folgt, daß in Alternativzeitungen, mit denen Pressestellen positive Erfahrungen gemacht haben, kommunalpolitische Themen positiver dargestellt werden als in Alternativzeitungen, deren Verhältnis zu den Pressestellen durch negative Erfahrungen gekennzeichnet ist.

Die Frage lautet nun: Sind die positiven Erfahrungen, d.h. der positive Umgang miteinander Ursache für die positive Berichterstattung oder führt eine positive Berichterstattung dazu, daß sich das Verhältnis so entkrampft, daß positive Erfahrungen möglich werden. Es wird wohl auch hier von einer gegenseitigen Steuerung im Sinne der Homans'schen Regel auszugehen sein. Positive Erfahrungen führen zu mehr Aufmerksamkeit gegenüber den Argumenten der anderen Seite. Die Auseinandersetzung mit diesen Argumenten führt zu einer Hinterfragung der eigenen Positionen und zu einer vorsichtigeren Diktion bei der Formulierung der eigenen Forderungen bzw. zu Verständnis und zur Berücksichtigung des einen oder anderen Anliegens. Hinzu kommt bei positiven Erfahrungen auch der zwischenmenschliche Aspekt, in dessen Folge der einzelne zu einer gewissen Mäßigung neigt.

Eine, wenn auch nur schwache, Übereinstimmung besteht schließlich zwischen der Darstellung kommunalpolitischer Themen in den Alternativzeitungen und der Beurteilung der Zukunftschancen dieser Alternativzeitung ($\tau = .13; \alpha < .05$).

Dieses Ergebnis besagt, daß in Alternativzeitungen mit guten Zukunftschancen kommunalpolitische Themen eher positiv dargestellt werden. Es besagt gleichzeitig aber auch, daß den Alternativzeitungen, die sich mit Kommunalpolitik positiv auseinandersetzen, von den Pressestellen eher gute Zukunftschancen eingeräumt werden. Es wird auch hier davon ausgegangen, daß beide Faktoren sich gegenseitig steuern. Alternativzeitungen, die langfristig und auf Dauer Einfluß auf die Kommunalpolitik nehmen wollen, werden dies in stärkerem Maße durch eine sachlich argumentierende differenzierte Berichterstattung als durch Sensationsberichte versuchen. Dies hat andererseits zur Folge, daß sich solche Zeitungen in der lokalen Medienlandschaft mit einem festen Leserkreis etablieren, ernst genommen werden und so ihre Zukunftschancen verbessern.

b) Negative Zusammenhänge

Die Intensität der Auswertung und die Art, in der Kommunalpolitik von den Alternativzeitungen dargestellt und behandelt wird, stehen in einem negativen Zusammenhang zueinander, d.h. es besteht zwischen ihnen ein Gegensatz ($\chi^2 = .28$ $\alpha < .001$).

Zwischen dem Umfang der Versorgung mit Informationsmaterial und der Einladungshäufigkeit einerseits und der Art und Weise, in der kommunalpolitische Themen und Probleme von den Alternativzeitungen abgehandelt werden, besteht kein signifikanter Zusammenhang ($\chi^2 = .06$ und $.08$).

Dieses Ergebnis bedeutet mit anderen Worten, daß die Pressestellen die Alternativzeitungen, die sich kritisch und negativ mit den kommunalpolitischen Themen und der Art und Weise, wie diese Themen durch die Gemeinde behandelt werden, auseinandersetzen, genauer und regelmäßiger auswerten, als solche Alternativzeitungen, die sich mit Kommunalpolitik nicht oder weniger kritisch befassen.

c) Nullkorrelationen

Ein Zusammenhang ist nicht feststellbar ($\tau = -.06$) zwischen der Intensität der Auswertung und dem angenommenen Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die behördeninterne, keine unmittelbare Außenwirkung zeigende Behandlung der Alternativzeitungen durch die Pressestellen wird von der Beurteilung, welchen Einfluß Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung haben, nicht beeinflusst, während der unmittelbare Kontakt und der unmittelbare Umgang (Form und Häufigkeit) zwischen Alternativzeitungen und Pressestellen sich - auch - danach bestimmen, wie hoch der Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung beurteilt wird.

Ein Zusammenhang ist auch nicht erkennbar zwischen der Art und Häufigkeit der Kontakte (Intensität der Auswertung, Umfang der Information, Häufigkeit der Einladungen) und dem von den Pressestellen vermuteten Einfluß auf die Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit ($.03 \leq \tau \leq .10$). Folgendes kann dennoch festgestellt werden: sind die Kontakte zwischen Alternativzeitung und Pressestelle positiv und häufig, so ergibt sich hieraus keinerlei Rückschluß auf den vermuteten Einfluß auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit. Andererseits lassen sich aus der Tatsache, daß den Alternativzeitungen ein Einfluß auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit zuerkannt wird, keine Rückschlüsse auf die Intensität der Auswertung und der Informationsversorgung und auf die Häufigkeit der Einladungen ziehen.

Kein Zusammenhang ist ferner erkennbar zwischen der Intensität der Auswertung ($\tau = -.07$) und der Einladungen ($\tau = -.13$) durch die Pressestellen einerseits und den Erfahrungen, welche die Pressestellen mit der Alternativzeitung gemacht haben, andererseits.

Die Tatsache jedoch, daß die Korrelation zwischen der Frage 7 (Erfahrungen) und der Frage 3 (Einladungshäufigkeit) die Signifikanzgrenze nur knapp verfehlt, während die Korrelation zwischen der Frage 7 (Erfahrungen) und der Frage 1

(Auswertungsintensität) fast Null ist, läßt im letzteren Fall zumindest die Interpretation eine Tendenz bezüglich eines positiven Zusammenhanges erkennen.

Die Interpretation dieser Daten ergibt, daß die Auswertung der Zeitung, die ein behördeninternes Faktum darstellt und als solche keine unmittelbare Außenwirkung zeitigt, die Erfahrungen mit den Alternativzeitungen nicht zu beeinflussen vermag. Dasselbe gilt grundsätzlich zwar auch hinsichtlich der Frage, ob die Art der Erfahrungen Einfluß darauf hat, wie häufig die Alternativzeitungen von den Pressestellen zu Gesprächen u.ä. eingeladen wird. Wie oben dargelegt, zeigt eine genauere Betrachtung des vorliegenden Ergebnisses jedoch, daß hier eine stärkere Annäherung an die beim Vergleich der Frage 7 (Erfahrungen) mit der Frage 2 (Versorgung mit Informationsmaterial) erzielten Ergebnisse wahrscheinlich ist. Ohne hieraus weitere Schlußfolgerungen ziehen zu wollen wird erkennbar, daß gute Erfahrungen der Pressestelle mit den Alternativzeitungen und regelmäßige Einladungen zu Pressegesprächen im Grenzbereich in Richtung eines positiven Zusammenhanges liegen.

Ein signifikanter Zusammenhang fehlt auch zwischen den Erfahrungen die von den Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht werden und der Beurteilung der Zukunftschancen durch die Pressestellen ($\chi^2 = .11$), auch wenn der Korrelationskoeffizient eher in Richtung eines positiven Zusammenhanges tendiert. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Pressestellen die Frage nach der Zukunftschance unabhängig von ihren positiven oder negativen Erfahrungen mit der jeweiligen Alternativzeitung beantwortet haben.

Dies erscheint auch plausibel; denn die Frage nach den Zukunftschancen ist in starkem Maße sachbezogen und kann, ja muß, unabhängig von den positiven oder negativen Erfahrungen der Pressestelle mit der jeweiligen Alternativzeitung beantwortet werden.

Da die Nullkorrelationen zwischen den aufgezeigten Fragen - zumindest teilweise - überrascht haben, wurde ein Ausdruck der Streudiagramme gefertigt, um festzustellen, ob die Nullkorrelationen möglicherweise Artefakte sind, darauf zurückzuführen, daß die Gesamtheit der Befragten sich in Teilgruppen mit signifikanten aber gegenläufigen Zusammenhängen zwischen den Antworten zu den o.g. Fragen zerlegen läßt. Ein Vergleich in den Streudiagrammen¹⁹⁾ ergibt jedoch, daß sich die vermutete Tendenz offensichtlich nicht feststellen läßt. Demzufolge müssen die Nullkorrelationen als Faktum akzeptiert werden. Zusammenfassend kann deshalb nur festgestellt werden:

aa) die Pressestellen lassen bei der Auswertung der Alternativzeitungen deren Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit und die gemachten Erfahrungen mit den Alternativzeitungen völlig unberücksichtigt. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Auswertung der Alternativzeitungen bei den meisten Städten routinemäßig und in gleicher Weise wie bei jeder anderen Zeitung erfolgt und daß die Mitarbeiter eine politische Wertung nicht vornehmen können oder nicht vornehmen dürfen.

Beeinflußt wird die Intensität der Auswertung alternativer Zeitungen nur durch zwei Aspekte, nämlich der Form, in der die Kommunalpolitik dargestellt wird und in den Zukunftschancen, die der Alternativzeitung gegeben werden.

bb) Bei der Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial berücksichtigen die Pressestellen zwar deren Einfluß auf die öffentliche Meinung, ihre mit der jeweiligen Alternativzeitung gemachten Erfahrungen und deren Zukunftschancen, wie oben bereits dargestellt, nicht jedoch deren Einfluß auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit und auch nicht die Form, in der die Kommunalpolitik dargestellt wird. Während die Pressestellen offenbar glauben, daß sie durch die Art und den Umfang der Informationsversorgung - zumin-

dest mittelbar - über die Alternativzeitungen die öffentliche Meinung beeinflussen und positiv mitgestalten können, scheint ihnen dies hinsichtlich des Einflusses der Alternativzeitungen auf Rat und Verwaltung nicht möglich oder nicht erforderlich. Dieses Ergebnis erscheint nicht unlogisch; denn die Pressestellen haben als Bestandteil der Verwaltung unmittelbar Zugang zu den einzelnen Referaten und können, wenn sie dies für notwendig halten, auch direkte Kontakte zu den Vertretungsorganen herstellen und das notwendige Informationsmaterial den betreffenden Gremien oder den jeweiligen Sachgebieten der Verwaltung zur Verfügung stellen. Die Pressestellen brauchen also bei der Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial, deren Einfluß auf Rat und Verwaltung nicht berücksichtigen, sie können sogar durch eine geschickte "Informationspolitik" die Einflüsse der alternativen Medien in diesem Bereich relativieren, verstärken, neutralisieren oder in sonstiger Form steuern. Durch diese Möglichkeit der aktiven Informations- und Kommunikationsgestaltung benötigen die Pressestellen die Alternativzeitungen hier weder als Multiplikator ihrer Öffentlichkeitsarbeit, noch sind sie den Einflüssen, die die Alternativzeitungen auf Rat und Verwaltung haben, ausgeliefert.

Auch die Form, in der die Alternativzeitungen kommunalpolitische Themen behandeln, hat auf die Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial keinen Einfluß. Dies bedeutet, daß die Alternativzeitungen, die sich kritisch und negativ mit Kommunalpolitik auseinandersetzen, genauso mit Informationsmaterial versorgt werden, wie Alternativzeitungen, die kommunalpolitische Themen wohlwollend und eher konstruktiv abhandeln.

Das Ergebnis läßt verschiedene Interpretationen zu. Man könnte daraus einmal den Schluß ziehen, daß die Pressestellen ihre Aufgabe - idealtypisch - stärker darin sehen, Kommunalpolitik objektiv darzustellen, Zielsetzungen und Ab-

sichten zu erläutern und verständlich zu machen, nicht aber kommunalpolitische Entscheidungen quasi als Partei zu vertreten und wie ein unmittelbar Betroffener zu verteidigen. Alternativ hierzu läßt sich aber auch die Meinung vertreten, daß die Darstellungsform der Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen auf die Versorgung dieser Zeitungen mit Informationsmaterial deshalb keinen Einfluß hat, weil die Pressestellen in praxi grundsätzlich bemüht sind, eine positive Darstellung der Kommunalpolitik in den Medien zu erreichen. Wird in Alternativzeitungen die Kommunalpolitik negativ dargestellt, so werden diese Zeitungen deshalb intensiv mit Informationsmaterial versorgt, um eine Änderung dieser Berichterstattung hin zum Positiven zu erreichen. Alternativzeitungen, die Kommunalpolitik eher positiv darstellen, werden ebenfalls intensiv mit Informationsmaterial versorgt, damit sie auch weiterhin diese positive Berichterstattung aufrechterhalten.

Es soll hier die Feststellung genügen, daß beide Annahmen möglich und geeignet sind, den vorliegenden Nichtzusammenhang zwischen den Items zu erklären. Die Fragestellung der Arbeit erfordert eine Verifizierung oder Falsifizierung der einen oder der anderen Annahme nicht.

cc) Für die Häufigkeit der Einladungen an die Alternativzeitungen spielt weder der Einfluß der jeweiligen Alternativzeitung auf Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit, noch die Art der Darstellung kommunalpolitischer Themen eine Rolle. Von Bedeutung für die Häufigkeit und die Intensität der Einladungen an Alternativzeitungen ist, wie bereits dargelegt, allein der Einfluß, den Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung haben, die Art der Erfahrungen, die Pressestellen mit den Alternativzeitungen haben und die Bewertung der Zukunftschancen dieser Zeitungen. Eine Interpretation dieser Nullkorrelationen erscheint nicht unproblematisch. Zunächst wird aus den getroffenen Feststellungen erkennbar, daß für die Pressestellen die ge-

machten Erfahrungen mit den Alternativzeitungen nicht davon abhängig sind, wie Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen dargestellt wird, d.h. negative Darstellungen schliessen positive Erfahrungen nicht aus und umgekehrt. Daß eine negative Darstellung kommunalpolitischer Themen für sich allein nicht genügt, die Häufigkeit der Einladungen an die Alternativzeitungen durch die Pressestellen zu beeinflussen, mag einmal damit zusammenhängen, daß bei dieser Frage nicht zwischen nur in der Form negativen, aber inhaltlich zutreffenden Berichten und inhaltlich unzutreffenden Berichten unterschieden wurde, mag seine Ursache aber auch darin haben, daß Pressestellen Politik nicht zu machen und zu gestalten haben, sondern lediglich die Politik und die dahinterstehenden Intentionen darstellen sollen. Ihr Verhältnis zum jeweiligen Sachthema ist also distanzierter, sodaß kritische Berichte nicht unmittelbar auf die mehr persönlichen Kontakte durchschlagen und eine Notwendigkeit, sie von direkten Informationen auszuschließen, bei den Pressestellen nicht gesehen wird. Dieses Ergebnis steht nicht im Widerspruch zu dem positiven Zusammenhang, der zwischen der Frage nach den Erfahrungen der Pressestellen mit den Alternativzeitungen und der Häufigkeit der Einladungen festgestellt wurde; denn hier stehen Fragen der Kooperationsbereitschaft und der Vertrauenswürdigkeit im Vordergrund.

Wenn bei den Einladungen zu Pressegesprächen der Einfluß, den Alternativzeitungen auf Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit haben, nicht von Bedeutung ist, dann mag dies durchaus unterschiedliche, durch Besonderheiten in den jeweiligen Kommunen bedingte, Ursachen haben. Es erscheint jedoch nicht abwegig, davon auszugehen, daß die Pressestellen aufgrund ihrer nach außen gerichteten Sprachrohrfunktion, ihrer herausgehobenen Stellung im Verwaltungsaufbau und ihres Informationsumfangs und Wissensvorsprungs sowohl innerhalb der Verwaltung, als auch gegenüber den Vertre-

tungsorganen bei der Frage nach dem Umgang mit den Alternativzeitungen, deren Einfluß auf das kommunale Machtzentrum unberücksichtigt lassen können. Dies insbesondere auch deshalb, weil sie die lokalen Kommunikationsstrukturen am besten kennen und am ehesten gestaltend und steuernd auf sie einwirken können. Sie sind hier, anders als beim Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, wo ein positiver Zusammenhang zur Häufigkeit der Einladungen festgestellt wurde, externen, autonomen Entwicklungen nicht oder nur in sehr begrenztem Umfang ausgeliefert.

IV.4.7 Untersuchung der Dimensionalität der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitung auf die Kommunalpolitik

4.7.1 Fragestellung

In der vorliegenden Untersuchung wird davon ausgegangen, daß zwischen den Items der Pressestellen inhaltliche Zusammenhänge bestehen, d.h. daß bestimmte Grunddimensionen angesprochen werden und daß hinter den Items gemeinsame Konzepte stehen. Diese Vermutung, die bereits die oben durchgeführte überschlägige Auswertung der Fragebogen nahelegt und die auch aus inhaltlichen Überlegungen hergeleitet werden kann, geht von der Annahme aus, daß die Pressestellen im Umgang mit Alternativzeitungen nach einer bestimmten Strategie vorgehen und daß dieser Strategie bestimmte übergeordnete Konzepte zugrundeliegen, an denen sie sich orientieren und die dann in die Items einfließen und dort verborgen stecken. Dies bedeutet, daß die Antworten die Konzepte ansprechen, die die Strategie des Umgangs der Pressestellen mit den Alternativzeitungen ausmachen. Dabei ist zu beachten, daß Konzepte nie Items sind, sondern immer Zusammenfassungen von Sachverhalten und Items, die sich auf ganz spezielle Sachverhalte beziehen. Konzepte können im vorliegenden Fall beispielsweise die gemachten Erfahrungen, die

Art der wahrgenommenen Darstellung, der Wert persönlicher Kontakte u.a. sein.

Die nächste Frage lautet nun, auf wievielen unterschiedlichen und voneinander unabhängigen Konzepten die Strategie beruht, die die Pressestellen beim Umgang mit den Alternativzeitungen anwenden. Denkbar wäre beispielsweise eine Primitivstrategie der Art, daß nur die Darstellung der Kommunalpolitik maßgeblich ist für die Intensität der Kontakte, die Beurteilung der Erfahrungen und der Zukunftschancen sowie die Bewertung des Einflusses. Hier würde hinter der ganzen Strategie ein einziges Konzept stecken, dem alles zu- und untergeordnet wird. Es würde sich hier um ein ein-dimensionales Konzept handeln, das alles steuert. Es ist aber auch eine äußerst differenzierte Strategie denkbar, die jeden Aspekt separat berücksichtigt und bei der praktisch jede der gestellten Fragen ein eigenes selbständiges Konzept repräsentiert. Eine solche Strategie würde aus - ebenso vielen oder nahezu ebenso vielen Konzepten bestehen wie Items vorhanden sind. In diesem Fall hätten sich die Pressestellen zu jeder einzelnen Frage gesondert und speziell Gedanken gemacht und jede Frage isoliert und separat beantwortet. Bei der Frage der Auswertung würde also nicht nur die Darstellungsform berücksichtigt, sondern auch die Zukunftschancen, der Einfluß, die Kontakte etc. Da aus der Analyse der Korrelationstabelle²⁰⁾ nur Hypothesen über die Strategie und die Zahl der Konzepte gebildet werden können, sich aber keine Informationen über die Strategie und die Konzepte unmittelbar ergeben, muß nun mit Hilfe statistischer Methoden versucht werden herauszufinden, auf wieviel voneinander unterschiedlichen Konzepten die Strategie des Umgangs der Pressestellen mit den Alternativzeitungen beruht, d.h. welche von den Items unter welches Konzept subsumiert werden können. Zu diesem Zweck ist es notwendig, linear unabhängige Grundtendenzen in den Fragebogenantwort-

ten herauszufinden. Diese Untersuchung des Bewertungsverhaltens der Städte soll hier anhand einer Faktorenanalyse erfolgen.

4.7.2 Untersuchung der Fragestellung mit Hilfe der Faktorenanalyse

4.7.2.1 Darlegung und Begründung der Methode

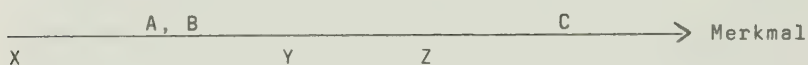
Die Faktorenanalyse geht aus von der Interkorrelationsmatrix der Items. Daraus erhält man nach einer Eckart-Young-Zerlegung die Faktorenstruktur der Antworten²¹⁾. Diese wird zum Zwecke der leichteren Interpretierbarkeit einer sogenannten Rotation nach dem Einfachstrukturkriterium (simple structure Varimax-Rotation) unterworfen. Geometrisch gesehen bedeutet diese Rotation die Drehung eines orthogonalen Koordinatensystems, so, daß die Koordinaten der Items (die Faktorladungen) in diesem Koordinatensystem bestimmte Eigenschaften haben. Die wesentliche Eigenschaft ist die, daß, soweit dies möglich ist, jedes Item, d.h. jede Antwort, eine sehr hohe Ladung auf einer Faktorenachse hat und zu vernachlässigende, also sehr geringe Ladungen oder Koordinaten auf dem Rest der Faktorenachsen. Damit ist es nun möglich, die Achsen des Faktorenraumes, also diese Faktoren einigermaßen eindeutig durch jene Items zu identifizieren, die auf dieser Achse hohe Ladungen haben. Diese Achsen entsprechen demzufolge den von uns gesuchten Grundtendenzen des Antwortverhaltens. Bekanntlich liefert diese Einfachstruktur der Antworten im allgemeinen nicht eine Einfachstruktur der Antworten, also der Städte. Auf diesen Punkt wird bei der Untersuchung der Ähnlichkeit der Antworten im einzelnen noch einzugehen sein.

Welche Interpretationen nach der Faktorenanalyse möglich sind, läßt sich an folgendem Beispiel erkennen:

Die Städte A, B und C gleichen sich in ihrem Antwortverhal-

ten und dieses ist gekennzeichnet durch die Antworten in den Fragen X, Y und Z. Zu unterscheiden sind nun folgende Spielarten:

1. Gibt es nur einen einzigen Faktor, so bedeutet dies, daß nur ein idealisiertes Antwortschema allen Antworten aller Städte zugrundeliegt. Dies heißt mit anderen Worten: Die Antworten der Städte richten sich nach einem einzigen hinter den Items stehenden Merkmal. In Bezug auf die allgemeine Meßtheorie würden wir danach folgende idealisierte Darstellung erhalten:



Die Items (X, Y, Z) können nach dem Ausmaß, in dem sie das Merkmal beinhalten (im klassischen Sinne "Item-Schwierigkeit", in der allgemeinen Meßtheorie "Item-Parameter") auf der Merkmalsskala angeordnet werden. In der gleichen Art können die Antworter (A, B, C) auf der Merkmalsskala angeordnet werden, nach dem Ausmaß, in dem sie selbst das Merkmal aufweisen. Im obigen Beispiel unterscheiden sich A und B hinsichtlich ihrer Antworten auf X, Y, Z nicht, sie unterscheiden sich aber von C, denn A und B bejahen X, nicht aber Y und Z, während C alle drei Items bejaht. Wie die Abbildung zeigt, können sich die Städte in diesem Merkmal sehr deutlich unterscheiden und es wäre zu untersuchen, welche sozialstrukturellen Variablen dafür verantwortlich sind, daß eine unterschiedliche Bewertung der politischen Bedeutung der Alternativzeitungen stattfindet. Im vorliegenden Fall stünde hinter dem Konzept des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Kommunalpolitik, so wie es im Fragebogen erfaßt wurde, ein einziges Merkmal.

2. Gibt es mehr als einen Faktor, so bedeutet dies, daß die Items in homogene Teilbereiche zerfallen und daß jede Item-Gruppe ein separates und von den anderen relativ unabhängi-

ges Merkmal erfaßt. Es gibt dann im Gegensatz zur Spielart 1 mehr als eine Skala, d.h. m.a.W. jeder Stadt kann je ein Punktwert in diesen Skalen zugeordnet werden. Auch hier kann dann die Frage untersucht werden, welche sozialstrukturellen Variablen für die Unterschiede der Städte nun nicht im eindimensionalen sondern im mehrdimensionalen Raum "Einfluß der Alternativzeitungen auf die Kommunalpolitik" verantwortlich sind.

3. Es gibt keine eindeutig identifizierbaren Faktoren. Dies kann zweierlei bedeuten: Entweder die Antworten orientieren sich an keinem Konzept oder aber, die Konzepte sind stadtspezifisch, so daß die Faktorenanalyse, die implizit von generell gültigen Konzepten ausgeht, sinnvoll interpretierbare Ergebnisse nicht erbringen kann.

Wie die beiden Spielarten zeigen, ist es nicht nur inhaltlich, sondern auch wegen der Absicht, die Städte in homogene Gruppen zu zerlegen, interessant zu wissen, auf wieviele Dimensionen sich das Konzept "Einfluß der Alternativzeitungen auf die Kommunalpolitik" reduzieren läßt.

Zur Untersuchung solcher Fragen wird üblicherweise die Faktorenanalyse eingesetzt.

4.7.2.2 Durchführung der Faktorenanalyse

Sämtliche Auswertungen erfolgten auf der Rechenanlage Cyber des RRZE der Universität Erlangen. Für die Faktorenanalyse wurde das Programmpaket Statistical Package for the Social Sciences (SPSS) verwendet. Berechnet wurde eine Hauptkomponentenanalyse nach dem Hauptkomponentenmodell mit anschließender orthogonaler Varimax-Rotation.²²⁾

4.7.2.3 Interpretation der Faktorenanalyse

1. Die Anzahl der Faktoren

Bei der Interpretation der Anzahl der Faktoren ist es üblich, zwei Kriterien heranzuziehen: Das sog. "Eigenwertkri-

terium" (die Zahl der interpretierbaren Faktoren ist gleich der Anzahl der Eigenwerte ≥ 1) und den "Rangabfall" (den Verlauf der Eigenwerte nach ihrer Größe). Die Faktorenanalyse erbrachte folgende Eigenwerte:

Tabelle 4.10: Eigenwerte nach ihrer Größe geordnet

<u>Nr.</u>	<u>Eigenwert</u>	<u>% aufgeklärter Varianz</u>	<u>% kumuliert</u>
1	2.925	32.5	32.5
2	2.127	23.6	56.1
3	1.081	12.0	68.1
4	.864	9.6	77.7
5	.626	7.0	84.7
6	.452	5.0	89.7
7	.375	4.2	93.9
8	.345	3.8	97.7
9	.206	2.3	100.0

Nach dem Eigenwertkriterium ergeben sich drei Faktoren, während der Rangabfall eher auf eine zweidimensionale Struktur des Antwortverhaltens schließen läßt. Zwei Faktoren erklären 56,1 %, drei Faktoren erklären 68,1 % der Rohwertvarianz. Dies sind bei Faktorenanalysen durchaus zufriedenstellende Resultate. Daraus kann gefolgert werden, daß mind. zwei unabhängige Dimensionen hinter den Beurteilungen der Alternativzeitungen stehen. M.a.W.: Die aus dem Antwortverhalten eruierbare Strategie des Umgangs mit den Alternativzeitungen und ihrer Einschätzung ist keineswegs eindimensional, sondern berücksichtigt mehrere Aspekte. Hinweise darauf, um welche Aspekte es sich dabei handelt, kann die Interpretation der Faktoren erbringen.

2. Faktorenidentifikation

Nach Varimax-Rotation der ersten drei Faktoren erhalten wir eine klar interpretierbare Faktorenstruktur.

Tabelle 4.11: Faktorenladungen der Items nach Varimax - Rotation und Kommunalitäten (Ladungsquadrate) der Items bezogen auf den jeweiligen Faktor. Die Markiervariablen sind unterstrichen.

Item	Faktorladungen			Kommunalitäten			
	I	II	III	I	II	III	gesamt
1	.088	<u>.798</u>	.188	.008	.637	.035	.680
2	-.115	<u>.825</u>	-.130	.013	.681	.017	.711
3	-.113	<u>.822</u>	-.043	.013	.676	.002	.691
4	<u>.785</u>	-.155	.036	.616	.024	.001	.641
5	<u>.880</u>	.019	.231	.774	.000	.053	.827
6	<u>.853</u>	.002	.275	.728	.000	.076	.804
7	.497	-.118	<u>.826</u>	.247	.014	.682	.943
8	.540	.304	<u>.775</u>	.292	.092	.601	.985
9	.396	-.282	-.019	.157	.080	.000	.237

Tabelle 4.11 liefert eine für faktorenanalytische Verhältnisse erfreulich eindeutige Interpretation der Faktoren d.h. der Grundlagen der Beurteilung der Alternativzeitungen:

- Die höchsten Ladungen auf Faktor I und zu vernachlässigende Ladungen auf den Faktoren II und III haben die Items 4, 5 und 6. Dies legt es nahe, diesen Faktor zu interpretieren als "Stärke des Einflusses".
- Die höchsten Ladungen auf Faktor II und zu vernachlässigende Ladungen auf den Faktoren I und III haben die Items 1, 2 und 3, wodurch dieser Faktor als "Kontaktintensität" zu interpretieren ist.
- Die höchsten Ladungen auf Faktor III und zu vernachlässigende Ladungen auf den Faktoren I und II haben die Items 7 und 8. Dieser Faktor kann demnach als "Qualität der Erfahrungen mit den Alternativzeitungen" interpretiert werden.

Die Varianzaufklärung (Kommunalität) der Items durch die jeweiligen Faktoren ist hoch. Lediglich Item 9 - die Beurteilung der Zukunftschancen - macht hier eine Ausnahme. Offensichtlich spielen hierbei andere, von der Kontaktintensität, der Stärke des Einflusses und der Qualität der Erfahrungen mit Alternativzeitungen unabhängige Aspekte eine Rolle. Diese konnten mit Hilfe der Faktorenanalyse nicht eruiert werden.

Zusammenfassung: In den beiden letzten Abschnitten dieses Kapitels wurden Fragen untersucht, die sich auf vermutete Zusammenhänge zwischen den Einflußaspekten (Fragebogenitems) und auf mögliche, diese Zusammenhänge verursachende Konzepte bzw. Strategien des Umgangs mit den Alternativzeitungen bei den befragten Pressestellen bezogen. Abschließend läßt sich feststellen, daß diese Zusammenhänge durchaus existieren, wenn auch nicht immer in der a priori erwarteten Art und Weise. Umso wichtiger wird die Frage nach den Ursachen für diese Zusammenhänge. Es boten sich unterschiedliche Möglichkeiten der ex post Erklärung an. Diese beriefen sich teils auf die Stellung der Alternativzeitungen in der Presselandschaft einer Stadt, teils auf die verwaltungsorganisatorische Zuordnung der Pressestellen. Natürlich sind diese Erklärungsansätze Vermutungen, die bestenfalls sachlogisch, nicht aber empirisch begründet werden konnten. Empirische Hinweise lieferte allerdings die Faktorenanalyse, die einen formal ziemlich klaren und vermutlich auch inhaltlich plausiblen Ansatz für die Erklärung der vorgefundenen Zusammenhänge abgibt. Danach können wir davon ausgehen, daß die Zusammenhänge zwischen den Einflußaspekten zu einem nicht unerheblichen Teil davon abhängen, daß bei ihrer Beantwortung

- a) die Stärke des Einflusses der Alternativzeitung,
- b) die Kontaktintensität zwischen der Alternativzeitung und der Pressestelle und
- c) die Qualität der Erfahrungen mit der Alternativzeitung als für alle Pressestellen gültige Entscheidungsdimensionen

eine Rolle gespielt haben. Speziell zeigt es sich, daß Items, die ziemlich eindeutig nur einem dieser Faktoren zuzuordnen sind, untereinander hohe Korrelationen aufweisen, während sie mit faktorfremden Items niedriger korrelieren. Die Ergebnisse der Faktorenanalyse liefern also ein zu den ursprünglichen Erklärungsversuchen alternatives, wenn auch nicht völlig verschiedenes Erklärungsmodell. Beide Ansätze können vermutlich einen konkreten Zusammenhang nicht restlos erklären, so daß es Gegenstand weiterer Untersuchungen bleiben wird, differentielle Abwägungen zwischen konkurrierenden Erklärungsansätzen auf empirischer Grundlage zu treffen. Ein erster Schritt hierzu könnte darin bestehen, zu prüfen, ob in einer neuerlichen Fragebogenaktion mit den Städten, die sich an der Untersuchung nicht beteiligten, die drei Faktoren wiederum nachgewiesen werden können. Sollte dies der Fall sein, hätte man einen empirischen Beleg für deren generelle Gültigkeit als Dimensionen der Beurteilung des Einflusses der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen. Dieser Schritt übersteigt allerdings die Möglichkeiten des vorliegenden Forschungsvorhabens, das mehr unter der Zielsetzung durchgeführt wurde, verschiedene Erklärungsansätze aufzuzeigen, als mit der Absicht, einen einzigen Erklärungsansatz von allen möglichen Seiten empirisch zu überprüfen.

In diesem Sinne soll nun fortgefahren werden mit der Untersuchung der Frage, welche der zusätzlich erhobenen sozialstrukturellen Variablen der Städte und Zeitungsmerkmale einen nachweisbaren Zusammenhang mit der Einschätzung der Alternativzeitungen haben.

IV.5 Die statistische Prüfung des Einflusses von Zeitungsart und Stadtgröße auf die Einschätzung der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen

Die Auswertungen unter Ziffer 4 haben bereits erkennen lassen, daß das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen von der Größe der jeweiligen Stadt beeinflusst wird und daß die städtischen Pressestellen sehr differenziert auf die Art der Alternativzeitungen reagieren. Diesen Fragen soll nun im einzelnen anhand statistischer Methoden genauer nachgegangen werden.

Wenn die Nullhypothese nicht ausdrücklich bejaht wird, behaupten die im folgenden aufgestellten Hypothesen Unterschiede bzw. Zusammenhänge zwischen mind. zwei Zeitungsarten bzw. zwei Stadtgrößen in einer ganz bestimmten Frage.

Durch das willkürliche Herausgreifen von zwei Zeitungsarten bzw. zwei Stadtgrößen und deren Vergleich kann ein statistisch signifikantes Ergebnis produziert werden, das aber - bezogen auf alle Kategorien - rein zufällig und damit statistisch nicht deutlich ist. Da also aus dem Ergebnis eines paarweisen Vergleichs irgendwelcher Zeitungsarten bzw. Stadtgrößen nicht auf die Berechtigung des Vergleichsergebnisses bezüglich der anderen Zeitungsarten bzw. Stadtgrößen geschlossen werden darf, muß - um sich gegen die Gefahr abzusichern, daß das willkürliche Herausgreifen von zwei Zeitungsarten bzw. zwei Stadtgrößen vermeintliche Signifikanzen erzeugt - in einem ersten Schritt geprüft werden, ob sich die Zeitungsarten bzw. die Stadtgrößen überhaupt unterscheiden.

Die Nullhypothese (H_0) als Generalhypothese besagt, daß sich bei den verschiedenen Zeitungsarten, Stadtgrößen und der Kombination aus beiden der zentralen Tendenz nach die Ratings der Zusammenarbeit, des Einflusses, der Erfahrungen, der Darstellungsform und der Zukunftschancen nicht oder nur zufällig unterscheiden. Erst wenn diese Globalhypothese gefallen ist, d.h. erst wenn sich bestätigt, daß Unterschiede

bestehen, können in gesonderten Verfahren die nachfolgend aufgestellten speziellen Hypothesen geprüft werden und es kann durch paarweise oder gruppenweise Vergleiche festgestellt werden, ob die behaupteten Unterschiede tatsächlich bestehen.

Bei der Auswahl der statistischen Methode zur Prüfung der Globalhypothese H_0 ist einerseits das Meßniveau zu berücksichtigen. Da man den Ratings sicherlich nicht mehr als Rangniveau zuerkennen kann, ist ein nonparametrisches Verfahren zu wählen. Der zweite Auswahlgesichtspunkt, daß simultan mehrere Maße der zentralen Tendenz miteinander verglichen werden sollen, führt dann auf den als "Rangvarianzanalyse" eingeführten H-Test von Kruskal Wallis²³⁾.

Aus Gründen der größeren Fallzahl werden Frauen- und sonstige Zeitungen im folgenden zu einer Klasse zusammengefaßt, sodaß wir insgesamt sechs Klassen von Zeitungsarten vergleichen.

Die statistische Prüfung erfolgt, wie bereits ausgeführt, unter Verwendung des Programmpakets SPSS am Rechenzentrum Erlangen. Die zugrundeliegenden Tabellen enthalten Auszüge aus den SPSS-Ergebnisdateien. Die dort vorkommenden Abkürzungen und Variablen bedeuten:

FR 1 - FR 9: Frage 1 bis Frage 9.²⁴⁾

ZEITART: Gibt den Typ der jeweilige Alternativzeitung auf der Basis des Fragebogens mit den unter Ziffer IV.3 gemachten Vorgaben an. In den Tabellen haben die Kennziffern 13 bis 18 folgende Bedeutung:

13: Stadtzeitung mit weitem Themenspektrum

14: Stadtzeitung mit engem Themenspektrum

15: Jugendzeitung

16: Frauenzeitung/sonstige Zeitungen

17: "Polit"-Zeitungen

18: "Anarcho"-Zeitungen

EINWOGR: Bezeichnet die Einwohnergröße der jeweiligen Stadt. In den Tabellen haben die Kennziffern 1 bis 5 folgende Bedeutung:

- 1: Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern
- 2: Städte mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern
- 3: Städte mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern
- 4: Städte mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern
- 5: Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern

EINZEIT: Ist eine Abkürzung der Kombination: Einwohnergröße und Zeitungsart. Die aufgeführten Kennziffern bedeuten hier:

Zeitungsarten in Städten mit über 100.000 Einwohnern

- 1: Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum
- 2: Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum
- 3: Jugendzeitungen
- 4: Frauenzeitungen/sonstige Zeitungen
- 5: "Polit"-Zeitungen
- 6: "Anarcho"-Zeitungen

Zeitungsarten in Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern

- 7: Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum
- 8: Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum
- 9: Jugendzeitungen
- 10: Frauenzeitungen/sonstige Zeitungen
- 11: "Polit"-Zeitungen
- 12: "Anarcho"-Zeitungen

NUMBER: Gibt die Anzahl der Fälle (Zeitungen) pro Kategorie an.

CASES: Gibt die Gesamtzahl der untersuchten Zeitungen je Frage an.

MEAN RANKS: Ausgehend von den Ratings der Zusammenarbeit, des Einflusses, der Erfahrungen, der Darstellungsform und der Zukunftschancen der Zeitungen werden Ränge vergeben. Diese Ränge werden aufsummiert und durch die Zahl der Zeitungen pro Klasse dividiert. Dadurch erhält man mittlere Rangwerte (Mean Ranks), die den Durchschnitt der Ränge pro Kategorie angeben.²⁵⁾

CHI-SQUARE: Unter H_0 (keine Unterschiede in der zentralen Tendenz) sind die Abweichungen der mittleren Ränge approximativ Chi-Quadrat mit den entsprechenden Freiheitsgraden zu verstehen.²⁶⁾

SIGNIFICANCE: Hier ist die Wahrscheinlichkeit angegeben, unter H_0 einen Chi-Quadratwert größer/gleich dem gegebenen zu erhalten. Ist demnach der angegebene Significance-Wert kleiner oder gleich der von uns hier gewählten Irrtumswahrscheinlichkeit ($\alpha \leq .07$), so wird die H_0 zurückgewiesen.

Die Festlegung der Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha \leq .07$ erfolgte, weil es sich vorliegend nicht so sehr um eine hypothesenprüfende, sondern um eine hypothesenfindende Untersuchung handelt. Es ist zwar richtig, daß die Zurückweisung von H_0 um so mehr Gewicht hat, je kleiner die Irrtumswahrscheinlichkeit ist. Andererseits kann man eine solche Strategie nur anwenden, wenn es darum geht, als gesichert geltende Erkenntnisse nochmals zu überprüfen. Da wir aber im vorliegenden Fall praktisch keine als gesichert geltenden Erkenntnisse haben und auch aus der Literatur keine Hypothesen über Unterschiede in dem hier zu untersuchenden Bereich vorhanden sind, ist es zweckmäßig, um überhaupt Hypothesen zu erhalten, ein relativ hohes Alpha-Niveau zu wählen, also bewußt das Risiko einzugehen, auch einmal eine Nullhypothese zu verwerfen, obwohl sie vielleicht richtig gewesen wäre. Spätere Wiederholungsuntersuchungen und Ergänzungsstudien können ja dann zeigen, ob die Verwerfung tatsächlich gerechtfertigt war oder nicht. Aus diesem Grund wurde entgegen der Konvention, die ja formal nicht begründet werden kann, nicht eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % oder 1 % gewählt, sondern eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 7 %.

KORRECTED FOR TIES:²⁷⁾ Mit Ties werden Ranggleichheiten (Rangbindungen) bezeichnet, die bei der Berechnung der Prüfgröße zu berücksichtigen sind. Der Wert von Chi-Quadrat verändert sich dann entsprechend. Demzufolge ist bei der Ent-

scheidung über die H_0 von den beiden unter Significance angegebenen Werten der unter der Überschrift KORRECTED FOR TIES stehende zu verwenden.

Hinsichtlich der nachfolgenden Hypothesenbildungen darf darauf hingewiesen werden, daß es in der wissenschaftlichen Literatur über solche Zusammenhänge bisher keinerlei Hypothesen gibt, der Verfasser also auf eigene Intuition angewiesen ist. Als die vorerst wichtigsten und auch mit dem vorliegenden Datenmaterial prüfbaren Hypothesen erscheinen folgende:

5.1 Die Untersuchung des Einflusses der Zeitungsart

5.1.1 Hypothesen

Hypothese 1:

Die Art und Weise und die Intensität, in der die städtischen Pressestellen Alternativzeitungen auswerten, mit Informationsmaterial versorgen und zu Gesprächen u.ä. einladen (Kontaktbereich) orientiert sich in starkem Maße auch an der Art der jeweiligen Alternativzeitung.

Diese Hypothese beruht auf folgenden Annahmen:

Die städtischen Pressestellen werten Alternativzeitungen gezielt aus, d.h. sie lesen diejenigen Zeitungen intensiver, von denen sie aufgrund ihrer Erfahrungen wissen, daß sie kommunalpolitische Themen "anpacken" oder von denen sie dies erwarten. Von der Zielrichtung der verschiedenen Alternativzeitungen her, wird dies wohl am stärksten von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, von den unter dem Begriff "Polit"-Zeitungen zusammengefaßten Zeitungen und wohl auch von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum zu erwarten sein. Letztere haben zwar von ihren oben unter Ziffer IV.2.1 festgestellten Themenschwerpunkten her eher Ähnlichkeit mit den Jugendzeitungen. Im Kontaktbereich dürften Sie von den Pressestellen jedoch eher formal behandelt und dem Oberbegriff "Stadtzeitungen" zugeordnet werden. Am geringsten wird

die Kontaktpflege bei den gruppenorientierten und fachspezifischen Zeitungen sein. Hierzu werden insbesondere die Frauen-/sonstigen Zeitungen und die Jugendzeitungen gezählt. Die städtischen Pressestellen versorgen die Alternativzeitungen, von denen sie eine verstärkte Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Themen erwarten, intensiver mit Informationsmaterial und berücksichtigen sie auch bei Einladungen zu Pressegesprächen u.ä. stärker als Alternativzeitungen, die sich vor allem mit gruppenspezifischen und allgemein politischen Themen befassen. Durch ausführlichere Informationen und durch stärkere unmittelbare Kontaktpflege versuchen sie die Berichterstattung über kommunalpolitische Themen zu beeinflussen und inhaltlich mit zu gestalten. Konkret bedeutet dies, daß insbesondere die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, die "Polit"-Zeitungen und wohl auch die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum gegenüber Frauen-/sonstige Zeitungen und Jugendzeitungen von den Pressestellen hier bevorzugt behandelt werden.

Hypothese 2:

Auch die Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane (Einflußbereich) durch die städtischen Pressestellen wird von der Zeitungsart maßgeblich beeinflußt.

Bei dieser Hypothese wird davon ausgegangen, daß den Alternativzeitungen, die sich von ihrer Zielrichtung her vermehrt um lokale Probleme kümmern, wie die Stadtzeitung mit weitem Themenspektrum und die "Polit"-Zeitungen, ein größerer Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Vertretungsorgane zugetraut wird, als den Alternativzeitungen mit gruppen- oder fachspezifischen und allgemeinpolitischen Themenschwerpunkten (Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, Jugendzeitungen, Frauen-/sonstige Zeitungen, "Anarcho"-Zeitungen). Die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum werden wegen der genannten besonderen Themenschwerpunkte im Einflußbereich - anders als bei der Hypothese 1 - den stärker gruppen- und fachspezifischen Alternativzeitungen zugeordnet. Innerhalb

dieser Gruppe werden die Frauen-/sonstigen Zeitungen und die "Anarcho"-Zeitungen von den mean ranks her klar hinter den Jugendzeitungen und den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum liegen.

Diese Annahmen beruhen auf der Überlegung, daß kommunale Repräsentanten ihre politische Verantwortung vor allem in der Erfüllung eigener und übertragener kommunaler Aufgaben sehen und daß sie sich für allgemeinpolitische Probleme und gruppenspezifische Fragestellungen, soweit sie sich nicht auf lokale Besonderheiten beziehen, nicht unmittelbar zuständig fühlen. Die Abhandlung allgemeinpolitischer oder gruppenspezifischer Probleme - ohne unmittelbaren örtlichen Bezug - mag Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, aber sie tangiert die kommunalen Vertretungsorgane und die Verwaltung nicht bei der Erfüllung ihrer speziellen kommunalen Aufgaben.

Hypothese 3:

Es wird davon ausgegangen, daß zwischen der Zeitungsart und der Bewertung der Erfahrungen ein Zusammenhang des Inhalts besteht, daß die Erfahrungen der städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen, die zwar im lokalen Raum wirken, in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung aber nicht kommunalpolitische, sondern eher gruppen- und fachspezifische sowie allgemeinpolitische Themen stellen, eher besser sind als mit Alternativzeitungen, die sich vor allem mit kommunalpolitischen Themen befassen. Dieser Hypothese liegt die Überlegung zugrunde, daß Alternativzeitungen mit kommunalpolitischer Schwerpunktsetzung die kommunalpolitischen Akteure in sehr viel stärkerem Maße tangieren, sie zu argumentativen Auseinandersetzungen mit den vorgetragenen Standpunkten und unter Umständen sogar zu persönlichen Erklärungen und Rechtfertigungen zwingen als Alternativzeitungen, die sich Themen zuwenden, die ihren Schwerpunkt nicht im kommunalpolitischen Bereich haben. Dies wird von den Pressestellen, die sich innerhalb des kommunalen Machtzentrums an exponierter Stelle befinden, zumindest tendenziell ähnlich

empfunden, wie von den kommunalen Repräsentanten. Konkret heißt dies, daß die städtischen Pressestellen ihre Erfahrungen mit den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und den "Polit"-Zeitungen am negativsten beschreiben und daß ihre Erfahrungen mit den Frauen-/sonstigen Zeitungen und den Jugendzeitungen am positivsten bewerten. Die Erfahrungen mit den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum werden hier wegen der genannten andersartigen Themenschwerpunkte und der damit de facto verbundenen geringeren Reibungsflächen und Berührungspunkte in der politischen Realität - im Gegensatz zu den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum wohl eher positiv gesehen.

Hypothese 4:

Die Zeitungsart hat auch Einfluß darauf, wie die Darstellung kommunalpolitischer Themen von den städtischen Pressestellen beurteilt wird.

Die Hypothese geht von der Annahme aus, daß Alternativzeitungen, die sich vor allem mit Themen befassen, die keinen in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fallenden Bezug haben, dort, wo sie Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen nehmen wollen ihre Forderungen in der Regel vorsichtiger und in der Grundtendenz eher positiver formulieren, als Alternativzeitungen, denen es vor allem um die Auseinandersetzungen mit örtlichen Problemen geht, deren kommunalpolitisches Engagement eher auf Dauer angelegt ist und die im kommunalen Raum mitwirken und mitgestalten wollen oder die, wie die "Anarcho"-Zeitungen, auch dann, wenn sie kommunalpolitische Themen aufgreifen, dazu neigen, Positionen pointiert zu artikulieren und nachhaltig zu vertreten.

Die damit verbundene Politisierung des kommunalen Bereiches wird von den kommunalen Repräsentanten und von den städtischen Pressestellen nicht zuletzt wohl auch in Anlehnung an die - wenn auch überholte - Lehre von der "Gemeinde als politikfreier Raum", negativ gesehen.

Dies heißt konkret, daß die städtischen Pressestellen die

Art der Darstellung in den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, in den "Polit"-Zeitungen und in den "Anarcho"-Zeitungen weniger positiv bewerten, als in den Jugendzeitungen und in den Frauen-/sonstigen Zeitungen.

Hypothese 5:

Zwischen der jeweiligen Zeitungsart und der Bewertung ihrer Zukunftschancen durch die städtischen Pressestellen besteht ein signifikanter Zusammenhang nicht.

Die Hypothese geht von der Annahme aus, daß die städtischen Pressestellen die Zukunftschancen alternativer Zeitungen zuerst und vor allem nach eher objektiven Kriterien wie Bekanntheitsgrad, Verbreitungsform, Auflagenhöhe, Leserschaft, Layout u.ä. beurteilen. Diese Kriterien lassen sich nicht hinreichend an bestimmten Zeitungsarten "festmachen".

5.1.2 Statistische Prüfung der Hypothesen

Zur Hypothese 1:

Tabelle 5.1

FR1 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	40	19	20	10	12	12
MEAN RANKS	44.40	49.71	71.35	93.85	50.21	62.71
				CORRECTED FOR TIES		
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE.		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
113	24.222	.000		27.362	.000	

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, besteht zwischen der Art der Zeitung und der Intensität der Auswertung durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang mit der Folge, daß die Nullhypothese fällt. Damit kann die Hypothese 1 im Detail überprüft werden.

Die in der Tabelle dargestellten mean ranks zeigen im einzelnen, daß von den Pressestellen die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen, gefolgt von den Jugendzeitungen und den

"Anarcho"-Zeitungen am schlechtesten ausgewertet werden, während die Stadtzeitungen mit weitem ebenso wie mit engem Themenspektrum gefolgt von den "Polit"-Zeitungen die Tabelle in positiver Hinsicht anführen.

Diese Tendenz läßt sich auch statistisch mit Hilfe des MANN WHITNEY U-Tests²⁸⁾ belegen: Faßt man die oben angeführten sechs Teilgruppen in zwei Gruppen (1. Gruppe: Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, "Polit"-Zeitungen; 2. Gruppe: Jugendzeitungen, Frauenzeitungen/sonstige Zeitungen, "Anarcho"-Zeitungen) zusammen, so ergibt sich der kleinere der beiden U-Werte als 766.98. Angesichts der großen Stichproben von 42 plus 71 = 113 verwenden wir als kritischen U-Wert die bei Sachs²⁹⁾ angegebene Approximation für die Berechnung des kritischen Wertes unter Zugrundelegung einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha = 1\%$. Der kritische Wert lautet 1057.46. Da der empirische U-Wert kleiner als der kritische Wert ist, kann die Nullhypothese mit 1 %-iger Irrtumswahrscheinlichkeit zurückgewiesen werden. Die Hypothese 1 wird also bestätigt.

Tabelle 5.2

FR2 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	39	19	20	10	12	12
MEAN RANKS	45.28	52.63	63.05	87.80	57.75	60.83
	CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
112	15.257	.009		17.779	.003	

Auch zwischen der Zeitungsart und der Intensität der Informationsversorgung durch die städtischen Pressestellen besteht ein signifikanter Zusammenhang, d.h. die Nullhypothese kann auch hier verworfen werden. Eine Überprüfung der Hypothese 1 anhand der mean ranks ergibt, daß auch hinsichtlich der Versorgung mit Informationsmaterial - ähnlich wie bei

der Auswertungsintensität - die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen mit Abstand am schlechtesten abschneiden, gefolgt von den Jugendzeitungen. Am besten mit Informationsmaterial versorgt werden hingegen die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum gefolgt von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und von den "Polit"-Zeitungen. Eine eher mittlere Position (60.83) erreichen hier die "Anarcho"-Zeitungen.

Auch diese Ergebnisse bestätigen die oben vertretene Hypothese, nach der Alternativzeitungen mit überwiegend kommunalpolitischer Themensetzung bei der Versorgung mit Informationsmaterial gegenüber Alternativzeitungen mit eher gruppenspezifischen und/oder allgemein politischen Themensetzungen bevorzugt behandelt werden.

U-Test: Die Prüfgröße ist 974.04, der kritische Wert ist 1057.46. Da die Prüfgröße kleiner ist als der kritische Wert, muß die Nullhypothese mit 1 %-Irrtumswahrscheinlichkeit verworfen werden, die Hypothese 1 wird also auch hinsichtlich der Intensität der Informationsversorgung bestätigt.

Tabelle 5.3

FR 3 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	19	19	10	12	11
MEAN RANKS	49.12	60.34	53.45	74.50	46.62	60.18
CASES	CORRECTED FOR TIES					
109	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
	6.848	.232	9.469	.092		

Die obige Tabelle zeigt, daß zwischen der Zeitungsart und der Häufigkeit, mit der Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen zu Pressegesprächen u.ä. eingeladen werden, ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht. Dies bedeutet, daß H_0 hier nicht fällt, die oben aufgestellte Hy-

pothese hinsichtlich der Einladungshäufigkeit also nicht mehr zu prüfen ist.

Die mean ranks lassen aber auch bei den Einladungen erkennen, daß die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen am wenigsten berücksichtigt werden und daß die "Polit"-Zeitungen und die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum am häufigsten eingeladen werden.

Insgesamt kann zum Kontaktbereich zusammenfassend festgestellt werden, daß die statistische Prüfung die oben formulierten Hypothesen im wesentlichen bestätigt hat. Auch wenn hinsichtlich der Einladungshäufigkeit kein signifikantes Ergebnis gefunden wurde, so ist doch klar erkennbar, daß die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und die "Polit"-Zeitungen im Kontaktbereich von den städtischen Pressestellen gegenüber den Jugendzeitungen und den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen eindeutig bevorzugt behandelt werden.

Zur Hypothese 2:

Tabelle 5.4

FR4 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	18	18	10	12	11
MEAN RANKS	55.88	65.06	64.78	38.75	33.71	47.77
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	12.584	.028	13.165	.022		

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß zwischen der Zeitungsart und der Bewertung des Einflusses auf die öffentliche Meinung durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also, die besagt, daß kein Unterschied in der zentralen Tendenz besteht, verworfen werden muß.

Teilt man die Alternativzeitungen gemäß den zu Tabelle 5.1 gemachten Äußerungen in 2 Gruppen, so ergibt sich folgendes: Der kleinere U-Wert beträgt 1252.91, der kritische Wert 1011.80. Da der kleinere U-Wert größer als der kritische Wert ist, kann die Nullhypothese nicht zurückgewiesen werden. Zwischen der beiden oben gebildeten Zeitungsgruppen besteht hinsichtlich ihres Einflusses auf die öffentliche Meinung also bei $\alpha \leq .01$ kein signifikanter Unterschied.

Tabelle 5.5

FR5 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	18	18	10	12	11
MEAN RANKS	49.54	72.22	65.39	42.55	37.04	49.86
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	14.557	.012	16.377	.006		

Dasselbe gilt auch hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Zeitungsart und der Bewertung des Einflusses auf die Vertretungsorgane durch die städtischen Pressestellen, d.h. auch hier liegt ein signifikantes Ergebnis vor.

Gliedert man, wie oben geschehen, die verschiedenen Zeitungsarten in 2 Gruppen, so zeigt sich, daß der kleinere U-Wert 1052.06 und der kritische Wert 1011.80 beträgt. Damit ist auch hier bei $\alpha \leq .01$ die Nullhypothese beizubehalten, d.h. es besteht kein Unterschied.

Tabelle 5.6

FR6 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	18	18	10	12	11
MEAN RANKS	50.82	66.36	63.28	41.85	43.75	51.82
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	7.762	.170	9.109	.105		

Bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Zeitungsart und der Bewertung des Einflusses auf die Verwaltungsarbeit durch die städtischen Pressestellen wurde eine Hypothese nicht aufgestellt. Wie sich aus der obigen Tabelle deutlich ergibt, besteht ein signifikanter Zusammenhang nicht, d.h. es gilt die Nullhypothese.

Zusammenfassend kann zum Einflußbereich festgestellt werden, daß die statistische Prüfung die oben aufgestellten Hypothesen insoweit bestätigt, als zwischen der Zeitungsart und der Bewertung des Einflusses auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang besteht.

Eine genauere Betrachtung der mean ranks zeigt jedoch, daß die detaillierten Hypothesen bezüglich der einzelnen Zeitungsarten - ausgenommen bei den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen - in der statistischen Prüfung nicht bestätigt werden. Sowohl hinsichtlich des Einflusses auf die öffentliche Meinung als auch hinsichtlich des Einflusses auf die Vertretungsorgane erhalten die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum (65.06/72.22) und die Jugendzeitungen (64.78/65.39) und nicht, wie in der Hypothese vermutet, die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und die "Polit"-Zeitungen, von den städtischen Pressestellen die höchsten Bewertungen. Die "Polit"-Zeitungen erhalten mit 33.71 und 37.04 sogar die mit Abstand niedrigsten Werte gefolgt von den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen (38.75/42.55). Die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum bekommen, ähnlich wie die "Anarcho"-Zeitungen, lediglich mittlere Werte (55.88/49.54 bzw. 47.77/49.86).

Dies bedeutet, daß die städtischen Pressestellen den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den Jugendzeitungen den stärksten Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane einräumen und daß nach ihrer Meinung die "Polit"-Zeitungen den geringsten Einfluß auf die öffent-

liche Meinung und auf die Vertretungsorgane haben. Sogar den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen wird ein größerer Einfluß zugetraut. Der Einfluß der "Anarcho"-Zeitungen auf die Vertretungsorgane wird von den städtischen Pressestellen höher bewertet, als der Einfluß der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum.

Der sehr gering bewertete Einfluß der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen dürfte - wie bereits oben ausgeführt - seine Ursache darin haben, daß insbesondere die in den Frauenzeitungen behandelnden Themen keinen unmittelbaren kommunalpolitischen Bezug haben und den Aufgabenbereich der Gemeinden nicht oder nur am Rande berühren. Im übrigen lassen sich Ursachen für das Zustandekommen der ermittelten Rangreihen nicht ohne weiteres nennen. Daß die Jugendzeitungen hinsichtlich des Einflusses auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane sehr hohe Werte erhalten, dürfte weniger daran liegen, daß sich Jugendzeitungen besonders intensiv und nachhaltig mit anstehenden kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen, sondern daran, daß Themen und Probleme der Jugend insbesondere in der kommunalen Öffentlichkeit auf hohes Interesse stoßen und die Entscheidungsgremien sich deshalb den Anliegen und Sorgen der Jugend unabhängig von kommunalen Zuständigkeitsfragen nicht verschliessen können. Dies bedeutet, daß sich die Pressestellen bei der Bewertung des Einflusses der Jugendzeitungen mehr von den zugrundeliegenden gruppenspezifischen Aspekt und weniger von konkret inhaltlichen Themensetzungen haben leiten lassen. Vor diesem Hintergrund erscheint es dann allerdings auch denkbar, daß den Frauenzeitungen nicht wegen ihres speziellen konkreten Inhalts, sondern allein schon aufgrund der Zuordnung zu dieser Zeitungsart und vermuteter bestimmter gruppenspezifischer Themenabhandlungen nur ein geringer Einfluß eingeräumt wird.

Schwierig zu beantworten ist auch die Frage, warum die städtischen Pressestellen - entgegen der Erwartung - den Stadt-

zeitungen mit engem Themenspektrum einen höheren Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Vertretungsorgane zutrauen, als den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum; denn gerade bei letzteren handelt es sich um eine Zeitungsart, die sich als traditionelle Alternativzeitung und als klassische Stadtzeitung wohl am intensivsten mit Kommunalem auseinandersetzt. Auch wenn die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum von ihren inhaltlichen Schwerpunkten her Ähnlichkeit mit den Jugendzeitungen haben, macht dies die sehr unterschiedliche Einschätzung des Einflusses gegenüber den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum nicht verständlich. Die für die unterschiedliche Bewertung maßgeblichen Faktoren scheinen nicht so sehr im inhaltlichen Bereich zu liegen, sondern dürften andere Ursachen haben. Denkbar sind beispielsweise unterschiedliche Auflagenhöhe, Erscheinungsweise, Darstellungsform, Layout, Leserkreis u.ä. Auf sie kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden.

Überraschend ist schließlich die sehr geringe Einschätzung des Einflusses der "Polit"-Zeitungen; denn es handelt sich gerade hier um eine Zeitungsart, deren Themen vor allem im kommunalen Bereich zumindest ihren Aufhänger haben und in starkem Maße von örtlich engagierten, am kommunalen Geschehen unmittelbar interessierten Gruppierungen getragen werden und von ihrer Herkunft eher "etabliert" erscheinen.

Möglicherweise wurde die Fragestellung von den städtischen Pressestellen - abgehoben von den konkreten Vorgaben und losgelöst von der Kommunalpolitik - auf den allgemeinpolitischen Rahmen in der jeweiligen Stadt bezogen. Unter dieser Prämisse wären nicht nur die niedrigen Einflußbewertungen der Stadtteilzeitungen mit weitem Themenspektrum und der "Polit"-Zeitungen, sondern auch die relativ starke Bewertung der "Anarcho"-Zeitungen verständlich.

Zur Hypothese 3

Tabelle 5.7

FR7 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	19	19	10	12	11
MEAN RANKS	54.34	61.24	67.00	36.00	51.75	46.59
				CORRECTED FOR TIES		
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
109	8.013	.156	9.620	.087		

Die Tabelle zeigt, daß zwischen der Zeitungsart und der Bewertung der mit der Alternativzeitung gemachten Erfahrungen durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese gilt und weitere spezielle Hypothesen damit nicht mehr zulässig sind. Die oben aufgestellte Hypothese 3 erweist sich mithin als nicht haltbar.

Zur Hypothese 4

Tabelle 5.8

FR8 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	38	18	18	10	12	11
MEAN RANKS	44.78	68.69	74.72	64.70	31.00	43.27
				CORRECTED FOR TIES		
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	24.515	.000	26.440	.000		

Zwischen der Zeitungsart und der Bewertung der Darstellungsform durch die städtischen Pressestellen besteht ein signifikanter Zusammenhang. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese verworfen werden muß. Die Hypothese 4 wird durch die mean

ranks bestätigt. Die besten Werte hinsichtlich der Darstellungsform erhalten die Jugendzeitungen, die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und die Frauenzeitungen, während die "Polit"-Zeitungen, die "Anarcho"-Zeitungen und die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum die schlechtesten "Noten" bezüglich der Darstellung kommunalpolitischer Themen erhalten. Gerade die Zeitungen also, die sich von ihrer Zielrichtung her mit der Kommunalpolitik am intensivsten auseinandersetzen und die "Anarcho"-Zeitungen, die dazu neigen, extreme Positionen pointiert zu vertreten, bekommen von den städtischen Pressestellen die schlechtesten Bewertungen.

Überprüft man die hier gebildeten beiden Zeitungsgruppen nach dem U-Test auf Signifikanz, so ergibt sich folgendes: Der kleinere U-Wert ist 658.62, der kritische Wert ist 1'011.80. Da die Prüfgröße kleiner ist als der kritische Wert, fällt die Nullhypothese, die besagt, daß kein Zusammenhang besteht, mit 1 %-Irrtumswahrscheinlichkeit.

Zur Hypothese 5

Tabelle 5.9

FR9 by Zeitart

ZEITART	13	14	15	16	17	18
NUMBER	36	18	18	10	12	11
MEAN RANKS	53.33	49.08	59.83	49.30	49.79	54.00
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
105	1.501	.913	1.565	.905		

Wie die oben stehende Tabelle zeigt, besteht zwischen der Zeitungsart und der Bewertung der Zukunftschancen durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang nicht. Die oben vertretene Nullhypothese kann also beibehalten werden.

5.2 Die Untersuchung des Einflusses der Stadtgröße

5.2.1 Hypothesen

Hypothese 1

Die Stadtgröße hat keinen Einfluß auf die Intensität der Auswertung der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen.

Diese Hypothese geht von der Annahme aus, daß sich die Städte, unabhängig von ihrer Größe, darum bemühen, möglichst alle Zeitungen, die sich mit Kommunalpolitik befassen oder von denen sie glauben, daß sie dies tun, auszuwerten.

Hypothese 2

Die Art und Weise und die Intensität, in der Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen mit Informationen versorgt und zu Pressegesprächen u.ä. eingeladen werden, hängt in starkem Maße von der Größe der einzelnen Städte ab.

Diese Hypothese geht von der Überlegung aus, daß sich das Verhältnis der Pressestellen zu den Alternativzeitungen mit wachsender Stadtgröße entkrampft und entspannt und daß dadurch der Informationsfluß und auch der unmittelbare Kontakt besser wird. Hinzu kommt, daß mit zunehmender Stadtgröße die Pressestellen mit Fachleuten besetzt sind und die Pressearbeit professioneller angelegt ist.

Hypothese 3

Die Größe der Stadt steht in einem diametralen Verhältnis zum vermuteten Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, insbesondere aber auf die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit, d.h. je größer die Stadt, desto geringer wird der Einfluß der Alternativzeitungen bewertet.

Diese Hypothesen gründen auf der Annahme, daß in den bundesdeutschen Großstädten, wo die Meinungsvielfalt - zumindest gemessen an der Anzahl der Zeitungen - am größten, die Kon-

fliktfähigkeit am ausgeprägtesten und die Medienlandschaft am facettenreichsten ist, die abweichenden Meinungen alternativer Medien und ihre Suche nach Konfrontationen mit den kommunalen Repräsentanten und der Verwaltung am wenigsten Aufsehen erregen und am ehesten toleriert werden. In den mittleren und kleineren Städten hingegen wird eine kritische Berichterstattung über die Arbeit der kommunalen Mandatsträger und Kritik an der Art und Weise der Abhandlung kommunaler Themen und am Verhalten der Entscheidungsträger eher zur Kenntnis genommen und schnellere und heftigere Reaktionen hervorrufen, weil durch die häufig noch möglichen Kontakte der Bürger zu den kritisierten Entscheidungsträgern eine Auseinandersetzung mit der von der Alternativpresse aufgegriffenen Thematik hier nicht ohne weiteres zu umgehen sein wird. Die Kritik der Alternativzeitungen und ihre Wirkung auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und auch auf Verwaltungsarbeit wird in den kleineren Städten dadurch stärker empfunden, daß die - oft einzige - lokale Tageszeitung, die die Pressekonzentration überlebt hat, hinsichtlich des kommunalen Geschehens einen Verlautbarungsjournalismus betreibt. In kleineren kommunalen Gebilden wirkt sich darüberhinaus der eingeschränkte Leserkreis der Alternativzeitungen weniger als Hemmnis aus, weil die Verbreitung der Nachrichten aufgrund der anders gearteten Kommunikationsstrukturen nicht nur über das Zeitungslesen unmittelbar, sondern auch, wegen der geringen Anonymität - über die mündliche Weitergabe erfolgt. Hinzu kommt schließlich, daß bei den lokalen Honoratioren die Meinung, sie würden nicht nach politischen, sondern ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten entscheiden mit der Folge, daß alternative Handlungsmöglichkeiten nicht bestehen und Kritik an den Entscheidungen deshalb von Undankbarkeit gegenüber ihrem ehrenamtlichen und selbstlosen Einsatz zeugen, hier mehr verbreitet ist, als in Großstädten.

Hypothese 4

Je größer die jeweilige Stadt ist, desto positiver werden die Erfahrungen mit den Alternativzeitungen bewertet. Diese Hypothese geht von der Überlegung aus, daß - ähnlich wie im Kontaktbereich bei der Versorgung mit Informationsmaterial und bei der Einladung zu Pressegesprächen - die bei großen Städten in der Regel bestehende größere persönliche Distanz zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen, die verstärkte Anonymität im großstädtischen Raum, die zunehmende Komplexität der Probleme und die vielfältigen sich häufig widerstrebenden Interessen die Toleranzschwelle bei den Pressestellen erhöhen, die Bereitschaft, Kritik anzuhören und gelegentlich auch anzunehmen, vergrößern und dazu führen, ihre Erfahrungen mit den Alternativzeitungen eher positiv zu bewerten.

Hypothese 5

Je kleiner die Stadt ist, desto negativer wird die Form der Darstellung kommunalpolitischer Fragen in den Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen beurteilt. Auch hier liegt der Hypothese die Annahme zugrunde, daß kritische Berichte der Kommunalpolitik in kleineren Städten mit oft nur einer lokalen Tageszeitung stärker zur Kenntnis genommen, in der Öffentlichkeit diskutiert und wegen der größeren Überschaubarkeit des kommunalen Raums oft auch personalisiert werden kann. Dies führt dazu, daß eine kritische Berichterstattung über lokale Themen in den Alternativzeitungen von kleinen Städten negativer empfunden wird. Im übrigen gelten die Ausführungen zur Hypothese 3 sinngemäß auch hier.

Hypothese 6

Zwischen der Beurteilung der Zukunftschancen und der Stadtgröße besteht ein signifikanter Zusammenhang nicht. Die Hypothese beruht auf der Annahme, daß die städtischen Pressestellen die Zukunftschancen alternativer Zeitungen - wie bereits ausgeführt - nach objektiven Kriterien wie Le-

erschaft, Bekanntheitsgrad, Auflagenhöhe, Layout u.ä. beurteilen. Diese Kriterien sind von der jeweiligen Stadtgröße unabhängig.

5.2.2 Statistische Prüfung der Hypothesen

Von den sechs Hypothesen, die im Zusammenhang mit der Variablen "Stadtgröße" gemacht wurden, treffen vier Hypothesen zu.

Zur Hypothese 1

Tabelle 5.10

FR1 by Einwogr

EINWOGR	1	2	3	4	5
NUMBER	16	27	35	29	6
MEAN RANKS	52.41	48.56	65.07	61.02	40.75
	CORRECTED FOR TIES				
CASES	CHI-SQUARE		SIGNIFICANCE		CHI-SQUARE
113	6.144		.189		6.940
					.139

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, besteht zwischen der jeweiligen Stadtgröße und der Intensität, mit der die Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen ausgewertet werden, ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese, die sich mit der Hypothese 1 deckt, beibehalten werden kann.

Zur Hypothese 2

Tabelle 5.11

FR2 by Einwogr

EINWOGGR NUMBER	1	2	3	4	5
MEAN RANKS	41.28	46.48	59.90	67.22	68.83
CASES	112				
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		CORRECTED FOR TIES CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
	10.400	.034		12.119	.016

Der Signifikanzwert .016 zeigt, daß zwischen der Intensität, mit der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial versorgt werden und der Größe der Stadt ein Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also, die besagt, daß in der zentralen Tendenz ein Unterschied nicht besteht, zu verwerfen ist. Die Hypothese 2 kann also geprüft werden.

Die mean ranks der Städte mit über 200.000 Einwohnern unterscheiden sich extrem von denen der Städte unter 100.000 Einwohnern, während die Städte zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern einen eher mittleren Wert erreichen. Dies bedeutet, daß die Alternativzeitungen um so besser mit Informationsmaterial versorgt werden, je größer die jeweilige Stadt ist.

Die anhand der mean ranks ermittelten Befunde werden in der statistischen Prüfung (U-Test) bestätigt. Der kritische Wert ist 1057.50, der kleinere U-Wert beträgt 962.64. Damit fällt die Nullhypothese mit der Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 %, d.h. zwischen den Städten über 100.000 Einwohnern und den Städten unter 100.000 Einwohnern besteht ein signifikanter Unterschied.

Würde man die Städte mit mehr als 200.000 und die Städte mit weniger als 200.000 Einwohnern jeweils zu einer Gruppe zusammenfassen, ergäbe sich - wie die mean ranks deutlich erkennen lassen - ebenfalls ein signifikanter Unterschied.

Tabelle 5.12

FR3 by Einwogr

EINWOGR NUMBER	1 16	2 26	3 32	4 29	5 6
MEAN RANKS	33.91	45.50	64.66	64.31	55.92
CASES 109	CHI-SQUARE 14.981	SIGNIFICANCE .005	CORRECTED FOR TIES		
			CHI-SQUARE 20.715	SIGNIFICANCE .000	

Auch hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der Stadtgröße und der Häufigkeit, mit der Alternativzeitungen von den städtischen Pressestellen zu Gesprächen u.ä. eingeladen werden, besteht ein signifikanter Zusammenhang. Da mithin die Nullhypothese gefallen ist, kann auch hier die Hypothese 2 näher untersucht werden.

Die mean ranks zeigen, daß die Alternativzeitungen in Städten mit über 500.000 Einwohnern bei weitem am häufigsten zu Gesprächen eingeladen werden, gefolgt von den Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 200.000 und 500.000 Einwohnern. In den Städten der Größenkategorie 3 und 4 (50.000 bis 200.000 Einwohner) ist die Einladungshäufigkeit am geringsten. Einen mittleren Wert erreichen hier die Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern. Die sehr hohe Differenz zwischen den Größenkategorien 1 und 2 einerseits und 3 und 4 andererseits dürfte ihre Ursache auch darin haben, daß mit zunehmender Stadtgröße die Form des Pressegesprächs u.ä. als Möglichkeit der Kontaktpflege zunimmt. Der mittlere Wert bei den Städten der Größenkategorie 5 mag damit zusammenhängen, daß der Kontakt zwischen der Presse einerseits und den kommunalen Akteuren und den städtischen Pressestellen andererseits wegen der größeren örtlichen Überschaubarkeit und persönlichen Betroffenheit stärker durch Unmittelbarkeit und persönlichem "Sich-Kennen" geprägt ist.

Vergleicht man nach der herkömmlichen Einteilung die Großstädte mit den anderen Städten, so ergibt die statistische Überprüfung nach dem U-Test folgendes: Der empirische U-Wert beträgt hier 1019.49, der kritische Wert 1011.80, d.h. das Ergebnis ist - wenn auch geringfügig - nicht signifikant. Vergleicht man hingegen ausnahmsweise die Städte bis 200.000 Einwohnern mit den Städten über 200.000 Einwohnern so führt der U-Test zu folgenden Daten: Der empirische U-Wert beträgt hier 822.39 und ist damit kleiner als der kritische Wert, der 1011.80 ist. Der Unterschied zwischen den Städten mit über 200.000 Einwohnern und den Städten unter 200.000 Einwohnern ist also bei der Einladung zu Pressegesprächen u.ä. mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 % signifikant.

Zur Hypothese 3

Tabelle 5.13

FR4 by Einwogr

EINWOGGR	1	2	3	4	5
NUMBER	14	27	31	29	6
MEAN RANKS	57.71	59.17	48.84	53.24	52.42
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
107	1.839	.765	1.924	.750	

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß zwischen der jeweiligen Stadtgröße und dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung nach Einschätzung der städtischen Pressestellen keinerlei signifikanter Zusammenhang besteht. Es gilt mithin die Generalhypothese H_0 , sodaß für die Prüfung der Hypothese 3 hier kein Raum mehr bleibt.

Tabelle 5.14

FR5 by Einwogr

EINWOGR	1	2	3	4	5
NUMBER	14	27	31	29	6
MEAN RANKS	57.61	57.17	48.68	53.95	59.08
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
107	1.543	.819	1.736	.784	

Dasselbe gilt hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Stadtgröße und der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Vertretungsorgane durch die städtischen Pressestellen. Auch hier muß die Nullhypothese beibehalten werden mit der Folge, daß die Hypothese 3 nicht mehr weiter zu untersuchen ist.

Tabelle 5.15

FR6 by Einwogr

EINWOGR	1	2	3	4	5
NUMBER	14	27	31	29	6
MEAN RANKS	54.46	56.94	48.44	56.59	55.92
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
107	1.467	.832	1.722	.787	

Auch zwischen der Stadtgröße und den Ratings des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit durch die städtischen Pressestellen besteht ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß die H_0 nicht fällt, die spezielle Hypothese 3 also hier ebenfalls nicht mehr geprüft werden kann.

Zur Hypothese 4

Tabelle 5.16

FR7 by Einwogr

EINWOGR	1	2	3	4	5
NUMBER	16	27	31	29	6
MEAN RANKS	64.81	43.87	52.71	59.79	67.58
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
109	6.669	.154	8.007	.091	

Zwischen der Stadtgröße und der Bewertung der Erfahrungen, die die städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht haben, besteht, wie die obige Tabelle zeigt, ebenfalls kein signifikanter Zusammenhang mit der Folge, daß die Generalhypothese H_0 gilt und weitere Hypothesen damit nicht mehr zulässig sind. Die oben formulierte Hypothese 4 ist mithin nicht haltbar.

Zur Hypothese 5

Tabelle 5.17

FR8 by Einwogr

EINWOGR	1	2	3	4	5
NUMBER	14	27	31	29	6
MEAN RANKS	58.04	54.43	50.65	52.43	67.58
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
107	1.828	.767	1.971	.741	

Die vorstehende Tabelle läßt erkennen, daß zwischen der jeweiligen Stadtgröße und der Form, in der kommunalpolitische Themen in den Alternativzeitungen nach Einschätzung der städtischen Pressestellen dargestellt werden, ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht. Damit behält die General-

hypothese H_0 ihre Gültigkeit und die Hypothese 5 als spezielle Hypothese kann nicht zur Prüfung zugelassen werden.

Zur Hypothese 6

Tabelle 5.18

FR9 by Einwoogr

EINWOGR NUMBER	1	2	3	4	5
MEAN RANKS	14 67.68	25 57.66	31 48.81	29 50.60	6 32.58
CASES	105	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		7.301	.121	7.615	.107

Auch bei der Bewertung der Zukunftschancen der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen besteht, wie die Tabelle zeigt, ein signifikanter Zusammenhang mit der jeweiligen Stadtgröße nicht. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese, die auch hier im Rahmen der Hypothese 6 vertreten wurde, beibehalten werden kann.

Zusammenfassend kann zum Einfluß der Variablen "Stadtgröße" bezogen auf die einzelnen Ratings festgestellt werden, daß ein Zusammenhang in den meisten Fällen verneint werden muß. Nur die Intensität der Versorgung mit Informationsmaterial und die Häufigkeit, mit der Alternativzeitungen zu Pressegesprächen u.ä. eingeladen werden, steht in einem signifikanten Zusammenhang mit der Stadtgröße.

Vergleicht man die Ergebnisse der beiden untersuchten Variablen miteinander, so zeigt sich, daß die Zeitungsart weit mehr Einfluß auf die Ratings hat, als die Stadtgröße. Interessant wäre deshalb die Prüfung einer Kombination aus der Einwohnergröße und der Zeitungsart, weil häufig der Fall eintritt, daß zwei Variable, die jede für sich genommen kei-

nen besonders großen Erklärungswert haben, in ihrer Kombination einen beträchtlichen Aussagewert beinhalten. In Fällen, in denen der Einfluß der einzelnen Variablen nicht signifikant ist, stellt sich häufig heraus, daß die Wechselwirkung zwischen den beiden Variablen, d.h. der kombinierte Einfluß dieser beiden signifikant ist. Es liegt deshalb hier nahe, gerade diese Wechselwirkung zwischen Zeitungsart und Einwohnergröße zu untersuchen. Dies kann in der gleichen Rechnungsform geschehen, die bisher angewendet wurde.

5.3 Untersuchung des Einflusses der Kombination Zeitungsart und Stadtgröße

Wie die verschiedenen U-Werte beim Vergleichstest zur Tabelle 5.12 bereits gezeigt haben, ist die notwendige Zusammenfassung der fünf größten Kategorien in zwei Gruppen nicht unproblematisch; denn die gewählte Einteilung kann unter Umständen auf das Ergebnis der statistischen Prüfung Auswirkungen haben. Im vorliegenden Fall erfolgte die Einteilung konventionell, indem - anknüpfend an die herkömmliche Unterscheidung - die Großstädte (über 100.000 Einwohner) und die anderen (unter 100.000 Einwohner) zu je einer Gruppe zusammengefaßt wurden. Eine Kontrollberechnung mit der Gruppenbildung größer/kleiner 200.000 Einwohner hat gezeigt, daß die Signifikanz-Werte im Vergleich zur Gruppenbildung größer/kleiner 100.000 Einwohner nicht sehr wesentlich voneinander abweichen und daß auf der Basis $\alpha \leq .07$ hier nur bei der Frage 6 mit dem Wert .077 ein signifikantes Ergebnis nicht erzielt wird. Hieraus ergibt sich, daß die gewählte Gruppenbildung brauchbar ist und bei der vorliegenden Untersuchung zugrundegelegt werden kann.

Bei sechs Zeitungsarten und zwei Städtetekategorien entstehen 12 Gruppen, anhand derer der kombinierte Einfluß auf die

einzelnen Ratings mit Hilfe des H-Tests untersucht werden soll.

Da es sich erst im Verlauf der Untersuchungen zu den Variablen "Stadtgröße" und "Zeitungsart" als interessant erwiesen hat, auch die Kombination dieser beiden Variablen näher zu beleuchten, können explizite Hypothesen hierzu nicht formuliert werden.

Tabelle 5.19

FR1 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	24	14	11	9	10	10
MEAN RANKS	43.96	45.96	63.23	93.44	52.10	67.10
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	45.06	60.33	87.07	97.50	47.50	40.75
				CORRECTED FOR TIES		
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
113	28.452	.003		32.141	.001	

Die oben stehende Tabelle zeigt, daß zwischen der Auswertung alternativer Zeitungen durch die städtischen Pressestellen und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart ein signifikanter Zusammenhang besteht, d.h. die Nullhypothese, nach der in der zentralen Tendenz Unterschiede nicht bestehen, fällt.

Aus den ermittelten mean ranks ergibt sich, daß alle Städte, unabhängig von ihrer Einwohnerzahl, die Frauenzeitungen/sonstige Zeitungen am wenigsten intensiv auswerten. Bei den Großstädten erhalten nach den Frauenzeitungen die "Anarcho"-Zeitungen gefolgt von den Jugendzeitungen die schlechtesten Bewertungen. Bei den anderen Städten hingegen nehmen die Jugendzeitungen und die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum nach den Frauenzeitungen die schlechtesten Plätze ein.

Bei den Großstädten werden die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum gefolgt von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den "Polit"-Zeitungen mit klarem Abstand am intensivsten ausgewertet. Bei den Städten unter 100.000 Einwohnern erhalten hingegen die "Anarcho"-Zeitungen gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und die "Polit"-Zeitungen die besten Bewertungen.

Ein Vergleich zwischen den Großstädten und den anderen Städten ergibt, daß die deutlichsten Unterschiede hinsichtlich der Auswertungsintensität bei den "Anarcho"-Zeitungen, den Jugendzeitungen und den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum besteht. Bezogen auf die Auswertung werden die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und die Jugendzeitungen von den Großstädten verhältnismäßig stärker beachtet als von den Städten unter 100.000 Einwohnern, während dies bei den "Anarcho"-Zeitungen genau umgekehrt ist.

Die Gründe hierfür könnten bezüglich der "Anarcho"-Zeitungen einmal darin liegen, daß eine pointierte Artikulierung und eine hart vorgetragene extreme Position in den Großstädten auf die Pressestellen weniger Eindruck macht und deshalb nicht unmittelbar eine verstärkte Auswertung zur Folge hat. Ursache könnte aber auch sein, daß die Atmosphäre der Städte unter 100.000 Einwohner, die - wie oben bereits ausgeführt - eher durch Überschaubarkeit und persönliche Kontakte geprägt ist, harte Auseinandersetzungen eher erschwert, die "Anarcho"-Zeitungen in Großstädten sich also in der Art der Auseinandersetzung möglicherweise von denen in andere Städten unterscheiden.

Die Unterschiede bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den Jugendzeitungen und auch die bessere Auswertung der "Polit"-Zeitungen in den Städten unter 100.000 Einwohnern könnten ihre Ursachen darin haben, daß die Pressestellen in den Großstädten wegen der größeren Zahl der vorhandenen Zeitungen eher pauschal - generell und routinemäßig auswerten. In den anderen Städten ist die Zeitungssze-

ne nicht so vielgestaltig und die Auswertung kann stärker individuell gezielt und auf die einzelne Zeitung bezogen erfolgen, d.h. die Zeitungen werden mehr nach ihrem Inhalt ausgewertet. Die geringere Auswertung der Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und der Jugendzeitungen und die eher bessere Auswertung der "Polit"-Zeitungen in den Städten unter 100.000 Einwohnern könnte damit erklärbar sein.

Tabelle 5.20

FR2 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	23	14	11	9	10	10
MEAN RANKS	37.89	43.68	48.91	87.44	57.75	58.00
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	55.91	74.58	81.86	91.00	68.83	75.00
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE		SIGNIFICANCE	
112	26.886	.005	31.329		.001	

Aus der vorstehenden Tabelle ergibt sich, daß zwischen der Intensität, mit der die städtischen Pressestellen Alternativzeitungen mit Informationsmaterial versorgen und der Kombination der Variablen Stadtgröße/Zeitungsart ein signifikanter Zusammenhang besteht.

Die mean ranks zeigen zunächst, daß hinsichtlich der Intensität der Informationsversorgung zwischen den Großstädten und den anderen Städten - abgesehen bei den Frauenzeitungen/sonstige Zeitungen, wo beide Stadtkategorien die höchsten negativen Werte aufweisen - deutliche Unterschiede bestehen. In den Großstädten werden - über alle Zeitungsarten hinweg - die Alternativzeitungen besser mit Informationsmaterial versorgt als in den anderen Städten. Besonders extrem erscheinen die Unterschiede bei den Jugendzeitungen, den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, den Stadtzeitungen mit wei-

tem Themenspektrum und den "Anarcho"-Zeitungen. Am stärksten mit Informationsmaterial versorgt werden von allen Städten die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, gefolgt bei den Großstädten von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den Jugendzeitungen und bei den anderen Städten von den "Polit"-Zeitungen. Die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und die "Anarcho"-Zeitungen halten bei den Städten unter 100.000 Einwohnern nahezu die gleichen Werte, während die Jugendzeitungen bei der Versorgung mit Informationsmaterial den vorletzten Platz einnehmen. Auffallend bei den Werten für die "Anarcho"-Zeitungen ist, daß sie von den Großstädten besser mit Informationsmaterial versorgt werden, als von den anderen Städten, während dies bei der Auswertung dieser Zeitungsart, wie bei der Tabelle 5.19 oben festgestellt wurde, genau umgekehrt ist.

Auch diese Werte lassen sich dahin interpretieren, daß die Großstädte bei der Versorgung mit Informationsmaterial nicht in so starkem Maße wie die anderen Städten darauf abstellen, welchen inhaltlichen Bezug die einzelnen Zeitungen zu kommunalpolitischen Themen haben.

Tabelle 5.21

FR3 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	14	10	9	10	9
MEAN RANKS	44.09	52.00	39.10	74.50	47.60	62.11
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	56.03	74.50	74.50	74.50	52.67	51.50
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
109	15.091	.178	20.868	.035		

Auch zwischen der Einladungshäufigkeit und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart besteht, wie die Tabelle zeigt, ein signifikanter Zusammenhang.

Die mean ranks zeigen auch hier - ähnlich wie bei der vorhergehenden Fragestellung, daß die Großstädte alle Zeitungsarten häufiger zu Pressegesprächen u.ä. einladen, als die anderen Städte. Dies gilt nur hinsichtlich der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen nicht, die bei beiden Größenkategorien den Wert 74.50 erhalten. Während bei den Großstädten allerdings die Frauenzeitungen mit diesem Wert vor den "Anarcho"-Zeitungen den letzten Platz einnehmen, liegen die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen mit 74.50 bei den anderen Städten auf dem gleichen Rang wie die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und die Jugendzeitungen. Die mean ranks zeigen ferner, daß von den Großstädten die Jugendzeitungen, gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, den "Polit"-Zeitungen und den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum am häufigsten eingeladen werden, während bei den anderen Städten die "Anarcho"-Zeitungen, gefolgt von den "Polit"-Zeitungen und den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum die Rangliste in positiver Hinsicht anführen. Auch hier wird - ausgehend davon, daß die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und die "Polit"-Zeitungen die Zeitungsarten mit dem stärksten kommunalpolitischen Komponenten sind, vermutet, daß die Städte mit weniger als 100.000 Einwohner die Alternativzeitungen entsprechend ihrem kommunalpolitischem Engagement gezielt zu Pressegesprächen einladen. Daß die "Anarcho"-Zeitungen hier - anders als bei der Versorgung mit Informationsmaterial - einen relativ guten Wert erreichen ist überraschend. Es kann einerseits damit zusammenhängen, daß diese Zeitungsart mit der Form ihrer Darstellung in dieser Städtekatgorie stärker Aufsehen erregt und die städtischen Pressestellen versuchen, durch den Aufbau unmittelbarer Kontakte Härte abzubauen oder aber, daß aufgrund der geringeren Anonymität zwischen Alternativzeitungen und

kommunalen Entscheidungsträgern von vorneherein weniger Härte in der Auseinandersetzung aufkommt.

Tabelle 5.22

FR4 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	13	9	9	10	9
MEAN RANKS	66.73	64.96	57.17	33.94	40.10	42.89
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	40.97	70.75	73.14	82.00	15.00	69.75
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	25.636	.007	26.820	.005		

Zwischen der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung durch die städtischen Pressestellen und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart besteht, wie sich aus der Tabelle ergibt, ein signifikanter Zusammenhang.

Die mean ranks zeigen, daß zwischen den beiden Städtekategorien hinsichtlich der Bewertung der einzelnen Zeitungsarten beachtliche Unterschiede bestehen. Bei den Großstädten haben die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen, gefolgt von den "Polit"-Zeitungen und den "Anarcho"-Zeitungen den geringsten und die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, gefolgt von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den Jugendzeitungen den größten Einfluß auf die öffentliche Meinung, während bei den anderen Städten den "Polit"-Zeitungen mit 15.00 ein extrem geringer Einfluß eingeräumt wird, gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum (40.97). Den höchsten Einfluß auf die öffentliche Meinung haben nach Ansicht dieser Städte mit etwa gleich hohen Werten die "Anarcho"-Zeitungen, die Stadtzeitungen mit engem

Themenspektrum und die Jugendzeitungen.

Erstaunlich sind die Unterschiede in der Bewertung des Einflusses vor allem der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, der "Polit"-Zeitungen und der "Anarcho"-Zeitungen. Während der Einfluß der beiden ersteren Zeitungsarten auf die öffentliche Meinung von den Großstädten wesentlich höher als von den anderen Städten eingeschätzt wird, ist es bei den "Anarcho"-Zeitungen genau umgekehrt. Eine Erklärung hierfür könnte darin gesehen werden, daß die Großstädte bei der Bewertung des Einflusses stärker auf den Inhalt abstellen, während die anderen Städte sich eher von der Schärfe der Diktion beeindrucken lassen.

Der Wert 82.00 bei den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen könnte, da er extrem hoch liegt, als Ausreißer behandelt werden. Allerdings wird dieser Extremheitscharakter hier schon dadurch gemindert, daß wir das tatsächliche Rating durch einen Rang ersetzt haben. Dies entspricht auch den üblichen Vorgehensweisen in der Zeitreihenanalyse, wo Ausreißerwerte, die verglichen mit dem Pool des restlichen Datenmaterials zu hoch oder zu niedrig erscheinen, dadurch abgedeckt werden, daß man anstatt des exakten Meßwertes den Rang verwendet und damit eine Dämpfung erreicht. Nachdem der Wert 82.00 für die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen trotz der Rangbildung immer noch sehr hoch ist, kann eine gewisse Bedeutung dieses Ergebnisses nicht geleugnet werden. Diese Feststellung wird allerdings dadurch geschmälert, daß es sich hier um eine Stichprobe $n = 1$ handelt. Eine Interpretation dieses Wertes kann und soll hier vorerst nicht erfolgen, weil nicht bekannt ist, wie repräsentativ er für die Klasse der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen tatsächlich ist.

Tabelle 5.23

FR5 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	13	9	9	10	9
MEAN RANKS	57.16	73.46	56.89	37.50	39.45	44.72
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	39.06	72.17	78.86	88.00	25.00	73.00
CORRECTED FOR TIES						
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		
107	25.791	.007	29.016	.002		

Auch hier zeigt die Tabelle, daß zwischen der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Vertretungsorgane durch die städtischen Pressestellen und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart ein signifikanter Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also nicht haltbar ist.

Die obigen mean rank-Werte deuten darauf hin, daß auch bei der Bewertung des Einflusses auf die Vertretungsorgane zwischen den Großstädten und den anderen Städten beachtliche Unterschiede bestehen. Während die Großstädte den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und den Jugendzeitungen den höchsten und den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen, gefolgt von den "Polit"-Zeitungen und den "Anarcho"-Zeitungen den geringsten Einfluß einräumen, haben nach Meinung der Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern die "Polit"-Zeitungen und die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum den geringsten und die Jugendzeitungen, gefolgt von den "Anarcho"-Zeitungen und den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum den höchsten Einfluß. Der Wert der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen (88.00) wird unter Hinweis auf die Ausführungen zur Tabelle 5.22 auch hier nicht näher interpretiert. Während beide Städtekategorien nahezu übereinstimmend hohe

Werte bei den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum haben, unterscheiden sie sich am stärksten in der Bewertung der "Anarcho"-Zeitungen, der Jugendzeitungen, der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und der "Polit"-Zeitungen. Während die Städte unter 100.000 Einwohnern den Einfluß der ersten beiden Zeitungsarten höher bewerten, ist dies bei den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und den "Polit"-Zeitungen umgekehrt. Auch hier kann die Erklärung darin liegen, daß die Großstädte bei der Einschätzung des Einflusses stärker auf den konkreten kommunalpolitischen Inhalt der jeweiligen Zeitung abstellen, während die anderen Städte der Form der Darstellung und der Diktion bzw. dem erwarteten Leserkreis mehr Gewicht beimessen.

Tabelle 5.24

FR6 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	13	9	9	10	9
MEAN RANKS	56.82	70.31	47.94	36.11	46.90	45.78
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	42.56	64.33	82.00	93.50	28.00	79.00
CASES	107	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES		
		21.822	.026	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
				25.610	.007	

Ähnlich sieht die Tabelle bei der Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit durch die städtischen Pressestellen und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart aus. Mit einem Wert von .007 ist eindeutig Signifikanz zu bejahen und die Nullhypothese zu verwerfen.

Die mean ranks lassen auch hier bei den beiden Städtekategorien deutliche Unterschiede in der Bewertung des Einflusses der verschiedenen Zeitungsarten erkennen. Ähnlich wie im

vorhergehenden Fall bewerten die Großstädte den Einfluß der Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum am besten und den der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen am schlechtesten. Die Jugendzeitungen, die "Polit"-Zeitungen und die "Anarcho"-Zeitungen erhalten in etwa gleiche mittlere Werte. Demgegenüber bewerten die anderen Städte auch hier den Einfluß der "Polit"-Zeitungen und der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum am niedrigsten und den der Jugendzeitungen, der "Anarcho"-Zeitungen und der Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum am höchsten.

Läßt man auch hier die extreme Bewertung bei den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen unberücksichtigt, dann unterscheiden sich die beiden Städtekategorien hinsichtlich der Bewertung des Einflusses auf die Verwaltungsarbeit am deutlichsten bei den Jugendzeitungen, den "Anarcho"-Zeitungen, den "Polit"-Zeitungen und den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum. Ebenso wie bei der Bewertung des Einflusses auf die Vertretungsorgane räumen die Großstädte den beiden letzteren Zeitungsarten einen höheren Einfluß ein, während dies bei den Jugend- und "Anarcho"-Zeitungen umgekehrt ist. Auch hier dürfte es so sein, daß die großstädtischen Pressestellen bei ihren Ratings hinsichtlich des Einflusses auf die Verwaltungsarbeit stärker auf die inhaltliche Komponente abstellen, während die anderen Pressestellen mehr den aufgrund der besonderen Darstellungsform erwarteten Einfluß bzw. den erwarteten Leserkreis bei ihrer Bewertung berücksichtigen.

Tabelle 5.25

FR7 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	14	10	9	10	9
MEAN RANKS	51.66	56.68	69.80	31.78	52.45	46.33
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	58.03	74.00	68.50	74.00	39.33	47.75
CASES	109	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
		12.872	.302	15.453	.163	

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, besteht zwischen der Bewertung der Erfahrungen, die die städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht haben und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß die Globalhypothese H_0 beizubehalten ist.

Tabelle 5.26

FR8 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	22	13	9	9	10	9
MEAN RANKS	46.73	65.65	79.17	61.67	33.10	41.33
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	42.09	76.08	72.43	92.00	31.00	52.00
CORRECTED FOR TIES						
CASES	107	CHI-SQUARE	26.564	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
					28.650	.003

Aus der Tabelle ergibt sich, daß zwischen der Form, in der kommunalpolitische Themen in Alternativzeitungen abgehandelt werden und der Kombination Stadtgröße/Zeitungsart ein signifikanter Zusammenhang besteht, d.h. die Nullhypothese fällt. Die mean ranks lassen erkennen, daß die Großstädte, die die Darstellung kommunaler Themen in den Jugendzeitungen, gefolgt von den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen am positivsten und in den "Polit"-Zeitungen gefolgt von den "Anarcho"-Zeitungen und den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum am negativsten bewerten. Ähnlich ist es bei den anderen Städten. Auch hier erreichen die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum, die Jugendzeitungen und die Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen die besten und die "Polit"-Zeitungen, gefolgt von den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und den "Anarcho"-Zeitungen die schlechtesten Werte. Auffallend erscheint je-

doch, daß die Darstellungsform in den "Anarcho"-Zeitung
 von den Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern wesent-
 lich positiver gesehen wird, als von den Großstädten. Wäh-
 rend die Art der Darstellung kommunaler Themen in den "Po-
 lit"-Zeitung und den Stadtzeitungen mit weitem Themenspek-
 trum von beiden Städtekatogorien ähnlich bewertet wird, se-
 hen die Großstädte die Darstellung in den Jugendzeitungen
 und die Städte unter 100.000 Einwohnern die Darstellung in
 den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum positiver als
 die jeweils andere Seite. Auffallend ist auch hier der ex-
 trem hohe Wert (92.00) bei den Frauenzeitungen/sonstigen
 Zeitung.

Tabelle 5.27

FR9 by Einzeit

EINZEIT	1	2	3	4	5	6
NUMBER	20	13	9	9	10	9
MEAN RANKS	62.90	51.08	65.00	48.28	48.95	52.33
EINZEIT	7	8	9	10	11	12
NUMBER	16	6	7	1	3	2
MEAN RANKS	41.38	50.75	55.00	58.50	43.33	61.50
CASES	105	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES		
		6.845	.811	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
				7.139	.788	

Wie der Wert .788 erkennen läßt, besteht zwischen der Bewer-
 tung der Zukunftschancen Alternativzeitungen durch die städ-
 tischen Pressestellen und der Kombination Stadtgröße/Zei-
 tungsart ein signifikanter Zusammenhang nicht, d.h. die
 Nullhypothese behält ihre Gültigkeit.

Faßt man die unter Ziffer 5.1 bis 5.3 ermittelten Ergebnisse
 zusammen, so ergibt sich hinsichtlich der Signifikanz fol-
 gende Übersicht:

Fragen	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Zeitungsart	+	+	-	+	+	-	-	+	-
Stadtgröße	-	+	+	-	-	-	-	-	-
Kombination	+	+	+	+	+	+	-	+	-

+ = es besteht ein signifikanter Zusammenhang

- = es besteht kein signifikanter Zusammenhang

Die Übersicht zeigt, daß jede Frage, die bei der einen Variablen ein signifikantes und bei der anderen ein nicht-signifikantes Ergebnis erbrachte, in der Kombination stets signifikante Unterschiede aufweist. Bei den Fragen nach dem Erfahrungsbereich und den Zukunftschancen bestätigen die Variablen sowohl bei der getrennten Betrachtung als auch in der Kombination die Nullhypothese. Während ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Frage 6 (Einfluß auf die Verwaltungsarbeit) und der Zeitungsart bzw. der Stadtgröße nicht besteht, führt die Kombination der beiden Variablen zu einem signifikanten Ergebnis.

Damit wird die oben vermutete Wechselwirkung zwischen der Variablen Stadtgröße und Zeitungsart bestätigt. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß Stadtgröße und Zeitungsart oder eine Kombination aus beiden die einzigen Variablen sind, die das Antwortverhalten der Städte beeinflussen. Vielmehr dürfte es so sein, daß eine Anzahl weiterer Variablen mitursächlich sind für die Intensität der Kontakte (Auswertung, Informationsversorgung, Einladungshäufigkeit), die Einwirkungsmöglichkeiten der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgan und Verwaltungsarbeit sowie auf die "Qualität der Erfahrungen", die die städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen gemacht haben. Eine umfassende Nennung aller hier möglichen Beeinflussungsfaktoren dürfte kaum möglich sein. Interessant und naheliegend erscheint indes die Untersuchung des Einflusses

verschiedener soziographischer demographischer u.a. Strukturen der beteiligten Städte auf den Kontaktbereich und auf die Bewertung des Einflußbereiches und die "Qualität der Erfahrungen" durch die städtischen Pressestellen.

IV.6 Untersuchung des Zusammenhanges zwischen den Antworten der Pressestellen insbesondere zu den Fragen nach dem Einfluß alternativer Zeitungen auf die Kommunalpolitik und weiteren sozialstrukturellen³⁰⁾ Variablen der beteiligten Städte

Anhand der statistischen Jahrbücher des Deutschen Städtetages³¹⁾, des STAMM 84³²⁾, des Riesengroßen Verzeichnisses aller Alternativzeitungen³³⁾ sowie weiterer anderer statistischer Unterlagen wurde ein Datenblatt insbesondere über sozialstrukturelle Variablen jeder einzelnen beteiligten Stadt angelegt³⁴⁾. Anhand dieser erhobenen Daten sollen nun im folgenden Hypothesen zu einzelnen sozialstrukturellen Variablen, die interessante Ergebnisse hinsichtlich der Intensität des Kontaktes, des Einflusses und der "Qualität der Erfahrungen" erwarten lassen, gebildet und diese näher untersucht werden.

Dabei gilt das Einleiten der Ziffer 5 bezüglich der H-Testes von Kruskal Wallis Gesagte auch hier, soweit dieses Testverfahren zur Anwendung kommt. Werden nicht mind. drei oder mehr, sondern nur zwei Gruppen miteinander verglichen, dann ist der MANN-WHITNEY U-Test das formale Äquivalent des H-Tests.

Die in den folgenden Tabellen vorkommenden Abkürzungen sind weitgehend mit den oben unter Ziffer IV.5 beschriebenen identisch.

W ist die Prüfgröße des Wilcoxon Rank Sum W Test. Dieser Test bezieht sich auf unabhängige Daten und ist deshalb im folgenden nicht brauchbar. Im SPSS wird W - obwohl es im vorliegenden Verfahren keinen Eingang findet - routinemäßig mitgerechnet.

Z ist die Normalverteilungsapproximation für die Prüfung.

U ist die im MANN-WHITNEY U Test maßgebliche Prüfgröße.

Weitere Erläuterungen von Fachausdrücken und Abkürzungen erfolgen jeweils als Vorspann bei der Behandlung der einzelnen Hypothesen unter Ziffer 6.2.

Da es sich im folgenden - ebenso wie bei Ziffer 5 - primär um eine hypothesenbildende und nicht um eine hypothesenüberprüfende Untersuchung handelt, wird die Irrtumswahrscheinlichkeit mit $\alpha \leq .07$ bejaht.

6.1 Formulierungen von Hypothesen

Hinsichtlich der Auswirkungen sozialstruktureller Daten der jeweiligen Stadt auf den Kontaktbereich, den Einflußbereich, die "Qualität der Erfahrungen" und die Bewertung der Zukunftschancen haben folgende Hypothesen aufgestellt:

1. Hypothesen zur Bevölkerungsstruktur

a) Altersstruktur der Bevölkerung

Die Altersstruktur der Bevölkerung³⁶⁾ hat nicht nur auf den Inhalt und die Form der Darstellung kommunaler Themen Einfluß, sondern wirkt sich auch auf die Bewertung des Einflusses, den diese Zeitungen auf die Vertretungsorgane und auf die Verwaltungsarbeit haben, aus.

Auch Alternativzeitungen brauchen ein bestimmtes Leserreservoir und wollen und müssen bestimmten Lesererwartungen gerecht werden, d.h. die Alternativzeitungen werden dort, wo der Anteil der jüngeren Bürger relativ groß ist, sich pointierter und kritischer mit kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen als dort, wo der Anteil der jüngeren Bevölkerung eher gering ist. Dies bedeutet - geht man davon aus,

daß jüngere Menschen von alternativen Zeitungsarten stärker angesprochen werden als ältere Menschen - und berücksichtigt man, daß die jüngeren Menschen als Wähler von den Repräsentanten und der Verwaltung ernst genommen und ihre Anliegen erwogen werden müssen, daß sich die städtischen Pressestellen bei einem hohen Anteil Jugendlicher besonders sorgfältig mit der Alternativpresse auseinandersetzen und ihr einen höheren Einfluß einräumen. Nach der Homans'schen Regel ist dies verbunden mit einer Verbesserung im Erfahrungsbereich.

b) Anteil der Studenten

Dasselbe gilt hinsichtlich des Studentenanteils³⁷⁾ in der jeweiligen Stadt. Je höher die Studentenquote, desto besser der Kontakt und desto positiver die Beurteilung der Zukunftschancen durch die städtischen Pressestellen. Diese Hypothese geht von der Annahme aus, daß mit steigender Studentenzahl die Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Themen zunimmt, mit der Folge, daß sich die städtischen Pressestellen verstärkt mit kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen. Dies bedeutet aber nicht, daß der Einfluß der Alternativpresse höher bewertet wird; denn zum Zeitpunkt der Befragung war es die Regel, daß die Studenten nur mit dem zweiten Wohnsitz am Studienort gemeldet waren, d.h. sie sind bei Kommunalwahlen nicht wahlberechtigt gewesen. Hinzu kommt, daß sie sich in der Regel kürzer als eine Wahlperiode an ihrem Studienort aufhalten und damit nur bedingt als potentielle Wähler gesehen werden können.

c) Ausländeranteil³⁸⁾

Auch die Anzahl der in einer Kommune wohnenden Ausländer wirkt sich auf den hier behandelten Themen- und Fragenkomplex aus und ist von Bedeutung für die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen.

Ausländer sind als Leserreservoir und als mögliches Protestpotential für Alternativzeitungen interessant und sie werden sich deshalb bei einem starken Ausländeranteil mit deren Problemen verstärkt auseinandersetzen und so Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen versuchen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sich der Einfluß der Alternativzeitungen auf den Rat und die Verwaltung mit steigendem Ausländeranteil erhöhen wird; denn Ausländer sind in der Bundesrepublik Deutschland auch im kommunalen Bereich nicht wahlberechtigt, d.h. sie scheiden als mögliche Wähler aus und können damit keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der kommunalen Gremien nehmen. Es wird deshalb hier davon ausgegangen, daß der Einfluß der Alternativzeitungen auf Rat und Verwaltung in Städten mit hohem Ausländeranteil abnimmt, weil sich die Alternativzeitungen hier verstärkt mit Ausländerproblemen befassen, die die Kommunalpolitik nicht unmittelbar tangieren können.

Die Annahme reduzierter Einflußmöglichkeit bedingt allerdings keine bessere "Qualität der Erfahrungen" bei steigendem Ausländeranteil. Vielmehr dürfte es so sein, daß Alternativzeitungen - ohne Rücksicht auf formale Zuständigkeiten - die Lösung von Ausländerproblemen auch von den Kommunen fordert. Die Qualität der Erfahrungen dürfte deshalb bei hohem Ausländeranteil negativer beurteilt werden.

d) Arbeitslosenquote

Während die Höhe der Arbeitslosenquote³⁹⁾ auf den Kontaktbereich keine Auswirkungen hat, berührt sie den Umfang des vermuteten Einflusses der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit erheblich. Mit steigender Arbeitslosenzahl machen die Alternativzeitungen die menschlich-sozialen Probleme dieser Bevölkerungsgruppe immer stärker zum Thema ihrer Berichterstattung und prägen insoweit auch die öffentliche Meinung mit. Die Lösung der hierbei in Frage stehenden Probleme fällt jedoch - abgesehen von der sozialhilferechtlichen Zu-

ständigkeit kreisfreier Städte - zwar nicht in den kommunalen Aufgabenbereich. Probleme der Arbeitslosigkeit sind Probleme, die nicht primär den kommunalpolitischen Raum zugeordnet werden, sondern die vor allem durch Strukturmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene geregelt werden müssen. Diese Abgrenzung ist jedoch eher theoretisch und zu formal. Sowohl die Menschen als auch die Alternativzeitungen fordern und erwarten auch von den kommunalen Entscheidungsträgern Hilfestellungen bei der Lösung des hier in Frage stehenden Problembereiches. Dies bedeutet, daß der Einfluß der Alternativzeitungen mit steigender Arbeitslosenquote eher zunimmt, Mitmenschen bleiben in jedem Fall als mögliche Wähler auch für kommunale Repräsentanten von wesentlicher Bedeutung. Die Bewertungen im Erfahrungsbereich und bei der Darstellungsform dürften mit steigender Arbeitslosenquote zunehmend negativer ausfallen, weil die theoretischen Forderungen auf der einen und die realen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen auf der anderen Seite weitgehend unvereinbar sind.

2. Hypothese zur Variablen "Kommunalverfassung"

Die Art der Kommunalverfassung hat Auswirkungen auf den Kontaktbereich und auf den Einfluß, den Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, insbesondere aber auf die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit haben.

Diese Hypothese geht einmal davon aus, daß die lokalen Kommunikationsstrukturen, wie oben bereits ausgeführt, von der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes mitgeprägt werden und zum anderen davon, daß mit zunehmender Dezentralisierung der Machtpositionen der Kreis derer, die an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mitwirken, größer wird und damit die Chancen für die Alternativzeitungen, Ansprechpartner und Befürworter für die eigenen Anliegen zu finden und über sie auf die Meinungs- und Willensbildung in den Entscheidungsgremien Einfluß zu gewinnen,

zunimmt. Konkret heißt dies: Dort wo die Stellung des Bürgermeisters - wie bei der Süddeutschen Ratsverfassung oder bei der Bürgermeisterverfassung politisch stark und die Stellung der Ratsmitglieder im Gegensatz dazu eher schwach ist, tun sich die Alternativzeitungen schwerer, Probleme erfolgreich zu thematisieren und politisch durchzusetzen. Der Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, insbesondere aber auf den Rat und die Verwaltungsarbeit dürfte hier von den städtischen Pressestellen also weniger hoch bewertet werden, als in den Städten mit Magistratsverfassung. Hinsichtlich der Bewertung des Einflusses in Städten mit Norddeutscher Ratsverfassung fällt eine Hypothese schwer. Zwar ist die Machtposition des Bürgermeisters hier eher schwach, es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß bei der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen durch die städtischen Pressestellen die mehr verwaltungsmäßige Sichtweise des Stadtdirektors durchschlägt, mit der Folge, daß der Einfluß eher geringer bewertet wird.

Die unterschiedliche Bewertung des Einflusses hat auch Auswirkungen auf den Kontaktbereich. Bei Städten mit Süddeutscher Ratsverfassung und Bürgermeisterverfassung, die den Einfluß der Alternativzeitungen geringer einschätzen, wird auch die Kontaktpflege weniger intensiv sein, als in den Städten mit Magistratsverfassung. Dies wiederum wirkt sich - nach der Homans'schen Regel - auch auf den Erfahrungsbereich aus. Dort wo die Kontakte intensiv sind, werden auch die Erfahrungen positiver bewertet.

Bezüglich der Stadtstaaten und Berlin, die unter keiner der vorgenannten kommunalen Verfassungstypen subsumiert werden, wird davon ausgegangen, daß der Einfluß der Alternativzeitungen auf Rat und Verwaltungsarbeit hier eher geringer eingestuft wird, daß die Auswertung - nicht zuletzt wegen der Vielfalt der alternativen Zeitungsszene - nicht so systematisch erfolgt, daß die Alternativzeitungen dafür aber im Rahmen des Möglichen großzügig mit Informationsmaterial ver-

sorgt und zu Pressegesprächen u.a. eingeladen werden. Da wie oben unter III.2.3.2 dargelegt, die Subsumtion der jeweiligen kommunalen Verfassung unter eine der vier gebildeten Grundformen - wegen der in jedem Land geltenden Besonderheiten - nicht unproblematisch ist, können die hier aufgestellten Hypothesen, auch wenn sie im statistischen Verfahren bestätigt werden sollten, nicht als gesicherte Ergebnisse bewertet werden.

3. Hypothesen hinsichtlich der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters und der Präsenz Grünalternativer in den kommunalen Vertretungsorganen

a) Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters

Die parteipolitische Zugehörigkeit des Oberbürgermeisters wirkt sich auf die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen, auf die Beurteilung der Darstellungsform kommunalpolitischer Themen und auch auf die Bewertung der Zukunftschancen aus. Die Hypothese beschränkt sich auf CDU/CSU- und SPD-Oberbürgermeister, weil das hier verfügbare statistische Material bezüglich der Parteilosen oder kleinen Parteien angehörenden Oberbürgermeister nicht erkennen läßt, mit welchen politischen Mehrheiten in den Gremien diese Oberbürgermeister zusammenarbeiten und in welche politische Richtung sie tendieren. Da die Mitglieder dieser Gruppe von ihren politischen Zielen und ihrer "parteipolitischen Verwandtschaft" her sehr heterogen sein dürften, sind plausible Hypothesen in diesem Bereich nicht möglich. Da eindeutige Ergebnisse hier nicht zu erwarten sind und eine Behandlung der parteilosen Oberbürgermeister als selbständige Gruppe neben den SPD- und CDU/CSU-Oberbürgermeistern dazu führen könnte, daß erwartete Unterschiede zwischen den beiden letztgenannten Gruppen u.U. verwischt würden, werden sie in dieser Untersuchung ausgeklammert.⁴¹⁾

Der Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, auf die Entscheidungsgremien und - in bedingten Umfang

- auch auf die Verwaltungsarbeit wird in Städten mit einem SPD-Oberbürgermeister negativer und geringer bewertet, als in Städten mit einem der CDU/ CSU angehörigen Oberbürgermeister. Ähnlich wird es sich hinsichtlich der Bewertung der Zukunftschancen verhalten.

Dieser Annahme liegt die Überlegung zugrunde, daß der Erwartungshorizont eines Oberbürgermeisters, der der SPD angehört, hinsichtlich der Alternativzeitungen wegen der in der Mehrzahl größeren politisch-ideologischen Verwandtschaft und des parteipolitischen Selbstverständnisses ein anderer ist, als bei den CDU/CSU-Oberbürgermeistern und daß deshalb auf Kritik entsprechend heftig und negativ-ablehnend reagiert wird. Trotz dieser negativen Bewertung des Einflusses in Städten mit SPD-Oberbürgermeistern wird vermutet, daß aufgrund der größeren politischen Gemeinsamkeiten in SPD-regierten Städten die Form der Darstellung in den Alternativzeitungen positiver bewertet wird.

b) Grünalternative Ratsmitglieder

Mit dem Einzug grün-alternativer Ratsmitglieder wird die Intensität der Auswertung und die Einladung zu Pressegesprächen u.ä. verstärkt, während die Versorgung mit Informationsmaterial eher geringer wird.

Während sich die Etablierung der Grünalternativen in den kommunalen Gremien auf den Einflußbereich der Alternativzeitungen nicht auswirkt, wird sie zu einer besseren Bewertung der Zukunftschancen der Alternativzeitungen beitragen.

Da die Auseinandersetzung mit grün-alternativen Positionen im Rat jederzeit möglich sein kann, ist es für die Pressestellen notwendig, sich mit den in den alternativen Publikationen veröffentlichten Argumenten und Forderungen intensiv auseinanderzusetzen und sie verstärkt zu Pressegesprächen einzuladen; denn die alternativen Redakteure sind teilweise mit den Ratsmitgliedern identisch. Die Tatsache, daß grün-alternative Ratsmitglieder über alle Sitzungsunterlagen und über ausführliche Informationen verfügen wird dazu führen,

daß die Versorgung alternativer Zeitungen mit Informationsmaterial eine wesentliche Verbesserung nicht erfährt.

Die Überprüfbarkeit dieser Hypothesen wird dadurch erschwert daß keineswegs alle alternativen Zeitungen Positionen der grün-alternativen Ratsmitglieder vertreten und daß aufgrund des dieser Arbeit zugrunde gelegten weiten Definitionsbegriffs ein Teil der hier zu beurteilenden Zeitungen dem grün-alternativen Bereich nicht angehört. Aber auch bei Zugrundelegung des traditionellen Definitionsbegriffs entstehen bei der Überprüfung dieser Hypothese Schwierigkeiten, weil Alternativzeitungen, die Sprachrohr einer bestimmten losen Gruppierung sind, dann, wenn diese als Fraktion in den Rat der Stadt einzieht, ihre Verbandsunabhängigkeit verliert und damit aus dem Kreis der Alternativzeitungen im klassischen Sinne ausscheiden würde. Da die sowohl nach der eigenen Definition, als auch nach der traditionellen Begriffsdefinition erforderliche Aussonderung auf der Basis des vorhandenen Datenmaterials nicht möglich ist, kann die Richtigkeit dieser Hypothese allenfalls der Tendenz nach überprüft werden.

Die Annahme, daß sich die Zugehörigkeit grün-alternativer Gruppierungen zum Rat der Stadt auf die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen nicht auswirkt, geht einmal von der Überlegung aus, daß Rat und Verwaltung sich bereits im Rahmen der Sitzungen mit Positionen alternativer Politik intensiver befassen müssen und zum anderen davon, daß mit dem Einzug von Vertretern grün-alternativer Gruppierungen sich die etablierte Presse intensiver mit deren Positionen auseinandersetzt.

Durch dieses Interesse der etablierten Medien nimmt die Bedeutung alternativer Zeitungen bezüglich der Darstellung grün-alternativer Argumente ab. Aufgrund des größeren Verbreitungsgebietes und der hohen Auflagenzahlen können die etablierten Zeitungen sehr viel mehr Menschen mit den im Rat der Stadt diskutierten grün-alternativen Forderungen ver-

traut machen als dies alternative Zeitungen vermögen. Dies führt eher zu einer Reduzierung des Einflusses alternativer Zeitungen auf die öffentliche Meinung.

4. Hypothesen zum "Pressewesen"⁴²⁾

a) Umfang der Alternativzeitungen⁴³⁾

Der Einfluß alternativer Zeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltungsarbeit ist dort am stärksten, wo die Anzahl der alternativen Zeitungen besonders hoch ist. Wird die Zahl der Alternativzeitungen geringer, so nimmt auch ihr Einfluß ab.

Diese Annahme geht davon aus, daß mit steigendem alternativen Zeitungsangebot sich alternative Positionen aufgrund der alternativen Vielfalt in der Darstellung und in der Argumentation zunehmend verfestigen. Im Ergebnis kommt dies bei der Bewertung des Einflusses jeder einzelnen Zeitung zugute, obwohl die Aussagen der einzelnen Publikation bei steigendem Angebot tatsächlich eher an Gewicht verlieren dürften.

Dort wo die Vielfalt der alternativen Zeitungslandschaft am geringsten ist, werden die Alternativzeitungen am intensivsten ausgewertet und die Darstellung der Kommunalpolitik am negativsten beurteilt.

Die Ursache hierfür wird darin gesehen, daß die Alternativzeitung dort, wo sie eine Einzelercheinung ist, viel stärker zur Kenntnis genommen wird als dort, wo viele und verschiedenartigste Zeitungen vorhanden sind, mit der Folge, daß bei einer vielfältigen alternativen Zeitungsszene die Intensität der Auswertung nachläßt und die Darstellungsform - aufgrund eines routinierten und zwanglosen Umgangs mit dieser Zeitungsart positiver empfunden wird.

b) Unterschiede zwischen der vorliegenden Untersuchung und den AgAp-Daten⁴⁴⁾

Je genauer die von der Pressestelle genannte Zahl der Alternativzeitungen in der vorliegenden Untersuchung mit der von

der AgAp angegebenen Zahl übereinstimmt, desto regelmäßiger die Auswertung, desto besser die Kontakte und damit verbunden die "Qualität der Erfahrungen" der Pressestellen mit den Alternativzeitungen. Demgegenüber dürfte die Übereinstimmung mit der AgAp-Umfrage auf die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung keine Auswirkungen haben; denn bei diesen Fragen werden von den städtischen Pressestellen Kriterien angelegt, die nicht unmittelbar von der Kenntnis der alternativen Zeitungsszene abhängig sind.

Die Annahmen bezüglich des Kontaktbereiches basieren auf der Überlegung, daß Pressestellen, die den Alternativzeitungsmarkt genauer und umfassend kennen, mit diesem besser vertraut sind, sich mit ihm also intensiver auseinandersetzen und ihn folglich auch ernster nehmen. Der intensivere Kontakt zwischen städtischen Pressestellen und Alternativzeitungen dürfte sich auch positiv auf die "Qualität der Erfahrungen" auswirken ("Homans'sche Regel").

Wegen der unterschiedlichen Begriffsbestimmungen, der verschiedenen Erhebungszeiträume, der voneinander abweichenden Erhebungsmethoden, der unterschiedlichen Befragungsadressaten und der verschiedenartigen Arbeitsansätze und Zielformulierungen der beiden Umfragen können jedoch die aus der Ähnlichkeit bzw. Unterschiedlichkeit der Ergebnisse gezogenen Folgerungen nicht als mathematisch-nachweisbare Fakten, sondern allenfalls als erkennbare Tendenzen interpretiert werden.

5. Hypothese zur Variablen "Städtische Pressestelle"⁴⁵⁾

Die personelle Besetzung und die finanzielle Ausstattung der Pressestellen wirken sich bei der Beurteilung des Einflusses, den Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, den Rat und die Verwaltung haben, dahingehend aus, daß in Pressestellen mit journalistischem Fachpersonal eine rational-sachbezogene Bewertung an die Stelle einer stärker emo-

tional-gefühlsbetonten Beurteilung treten mit der Folge, daß der Einfluß der Alternativzeitungen insgesamt eher geringer eingestuft wird. Hinzu kommt, daß Pressestellen mit Fachpersonal und entsprechenden finanziellen Möglichkeiten durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit bei der Bildung der öffentlichen Meinung aktiver und stärker mitwirken können. Dadurch und durch eine lockere und unverkrampfte Kontaktpflege, durch eigene Publikationen und ausführliche Erläuterungen zum jeweiligen Themenbereich wird auch der Einfluß der Alternativzeitungen auf den Rat und auf die Verwaltung eher geringer und zu einer leichter bestimmbaren Größe.

Auf die Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial und auf die Häufigkeit der Einladungen zu Pressegesprächen u.ä. dürfte sich die personelle und finanzielle Ausstattung der städtischen Pressestellen kaum auswirken.

Pressestellen mit ausreichendem journalistisch ausgebildeten Personal sind zwar eher in der Lage auf Aktionen der alternativen Szene angemessen zu reagieren und sachdienliche Kontakte zwischen der Pressestelle und der jeweiligen Alternativzeitung aufzubauen, aufrecht zu erhalten und zu pflegen. Da sie aber den Einfluß der Alternativzeitungen eher geringer einschätzen als die anderen Pressestellen, werden sie im Kontaktbereich nicht so konsequent und systematisch handeln, sodaß insoweit wieder ein Kompensationseffekt eintritt mit der Folge, daß signifikante Unterschiede nicht feststellbar sind.

Während sich die personelle und finanzielle Ausstattung auf die "Qualität der Erfahrungen" kaum auswirken dürfte, wird davon ausgegangen, daß die städtischen Pressestellen mit einer überdurchschnittlich guten personellen und finanziellen Ausstattung die Zukunftschancen der Alternativzeitungen eher positiver beurteilen als Pressestellen, deren personelle und finanzielle Ausstattung nicht so gut ist.

6.2 Statistische Prüfung der Hypothesen

Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung werden in der Regel nicht die einzelnen Fragen, sondern vor allem die oben unter Ziffer IV.4.7 gebildeten Faktoren stehen. Die Zusammenfassung der Items zu einem Faktor führt zwar zu einem gewissen Informationsverlust, hat aber den Vorteil, daß dabei die aus dem Antwortverhalten eruierbare Strategie des Umgangs der städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen und ihre Einschätzung insgesamt deutlicher zum Ausdruck kommt.

Der Faktor 1 umfaßt den "Einflußbereich" (Fragen 4 - 6), der Faktor 2 den "Kontaktbereich" (Fragen 1 - 3) und der Faktor 3 die "Qualität der Erfahrungen" (Fragen 7 und 8) ⁴⁶⁾.

Die Frage 9 (Bewertung der Zukunftschancen), die keinem Faktor zugeordnet ist, wird hier nur angesprochen, soweit ein signifikantes Ergebnis vorliegt oder die Hypothesen Aussagen zu den Zukunftschancen der Alternativzeitungen enthalten. Auf Einzelfragen wird nur dort zusätzlich und gesondert eingegangen, wo - aufgrund des additiven Modells - interessante signifikante Ergebnisse vorliegen, die bei den mean ranks des betreffenden Faktors nicht hinreichend zum Ausdruck kommen. ⁴⁷⁾

Soweit zu den einzelnen Faktoren in den oben aufgestellten Hypothesen keine Aussagen gemacht wurden, wird die Gültigkeit der Nullhypothese als richtig unterstellt, d.h. der Verfasser geht davon aus, daß zwischen der jeweiligen sozialstrukturellen Variablen und dem betreffenden Faktor ein konkreter Zusammenhang nicht besteht.

Zur Hypothese 1 a):

1. Anteil der 18 bis 25-jährigen

Die in der Tabelle als "Jungm = 0" bezeichnete Gruppe beinhaltet einen Anteil von 18 bis 25-jährigen unterhalb vom Median. Bei der als "Jungm = 1" bezeichneten Gruppe ist der Anteil der 18 bis 25-jährigen größer/gleich dem Median. ⁴⁸⁾

Tabelle 6.1

FAC1 by Jungm

JUNGM	=	O	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
50.99		51	61.11		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1274.5		2600.5	-1.6571		.0975

Der Signifikanzwert .0975 zeigt, daß zwischen Städten mit einem überproportional hohem Anteil "Jugendlicher" zwischen 18 - 25 Jahren und Städten, bei denen deren Anteil unter dem Durchschnitt liegt, hinsichtlich des Einflusses der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit ein signifikanter Unterschied nicht besteht, d.h. es gilt die Nullhypothese mit der Folge, daß hinsichtlich des Faktors 1 weitere spezielle Hypothesen nicht mehr zu prüfen sind.

Betrachtet man hier die zu den Fragen 4 - 6 ermittelten Signifikanzwerte im einzelnen, so ergibt sich, daß beim Einfluß auf die Vertretungsorgane mit .0710 ein signifikantes Ergebnis nur knapp verfehlt wird⁴⁹⁾ während zwischen dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit und dem Anteil der 18 bis 25-jährigen an der Gesamtbevölkerung ein klarer signifikanter Zusammenhang besteht:

Tabelle 6.2

FR6 by Jungm

JUNGM	=	O	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
50.25		51	61.72		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1237.0		2563.0	-2.0001		.0455

Die mean ranks zeigen hier, daß bei Städten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der 18 bis 25-jährigen der Einfluß der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit von den städtischen Pressestellen wesentlich stärker bewertet wird, als in den Städten, in denen der Anteil dieser Altersgruppe unter dem Median liegt. Hinsichtlich dieser Einzelfrage die Nullhypothese also fällt.

Tabelle 6.3

FAC2 by Jungm

JUNGM	=	O	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
53.78		50	56.03		59
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1414.0		2689.0	-.3756		.7072

Auch im Kontaktbereich ergibt sich, wie die vorstehende Tabelle zeigt, ein signifikanter Unterschied zwischen Städten mit einem über- bzw. unterproportionalen Anteil von 18 bis 25-jährigen nicht. Die Nullhypothese bleibt also bestehen, sodaß weitere spezielle Hypothesen nicht mehr zu prüfen sind.

Tabelle 6.4

FAC3 by Jungm

JUNGM	=	O	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
50.02		51	61.92		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1225.0		2551.0	-1.9538		.0507

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß zwischen dem Anteil junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren an der Gesamtbevölkerung und dem Erfahrungsbereich und der Darstellungsform ermittelten Faktor 3 ein signifikanter Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also fällt, mit der Folge, daß nunmehr spezielle Hypothesen geprüft werden können.

Die ermittelten mean ranks zeigen, daß in Städten mit einem überdurchschnittlich hohem Anteil junge Menschen die "Qualität der Erfahrungen" durch die Pressestellen wesentlich positiver ausfällt, als in den anderen Städten. Die Hypothese 1 a) wird damit im Ergebnis bestätigt. Eine genauere Betrachtung der im Faktor 3 zusammengefaßten Einzelfragen ergibt allerdings, daß lediglich hinsichtlich der Frage 7 (Erfahrungen) hohe Signifikanz besteht, während eine solche bei der Beurteilung der Darstellungsform zu verneinen ist.⁵⁰⁾

2. Anteil der Bevölkerung mit 65 Jahren und mehr

Bei der als "Alterm = 0" bezeichneten Gruppe liegt der Anteil der Bürger mit 65 Jahren und mehr unterhalb des Median. Die als "Alterm = 1" bezeichnete Gruppe hat einen Anteil von Bürgern mit 65 Jahren und mehr der größer/gleich dem Median ist.

Tabelle 6.5

FAC1 by Alterm

ALTERM = 0	ALTERM = 1.
MEAN RANK	MEAN RANK
48.56	49.55
NUMBER	NUMBER
54	43
U	W
1137.5	2130.5
	CORRECTED FOR TIES
	Z
	2-TAILED P
	-.1723
	.8632

Wie der vorstehenden Tabelle entnommen werden kann, besteht im Einflußbereich zwischen dem Umfang des Anteils der Bürger mit 65 Jahren und mehr und der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß H_0 hier nicht fällt.

Tabelle 6.6

FAC2 by Alterm

ALTERM =	O	ALTERM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
50.77	51	44.78	44
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
980.5	1970.5	1.0686	.2853

Auch hier zeigt die Tabelle, daß zwischen der Größe des Anteils der über 65-jährigen Bewohner und der Intensität des Kontaktes zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht, d.h. die Nullhypothese H_0 kann hier ebenfalls beibehalten werden.

Tabelle 6.7

FAC3 by Alterm

ALTERM =	O	ALTERM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
44.16	54	55.08	43
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
899.5	2368.5	-1.9208	.0548

Wie die Tabelle zeigt, besteht zwischen Städten mit einem überproportional hohem Anteil älterer Bürger und Städten, bei denen dies nicht der Fall ist, hinsichtlich der "Qualität der Erfahrungen", die die städtischen Pressestellen mit Alternativzeitungen gemacht haben bei faktorieller Betrachtungsweise ein signifikanter Unterschied.

Dies bedeutet, daß die Nullhypothese fällt und die speziellen Hypothesen zu 1 a) im Detail überprüft werden können. Die in der obigen Tabelle dargestellten mean ranks zeigen im einzelnen, daß die Pressestellen in Städten mit einem überproportional hohem Anteil älterer Bürger die "Qualität ihrer Erfahrungen" wesentlich positiver bewerten, als Pressestellen mit Städten mit einem unter dem Median liegenden Anteil älterer Menschen.

Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu der oben unter 1 a) aufgestellten Hypothese und stellt - zumindest auf den ersten Blick - einen Widerspruch zu den bei Tabelle 6.4 gemachten Ausführungen dar.

Die Tatsache, daß nicht nur in den Städten mit einem überproportional hohem Anteil Jugendlicher, sondern auch in den Städten mit einem über dem Median liegenden Anteil älterer Menschen die "Qualität der Erfahrungen" von den städtischen Pressestellen wesentlich positiver beurteilt wird, als in Städten, wo dies nicht der Fall ist, überrascht. Dieses Ergebnis könnte seine Ursache darin haben, daß die Alternativzeitungen in Städten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen sowohl bei der Darstellung kommunaler Themen, als auch beim Umgang mit den städtischen Pressestellen einen moderateren Ton anschlagen und pfleglicher mit ihnen umgehen.

Tabelle 6.8

FR9 by Alterm

ALTERM =	O	ALTERM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
43.41	53	53.80	42
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
869.5	2259.5	-1.8681	.0618

Die obige Tabelle weist ein signifikantes Ergebnis aus, d.h. die Nullhypothese fällt. Die mean ranks zeigen, daß die Zukunftschancen alternativer Zeitungen in Städten mit einem überproportionalen Anteil älterer Bürger wesentlich positiver beurteilt werden, als in den anderen Städten.

Zwischen diesem Ergebnis und der Signifikanz beim Faktor 3 wird ein Zusammenhang vermutet, die höher bewertete "Qualität der Erfahrungen" dürfte sich auch auf die Bewertung der Zukunftschancen auswirken.

Zur Hypothese 1 b:

In den folgenden Tabellen werden die Städte in drei Gruppen geteilt und nach dem H-Test von Kruskal Wallis gerechnet. 0 bezeichnet die Städte, in denen es keine Studenten gibt. Unter der Rubrik Studm 1 werden alle Städte zusammengefaßt, bei denen der Studentenanteil kleiner als der Median (6.15) ist. Die Spalte Studm 2 erfaßt alle Städte mit einem Studentenanteil größer/gleich dem Median.

Tabelle 6.9

FAC1 by Studm

STUDM	0	1	2
NUMBER	30	40	42
MEAN RANKS	56.40	52.87	60.02
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
112	.993	.609	
	CORRECTED FOR TIES		
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
	1.012	.603	

Aus der obigen Tabelle läßt sich erkennen, daß zwischen der Höhe des Studentenanteils und der Bewertung des Einflusses auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht. Dies bedeutet, daß H_0 - wovon auch hier ausgegangen wurde - nicht fällt.

Tabelle 6.10
FAC2 by Studm

STUDM	0	1	2
NUMBER	26	42	41
MEAN RANKS	70.94	51.64	48.33
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
109	8.913	.012	
	CORRECTED FOR TIES		
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
	9.137	.010	

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, besteht zwischen der Höhe des Studentenanteils in der jeweiligen Stadt und der Intensität des Kontaktes zwischen der städtischen Pressestelle und den Alternativzeitungen ein signifikanter Zusammenhang mit der Folge, daß die Nullhypothese hier nicht gilt. Damit kann die oben unter 1 b) aufgestellte Hypothese im Detail überprüft werden.

Die oben dargestellten mean ranks zeigen, daß der Kontakt zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen in Städten ohne Studenten am schlechtesten und in Städten mit einem überproportionalen Studentenanteil am besten ist. Die oben aufgestellte Hypothese 1 b) wird also hinsichtlich des Kontaktbereiches bestätigt.

Tabelle 6.11
FAC3 by Studm

STUDM	0	1	2
NUMBER	30	40	42
MEAN RANKS	52.97	58.35	57.26
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
112	.508	.776	
	CORRECTED FOR TIES		
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
	.520	.771	

Ebenso wie beim Einflußbereich besteht auch hinsichtlich der Qualität der Erfahrungen ein signifikanter Zusammenhang nicht. Die Nullhypothese, wird also bestätigt.

Tabelle 6.12

FR9 by Studm

STUDM	0	1	2
NUMBER	29	39	42
MEAN RANKS	45.36	54.92	63.04
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
110	5.286	.071	
	CORRECTED FOR TIES		
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
	5.543	.063	

Die Tabelle zeigt, daß zwischen der Höhe des Studentenanteils und der Bewertung der Zukunftschancen alternativer Zeitungen durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang besteht, d.h. die Nullhypothese fällt. Aus dem in der Tabelle dargestellten mean ranks ergibt sich, daß die Zukunftschancen der Alternativzeitungen in Städten ohne Studenten am negativsten und in Städten mit überproportionalen Studentenanteil am besten beurteilt werden. Die oben aufgestellte Hypothese 1 b) wird damit auch hinsichtlich der Zukunftschancen bestätigt.

Zur Hypothese 1 c:

Die Untersuchung erfolgt hier nach dem Mann-Whitney U-Test. Die als "Auslaenm = 0" bezeichnete Gruppe beinhaltet die Städte, bei denen der Ausländeranteil kleiner als Median (7.67) ist, während unter "Auslaenm = 1" alle Städte mit einem Ausländeranteil größer/gleich dem Median zusammengefaßt sind.

Tabelle 6.13

FAC1 by Auslaenm

AUSLAENM =	O	AUSLAENM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
62.29	56	50.71	56
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1243.5	3488.5	Z	2-TAILED P
		1.9060	.0567

Der Signifikanzwert .0567 zeigt, daß zwischen dem Ausländeranteil und der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ein Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also zu verwerfen ist. Die o.a. Hypothese 1 c kann also insoweit geprüft werden.

Die mean ranks der Städte mit überproportionalem Ausländeranteil lassen im Vergleich zu den anderen Städten beachtliche Unterschiede erkennen. In Städten mit einem unterdurchschnittlichen Anteil von Ausländern wird der Einfluß der Alternativzeitungen wesentlich höher bewertet, als in Städten mit einem hohen Ausländeranteil. Dies entspricht der oben unter 1 c zum Einflußbereich aufgestellten Hypothese.

Dies gilt nicht nur hinsichtlich der faktoriellen Betrachtungsweise, sondern auch bezogen auf die mean ranks der Einzelfragen. Beim Einfluß auf die öffentliche Meinung wird ein signifikantes Ergebnis nicht erzielt, während der Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und Einfluß auf den Rat signifikant und auf die Verwaltungsarbeit hochsignifikant ist.

Tabelle 6.14

FAC2 by Auslaenm

AUSLAENM =	O	AUSLAENM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
54.34	51	55.58	58
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1445.5	2771.5	Z	2-TAILED P
		-.2060	.8368

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, besteht zwischen dem Anteil der Ausländer und der Intensität des Kontaktes zwischen städtischen Pressestellen und Alternativzeitungen kein signifikanter Zusammenhang. Dies bedeutet, daß die - auch hier angenommene - Nullhypothese beibehalten werden kann.

Tabelle 6.15

FAC3 by Auslaenm

AUSLAENM =	O	AUSLAENM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
63.79	56	49.21	56
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1160.0	3572.0	Z	2-TAILED P
		2.4023	.0163

Aus der vorstehenden Tabelle ergibt sich, daß zwischen der Höhe des Ausländeranteils und dem aus der Bewertung der Erfahrungen und der Darstellungsform ermittelten Faktor 3 ein Zusammenhang besteht, d.h. die Nullhypothese, nach der in der zentralen Tendenz Unterschiede nicht bestehen, fällt. Die ermittelten mean rank-Werte zeigen sehr deutliche Unterschiede zwischen den Städten mit hohen und den Städten mit niedrigen Ausländeranteilen.

In den Städten mit geringem Ausländeranteil werden die Erfahrungen mit den Alternativzeitungen und die Darstellungsform in den Alternativzeitungen wesentlich besser bewertet, als in den Städten mit hohem Ausländeranteil. Damit wird die Hypothese 1 c auch hinsichtlich des Faktors 3 bestätigt.

Zur Hypothese 1 d:

Um diese Hypothese überprüfen zu können, werden zwei Gruppen gebildet und auf der Basis des Mann Whitney U-Tests untersucht. Unter "Arblosm = 0" werden alle Städte erfaßt, bei denen der Arbeitslosenanteil kleiner als der Median (10.30) ist. Die Gruppe "Arblosm = 1" beinhaltet alle Städte mit einem Arbeitslosenanteil größer/gleich Median.

Tabelle 6.16

FAC1 by Arblosm

ARBLOSM =	0	ARBLOSM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
49.71	55	63.05	57
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1194.0	2734.0	Z	2-TAILED P
		-2.1941	.0282

Die oben stehende Tabelle zeigt, daß zwischen der Arbeitslosenquote und der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ein hoher signifikanter Zusammenhang besteht mit der Folge, daß die Nullhypothese hier nicht gilt.

Aus den ermittelten mean ranks ergibt sich, daß der Einfluß der Alternativzeitungen in Städten mit überproportional hoher Arbeitslosenquote wesentlich höher bewertet wird, als in Städten, in denen die Zahl der Arbeitslosen unter dem Median liegt. Die o.a. Hypothese 1 d wird also hinsichtlich des Einflußbereiches bestätigt.

Tabelle 6.17

FAC2 by Arblosm

ARBLOSM =	0	ARBLOSM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
54.87	55	55.13	54
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
1478.0	2977.0	-.0430	.9657

Zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und der Intensität des Kontaktes zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen besteht, wie die vorstehende Tabelle zeigt, ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß die Globalhypothese H_0 beizubehalten ist, wovon auch bei der Hypothesenbildung unter 6.1 ausgegangen wurde.

Tabelle 6.18

FAC3 by Arblosm

ARBLOSM =	0	ARBLOSM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
57.95	55	55.10	57
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
1487.5	3187.5	.4711	.6376

Ebenso wie im Kontaktbereich besteht auch zwischen der Höhe der Arbeitslosenquote und dem aus dem Erfahrungsbereich und der Darstellungsform ermittelten Faktor 3 ein signifikanter Zusammenhang nicht, d.h. die Nullhypothese kann beibehalten werden. Für die Prüfung der Hypothese 1 d bleibt hier - auch wenn die mean rank-Werte die in der Hypothese behauptete Tendenz bestätigten - kein Raum mehr.

Zur Hypothese 2:

In den folgenden Tabellen werden die oben unter Ziffer III.2.3.2 gebildeten vier verschiedenen Verfassungssysteme unterschieden. Unter der Kategorie 1 werden alle Städte Bayerns und Baden-Württembergs ("Süddeutsche Ratsverfassung") zusammengefaßt. Zur Kategorie 2 gehören hier alle Städte in Rheinland-Pfalz und im Saarland ("Bürgermeisterverfassung"). Die Städte Hessens und Schleswig-Holsteins werden der Kategorie 3 ("Magistratsverfassung") und die Städte Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens ("Norddeutsche Ratsverfassung") der Kategorie 4 zugeordnet. Die Kategorie 5 wurde zusätzlich gebildet. In ihr sind die Stadtstaaten - soweit ausgefüllte Fragebogen zurückgeschickt wurden - und Berlin zusammengefaßt. Die Untersuchung erfolgt nach dem H-Test von Kruskal Wallis.

Tabelle 6.19

FAC1 by Komver

KOMVER	1	2	3	4	5
NUMBER	38	3	9	54	3
MEAN RANKS	50.22	55.67	68.50	53.84	59.50
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
107	2.632	.621		2.686	.612

Der Signifikanzwert .612 zeigt, daß zwischen der Kommunalverfassung der Städte und der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltungsarbeit durch die Städtischen Pressestellen ein Zusammenhang nicht besteht, d.h. die Nullhypothese behält ihre Gültigkeit, sodaß für die Prüfung spezieller Hypothesen bezogen auf den Einflußbereich kein Raum bleibt.

Tabelle 6.20

FAC2 by Komver

KOMVER NUMBER	1	2	3	4	5
MEAN RANKS	32 59.95	3 48.33	9 32.17	56 56.14	3 46.17
CASES	109	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		6.068	.194	6.220	.183

Auch zwischen der Intensität des Kontaktes, den städtische Pressestellen mit den Alternativzeitungen pflegen und der Kommunalverfassung der Städte besteht, wie sich aus der vorstehenden Tabelle ergibt, ein signifikanter Zusammenhang nicht mit der Folge, daß die Nullhypothese nicht fällt.

Betrachtet man - unabhängig vom Fehlen signifikanter Ergebnisse beim Faktor 1 und beim Faktor 2 - die für die Einzelfragen ermittelten mean ranks⁵¹⁾ so bestätigen diese zumindest von ihrer Tendenz her die in den Hypothesen vermuteten Zusammenhänge.

Bei den Fragen 4 bis 6 wird der Einfluß der Alternativzeitungen von den Städten mit "Magistratsverfassung" - wie vermutet - am höchsten bewertet. Auch im Kontaktbereich (Fragen 1 bis 3) bestätigt sich, daß die Städte mit "Magistratsverfassung" die intensivsten Kontakte zu den Alternativzeitungen unterhalten. Demgegenüber versorgen die Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" die Alternativzeitungen am schlechtesten mit Informationsmaterial und laden Sie auch am wenigsten zu Pressegesprächen ein. Bei der Auswertung der Alternativzeitungen werden die Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" allerdings - in negativer Hinsicht - noch von den Stadtstaaten übertroffen.

Auch im übrigen werden die für die Stadtstaaten aufgestellten Hypothesen durch die ermittelten mean ranks von der Tendenz her bestätigt. Sie sind den Alternativzeitungen gegenüber

bei der Einladung zu Pressegesprächen u.ä. am großzügigsten von allen Städten und versorgen die Alternativzeitungen auch sehr gut mit Informationsmaterial. Während bei der Bewertung des Einflusses, den Alternativzeitungen insbesondere auf Rat und Verwaltung haben, die aufgestellte Hypothese noch einigermaßen zutrifft, wird der Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung von der Stadtkategorie 5 - entgegen der Vermutung - am höchsten von allen Städten eingestuft.

Die mean ranks der Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" einerseits und der Städte mit "Bürgermeisterverfassung" andererseits liegen bei der Bewertung des Einflusses auf die öffentliche Meinung und bei der Bewertung der Erfahrungen relativ nahe beieinander. Während die Städte mit "Bürgermeisterverfassung" die Alternativzeitungen wesentlich intensiver auswerten und mit Informationsmaterial versorgen und ihren Einfluß auf Rat und Verwaltung erheblich höher einschätzen, bewerten die Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" die Darstellung der Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen und die Zukunftschancen dieser Blätter wesentlich positiver.

Die mean ranks der Städte mit "Norddeutscher Ratsverfassung" kommen sowohl im Einflußbereich als auch im Kontaktbereich den mean ranks der Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" und mit "Bürgermeisterverfassung" am nächsten.

Tabelle 6.21

FAC3 by Komver

KOMVER NUMBER	1	2	3	4	5
MEAN RANKS	38 62.30	3 61.50	9 61.06	54 45.14	3 79.67
CASES	107	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		9.816	.044	10.050	.049

Wie die vorstehende Tabelle erkennen läßt, besteht zwischen der Kommunalverfassung der Städte und der "Qualität der Erfahrungen" der städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen ein hoher signifikanter Zusammenhang mit der Folge, daß die Nullhypothese hier nicht gilt, d.h. speziellere Hypothesen geprüft werden können.

Die oben ermittelten mean ranks zeigen, daß Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung", "Bürgermeisterverfassung" und "Magistratsverfassung" die "Qualität der Erfahrungen" ähnlich bewerten, während die Stadtstaaten die besten und die Städte mit "Norddeutscher Verfassung" die negativsten Bewertungen aufweisen.

Betrachtet man allerdings die mean ranks der Einzelfragen 7 und 8 ⁵²⁾, aus denen der Faktor 3 mit Hilfe eines additiven Verfahrens ermittelt wurde, so zeigt sich, daß die Städte mit "Magistratsverfassung" bei Frage 7 die positivste Wertung aufweisen. Dies stimmt mit der o.a. Hypothese 2 überein. Überraschend ist jedoch die sehr negative Bewertung dieser Städte bei der Darstellungsform. Demgegenüber bewerten die Stadtstaaten die Erfahrungen mit den Alternativzeitungen eher mittelmäßig, während sie die Darstellungsform der Kommunalpolitik in diesen Zeitungen extrem positiv einschätzen. Bei den Städten mit "Norddeutscher Ratsverfassung" wird das faktorielle Ergebnis auch durch die mean ranks der Einzelfragen bestätigt. Die Städte mit "Süddeutscher Ratsverfassung" haben - wie in der Hypothese angenommen - nach der Stadtkategorie 4 die schlechtesten Erfahrungen mit den Alternativzeitungen, bewerten jedoch die Darstellung der Kommunalpolitik in den Alternativzeitungen nach den Stadtstaaten mit Abstand am besten.

Tabelle 6.22
FR9 by Komver

KOMVER	1	2	3	4	5
NUMBER	38	3	8	53	3
MEAN RANKS	55.75	22.17	56.25	50.29	88.17
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
105	7.895	.096	8.234	.083	

Aus dem Signifikanzwert .083 ergibt sich, daß ein Zusammenhang zwischen der Art der Kommunalverfassung und der Beurteilung der Zukunftschancen knapp verfehlt wurde, die Nullhypothese also beizubehalten ist.

Auffallend an den ermittelten mean ranks - aber keineswegs überraschend - ist die sehr hohe Bewertung der Zukunftschancen durch die Städtekatgorie 5. Demgegenüber ist die sehr niedrige Bewertung der Zukunftschancen durch die Städte mit "Bürgermeisterverfassung" eher überraschend. Die Bewertungen der übrigen Städte liegen relativ nahe beieinander.

Zur Hypothese 3 a:

Es werden hier zwei Gruppen gebildet und mit Hilfe des Mann Whitney U-Tests untersucht. Unter der Spalte 1 werden alle Städte zusammengefaßt, bei denen der Bürgermeister der CDU/CSU angehört und unter der Spalte 2 alle Städte mit einem SPD-Oberbürgermeister.

Von der ursprünglich beabsichtigten Bildung einer Spalte 3, unter der alle Städte zusammengefaßt sind, die einen Oberbürgermeister haben, der weder der CDU/CSU noch der SPD angehört, wurde Abstand genommen, weil hier u.U. Bürgermeister sehr unterschiedlicher politischer Richtungen zusammengefaßt werden, was zur Folge haben könnte, daß das bezüglich der Kategorien 1 und 2 erwartete Ergebnis relativieren würde,

ohne daß dies in geeigneter Weise interpretiert werden könnte. Im übrigen sind unter den Kategorien 1 und 2 mit 100 cases 87,7 % der beteiligten Städte erfaßt.

Tabelle 6.23

FAC1 by PartOb

PARTOB	1	2
NUMBER	50	48
MEAN RANKE	56.72	41.98
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
98	2.582	.010
	CORRECTED FOR TIES	
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
	6.714	.010

Der Zusammenhang zwischen der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters und der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf öffentlich Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ist, wie die oben stehende Tabelle zeigt, in hohem Maße signifikant mit der Folge, daß die Nullhypothese fällt und die o.a. Hypothese 3 a im einzelnen untersucht werden kann.

Die ermittelten mean ranks zeigen, daß der Einfluß der Alternativzeitungen in Städten mit einem CDU/CSU-Oberbürgermeister wesentlich höher bewertet wird, als in Städten mit einem SPD-Oberbürgermeister. Damit wird die Hypothese 3 a hinsichtlich des Einflußbereiches in vollem Umfang bestätigt. Betrachtet man die mean ranks der Einzelfragen 4 bis 6⁵³⁾, dann zeigt sich, daß der Unterschied hinsichtlich der Verwaltungsarbeit am geringsten und bezogen auf den Rat der Stadt am höchsten ist.

Tabelle 6.24

FAC2 by Part0b

PART0B	1	2
NUMBER	52	48
MEAN RANKS	51.86	49.03
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
100	.237	.627
	CORRECTED FOR TIES	
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
	.243	.622

Aus dem Signifikanzwerte .622 ergibt sich, daß zwischen der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters und der Intensität der Kontakte, die zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen bestehen, ein signifikanter Zusammenhang nicht feststellbar ist. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese - von einem signifikanten Zusammenhang wurde auch bei der Hypothesenbildung nicht ausgegangen - im Kontaktbereich ihre Gültigkeit behält.

Tabelle 6.25

FAC3 by Part0b

PART0B	1	2
NUMBER	50	48
MEAN RANKS	47.42	51.67
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
98	.546	.460
	CORRECTED FOR TIES	
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
	.558	.455

Der Signifikanzwert .455 zeigt, daß auch zwischen der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters und der Bewertung der "Qualität der Erfahrungen" ein Zusammenhang nicht besteht. Die Nullhypothese fällt mithin nicht.

Eine Betrachtung der mean ranks bei den Einzelfragen läßt erkennen, daß hinsichtlich der Erfahrungen die Bewertungen weitgehend übereinstimmen, während bei der Bewertung der Darstellungsform die SPD regierten Städte - wie vermutet - bei einem Signifikanzwert von .090 auffallend bessere Beurteilungen abgeben.

Tabelle 6.26

FR9 by Part0b

PARTOB	1	2
NUMBER	49	47
MEAN RANKS	54.29	42.47
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
96	4.317	.038
	CORRECTED FOR TIES	
	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
	4.497	.034

Wie die obige Tabelle erkennen läßt, besteht zwischen der Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters und der Bewertung der Zukunftschancen der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese fällt.

Die mean ranks zeigen, daß die Städte mit einem CDU/CSU-Oberbürgermeister die Zukunftschancen der Alternativzeitungen wesentlich positiver bewerten, als die Städte mit einem SPD-Oberbürgermeister. Die Hypothese 3 a wird insoweit bestätigt.

Aufgrund der sehr klaren Ergebnisse bei der Prüfung dieser Hypothese wird davon abgesehen, die hilfsweise erhobenen Daten bezüglich der parteipolitischen Zusammensetzung der Vertretungsorgane und der Bundestagswahlergebnisse 1983 zusätzlich heranzuziehen.

Zur Hypothese 3 b:

Unter der in den folgenden Tabellen als "Ratgru = 0" bezeichneten Gruppe werden alle Städte zusammengefaßt, deren Rat keine grünalternativen Mitglieder angehören. Zur Kategorie "Ratgru = 1" gehören alle Städte, bei denen Grünalternative im Rat vertreten sind.

Tabelle 6.27

FAC1 by Ratgru

RATGRU = 0		RATGRU = 1.	
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
57.94	64	54.58	48
U		CORRECTED FOR TIES	
1444.0	W	Z	2-TAILED P
	2620.0	.5460	.5851

Aus der Tabelle ergibt sich, daß zwischen der Zugehörigkeit Grünalternativer zum Rat und der Bewertung des Einflusses auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht, mit der Folge, daß die - auch hier vertretene - Nullhypothese bestehen bleibt.

Tabelle 6.28

FAC2 by Ratgru

RATGRU = 0		RATGRU = 1.	
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
60.83	62	47.31	47
U		CORRECTED FOR TIES	
1095.5	W	Z	2-TAILED P
	2223.5	2.2394	.0251

Die Tabelle zeigt, daß zwischen dem Kontaktbereich und der Zugehörigkeit Grünalternativer zum Rat der Stadt ein signifikanter Zusammenhang besteht. Da die Nullhypothese also fällt, kann die oben aufgestellte Hypothese 4 b bezüglich des Kontaktbereiches näher untersucht werden.

Aus den mean ranks ergibt sich, daß in Städten, in denen die Grünalternativen dem Stadtrat angehören, die Kontakte zwischen Alternativzeitungen und städtischen Pressestellen wesentlich besser sind, als in Städten, in denen dies nicht der Fall ist.

Die Hypothese 4 b wird aber nicht nur in der faktoriellen Prüfung bestätigt, sondern auch wenn man die mean ranks der Einzelfragen betrachtet.⁵⁴⁾ Während die Alternativzeitungen in Städten mit grünalternativen Ratsmitgliedern wesentlich besser ausgewertet (Signifikanzwert: .0182) und häufiger zu Pressegesprächen eingeladen werden (Signifikanzwert: .0104) besteht im Bereich der Informationsversorgung (Signifikanzwert: .1468) - wie vermutet - ein signifikanter Unterschied zu anderen Städten nicht.

Tabelle 6.29

FAC3 by Ratgru

RATGRU =	0	RATGRU =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
56.48	64	56.53	48
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1534.5	2713.5	Z	2-TAILED P
		-.0089	.9929

Ebenso wie beim Einflußbereich besteht auch zwischen der Frage nach der Mitgliedschaft Grünalternativer im Rat und der Bewertung der "Qualität der Erfahrungen" ein signifikanter Zusammenhang nicht. Dies bedeutet, daß die Generalhypothese H_0 nicht fällt.

Tabelle 6.30
FR9 by Ratgru

RATGRU =	0	RATGRU =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
47.34	62	66.04	48
U	W	CORRECTED FOR TIES	
982.0	3170.0	Z	2-TAILED P
		-3.1229	.0018

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß zwischen der Zugehörigkeit der Grünalternativen zum Rat und der Bewertung der Zukunftschancen der Alternativzeitungen durch die städtischen Pressestellen entsprechend der oben aufgestellten Hypothese ein hochsignifikanter Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also fällt.

Die mean ranks lassen erkennen, daß in Städten mit grünalternativen Ratsmitgliedern die Zukunftschancen der Alternativzeitungen wesentlich besser beurteilt werden als in anderen Städten.

Zur Hypothese 4 a:

Im folgenden werden zwei Gruppen gebildet und auf der Basis des Mann Whitney U-Tests untersucht. Unter "Zeitumfm = 0" werden alle Städte erfaßt, bei denen der Anteil der Alternativzeitungen kleiner als der Median (2.000) ist, d.h. alle Städte in denen es weniger als zwei Alternativzeitungen gibt. Zur Gruppe "Zeitumfm = 1" gehören alle Städte, bei denen der Anteil der Alternativzeitungen über dem Median liegt, d.h. in denen lt. Umfrage zwei und mehr Alternativzeitungen vorhanden sind.

Tabelle 6.31

FAC1 by Zeitumfm

ZEITUMFM =	O	ZEITUMFM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
49.60	45	61.13	67
		CORRECTED FOR TIES	
U	W	Z	2-TAILED P
1197.0	2232.0	-1.8600	.0629

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß zwischen dem Umfang der vorhandenen Zeitungen und der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang besteht. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese fällt, die unter 4 a) aufgestellte spezielle Hypothese insoweit also näher untersucht werden kann.

Aus den ermittelten mean ranks ergibt sich, daß der Einflußteil der Alternativzeitungen in Städten mit zwei und mehr solcher Zeitungen wesentlich höher eingeschätzt wird, als in Städten mit nur einer Alternativzeitung. Dies bedeutet, daß die statistische Prüfung die Hypothese 4 a hinsichtlich des Einflußbereiches bestätigt.

Tabelle 6.32

FAC2 by Zeitumfm

ZEITUMFM =	O	ZEITUMFM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
51.53	44	57.35	65
		CORRECTED FOR TIES	
U	W	Z	2-TAILED P
1277.5	2267.5	-.9536	.3403

Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß zwischen dem Umfang der vorhandenen Alternativzeitungen und der Intensität des Kontaktes zwischen den städtischen Pressestellen und den Alternativzeitungen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht, die Generalhypothese H_0 also beibehalten werden kann. Hinsichtlich des Faktors 2 bleibt mithin für eine nähere Prüfung der Hypothese 4 a) kein Raum mehr.

Betrachtet man jedoch die mean ranks der Einzelfragen, so zeigt sich, daß zwischen der Frage 1 (Auswertungsintensität) und der Anzahl der Alternativzeitungen ein signifikanter Zusammenhang (Signifikanzwert: .0673) festgestellt werden kann.⁵⁵⁾

Damit wird die in 4 a) aufgestellte Hypothese bestätigt, daß Städte mit wenigen Alternativzeitungen diese intensiver auswerten als Städte mit einer vielfältigen alternativen Zeitungsszene.

Tabelle 6.33

FAC3 by Zeitumfm

ZEITUMFM =	O	ZEITUMFM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
49.86	45	60.96	67
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
1208.5	2243.5	-1.7955	.0726

Ebenso wie beim Kontaktbereich ergibt sich auch hinsichtlich des Faktors 3 kein signifikantes Ergebnis. Aus dem Signifikanzwert .0726 ist jedoch erkennbar, daß ein solches nur knapp verfehlt wurde. Betrachtet man allerdings die Frage 8 (Darstellungsform) für sich allein, so ergibt sich - wie in der Hypothese vermutet - aus dem Signifikanzwert .0134 ein hoher Zusammenhang.⁵⁶⁾ Die hier ermittelten mean ranks lassen erkennen, daß in Städten mit zwei und mehr Alternativzeitungen die Form, in der Alterna-

tivzeitungen kommunalpolitische Themen darstellen, wesentlich positiver beurteilt werden, als in Städten mit nur einer Alternativzeitung. Dies gilt von der Tendenz her auch hinsichtlich der Erfahrungen, die die städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen machen.

Zur Hypothese 4 b:

Bei der Untersuchung der hier aufgestellten Hypothesen werden zwei Gruppen gebildet und nach dem Mann Whitney U-Test untersucht. In den folgenden Tabellen werden unter "Difzeitm = 0" alle Städte zusammengefaßt, bei denen die Differenz zwischen der anhand dieser Untersuchung ermittelten Zeitungszahl und den quantitativen Ergebnissen der AgAp-Untersuchung ⁵⁷⁾ unter dem Median (Differenz kleiner - 0.056) liegt. Zur Kategorie "Difzeitm = 1" gehören alle Städte, bei denen diese Differenz größer/gleich - 0.056 ist.

Tabelle 6.34

FAC1 by Difzeitm

DIFZEITM =	0	DIFZEITM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
55.87	45	56.93	67
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1479.0	2514.0	Z	2-TAILED P
		-.1707	.8644

Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß zwischen der Größe der Differenz zwischen der hier vorliegenden Untersuchung und den Ergebnissen der AgAp-Untersuchung und der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung durch die städtischen Pressestellen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht, die Nullhypothese, die auch hier angenommen wird, also ihre Gültigkeit behält.

Tabelle 6.35

FAC2 by Difzeitm

DIFZEITM =	0	DIFZEITM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
68.25	44	46.03	65
U	W	CORRECTED FOR TIES	
847.0	3003.0	Z	2-TAILED P
		3.6455	.0003

Der Signifikanzwert .0003 zeigt, daß zwischen der Übereinstimmung der Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung der AgAp-Umfrage einerseits und der Intensität der Kontakte zwischen städtischen Pressestellen und Alternativzeitungen andererseits ein sehr hoher signifikanter Zusammenhang besteht, die Generalhypothese H_0 hier also keine Gültigkeit hat.

Die mean ranks lassen deutlich erkennen, daß dort, wo die Angaben der städtischen Pressestellen mit den AgAp-Umfrageergebnissen überdurchschnittlich hoch übereinstimmen, die Kontakte zwischen den städtischen Pressestellen und den Alternativzeitungen extrem gering sind, während sie dort, wo die AgAp-Angaben von den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchungen überproportional stark abweichen, besonders gut sind.

Dieses Ergebnis überrascht und steht im diametralen Gegensatz zur eigenen Hypothese, in der genau das Gegenteil vermutet wurde, nämlich daß bei einer hohen Übereinstimmung davon ausgegangen werden kann, daß die städtischen Pressestellen die alternative Zeitungsszene besonders gut kennen, d.h. besonders intensiven Kontakt zu ihr unterhalten.

Dieses Ergebnis mag zunächst einmal damit zusammenhängen, daß die Ansätze der beiden Untersuchungen - wie oben unter 6.1 bereits dargelegt - unterschiedlich sind und deshalb nur bedingt miteinander verglichen werden können.

Als Ergebnis für das festgestellte statistische Ergebnis wäre u.U. denkbar, daß die Städte, deren Angaben zur Anzahl der Alternativzeitungen wesentlich von denen der AgAp abweichen, in stärkerem Maße als die anderen Städte nur die Alternativzeitungen benannt und bewertet haben, die sie genauer kennen und mit denen sie häufiger kontaktieren, während die anderen Städte möglicherweise in stärkerem Umfange nach formalen Kriterien vorgegangen sind und alle bei ihnen erfaßten Zeitungen unabhängig davon, ob zu ihnen Kontakte bestehen und wie intensiv diese Kontakte sind, mitgeteilt haben. Da in dem dieser Untersuchung zugrundegelegten Fragebogen und dem dazugehörigen Anschreiben diesbezüglich keine Ausführungen gemacht wurden, sind beide Möglichkeiten denkbar.

Tabelle 6.36

FAC3 by Difzeitm

DIFZEITM =	0	DIFZEITM =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
61.93	45	52.85	67
U	W	CORRECTED FOR TIES	
1263.0	2787.0	Z	2-TAILED P
		1.4682	.1421

Ebenso wie beim Einflußbereich kann auch zwischen der Höhe der Übereinstimmung der beiden Umfrageergebnisse und der "Qualität der Erfahrungen", wie die obige Tabelle zeigt, ein signifikanter Zusammenhang nicht festgestellt werden, mit der Folge, daß die Nullhypothese auch hier gilt und für die Prüfung spezieller Hypothesen kein Raum ist.

Betrachtet man die mean ranks der Einzelfragen so zeigt sich bei der Bewertung der Darstellungsform ein signifikanter Zusammenhang mit der Übereinstimmung der beiden Untersuchungs-

ergebnisse (Signifikanzwert: .0181).⁵⁸⁾ Die städtischen Pressestellen, deren Angaben in hohem Maße mit denen der AgAp übereinstimmen, bewerten die Darstellung kommunalpolitischer Themen durch die Alternativzeitungen wesentlich positiver als die städtischen Pressestellen, deren Angaben überproportional stark von denen der AgAp abweichen. Dies bestätigt die zur Frage 8 unter 4 b) aufgestellte Hypothese vom Ergebnis her. Die dafür abgegebene Begründung trifft allerdings nicht zu, weil im Kontaktbereich die Gruppe der Städte mit starker Abweichung von AgAp-Untersuchung die intensivere Kontakte zu den Alternativzeitungen haben, während hier gerade die Städte mit hoher Differenz hinsichtlich der AgAp-Ergebnisse die Darstellungsform positiver beschreiben. Denkbar ist, daß dieses Ergebnis seine Ursache darin hat, daß Testpersonen bei fehlenden tatsächlichen Erfahrungen und Kontakten und bei nicht vorhandener Kenntnis der tatsächlichen Zeitungsinhalte eher zu mittleren als zu extrem positiven oder negativen Bewertungen neigen, während die städtischen Pressestellen, die den tatsächlichen Zeitungsinhalt kennen, stärker an den Fakten orientierte Bewertungen abgeben.

Zur Hypothese 5:

Auch bei der Prüfung der Hypothese 5 werden zwei Gruppen gebildet. Zur Kategorie "Persfinz = 0" gehören alle Städte, bei denen die Ausstattung der Pressestellen in personeller Hinsicht unter dem Median liegt (5.11) oder in finanzieller Hinsicht geringer ist als der Median (688). Unter der Gruppe "Persfinz = 1" werden alle Städte zusammengefaßt, bei denen die personelle und finanzielle Ausstattung der Pressestellen größer/gleich dem jeweiligen Medianwert ist.

Tabelle 6.37

FAC1 by Persfinz

PERSFINZ =	O	PERSFINZ =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
55.84	76	43.43	28
U	W	CORRECTED FOR TIES	
810.0	1216.0	Z	2-TAILED P
		1.8790	.0603

Die obige Tabelle läßt erkennen, daß zwischen der personellen und finanziellen Ausstattung der städtischen Pressestellen einerseits und der Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit durch die städtischen Pressestellen ein hoher signifikanter Zusammenhang besteht. Da die Nullhypothese hier also nicht gilt, kann die o.a. spezielle Hypothese 5 näher untersucht werden.

Wie die mean ranks zeigen, wird der Einfluß der Alternativzeitungen von den personell oder finanziell schlecht ausgestatteten Pressestellen wesentlich höher bewertet, als von den personell und finanziell überproportional gut ausgestatteten Pressestellen. Damit wird die hier vertretene Hypothese 5 statistisch bestätigt.

Tabelle 6.38

FAC 2 by Persfinz

PERSFINZ =	O	PERSFINZ =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
51.69	73	49.20	28
U	W	CORRECTED FOR TIES	
971.5	1377.5	Z	2-TAILED P
		.3883	.6978

Die oben stehende Tabelle zeigt, daß zwischen der personellen und finanziellen Ausstattung der Pressestellen und der Intensität des Kontaktes zwischen ihnen und den Alternativzeitungen ein signifikanter Zusammenhang nicht besteht. Dies bedeutet, daß die Nullhypothese nicht fällt, für die Prüfung spezieller Hypothesen also kein Raum ist.

Tabelle 6.39

FAC3 by Persfinz

PERSFINZ =	0	PERSFINZ =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
54.76	76	46.06	06
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
892.2	1298.5	1.0711	.0077

Auch zwischen der finanziellen und personellen Ausstattung der Pressestellen einerseits und ihren Erfahrungen mit den Alternativzeitungen und der Bewertung der Darstellungsweise kommunalpolitischer Themen andererseits besteht, wie obige Tabelle beweist, ein signifikanter Zusammenhang nicht, d.h. die - auch hier angenommene - Nullhypothese kann beibehalten werden.

Tabelle 6.40

FR9 by Persfinz

PERSFINZ =	0	PERSFINZ =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
47.61	74	61.75	28
CORRECTED FOR TIES			
U	W	Z	2-TAILED P
749.0	1729.0	-2.1118	.0370

Aus der obigen Tabelle ergibt sich, daß zwischen der personellen und finanziellen Ausstattung der städtischen Pressestellen einerseits und der Beurteilung der Zukunftschancen alternativer Zeitungen andererseits ein hoher signifikanter Zusammenhang besteht, die Nullhypothese also nicht gilt, spezielle Hypothesen mithin geprüft werden können.

Die mean ranks lassen erkennen, daß die Zukunftschancen alternativer Zeitungen von städtischen Pressestellen mit überdurchschnittlicher guter personeller und finanzieller Ausstattung wesentlich besser beurteilt werden, als von städtischen Pressestellen, die personell oder finanziell schlecht ausgestattet sind. Die statistische Prüfung bestätigt also hier die vertretene Hypothese 5 bezüglich der Frage 9.

Aus der nachfolgenden Tabelle 6.41, in der die unter 6.1 aufgestellten Hypothesen über den erwarteten Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Variablen und dem Antwortverhalten der städtischen Pressestellen sowie dem Ergebnis der statistischen Überprüfung einander gegenüber gestellt werden, ergibt sich, daß die untersuchten Variablen in nicht unerheblichem Umfang auf das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen Einfluß haben und daß in der statistischen Prüfung, die oben unter 6.1 aufgestellten Hypothesen zu einem beachtlichen Teil bestätigt werden.

Tabelle 6.41

Zusammenfassende Gegenüberstellung der Hypothesen und der statistischen Prüfungsergebnisse

Faktoren Variable	Faktor 1 (FR 4 - 6) Einfluß		Faktor 2 (FR 1 - 3) Kontakt		Faktor 3 (FR 7, 8) Erfahrung		FR 9 Zukunft	
	H	E	H	E	H	E	H	E
Jugend (18-25)	+	- ¹⁾	+	-	+	+	/	
Alter (65 u.mehr)	+	-	+	-	+	+	/	+
Student	-	-	+	+	/	-	+	+
Ausländer	+	+	/	-	+	+	/	
Arbeitslosenquote	+	+	-	-	+	- ²⁾	/	
Kommunalverfassung	+	- ³⁾	+	- ³⁾	+	+	/	-
Partei des OB	+	+	/	-	/ ⁴⁾	-	+	+
Grünalternative Ratsmitglieder	-	-	+	+	/	-	+	+
Anzahl der Alter- nativzeitungen	+	+	+ ⁵⁾	+	+ ⁶⁾	+	/	
Differenz Umfrage/AgAp	-	-	+	+ ⁷⁾	+	- ⁸⁾	/	
Ausstattung der Pressestellen	+	+	-	-	-	-	+	+

F = Faktor; FR = Frage; H = Hypothesen; E = statistisches Prüfungsergebnis

+ = Signifikanz wird vermutet (H) / festgestellt (E)

- = Signifikanz wird verneint (H) / nicht festgestellt (E)

/ = eine Hypothese wird nicht aufgestellt, d.h. es wird weder ein konkreter Zusammenhang noch die Nullhypothese behauptet/begründet.

1) Hinsichtlich der Frage 6 wird Hypothese bestätigt.

2) Von der Tendenz her wird Hypothese bestätigt.

3) Von der Tendenz her treffen die aufgestellten Hypothesen zu. Bei FR 2 liegt Signifikanz vor.

4) Ein Zusammenhang wurde nur hinsichtlich der Frage 8 vermutet. Die mean ranks bestätigen der Tendenz noch diese Vermutung.

5) Hypothese wurde nur hinsichtlich der Auswertungsintensität (FR 1) aufgestellt. Diese Hypothese wurde in der statistischen Prüfung bestätigt.

6) Hypothese wurde nur hinsichtlich der Darstellungsform (FR 8) aufgestellt. Sie wurde in der statistischen Prüfung bestätigt.

7) Vermutete Signifikanz wird statistisch bestätigt, aber in der entgegengesetzten Richtung.

8) Bei der Frage 8 ist das Ergebnis signifikant.

Im Mittelpunkt der unter Ziffer 5 und 6 durchgeführten Untersuchung stand die Frage, wie die einzelnen Variablen den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit durch die Pressestellen beeinflussen, wie intensiv die Kontaktpflege mit diesen Alternativzeitungen ist und wie die "Qualität der Erfahrungen" mit diesen Zeitungen und deren Zukunftschancen beurteilt werden.

Dabei wurden die einzelnen Fragen bzw. Faktoren jeweils isoliert für sich betrachtet und in den Zusammenfassungen zu verschiedenen Hypothesen vergleichende Betrachtungen nur zwischen verschiedenen Variablen bezüglich eines bestimmten Faktors, nicht aber bezogen auf die verschiedenen Faktoren einer einzelnen Variablen angestellt.

Dies soll nun im folgenden geschehen; denn die vergleichende Gegenüberstellung der verschiedenen Fragenkomplexe (Faktoren) bezogen auf einzelne, in den Ziffern 5 und 6 untersuchte Variablen erscheinen nicht nur interessante Ergebnisse liefern zu können, sondern unter Umständen auch eine Überprüfung der Schlüssigkeit des Antwortverhaltens der städtischen Pressestellen zu ermöglichen.

IV.7. Vergleichende Gegenüberstellung der verschiedenen Fragenkomplexe bezogen auf die untersuchten Variablen

Mit Hilfe der oben unter Ziffer 5 und 6 erarbeiteten Ergebnisse wird nunmehr für jede der dargestellten Variablen das Antwortverhalten im "Einflußbereich" (Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit), im "Kontaktbereich" (Intensität der Auswertung, der Informationsversorgung und der Einladungshäufigkeit), bezüglich der "Qualität der Erfahrungen" (Erfahrungen und Form der Darstellung kommunaler Themen)

und der Bewertung der Zukunftschancen miteinander verglichen und - soweit notwendig und interessant - erläutert und diskutiert.

7.1 Die verschiedenen Zeitungsarten

Auf der Basis der oben unter Ziffer 5.1 dargelegten Daten wird nun jede der gebildeten sechs Zeitungskategorien bezogen auf die drei Faktoren und auf die Frage 9 untersucht. Zu diesem Zweck wurden mit Hilfe der oben ermittelten mean ranks Rangreihen von 1 bis 6 gebildet, die in der folgenden Tabelle 7.1 dargestellt sind. Die für die einzelnen Zeitungsarten ermittelten Ränge dürfen jedoch nicht absolut gesehen werden, sondern können nur als Orientierung dienen, denn die ihnen zugrundeliegenden mean ranks liegen teils sehr nahe beieinander, teils weichen sie weit voneinander ab.

Tabelle 7.1

Zeitungsarten: Vergleichende Gegenüberstellung des Antwortverhaltens der städtischen Pressestellen mit Hilfe von Rangreihen

Fragen Zeitart	1	2	3	F2	4	5	6	F1	7	8	F3	9
KZ13 Stadtzeitung w.T.	1	1	2	1	3	4	4	3	3	4	3	3
KZ14 Stadtzeitung e.T.	2	2	5	3	1	1	1	1	2	2	2	6
KZ15 Jugendzeitung	5	5	3	5	2	2	2	2	1	1	1	1
KZ16 Frauenzeitung/ sonstige Zeitung	6	6	6	6	5	5	6	5	6	3	4	5
KZ17 Politzeitungen	3	3	1	2	6	6	5	6	4	6	6	4
KZ18 Anarchozeitungen	4	4	4	4	4	3	3	4	5	5	5	2
Signifikanz	+	+	-	+	+	+	-	+	-	+	+	-

F = Faktor; KZ = Kennziffer,

+ = Signifikanz liegt vor; - = Signifikanz liegt nicht vor

Aus der vorstehenden Tabelle läßt sich folgendes erkennen:

a) Bei den Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum stehen sehr positive Werte (Rang 1) bei der Auswertung, der Informationsversorgung und der Einladungsintensität eher mittleren Werten im Einflußbereich, bei der Qualität der Erfahrungen und bei der Bewertung der Zukunftschancen (jeweils Rang 3) gegenüber.

Insgesamt betrachtet erscheinen diese Bewertungen - trotz im Detail nicht unwesentlicher Abweichungen - in sich noch schlüssig.

b) Die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum erzielen hinsichtlich des Einflusses die höchsten Werte (Rang 1), während die Intensität des Kontaktes, den die städtischen Pressestellen zu ihnen pflegen, eher mittlere Bewertungen erreicht (Rang 3). Dabei ist auffallend, daß die Auswertung und die Versorgung mit Informationsmaterial eher gut ist (Rang 2), während die Einladung zu Pressegesprächen u.ä. bei diesen Zeitungen nur Rang 5 erreicht.

Die städtischen Pressestellen beschreiben die "Qualität der Erfahrungen" mit den Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum als gut (Rang 2), beurteilen aber die Zukunftschancen dieser Zeitungsart sehr negativ (Rang 6).

Während die Ergebnisse dieser Zeitungsart im Einfluß-, Kontakt- und Erfahrungsbereich miteinander korrespondieren, erscheint die Bewertung der Zukunftschancen insbesondere in Anbetracht des vermuteten hohen Einflusses dieser Zeitungskategorie nicht ganz verständlich.

c) Die Jugendzeitungen erzielen im Einflußbereich gute (Rang 2) und hinsichtlich der "Qualität der Erfahrungen" sehr gute (Rang 1) Bewertungen. Auch die Zukunftschancen dieser Zeitungen werden von den städtischen Pressestellen sehr positiv (Rang 1) gesehen.

Demgegenüber sind die Kontakte, die die städtischen Pressestellen mit dieser Zeitungsart pflegen, Überraschend schlecht (Rang 5). Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Auswertung und der Informationsversorgung. Zur Begründung dieser Divergenz kann auf die oben unter 5.1.2 am Ende der statistischen Überprüfung der Hypothese 2 gemachten Ausführungen Bezug genommen werden. Die dort zum Ausdruck gebrachten Vermutungen werden durch die Ergebnisse im Kontaktbereich bestätigt. Wenn die städtischen Pressestellen sich nämlich bei der Bewertung des Einflusses mehr am gruppenspezifischen Aspekt und weniger an inhaltlichen Kriterien orientieren, dann ist es nicht unlogisch, daß sie die Kontaktpflege bei den Jugendzeitungen vernachlässigen, weil diese möglicherweise kommunalpolitische Themen nicht oder nicht nachhaltig abhandeln und Stellungnahmen des kommunalen Machtzentrums nicht zwingend geboten erscheinen.

d) Bei den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen wird der Einfluß auf die öffentliche Meinung und die Vertretungsorgane von den städtischen Pressestellen als gering (Rang 5) und der Einfluß auf die Verwaltungsarbeit als sehr gering (Rang 6) erachtet. Die städtischen Pressestellen bewerten die Zukunftschancen dieser Zeitungsart als gering (Rang 5) und haben zu den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen die geringsten Kontakte (Rang 6) und auch ihre Erfahrungen mit ihnen sind sehr schlecht (Rang 6), obwohl sie die Darstellung der Kommunalpolitik in diesen Zeitungen eher als positiv (Rang 3) sehen.

Insgesamt betrachtet sind die Bewertungen negativ bis sehr negativ und in sich schlüssig. Hinsichtlich der eher positiven Sicht der Darstellungsform wird auch hier auf die zusammenfassenden Ausführungen unter Ziffer 5.1.2 zur Hypothese 2 hingewiesen.

e) Der Einfluß der "Politzeitingen" auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung wird von den städtischen Pressestellen insgesamt als am geringsten eingestuft (Rang 6) und auch die "Qualität der Erfahrungen" mit den Politzeitingen bezeichnen die städtischen Pressestellen als sehr schlecht (Rang 6). Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Darstellungsform kommunaler Themen, während die Erfahrungen als solche mit Rang 4 einen eher mittleren Platz erreichen.

Im Gegensatz dazu steht die Intensität der Kontakte, die die städtischen Pressestellen mit dieser Zeitungsart pflegen (Rang 2). Zu Pressegesprächen u.ä. werden die Politzeitingen sogar am häufigsten eingeladen.

Daß die städtischen Pressestellen gerade mit den Alternativzeitingen, denen sie den geringsten Einfluß auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung zutrauen und in denen die Kommunalpolitik nach ihrer Meinung am negativsten dargestellt wird, überdurchschnittlich intensive Kontakte pflegen und keine schlechten Erfahrungen haben, ist zumindest überraschend. Es liegt hier die Vermutung nahe, daß die städtischen Pressestellen mit dieser Zeitungsart deshalb sehr intensiv kontaktieren, weil die Politzeitingen verstärkt kommunale Themen aufgreifen, sich nachhaltig damit auseinandersetzen und kritisch ihre Meinung äußern. Dies mag - bewußt oder unbewußt - bei den städtischen Pressestellen zu einer Negation oder zu einem "Herunterspielen" des Einflusses der "Politzeitingen" führen.

f) Die "Anarcho-Zeitingen" erhalten sowohl im Einflußbereich als auch im Kontaktbereich eher mittlere (Rang 4) und bei der "Qualität der Erfahrungen" eher negative (Rang 5) Bewertungen. Im Gegensatz dazu werden die Zukunftschancen der "Anarcho-Zeitingen" - nach den Jugendzeitingen - am besten bewertet (Rang 2).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß - mit Ausnahme der Frauenzeitungen/Sonstigen Zeitungen und der "Anarcho-Zeitungen", wo die Ergebnisse im Einfluß- und Kontaktbereich und auch im Erfahrungsbereich nahe beieinander liegen bzw. die gleiche Tendenz (negativer Bereich) erkennen lassen - die Bewertungen im Einflußbereich einerseits und im Kontaktbereich andererseits sich bei den verschiedenen Zeitungsarten zum Teil beachtlich unterscheiden. Der Einfluß der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum und der Politzeitungen, zu denen die städtischen Pressestellen die intensivsten Kontakte unterhalten, wird als durchschnittlich bzw. als sehr negativ bewertet, während der Einfluß der Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum und der Jugendzeitungen, zu denen die städtischen Pressestellen insgesamt eher geringe bis sehr geringe Kontakte pflegen, hoch eingestuft wird.

Dort, wo die Bewertungen im Einfluß- und Kontaktbereich wesentliche Unterschiede zeigen, fällt ferner auf, daß die "Qualität der Erfahrungen" sich stärker an der Bewertung des Einflusses orientiert als an der Intensität des Kontaktes. Betrachtet man die Fragen 7 und 8 gesondert, so sieht man, daß die Bewertung der Darstellungsform sich ebenfalls stärker nach der Einflußbeurteilung richtet, während die Erfahrungen mehr mit den Ergebnissen im Kontaktbereich korrespondieren. Auch die Bewertung der Zukunftschancen stimmt von der Tendenz her stärker mit den Bewertungen im Einflußbereich als im Kontaktbereich überein. Im übrigen wird auf die zusammenfassenden Anmerkungen zu den einzelnen Faktoren in Ziffer 5.1.2 Bezug genommen.

7.2 Die verschiedenen Stadtgrößen

Im folgenden wird jede der fünf Städtekategorien entsprechend den oben unter Ziffer 5 ermittelten Ergebnissen ein Rang von 1 bis 5 zugeteilt. Dies geschieht getrennt für jede

Frage und für jeden Faktor. Diese Ergebnisse werden anhand der nachfolgenden Tabelle einander gegenübergestellt und dort, wo sie besonders interessant erscheinen, erläutert und interpretiert. Hinsichtlich der Gewichtung der Ränge gilt das bereits oben zu Ziffer 7.1 Gesagte.

Tabelle 7.2

Stadtgrößen: Vergleichende Gegenüberstellung des Antwortverhaltens der städtischen Pressestellen mit Hilfe von Rangreihen

Fragen Einwohner	1 2 3			F2	4 5 6	F1	7 8	F3	9
KZ 1 über 500.000	3	1	1	1	2 2 4	2	2 2	2	1
KZ 2 200. - 500.000	2	2	2	2	1 3 1	1	5 3	5	2
KZ 3 100. - 200.000	5	3	5	4	5 5 5	5	4 5	4	4
KZ 4 50. - 100.000	4	4	4	5	3 4 2	4	3 4	3	3
KZ 5 unter 50.000	1	5	3	3	4 1 3	3	1 1	1	5
Signifikanz	-	+	+	+	- - -	-	- -	-	-

F = Faktor; KZ = Kennziffer

Die Tabelle ermöglicht interessante Feststellungen:

a) Die Städte mit über 500.000 Einwohnern werten die Alternativzeitungen zwar eher nur gelegentlich (Rang 3) aus, pflegen aber insgesamt den besten Kontakt mit den Alternativzeitungen (Rang 1). Obwohl sie den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung und die Vertretungsorgane grundsätzlich positiv einschätzen (Rang 2) und dem Einfluß der Alternativzeitungen auf die Verwaltungsarbeit nur eine mittlere Note geben, wird der Einfluß der Alternativzeitungen - faktoriell betrachtet - positiv gesehen (Rang 2). Ähnlich ist es auch hinsichtlich der "Qualität der Erfahrungen" (Rang 2). Die Zukunftschancen der Alternativzeitungen beurteilen die Städte mit über 500.000 Einwohnern am besten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Bewertungen in sich schlüssig erscheinen. Die Städte mit über 500.000 Einwohnern pflegen einen guten Kontakt zu den Alternativzeitungen und bejahen grundsätzlich auch, daß die Alternativzeitungen Einfluß haben. Aufgrund der Intensität des Kontaktes und aufgrund der Bewertung des Einflusses werden - folgerichtig - auch die "Qualität der Erfahrungen" und die Zukunftschancen positiv gesehen.

b) Die Städte mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern bewerten den Einfluß der Alternativzeitungen insgesamt am besten von allen Städten (Rang 1). Auch der Kontakt zwischen diesen Städten und den Alternativzeitungen ist gut (Rang 2) und die Zukunftschancen der Alternativzeitungen werden positiv gesehen. Zu diesem Ergebnis stehen die sehr negativen Bewertungen des Erfahrungsbereiches (Rang 5) in einem gewissen Gegensatz. Für diesen Widerspruch kann eine Erklärung hier nicht gegeben werden.

c) Die Städte mit 100.000 bis 200.000 Einwohner schätzen nicht nur den Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung, die Vertretungsorgane und die Verwaltungsarbeit am geringsten von allen Städten ein (Rang 5), sondern sie pflegen auch nur einen geringen Kontakt mit den Alternativzeitungen (Rang 4). Dementsprechend sind ihre Erfahrungen mit den Alternativzeitungen schlecht (Rang 4) und sie beurteilen die Darstellungsform (Rang 5) und die Zukunftschancen der Alternativzeitungen (Rang 4) negativ. Insgesamt erscheinen die Ergebnisse im Antwortverhalten dieser Städtekatgorie stimmig und in sich logisch.

d) Die Städte mit 50.000 bis 100.000 Einwohner erreichen bei ihrer Beurteilung ähnliche Ergebnisse, wie die unter c) behandelten Städte. Der Einfluß der Alternativzeitungen wird von ihnen als gering (Rang 4) eingeschätzt. Bei den Ergebnissen der Einzelfragen fällt auf, daß dies vor allem hinsichtlich der öffentlichen Meinung und der Vertretungsorgane gilt, während der Einfluß der Alternativzeitungen auf die Verwaltung eher positiv gesehen wird. Der Kontakt zwischen den städtischen Pressestellen und den Alternativzeitungen ist bei dieser Städtekatgorie insgesamt am negativsten (Rang 5). Bei der Beurteilung der "Qualität der Erfahrungen" und der Zukunftschancen werden hier mittlere Werte (Rang 3) erreicht. Insgesamt kann festgestellt werden, daß Einfluß- und Kontaktbereich miteinander korrespondieren, während die Bewertung der "Qualität der Erfahrungen" und der Zukunftschancen von diesen Ergebnissen eher positiv abweichen.

e) Bei den Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern erreicht die Beurteilung des Einflusses mittlere Werte (Rang 3). Hinsichtlich der mean ranks bei den Einzelfragen fällt auf, daß der Einfluß der Alternativzeitungen auf die öffentliche Meinung und auf die Verwaltungsarbeit eher gering gesehen wird (Rang 4 und 3), während der Einfluß auf die Ver-

tretungsorgane mit Rang 1 den höchsten Wert erreicht. Auch im Kontaktbereich werden hier insgesamt mittlere Werte erzielt (Rang 3). Ebenso wie beim Einflußbereich sind hier die mean ranks der Einzelfragen sehr verschieden. Während die Auswertung der Alternativzeitungen bei dieser Städtekatégorie am höchsten ist, ist die Versorgung der Alternativzeitungen mit Informationsmaterial am schlechtesten. Auffallend ist ferner, daß die "Qualität der Erfahrungen" hier die höchsten Werte erzielt, während die Zukunftschancen der Alternativzeitungen von diesen Städten am negativsten beurteilt werden.

Zusammenfassend kann - zumindest von der Tendenz her - gesagt werden, daß die Städte mit 200.000 Einwohnern und mehr den Einfluß der Alternativzeitungen insgesamt am positivsten beurteilen und die besten Kontakte zu den Alternativzeitungen unterhalten, während die Städte mit Einwohnern von 50.000 bis 200.000 den Einfluß der Alternativzeitungen am niedrigsten einschätzen und die gerinsten Kontakte unterhalten. Zwischen diesen beiden großen Gruppen stehen sowohl hinsichtlich der Beurteilung des Einflusses als auch hinsichtlich der Intensität der Kontaktpflege die kleinen Städte (weniger als 50.000 Einwohner). Wegen des nicht sehr vielf gestaltigen alternativen Zeitungsmarktes einerseits und der im Durchschnitt geringen personellen und finanziellen Ausstattung der städtischen Pressestellen andererseits erscheinen die Bewertungen der Fragen 1 und 2 hier überzeugend. Die kleinen Städte werten die Alternativzeitungen zwar sehr sorgfältig aus, aber sie versorgen sie sehr schlecht mit Informationsmaterial. Dies nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil die Städte dieser Größenkategorie kaum schriftliches Pressematerial herausgeben dürften. Ähnlich interessant ist auch die recht unterschiedliche Bewertung der Fragen 4 und 5. Während in den Städten unter 50.000 Einwohner der Einfluß auf die öffentliche Meinung gering eingeschätzt wird, wohl

deshalb, weil hier im persönlichen Gespräch Unklarheiten wegen des häufig noch bestehenden engen Kontaktes zwischen Entscheidungsträger und Bürger schneller aufgeklärt und beseitigt werden können, reagieren die Mandatsträger in den kleinen Städten auf Themen und Kritik der Alternativzeitungen heftiger und ausführlicher als in großen Städten mit einer vielfältigen alternativen Zeitungsszene und hoher Anonymität.

Die Ergebnisse beim Faktor 3 stimmen im wesentlichen mit denen der beiden anderen Faktoren überein. Nur bei den Städten mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern weichen die Erfahrungen negativ von den Werten im Einfluß- und Kontaktbereich ab. Bei den Städten bis 50.000 Einwohnern ist hingegen eine positive Abweichung festzustellen.

Bei der Beurteilung der Zukunftschancen sind erhebliche Abweichungen von den Faktorergebnissen nur bei den Städten bis 50.000 Einwohnern festzustellen. Bei den Städten von 200.000 bis 500.000 Einwohnern orientiert sich die Bewertung hier am Einfluß- und Kontaktbereich und nicht am Erfahrungsbereich.

7.3 Kombination aus Zeitungsart und Stadtgröße

Auf der Basis der oben unter Ziffer 5.3 dargestellten Kombination der Variablen Zeitungsart und Stadtgröße werden nun mit Hilfe der dort ermittelten mean ranks Rangreihen gebildet und in einer vergleichenden Gegenüberstellung untersucht.

Tabelle 7.3

Kombination Zeitungsart/Stadtgröße: Vergleichende Gegenüberstellung des Antwortverhaltens der städtischen Pressestellen mit Hilfe von Rangreihen

Fragen Einzeit	1	2	3	F2	4	5	6	F1	7	8	F3	9
über 100.000 Einwohner												
KZ 1 Stadtzeitung w.T.	1	1	2	1	1	2	2	2	4	4	3	2
KZ 2 Stadtzeitung e.T.	2	2	4	2	2	1	1	1	2	2	2	4
KZ 3 Jugendzeitung	4	3	1	3	3	3	3	3	1	1	1	1
KZ 4 Frauenzeitung/ sonstige Zeitung	6	6	6	6	6	6	6	6	6	3	4	6
KZ 5 Politzeitung	3	4	3	4	5	5	4	5	3	6	6	5
KZ 6 Anarchozeitung	5	5	5	5	4	4	5	4	5	5	5	3
unter 100.000 Einwohner												
KZ 7 Stadtzeitung w.T.	2	1	3	1	5	5	5	5	4	5	4	6
KZ 8 Stadtzeitung e.T.	4	3	6	4	3	4	4	4	1	2	2	4
KZ 9 Jugendzeitung	5	5	6	5	2	2	2	2	3	3	3	3
KZ 10 Frauenzeitung/ sonstige Zeitung	6	6	6	6	1	1	1	1	1	1	1	2
KZ 11 Politzeitung	3	2	2	2	6	6	6	6	6	6	6	5
KZ 12 Anarchozeitung	1	4	1	3	4	3	3	3	5	4	5	1
Signifikanz	+	+	+	+	+	+	+	+	-	+	+	-

F = Faktor; KZ = Kennziffer

Hier wird bei der Beurteilung der verschiedenen Zeitungsarten zwischen Großstädten (über 100.000 Einwohner) und anderen Städten (unter 100.000 Einwohner) unterschieden. Aus den Rangreihen der vorstehenden Tabelle ergibt sich folgendes:

a) Die Großstädte bewerten den Einfluß der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum sehr positiv (Rang 2) und sie unterhalten zu ihnen die besten Kontakte (Rang 1). Auch die anderen Städte pflegen zu dieser Zeitungsart intensive Kontakte (Rang 1), schätzen allerdings den Einfluß dieser Zeitungen nur gering ein (Rang 5).

b) Die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum werden von den Großstädten - ähnlich wie die Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum - im Einflußbereich sehr positiv bewertet (Rang 1) und die städtischen Pressestellen unterhalten zu ihnen intensive Kontakte (Rang 2).

Die Städte bis zu 100.000 Einwohnern unterscheiden sich auch hier wesentlich von den Großstädten. Die Stadtzeitungen mit engem Themenspektrum erreichen bei dieser Städtekategorie sowohl im Einfluß- als auch im Kontaktbereich lediglich Rang 4.

c) Während der Einfluß der Jugendzeitungen von den Großstädten eher durchschnittlich bewertet wird und die Kontakte dementsprechend mittelmäßig sind (Rang 3), gehen die Bewertungen bei den anderen Städten in beiden Bereichen erheblich auseinander. Obwohl von dieser Städtekategorie der Einfluß der Jugendzeitungen mit Rang 2 relativ hoch angesetzt wird, sind die Kontakte, die sie zu dieser Zeitungsart unterhalten, relativ schlecht (Rang 5).

d) Ähnlich verhält es sich bei den Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen. Die Großstädte messen ihnen den geringsten Einfluß zu und unterhalten zu ihnen auch am wenigsten Kontakte (jeweils Rang 6). Demgegenüber haben diese Zeitungen nach

Meinungen der Städte mit weniger als 100.000 Einwohner den größten Einfluß. Trotz dieser hohen Bewertung beim Faktor 1 werden die Kontakte zu dieser Zeitungsart jedoch vernachlässigt (Rang 6). ⁵⁹⁾

e) Auch bei den "Polit-Zeitungen" sind ähnliche Tendenzen erkennbar. Die Intensität der Kontakte, die die städtischen Pressestellen der Großstädte mit dieser Zeitungsart unterhalten, korrespondieren mit der Bewertung des Einflusses, den die "Polit-Zeitungen" nach Meinung dieser Städtekategorie auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung haben. Anders auch hier die Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern. Während sie den "Polit-Zeitungen" den geringsten Einfluß einräumen (Rang 6) sind die Kontakte, die sie mit dieser Zeitungsart pflegen, verhältnismäßig intensiv (Rang 2).

f) Bei den "Anarcho-Zeitungen" bewerten die Großstädte den Einfluß mit Rang 4 geringer als die anderen Städte (Rang 3). Die Kontaktpflege orientiert sich hier am Einfluß und erreicht bei den Großstädten Rang 5 und bei den anderen Städten Rang 3.

Insgesamt kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Bewertung des Einflusses der Alternativzeitungen auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung und die Pflege des Kontaktes der städtischen Pressestellen mit den Alternativzeitungen bei den Großstädten erheblich mehr übereinstimmen und in Wechselwirkung zueinander stehen. Bei den anderen Städten hingegen fällt auf - insbesondere bezüglich der Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum, der Jugendzeitungen, der Frauenzeitungen/sonstigen Zeitungen und der "Polit-Zeitungen", daß die Bewertung des Einflusses der jeweiligen Zeitungsart und die Intensität, in der sie die Kontakte zu ihr pflegen, häufig nahezu in einem Gegensatz zueinander stehen.

Daraus wird vorliegend der Schluß gezogen, daß das Antwortverhalten der Großstädte mit in der Regel besserer personel-

ler und finanzieller Ausstattung der Pressestellen stärker an inhaltlichen Fakten und sachlich-rationalen Gesichtspunkten orientiert ist, als das der anderen Städte. Dafür, daß die Städte unter 100.000 Einwohnern mit den Alternativzeitungen, bei denen sie den größten Einfluß auf öffentliche Meinung, Rat und Verwaltung vermuten, den schlechtesten Kontakt unterhalten und daß sie mit den Alternativzeitungen, von denen sie glauben, daß sie den geringsten Einfluß auf öffentliche Meinung, Vertretungsorgane und Verwaltungsarbeit haben, die intensivsten Kontakte pflegen, können rationale Argumente nicht angeführt werden, es werden vielmehr Gründe vermutet, die eher im emotionalen Bereich liegen dürften. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß dort, wo die Rangdaten im Einfluß- und Kontaktbereich wesentlich voneinander abweichen, sich die Bewertungen der "Qualität der Erfahrungen", anders als bei den Großstädten, bei denen eine solche Tendenz nicht erkennbar ist, ausnahmslos an der Bewertung des Einflusses orientiert und nicht an der Intensität der Kontakte. Entgegen der Homans'schen Regel sind die Erfahrungen nicht dort positiv, wo die Kontakte am intensivsten sind, sondern umgekehrt dort, wo die Kontakte schlecht, der Zeitungseinfluß nach Meinung der städtischen Pressestellen aber stark ist. Obwohl mit "Polit-Zeitungen" und Stadtzeitungen mit weitem Themenspektrum sehr positive Kontakte bestehen (Rang 2) sind die Erfahrungen schlecht bzw. sehr schlecht (Rang 4 und 6) und bei den Frauenzeitungen/Sonstigen Zeitungen, bei denen der Kontakt sehr schlecht ist, sind die Erfahrungen sehr gut (Rang 1).

Die Beurteilung der Zukunftschancen orientiert sich bei beiden Städtekategorien - was sachorientiert und nicht überraschend erscheint - stärker an der Bewertung des Einflusses, als an der Intensität des Kontaktes.

7.4 Zu den verschiedenen sozialstrukturellen Variablen

Ebenso wie bei den Variablen "Zeitungsart" und "Stadtgröße" wurden auch hinsichtlich der "sozialstrukturellen Variablen" mit Hilfe der dort ermittelten mean ranks Rangreihen gebildet und in einer vergleichenden Gegenüberstellung untersucht.

Tabelle 7.4

Sozialstrukturelle Variablen: Vergleichende Gegenüberstellung des Antwortverhaltens der städtischen Pressestellen mit Hilfe von Rangreihen

Faktoren sozialstrukturelle Variable	GR	F 2 (Kontakt)		F 1 (Einfluß)		F 3 (Erfahrung)		FR 9 (Zukunft)	
		R	S	R	S	R	S	R	S
ALTERM	0 1	2 1	(-)	2 1	(-)	2 1	(+)	2 1	(+)
JUNGM	0 1	2 1	(-)	1 2	(-)	2 1	(+)	2 1	(-)
STUDM	0 1 2	3 2 1	(+)	2 3 1	(-)	3 1 2	(-)	3 2 1	(+)
AUSLEANM	0 1	1 2	(-)	1 2	(+)	1 2	(+)	1 2	(-)
ARBLOSM	0 1	1 2	(-)	2 1	(+)	1 2	(-)	2 1	(-)
KOMVER	1 2 3 4 5	5 3 1 4 2	(-)	5 3 1 4 2	(-)	2 3 4 5 1	(+)	3 5 2 4 1	(-)
PARTOB	1 2	2 1	(-)	1 2	(+)	2 1	(-)	1 2	(+)
RATGRU	0 1	2 1	(+)	1 2	(-)	2 1	(-)	2 1	(+)
ZEITUMFM	0 1	1 2	(-)	2 1	(+)	2 1	(-)	1 2	(-)
DIFZEITM	0 1	2 1	(+)	2 1	(-)	1 2	(-)	2 1	(-)
PERSFINZ	0 1	2 1	(-)	1 2	(+)	1 2	(-)	2 1	(+)

GR = Gruppe; R = Rang; S = Signifikanz; F = Faktor; FR = Frage;
(+) = Signifikanz liegt vor; (-) = Signifikanz fehlt.

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, weist jede der sozialstrukturellen Variablen im Antwortverhalten der städtischen Pressestellen mind. bei einem der gebildeten Faktoren signifikante Ergebnisse auf. Gleichzeitig fällt aber auf, daß jeweils nur bei einem der 3 Faktoren ein signifikanter Zusammenhang besteht. Lediglich bei der Variablen "Ausländer" ist sowohl im "Einflußbereich" als auch bei der "Qualität der Erfahrungen" ein signifikanter Zusammenhang festzustellen. Greift man auf die Ergebnisse der Einzelfragen zurück, so zeigt sich, daß neben dem jeweils signifikanten Faktor einzelne Fragen aus anderen Faktoren signifikante Ergebnisse aufweisen. Dies gilt bei der sozialstrukturellen Variablen "Jugend" für die Frage nach dem "Einfluß auf die Verwaltungsarbeit", bei der "Art der Kommunalverfassung" für die Frage nach der "Versorgung mit Informationsmaterial", bei der "Anzahl der Alternativzeitungen lt. Umfrage" für die Auswertungsintensität und die Darstellungsform und bei der "Differenz zwischen den vorliegenden Umfrageergebnissen und der "AgAp-Untersuchung" bezüglich der Darstellungsform. Dies bedeutet, daß - von geringfügigen Ausnahmen abgesehen - die Faktoren "Einflußbereich", "Kontaktbereich" und "Qualität der Erfahrungen" selbständig nebeneinander stehen und aus dem Antwortverhalten der städtischen Pressestellen eine Wechselwirkung zwischen ihnen nicht hergeleitet werden kann.

Auch die signifikanten Ergebnisse bei der Frage 9, die keinem Faktor zugeordnet ist, stehen in keinem erkennbaren Zusammenhang mit den Ergebnissen im faktoriellen Bereich. Es läßt sich allerdings sagen, daß signifikante Ergebnisse bei der Frage nach den Zukunftschancen alternativer Zeitungen am stärksten mit signifikanten Ergebnissen im "Einflußbereich" korrespondieren.

IV.8 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die Ergebnisse des empirischen Teils zeigen, daß bei der Bewertung des Einflusses alternativer Zeitungen auf die Kommunalpolitik das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen durch eine Vielzahl verschiedener Komponenten bestimmt wird.

Daß sich bei der statistischen Prüfung der in dieser Arbeit behandelten Variablen die aufgestellten Hypothesen in erheblichem Umfang als richtig erwiesen und die vermuteten Zusammenhänge in beachtlichem Maße bestätigt wurden, zeigt, daß die hier vorgenommene Itemauswahl sich als inhaltlich begründet erwiesen hat. Dieses Detailwissen bezüglich der untersuchten Variablen schließt nicht aus, daß weitere Aspekte, die nicht Gegenstand dieser Arbeit waren, für das Antwortverhalten der städtischen Pressestellen in gleicher oder ähnlicher Weise wie das untersuchte Datenmaterial mitursächlich sind.

Aufgrund des Rahmens dieser Arbeit war nicht nur eine Beschränkung auf bestimmte Variablen notwendig, sondern es mußte darüber hinaus - vorgegeben durch die Fragestellung - zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen unterschieden werden. Während sich diese Arbeit auf den Vergleich zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen beschränkte, sind auch Zusammenhänge zwischen Variablen, die hier als "unabhängig" apostrophiert wurden, denkbar. Diese Thematik sollte in künftigen wissenschaftlichen Arbeiten aufgegriffen werden. Die dabei entstehenden methodischen Probleme erscheinen allerdings beachtlich. Zu nennen sind hier zunächst formale Gründe wegen des unterschiedlichen Meßniveaus⁶⁰⁾ und der geringen Stichprobengröße der neuen Kategorien, was zur Folge haben kann, daß in der Realität bedeutsame Unterschiede in der statistischen Auswertung als nicht signifikant aufscheinen. Ein weiteres Problem besteht in folgendem: Untersucht man beispielsweise den Zusammenhang zwischen der alternativen Zeitungsszene und dem Studentenanteil und stellt Signi-

fikanz fest, dann ist die Ausgangsfrage nach dem Zusammenhang zwischen dem Zeitungsumfang und der Einflußbewertung der Alternativzeitungen ungenau; denn die Zahl der Alternativzeitungen beinhaltet letztlich bereits die Auswirkungen des Studentenanteils mit der Folge, daß dieser auspartialisiert werden müßte.⁶¹⁾ Will man dies nicht, dann muß von einem Geflecht von Hypothesen und einem System von Einflüssen ausgegangen werden; denn die unabhängigen Variablen können nicht paarweise, sondern nur in einem Gesamtmodell untersucht werden. Wegen des derzeitigen theoretischen Kenntnisstandes und des bisherigen Fehlens empirisch gesicherter Vorerfahrungen zu diesem Problembereich erscheint es im Jetzt-Zeitpunkt noch nicht möglich, das hierfür notwendige Hypothesensystem zu erarbeiten, das ein bestimmtes theoretisches Modell beschreibt; denn ein solches Vorhaben erfordert ein hohes Maß an zusätzlichen Detailwissen. Dieser Umfang an wissenschaftlicher Erkenntnis ist derzeit noch nicht verfügbar. Da die vorgelegte Arbeit nur einen Teilbereich dieser Problematik aufarbeiten konnte, sind weitere wissenschaftliche Arbeiten über Detailprobleme notwendig, auch wenn dabei das Ceteris-Paribus-Problem nicht übersehen werden darf; denn eine Beschränkung führt stets zur Vernachlässigung oder Streichung anderer Teilbereiche aus dem Design und zerschneidet damit mögliche Wechselwirkungen zu anderen Variablen.

A N H A N G

Anfrage über
Alternative Zeitungen"

Stadt.....

Bitte für jede "Alternative Zeitung" ein gesondertes Blatt ausfüllen und
jeweils 2 - 3 verschiedene Nummern beifügen. - Fehlanzeige erbeten -

1. Bezeichnung der Zeitung:.....

2. Auflage:..... erscheint seit..... Erscheinungsweise.....

3. Art der Zeitung:

- ☐ Stadt-, Stadtteil oder
Regionalzeitung
☐ Umweltzeitung
☐ Jugendzeitung
☐ Anarcho-, Sponti-,
Neue Rechte-Zeitung
☐ Frauen/Feministinnen-
zeitung
☐ Homosexuellenzeitung u. ä.
☐ Sonstige
und zwar.....

4. Wertet das Presseamt die
Zeitung aus ?

- ☐ regelmäßig
☐ gelegentlich
☐ nie

5. Wird die Redaktion mit Presse-
mitteilungen versorgt ?

- ☐ regelmäßig
☐ gelegentlich
☐ nie

6. Inhaltliche Schwerpunkte:

(ggf. Mehrfachbenennungen)

- ☐ Natur- und Umweltschutz
☐ Kultur- und Bildungspolitik
☐ Steuerpolitik
☐ Sozialpolitik
☐ Bauleitplanung und Städtebau
☐ Gruppenspezifische Probleme

6. Wird die Redaktion zu Presse-
gesprächen/-stammtischen/-empfangen
eingeladen ?

- ☐ regelmäßig
☐ gelegentlich
☐ nie

Bei den folgenden Fragen wird um eine Bewertung von +3 (= sehr gut/sehr positiv) bis -3
(= sehr gering/sehr negativ) gefragt. Bitte versehen Sie die zutreffenden Bewertungs-
gruppen mit einem Kreis ○

7. Wie schätzen Sie den Einfluß der Zeitung ein ?

- | | | | | | | | |
|---|----|----|----|---|----|----|----|
| a) auf die öffentliche Meinung | +3 | +2 | +1 | 0 | -1 | -2 | -3 |
| b) auf das Vertretungsorgan (Rat der Stadt) | +3 | +2 | +1 | 0 | -1 | -2 | -3 |
| c) auf die Verwaltungsarbeit | +3 | +2 | +1 | 0 | -1 | -2 | -3 |

8. Welche Erfahrungen hat Ihr Presseamt mit der Zeitung ?

+3 +2 +1 0 -1 -2 -3

9. Wie wird die Kommunalpolitik Ihrer Stadt dargestellt ?

+3 +2 +1 0 -1 -2 -3

10. Wie beurteilen Sie die Zukunftschancen der Zeitung ?

+3 +2 +1 0 -1 -2 -3



Leiter der Presseabteilung
Dr. Ewald Müller

Deutscher Städtetag

Je besonders
an die Damen und Herren der
Konferenz städtischer Pressereferenten

Köln-Marienburg, 02.05.1983 /ho
Lindenallee 13-17
Postanschrift: 5 Köln 51, Postfach 51 06 20
Aktenzeichen: 11/20-03
Umdruck-Nr.: U 1218
Ruf (02 21) 37 71 1 Durchwahl 3771 -2 70
Fernschreiber 8 882617
Sparkasse der Stadt Köln 30202 154
BLZ 370 50 198

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wie ich Ihnen bei Gelegenheit bereits mitgeteilt habe, sollen auf Anregung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages und der Konferenz städtischer Pressereferenten beim Deutschen Städtetag in einer wissenschaftlichen Untersuchung an der Universität Bamberg, die der Deutsche Städtetag begleitet, der Einfluß und das Wirken der "Alternativen Zeitungen" im kommunalen Bereich erforscht werden.

Vor allem die Städte werden sich mit diesem Problemgebiet, das bisher so gut wie nicht untersucht ist, in Zukunft auseinanderzusetzen haben.

Wir bitten Sie deshalb sehr, diese Arbeit, deren Ergebnisse den Städten im Rahmen der "Neuen Schriften des Deutschen Städtetages" zur Verfügung gestellt werden, zu unterstützen.

Hierbei kommt es entscheidend darauf an, daß Sie

- o eine sorgfältige Bestandsaufnahme aller "Alternativen Zeitungen", die in Ihrer Stadt vorkommen, veranstalten,
- o den in der Anlage beigefügten Fragebogen für jede "Alternative Zeitung" gesondert vollständig ausfüllen und
- o zusammen mit 2 - 3 Exemplaren (verschiedene Nummern!) jeder "Alternativen Zeitung", die in Ihrer Stadt erscheint, bis zum 20. Juni 1983 an folgende Adresse zurücksenden:

Presseabteilung des Deutschen Städtetages
Lindenallee 13 - 17, 5000 Köln 51 (Marienburg).

Die "Alternativen Zeitungen" haben sich etwa seit 1975 in ihrer heutigen Erscheinungsform herausgebildet. Sie entstanden im Rahmen einer alternativen Bewegung, die in den letzten Jahren verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt ist und der bestehenden Gesellschaft z.B. strukturelle Zwänge, aber auch Verantwortung für schwindende Lebensqualität vorwirft und auf solche "Fehlentwicklungen" mit Skepsis, Ablehnung und Aggression reagiert.

Die "Alternativen Zeitungen" sind in ihrer Erscheinungsform recht uneinheitlich. Inhaltlich können zielgruppen- und themenorientierte Zeitungen unterschieden werden. Sie wollen entweder spezifische Gruppen, z.B. Frauen, Jugendliche, Minderheiten, ansprechen und deren Anliegen offen diskutieren oder innerhalb eines überschaubaren Bereiches die Kommunikation verstärken und lokale Probleme transparenter machen.

Diese "Alternative Presse" erhebt den Anspruch, "die unterbliebenen Nachrichten zu veröffentlichen". Nicht profilierte Journalisten, sondern Betroffene und Interessierte sollen zu Wort kommen. Dennoch ist ein gewisser Trend zur "Professionalisierung" unverkennbar.

Wir bitten Sie abschließend nochmals um Ihre Mitarbeit und verbinden unseren besten Dank im voraus mit der festen Zusicherung, daß Ihre Angaben zu den Fragen 4 - 9 von uns vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben werden.

Mit freundlichen und kollegialen Grüßen

Ihr



Dr. Ewald Müller

Anlage

Fragebogen-Formulare "Umfrage über 'Alternative Zeitungen'"

Stadt: _____ TITEL: _____

Lfd.Nr.: _____ Preis: DM

allg. Daten											
erscheint seit	Erscheinungsweise								Auflage	unger. Jahresauflage	
	w	2w	mtl.	2mtl.	vj	sp	so	keine Angaben		insges.	auf 10.000 Einw.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

w = wöchentl.; 2w = 14tägig; vj = vierteljährl.; sp = sporadisch; so = sonstige Ersch.weise

Art der Zeitung							
Stadt(teil) Z.		Jugend Z.	Frauen/ Femin.Z.	Anarcho usw. Z.	"Polit"-Z.	Sonstige AZ	Keine AZ
weites Th.spektrum	begrenzt Th.spektrum						
13	14	15	16	17	18	19	20

Inhaltliche Schwerpunkte						
Natur- u. Umweltsch.	Kultur- u. Bildungspol.	Steuerpolitik	Sozialpolitik	Bauleitung u. Städtebau	Gruppenspez. Probleme	keine An- gaben
21	22	23	24	25	26	27

Auswertung/Versorgung der AZ durch Pressestelle								
Auswertung d. AZ			Pressemitteilg. an AZ			Pressegespräche usw.		
regelm.	gelegentl.	nie	regelm.	gelegentl.	nie	regelm.	gelegentl.	nie
28	29	30	31	32	33	34	35	36

Keine Bewertg. abgeg.	Bewertungen durch Pressestelle (+3 +2 +1 0 -1 -2 -3)						
	Einfluß der AZ auf			Erfahrungen m. AZ	Darstellg. d. KonPol. in AZ	Zukunftschancen d. AZ	
	ö. Mein.	Rat	Werbung				
37	38	39	40	41	42	43	

Sozialstrukturelle Daten der erfaßten Städte

BETEILIGTE STÄDTE MIT ZEITUNGEN

Anzahl der Titel laut AgAp	Erfaßte Zeitungen				Sozialstrukturen						
	insge- saamt	davon sind Zeitungent	monatliche Gesamtauflage	Ein- wohner	Bundestagswahl 83 CDU/ SPD	Die Grünen	Stu- den- ten	Jugend- liche 18 - 25			
			insge- saamt	auf 1000 Einwohn.	30,6.83	CSU					
						Anteil in %					

Städte mit 500 000 und mehr Einwohnern

Städte mit 500 000 Einwohnern und mehr

19	3	2	0	0	1	0	0	31200	33	961777	40.1	45.4	7.1	5.5	12.2
14	4	2	0	1	0	1	0	47500	77	620186	42.2	40.5	8.9	4.8	11.0
2	2	0	0	0	1	1	0	0	0	599521	34.1	55.1	5.9	3.3	11.4
3	2	1	1	0	0	0	0	0	0	583445	42.8	42.7	6.1	3.4	11.0
6	1	0	1	0	0	0	0	10000	18	573577	42.1	37.5	8.0	3.9	11.6
8	2	0	1	0	0	1	0	61000	112	547619	34.6	47.6	10.1	2.0	11.2
8	1	0	1	0	0	0	0	5000	9	546566	33.5	58.0	4.4	1.4	11.4
9	1	0	1	0	0	0	0	35000	67	526253	38.9	45.8	7.6	5.1	11.8

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

14	1	1	0	0	0	0	0	10300	22	479035	45.5	40.7	6.5	1.1	11.3
4	5	1	2	0	1	1	0	0	0	393799	34.3	55.3	5.8	7.0	11.1
6	2	1	0	0	0	1	0	13000	34	387951	40.5	43.9	6.2	2.5	11.2
1	6	1	1	1	1	0	2	0	0	302621	42.0	44.4	6.2	3.3	12.0
3	2	2	0	0	0	0	0	0	0	297493	32.3	59.5	4.6	0.4	11.0
8	1	1	0	0	0	0	0	6500	22	293852	49.3	31.4	7.2	12.0	13.7
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	273703	42.0	41.8	6.6	1.6	10.9
9	4	3	0	0	1	0	0	43500	159	272918	47.2	33.3	9.5	16.6	17.0
2	1	1	0	0	0	0	0	1200	5	258552	51.8	36.1	4.7	1.3	11.8
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	257780	43.5	43.8	6.0	4.9	12.5
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	247148	53.1	35.3	5.2	2.6	12.1
3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	245000	46.9	38.0	7.3	14.3	14.9
2	1	1	0	0	0	0	0	1000	4	227364	35.7	56.2	4.2	0.0	11.5

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

4	1	0	0	0	0	1	0	0	0	192338	36.6	48.4	7.2	3.8	12.1
1	1	0	0	0	0	0	1	0	0	178911	32.7	59.3	4.5	0.0	10.7
5	3	1	0	1	1	0	0	0	0	178545	41.4	37.3	13.4	13.5	16.5
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	177909	36.4	51.5	5.1	0.0	10.5
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	162161	44.1	42.1	5.1	0.0	10.9
1	1	0	0	0	1	0	0	800	5	158494	42.5	45.4	5.2	0.0	12.2
3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	156558	43.2	42.2	6.4	4.6	12.9
1	2	1	0	0	1	0	0	0	0	147609	51.6	36.0	5.1	0.0	11.2
3	4	0	0	1	1	2	0	0	0	138345	36.4	45.1	9.3	4.6	13.2
2	1	0	1	0	0	0	0	0	0	137769	32.4	53.5	8.1	0.4	11.8
6	3	2	1	0	0	0	0	0	0	132537	36.9	42.7	11.2	19.6	17.5

Anzahl der Titel laut AgAp	Erfasste Zeitungen				monatliche Gesamtauflage insge- samt	auf 1000 Einwohn.	Sozialstrukturen				
	insge- samt	davon sind		Zeitungen			Ein- wohner CDU/ CSU	Bundestagswahl 83 SPD Die Grünen	Stu- den- ten	Juge- lich 18 -	Anteil in %

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

2	1	1	0	0	0	0	0	0	5000	37	134575	42.5	35.1	12.2	18.6	15.4
0	4	2	1	0	0	0	1	0	10000	76	132617	58.5	29.3	5.6	10.0	16.5
1	3	2	1	0	0	0	0	0	10600	82	129584	52.3	33.8	6.2	12.5	17.3
2	3	1	0	0	0	0	0	2	0	0	119365	39.1	51.4	4.8	0.0	10.7
3	3	1	1	0	1	0	0	0	0	0	113712	37.6	54.2	4.1	0.0	11.0
2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	112519	47.9	39.3	4.8	2.3	12.0
1	1	1	0	0	0	0	0	0	2500	24	102730	44.8	36.9	8.0	18.9	15.8

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

1	2	0	2	0	0	0	0	0	7000	70	99725	47.8	35.4	7.3	4.3	12.5
0	1	1	0	0	0	0	0	0	1000	10	99680	44.5	43.2	5.3	0.0	10.8
1	1	0	0	0	1	0	0	0	3000	30	99174	38.0	50.1	5.9	0.9	12.9
1	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	92168	47.4	39.9	5.4	0.5	99.9
2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	90371	56.9	32.9	3.8	0.0	11.3
1	1	1	0	0	0	0	0	0	2000	23	88782	47.3	35.4	6.9	4.1	11.5
0	1	0	0	0	1	0	0	0	2500	28	88101	35.6	54.5	4.9	0.0	99.9
1	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0	85867	48.3	41.0	4.0	0.0	99.9
4	2	2	0	0	0	0	0	0	6000	76	79300	38.7	39.7	12.2	17.0	18.8
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	79676	47.2	34.8	6.9	3.0	12.0
0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	77659	36.1	55.9	4.6	0.0	99.9
3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	74766	37.1	34.8	16.3	27.5	19.5
1	1	1	0	0	0	0	0	0	1500	20	74208	46.4	42.1	4.5	0.0	99.9
1	1	1	0	0	0	0	0	0	2600	36	74757	42.6	40.4	8.1	23.7	17.2
0	2	0	2	0	0	0	0	0	1500	22	71919	50.3	36.3	4.9	0.0	99.9
1	1	1	0	0	0	0	0	0	1200	17	71888	39.6	47.8	6.0	0.0	11.3
1	1	1	0	0	0	0	0	0	1000	14	70957	50.9	37.7	4.0	2.9	12.7
1	1	1	0	0	0	0	0	0	1600	23	70878	57.9	29.5	5.1	3.8	13.0
0	2	0	1	0	0	0	0	1	0	0	65220	57.3	33.8	3.7	0.0	99.9
1	1	1	0	0	0	0	0	0	2000	33	61661	42.4	42.2	7.5	2.3	99.9
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	59643	53.6	34.0	5.8	0.0	11.2
1	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	57888	40.8	46.8	5.6	0.0	99.9
0	1	0	1	0	0	0	0	0	1000	18	56326	57.8	29.6	4.7	1.1	12.5
1	1	1	0	0	0	0	0	0	2000	35	56587	53.5	31.4	6.5	1.9	11.6
1	1	0	0	0	0	0	1	0	600	11	52212	57.2	31.2	4.8	4.5	12.5

Städte mit 50 000 Einwohnern und weniger

0	1	0	0	0	0	1	0	0	1300	27	47832	45.5	43.0	4.0	0.0	11.4
0	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	45133	46.9	40.3	4.2	3.9	14.1
0	1	1	0	0	0	0	0	0	300	7	36407	46.5	38.3	6.3	3.2	99.9
0	1	1	0	0	0	0	0	0	1500	79	18856	60.6	26.2	4.8	0.0	99.9
0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	19093	46.4	44.5	3.6	0.0	99.9

FEHLENDE STÄDTE

Anzahl der Titel laut AgAp	Ein- wohner 30.6.83	Sozialstrukturen Bundestagswahl 83 CDU/ SPD Die CSU Grünen Anteil in %			Stu- den- ten	Jugend- liche 18 - 25
--	---------------------------	--	--	--	---------------------	-----------------------------

Städte mit 500 000 und mehr Einwohnern

114	1869584	99.9	99.9	99.9	4.0	10.1
14	1623848	37.6	47.4	8.2	3.2	10.7
10	1287080	44.2	38.8	7.5	5.8	11.2
3	638812	37.2	52.1	5.1	2.4	11.0

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

1	309964	42.7	41.5	7.5	4.8	12.1
8	271236	46.1	36.1	8.0	6.0	13.1
7	248733	38.2	51.1	5.5	7.3	13.8

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

5	190853	38.2	46.9	5.9	7.3	13.2
2	186467	43.6	40.2	6.9	12.4	14.6
2	110296	42.9	44.1	5.2	5.3	12.4
5	109246	42.0	44.2	6.6	0.3	11.2
1	104694	32.0	56.9	5.9	0.0	11.0

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

1	96046	49.4	33.4	7.5	3.5	12.6
1	86261	45.2	40.7	5.9	0.0	11.3
0	73243	41.0	47.8	4.2	1.4	12.1
1	69510	50.6	29.8	9.1	7.5	14.4
0	57382	54.7	32.4	5.1	0.6	11.6
2	52641	51.8	39.5	3.5	0.0	10.2
1	51939	47.2	41.1	4.6	1.5	12.0

Städte unter 50 000 Einwohnern

0	48779	49.1	37.9	5.1	0.0	11.3
0	47762	42.1	42.7	6.5	0.0	0.0
1	40584	41.8	43.1	4.9	0.0	0.0
0	38023	50.5	36.3	5.2	0.0	10.6
0	35681	51.8	35.3	5.4	0.0	10.5
0	28993	59.3	30.3	3.9	0.0	0.0
0	27904	47.5	42.4	4.0	0.0	0.0
2	23767	55.6	28.6	6.6	0.0	0.0

BETEILIGTE STÄDTE MIT FEHLANZEIGE

Anzahl der Titel laut AgAp	Ein- wohner 30.6.83	Sozialstrukturen Bundestagswahl 83 CDU/ SPD Die CSU Grünen			Stu- den- ten	Jugend- liche 18 - 25
		Anteil in %				

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

4	223124	45.4	41.5	5.1	1.0	11.7
3	217225	42.9	47.3	4.5	0.8	11.4
1	214069	40.7	47.9	5.3	1.1	11.2

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

1	170307	41.9	48.2	4.2	0.0	11.5
0	158117	41.4	47.5	4.8	0.4	12.2
3	138577	39.0	42.8	9.4	11.8	12.9
0	126394	43.1	43.5	4.5	0.0	10.5
0	124609	50.2	38.7	5.3	0.0	12.2
0	111276	42.9	39.6	6.9	1.7	11.5
0	111770	43.2	49.2	3.6	0.0	11.1
1	105217	49.2	34.7	6.9	1.8	11.6
2	102355	43.5	44.0	5.7	4.2	12.4

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

2	98936	33.3	56.6	4.5	0.0	11.7
0	98774	41.5	46.2	5.4	4.9	13.8
3	94683	48.7	38.9	5.5	6.2	15.5
1	86601	38.1	50.9	5.3	1.5	13.7
0	85482	38.7	53.4	3.9	0.0	0.0
1	80221	52.2	36.6	5.0	0.0	0.0
1	79755	43.7	47.2	4.2	0.0	11.7
2	78727	33.9	58.5	3.7	0.0	0.0
1	77776	53.8	31.0	6.0	0.5	10.6
1	76631	37.0	49.2	5.3	0.0	0.0
0	61605	46.5	40.7	5.3	0.0	0.0
0	57271	42.1	44.6	5.1	0.0	0.0
2	56581	63.2	26.2	4.0	2.5	12.0
0	51777	62.3	27.0	4.9	2.3	15.1
0	52104	46.4	42.5	4.2	0.0	0.0
0	50950	27.8	60.8	5.9	1.3	11.5
0	50050	49.8	35.3	6.8	1.2	12.0

Anzahl		Sozialstrukturen			Stu- den- ten	Jugend- liche 18 - 25
der	Ein-	Bundestagswahl 83				
Titel	wohner	CDU/	SPD			
laut	30.6.83	CSU	Die Grünen			
AgAp		Anteil in %				

Städte unter 50 000 Einwohnern

2	48886	53.9	29.8	6.0	0.0	10.4
0	44303	37.5	51.4	4.2	0.0	0.0
1	43815	45.5	41.4	5.8	0.7	12.0
0	43681	44.5	43.5	4.6	0.0	11.2
0	43840	55.5	32.9	5.4	0.0	11.2
0	43051	55.2	35.2	3.8	0.0	11.0
2	42265	58.6	24.1	7.6	0.0	0.0
0	42501	61.9	28.2	3.5	0.0	11.2
1	37880	54.8	31.3	5.6	0.0	11.1
0	37033	56.2	32.1	3.9	0.0	0.0
1	34221	41.1	47.4	4.4	0.0	11.3
0	30544	50.3	36.9	4.9	0.0	0.0
0	21011	49.5	42.8	3.6	0.0	0.0
1	20387	50.5	37.4	5.0	0.0	0.0
0	17744	62.0	24.0	5.0	0.0	0.0
0	16986	52.4	40.4	2.1	0.0	0.0

BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Einwohner	BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR						Arbeits- losenquote
	18 - 25	25 - 45	65 Jahre	Studenten		Ausländer	
	Jahre	Jahre	und mehr	UNI	FHS		
				in Prozent			

Städte mit 500 000 Einwohnern und mehr

961777	12.2	30.8	14.4	5.5	7.4	15.3	13.1
620186	11.0	32.2	16.2	4.8	6.0	23.9	7.8
599521	11.4	27.9	15.3	3.3	4.3	9.3	16.6
583445	11.0	29.8	16.6	3.4	4.2	15.4	11.1
573577	11.6	30.9	16.5	3.9	5.0	17.9	5.1
547619	11.2	28.3	17.3	2.0	2.4	7.4	13.9
546566	11.4	26.3	14.5	1.4	2.1	13.9	15.9
526253	11.8	28.9	18.7	5.1	6.8	10.1	13.0

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

479035	11.3	28.9	17.3	1.1	2.7	12.5	9.7
393799	11.1	28.3	15.6	7.0	9.1	6.6	14.2
387951	11.2	27.8	17.3	2.5	3.5	9.9	10.1
302621	12.0	29.6	15.6	3.3	5.1	15.0	8.5
297493	11.0	25.5	15.0	0.4	0.7	10.6	15.3
293852	13.7	33.0	14.7	12.0	13.5	8.2	7.3
273703	10.9	30.7	17.0	1.6	2.5	11.9	7.1
272918	17.0	32.8	12.8	16.6	18.7	4.5	10.4
258552	11.8	28.4	15.1	1.3	1.9	8.5	12.0
257780	12.5	28.2	17.9	4.9	6.3	5.8	13.9
247148	12.1	27.7	16.9	2.6	4.1	12.5	8.5
245000	14.9	32.0	14.6	14.3	17.3	10.0	11.8
227364	11.5	27.8	14.0	0.0	0.0	8.2	13.9

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

192338	12.1	26.5	19.6	3.8	4.9	9.6	16.1
178911	10.7	26.2	15.9	0.0	0.0	9.7	15.1
178545	16.5	31.6	15.1	13.5	14.7	6.6	9.1
177909	10.5	27.1	16.7	0.0	0.0	7.1	10.6
162161	10.9	26.5	17.4	0.0	0.0	11.8	8.9
158494	12.2	27.2	13.2	0.0	0.0	9.4	9.8
156558	12.9	26.9	16.9	4.6	6.5	8.7	12.7
147609	11.2	30.2	12.6	0.0	0.0	13.3	8.1
138345	13.2	29.2	16.2	4.6	7.2	3.4	15.0
137769	11.8	28.5	16.0	0.4	0.6	7.2	15.6
132537	17.5	36.1	14.1	19.6	21.5	5.6	12.9
134575	15.4	35.1	15.0	18.6	21.8	9.2	7.7
132617	16.5	28.8	16.0	10.0	12.7	4.1	10.3

Einwohner	BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR						Arbeits- losenquote
	18 - 25	25 - 45	65 Jahre	Studenten		Ausländer	
	Jahre	Jahre	und mehr	UNI	FHS	/	
				in Prozent			

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

129584	17.3	28.6	16.4	12.5	15.8	3.9	8.4
119365	10.7	27.9	14.6	0.0	0.0	7.7	13.4
113712	11.0	27.2	13.7	0.0	0.0	6.7	13.1
112519	12.0	29.2	15.8	2.3	3.5	4.8	8.4
102730	15.8	33.0	12.6	18.9	18.6	9.6	7.7

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

99725	12.5	28.5	15.5	4.3	6.1	13.8	8.9
99680	10.8	29.3	16.6	0.0	0.0	13.4	9.5
99174	12.9	28.4	17.0	0.9	2.2	4.2	15.1
92168	99.9	99.9	99.9	0.5	1.3	9.8	10.1
90371	11.3	29.5	13.6	0.0	0.0	11.8	9.2
88782	11.5	28.5	15.6	4.1	4.3	18.0	3.3
88101	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	6.3	13.4
85867	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	7.7	9.7
79300	18.8	37.8	12.0	17.0	19.7	4.0	7.0
79676	12.0	28.8	14.7	3.0	3.1	17.3	4.5
77659	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	6.7	13.4
74766	19.5	36.5	11.6	27.5	29.9	9.7	5.3
74208	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	12.2	10.1
74757	17.2	31.7	14.7	23.7	31.5	8.6	9.3
71919	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	5.1	12.1
71888	11.3	29.2	14.2	0.0	0.0	6.7	13.9
70957	12.7	26.9	17.5	2.9	6.3	3.8	8.9
70878	13.0	24.6	18.7	3.8	6.0	4.3	8.4
65220	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	5.8	12.2
61661	99.9	99.9	99.9	2.3	3.9	3.2	11.6
59643	11.2	27.4	16.3	0.0	0.0	9.4	8.3
57888	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	6.4	11.4
56326	12.5	26.4	18.4	1.1	2.0	5.3	7.1
56587	11.6	25.8	16.1	1.9	1.8	10.9	6.1
52212	12.5	29.0	17.5	4.5	6.3	9.8	8.7

Städte mit 50 000 Einwohnern und weniger

47832	11.4	23.0	18.5	0.0	0.0	3.3	9.5
45133	14.1	25.1	19.2	3.9	5.3	4.9	9.6
36407	99.9	99.9	99.9	3.2	3.5	4.2	11.0
18856	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	4.7	5.1
19093	99.9	99.9	99.9	0.0	0.0	5.0	8.9

POLITISCHE STRUKTUR

Bun- des- land	Partei des OB	ins- ge- samt	RATSMITGLIEDER d a v o n							BUNDESTAGSWAHL 83 gültige Zweitstimmen				
			CDU/ CSU	SPD	FDP	Wähler- gruppen GAL	sonstige Grü- sonst nen	sonstige Grü- DKP sonstige	sonstige	CDU/ CSU	SPD	FDP	die Grü- nen	in Prozent

Städte mit 500 000 Einwohnern und mehr

8	2	91	42	43	6	0	0	0	0	40.1	45.4	6.9	7.1
6	1	93	53	34	0	0	0	6	0	42.2	40.5	7.7	8.9
8	2	83	31	52	0	0	0	0	0	34.1	55.1	4.3	5.9
8	1	83	41	37	5	0	0	0	0	42.8	42.7	7.9	6.1
1	1	60	25	23	6	0	3	3	0	42.1	37.5	11.8	8.0
4	2	80	30	46	0	0	0	4	0	34.6	47.6	6.8	10.1
8	2	83	31	48	3	0	0	0	1	33.5	58.0	3.6	4.4
7	2	65	28	28	4	4	0	0	1	38.9	45.8	7.2	7.6

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

2	4	70	33	33	1	2	0	0	1	45.5	40.7	6.1	6.5
8	2	75	27	44	1	0	0	0	3	34.3	55.3	4.1	5.8
8	2	67	29	33	5	0	0	0	0	40.5	43.9	8.8	6.2
1	2	48	22	22	1	0	1	1	1	42.0	44.4	6.4	6.2
8	2	67	24	43	0	0	0	0	0	32.3	59.5	3.0	4.6
8	1	67	37	23	7	0	0	0	0	49.3	31.4	11.8	7.2
6	1	81	42	32	7	0	0	0	0	42.0	41.8	8.5	6.6
8	1	67	35	23	5	4	0	0	0	47.2	33.3	9.6	9.5
8	1	67	37	25	5	0	0	0	0	51.8	36.1	7.0	4.7
7	1	57	26	24	3	0	0	4	0	43.5	43.8	6.3	6.0
2	2	60	15	27	1	0	2	0	0	53.1	35.3	5.4	5.2
8	1	59	34	24	0	0	0	0	1	46.9	38.0	7.3	7.3
8	2	59	23	36	0	0	0	0	0	35.7	56.2	3.4	4.2

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

6	2	71	30	32	4	0	0	5	0	36.6	48.4	7.3	7.2
8	2	59	20	36	0	0	3	0	0	32.7	59.3	2.9	4.5
1	2	48	20	15	4	1	4	4	0	41.4	37.3	7.5	13.4
8	2	59	23	32	4	0	0	0	0	36.4	51.5	6.6	5.1
8	1	59	25	28	6	0	0	0	0	44.1	42.1	7.9	5.1
8	1	59	26	26	4	0	0	3	0	42.5	45.4	6.5	5.2
7	1	51	25	21	2	0	0	3	0	43.2	42.2	7.8	6.4
8	1	59	34	21	4	0	0	0	0	51.6	36.0	6.8	5.1
7	1	49	21	16	5	0	0	3	4	36.4	45.1	8.3	9.3
4	2	48	18	27	0	0	0	3	0	32.4	53.5	5.3	8.1
7	1	49	21	17	4	5	1	0	1	36.9	42.7	8.7	11.2
1	4	40	17	14	3	2	4	0	0	42.5	35.1	9.6	12.2

Bun- des- land	Partei des OB	RATSMITGLIEDER										BUNDESTAGSWAHL 83			
		ins- ge- samt	CDU/ CSU	SPD	d a v o n					sonstige sonstige	CDU/ CSU	gültige Zweitstimmen			die Grü- nen
					FDP	Wähler- gruppen GAL	sonstige sonst	sonstige sonst	sonstige sonst			SPD	FDP	in Prozent	

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

2	3	50	29	19	2	0	0	0	0	0	58.5	29.3	5.7	5.6
2	2	50	26	19	2	0	3	0	0	0	52.3	33.8	7.0	6.2
8	2	59	25	34	0	0	0	0	0	0	39.1	51.4	4.3	4.8
8	2	59	23	31	0	0	0	0	5	0	37.6	54.2	3.2	4.1
9	1	55	28	24	3	0	0	0	0	0	47.9	39.3	7.7	4.8
2	2	50	22	23	3	1	0	0	0	1	44.8	36.9	9.7	8.0

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

1	1	40	15	12	1	0	11	1	0	0	47.8	35.4	8.7	7.3
2	2	50	21	22	6	0	0	0	1	0	44.5	43.2	5.9	5.3
7	1	45	18	18	3	0	6	0	0	0	38.0	50.1	5.5	5.9
8	1	51	25	23	3	0	0	0	0	0	47.4	39.9	6.8	5.4
2	1	44	27	14	1	0	2	0	0	0	56.9	32.9	5.6	3.8
1	4	41	20	16	3	0	2	0	0	0	47.3	35.4	9.9	6.9
8	2	51	18	28	0	5	0	0	0	0	35.6	54.5	4.5	4.9
8	1	51	26	22	3	0	0	0	0	0	48.3	41.0	6.4	4.0
6	2	59	25	22	3	0	0	4	5	0	38.7	39.7	8.0	12.2
1	5	40	18	13	4	0	4	1	0	0	47.2	34.8	10.5	6.9
8	2	51	19	29	3	0	0	0	0	0	36.1	55.9	3.0	4.6
1	4	57	15	15	4	7	12	0	3	1	37.1	34.8	11.3	16.3
8	1	51	23	21	3	0	3	0	0	1	46.4	42.1	6.4	4.5
6	1	59	31	20	4	0	0	4	0	0	42.6	40.4	8.1	8.1
7	1	43	24	13	4	0	2	0	0	0	50.3	36.3	8.0	4.9
7	1	43	19	16	5	0	0	3	0	0	39.6	47.8	6.2	6.0
2	2	44	20	20	1	0	3	0	0	0	50.9	37.7	6.6	4.0
2	3	44	26	13	0	0	5	0	0	0	57.9	29.5	6.7	5.1
8	1	51	31	20	0	0	0	0	0	0	57.3	33.8	5.0	3.7
7	1	43	21	15	3	0	0	4	0	0	42.4	42.2	7.4	7.5
2	2	44	22	20	1	0	1	0	0	0	53.6	34.0	5.8	5.8
7	1	43	20	17	2	0	1	3	0	0	40.8	46.8	6.5	5.6
2	3	44	28	13	1	0	2	0	0	0	57.8	29.6	6.9	4.7
1	4	54	29	15	4	0	4	1	0	1	53.5	31.4	8.1	6.5
2	3	44	24	13	1	0	0	0	0	6	57.2	31.2	5.8	4.8

Städte mit 50 000 Einwohnern und weniger

9	2	43	17	24	0	0	2	0	0	0	45.5	43.0	6.5	4.0
2	4	40	18	17	2	0	3	0	0	0	46.9	40.3	7.9	4.2
9	1	39	17	16	2	0	4	0	0	0	46.5	38.3	8.3	6.3
2	3	24	13	3	0	0	8	0	0	0	60.6	26.2	7.8	4.8
2	4	24	9	10	0	0	5	0	0	0	46.4	44.5	4.8	3.6

PRESSEWESEN UND -STELLE

PRESSEWESEN						PRESSESTELLE					
Lokalpresse			alternativ Zeitungen			Personal	Ausgaben weit- org.				
Anzeigen	Tages-	Vorort-	Anzahl	monatliche	ins-	journ.	Verw.	je tsd.	tere	unter-	
/ Wochen	zeitung	zeitung	laut	laut	Auflage	gesamt	ausge- fach-	Ein-	Auf-	stellt	
-blätter			Umfrage	AgAp	aller je tsd.	bildet pers.	wohner	gaben			
			AZen	Einw.							

Städte mit 500 000 Einwohnern und mehr

8	4	0	3	19	31200	33.0	18	2	6	347.0	0	3
34	5	2	4	14	47500	77.0	18	4	3	1560.0	1	1
10	3	4	2	2	99900	0.0	10	0	5	773.0	1	3
14	5	1	2	3	99900	0.0	15	4	2	305.0	0	3
2	2	3	1	6	10000	18.0	14	3	2	681.0	1	1
9	0	3	2	8	61000	112.0	999	999	999	99999.0	9	9
2	3	0	1	8	5000	9.0	8	1	5	221.0	1	3
44	3	0	1	9	35000	67.0	16	0	16	679.0	1	3

Städte mit 200 000 bis 500 000 Einwohnern

2	3	0	1	14	10300	22.0	7	5	1	1466.0	1	1
3	3	3	5	4	99900	0.0	22	1	9	409.0	1	3
4	1	0	2	6	13000	34.0	7	4	2	78.0	1	3
10	1	0	6	1	99900	0.0	7	1	2	1234.0	1	1
4	3	1	2	3	99900	0.0	5	2	1	1523.0	1	3
4	4	5	1	8	6500	22.0	18	2	7	2309.0	1	3
1	2	3	1	1	99900	0.0	9	2	1	614.0	1	1
11	2	4	4	9	43500	159.0	9	2	4	688.0	1	3
5	2	0	1	2	1200	5.0	11	2	5	232.0	1	3
1	1	0	1	1	99900	0.0	4	0	2	48.0	1	3
8	1	0	1	1	99900	0.0	9	2	7	718.0	0	1
2	2	0	1	3	99900	0.0	7	1	2	1580.0	0	3
1	2	2	1	2	1000	4.0	4	0	2	265.0	0	3

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

3	1	0	1	4	99900	0.0	6	1	3	325.0	0	1
3	1	0	1	1	99900	0.0	8	1	4	450.0	1	3
22	1	0	3	5	99900	0.0	5	1	0	1402.0	0	1
1	2	0	1	1	99900	0.0	4	0	4	0.0	0	3
2	2	0	1	1	99900	0.0	8	3	5	4034.0	1	3
2	3	0	1	1	800	5.0	3	2	1	2077.0	1	3
5	1	0	1	3	99900	0.0	6	2	2	224.0	1	3
2	2	0	2	1	99900	0.0	8	1	6	1959.0	1	2
2	1	0	4	3	99900	0.0	6	1	2	923.0	1	3
3	1	0	1	2	99900	0.0	7	1	2	2549.0	1	1
2	1	1	3	6	99900	0.0	3	1	2	1546.0	1	3
3	1	0	1	2	5000	37.0	5	3	1	674.0	1	1

PRESSEWESEN						PRESSESTELLE					
Lokalpresse	alternativ Zeitungen					Personal	Ausgaben weit- org.				
Anzeigen Tages- Vorort-	Anzahl		monatliche			ins- journ. Verw. je tsd. tere unter-	gesamt ausge- fach- Ein- Auf- stellt				
/ Wochen zeitung zeitung	laut	laut	Auflage			gesamt ausge- fach-	Ein- Auf- stellt				
-blätter	Umfrage	AgAp	aller je tsd. AZen Einw.			bildet pers. wohner gaben					

Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern

2	1	0	4	0	10000	76.0	4	1	1	264.0	0	1	
2	2	0	3	1	10600	82.0	5	1	2	463.0	1	1	
1	2	0	3	2	99900	0.0	5	2	1	570.0	1	3	
1	2	0	3	3	99900	0.0	4	0	2	1050.0	1	4	
1	1	0	1	2	99900	0.0	4	1	0	1159.0	0	1	
4	2	0	1	1	2500	24.0	5	0	4	1934.0	1	4	

Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern

3	3	0	2	1	7000	70.0	3	0	2	1257.0	0	1	
2	1	0	1	0	1000	10.0	3	0	2	202.0	0	1	
3	1	0	1	1	3000	30.0	4	0	3	707.0	1	3	
2	4	0	1	1	99900	0.0	2	1	2	708.0	1	2	
2	1	0	1	2	99900	0.0	2	0	1	1933.0	0	1	
3	1	0	1	1	2000	23.0	1	0	2	0.0	1	1	
3	2	0	1	0	2500	28.0	3	1	1	398.0	1	2	
4	2	0	2	1	99900	0.0	1	0	2	906.0	1	2	
3	1	0	2	4	6000	76.0	3	0	1	2005.0	1	1	
5	1	0	1	1	99900	0.0	2	0	3	506.0	9	1	
3	3	0	1	0	99900	0.0	4	0	1	1175.0	1	2	
1	1	0	1	3	99900	0.0	1	0	1	74.0	0	1	
0	2	0	1	1	1500	20.0	1	0	1	427.0	1	2	
2	2	0	1	1	2600	36.0	3	1	1	1407.0	0	1	
4	1	0	2	0	1500	22.0	1	1	0	178.0	0	3	
2	2	0	1	1	1200	17.0	2	0	2	125.0	0	3	
1	1	0	1	1	1000	14.0	2	0	2	183.0	1	1	
3	1	0	1	1	1600	23.0	1	1	0	496.0	1	1	
2	1	0	2	0	99900	0.0	2	1	0	383.0	1	2	
1	1	0	1	1	2000	33.0	2	1	0	245.0	0	3	
2	2	0	1	1	99900	0.0	1	0	1	0.0	0	1	
1	1	0	1	1	99900	0.0	3	1	1	681.0	0	3	
1	1	0	1	0	1000	18.0	1	0	2	1507.0	1	1	
1	2	0	1	1	2000	35.0	1	1	2	1018.0	1	1	
4	1	0	1	1	600	11.0	1	0	1	0.0	1	5	

Städte mit 50 000 Einwohnern und weniger

0	0	2	1	0	1300	27.0	999	999	999	99999.0	9	9	
1	0	2	2	0	99900	0.0	999	999	999	99999.0	9	9	
1	0	1	1	0	300	7.0	999	999	999	99999.0	9	9	
2	0	2	1	0	1500	79.0	999	999	999	99999.0	9	9	
0	0	1	1	0	99900	0.0	999	999	999	99999.0	9	9	

Einzelergebnisse der Befragung

Zur Bedeutung der verwendeten Abkürzungen und Begriffe wird - soweit dies nicht bereits an anderer Stelle im Text und in den Fußnoten geschehen ist - folgendes erläutert:

Die folgenden Tabellen sind mit n = 114 gerechnet.

Abweichungen von n = 114 ergeben sich aus fehlenden Daten.

Relative Frequenz: %-Angaben einschl. Nichtnennungen

Adjusted Frequenz: %-Angaben ohne die Fälle, in denen keine Angaben gemacht wurden.

Code 9.: Keine Nennung

99.: Nichtauswertbares Ergebnis

Count: Anzahl

PCT: %

ROW: Reihe

ROW TOTAL: Zeilensumme

COLUMN TOTAL: Spaltensumme

FRAGE1 INTENSITAET DER AUSWERTUNG

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	1.	40	35.1	35.4	35.4
	2.	41	36.0	36.3	71.7
	3.	32	28.1	28.3	100.0
	9.	1	.9	MISSING	
	TOTAL	114	100.0	100.0	
MEAN	1.929	MEDIAN	1.902	MINIMUM	1.000
MAXIMUM	3.000				
VALID CASES	113	MISSING CASES	1		

FRAGE2 VERSORGUNG MIT PRESSENITTEILUNGEN

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	1.	48	42.1	42.9	42.9
	2.	21	18.4	18.8	61.6
	3.	43	37.7	36.4	100.0
	9.	2	1.6	MISSING	
	TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN 1.955 MEDIAN 1.861 MINIMUM 1.000
MAXIMUM 3.000

VALID CASES 112 MISSING CASES 2

FRAGE3 EINLADUNG ZU PRESSEGESPRÄCHEN U.Ä.

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	1.	17	14.9	15.6	15.6
	2.	22	19.3	20.2	35.8
	3.	70	61.4	64.2	100.0
	9.	5	4.4	MISSING	
	TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN 2.486 MEDIAN 2.721 MINIMUM 1.000
MAXIMUM 3.000

VALID CASES 109 MISSING CASES 5

FRAGE4 EINFLUSS AUF DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	29	25.4	25.4	25.4
	-2.	24	21.1	21.1	46.5
	-1.	19	16.7	16.7	63.2
	0	24	21.1	21.1	84.2
	1.	13	11.4	11.4	95.6
	2.	3	2.6	2.6	98.2
	99.	2	1.8	1.8	100.0
	TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN .553 MEDIAN -1.289 MINIMUM -3.000
MAXIMUM 99.000

VALID CASES 114 MISSING CASES 0

FRAGE5 EINFLUSS AUF DIE VERTRETUNGSORGANE

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	49	43.0	43.8	43.8
	-2.	17	14.9	15.2	58.9
	-1.	10	8.8	8.9	67.9
	0	28	24.6	25.0	92.9
	1.	8	7.0	7.1	100.0
	99.	2	1.8	MISSING	
	TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN -1.634 MEDIAN -2.038 MINIMUM -3.000
 MAXIMUM 1.000

VALID CASES 112 MISSING CASES 2

FRAGE6 EINFLUSS AUF DIE VERWALTUNGSARBEIT

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	55	48.2	49.1	49.1
	-2.	18	15.8	16.1	65.2
	-1.	10	8.8	8.9	74.1
	0	25	21.9	22.3	96.4
	1.	4	3.5	3.6	100.0
	99.	2	1.8	MISSING	
	TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN -1.848 MEDIAN -2.444 MINIMUM -3.000
 MAXIMUM 1.000

VALID CASES 112 MISSING CASES 2

FRAGE7 ERFAHRUNGEN DES PRESSEARTISTES MIT DER AZ

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	16	14.0	14.0	14.0
	-2.	10	8.6	8.6	22.8
	-1.	18	15.6	15.8	38.6
	0	64	56.1	56.1	94.7

1.	5	4.4	4.4	99.1
2.	1	.9	.9	100.0
TOTAL	114	100.0	100.0	

MEAN -1.693 MEDIAN -1.297 MINIMUM -3.000
 MAXIMUM 2.000
 VALID CASES 114 MISSING CASES 0

FRAGE8 BEWERTUNG DER KOMMUNALPOLITIK IN DER AZ

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	40	35.1	35.7	35.7
	-2.	23	20.2	20.5	56.3
	-1.	20	17.5	17.9	74.1
	0	22	19.3	19.6	93.6
	1.	6	5.3	5.4	99.1
	2.	1	.9	.9	100.0
	99.	2	1.8	MISSING	
TOTAL		114	100.0	100.0	

MEAN -1.569 MEDIAN -1.604 MINIMUM -3.000
 MAXIMUM 2.000
 VALID CASES 112 MISSING CASES 2

FRAGE9 ZUKUNFTSCHANCEN DER AZ

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQ	RELATIVE FREQ (PCT)	ADJUSTED FREQ (PCT)	CUM FREQ (PCT)
	-3.	13	11.4	11.8	11.8
	-2.	17	14.9	15.5	27.3
	-1.	14	12.3	12.7	40.0
	0	33	28.9	30.0	70.0
	1.	25	21.9	22.7	92.7
	2.	7	6.1	6.4	99.1
	3.	1	.9	.9	100.0
	99.	4	3.5	MISSING	
TOTAL		114	100.0	100.0	

MEAN -1.409 MEDIAN -1.167 MINIMUM -3.000
 MAXIMUM 3.000
 VALID CASES 110 MISSING CASES 4

		FRAGE1						
		COUNT I						
		ROW PCT I				ROW		
		I				TOTAL		
		I	1.I	2.I	3.I			
FRAGE2		-----I-----I-----I-----I						
	1.	I	29	I	13	I	6	48
		I	60.4	I	27.1	I	12.5	42.9
		-I-----I-----I-----I						
	2.	I	7	I	12	I	2	21
		I	33.3	I	57.1	I	9.5	18.8
		-I-----I-----I-----I						
	3.	I	4	I	15	I	24	43
		I	9.3	I	34.9	I	55.2	32.4
		-I-----I-----I-----I						
COLUMN		40		40		32		112
TOTAL		35.7		35.7		28.6		100.0

KENDALL'S TAU B = .48667 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE1						
		COUNT I						
		ROW PCT I				ROW		
		I				TOTAL		
		I	1.I	2.I	3.I			
FRAGE3		-----I-----I-----I-----I						
	1.	I	12	I	4	I	17	
		I	70.6	I	23.5	I	15.6	
		-I-----I-----I-----I						
	2.	I	15	I	7	I	22	
		I	68.2	I	31.8	I	20.2	
		-I-----I-----I-----I						
	3.	I	13	I	29	I	70	
		I	18.6	I	41.4	I	64.2	
		-I-----I-----I-----I						
COLUMN		40		40		29		109
TOTAL		36.7		36.7		26.6		100.0

KENDALL'S TAU B = .47703 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 5

		FRAGE1					
		COUNT I					
		ROW PCT I				ROW	
		I				TOTAL	
		I	1.I	2.I	3.I		
FRAGE4	-----I-----I-----I-----I						
	-3. I	8 I	10 I	11 I	29		
	I	27.6 I	34.5 I	37.9 I	25.7		
	I-----I-----I-----I						
	-2. I	10 I	11 I	3 I	24		
	I	41.7 I	45.8 I	12.5 I	21.2		
	I-----I-----I-----I						
	-1. I	7 I	7 I	5 I	19		
	I	36.8 I	36.8 I	26.3 I	16.8		
	I-----I-----I-----I						
	0 I	6 I	8 I	9 I	23		
	I	26.1 I	34.8 I	39.1 I	20.4		
	I-----I-----I-----I						
	1. I	6 I	5 I	2 I	13		
	I	46.2 I	38.5 I	15.4 I	11.5		
	I-----I-----I-----I						
	2. I	1 I	0 I	2 I	3		
	I	33.3 I	0 I	66.7 I	2.7		
	I-----I-----I-----I						
	99. I	2 I	0 I	0 I	2		
	I	100.0 I	0 I	0 I	1.8		
	I-----I-----I-----I						
COLUMN		40	41	32	113		
TOTAL		35.4	36.3	28.3	100.0		

KENDALL'S TAU B = -.05660 SIGNIFICANCE = .2381

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 1

		FRAGE1					
		COUNT I					
		ROW PCT I				ROW	
		I				TOTAL	
		I	1.I	2.I	3.I		
FRAGES	-----I-----I-----I-----I						
	-3. I	15 I	21 I	13 I	49		
	I	30.6 I	42.9 I	26.5 I	44.1		
	I-----I-----I-----I						
	-2. I	9 I	3 I	5 I	17		
	I	52.9 I	17.6 I	29.4 I	15.3		
	I-----I-----I-----I						
	-1. I	4 I	4 I	2 I	10		
	I	40.0 I	40.0 I	20.0 I	9.0		
	I-----I-----I-----I						
	0 I	7 I	11 I	9 I	27		
	I	25.9 I	40.7 I	33.3 I	24.3		
	I-----I-----I-----I						
	1. I	3 I	2 I	3 I	8		
	I	37.5 I	25.0 I	37.5 I	7.2		
	I-----I-----I-----I						
COLUMN		38	41	32	111		
TOTAL		34.2	36.9	28.8	100.0		

KENDALL'S TAU B = .02793 SIGNIFICANCE = .3675

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 3

		FRAGE1					
		COUNT	I				
		ROW	PCT	I			ROW
		I					
		I	1.I	2.I	3.I		
		-----I-----I-----I-----I					
FRAGE6	-3.	I	18 I	22 I	15 I	55	
		I	32.7 I	40.0 I	27.3 I	49.5	
		-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	11 I	3 I	4 I	18	
		I	61.1 I	16.7 I	22.2 I	16.2	
		-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	2 I	6 I	2 I	10	
		I	20.0 I	60.0 I	20.0 I	9.0	
		-I-----I-----I-----I					
	0	I	6 I	7 I	11 I	24	
		I	25.0 I	29.2 I	45.8 I	21.6	
		-I-----I-----I-----I					
	1.	I	1 I	3 I	0 I	4	
		I	25.0 I	75.0 I	0 I	3.6	
		-I-----I-----I-----I					
COLUMN			38	41	32	111	
TOTAL			34.2	36.9	28.8	100.0	

KENDALL'S TAU B = .05519 SIGNIFICANCE = .2537

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 3

		FRAGE1					
		COUNT	I				
		ROW	PCT	I			ROW
		I					
		I	1.I	2.I	3.I		
		-----I-----I-----I-----I					
FRAGE7	-3.	I	3 I	5 I	8 I	16	
		I	18.8 I	31.3 I	50.0 I	14.2	
		-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	3 I	5 I	2 I	10	
		I	30.0 I	50.0 I	20.0 I	8.8	
		-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	10 I	8 I	0 I	18	
		I	55.6 I	44.4 I	0 I	15.9	
		-I-----I-----I-----I					
	0	I	19 I	22 I	22 I	63	
		I	30.2 I	34.9 I	34.9 I	55.8	
		-I-----I-----I-----I					
	1.	I	4 I	1 I	0 I	5	
		I	80.0 I	20.0 I	0 I	4.4	
		-I-----I-----I-----I					
	2.	I	1 I	0 I	0 I	1	
		I	100.0 I	0 I	0 I	.9	
		-I-----I-----I-----I					
COLUMN			40	41	32	113	
TOTAL			35.4	36.3	28.3	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.07007 SIGNIFICANCE = .1986

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 1

		FRAGE1					
		COUNT	I			ROW	
		ROW PCT	I			TOTAL	
			I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE2		-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	18	I	14	I	8
		I	45.0	I	35.0	I	20.0
		-----I-----I-----I-----I					
	-2.	I	13	I	6	I	4
		I	56.5	I	26.1	I	17.4
		-----I-----I-----I-----I					
	-1.	I	3	I	13	I	4
		I	15.0	I	65.0	I	20.0
		-----I-----I-----I-----I					
	0	I	2	I	7	I	12
		I	9.5	I	33.3	I	57.1
	-----I-----I-----I-----I						
1.	I	1	I	1	I	4	
	I	16.7	I	16.7	I	66.7	
	-----I-----I-----I-----I						
2.	I	1	I	0	I	0	
	I	100.0	I	0	I	0	
	-----I-----I-----I-----I						
COLUMN			38		41		32
TOTAL			34.2		36.9		28.8
							100.0

KENDALL'S TAU B = .28885 SIGNIFICANCE = .0002

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 3

		FRAGE1					
		COUNT	I			ROW	
		ROW PCT	I			TOTAL	
			I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE9			-----I-----I-----I-----I				
	-3.	I	3	I	4	I	6
		I	23.1	I	30.8	I	46.2
			-----I-----I-----I-----I				
	-2.	I	5	I	8	I	4
		I	29.4	I	47.1	I	23.5
			-----I-----I-----I-----I				
	-1.	I	4	I	5	I	5
		I	28.6	I	35.7	I	35.7
			-----I-----I-----I-----I				
	0	I	11	I	9	I	12
		I	34.4	I	28.1	I	37.5
			-----I-----I-----I-----I				
	1.	I	10	I	12	I	3
		I	40.0	I	48.0	I	12.0
			-----I-----I-----I-----I				

	2.	1	4	1	2	1	1	1	7
		1	57.1	1	28.6	1	14.3	1	6.4
		-1	-----	-1	-----	-1	-----	-1	
	3.	1	0	1	0	1	1	1	1
		1	0	1	0	1	100.0	1	.9
		-1	-----	-1	-----	-1	-----	-1	
COLUMN		37		40		32		109	
TOTAL		33.9		36.7		29.4		100.0	

KENDALL'S TAU B = -.14396 SIGNIFICANCE = .0376

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 5

		FRAGE2						
COUNT		I						
ROW PCT		I				ROW		
		I				TOTAL		
		I	1.I	2.I	3.I			
FRAGE3	-----I-----I-----I-----I-----							
	1. I	17	I	0	I	0	I	17
	I	100.0	I	0	I	0	I	15.6
	-I-----I-----I-----I-----							
	2. I	15	I	7	I	0	I	22
	I	68.2	I	31.8	I	0	I	20.2
	-I-----I-----I-----I-----							
	3. I	13	I	14	I	43	I	70
	I	18.6	I	20.0	I	61.4	I	64.2
	-I-----I-----I-----I-----							
COLUMN		45		21		43		109
TOTAL		41.3		19.3		39.4		100.0

KENDALL'S TAU B = .62830 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 5

FRAGE2									
COUNT		I							
ROW PCT		I							
		I							
		I		1. I		'2. I		3. I	
FRAGE4	-----	I	-----	I	-----	I	-----	I	
	-3.	I	8	I	4	I	17	I	29
		I	27.6	I	13.8	I	58.6	I	25.9
		-I	-----	-I	-----	-I	-----	-I	
	-2.	I	12	I	6	I	6	I	24
		I	50.0	I	25.0	I	25.0	I	21.4
		-I	-----	-I	-----	-I	-----	-I	
	-1.	I	7	I	5	I	7	I	19
		I	36.8	I	26.3	I	36.8	I	17.0
		-I	-----	-I	-----	-I	-----	-I	
	0	I	11	I	2	I	9	I	22
		I	50.0	I	9.1	I	40.9	I	19.6
		-I	-----	-I	-----	-I	-----	-I	
	1.	I	7	I	4	I	2	I	13
		I	53.8	I	30.8	I	15.4	I	11.6
		-I	-----	-I	-----	-I	-----	-I	

	^A	^A	^A	^A	
2.	I	1 I	0 I	2 I	3
	I	33.3 I	0 I	66.7 I	2.7
	-I-----I-----I-----I				
99.	I	2 I	0 I	0 I	2
	I	100.0 I	0 I	0 I	1.8
	-I-----I-----I-----I				
COLUMN	48	21	43	112	
TOTAL	42.9	18.8	38.4	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.16450 SIGNIFICANCE = .0203

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE2				
	COUNT	I				
	ROW PCT	I				ROW
		I				TOTAL
		I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE5	-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	18 I	10 I	21 I	49
		I	36.7 I	20.4 I	42.9 I	44.5
		-I-----I-----I-----I				
	-2.	I	9 I	2 I	6 I	17
		I	52.9 I	11.8 I	35.3 I	15.5
		-I-----I-----I-----I				
	-1.	I	5 I	2 I	3 I	10
		I	50.0 I	20.0 I	30.0 I	9.1
		-I-----I-----I-----I				
	0	I	12 I	7 I	8 I	27
		I	44.4 I	25.9 I	29.6 I	24.5
		-I-----I-----I-----I				
	1.	I	2 I	0 I	5 I	7
		I	28.6 I	0 I	71.4 I	6.4
		-I-----I-----I-----I				
	COLUMN	46	21	43	110	
	TOTAL	41.8	19.1	39.1	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.03308 SIGNIFICANCE = .3461

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

		FRAGE2				
COUNT		I				
ROW PCT		I				ROW
						TOTAL
		I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE6	-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	19 I	11 I	25 I	55
		I	34.5 I	20.0 I	45.5 I	50.0
	-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	12 I	1 I	5 I	18
		I	66.7 I	5.6 I	27.8 I	16.4
	-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	3 I	4 I	3 I	10
		I	30.0 I	40.0 I	30.0 I	9.1
	-I-----I-----I-----I					
	0	I	11 I	3 I	10 I	24
		I	45.8 I	12.5 I	41.7 I	21.8
	-I-----I-----I-----I					
	1.	I	1 I	2 I	0 I	3
		I	33.3 I	66.7 I	0 I	2.7
	-I-----I-----I-----I					
COLUMN			46	21	43	110
TOTAL			41.8	19.1	39.1	100.0

KENDALL'S TAU B = -.09520 SIGNIFICANCE = .1295

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

		FRAGE2				
COUNT		I				
ROW PCT		I				ROW
						TOTAL
		I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE7	-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	2 I	1 I	13 I	16
		I	12.5 I	6.3 I	81.3 I	14.3
	-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	5 I	2 I	3 I	10
		I	50.0 I	20.0 I	30.0 I	8.9
	-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	10 I	5 I	3 I	18
		I	55.6 I	27.8 I	16.7 I	16.1
	-I-----I-----I-----I					
	0	I	25 I	13 I	24 I	62
		I	40.3 I	21.0 I	38.7 I	55.4
	-I-----I-----I-----I					
	1.	I	5 I	0 I	0 I	5
		I	100.0 I	0 I	0 I	4.5
	-I-----I-----I-----I					
	2.	I	1 I	0 I	0 I	1
		I	100.0 I	0 I	0 I	.9
	-I-----I-----I-----I					
COLUMN			48	21	43	112
TOTAL			42.9	18.8	38.4	100.0

KENDALL'S TAU B = -.19393 SIGNIFICANCE = .0102

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE2					
		COUNT	I				
		ROW PCT	I			ROW	
			I			TOTAL	
			I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE8		-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	19 I	5 I	16 I		40
		I	47.5 I	12.5 I	40.0 I		36.4
		-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	8 I	8 I	7 I		23
		I	34.8 I	34.8 I	30.4 I		20.9
		-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	9 I	5 I	6 I		20
		I	45.0 I	25.0 I	30.0 I		18.2
		-I-----I-----I-----I					
	0	I	7 I	3 I	11 I		21
		I	33.3 I	14.3 I	52.4 I		19.1
		-I-----I-----I-----I					
	1.	I	2 I	0 I	3 I		5
		I	40.0 I	0 I	60.0 I		4.5
		-I-----I-----I-----I					
	2.	I	1 I	0 I	0 I		1
		I	100.0 I	0 I	0 I		.9
		-I-----I-----I-----I					
COLUMN			46	21	43	110	
TOTAL			41.8	19.1	39.1	100.0	

KENDALL'S TAU B = .06022 SIGNIFICANCE = .2329

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

		FRAGE2					
		COUNT I					
		ROW PCT I				ROW	
		I				TOTAL	
		I	1.I	2.I	3.I		
FRAGE9		-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	3 I	1 I	9 I	13	
		I	23.1 I	7.7 I	69.2 I	12.0	
		-I-----I-----I-----I					
	-2.	I	7 I	3 I	7 I	17	
		I	41.2 I	17.6 I	41.2 I	15.7	
		-I-----I-----I-----I					
	-1.	I	4 I	3 I	7 I	14	
		I	28.6 I	21.4 I	50.0 I	13.0	
		-I-----I-----I-----I					
	0	I	15 I	6 I	11 I	32	
		I	46.9 I	18.8 I	34.4 I	29.6	
		-I-----I-----I-----I					
	1.	I	11 I	6 I	7 I	24	
		I	45.8 I	25.0 I	29.2 I	22.2	
		✓	✓	✓	✓	✓	

	-1-----1-----1-----1	
2.	I 3 I 2 I 2 I	7
	I 42.9 I 28.6 I 28.6 I	6.5
	-I-----I-----I-----I	
3.	I 1 I 0 I 0 I	1
	I 100.0 I 0 I 0 I	.9
	-I-----I-----I-----I	
COLUMN	44 21 43	108
TOTAL	40.7 19.4 39.8	100.0

KENDALL'S TAU B = -.17114 SIGNIFICANCE = .0182

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 6

		FRAGE3				
	COUNT	I				
	ROW PCT	I				ROW
		I				TOTAL
		I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE4	-3.	I 2 I 3 I 24 I	29			
		I 6.9 I 10.3 I 82.8 I	26.6			
		-I-----I-----I-----I				
	-2.	I 5 I 4 I 15 I	24			
		I 20.8 I 16.7 I 62.5 I	22.0			
		-I-----I-----I-----I				
	-1.	I 3 I 5 I 11 I	19			
		I 15.8 I 26.3 I 57.9 I	17.4			
		-I-----I-----I-----I				
	0	I 6 I 2 I 11 I	19			
		I 31.6 I 10.5 I 57.9 I	17.4			
		-I-----I-----I-----I				
	1.	I 0 I 6 I 7 I	13			
		I 0 I 46.2 I 53.8 I	11.9			
		-I-----I-----I-----I				
	2.	I 1 I 0 I 2 I	3			
		I 33.3 I 0 I 66.7 I	2.8			
		-I-----I-----I-----I				
	99.	I 0 I 2 I 0 I	2			
		I 0 I 100.0 I 0 I	1.8			
		-I-----I-----I-----I				
COLUMN	17	22	70	109		
TOTAL	15.6	20.2	64.2	100.0		

KENDALL'S TAU B = -.17757 SIGNIFICANCE = .0155

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 5

		FRAGE3					
		COUNT	I			ROW	
		ROW	PCT	I			TOTAL
		I		I		I	
		I	1.I	2.I	3.I		
FRAGE5		-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	7 I	6 I	36 I	49	
		I	14.3 I	12.2 I	73.5 I	45.8	
		-----I-----I-----I-----I					
	-2.	I	4 I	4 I	9 I	17	
		I	23.5 I	23.5 I	52.9 I	15.9	
		-----I-----I-----I-----I					
	-1.	I	2 I	2 I	6 I	10	
		I	20.0 I	20.0 I	60.0 I	9.3	
		-----I-----I-----I-----I					
	0	I	3 I	7 I	14 I	24	
		I	12.5 I	29.2 I	58.3 I	22.4	
		-----I-----I-----I-----I					
	1.	I	1 I	1 I	5 I	7	
		I	14.3 I	14.3 I	71.4 I	6.5	
		-----I-----I-----I-----I					
	COLUMN		17	20	70	107	
	TOTAL		15.9	18.7	65.4	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.08220 SIGNIFICANCE = .1689

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 7

		FRAGE3					
		COUNT	I			ROW	
		ROW	PCT	I			TOTAL
		I		I		I	
		I	1.I	2.I	3.I		
FRAGE6		-----I-----I-----I-----I					
	-3.	I	11 I	6 I	41 I	55	
		I	14.5 I	10.9 I	74.5 I	51.4	
		-----I-----I-----I-----I					
	-2.	I	6 I	5 I	7 I	18	
		I	33.3 I	27.8 I	38.9 I	16.8	
		-----I-----I-----I-----I					
	-1.	I	1 I	3 I	6 I	10	
		I	10.0 I	30.0 I	60.0 I	9.3	
		-----I-----I-----I-----I					
	-0	I	1 I	4 I	16 I	21	
		I	4.8 I	19.0 I	76.2 I	19.6	
		-----I-----I-----I-----I					
	1.	I	1 I	2 I	0 I	3	
		I	33.3 I	66.7 I	0 I	2.8	
		-----I-----I-----I-----I					
	COLUMN		17	20	70	107	
	TOTAL		15.9	18.7	65.4	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.09502 SIGNIFICANCE = .1363

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 7

		FRAGE3				
COUNT		I				
ROW	PCT	I				ROW TOTAL
		I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE7		I-----I-----I-----I				
	-3.	I	1 I	0 I	15 I	16
		I	6.3 I	0 I	93.8 I	14.7
		I-----I-----I-----I				
	-2.	I	3 I	2 I	5 I	10
		I	30.0 I	20.0 I	50.0 I	9.2
		I-----I-----I-----I				
	-1.	I	5 I	2 I	11 I	18
		I	27.8 I	11.1 I	61.1 I	16.5
		I-----I-----I-----I				
	0	I	8 I	13 I	38 I	59
		I	13.6 I	22.0 I	64.4 I	54.1
		I-----I-----I-----I				
	1.	I	0 I	4 I	1 I	5
		I	0 I	80.0 I	20.0 I	4.6
		I-----I-----I-----I				
	2.	I	0 I	1 I	0 I	1
		I	0 I	100.0 I	0 I	.9
		I-----I-----I-----I				
COLUMN		17	22	70	109	
TOTAL		15.6	20.2	64.2	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.12820 SIGNIFICANCE = .0671

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 5

		FRAGE3							
		COUNT	I						
		ROW PCT	I				ROW		
			I				TOTAL		
			I	1.I	2.I	3.I			
FRAGE8		-----I-----I-----I-----I							
	-3.	I	7	I	7	I	26	I	40
		I	17.5	I	17.5	I	65.0	I	37.4
		I-----I-----I-----I							
	-2.	I	5	I	5	I	13	I	23
		I	21.7	I	21.7	I	56.5	I	21.5
		I-----I-----I-----I							
	-1.	I	2	I	6	I	12	I	20
		I	10.0	I	30.0	I	60.0	I	18.7
		I-----I-----I-----I							
	0	I	3	I	1	I	14	I	18
		I	16.7	I	5.6	I	77.8	I	16.8
		I		I		I		I	

1.	I	0	I	0	I	5	I	5
	I	0	I	0	I	100.0	I	4.7
2.	I	0	I	1	I	0	I	1
	I	0	I	100.0	I	0	I	.9
COLUMN	17	20	70	107				
TOTAL	15.9	12.7	65.4	100.0				

KENDALL'S TAU B = .07818 SIGNIFICANCE = .1784

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 7

COUNT ROW PCT	FRAGE3				ROW TOTAL
	I				
	I	1.I	2.I	3.I	
FRAGE9	-----I-----I-----I-----I				
-3.	I	1 I	2 I	10 I	13
	I	7.7 I	15.4 I	76.9 I	12.4
	-I-----I-----I-----I				
-2.	I	3 I	2 I	12 I	17
	I	17.6 I	11.8 I	70.6 I	16.2
	-I-----I-----I-----I				
-1.	I	1 I	3 I	10 I	14
	I	7.1 I	21.4 I	71.4 I	13.3
	-I-----I-----I-----I				
0	I	4 I	4 I	21 I	29
	I	13.8 I	13.8 I	72.4 I	27.6
	-I-----I-----I-----I				
1.	I	5 I	7 I	12 I	24
	I	20.8 I	29.2 I	50.0 I	22.9
	-I-----I-----I-----I				
2.	I	2 I	2 I	3 I	7
	I	28.6 I	28.6 I	42.9 I	6.7
	-I-----I-----I-----I				
3.	I	1 I	0 I	0 I	1
	I	100.0 I	0 I	0 I	1.0
	-I-----I-----I-----I				
COLUMN	17	20	68	105	
TOTAL	16.2	19.0	64.8	100.0	

KENDALL'S TAU B = -.19014 SIGNIFICANCE = .0116

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 9

		FRAGE4								
COUNT		I								
ROW PCT		I							ROW	
		I							TOTAL	
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I		
FRAGE5		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-3.	I	26 I	17 I	2 I	2 I	2 I	0 I	49	
		I	53.1 I	34.7 I	4.1 I	4.1 I	4.1 I	0 I	63.8	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-2.	I	3 I	6 I	4 I	4 I	0 I	0 I	17	
		I	17.6 I	35.3 I	23.5 I	23.5 I	0 I	0 I	15.2	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-1.	I	0 I	1 I	6 I	2 I	1 I	0 I	10	
		I	0 I	10.0 I	60.0 I	20.0 I	10.0 I	0 I	8.9	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	0	I	0 I	0 I	7 I	14 I	7 I	0 I	28	
		I	0 I	0 I	25.0 I	50.0 I	25.0 I	0 I	25.0	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	1.	I	0 I	0 I	0 I	2 I	3 I	3 I	8	
		I	0 I	0 I	0 I	25.0 I	37.5 I	37.5 I	7.1	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
COLUMN		29	24	19	24	13	3	112		
TOTAL		25.9	21.4	17.0	21.4	11.6	2.7	100.0		

KENDALL'S TAU B = .68306 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE4								
COUNT		I								
ROW PCT		I							ROW	
		I							TOTAL	
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I		
FRAGE6		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-3.	I	27 I	18 I	3 I	5 I	2 I	0 I	55	
		I	49.1 I	32.7 I	5.5 I	9.1 I	3.6 I	0 I	49.1	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-2.	I	1 I	5 I	6 I	5 I	1 I	0 I	18	
		I	5.6 I	27.8 I	33.3 I	27.8 I	5.6 I	0 I	16.1	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-1.	I	1 I	0 I	6 I	1 I	1 I	1 I	10	
		I	10.0 I	0 I	60.0 I	10.0 I	10.0 I	10.0 I	8.9	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	0	I	0 I	1 I	4 I	12 I	7 I	1 I	25	
		I	0 I	4.0 I	16.0 I	48.0 I	28.0 I	4.0 I	22.3	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
	1.	I	0 I	0 I	0 I	1 I	2 I	1 I	4	
		I	0 I	0 I	0 I	25.0 I	50.0 I	25.0 I	3.6	
		I-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
COLUMN		29	24	19	24	13	3	112		
TOTAL		25.9	21.4	17.0	21.4	11.6	2.7	100.0		

KENDALL'S TAU B = .61065 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE4							
COUNT		I							
ROW PCT		I							ROW
		I							TOTAL
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	99.I
FRAGE7		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	99.I
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	99.I
	-3.	I	8 I	3 I	1 I	2 I	2 I	0 I	0 I
		I	50.0 I	18.8 I	6.3 I	12.5 I	12.5 I	0 I	0 I
		I	50.0 I	18.8 I	6.3 I	12.5 I	12.5 I	0 I	0 I
	-2.	I	1 I	5 I	3 I	1 I	0 I	0 I	0 I
		I	10.0 I	50.0 I	30.0 I	10.0 I	0 I	0 I	0 I
		I	10.0 I	50.0 I	30.0 I	10.0 I	0 I	0 I	0 I
	-1.	I	4 I	5 I	3 I	3 I	2 I	1 I	0 I
		I	22.2 I	27.8 I	16.7 I	16.7 I	11.1 I	5.6 I	0 I
		I	22.2 I	27.8 I	16.7 I	16.7 I	11.1 I	5.6 I	0 I
	0	I	15 I	9 I	11 I	18 I	8 I	2 I	1 I
		I	23.4 I	14.1 I	17.2 I	28.1 I	12.5 I	3.1 I	1.6 I
		I	23.4 I	14.1 I	17.2 I	28.1 I	12.5 I	3.1 I	1.6 I
	1.	I	1 I	2 I	1 I	0 I	1 I	0 I	0 I
		I	20.0 I	40.0 I	20.0 I	0 I	20.0 I	0 I	0 I
	I	20.0 I	40.0 I	20.0 I	0 I	20.0 I	0 I	0 I	
2.	I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	1 I	
	I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	100.0 I	
	I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	0 I	100.0 I	
COLUMN		29	24	19	24	13	3	2	114
TOTAL		25.4	21.1	16.7	21.1	11.4	2.6	1.8	100.0

KENDALL'S TAU B = .17282 SIGNIFICANCE = .0132

		FRAGE4							ROW TOTAL
COUNT I		I							
ROW PCT I		I							
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
FRAGE8		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
	-3.	I	13 I	9 I	8 I	5 I	4 I	1 I	40
		I	32.5 I	22.5 I	20.0 I	12.5 I	10.0 I	2.5 I	35.7
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
	-2.	I	8 I	8 I	2 I	2 I	3 I	0 I	23
		I	34.8 I	34.8 I	8.7 I	8.7 I	13.0 I	0 I	20.5
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
	-1.	I	2 I	3 I	8 I	4 I	2 I	1 I	20
		I	10.0 I	15.0 I	40.0 I	20.0 I	10.0 I	5.0 I	17.9
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
	0	I	6 I	1 I	1 I	12 I	2 I	0 I	22
		I	27.3 I	4.5 I	4.5 I	54.5 I	9.1 I	0 I	19.6
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I	2.I	
	1.	I	0 I	2 I	0 I	1 I	2 I	1 I	6
		I	0 I	33.3 I	0 I	16.7 I	33.3 I	16.7 I	5.4

		FRAGE5							
COUNT I								ROW	
ROW	PCT							TOTAL	
		I	-3. I	-2. I	-1. I	0 I	1. I		
FRAGE6		-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-3. I	46 I	6 I	1 I	1 I	1 I	1 I	55	
	I	83.6 I	10.9 I	1.8 I	1.8 I	1.8 I	1.8 I	49.1	
	-I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-2. I	2 I	9 I	5 I	2 I	0 I	18		
	I	11.1 I	50.0 I	27.8 I	11.1 I	0 I	16.1		
	-I-----I-----I-----I-----I-----I								
	-1. I	0 I	1 I	4 I	3 I	2 I	10		
	I	0 I	10.0 I	40.0 I	30.0 I	20.0 I	8.9		
	-I-----I-----I-----I-----I-----I								
	0 I	1 I	1 I	0 I	20 I	3 I	25		
	I	4.0 I	4.0 I	0 I	80.0 I	12.0 I	22.3		
	-I-----I-----I-----I-----I-----I								
	1. I	0 I	0 I	0 I	2 I	2 I	4		
	I	0 I	0 I	0 I	50.0 I	50.0 I	3.6		
	-I-----I-----I-----I-----I-----I								
COLUMN		49	17	10	28	8	112		
TOTAL		43.8	15.2	8.9	25.0	7.1	100.0		

KENDALL'S TAU B = .77054 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE5						
COUNT	I							
ROW PCT	I							ROW
	I							TOTAL
	I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I		
FRAGE7	-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-3. I	12 I	3 I	0 I	1 I	0 I	16	
	I	75.0 I	18.8 I	0 I	6.3 I	0 I	14.3	
	-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-2. I	6 I	2 I	0 I	2 I	0 I	10	
	I	60.0 I	20.0 I	0 I	20.0 I	0 I	8.9	
	-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-1. I	9 I	2 I	4 I	2 I	1 I	18	
	I	50.0 I	11.1 I	22.2 I	11.1 I	5.6 I	16.1	
	-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
0 I	22 I	6 I	6 I	22 I	7 I	63		
I	34.9 I	9.5 I	9.5 I	34.9 I	11.1 I	56.3		
-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
1. I	0 I	4 I	0 I	1 I	0 I	5		
I	0 I	80.0 I	0 I	20.0 I	0 I	4.5		
-----I-----I-----I-----I-----I-----I-----I								
COLUMN		49	17	10	28	8	112	
TOTAL		43.8	15.2	8.9	25.0	7.1	100.0	

KENDALL'S TAU B = .29360 SIGNIFICANCE = .0001

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGES										
		COUNT	I						ROW			
		ROW PCT	I						TOTAL			
			I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I				
FRAGER			I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I				
	-3.	I	24	I	5	I	4	I	3	40		
		I	60.0	I	12.5	I	10.0	I	7.5	35.7		
	-2.	I	14	I	6	I	1	I	2	23		
		I	60.9	I	26.1	I	4.3	I	8.7	20.5		
	-1.	I	2	I	3	I	5	I	9	20		
		I	10.0	I	15.0	I	25.0	I	5.0	17.9		
	0	I	8	I	1	I	0	I	12	22		
		I	36.4	I	4.5	I	0	I	54.5	19.6		
	1.	I	0	I	2	I	0	I	1	3	6	
		I	0	I	33.3	I	0	I	16.7	I	50.0	5.4
	2.	I	1	I	0	I	0	I	0	I	0	1
		I	100.0	I	0	I	0	I	0	I	0	.9
COLUMN			49		17		10		28		8	112
TOTAL			43.8		15.2		8.9		25.0		7.1	100.0

KENDALL'S TAU B = .31755 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE5								
		COUNT	I						ROW	
		ROW PCT	I						TOTAL	
			I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I		
FRAGE9			I	-3.I	-2.I	-1.I	I	I		
	-3.	I	10	I	1	I	1	I	0	13
		I	76.9	I	7.7	I	7.7	I	0	11.8
		-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	
	-2.	I	11	I	3	I	0	I	2	17
		I	64.7	I	17.6	I	0	I	11.8	15.5
		-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	
	-1.	I	3	I	2	I	3	I	6	14
		I	21.4	I	14.3	I	21.4	I	42.9	12.7
		-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	
	0	I	14	I	6	I	2	I	11	33
		I	42.4	I	18.2	I	6.1	I	33.3	30.0
		-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	
	1.	I	7	I	3	I	4	I	6	25
		I	28.0	I	12.0	I	16.0	I	24.0	22.7
		-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	-I	

	-1-----1-----1-----1-----1	
-1.	I 4 I 4 I 6 I 5 I 1 I 20	
	I 20.0 I 20.0 I 30.0 I 25.0 I 5.0 I 17.9	
	-1-----1-----1-----1-----1	
0	I 9 I 1 I 0 I 12 I 0 I 22	
	I 40.9 I 4.5 I 0 I 54.5 I 0 I 19.6	
	-1-----1-----1-----1-----1	
1.	I 1 I 1 I 0 I 3 I 1 I 6	
	I 16.7 I 16.7 I 0 I 50.0 I 16.7 I 5.4	
	-1-----1-----1-----1-----1	
2.	I 1 I 0 I 0 I 0 I 0 I 1	
	I 100.0 I 0 I 0 I 0 I 0 I .9	
	-1-----1-----1-----1-----1	
COLUMN	55 18 10 25 4 112	
TOTAL	49.1 16.1 8.9 22.3 3.6 100.0	

KENDALL'S TAU B = .28686 SIGNIFICANCE = .0002

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

FRAGE6													
COUNT		I											
ROW PCT		I											
		I											
		I	-3.1	I	-2.1	I	-1.1	I	01	I	1.1		
FRAGE9		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
	-3.	I	10	I	2	I	1	I	0	I	0	I	13
		I	76.9	I	15.4	I	7.7	I	0	I	0	I	11.8
		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
	-2.	I	12	I	4	I	1	I	0	I	0	I	17
		I	70.6	I	23.5	I	5.9	I	0	I	0	I	15.5
		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
	-1.	I	3	I	1	I	2	I	7	I	1	I	14
		I	21.4	I	7.1	I	14.3	I	50.0	I	7.1	I	12.7
		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
	0	I	16	I	5	I	1	I	11	I	0	I	33
		I	48.5	I	15.2	I	3.0	I	33.3	I	0	I	30.0
		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
	1.	I	10	I	4	I	5	I	4	I	2	I	25
		I	40.0	I	16.0	I	20.0	I	16.0	I	8.0	I	22.7
		-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1		
2.	I	3	I	1	I	0	I	2	I	1	I	7	
	I	42.9	I	14.3	I	0	I	28.6	I	14.3	I	6.4	
	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1			
3.	I	0	I	1	I	0	I	0	I	0	I	1	
	I	0	I	100.0	I	0	I	0	I	0	I	.9	
	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-1			
COLUMN		54			18			10			24		
TOTAL		49.1			16.4			9.1			21.8		
											4		
											110		
											100.0		

KENDALL'S TAU B = .19296 SIGNIFICANCE = .0073

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

FRAGE7									
COUNT		I						ROW	
ROW PCT		I						TOTAL	
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I		
FRAGE8		-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-3.	I	10 I	6 I	9 I	14 I	1 I	40	
		I	25.0 I	15.0 I	22.5 I	35.0 I	2.5 I	35.7	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-2.	I	2 I	4 I	7 I	10 I	0 I	23	
		I	8.7 I	17.4 I	30.4 I	43.5 I	0 I	20.5	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-1.	I	0 I	0 I	2 I	16 I	2 I	20	
		I	0 I	0 I	10.0 I	80.0 I	10.0 I	17.9	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	0	I	4 I	0 I	0 I	17 I	1 I	22	
		I	18.2 I	0 I	0 I	77.3 I	4.5 I	19.6	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	1.	I	0 I	0 I	0 I	5 I	1 I	6	
		I	0 I	0 I	0 I	83.3 I	16.7 I	5.4	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	2.	I	0 I	0 I	0 I	1 I	0 I	1	
		I	0 I	0 I	0 I	100.0 I	0 I	.9	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
COLUMN		16	10	18	63	5	112		
TOTAL		14.3	8.9	16.1	56.3	4.5	100.0		

KENDALL'S TAU B = .37159 SIGNIFICANCE = .0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 2

		FRAGE7							
COUNT		I						ROW	
ROW PCT		I						TOTAL	
		I	-3.I	-2.I	-1.I	0I	1.I		
FRAGE9		-----I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-3.	I	7 I	1 I	0 I	4 I	1 I	13	
		I	53.8 I	7.7 I	0 I	30.8 I	7.7 I	11.8	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-2.	I	0 I	4 I	3 I	9 I	1 I	17	
		I	0 I	23.5 I	17.6 I	52.9 I	5.9 I	15.5	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	-1.	I	1 I	1 I	3 I	8 I	1 I	14	
		I	7.1 I	7.1 I	21.4 I	57.1 I	7.1 I	12.7	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	0	I	4 I	2 I	4 I	23 I	0 I	33	
		I	12.1 I	6.1 I	12.1 I	69.7 I	0 I	30.0	
		-I-----I-----I-----I-----I-----I							
	1.	I	1 I	1 I	5 I	16 I	2 I	25	
		I	4.0 I	4.0 I	20.0 I	64.0 I	8.0 I	22.7	
		Y	Y	Y	Y	Y	Y		

2.	I	2	I	1	I	2	I	2	I	0	I	7
	I	28.6	I	14.3	I	28.6	I	28.6	I	0	I	6.4
3.	I	0	I	0	I	0	I	1	I	0	I	1
	I	0	I	0	I	0	I	100.0	I	0	I	.9
COLUMN		15		10		17		63		5		110
TOTAL		13.6		9.1		15.5		57.3		4.5		100.0

KENDALL'S TAU B = .10544 SIGNIFICANCE = .0924

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

FRAGE8											
COUNT	I										
ROW PCT	I										ROW
	I										TOTAL
FRAGE9	I	-3.1	I	-2.1	I	-1.1	I	0.1	I	1.1	2.1
	I	-3.1	I	9.1	I	2.1	I	0.1	I	2.1	0.1
	I	69.2	I	15.4	I	0.1	I	15.4	I	0.1	0.1
	I	-2.1	I	3.1	I	7.1	I	5.1	I	1.1	1.1
	I	17.6	I	41.2	I	29.4	I	5.9	I	0.1	5.9
	I	-1.1	I	4.1	I	2.1	I	6.1	I	2.1	0.1
	I	28.6	I	14.3	I	42.9	I	14.3	I	0.1	0.1
	I	0.1	I	12.1	I	4.1	I	4.1	I	12.1	1.1
	I	36.4	I	12.1	I	12.1	I	36.4	I	3.0	0.1
	I	1.1	I	7.1	I	5.1	I	5.1	I	4.1	0.1
	I	28.0	I	20.0	I	20.0	I	16.0	I	16.0	0.1
	I	2.1	I	3.1	I	3.1	I	0.1	I	1.1	0.1
	I	42.9	I	42.9	I	0.1	I	0.1	I	14.3	0.1
	I	3.1	I	0.1	I	0.1	I	1.1	I	0.1	0.1
	I	0.1	I	0.1	I	0.1	I	100.0	I	0.1	0.1
COLUMN		38		23		20		22		6	
TOTAL		34.5		20.9		18.2		20.0		5.5	

KENDALL'S TAU B = .13155 SIGNIFICANCE = .0445

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 4

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abk.	Abkürzung
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AFK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AG	Aktiengesellschaft
AgAp	Arbeitsgruppe Alternativpresse
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BauGB	Baugesetzbuch
Bayer.	Bayerisch(e)
BayGO	Bayerische Gemeindeordnung
BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BayPrG	Gesetz über die Presse vom 03.Oktober 1949 (BayRS 2250-1-I), geändert durch Gesetz vom 03.08.1983 (GVBl S. 542)
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVB1	Bayerischer Verwaltungsblätter
BaWÜGO	Baden-Württembergische Gemeindeordnung
BBauG	Bundesbaugesetz
Bd.	Band
BDZV	Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB1	Bundesgesetzblatt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
bzgl.	bezüglich
CDU	Christliche Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dies./ders.	dieselbe/derselbe
DÜV	Die Öffentliche Verwaltung
DST	Deutscher Städtetag
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
Einw.	Einwohner
f., ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
Fußn.	Fußnote
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GO	Gemeindeordnung
GONW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westphalen

GVBl	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
hrsg. v.	herausgegeben von
ID	Frankfurter Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
i.d.F.	in der Fassung
insbes.	insbesondere
i.V.m.	in Verbindung mit
Jh.	Jahrhundert
Jhrg./Jg.	Jahrgang
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
LPG	Landespresseggesetz
MEG	Medienerprobungs- und entwicklungsgesetz
Mill.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
mwN.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
Nieders.	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenzeitung
o.g.	oben genannt(e)
PolSt	Politische Studien
PVS	Politische Vierteljahresschrift
Rdnr.	Randnummer
Reg.	Regierung
S.	Seite
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StBauFG	Städtebauförderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Berliner Tageszeitung
TOP	Tagesordnungspunkt
Verf.	Verfasser
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
ZfP	Zeitschrift für Politik/Neue Folge, Organ der Hochschule Politik München, hrsg. v. Rupert Hofmann u.a., Köln
zit.	zitiert
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZV + ZV	Zeitungs- und Zeitschriftenverlag, "Das Organ für Presse und Werbung"

Neben diesen Abkürzungen werden übliche Abkürzungen (wie etwa d.h., z.B. oder u.a.) verwendet.

- Anmerkungen -

I. Fragestellung, Zielsetzung und Vorgehensweise der Arbeit

- 1 Hierzu zählen neben Kabel- und Satellitenfernsehen, Telefax, Teletext, Bildschirmtext, Kabeltext, Videotext, Pay-TV, Video und Bildplatte auf örtlicher Ebene vor allem das Regional-Fernsehen und der lokale Rundfunk.
- 2 Mit einer Auflage von ca. 27 Mill. Zeitungen und 246 Mill. Zeitschriften pro Erscheinungstermin hat die Bundesrepublik Deutschland das größte Presseangebot der Welt. Vgl. hierzu Endres Alfred; Strategien kommunaler Öffentlichkeitsarbeit. Mit Bürger und Presse im Gespräch. Stuttgart u.a. 1984 S. 71
- 3 Sog. Riepl'sches Gesetz. Vgl. hierzu Riepl Wolfgang, Das Nachrichtenwesen des Altertums, mit besonderer Rücksicht auf die Römer; Leipzig/Berlin 1913, S. 5
- 4 Vgl. Saxer Ulrich: Führt ein Mehrangebot an Programmen zu selektivem Rezipientenverhalten? Thesen zu gesellschaftlichen Folgen erhöhter Publikumsselektivität. In: Media Perspektiven 6/80 S.402
- 5 Vgl. hierzu Roegele Otto B., Die Chancen der Zeitung - die neuen Medien In: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 25, 9. Auflage, Mannheim 1977 S. 651 - 654
- 6 In diesem Sinne vgl. insbesondere Bormann Manfred, Kommunalpolitik im Gemeinschaftskunde-Unterricht, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1977, S. 7, 64 ff
- 7 Vgl. hierzu die Ergebnisse der Untersuchung von Zoll Ralf u.a. In: Wertheim III. Kommunalpolitik und Machtstruktur, München 1974
- 8 Vgl. hierzu Beywl Wolfgang, Lokale Alternativpresse - Eine erste Bestandsaufnahme In: Media Perspektiven 3/82 S. 184
- 9 Hierzu gehören insbesondere die Fraktions- und Parteivorsitzenden, die Beigeordneten, die Dezernenten und die Leiter wichtiger Ämter
- 10 Vgl. zum Ganzen insbesondere Zoll Ralf u.a., Wertheim III, aaO. S. 56 ff.; Hess Robert, Rat und Verwaltung in der gemeindlichen Willensbildung In: Gabriel Oskar W. (Hrsg.), Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979 S. 124
- 11 Vgl. Le Bon, Gustave, Psychologie der Massen, 15. Auflage, München 1982

II. Geschichte, Struktur und Wesen der Alternativpresse im lokalen Kommunikationsraum

Zu II.1 Die Alternativpresse in der Bundesrepublik Deutschland

- 1 Vgl. Silbermann, Alphons, Handwörterbuch der Massenkommunikation u. Medienforschung Berlin 1982; in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz Winfried (Hrsg.) Publizistik, Fischer Lexikon, Frankfurt 1980; Döhn, Lothar/Klößner Klaus Medienlexikon, Kommunikation in Gesellschaft und Staat, Baden-Baden 1979. Auch in dem Buch "Medienkundliches Handbuch. Die Zeitung" von Brand, Peter/Schulze, Volker (Hrsg.), Braunschweig 1982, das die Zeitung als Lernstoff für die Schule aufbereitet, wird die Alternativpresse nicht erwähnt. Bei Koszyk, Kurt/Prys, Karl Hugo, Handbuch der Massenkommunikation, München 1981, S. 11, wird die Alternativpresse behandelt unter dem Begriff "Alternativ-Publizistik". "Meyers Enzyklopädisches Lexikon und alle anderen großen einschlägigen Lexika, die in den 80er Jahren neu aufgelegt wurden, befassen sich mit dem Begriff "Alternativpresse" ebenfalls nicht. Beck, Reinhart, Sachwörterbuch der Politik, 2. Auflage, Stuttgart 1986, S. 26-32, geht unter dem Stichwort "Alternativbewegung" kurz auf die "Alternativpresse" ein.
- 2 Vgl. hierzu Jarren, Otfried, Printmedien in der Kommune. Theoretische Annahmen und empirische Befunde, in: Medium 12/80, S. 7-13
- 3 Vgl. Jarren, Otfried, Kommunale Kommunikation: eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sublokaler Medien, München 1984, S. 147
- 4 Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978) - Medienbericht - Drucksache 8/2264 des Dtsch. Bundestages S. X, 67,68 (zit. Medienbericht 1978); Meyn, Hermann, Ungeahnte Vielfalt: Die Presse der Bundesrepublik in: Neue Politische Literatur, 4/1982, S. 463, 470f; Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 147
- 5 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO., S. 148/149
- 6 Ziele sind insbesondere die Schaffung von "Gegenöffentlichkeit", die Beseitigung der "Ein-Weg-Kommunikation" und der Rollentausch von Kommunikatoren und Rezipienten.
- 7 Jarren, Otfried, Kommunale Kommunikation, aaO. S. 150/151 verweist hier insbes. auf: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.): Lokalkommunikation. Analysen, Beispiele, Alternativen, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 5, München 1980, S. 204-225 und auf die Autorengruppe "Märkische Viertel Zeitung": Stadtzeitung. Reinbek 1974. Brüseke, Franz/Große-Oetringhaus, Hans-Martin, Blät-

ter von unten, Alternativzeitungen in der Bundesrepublik, Offenbach 1981, stellen am Beispiel der Alternativzeitung "Knipdrolling" in Münster die Konflikte zwischen alternativem Anspruch, politischen Zielen und ökonomischen Notwendigkeiten (S. 48, 49) dar und berichten ausführlich über die Alltagsprobleme der Alternativpresse (S. 51 ff.).

- 8 Vgl. zu diesem Themenbereich auch die ausführlichen Untersuchungen von Beywl, Wolfgang/Brombach, Hartmut, kritische Anmerkungen zur Theorie der Alternativpresse in: Publizistik 4/1982, S. 551-569 und die Arbeiten von Dorsch, Petra E., Neue Medien im sublokalen Kommunikationsraum - Die sogenannte Alternativpresse in ihrem sozialen Umfeld. Gutachten für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, München 1981 (unveröffentlicht); dies.: Die Alternativzeitungen - ihr Markt und ihre Macher in: Media Perspektiven 10/1982, S. 660-667.
- 9 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 151, weist hier insbesondere auf Probleme bei der Repräsentativität, der Typenbildung und der Zuordnung einzelner Medien zu den gebildeten Kategorien hin.
- 10 Vgl. hierzu Beywl W./Brombach H., kritische Anmerkungen aaO. S. 554 ff.; Beywl, Wolfgang, Eine erste Bestandsaufnahme in: Media Perspektiven 3/1982, S. 184-190; Hübsch, Hadayatullah, Alternative Öffentlichkeit-Freiräume der Information und Kommunikation, Frankfurt/M. 1980, S. 103 ff.; Beywl, Wolfgang/Müller, Gisela, Versuch zur Typologie der Alternativpresse. Erarbeitet unter Anleitung von Reinhard Oppermann im Rahmen des DFG-Kleinförderprojektes "Alternativpresse in der Bundesrepublik Deutschland" (OP 29/1), Bonn 1981, S. 5-12; Braukmann, Werner, Auch: eine Zeitung von oben, Die "Märkische Viertel Zeitung" (MVZ) als notwendig falscher Schritt in der Entwicklung der derzeitigen Alternativpresse in: Medium 3/1978, S. 33-46; Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 154, 155.
- 11 Sie reichen von "Parteiverdrossenheit" über "Legitimationskrise" des Staates und "Mangel an politischer Kultur" bis zur "Krise des politischen Systems der Bundesrepublik". Vgl. im einzelnen hierzu Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 7.
- 12 Vgl. Beywl, Wolfgang, Die Alternativpresse - ein Modell für Gegenöffentlichkeit und seine Grenzen in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B45/82, S. 19.
- 13 "Niederlage oder Erfolg der Protestaktion". Erklärung des SDS, Juni 1967, zit. nach Beywl, W., Die Alternativpresse aaO. S. 21

- 14 Zu den verschiedenen Definitionsversuchen vgl. die Zusammenstellung bei Werner, Axel, Bürgerinitiativen - Versuch einer Bestandsaufnahme theoretischer Positionen und empirischer Befunde. in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975 S. 257-259; zur Kritik und zur Einteilung der Bürgerinitiativen vgl. aaO. S. 268 ff. Nach Haffner, S., Bürgerinitiativen: Sinn und Unsinn. in: ders. (Hrsg.), bürgerinitiativ, Stuttgart 1974, S. 7-13 sind Bürgerinitiativen entgegen ihrer Bezeichnung überwiegend nicht "initiativ" sondern "reaktiv"; denn sie reagieren meist auf behördliche Planungen und Entscheidungen, die verhindert oder rückgängig gemacht werden sollen. Vgl. ferner Guggenberger, Bernd, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie: von der Ökologiebewegung zur Umweltpartei; Stuttgart u. a. 1980, S. 18 ff; Stankowski, Martin, Die Szene und ihre "Macher" - oder was ist alternativer Professionalismus? in: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 62 ff.
- 15 Vgl. hierzu: Der Staatsbürger, Beilage der Bayer. Staatszeitung Nr. 4, April 1985, Thema: Die "neuen sozialen Bewegungen", München 1985, S. 2 (Zitation: Die "neuen sozialen Bewegungen"); vgl. zum Begriff "Bürgerinitiative" ferner Schlafke, Winfried, Abseits: Die Alternativen - Irrweg oder neue Weltkultur?, Köln 1979, S. 17 ff.
- 16 Zu den bevorzugten Tätigkeitsfeldern im Lokalen; vgl. Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 255, 256
- 17 Zur Rolle und zur Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und Westberlin, Analyse von 61 Bürgerinitiativen. Bericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin. in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1973, S. 285
- 18 Zu den gesellschaftlichen Ursachen der Bürgerinitiativen im einzelnen vgl. Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 254 ff und Weiler, Gabriele/Volmer, Angelika, Bürgerinitiativbewegungen heute, in: Politische Studien, 31. Jhrg., Sept./Okt. aaO. S. 21-551
- 19 Vgl. hierzu und zum Verhältnis der Bürgerinitiativen zu anderen Organisationen Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 265, 266
- 20 Vgl. hierzu Die "neuen sozialen Bewegungen" aaO. S. 2
- 21 Zur Binnen- u. zur Mitgliederstruktur vgl. Forschungsbericht der Universität Berlin zur Rolle und zur Funktion von Bürgerinitiativen, aaO. S. 263-267; Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 260 ff.
- 22 Zu den GRÜNEN insgesamt, insbes. zu ihrem Profil, zu ihren Anhängern und zu ihrer ideologischen Selbsteinschätzung vgl.

- Veen, Hans-Joachim, Wer wählt grün? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 35-36/84, S. 3-17; vgl. ferner: Die "neuen sozialen Bewegungen" aaO. S. 3
- 23 Sie geht zurück bis ins 19. Jhrd. Ursprünglich konzentrierte sie sich auf die Themenbereiche Bildung und berufliche Qualifikation, Sittlichkeit und neue Ethik, sowie auf die Forderung nach dem Frauenstimmrecht. Mit der Verankerung dieses Rechtes in der Weimarer Verfassung und der Reform der Mädchenbildung hatte die Frauenbewegung zunächst ihre wesentlichen Ziele erreicht. Vgl. hierzu Die "neuen sozialen Bewegungen" aaO. S. 4.
- 24 Die "neuen sozialen Bewegungen", aaO. S. 4
- 25 Bei der CDU/CSU die "Frauen-Union", bei der SPD die "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen" (AsF)
- 26 Im kirchlichen Bereich sind hier vor allem zu nennen: Pax Christi, Initiative "Kirche von unten", Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF), Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Ohne Rüstung leben (ORL) und der Internationale Versöhnungsbund, dazu gehören ferner DKP-orientierte Kräfte, Teile der SPD und der Gewerkschaften, Judos und Jusos, autonome Friedensgruppen, die "Grünen", die Frauenfriedensbewegung sowie die sogenannten Eurozentristen (insbes. Bunt-Alternative-Listen), die ein neutrales, atomwaffenfreies Europa anstreben. (zit. nach Die "neuen sozialen Bewegungen", aaO. S. 5)
- 27 Zum Ganzen vgl. Die "neuen sozialen Bewegungen", aaO. S. 4, 5.
- 28 Vgl. hierzu Schwendter, Rolf, Welche Überlebenschancen hat die Alternativbewegung? in: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112 April 83, S. 46 ff.
- 29 Schwendter, R., Welche Überlebenschancen, aaO. S. 47
- 30 Dies gilt hinsichtlich der Bürgerinitiativbewegung nur bedingt, soweit sie lokal begrenzte Ziele aus eigener Betroffenheit heraus verfolgt.
- 31 Schwendter, R., Welche Überlebenschancen, aaO. S. 47; Weichler, Kurt, Gegendruck. Lust und Frust der alternativen Presse, Reinbek 1983, S. 9 ff. 13.
- 32 Vgl. Die "neuen sozialen Bewegungen", aaO. S. 3
- 33 Schwendter, R., Welche Überlebenschancen, aaO. S. 47
- 34 Hierunter sind vor allem Randgruppen, wie Kriminelle, Drogenabhängige, Zigeuner u. ä. zu verstehen.
- 35 Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Untersuchung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Ge-

sundheit vom April 1981 in: Aus Politik und Zeitgeschichte
Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 39/81, S. 3 ff.
(zit.: Untersuchung "Zur alternativen Kultur").

- 36 Z. B. die Genossenschaftsbewegung und die Arbeiterbewegung, die gleichsam als große Bürgerinitiative begonnen hat und die in der Zeit von 1820 bis 1840 auch nur ein "Netzwerk" von alternativen Erscheinungsformen war; vgl. hierzu Schwendter, R., Welche Überlebenschancen, aaO. S. 49, 53.
- 37 Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums, Reinbek 1973, zit. nach Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen... aaO. S. 552, Fußn. 10
- 38 Zu den Zukunftsängsten in der pluralistischen Demokratie vgl. neben Roegele, Otto B., Massenmedien und Regierbarkeit in: Regierbarkeit, hrsg. von Hennis, Wilhelm u. a. Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 177-179 insbes. Theisen, Heinz, Zukunftsängste und pluralistische Demokratie. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 35-36/84, S. 19-28, 22, der darauf hinweist, daß in den westlichen Demokratien eine positive Selbstdarstellung des Systems in den unabhängigen Medien eher die Ausnahme ist, da hier eine Tendenz dahin besteht, das Nicht-Normale zu betonen, weil die allgemeine Informationsflut fast zur Dramatisierung zwingt, wenn für bestimmte Anliegen noch Aufmerksamkeit erreicht werden soll.
- 39 Die Alternativzeitungen sind Produkte dieses Entmischungs- u. Differenzierungsprozesses: vgl. im einzelnen Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Frankfurt/Main 1978 S. 14 ff.
- 40 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 105 ff.; vgl. zur Dialogfähigkeit auch Schlaffke, W., Abseits, aaO. S. 193 ff.
- 41 Vgl. Die "neuen sozialen Bewegungen", aaO. S. 2
- 42 Vgl. Beywl, Wolfgang, AG Gegenöffentlichkeit, Kurzreferat von der Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) an der Universität Bonn (vervielfältigtes Protokoll/nicht veröffentlicht).
- 43 Vgl. Stankowski, M., Die Szene, aaO. S. 62ff. spricht von "Gegenmedien; ebenso Eurich, Claus, Gegen- oder Komplementärmedien? Zu Gegenstand, Funktion und Ursache "Alternativer" Kommunikation in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Stadtteilzeitung und lokale Kommunikation, München u. a. 1980, S. 13 ff; Brüseke, F./Groß-Oetringhaus, H.-M., Blätter von unten... aaO. S. 7 fassen die Alternativzeitungen unter dem Oberbegriff "Blätter von unten" zusammen.
- 44 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 145 ff.
- 45 Vgl. Beywl, W., Lokale Alternativpresse, aaO. S. 184

- 46 Vgl. hierzu Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 551 f., Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S.63
- 47 Daum, Thomas, 13 Jahre Alternativpresse. in: 6. Mainzer Mini-Pressen-Messe Katalog, Mainz 1981 (ohne Seitenangabe); zitiert nach Beywl, W., Lokale Alternativpresse aaO. S. 184 Anmerkung 5
- 48 Daum, Thomas, Die 2. Kultur. Alternativliteratur in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1981. Auf diese Alternativliteratur, insbes. auf die alternativen Literatur-Zeitschriften kann im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Einmal, weil die Problemstellung und die Schwerpunkte anders gelagert sind als bei der (lokalen) Alternativpresse und zum anderen, weil die seit Anfang der 70er Jahre geführte Selbstverständnisdiskussion noch nicht abgeschlossen ist und die Funktionen alternativen Literaturschaffens umstritten sind.
- 49 ID Nr. 138/139 vom 21.08.1976
- 50 Die Frage, ob (lokale) Parteizeitungen der Alternativpresse zugeordnet werden sollen, wird in der Literatur sehr differenziert und ausführlich behandelt vgl. hierzu insbes. Jarren, Otfried, Statt weniger Großer-viele Kleine? Funktionswandel der Presse in: Thomas, Michael Wolf (Hrsg.) Die lokale Betätigung oder der Bürger und seine Medien, Berlin u. a. 1981, S. 68; Eurich, C., Gegen- oder Komplementärmedien? aaO. S. 21; Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 551
- 51 Vgl. Weichler, K., Gegendruck. aaO. S. 32 mwN.
- 52 Beywl, W., Lokale Alternativpresse aaO. S. 185 ff.
- 53 Dorsch, P., Die Alternativzeitungen aaO. S. 660, 662. Die alternativen Projekte werden von ihr auf 12.000 geschätzt.
- 54 Vgl. Untersuchung "Zur alternativen Kultur" aaO. S.10; Beck, Rainhart, Sachwörterbuch, aaO, S. 32 schätzt die Alternativpresse im Jahre 1980 auf 240 regelmäßig erscheinende Zeitschriften mit 300 000 Exemplaren und die Gesamtauflage aller alternativen Blätter auf ca. 1,6 Mill.
- 55 Vgl. Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) (Hrsg.), Riesen-großes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, Extraausgabe 1982, Bonn 1982, 3. Aufl., S. 3, 27-30
- 56 zitiert nach Weichler, H., Gegendruck. aaO. S. 35
- 57 Herminghaus, Werner, Stadtteilzeitungen - keine Alternative, aber ein Ansatz zu einem neuen Lokaljournalismus, in: Media Perspektiven 8/80 S. 558, 559
- 58 Nach Koszyk H./Prys K.H., Handbuch aaO. S. 11, 12 beträgt die Zahl der lokalen Parteienzeitungen 2.450 mit einer Gesamtauflage von 5 Millionen Exemplaren im Quartal.

- 59 Zitiert nach "Der Spiegel" 3/1985, S. 132: Alternativpresse-Linke Lieblinge.
- 60 Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen, aaO, S. 552
- 61 Zur Entstehung insgesamt vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 63, 64. Untersuchung. "Zur alternativen Kultur" aaO. S. 9, 10.
- 62 Weichler, K., Gegendruck aaO. S. 22.
- 63 Zit. nach Weichler, K., Gegendruck aaO. S. 22.
- 64 Zit. nach Weichler, K., Gegendruck aaO. S. 22, 23.
- 65 Dorsch, Petra E., Was liest, sieht, hört die junge Generation? in: Bertelsmann Briefe 111/112, April 1983, S. 60, 61
- 66 Vgl. z. B. Hübsch, H., Alternative Öffentlichkeit, aaO. S. 97: "Wir machen unsere Zeitschriften aus dem gleichen Grunde, aus dem kleine Kinder herumlaufen, schreien und Lärm machen. Weil wir leben! Das ist alles. Weil wir leben!"
- 67 Um eine grundlegende Bestandsaufnahme hat sich insbes. die AgAp bemüht (Riesengroßes Verz. 1982 aaO.), vgl. hierzu ferner zusammenfassend Dorsch P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 660 ff; dies., Neue Medien im sublokalen Raum aaO.
- 68 Vgl. Untersuchung "Zur alternativen Kultur" aaO. S. 9/10 und Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 551
- 69 Dorsch, P., Was liest, sieht aaO. S. 60
- 70 Zur Macht und zum Verhältnis etablierte Presse-Alternativbewegungen vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse aaO. S. 18 ff.
- 71 Schwendter, R., Welche Überlebenschancen hat, aaO. S. 53
- 72 Vgl. Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 552; Eurich, C., Gegen- oder Komplementärmedien, aaO S. 26 ff.
- 73 Stankowski, M., Die Szene und aaO. S. 62
- 74 Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 552
- 75 Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 553
- 76 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 88
- 77 Brüseke F./Große-Oetringhaus, H., Blätter von unten aaO. S. 55; zum Begriff und zum Konzept der Gegenöffentlichkeit im einzelnen vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse aaO. D. 20ff; insbes. zum Begriff "partikulare Gegenöffentlichkeit" vgl. Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 559 ff.; zum Gan-

- zen Negt, Oskar/Kluge, Alexander, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, 4. Aufl., Frankfurt 1976
- 78 Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 64; Koszyk K./Prys, K.-H, Handbuch, aaO. S. 164
- 79 Dorsch P., Was liest, sieht aaO. S. 60, 61
- 80 Münchner-Blatt-Kollektiv; zit. nach Weichler K., Gegendruck aaO. S. 114
- 81 Vgl. Brüseke F./Große-Oetringhaus H., Blätter von unten, aaO. S. 27.
- 82 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 116
- 83 Insbes. Szenenblätter werfen den Stadtmagazinen u. Stadtillustrierten vor, sich bei den "bürgerlichen Volksmassen anbiedern" zu wollen, Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 42
- 84 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 42.
- 85 Insbes. den Stadtmagazinen u. den Stadtillustrierten ging es nicht mehr so sehr darum, nur für die Szene zu schreiben, oder einen organisatorischen Vermittlungsapparat zur Verfügung zu stellen, sondern darum, der von den bürgerlichen Medien betriebenen "Zersetzung des Bewußtseins" mit einer eigenen Zeitung zu begegnen. Die Initiatoren des Nürnberger Plärrer, umschreiben ihre Ziele in einem Positionspapier für "potentielle freie Mitarbeiter" wie folgt: "Ziel ist es, kontinuierlich Fakten, Einschätzungen und Richtigstellungen zu veröffentlichen, die von den bürgerlichen Zeitungen verschwiegen, entstellt oder tendenziös kommentiert werden (...). Dabei sind weder plumpe Vereinfachungen der Problematik, noch deren Reduzierung auf theoretische Insider-Diskussionen hilfreich. Vielmehr sollen sämtliche Erfahrungsbereiche berührt, sowie durch Analyse und Hintergrund-Informationen durchschaubarer gemacht werden. Natürlich kann das geplante Magazin auch zum Forum für ... Auseinandersetzung in wichtigen Fragen werden." zit. nach Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 39
- 86 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 40
- 87 Bereits gegen Ende des 19. Jhrd. und in der Weimarer Verfassung war es zu einer Pressekonzentration gekommen, die Hitler zur Gleichschaltung der Presse nutzte. Nach der Lizenzensfreigabe im Jahre 1949 setzte in der Bundesrepublik Deutschland aus ökonomischen Gründen sehr bald ein neuer Konzentrationsprozeß ein. Die Zahl der Kreise, in denen es nur noch eine (Lokal-) Zeitung gibt, stieg von 15,2 % im Jahre 1954 auf 45,3 % im Jahre 1976 und auf 46,2% im Jahre 1981. In diesen sog. Einzelzeitungskreisen wohnen 34,7 % aller Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Obwohl die Auflage der deutschen Tageszeitungen von 13,4 Mill. auf 19,2 Mill. täglich gestiegen ist, ist

- die Zahl der publizistisch en Einheiten, d. h. der selbstständigen Zeitungsredaktionen von 225 im Jahre 1954 auf 121 im Jahre 1976 gesunken. Vgl. zum Ganzen Beywl. W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 552 mwN.; Beywl, Wolfgang/Brombach, Hartmut, Nicht bloß Theorie in: Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 64 mwN.; Nach Löffler, Martin, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 19, Mannheim 1981, S. 235 lag die Zahl des Einzelzeitungskreise 1976 bei 40,4 %.
- 88 Zoll, Ralf u. a., Wertheim III, Kommunalpolitik und Machtstruktur, München 1974, aaO. S. 179 ff., 198 ff., 237 f. hat inzwischen dargelegt und hinreichend nachgewiesen, daß das Vorhandensein mehrerer Lokalzeitungen allein noch keine Pressevielfalt im Sinne einer kritischen Öffentlichkeit bedeutet. Im Übrigen vgl. zum Thema Pressekonzentration und Meinungsvielfalt unten Ziff. III. 2.3.8, 3b .
- 89 Vgl. Dorsch, P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 663, 664
- 90 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 148
- 91 Vgl. Medienbericht 1978, aaO. S. X, 68
- 92 Zur Uniformität von Wettbewerbszeitungen vgl. Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 552
- 93 Vgl. hierzu Knoche M./Schulz W., Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. Eine vergleichende Inhaltsanalyse des Lokalteils von Monopol- und Wettbewerbszeitungen in: Publizistik 14. Jhrg., 1969, S. 298 ff, der in einer Stichprobe eine Kontrollgruppe von Monopolzeitungen einer Kontrollgruppe von Wettbewerbszeitungen gegenübergestellt hat.
- 94 Aufzählung nach Brüseke F./Große-Oetringhaus H., Blätter von unten, aaO. S. 56. Die Verbandsunabhängigkeit gehörte nicht von Anfang an zu den Definitionskriterien.
- 95 Beywl W./Müller G., Versuch zur Typologie, aaO. S. 5-7; vgl. auch Beywl W., Lokale Alternativpresse, aaO. S. 185
- 96 Jarren, O., Statt weniger Großer, aaO. S. 69
- 97 Vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO, S. 62, 64 ff; Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 554-565
- 98 Nach der oben unter Ziff. II 1.3.1, S. 24 vom ID gegebenen Begriffsbestimmung gehörten die nicht nur lokal und regional, sondern landes- u. bundesweit erscheinenden Publikationen nicht zur Alternativpresse. Heute wird diese Differenzierung nicht mehr aufrecht erhalten und auch überregional erscheinende Zeitungen zur Alternativpresse gezählt. Vgl. hierzu auch AgAp, Riesengroßes Verzeichnis 82, aaO. S. 3 ff. Von "lokaler Alternativzeitung" im Gegensatz zur "Alternativzeitung" spricht Beywl,

W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 47, dann, wenn sich die "Themenschwerpunkte, sowie die Wohnorte der Leserschaft und der Redaktionsmitglieder auf ein lokal oder regional abgegrenztes Gebiet" konzentrieren und wenn die Zeitung über "ein breites lokales Themenspektrum" berichtet und sich "prinzipiell an alle Bewohner des Verbreitungsgebietes" richtet und sich nicht auf bestimmte Zielgruppen (wie z.B. lokale Frauenzeitungen) oder Themenschwerpunkte (z.B. lokale Umweltzeitungen) beschränkt. Eine Gliederung des vorliegenden Materials in "Alternativzeitungen" und "lokalen Alternativzeitungen" auf der Basis dieser Definition wäre erst nach einer ausführlichen Inhaltsanalyse möglich. Wegen des Umfangs und der Verschiedenartigkeit der einzelnen Zeitungen (Format, Layout, Schrifttyp, Überschriftengrößen...) würde eine solche Analyse den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es wird hier vielmehr davon ausgegangen, daß Alternativzeitungen, die von der Städt. Pressestelle registriert werden und deren Einfluß auf den kommunalen Bereich auch bewertet wird, sich auch mit kommunalen Themen (regelmäßig) auseinandersetzen, so daß eine Unterscheidung zwischen "Alternativzeitungen" u. "lokalen Alternativzeitungen" hier nicht notwendig ist.

- 99 Vgl. Groß, Helmut, Alternativzeitungen nicht abqualifizieren. Radikale Pluralität bringt rechtliche Schwierigkeiten. in: Stuttgarter Zeitung, 107, 10.05.1979, S. 6; Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 555.
- 100 Vgl. Brüseke F./Große-Oetringhaus H., Blätter von unten, aaO. S. 59.
- 101 Vgl. Weichler K., Gegendruck, aaO. S. 115 ff.
- 102 Zu weiteren inhaltlichen Besonderheiten gegenüber etablierten Zeitungen gehört ferner, daß Sport in Alternativzeitungen so gut wie überhaupt nicht erscheint. Das liegt weniger daran, daß er sich schlecht für die "Revolutionierung unserer Gesellschaft" eignet, sondern hat schlicht mit der Tatsache zu tun, daß Sportnachrichten aktuell sein müssen, was bei Blättern mit monatlichen oder noch längeren Erscheinungsintervallen nur schwer möglich ist; vgl. Weichler K., Gegendruck, aaO. S. 87 f.
- 103 Vgl. In Latzhosen und auf Stöckelschuhen. Markterfolg und Gegenöffentlichkeit der Stadtmagazine in: Der Spiegel, Nr. 42, 1985, S. 82-91.
- 104 Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 555, die als Beispiele vor allem "Spiegel" und "Stern" nennen.
- 105 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 202.
- 106 Vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 62, 64.
- 107 Vgl. Biege, Hans-Peter, Mit Rhetorik ändert man keine Interessen. Plädoyer für eine neue Qualität lokaler Kommunikation in: Norbert Lang (Hrsg.), EGS - Texte, Verständigung im Alltag? S. 174, 175.

- 108 Biege, aaO. S. 174, 175 zeigt am Beispiel der Alternativzeitung Ratzegriffel die Schwierigkeiten auf, die sich aus der hohen Personalfuktuation, dem Kostenfaktor und der Arbeitsüberlastung bei den Engagierten ergeben.
- 109 Die Wirkungskdauer alternativer Bewegungen ist zeitlich begrenzt und stellt eine schwierige "... Gradwanderung zwischen Integration (Anpassung an das Bestehende) und Isolation (gesellschaftliche Wirkungslosigkeit, Terminalisierung, Psychatisierung etc)..." dar. Alternative Bewegungen, die zu einer Dauereinrichtung werden und damit in die Gesamtkultur integriert sind, können ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr als "alternativ" bezeichnet werden. Stankowski M., Die Szene und, aaO. S. 49, 51 nennt als Beispiele hierfür vor allem die Genossenschaftsbewegung und die Arbeiterbewegung. Da zu erwarten ist, daß nach der weltweiten Rezession ein neuer Aufschwung kommt, der die alternativ vorgedachten Normen, Werte und Formen übernimmt (z. B. alternative Energie, alternative Technologie, neue Formen der Dienstleistungswirtschaft) und "das 'alternative' (in all seinen Facetten) zum Kanon der Gesamtgesellschaft bei unveränderter Gesamtstruktur..." wird, können in nicht allzuferner Zukunft auch die heutigen alternativen Bewegungen integriert werden. (vgl. Stankowski, M., Die Szene und aaO. S. 51; Benseler, Frank, Gedanken zum 7. Bertelsmann Medien-Seminar, in: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 93; Untersuchung "Zur alternativen Kultur in" aaO. S. 551). Ausgehend davon, daß auch die alternativen Bewegungen der Nachkriegszeit einem dauernden Wandel unterworfen sind, daß ihre Gedanken und Ideen teilweise Eingang in die Gesamtkultur finden, dort fortentwickelt werden und in neue Bewegungen einfließen, wird auch in der Politik mehr Toleranz gegenüber diesen "Minderheitskulturen" gefordert. Nicht eine Gesellschaft "mit einheitlichen Wertmaßstäben und Verhaltensweisen", sondern eine "weite plurale Spanne von soziokulturellen Formen", "kleinräumige Strukturen" und neue "Ideenmärkte" werden propagiert. In der Medienentwicklung wird eine bessere Ausrichtung auf den direkten Lebensbereich und ein Abbau der Entfremdung durch Informationen "aus zweiter Hand" gefordert. (Vgl. hierzu Huber, Antja, Text zur aktuellen Situation der Jugend in der Bundesrepublik. in: Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, 1981, Nr. 64).
- 110 Peter, Joachim, Alternativpresse = Alternativpresse? (unveröffentlichtes Redekonzept 1982).
- 111 Die Bestimmung des Begriffes "Alternativpresse" nach derartigen sachlichen Komponenten und nach dem "Selbstverständnis der Produzenten" erscheint nicht unproblematisch (vgl. Beywl, W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 47). Die Vorstellung des einzelnen Redakteurs und Produzenten darüber, was unter diesem idealisierten Zeitungstypus zu verstehen ist, sind so differenziert und die Frage in der Szene selbst so umstritten, daß nicht auszuschließen ist, daß Zeitungen mit gleicher Aufmachungszielrichtung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung theoretisch unterschiedlich behandelt werden müßten.

- 112 Vgl. Beywl W./Brombach H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 66
- 113 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 83, 84
- 114 Die in der Theorie angestrebte Anzeigenunabhängigkeit gelingt allenfalls noch bei Kleinstprojekten.
- 115 Bei den Stadtmagazinen ist hier die Hemmschwelle sehr niedrig, während Volks- und Initiativblätter noch Zurückhaltung üben; vgl. Weichler K., Gegendruck, aaO. S. 166
- 116 Vgl. hierzu Dorsch, P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 660, 661.
- 117 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 169, 170. Wie weit hier die Entwicklung fortgeschritten ist, zeigt die Tatsache, daß die Mitarbeiterinnen der Tageszeitung (taz) am 10. u. 11.03.88 wegen der Veröffentlichung von "Pornoseiten" streikten, so daß nur Notausgaben erscheinen konnten. (Vgl. DIE WELT vom 12./13.03.88, S. 4)
- 118 Vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 31 mWN. in Fußnote 73
- 119 Während 170 kleinere lokale Alternativzeitungen eine monatliche Gesamtauflage von ca. 250.000 erreichen, verkaufen 30 Stadtmagazine - bei einer durchschnittlichen Auflage von 17.000 Exemplaren - nahezu die doppelte Anzahl von Heften im Monat (vgl. Beywl, W., Lokale Alternativpresse, aaO. S. 189; ders., Die Alternativpresse, aaO. S. 30; Dorsch P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 660)
- 120 Beywl W./ Brombach H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 68
- 121 Vgl. hierzu Beywl, W. Lokale Alternativpresse, aaO. S. 188 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 148 unter Hinweis auf das Vorwort in: ders., (Hrsg.), Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Band 32, S. 5, 6
- 122 Weitere Ausführungen zu diesem Thema vgl. Beywl W./Brombach H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 68 f.
- 123 Vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 62, 66;
- 124 Der Arbeitsprozeß in dem Alternativzeitungsredaktionen soll "gleichberechtigt, selbstbestimmt, Bedürfnisorientiert... offen und spontan" sein; vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 45, 46; Beywl W./Brombach H., Kritische Anmerkungen aaO. S. 557, 558;
- 125 Nachlassende Spenden, fallende Kaufnachfrage und die Streichung öffentlicher Investitionen stehen den Forderungen nach Ausweitung der Themen, Qualitätsverbesserung und Auflagen-

steigerung entgegen und führen zu größeren Reaktionen mit veränderten Personalstrukturen.

- 126 Vgl. Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 557, 558, 561; dies., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 71
- 127 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 47ff, 51
- 128 Brüseke/Große-Oetringhaus, Blätter von unten, aaO. S. 61ff.
- 129 Vgl. oben Ziff. II, 1.4.2, S. 38ff.; i. Ü. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 115, 116
- 130 Zum Anwachsen des hauptberuflichen Personalanteils stellt Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 117 fest, daß die Alternativen bereits 250 Journalisten beschäftigen; davon die taz allein 60 incl. Satz, Graphik und Verwaltung sogar ca. 130 Personen.
- 131 Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 29
- 132 Brüseke F./Große-Oetringhaus, H., Blätter von unten, aaO. S. 48f.
- 133 Rotation ist nur bei Kleinstprojekten möglich. Sie funktioniert dort nicht mehr, wo die individuelle Selbstverwirklichung hinter die Zeitung als solche zurücktreten muß, weil Fehler wegen ihrer Marktabhängigkeit mit großen persönlichen und finanziellen Konsequenzen verbunden sind.
- 134 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 50, 51
- 135 Vgl. Brüseke F./Große-Oetringhaus, H., Blätter von unten, aaO. S. 58, 59
- 136 Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 30
- 137 Vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 66, 67, Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 559. 560
- 138 Zur Krise der "authentischen Alternativpresse" und des Konzeptes der Betroffenenberichterstattung, vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 28; Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 112ff und hinsichtlich der Kommunikationsstrukturen bei der taz, vgl. Zügel, Wolfgang, Die Tageszeitung "taz" (Berlin), in: Bertelsmann Briefe, Heft 111, 112, April 1983, S. 72.
- 139 Enzensberger, H. M., Baukasten zu einer Theorie der Medien In: Kursbuch 20; zit. nach Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 72
- 140 Vgl. Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 64
- 141 Zum Ganzen vgl. Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 74

- 142 Vgl. Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 75
- 143 Dorsch, P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 667
- 144 Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 560, 561; vgl. ferner Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 67
- 145 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 183, 184
- 146 Das Zustandekommen einer funktionierenden, politischen Gegenöffentlichkeit wurde jedoch behindert durch die selbstzerfleischenden Abgrenzungsdiskussionen und die Vielzahl geschlossener Gruppen, die nicht miteinander kommunizieren oder kooperieren.
- 147 Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 73, weisen darauf hin, daß bei der Darstellung von Umweltproblemen, bei Forderungen im Ökologiebereich auf die Interessen der Industriearbeiter an ihrem Arbeitsplatz, die im Widerspruch zu Ökologieproblemen stehen können, keine Rücksicht genommen wird.
- 148 Vgl. Negt, O./Kluge, A., Öffentlichkeit u. Erfahrung, aaO. S. 30 ff.
- 149 Dorsch, P., Die Alternativzeitungen, aaO. S. 666
- 150 Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 563f
- 151 Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 564/565
- 152 Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 75
- 153 Vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 24; ders., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 47; ders., Lokale Alternativpresse, aaO. S. 185, 186 Das von Beywl, W., darüberhinaus genannte Definitionskriterium, daß sich die Zeitung nicht nur an eine institutionell begrenzte Teilöffentlichkeit richten darf (z. B. Betriebs-, Schüler-, Gefängniszeitungen) ist nicht geeignet; die Alternativpresse von der etablierten Presse abzugrenzen sondern dient der Bestimmung des Zeitungsbegriffes überhaupt.
- 154 Vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 24, 25 mwN.
- 155 Vgl. Impressum "Dä Goblmo" und der "GAL-Zeitung"
- 156 Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 75
- 157 Weichler, K., Gegendruck. aaO. S. 216 geht davon aus, daß - zumindest in den Großstädten - künftig die nicht auf Profit angelegten Volks- und Initiativblätter nur noch geringe Existenzchancen haben und damit der Zeitungstypus, auf den die Ausgangsdefinition zutrifft, "abnehmende Tendenz" zeigt. Die Alternativpresse wird vielmehr von den Stadtmagazinen mit Auflagen bis zu 100.000, die von Profis hergestellt werden einerseits und von Stadt- und Stadtteilzeitungen mit Auflagen unter 5.000,

die von Laien produziert werden, bestimmt. Beide Zeitungstypen entsprechen nicht mehr den ursprünglichen, oben dargestellten alternativen Zweck- und Ökonomievorstellungen. Beywl, W./Brombach, H., Nicht bloß Theorie, aaO. S. 63, versuchen zwischen diesen beiden Extrempositionen einen dritten Weg aufzuzeigen.

- 158 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 153-156
- 159 Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 551; Jarren, O., Statt weniger Großer, aaO. S. 68
- 160 Vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 28 ff. Innerhalb der Szene werden hier vor allen folgende neue Zeitungstypen gesehen:
- a) kommunale Kulturmagazine: Diese Zeitungen basieren auf dem Stadtmagazin-Konzept und richten sich vor allem an "kritische Konsumenten", Kinobesucher etc.
 - b) die politischen Wochenblätter wollen ein Diskussions-, Orientierungs- und Kooperationsforum bilden und sich an Leute aus Bürgerinitiativen, Grün-Alternativen-Listen und an linke SPDler wenden.
 - c) Bürgerzeitungen wollen ein alternatives Wählerpotential und politisierbare Angestellte und Facharbeiter (ca. 20 % der Bevölkerung) ansprechen. Um dies zu erreichen erscheinen sie in hoher Auflage und biderer Aufmachung und sind stadt- bzw stadtteilbezogen.
- 161 Vgl. oben Ziff. II.1.4.2. - II. 1.4.7, S. 37 ff.
- 162 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 153-158
- 163 Eurich, C., Gegen- oder Komplementärmedien? aaO. S. 21
- 164 Vgl. Beywl, W., Die Alternativpresse, aaO. S. 28 ff., 31
- 165 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 154
- 166 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 153; Der Frankfurter "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID) gab noch 1979 unter dem "identitätsstiftenden Begriff" "Alternativpresse" in Plakatform ein lediglich alphabetisch nach Erscheinungsorten gegliedertes Adressenverzeichnis der Alternativzeitungen heraus.
- 167 Vgl. Braukmann, Werner, Druck von unten - Die Alternativbewegung In: Frankfurter Hefte, Jhrg. 80, Heft 3, S. 39 ff.
- 168 Zit. nach Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 153; vgl. zur Diskussion ferner Beywl, W./Müller, G., Versuch zur Typologie aaO. und Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 35
- 169 Vgl. AgAp, Riesengroßes Verzeichnis 1982, aaO. S. 3

- 170 Wegen der großen Abgrenzungsschwierigkeiten werden die "lokalen Alternativzeitungen" von der AgAp zusammengefaßt. Eine Differenzierung und definitorische Abgrenzung dieser einzelnen lokalen Alternativzeitungsarten soll auch im Rahmen dieser Arbeit nicht versucht werden. Vgl. Riesengroßes Verzeichnis 1982, aaO. S. 3 Kritisch hierzu Jarren, O., Statt weniger Großer, aaO. S. 69
- 171 Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 34
- 172 Diese Zeitungsart entstand erst ab 1981 und ist den etablierten Presseerzeugnissen sehr ähnlich.
- 173 Stankowski, M., Die Szene und, aaO. S. 63
- 174 Beywl, W./Müller, G., Versuch zur Typologie, aaO. S. 1 ff, 13 ff.
- 175 Beywl, W./Müller, G., Versuch zur Typologie, aaO. S. 19 ff. ordnen anhand des folgenden Kriterienkataloges zu:

Merkmal	Ausprägungen	Zuordnungsprioritäten
räumlicher Bezug	- lokal - regional - überregional	- Nennung d. räumlichen Bezugs im Titel/Untertitel - Wohnort der Redaktionsmitglieder - Herausbergergruppe - Adressen in (Klein-)anzeigen - Durchsicht des Inhalts
Orientierung	- zielgruppen-/themenunspezifisch - zielgruppenorientiert - themenorientiert	1. Stufe-Zielgruppenorientierung - Selbstverständnisartikel - Impressum - Titel/Untertitel - Durchsicht/Vergleich 2. Stufe-Themenorientierung - Selbstverständnisartikel - Impressum/Motto der Zeitung - Titel/Untertitel - Einteilung in Rubriken + Inhalt - Durchsicht/Vergleich

- 176 Vgl. hierzu mit Beispielen zu den einzelnen Zeitungstypen Beywl, W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 48
- 177 Vgl. Weichler, K., Gegendruck, aaO. S. 89
- 178 Vgl. Jarren, O., Statt weniger Großer, aaO. S. 71; hinsichtlich Quantität, Erscheinungsweise und Auflagenstärke, vgl. ders., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 10-12

- 179 Vgl. In Latzhosen und auf Stöckelschuhen, aaO. S. 82-91; Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 12; ders., Statt weniger Großer, aaO. S. 76
- 180 Da die Stadtmagazine neben Politik viele Konsum- und frei-zeitorientierte Themen bieten, werden sie, im Gegensatz zu den "grauen" Volksblättern, als "bunt" bezeichnet. Die von den Stadtmagazinen vertretene popularistische "Blattlinie" ist ideologisch nicht mehr so festgelegt und setzt sich auch mit dem eigenen Lager kritisch auseinander. Vgl. zum Ganzen "In Latzhosen und auf Stöckelschuhen", aaO. S. 84, 85
- 181 Zum Inseratenmarkt und zur wirtschaftlichen Verflechtung der Stadtmagazine, vgl. Beywl, W., Das Leserprofil der Alternativpresse. Ausfüllen! Eintüten! Absenden! in: Die tageszeitung (taz) vom 03.03.82, S. 5; In Latzhosen und auf Stöckelschuhen, aaO. S. 91; Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 12.
- 182 Vgl. hierzu Beywl, W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 48; ders./Müller G., Versuch zur Typologie, aaO. S. 19, 25

II. 2. Alternativzeitungen und rechtliche Aspekte

- 1 Nur als Zeitung bzw. Zeitschrift im Sinne des Presserechts können die Alternativzeitungen ungehindert Informationen einholen und dadurch auch ungehindert über Kommunalpolitik berichten und Kritik üben (vgl. § 3, Abs. 2 des Gesetzes über die Presse (BayPrG) vom 03.10.1949-BayRS 2250-I-1, zunächst geändert durch Gesetz vom 04.08.1983 GVBl S. 542, BayRS 2252-2-10) Andererseits haben die städtischen Pressestellen nur der "Presse" gegenüber Informationspflichten. Daß die Frage bzgl. der Alternativzeitungen hier nicht unstrittig ist, zeigt lt. Auskunft des Pressesprechers des deutschen Städtetages Dr. E. Müller vom 20.07.1985 eine Anfrage der Stadt B., in der es vor allem darum geht, ob Alternativzeitungen bei der Versorgung mit Nachrichten wie etablierte Zeitungen behandelt werden müssen.
- 2 Es besteht nicht einmal Einigkeit darüber, was unter "Presse-recht" überhaupt zu verstehen ist. Zum Teil werden darunter alle Rechtsvorschriften verstanden, die auch für die Presse Gültigkeit haben und damit einen großen Teil der Rechtsordnung überhaupt erfassen. Andererseits wird unter dem Begriff "Presse-recht" eine eigene Rechtsmaterie verstanden, deren Rechtsvorschriften speziell "die Rechtsverhältnisse der Presse gerade im Hinblick auf ihre Eigenart und ihren außergewöhnlichen geistigen und politischen Einfluß regeln. "In den von den Ländern - bei denen die Gesetzgebungskompeten hinsichtlich des Presserechts i. e. S. liegt (Art. 70 GG) - erlassenen Landespressegesetzen, die inhaltlich weitgehend übereinstimmen, sind im wesentlichen folgende vier Bereiche geregelt:

- a) Konkretisierung der Pressefreiheit
- b) Presseordnungsrecht
- c) Informationsanspruch der Presse
- d) Recht der Gegendarstellung.

Dem Bund steht nach Art. 75, Nr. 2 GG nur eine Rahmengesetzgebungskompetenz über die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse zu, von der er bisher - trotz einiger vergeblicher Anläufe - noch keinen Gebrauch gemacht hat. Vgl. zum Ganzen Branahl, Udo in: Koszyk K./Prys K. H., Handbuch der Massenkommunikation, aaO. S. 242 ff.; Löffler, Martin, Presserech Bd. 1: Landespressegesetze der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, München 1983, S. 9 Rdnr. 24; Döhn L./Klöckner C. Medienlexikon, aaO. S. 457.

- 3 Ein Ausbau der Zeitungswissenschaft zur "Publizistikwissenschaft" unter Einbeziehung von Rundfunk, Fernsehen und Film gelangt erst nach 1945, nachdem der erste Versuch 1930 gescheitert war; vgl. auch Döhn L./Klöckner C., Medienlexikon aaO. S. 176.
- 4 Vgl. Beck, Reinhart, Sachwörterbuch aaO. S. 681
- 5 Vgl. BVerfGE 10, 118, 121; 12, 205/260; 20, 162/176; 21, 271/279; vgl. ferner Löffler M., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 25 ff.; Tettinger, Peter J., Neue Medien und Verfassungsrecht, Schriftenreihe des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität Köln, Bd. 28, S. 20; Löffler, Martin, Presserecht Bd. 2: Geschichte und Theorie des Presserechts, 2.Aufl., München 1969, S. 25 ff.
- 6 Vgl. Köbler, G., Juristisches Wörterbuch, 2. Aufl., München 1981, S. 217.
- 7 Vgl. Tettinger, P., Neue Medien, aaO. S. 20, 21.
- 8 Eine Definition enthalten weder Landespressegesetze noch Art 5 bzw. Art 70, 75 Nr. 2 GG; vgl. auch Groß, Rolf, Presserecht: Einführung in Grundzüge und Schwerpunkte des deutschen Presserechts, Wiesbaden 1982, S. 17; Löffler, M., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 7.
- 9 Löffler, M., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 7.
- 10 Vgl. Groß, R., Presserecht, aaO. S. 17; in diesem Sinne auch Löffler, M., Presserecht Bd. 2, aaO. S. 69.
- 11 Vgl. Löffler, M., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 9; ders., Presserecht Bd. 2, aaO. S. 69; Löffler, M./Ricker, R., Handbuch des Presserechts, München 1978, S. 2; Groß, R., Presserecht aaO. S. 17.
- 12 Vgl. Löffler, M., Presserecht Bd. 2, aaO. S. 70; ders., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 2; Limbach, Peter, Pressegesetze in: Schiwy, Peter/Schütz, Walter J. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied/Darmstadt 1977, S. 145.

- 13 In anderen Landespressegeseetzen sind in den einschlägigen Vorschriften "besprochene Tonträger" noch ausdrücklich aufgeführt; vgl. zum Ganzen Limbach, aaO. S. 146; Löffler, M., Presserecht, Bd. 2, aaO S. 70 .
- 14 Vgl. Dovifat, Emil/Wilke, Jürgen, Zeitungslehre I. Theoretische und rechtliche Grundlagen. Nachricht und Meinung. Sprache und Form, Berlin u. a. 1976, 6. Aufl., S. 16.
- 15 Beck, R., Sachwörterbuch der Politik, aaO. S. 681
- 16 Vgl. Kollmig, Karl, Politisch - soziologisches Wörterbuch Bochum 1975, S. 155, 156; Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983 S. 285 ff.; Görlitz, Axel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 1, S. 244 ff.
- 17 Adorno, Th. W., "Prolog zum Fernsehen" und "Fernsehen als Ideologie" in: Eingriffe, Frankfurt/M. 1962, S. 352, 353, zit. nach Görlitz, A., Handlexikon, Bd. 1, aaO. S. 249
- 18 Vgl. Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit; 9. Aufl., Darmstadt u. a. 1978, S. 224; ders. in: Fraenkel Ernst/-Brader, Karl Dietrich (Hrsg.), Staat und Politik, Fischer-Lexikon, Neuauflage 1978, S. 220 ff.
- 19 Kollmig, H., Politisch. soziologisches Wörterbuch, aaO. S. 171, 172
- 20 Vgl. Dovifat, Emil, Presse in: Staatslexikon, Bd. 6, hrsg. v. d. Görres Gesellschaft, 6. Aufl., Freiburg 1961, Spalte 456 ff.
- 21 Vgl. hierzu Löffler, M., Presserecht, Bd. 1, aaO. S. 10, Rdnr. 25, 26
- 22 Groß, R., Presserecht, aaO. S. 18
- 23 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 16; Brand, P./Schulze, V., (Hrsg.), Medienkundliches Handbuch, aaO. S. 13; Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 20, 17. Aufl., Wiesbaden 1974, S. 616-621
- 24 Vgl. hierzu insbes. Groth, Otto, Die unerkannte Kultur-macht, Grundlegung der Zeitungswissenschaft, Bd. 7, Berlin 1972, S. 612 ff.
- 25 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 18, Fußn. 2
- 26 Zit. nach Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO.S. 20
- 27 Nach dieser Meinung würde es sich bei allen "Wochenzei-tungen" bereits um "Zeitschriften" handeln.

- 28 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 13, 22
- 29 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 23
- 30 Vgl. hierzu Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 20, aaO. S. 616-621
- 31 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 24 Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang auch die "Disponibilität" genannt. Vgl. Eberhard, Fritz: Optische und akustische Information. in: Das Recht auf Information. Schriftenreihe der evangelischen Akademie für Rundfunk und Fernsehen, Heft 12, München 1967; zit. nach Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 25. Die "Disponibilität" ist kein Definitionskriterium sondern dient vor allem der Abgrenzung zwischen Funkmedien und Druckmedien und besagt, daß der Rezipient bei Zeitungen und Zeitschriften selbst entscheiden kann, wann er wieviel liest, intensiv und wiederholt benutzt, die Lektüre unterbricht und zeitversetzt und später fortsetzt. Bei den Funkmedien hat er im jeweiligen Programm keine Wahlmöglichkeiten und auch nicht die Möglichkeit - sieht man von Videoaufzeichnung einmal ab - die Information nochmals zu vertiefen oder abzubrechen und später an dieser Stelle wieder aufzunehmen.
- 32 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth "Zeitschrift" in dies./Schulz Winfried (Hrsg.), Publizistik, Fischer Lexikon, Frankfurt/M. 1980, S. 350 ff.; Vgl. Groth, Otto, Die unerkannte Kulturmacht, aaO. Bd. 7, Berlin 1972, S. 612 ff, 621
- 33 Vgl. Löffler, M., Presserecht Bd. 1, aaO, S. 10, Rdnr. 25, 26.
- 34 Vgl. Noelle-Neumann, E., Zeitschrift, aaO. S. 350 ff
- 35 Zu den möglichen Gliederungsversuchen vgl. Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 20, aaO. S. 613, 615; Zur Systematik und zu den quantitativen Aspekten vgl. auch Schottenloher, Karl/Binkowski, Johannes, Flugblatt und Zeitung: ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum, Bd. II, Von 1848 bis zur Gegenwart, München 1985, S. 196, 197: sie zählen zu den Zeitschriften neben den politischen Zeitschriften wie z. B. "Der Spiegel", die Publikumszeitschriften, die konfessionellen Zeitschriften und ca. 3.000 Fach- und Kundenzeitschriften. Unter politischen Zeitschriften verstehen sie solche Publikationsorgane, "... die regelmäßig und ernsthaft politische Ereignisse und Probleme behandeln. Von den Tageszeitungen unterscheiden sie sich dadurch, daß sie auf Tagesaktualität verzichten und Wert auf größere Zusammenhänge legen." Unverständlich bleibt allerdings, warum sie die Wochenzeitungen der Parteien ("Vorwärts" der SPD, "Bayernkurier" der CSU, "Deutsches Monatsblatt" der CDU und "Das freie Wort" der FDP) bei dieser Definition unter dem Kapitel "Tageszeitungen" abhandeln. Unsystematisch erscheint auch die Zuordnung der alternativen Publikationen (z. B. Zitty, Berlin, Osmox, Hamburg, Guckloch, Ruhrgebiet, AZ, Frankfurt, Plärrer,

Nürnberg, u. a.) zu den Tageszeitungen (vgl. S. 175, 180 ff.).

- 36 Zu der teilweise unterschiedlichen Behandlung vgl. Löffler, M., Presserecht Bd. 1, aaO. S. 10; Groß, R., Presserecht, aaO. S. 18
- 37 Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 25, Mannheim 1980 S. 647
- 38 Von unterschiedlicher Behandlung gehen Löffler, M., Presserecht, Bd. 1, aaO. S. 10 und Groß, R., Presserecht, aaO. S. 18 aus. Auch bezüglich der Frage nach dem Grundrechtsschutz des Art 5 GG kommt es auf eine Differenzierung im Rahmen dieser Arbeit nicht an. Vgl. hierzu die folgenden Ausführungen in Ziff. II 2.3.
- 39 Hierzu gehören nach Gädeke, Peter, Pressefreiheit, in: Schiwy, Peter/Schütz, Walter J. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 142, insbes.: Redakteure, Korrespondenten, ständige und freie Mitarbeiter, Verleger, Verlagsleiter u. ä. sowie die Mitarbeiter in Agenturen und Korrespondenzbüros.
- 40 Vgl. BVerfGE 21, 271, 279; in dieser Entscheidung wird ausdrücklich auch der Anzeigenteil von Art 5 GG mitumfaßt.
- 41 Vgl. Gädeke, P., Pressefreiheit, aaO. S. 141
- 42 Vgl. Gädeke, P., Pressefreiheit, aaO. S. 139; das BVerfG beschreibt den Tätigkeitsbereich der Presse "idealtypisch". Es wählt in der Regel diejenigen Tätigkeiten aus, denen es unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten besondere Bedeutung und normativen Charakter beimißt und von denen es annimmt, daß zu ihrem Schutz die Pressefreiheit verfassungsrechtlich festgeschrieben wurde. Die Frage zum Grundrechtsschutz der Pressefreiheit wurde dabei von der Rechtsprechung am Beispiel der etablierten Presse und der ihnen zugeordneten aus der geschichtlichen Entwicklung heraus entstandenen Funktionen und Aufgaben entwickelt. Ein häufiges Auswahlkriterium des BVerfG ist das "Demokratiegebot". Ebenso wie Rechtsprechung und juristische Literatur gehen auch die Mehrzahl der vorliegenden Untersuchungen im Bereich Demokratie- und Massenkommunikationsforschung (vgl. hierzu Einleitung bei Zoll, Ralf-Hrsg.-Manipulationsbildung, Opladen 1971) von einem formalen Demokratiebegriff aus und messen die Funktion der Presse an den Erfordernissen der "repräsentativen parlamentarischen Demokratie". Dabei stehen im Mittelpunkt nicht Unterhaltung und Bildung sondern die politische Presse bzw. die Pressetätigkeit, die sich auf die staatliche Entscheidungsfindung und die politische Meinungsbildung beziehen (vgl. zum Ganzen Hoffmann-Riem, Wolfgang/Plauder, Harro, Rechtsfragen der Pressereform: Verfassungsrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche Anmerkungen zum Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes, Baden-Baden 1977, 1. Aufl., S. 31, 33 mwN.).

- 43 Vgl. zum Ganzen Hoffmann-Riem W./Plauder, H., Rechtsfragen der Presseform, aaO. S. 37ff mwN.
Die Frage, wie die bloße Unterhaltungspresse den "Werthorizont der Bürger" beeinflusst, wird nicht einheitlich beantwortet. Ohne die Literatur zur Medienwissenschaft im allgemeinen und zur Wirkungsforschung im besonderen, die ein uneinheitliches Bild zeigt, im einzelnen darstellen zu wollen, kann stichwortartig folgendes festgehalten werden: Die Informations-, Artikulier- sowie Kritik und Kontrollfunktion kommt der Presse nicht nur im politischen Bereich i. e. S. sondern grundsätzlich auf allen Lebensgebieten zu. Die Presse spielt heute bei der "individuellen Lebensgestaltung" eine wichtige Rolle, weil sie den Freizeit- und Erholungsbereich beeinflusst und dadurch mithilft die Arbeitskraft zu erhalten. Vielen Bürger vermittelt sie darüber hinaus auch durch berufsrelevante Informationen konkretes Qualifikationswissen. Durch die Art der Darstellung und durch die Tendenz der Berichterstattung nimmt sie Einfluß auf die Ausprägung der in der Bevölkerung vorhandenen Wertvorstellungen, auf die Bedürfnislage der Leser, auf die Aktivitäten der Bürger in allen Lebensbereichen und stellt damit einen maßgeblichen Sozialisationsfaktor in der Gesellschaft dar.
- 44 Vgl. Rehbinder, Manfred, Öffentliche Aufgabe der Presse: Was ist das? in: NJW 1963, S. 1387-1389; Groß, R., Presserecht, aaO. S. 30, 2. Absatz Vgl. BVerfGE 20, 175
- 45 Gädeke, P., Pressefreiheit, aaO. S. 139
- 46 Nach Schmidt-Bleibtreu B./Klein F., Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 3. Auflage, Neuwied Berlin 1973 Art. 5 Rdnr 10 wird auch der Inseratenteil hiervon erfaßt, nicht aber die reinen Anzeigenblätter.
- 47 Schranken nach Art 5 Abs. 2 GG: "Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre." Rehbinder, M., Öffentliche Aufgabe der Presse, aaO. S. 1388 hält hierbei den Begriff "öffentl. Aufgabe" - der in §1 des im 3. Reich am 04.10.33 erlassenen Schriftleitergesetzes erstmals erwähnt wird und von einem beamtenähnlichen Abhängigkeitsverhältnis des Schriftleiters ausgeht - als Unterscheidungskriterium für überflüssig und rechtlich irrelevant und meint, daß damit nur überholte Privilegien der Presse ideologisch gerechtfertigt und legitimiert werden sollen.
- 48 Vgl. hierzu Bröder, J. Friedrich, Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentar der "Frankfurter Allg. Zeitung", der "Welt" und der "Süddeutschen Zeitung", Erlanger Studien, Bd. 8, Erlangen 1976, S. 8; vgl. hierzu auch Nachruf des US Präs. Ronald Reagan auf Axel Springer in: "Die Welt" vom 26.09.1985, S. 1; außerdem vgl. Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 16, 20.

- 49 Vgl. Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar z. GG, aaO. Art 5 Rdnr. 9, unter Hinweis auf das OLG Saarbrücken.
- 50 Vgl. hierzu Gädeke, P., Pressefreiheit, aaO. S. 137.
- 51 BVerfGE 20, 162ff.
- 52 So Groß, R., Presserecht, aaO. S. 29, 30.
- 53 Hoffmann-Riem, W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 39.
- 54 BVerfGE 35, 222

III. Einflußfaktoren im kommunalen Meinungs-, Willenbildungs- u. Entscheidungsprozeß

III.1 Der kommunale Bereich

- 1 Hättich, Manfred, Was ist Gemeinde? Zwischen sicherem Schulweg und der ganz großen Politik. in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 45/1975, S. X.
- 2 Zum Ganzen vgl. Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 1-42; Wehling, H.-G., Gemeinde und politisches Lernen, aaO. S. 277 ff. Hättich, M., Was ist Gemeinde? aaO. S. X
- 3 Vgl. zum Ganzen Benzinger, Josef-Paul, Lokalpresse und Macht in der Gemeinde, Nürnberger Forschungsberichte, Bd. 15, Nürnberg 1980, S. 45 mit zahlreichen weiteren Nachweisen; Arzberger, Klaus, Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik, Stuttgart 1980, S. 7-14.
- 4 Klönne, Arno, Zum Begriff und zur Realität von politischer Gemeinde in: Zoll, Ralf, Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 249, 250; Wehling, Rosemarie und Hans-Georg, Gemeinde und Gemeindereform in: Wehling, H.-G. (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 12-42; Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO. S. 13, 14;
- 5 Keßler, Knut, Das deutsche Gemeinderecht im Überblick, in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo, Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, 3. Aufl., München 1977, S. 33ff.
- 6 Becker, E., Die Selbstverwaltung als verfassungsrechtliche Grundlage der kommunalen Ordnung in Bund und Ländern, in: Peters, H. (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin 1956, S. 121, zit. nach Benzinger J., Lokalpresse und Macht in der Gemeinde, aaO. S. 45.

- 7 Nach Hättich, M., Was ist Gemeinde, aaO. S. XI sind "Politische Gemeinden...Organisationen der Gesellschaft zum Zwecke der Lösung bestimmter Probleme. Da die Problemlage sich verändern, können sich auch die geschaffenen Organisationen verändern".
- 8 Vgl. zum Ganzen René König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958, S. 9, 45, der versucht, "die Struktur der Gemeinde als Grunderscheinungsform des sozialen Lebens herauszuarbeiten". S. 9ff, 45
- 9 Vgl. René König, aaO. S. 27, der jedoch diese 3 Elemente nicht in jedem Fall für hinreichend hält, weil die Gemeinde eine "globale Gesellschaft" ist.
- 10 zit. nach Benzinger, J., Lokalpresse und Macht, aaO. S. 47, unter Hinweis auf Wallner, E. M., Soziologie, Heidelberg 1970, S. 169.
- 11 zit. nach Benzinger, J., Lokalpresse und Macht, aaO. S. 47.
- 12 Klönne, A., Zum Begriff und zur Realität, aaO. S. 250.
- 13 Klönne, A., Zum Begriff und zur Realität, aaO. S. 253, 255.
- 14 Vgl. Anhang/S. 397
- 15 Die Ausführungen zur Kommunalpolitik beziehen sich insbes. auf die inhaltliche Komponente und auf die Strukturen der dieser Untersuchung zugrundeliegenden deutschen Städte, die von den amerikanischen Städten wesentlich verschieden sind. Die amerikanische Literatur zur Gemeindeforschung, in derer Mittelpunkt die Analyse von Machtstrukturen amerikanischer Städte steht, wird deshalb hier nicht eingearbeitet.
- 16 Seit Anfang der 70er Jahre wird der Kommunalpolitik, wie Bürgerinitiativen, Leserbriefe und Meinungsäußerungen zu kommunalpolitischen Fragen täglich beweisen, wieder stärkere Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Langenbacher, Wolfgang R, Beruf: Lokalredakteur. Anwalt für Wähler und Gewählte in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 45/1975 S. III). Die negativen Auswirkungen einer nur auf Wachstum- und Gewinnmaximierung ausgerichteten politischen Ziellung wurden sehr früh im unmittelbaren Wohn- und Arbeitsbereich spürbar und führten dort zur Entwicklung erster "alternativer" Vorstellungen. Dabei zeigte sich, daß Kommunalpolitik nicht auf die kommunale Selbstverwaltung beschränkt werden kann, sondern daß sie als Teil politischen Handelns in die staatliche Politik eingebunden ist und nicht von ihr getrennt werden kann mit der Folge, daß kommunale Öffentlichkeit zunehmend als Teil der alles politische Handeln umfassenden demokratischen Öffentlichkeit verstanden wird. Die in den letzten Jahren vorwiegend im kommunalen Bereich aufgetretenen Probleme und die Form, in der diese Konflikte ausgetragen wurden, zeigen, daß Kommunalpolitik nicht mehr als "ideo-

logiefrei" und als Überwiegend "parteineutral" beschrieben werden kann sondern einer zunehmenden Politisierung unterliegt. (vgl. Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO. S. 7-14).

- 17 Vgl. Wehling, Hans-Georg, Einleitung, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 7; Eschenburg, Theodor, Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Bd. II Kritische Betrachtungen 1961-1965, München 1966, S.132 f. Im Bereich der Kommunalwissenschaft haben sich vor allem Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft und Soziologie mit dem Begriff "Kommunalpolitik" befaßt. Für die Rechtswissenschaft stand vor allem die Frage nach der Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung und für die Soziologie die Community-Power-Forschung (CPF) im Vordergrund, vgl. Voigt, Rüdiger, Kommunalpolitik in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 239.
- 18 Vgl. Wehling, H., Einleitung, aaO. S. 8.
- 19 (Stand 1978). Vor der Gebietsreform gab es 24.000 Gemeinden. Durch die Gebietsreform verloren ca. 45 % der kommunalen Mandatsträger ihr Amt. Vgl. Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO. S. 16.
- 20 Vgl. Wehling, Hans-Georg, Der Bürgermeister und "sein" Rat, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik im Vergleich, in: Politische Studien, Heft 273, 35. Jhrg., Jan./Feb. 84, S. 27.
- 21 Vgl. Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. s. 130.
- 22 Wehling, H., Einleitung, aaO. S. 8; Thränhardt, Dietrich, Die Abhängigkeit der Gemeinden von Bund und Ländern und die kommunale Demokratie in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo, (Hrsg.) Aspekte u. Probleme der Kommunalpolitik, 3. Aufl., München 1977, S. 92; Grauhan, Rolf-Richard in: ders.(Hrsg.), Lokale Politikforschung 1, Frankfurt/M. 1975, S. 12.
- 23 Naßmacher, K. H., Kommunalpolitik, aaO. S. 111 ff
- 24 Die staatliche Kommunalpolitik gehört zu den Aufgaben der Länder. Sie erfolgt in Form von gesetzgeberischen Regelungen oder in Form von Überwachung und Förderung der gemeindlichen Tätigkeit (inhaltlich gehören hierzu die gesetzliche Regelung des Kommunalrechts, die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung, die finanzielle Unterstützung und Förderung der Gemeinden und Gemeindeverbände und die Überwachung der Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit ihrer Organe und deren Tätigkeit - Kommunalaufsicht) und umfaßt alle politischen Maßnahmen, Pläne und Absichten des Staates, die sich auf Gemeinden und Gemeindeverbände beziehen. Auf die staatliche Kommunalpolitik braucht im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden.
- 25 Vgl. hierzu Rausch, Heinz, Krise der Gemeinde - Krise der Demo-

kratie? in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo, Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, München 1977, S. 234.

- 26 Wehling, Hans-Georg, Gemeinde und politisches Lernen, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 277, 278.
- 27 Wenn dieses Bild dennoch täglich von den Bürgermeistern und den örtlichen Honoratioren idealisiert und hochgehalten wird, so geschieht dies weniger im Interesse der Bürger oder ihrer Kommune, sondern dient vor allem dem eigenen Nutzen. Die Vorstellung von der Gemeinde als "Grundschule der Demokratie" wertet ihr Ansehen und damit auch ihr Selbstwertgefühl auf und stärkt ihre eigene Machtposition. vgl. hierzu auch Rausch H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 234 mwN.
- 28 Wehling, H., Gemeinde und politisches Lernen, aaO. S. 280, 281.
- 29 Wehling, H., Einleitung, aaO. S. 8/9.
- 30 Hättich, Manfred, Kommunalpolitik - ein politisches Seitengebiet? in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo, Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, München 1977, S. 342 ff mwN.
- 31 Vgl. Stockinger, Hans Gerhard, Kommunalpolitik in: Gutjahr-Löser, P. Hornung K. (Hrsg.), Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch; München 1980 S. 251ff mwN; Hättich M., Kommunalpolitik, aaO. A. 345ff 251 ff mwN.
- 32 Vgl. BVerfGE 1 S. 174; 6 S. 116; 7 S. 164, 364: 8 S. 132, 134. 358 ff; 11 S. 275 f
- 33 vgl. zum Ganzen Stockinger, Hans-Gerhard, Kommunalpolitik, aaO., S. 171, 172. In Bayern, Baden-Württemberg u. Niedersachsen wurde darüberhinaus durch die Möglichkeit des Panaschierens und Kumulierens eine besonders demokratische Wahlform auf kommunaler Ebene geschaffen;
- 34 Vgl. Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. S. 134ff
- 35 Wehling, H., Einleitung, aaO. S. 9 mit guten weiteren Hinweisen.
- 36 Biege, H.-P., Mit Rhetorik ändert man keine Interessen, aaO. S. 166ff zeigt anhand eines konkreten Beispiels auf, daß die Vorstellung, Kommunalpolitik sei keine Politik, unzutreffend ist.
- 37 Vgl. Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. S. 63.
- 38 Der Wunsch nach unparteiischer Kommunalpolitik hatte die Herausbildung von sogenannten freien überparteilichen Wählergemeinschaften zur Folge. Diese Wählergemeinschaften sind jedoch wegen ihres unzureichenden personellen und organisa-

torischen Unterbaus in sehr viel stärkerem Maße gefährdet für Einzelinteressen zu arbeiten oder mißbraucht zu werden und damit parteilich zu sein, als die auf Dauer angelegten Parteien, die von der Bevölkerung noch nach Jahren wegen Fehlentscheidungen und bestimmten Handlungsweisen zur Rechenschaft gezogen werden können. Dies ist heute erkannt und hat - verbunden mit einem verstärkten kommunalpolitischen Engagement der Parteien - inzwischen zur Folge, daß ihre Zahl wieder rückläufig ist; vgl. zum Ganzen Stockinger H., Kommunalpolitik, aaO. S. 171 ff

- 39 Hättich, M., Was ist Gemeinde, aaO. S. X.
- 40 Scheuner, Ulrich, Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung in: Archiv f. Kommunalwissenschaften, 12. Jhrg. 1973, Bd. I, S. 32ff; Wehling, H., Einleitung, aaO. S. 9.
- 41 Vgl. See, Hans, Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik. Wirtschaft, Staat und kommunale Selbstverwaltung, Köln 1975, S. 11, 12.
- 42 Ueltzhöffer, Jörg, Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 120.
- 43 Lehmbruch, G., Konkordanz-Demokratie im internationalen System, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1, 1969, S. 139-163.
- 44 Grauhan, Rolf-Richard, Der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde, in: Der Bürger im Staat 21, 1971, S. 108.
- 45 Zoll, R., u. a., Weitheim III, aaO. S. 65.
- 46 Vgl. bei Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 121, 130 mit vielen weiteren Nachweisen.
- 47 Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 121.
- 48 Hättich, M., Kommunalpolitik -, aaO. S. 347.
- 49 Vgl. Deutschen Städtetag, Die Stadt im Blickpunkt der Öffentlichkeit; Ergebnisse des Arbeitskreises V aus der 18. Hauptversammlung des Dtsch. Städtetages v. 10.-12.06.1975 in Berlin, in: Heft 32 der neuen Schriften des DST, Köln 1975, S. 258.
- 50 Vgl. hierzu, Unruh v., Georg-Christoph, Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - Betrachtungen über die Eigenart des Inhalts von Art 28 GG - in: DÜV, 1986, S. 217-224; Stockinger, H.-G., Kommunalpolitik, aaO. S. 172
- 51 Die Tatsache, daß Art 28 Abs. 2 GG die kommunalen Aufgaben im Kernbereich garantiert, schließt allerdings nicht aus, daß den Gemeinden vom Staat besondere Aufgaben zugewiesen werden und daß das Gemeindegebiet geändert werden kann, wie dies in der Ge-

bietsreform geschehen ist.

- 52 Unruh v., G., Demokratie und kommunale Selbstverwaltung, aaO. S. 217ff, 223; Benz Arthur, Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute, in: DÖV 1986, Heft 9, S.376.
- 53 zit. nach Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 3ff; vgl. auch Hilles, Hans-Ulrich, Der gesellschaftliche und politische Wandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung in: Gabriel Os-
kar W. (Hrsg.), Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft, Re-
gensburg 1979, S. 1-4
- 54 Vgl. Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstver-
waltung, aaO. S. 29, mwN.
- 55 Vgl. Städtordnung - insbes. § 153 - des Freiherrn von und zu
Stein von 1808; vgl. Keßler, K., Das deutsche Gemeinderecht,
aaO. S. 37.
- 56 Das aufsteigende Bürgertum wollte im kommunalen Bereich
mitwirken, es wollte sich aber gleichzeitig vor den "unteren
Schichten" schützen. Die Stein/Hardenbergschen-Reformen, welche
die Voraussetzungen für die Entwicklung Deutschlands zur Indus-
triegesellschaft schufen, sind von liberalen Intensionen ausge-
gangen und waren nicht durch demokratische Elemente geprägt -
diese wurden ihnen erst später angedichtet. Der "Honoratioren-
Liberalismus der preußischen Gemeindeverfassung" war antidemokra-
tisch und hat seine Privilegien und seine Vormachtstellung in
den Gemeindeparlamenten bis zum Zusammenbruch der alten Ordnung
verteidigt. Vgl. zum Ganzen Ueltzhöffer, J., Die kommunale Macht-
elite, aaO. S. 95 unter Hinweis insbes. auf Eschenburg, Th., zur
politischen Praxis, aaO. S. 129-131.
- 57 Vgl. Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244 ff; Ueltz-
höffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 95.
- 58 Zur Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung nach 1945
vgl. Stammen, Theo, Die Erneuerung der kommunalen Selbstver-
waltung in Deutschland nach 1945, in: Rausch, Heinz/Stammen,
Theo (Hrsg.), Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonder-
auflage für die Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsar-
beit, München 1977, S. 10-32.
- 59 Hättich, M., Was ist Gemeinde?, aaO. S. X.
- 60 Wehling, H., Gemeinde und politisches Lernen, aaO. S. 281,
283.
- 61 Die Trennung entfiel erst mit der Einführung des allgemeinen
gleichen Wahlrechts 1918; Zur Entwicklung der Deutschen Selbst-
verwaltung und zur Lehre von den Gemeinden als ursprüngliche Ge-
bietskörperschaften, vgl. Literaturzusammen stellung bei Scheu-
ner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO.
S. 4, 5 und Art 1 BayGO; vgl. zum Ganzen Voigt, R., Kommunalpo-

litik, aaO. S. 240.

- 62 Vgl. Scheuner, U., zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 6ff; Naßmacher, Hiltrud und Karl-Heinz, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Möglichkeiten und Grenzen, Opladen 1979, S. 11 ff; vgl. auch Unruh v. G., Demokratie und kommunale Selbstverwaltung, aaO. S. 223
- 63 Hättich, M., Was ist Gemeinde? aaO. S. X, XI.
- 64 Rausch, H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 234.
- 65 Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstbestimmung, aaO. S. 6ff, 30.
- 66 Scheuner, U., Zur Neubestimmung aaO. s. 9, 11.
- 67 Vgl. hierzu Seele, Günter, Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung - Gefährdung und Chancen in unserer Zeit, Bericht über das 11. Professorengespräch des dtsh. Landkreistages vom 10./11. Mai 1973 in Tecklenburg in: der Landkreis 7/73, S. 234/235
- 68 Vgl. zum Ganzen Seele, G., Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 234.
- 69 Vgl. Klein, Hans H., Demokratie und Selbstverwaltung, Festschrift für Ernst Forsthoff, S. 177, zitiert nach Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. Fußn. 84, S. 31.
- 70 v. Koch, Hans/Tschira, Oskar/Magg, Wolfgang, Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern, Textausgabe mit Einführung..., München 1984, 8. Aufl., S. 6.
- 71 Vgl. zum Ganzen Voigt, R., Kommunalpolitik, aaO. S. 240,241
- 72 Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 41 ff.
- 73 Seele, G., Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 236; Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO.S. 130
- 74 Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 11, 12.
- 75 Vgl. Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. S. 126.
- 76 Zoll, R. u. a., Wertheim III, aaO. S. 70, 71.
- 77 Seele, G., Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 234.
- 78 Vgl. zum Ganzen, Klönne, A., Zum Begriff und zur Realität, aaO.

S. 249-255.

- 79 Brohm, Winfried, Die Eigenständigkeit der Gemeinden in: DÖV 1986, S. 397f.
- 80 Vgl. BVerwGE 67, 321ff - Rastede-Urteil, Zur Kritik dieses Urteils vgl. Literaturhinweise bei Brohm, W., Die Eigenständigkeit der Gemeinden, aaO. S. 400, Fußn. 21; Vgl. zum Ganzen auch Voigt, R., Kommunalpolitik, aaO. S. 239, der ebenfalls darauf verweist, daß mit der Abnahme des staatl. Steuerungserfolges den Gemeinden bei übertragenen Aufgaben ein neuer Handlungsspielraum erwächst.
- 81 Graf, Pedro, Die Aufgaben der Städte u. Gemeinden und ihre Funktion im gesellschaftlichen Gesamtsystem in: Rausch, Heinz/-Stammen, Theo, Aspekte u. Probleme der Kommunalpolitik, Sonderaufgabe für die Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Aufl., München 1977, S. 58. Die von Benz, A., Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute, aaO. S. 375 genannten Gründe, aus denen er eine Aufwertung der kommunalen Selbstverwaltung ableitet sind sehr vage und vermögen nicht zu überzeugen. Auch die Tatsache, daß der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung im Wortschatz des Kommunalpolitikers heute noch seinen festen Platz hat - wissenschaftliche Abhandlungen befassen sich nüchterner mit dem Gehalt dieser Garantie - und in keiner "Sonntagsrede" und in keinem Beitrag zur kommunalen Praxis fehlt, vermag hieran nichts zu ändern.
- 82 Voigt, R., Kommunalpolitik, aaO. S. 239.
- 83 Vgl. Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 1, 15ff; zum Wandel der kommunalen Aufgaben vgl. Krautzberger, Michael, Formen kommunalen Verwaltungshandelns, in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo, Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderaufgabe für die Bayer. Landeszentrale für pol. Bildungsarbeit, 3. Aufl., München 1977, S. 80ff; Naßmacher H. und K.H., Kommunalpolitik, aaO. S. 63 ff
- 84 Vgl. § 108 der Städteordnung von 1808 - Text herausgegeben von August Krebsbach, Stuttgart 1957, zit. nach Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 21, Fußn. 49, 50.
- 85 Keßler, K., Das deutsche Gemeinderecht, aaO. S. 38.
- 86 Vgl. Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 23ff.
- 87 Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet zuständig für die Erledigung aller öffentlichen Aufgaben (vgl. z. B. Art 6 BayGO). Bei diesen Gemeindeaufgaben wird zwischen eigenen und übertragenen Angelegenheiten unterschieden. Zum eigenen Wirkungskreis der Gemeinden gehören dabei alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (vgl. Art 7 BayGO und Art 83 Abs 1 der Verfassung des Freistaates Bayern). Zum übertragenen Wirkungskreis der Gemein-

den gehören alle Aufgaben, die das Gesetz den Gemeinden zur Besorgung im Auftrag des Staates oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechtes zuweist (vgl. Art 8 BayGO). In der Praxis gehen heute die Aufgaben des eigenen und des Übertragenen Wirkungskreises oft ineinander über.

- 88 Den Gemeinden steht dabei im Rahmen der Gesetze ein Ermessensspielraum zu und sie verfügen über eigene Mittel und handeln durch demokratisch gewählte Gemeindeorgane (Bürgermeister, Rat, ...). Diese Feststellung gibt dem Selbstverwaltungsrecht seinen wesentlichen Inhalt, schränkt aber gleichzeitig die Zuständigkeit der Gemeinde insoweit ein, als sie besagt, daß die Gemeinden nicht für Überörtliche Entscheidungen zuständig sind (z. B. keine Volksbefragungen zu landes- oder bundespolitischen Themen wie atomwaffenfreie Zone, Änderung des §16 AFG...). Vgl. Graf, P., Die Aufgaben der Städte, aaO. S. 50; Keßler, K., Das deutsche Gemeinderecht, aaO. S. 37ff.
- 89 Vgl. insbes. Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 40-50; Brohm, W., Die Eigenständigkeit der Gemeinden, aaO. S. 399ff.
- 90 Bezüglich der Rechtsgrundlagen vgl. ferner §10 Abs. 3, 4, §13 Abs. 1, §93 Abs. 2, 3 BSHG, §5 Abs. 2, 3, 8 JWG; Zum Ganzen vgl. Keßler, K., Das deutsche Gemeinderecht, aaO. S. 37; Graf, P., Die Aufgaben der Städte, aaO. S. 51, 52
- 91 Zum Ganzen vgl. Naßmacher, H. und K.-H., Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, aaO. S. 50-63; Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 23ff; Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244ff; Brohm, W., Die Eigenständigkeit der Gemeinden, aaO. S. 400.
- 92 Vgl. §1 Abs. 5 BBauG und die einschlägigen BBauG-Kommentare zu §1 Abs. 5, insbes. Ernst, Werner/Zinkahn, Willi/Bielenberg, Walter, Bd. 1, München, Loseblattsammlung, Stand: August 1986.
- 93 Dies zeigt sich auch daran, daß 2/3 der öffentlichen Investitionen von Kommunen getätigt werden.
- 94 Vgl. hierzu auch Graf, P., Die Aufgaben der Städte, aaO. S. 51.
- 95 Vgl. hierzu Klüber, Hans, Das Gemeinderecht in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1972, S. 21
- 96 Der Spielraum der Gemeinden wurde zwischenzeitlich durch vom Bund und von den Ländern erlassene beamtenrechtliche Vereinheitlichungsgesetze - Stellenkegel u. a. - eingeschränkt.
- 97 Vgl. Krautzberger, M., Formen kommunalen Verwaltungshandelns, aaO. S. 63; Keßler, K., Das deutsche Gemeinderecht, aaO. S. 37ff; Zur Finanzausstattung vgl. auch Brohm, W., Die Eigenständigkeit der Gemeinden, aaO. S. 405-408. Eine Reduzierung oder ungenügende Ausstattung mit finanziellen Mitteln bedeutet, daß die Gemeinden ihre Selbstständigkeit in örtlichen

Angelegenheiten de facto verlieren.

- 98 Vgl. hierzu vor allem Köttgen, Arnold, Die Gemeinde und der Bundesgesetzgeber, Stuttgart 1957, S. 70ff - Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 1; zit. nach Scheuner, U., Zur Mitbestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, S. 21, 23, 26. Vgl. auch Windhoff-Héritier, Adrienne, Implementation, in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, S. 215 ff.
- 99 Vgl. Graf, P., Die Aufgaben der Städte, aaO. S. 33.
- 100 Vgl. Häberle, Peter, Grundrechte im Leistungsstaat, in: VVDStRL, 30/1972, S. 28ff.
- 101 Wehling, R. und H.-G., Gemeinde u. Gemeindereform, aaO. S. 19; Seele, G., Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 235.
- 102 Vgl. zum Ganzen Scheuner, U., Zur Mitbestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 15ff; Zu den Wirkungen der Gebietsreform vgl. auch Brohm, W., Die Eigenständigkeit der Gemeinden, aaO. S. 404 mwN.
- 103 Vgl. Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 96.
- 104 Krautzberger, M., Formen kommunalen Verwaltungshandelns, aaO. S. 77, mit vielen guten weiteren Literaturhinweisen.
- 105 Krautzberger, M., Formen kommunalen Verwaltungshandelns aaO. S. 78 unter Hinweis auf Herzog, in: Evangelisches Staatslexikon 1966, Art. Planung, Spalte 1524.
- 106 Dies war ein wesentlicher Grund, als Befragungsadressaten diese Untersuchung die städtischen Pressestellen zu wählen, weil sie - organisatorisch dem Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektor unterstellt - dennoch Teil der Verwaltung sind und damit deren Gesetzmäßigkeiten kennen und die notwendige Kontinuität gewährleisten. Der immer wieder als Folge der Politisierung der kommunalen Personalpolitik zu hörenden These, die zu Neutralität verpflichtete Verwaltung sei von Interessengruppen abhängig, während die abwählbaren Ratsherren diese Gefahren nicht ausgesetzt seien, kann hier nicht zugestimmt werden. Krautzberger, M., Formen kommunalen Verwaltungshandelns, aaO. S. 80.
- 107 Evers, Adalbert/Lehmann, Michael, politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik Deutschland, Offenbach 1971
- 108 Scharpf, Fritz W./Reissert, Bernd/Schnabel, Fritz, Politikverflechtung, Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg 1976
- 109 Vgl. Wehling, H.-G., Gemeinde und politisches Lernen, aaO. S. 279; Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244ff.

- 110 Vgl. Klönne, A., Zum Begriff und zur Realität, aaO. S. 253.
- 111 Vgl. Benz, A., Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute, aaO. S. 377.
- 112 Vgl. zum Ganzen die Ausführungen bei Graf, P., Die Aufgaben der Stadt, aaO. S. 53ff und bei Wehling, H.-G., Einleitung, aaO. S. 7.
- 113 Grauhan, R. R., Der politische Willensbildungsprozeß, aaO. S. 111.
- 114 Mayer-Tasch, Peter C., Die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Beteiligung des Bürgers an der Gemeindepolitik, in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.), Aspekte u. Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayer. Landeszentrale für polit. Bildungsarbeit, 3. Aufl., München 1977, S. 249ff.
- 115 Vgl. zusammenfassend hierzu: Zoll, R., Wertheim III, aaO. S. 216ff; Ellwein, Th./Zoll, R., Wertheim, aaO. S. 68ff, 235ff
- 116 Vgl. Kevenhörster, Paul, Neue Fragestellungen lokaler Politikforschung - Erkenntnisstand, Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten der politikwissenschaftlichen Gemeindeforschung, in: ders. (Hrsg.), Lokale Politik unter exekutiver Führerschaft, Meisenheim am Glan 1977, S. 15ff.
- 117 Mayntz-Trier im Rahmen des 11. Professorenengesprächs des Deutschen Landkreistages am 10./11.05.1973 in Tecklenburg, zit. nach Seele, G., Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, S. 235.
- 118 Vgl. Thränhardt, D., Die Abhängigkeit der Gemeinden, aaO. S. 114 mwN.
- 119 Grauhan, R.-G., Lokale Politikforschung 1, aaO. S. 11ff;

III. 2. Der kommunale Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß

- 1 Siewert, Hans-Jörg, Überblick über den Forschungsstand auf dem Gebiet kommunaler Macht- und Entscheidungsstrukturen, in: Werner Schulte (Hrsg.), Soziologie in der Gesellschaft, Bremen 1981, S. 297;
ders., Überblick über Entstehungsgeschichte und aktuellen Entwicklungsstand der kommunalen Macht- und Entscheidungsfor-
schung, in: Schmals, Klaus M./Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.) Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen, Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982, S. 5ff; vgl. zum Ganzen auch Zoll, Ralf, Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 61ff.

- 2 Das Forschungsinteresse am kommunalen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß gewann in der Politikwissenschaft erst an Bedeutung, als sich aufgrund der Krise in den Gemeinden (vgl. oben III.1.5) Bürgerinitiativen bildeten und die Probleme sichtbar wurden.
- 3 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 26, 290, 384, der vor allem auf Thaysen, Uwe, Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen. Ein Beitrag zur Entwicklung kooperativer Systeme mittelbarer und unmittelbarer Demokratie Heidelberg u. a. 1982, S. 15ff, verweist.
- 4 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 26-30 mwN.; Die empirische Untersuchung kann sich diesbezüglich deshalb auf die Frage nach der Bewertung des Einflusses alternativer Medien auf die öffentliche Meinung, auf das Repräsentationsorgan und auf die Verwaltungsarbeit (Fragen 6a-6c des Fragebogens vgl. Anhang/S. 393) beschränken. Von den Pressestellen eine differenzierte Beantwortung der Frage nach diesen theoretisch zwar vorhandenen, in der Praxis aber nicht sichtbar existierenden Phasen zu verlangen wäre mit subjektiven Komponenten und Unwägbarkeiten verbunden gewesen, die möglicherweise verfälschte Ergebnisse zur Folge haben könnten.
- 5 Auf die lange Zeit bei der Frage nach der Organisation des politischen Kommunikationsprozesses für notwendig gehaltene Unterscheidung zwischen "Stadt" und "Land" und auf die in der sozialwissenschaftlichen Forschung gemachten Typisierungsbemühungen bezüglich des lokalen Raumes braucht hier im einzelnen nicht eingegangen zu werden. Dies nicht nur deshalb, weil Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit ausschließlich deutsche Städte sind, sondern auch deshalb, weil in der neueren politikwissenschaftlichen und soziologischen Literatur hinreichend dargestellt wird, daß ein Gegensatz hier nicht mehr zwingend besteht. Auch bei unterschiedlichen Gemeindetypen weichen die politischen Kommunikationsstrukturen nicht grundsätzlich voneinander ab, weil an der Organisation politischer Kommunikationsprozesse in allen Gemeinden "... vergleichbare lokale Institutionen und Massenmedien" mitwirken. (Vgl. Jarren, O. Kommunale Kommunikation, aaO. S. 75, 78 mwN.). Zur Kontrolle dieser Annahme werden jedoch, bezogen auf die Bedeutung der Alternativzeitungen im kommunalpolitischen Kommunikationsprozeß, bei der Auswertung der Fragebogen vier Größenkategorien von Städten gebildet und beim Antwortverhalten miteinander verglichen.
- 6 Hinsichtlich der Terminologie fehlt eine Einigkeit. Der Begriff steht neben "kommunaler Öffentlichkeit", "Gemeindeöffentlichkeit", "Stadt(teil)öffentlichkeit", vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 75 mwN.
- 7 Dunkelmann, Henning, Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 51, Stuttgart 1975, S. 28.
- 8 Vgl. Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft

der Universität München, Politische Kommunikation - Eine Einführung, Berlin 1976, S. 13ff, 28ff.

- 9 Der Begriff "lokale Kommunikation" wird in keiner der von Rager, Günther/Schibrani, Harald, Das Lokale als Gegenstand der Kommunikationsforschung in: Rundfunk und Fernsehen 4, 1981, S. 498f. besprochenen Untersuchungen definiert. Es werden dort nur Einzelfragen des Massenkommunikationsprozesses behandelt, zur Frage nach dem "Lokalen" und nach dem Zusammenhang zwischen Sozialsystem und Kommunikationssystem vgl. Saxer, Ulrich, Lokale Kommunikation - Anspruch und Realität. Bilanz der Forschung. In: Media Perspektiven 5/1978 S. 377f; zum Begriff "Sozialsystem" vgl. Dunkelmann H., Lokale Öffentlichkeit, aaO. S. 33 unter Hinweis auf Luhmann, Niklas, Einfache Sozialsysteme, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1 (1972), S. 51ff; Jarren, O., Lokale Kommunikation, aaO. S. 146. Zum Identitätsverlust sozialer Systeme durch einen Zerfall der Öffentlichkeit, vgl. Habermas, Jürgen, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 13, 130, 158.
- 10 Vgl. E. O. Laumann/F. K. Pappi, New Directions in the Study of Community Elites, in: ASR 38, 1973, S. 212-230, zit. nach Uelzhöffer Jörg, Die kommunale Machtelite, aaO. S. 111, 127.
- 11 Zum Forschungsstand kann zusammenfassend festgestellt werden: Die wissenschaftliche Analyse sozialer Prozeßabläufe in der Kommune und die Erforschung von lokalen Macht- und Entscheidungsstrukturen begann in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren. In den Mittelpunkt wissenschaftlichen Interesses rückten die Fragen nach der politischen Partizipation, nach kommunalen Machtstrukturen und nach dem Ablauf kommunalpolitischer Macht- und Entscheidungsprozesse jedoch erst mit den politischen Unruhen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Damit wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die kommunale Ebene zum zentralen Thema sondern auch die "kommunale Selbstverwaltung" unter Vernachlässigung ihrer historischen Entwicklung zum zentralen Begriff für einen "Demokratietheoretischen Ansatz". Obwohl die strukturelle und die historische Ausgangslage in der Bundesrepublik Deutschland eine andere war (zu erwähnen sind hier insbesondere die stärkere Abhängigkeit der Kommune von überörtlichen Planungen sowie staatlichen Entscheidungen und Finanzierungshilfen, der Einfluß formaler Positionen auf die gemeindliche Machtstruktur und die relativ starke Stellung der Parteien im kommunalen Bereich), orientierte sich die bundesdeutsche Forschung in starkem Maße an den Ansätzen der amerikanischen "Community-Power-Forschung" und wurde von ihr beeinflusst. Zur Entwicklung der amerikanischen Community-Power-Forschung vgl. sehr ausführlich in: Zoll, R., Gemeinde als Alibi, aaO. S. 17ff, 29, 69ff, 13ff, 154ff, 173ff, mwN. Ausgangspunkt der amerikanischen Gemeindestudien nach 1945 bildete insbesondere die Arbeit von Floyd Hunter, vgl. Hunter, Floyd, Community-Power-Structure. A Study of Decision Making (zit. nach Zoll, R., aaO. S. 17, 47), in der die Machtstrukturen der Stadt Atlanta im Staate Georgia untersucht werden und deren Ergebnisse

die Annahme bestätigen, daß die Macht in der Gemeinde ungleich verteilt ist (Atlanta - Elite). Diese Arbeit, die zum sogenannten Methodenstreit führte, wurde vor allem von den Pluralisten kritisiert, für die eine "Pluralistische Gesellschaftstheorie" den theoretischen Rahmen für die Analyse kommunaler Machtstrukturen bildet. (Zur Pluralismustheorie vgl. in: Zoll, R., aaO. S. 61f., 81f.). Während der "Methodenstreit" für die Entwicklung der Gemeindeforschung nicht unabdingbar war und keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse über die Gemeinde als solche brachte, zeigen die in der Folge entstandenen Untersuchungen im Bereich der "comparative studies", daß die Machtstrukturen von historischen Entwicklungen abhängig sind und daß der Trend zur Dezentralisierung von Macht und zur verstärkten Herausbildung unterschiedlicher Eliten mit steigender Urbanisierung und Differenziertheit des sozialen Systems wächst. (Vgl. Zoll, R., aaO. S. 25ff mwN.). Die neueren amerikanischen Untersuchungen bemühen sich wieder stärker um systematische Vorgehensweisen und um wissenschaftliche Analyse, beziehen sich aber lediglich auf Einzelfragen und berühren nur einen kleinen Teil des Problemreiches "Partizipatorische Demokratie". (Vgl. Zoll, R., aaO. S. 27, 28).

Die ersten Überwiegend zu Beginn der "Community-Power-Forschung" in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Untersuchungen, die sich in Form von Fallstudien - mit in der Regel geringer Reichweite - insbesondere mit "Analysen kommunaler Machtstrukturen bzw. ...Machtprozesse" befaßten, (Jarren und Köser), lassen die Feststellung zu, daß die einzelnen Interessen im kommunalen Meinungs-, Willenbildungs- und Entscheidungsprozeß unterschiedliche Berücksichtigung finden. Die hierfür gegebenen Begründungen sind unterschiedlich. Jarren, O., kommunale Kommunikation aaO. S. 83, 307 nennt drei Ansätze:

(1) Nach den "sozial-ökologischen Ansätzen" wird die Stadt als "ökologische Einheit" und als relativ stabiler lokaler Raum gesehen und davon ausgegangen, daß sich soziale Phänomene hier "durch spezifische Interaktionsmuster" bestimmen lassen. Mit dem zunehmenden Einfluß supralokaler Faktoren und der zunehmenden bürokratischen Machtentfaltung und der damit verbundenen Abnahme des Einflusses parlamentarischer Gremien auf Planungs- und Entscheidungsprozesse aufgrund des Erfordernisses immer differenzierteren Fachwissens sind diese Ansätze als Erklärung und Begründung für den Bereich kommunaler Machtstrukturen nicht mehr hinreichend geeignet.

(2) Im Mittelpunkt des "Machtansatzes" steht die Analyse kommunaler Macht- und Entscheidungsstrukturen. Diese Untersuchungen lassen jedoch keine Aussagen über den Ablauf und den Inhalt von politischen Prozessen zu. Hinzu kommt bei diesem Ansatz, daß die Definitionskriterien der Begriffe "Macht" und "Gemeinde" unterschiedlich bestimmt werden und daß je nach Fragestellung die maßgeblichen Komponenten kommunaler Machtstrukturen in der Existenz einiger "ökonomisch bedeutsamer Akteure (oligarchische oder monolitische Machtstruktur)" oder im dominanten Einfluß einer Elite allgemein ("Elitenpluralismus" oder "elitärer Pluralismus") gesehen wird (vgl. hierzu Jarren, O., aaO. S. 83 mwN.; vgl. auch Köser, Helmut, Community-Power-Forschung, in: Rüdiger

- Voigt, Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984 S. 91-93
(3) Der sogenannte "Schichtungsansatz" schließlich analysiert den "Zusammenhang zwischen Sozialstruktur innerhalb einer Kommune und der Stellung einzelner Akteure im lokalen Prestigesystem". Problematisch an diesem Ansatz ist, worauf Jarren (aaO. S. 307) ausdrücklich hinweist, daß sich Machtträger aus dem ökonomischen Bereich nur bedingt in eine derartige Prestigerangordnung einordnen lassen und daß aus einer solchen Rangordnung nicht unmittelbar Rückschlüsse auf die tatsächliche Ausübung kommunaler Macht möglich sind.
- 12 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 78ff; Ellwein, Th./Zoll, R., Weitheim. aaO. S. 202ff
- 13 Keese, Dietmar, Willensbildung in den Gemeindeparlamenten, in: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.), Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayer. Bundeszentrale für pol. Bildungsarbeit, München 1977, 3. Auflage, S. 187f, 190 mwN.
- 14 Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 8.
- 15 Vgl. Helmke, Werner/Naßmacher, Karl-Heinz, Organisierte und nicht-organisierte Öffentlichkeit in der Kommunalpolitik, in: Reiner Frey (Hrsg.): Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung. Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn - Bad Godesberg 1976, S. 182ff, 188.
- 16 Zoll, R., Gemeinde als Alibi, aaO. S. 40ff.
- 17 Vgl. hierzu Rausch, H., Krise der Gemeinden, aaO. S. 241 mwN.
- 18 Eine stärkere Partizipation der Bürger im kommunalen Bereich wird nicht nur von den Kommunalpolitikern propagiert, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur behandelt und Lösungsvorschläge zur Heranführung der Bürger an den kommunalen Meinungs- und Entscheidungsprozeß gemacht; vgl. z. B. Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 32 mwN.
- 19 Weiterführende Hinweise vgl. Mayer-Tasch, P., Die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Beteiligung des Bürgers, aaO. S. 245.
- 20 Die folgenden Ausführungen orientieren sich, soweit ein anderer Hinweis nicht erfolgt, an der Bayerischen Gemeindeordnung, die hier exemplarisch herangezogen wird.
- 21 Vgl. Mayer-Tasch, P., Die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Beteiligung des Bürgers, aaO. S. 254.
- 22 Das Bundesbaugesetz 77 hat insoweit zu einer Entspannung der Situation im kommunalen Planungsbereich beigetragen. Das neue Baugesetzbuch vom 08.Dezember1986 (BGBl I S.2253), das am

- 01.Juli 1987 in Kraft getreten ist, enthält in §3 eine dem bisherigen §2a vergleichbare Regelung. Daß die Unterrichtung möglichst frühzeitig erfolgt ist in §3 nicht mehr als "Soll-" sondern als "Muß- Bestimmung" formuliert. Sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung und Entwicklung eines Gebietes in Frage kommen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen sollen nicht nur sondern müssen nun nach §3 dargelegt werden.
- 23 Neben dieser Festlegung als solcher sollen Einzelheiten der Neugestaltung und Mitwirkungsmöglichkeiten des einzelnen frühzeitig erörtert werden. Gefordert wird in diesem Zusammenhang, daß der Kreis der zu beteiligenden Bürger auf die ganze Bürgerschaft ausgedehnt wird. §137 BauGB, durch den die bisherigen Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes ab 01.Juli 1987 grundsätzlich ersetzt werden, hat diese Erwartung nicht erfüllt. Er geht über die bisherige Regelung nicht hinaus. §137 BauGB lautet: "Die Sanierung soll mit den Eigentümern, Mietern, Pächtern und sonstigen Betroffenen möglichst frühzeitig erörtert werden. Die Betroffenen sollen zur Mitwirkung bei der Sanierung und zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen angeregt und hierbei im Rahmen des möglichen beraten werden." Als unbefriedigend wird empfunden, daß ein großer Teil des Gemeindegebietes, nämlich der gesamte unverplante Innenbereich des §34 BBauG weder nach dem Bundesbaugesetz noch nach dem Städtebauförderungsgesetz eine Bürgerbeteiligung notwendig macht und der kommunalen Praxis erhebliche Auslegungs- und Entscheidungsfreiräume beläßt. Das BauGB vom 08.12.86 hat hieran grundsätzlich nichts geändert.
- 24 Diese Mitwirkungsmöglichkeit wird teilweise auch zu den direkten Formen der Einflußnahme gezählt; vgl. hierzu Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 32ff.
- 25 Vgl. hierzu die Hinweise auf die Gemeindeordnungen der einzelnen Länder bei Scheuner, U., Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 33.
- 26 Vgl. hierzu vor allem die Literaturhinweise bei Scheuner, U., zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung, aaO. S. 34, 35.
- 27 Vgl. Schnell, Stefan, Der Lokalteil - Mittler zwischen Rathaus und Bürger In: Der Städtetag 10/1969 S. 482 ff; Rinsche, Günter, Die Bedeutung der lokalen Tageszeitung aus der Sicht des Kommunalpolitikers In: Der Städtetag 7/1969 S. 322 ff
- 28 Vgl. Mayer-Tasch, P., Die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Beteiligung, aaO. S. 262.
- 29 Zu den Formen politischer Beteiligung im einzelnen Becker, Gerhard, Bürgerschaftliche Teilnahme an der kommunalen Selbstverwaltung, in: Gabriel, Oscar W., Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979 S. 90-92 mwN. Durch

die Schaffung von Bürgerbeiräten soll eine größere Öffentlichkeit der Planung erreicht und sachkundigen, nicht organisierten betroffenen Bürgern die Möglichkeit der Beteiligung gegeben werden. Bürgerforen wollen bei langen Planungsprojekten durch rechtzeitige Information, durch Kritik und Ideenvorschläge mit der Verwaltung konstruktiv zusammenarbeiten und in der Bevölkerung das Interesse an allgemeinen Stadtproblemen verbessern. Das Konzept der Anwaltsplanung wurde Mitte der 60er Jahre in der USA entwickelt, und soll dazu dienen die Interessen der Unterschicht und die Interessen derer, die ihre Anliegen nicht artikulieren können, gegenüber politischen Entscheidungsträgern und der Verwaltung anwaltschaftlich in Form von "Gegenplanungen" zu vertreten.

- 30 Die Zahl der gesetzlich fixierten Beteiligungsmöglichkeiten hat zugenommen und das Klima im Umgang zwischen Gemeindeorganen und engagierten Bürgern in Initiativen, Foren und Beiräten hat sich entkrampft und verbessert. Ob damit auch die Wirksamkeit der bürgerschaftlichen Beteiligung besser geworden ist, darüber gibt es kaum objektive Aussagen. Festzustellen ist aber, daß die verschiedenen Möglichkeiten der Mitwirkung häufig nicht oder nur in sehr geringem Umfang den Bürgern bekannt sind. Nach Becker bedeutet dies, daß zunächst die Frage, wie diese Defizite abgebaut und die vorhandenen Möglichkeiten besser genutzt werden können Vorrang haben sollten gegenüber der Forderung nach weiteren Teilnahmemöglichkeiten; vgl. Becker, G., aaO. S. 93.
- 31 Vgl. zum Ganzen Wehling, H.-G., Der Bürgermeister und "sein" Rat, aaO. S. 27ff.
- 32 Vgl. Wehling, H.-G., Der Bürgermeister und "sein" Rat, aaO. S. 28, 29
- 33 Keese, D., Willensbildung in den Gemeindeparlamenten, aaO. S. 187.
- 34 Abweichend von der hier gewählten Aufteilung werden Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zum Teil auch der Bürgermeisterverfassung und Niedersachsen der Magistratsverfassung zugeordnet. Hieraus wird bereits erkennbar, daß diese Typisierung problematisch ist, weil jedes Land der Bundesrepublik Deutschland sein eigenes Verfassungssystem hat, das im Detail mit dem des jeweils anderen Bundeslandes nicht vergleichbar ist und durch das nicht nur der "Ablauf von Politik (politics)" sondern darüber hinaus auch die "Inhalte (policy)" der Politik wesentlich geprägt werden; Vgl. Wehling, H.-G., Der Bürgermeister und "sein" Rat, aaO. S. 29; Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244ff, 248; Lang Gerhard, Typen kommunaler Verfassung in der Bundesrepublik in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik, Hamburg 1975 S. 154-182
- 35 Vgl. Derlien, Hans Ulrich u. a., Kommunalverfassung und kommunales Entscheidungssystem - Eine vergleichende Untersuchung in vier Gemeinden, Meisenheim 1976; vgl. auch Schmitt-Jortzig, Edzard, Gemeindeverfassungstypen in der Bundesrepublik Deutsch-

land in DÖV 1987, S. 281-285.

- 36 Wehling, H.-G., Der Bürgermeister und "sein" Rat, aaO.S.32.
- 37 Wehling, H.-G., Der Bürgermeister und "sein" Rat, aaO. S. 33 stellt zur Parteienzugehörigkeit der Bürgermeister in Bayern und Baden-Württemberg folgendes fest:
Baden-Württemberg (insgesamt):
50,6 % parteilos, 37,6 % CDU - Mitglied, 8,5 % SPD - Mitglied, 2,7 % FDP - Mitglied
Bayern (große Kreisstädte, kreisfreie Städte):
56,0 % CSU bzw. CSU u. a., 36,0 % SPD bzw. SPD u. a., 4 % FDP, 4 % Sonstige
Bayern (kreisangehörige Gemeinden):
49,1 % CSU bzw. CSU u. a., 10,1 % SPD bzw. SPD u. a., 36,9 % parteilos Die Werte für Baden-Württemberg beruhen auf Selbststeinstufung, die Werte für Bayern sind den offiziellen Kandidatenlisten entnommen, d. h. die Parteiangabe besagt hier nur etwas über die präsentierende Gruppierung, nicht über die Parteizugehörigkeit im strengen Sinne aus.
- 38 Auf wissenschaftlichen Tagungen wird immer wieder eine Angleichung der Kommunalverfassungssysteme diskutiert (vgl. z. B. Speyer-Seminar zur kommunalen Wissenschaft und Praxis vom Oktober 1985). Es geht dabei insbesondere darum, die dualistische Direktorialverfassung zu reformieren. Um die notwendige Integrationskraft der Gemeinden zu erhöhen werden ferner eine Neuorientierung kommunaler Informationspolitik und neue Formen der Bürgerberatung diskutiert. Da umfassende strukturelle Änderungen kurzfristig nicht durchsetzbar sind, erscheinen graduelle Verbesserungen erfolgversprechender (vgl. Benz, A., Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute, aaO. S. 377, 378).
- 39 Zu den verschiedenen Ansätzen in einzelnen vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 92, mwN.
- 40 Mit Hilfe einer aktiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kann die Verwaltung Schwerpunkte in der Diskussion setzen und damit Konflikte und kontroverse Auseinandersetzungen von vorne herein umgehen oder doch mindern. Über lokale Medien (etablierte Lokalzeitungen, Alternativzeitungen, Anzeigenblätter) und über die gemeindeeigenen Amtsblätter teilt sie den Bürgern die Informationen mit, die sie für notwendig hält. Presseberichte über Ausschusssitzungen und Plenumsitzungen werden, je nach Beratungsgegenstand, von den Pressestellen häufig selbst formuliert und mit entsprechenden Schwerpunkten versehen (vgl. Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 8; ders., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 92ff).
- 41 Vgl. hierzu ausführlich Wolz, Dieter, Die Presse und die lokalen Mächte. Eine empirische sozialwissenschaftliche Untersuchung über Pressekonkurrenz und Herrschaft in der Gemeinde, Journalismus Bd. 10 neue Folge, S. 94 mwN.
- 42 Als weitere Ursachen sind hier zu nennen:

die Konzentrationsentwicklung im Bereich der Lokalpresse führt zu einer weiteren "Entörtlichung" der Berichterstattung; der Einfluß Überörtlicher Instanzen auf lokale Entscheidungen nimmt zu; regionale und nationale Probleme wirken sich unmittelbar auf den lokalen Bereich aus (z. B. Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, Bau einer Autobahn u. ä.); Kommunalpolitiker versuchen in der "großen Politik" mitzumischen (z. B. Stellungnahmen zu außenpolitischen Fragen, atomwaffenfreie Zone...). Vgl. Benz, A., Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute, aaO. S. 375.

- 43 Uelzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 120 verweist in diesem Zusammenhang auf eine Untersuchung von Neuffer, M., Entscheidungsfeld Stadt, Stuttgart 1973, S. 176, nach dem jedem Ratsmitglied in Hannover durchschnittlich tgl. 45 Seiten Protokolle und Drucksachen zur Verfügung gestellt wurden. Dieser Umfang dürfte sich bis heute eher noch erhöht haben.
- 44 Der Verfasser hat diese Problematik als Leiter verschiedener Abteilungen an einem bay. Landratsamt (Sozialabteilung, Umwelt- und Naturschutz, Bauabteilung u. a.) in der Praxis kennengelernt und - später - als Mitglied des Kreistages und des Kreis-ausschusses, denen es obliegt, die Verwaltungsvorlagen zu beraten ähnliche Erfahrungen selbst gemacht Vgl. hierzu Keese, D., Willensbildung in den Gemeindeparlamenten, aaO. S. 191.
- 45 Eine Abhilfe scheint hier nur durch Spezialisierung innerhalb der Fraktionen und durch die Zuziehung von Sachverständigen möglich zu sein. In den großen Städten wird ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit zusehends ersetzt durch Berufspolitiker mit der Folge, daß die Bürgerferne zunimmt. Vgl. hierzu Rausch, H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 239; Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 8.
- 46 Vgl. zum Ganzen Keese, D., Willensbildung in den Gemeindeparlamenten, aaO. S. 193ff; Voigt, R., Kommunalpolitik, aaO. S. 241, 242.
- 47 Vgl. hierzu Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 245; Voigt, R., Kommunalpolitik, aaO. S. 241, 242; Zoll, R., Gemeinde als Alibi, aaO. S. 129ff.
- 48 Vgl. Keese, D., Willensbildung in den Gemeindeparlamenten, aaO. S. 194.
- 49 Vgl. Kimminich, Otto, Die Parteien im Rechtsstaat: Herausforderung durch die "Alternativen", in: DÜV 83 S. 220 unter Hinweis auf Triepel, Heinrich, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in: Theorie und Soziologie der politischen Parteien, hrsg. u. eingeleitet v. Kurt Lenk und Franz Neumann, 1968, S. 122.
- 50 Nach Kimminich, O., aaO. S. 225 kommt den Parteien die Aufgabe zu, eine Partizipation im Rahmen ihrer Kompetenzen zu ermöglichen und nach einer Ausfiltrierung darüber zu entscheiden,

- nach welchen gesellschaftlichen Werten und Orientierungen der politische Entscheidungsprozeß geprägt werden soll. Nach Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 8, versuchen die sog. "Volksparteien" quasi als Informationsfilter in den Willensbildungs- u. Entscheidungsprozeß nur noch mehrheitsfähige Themen einzubringen.
- 51 Zu den Aufgaben der Parteien in der Demokratie vgl. insbes. Hesse, Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat, in: VVDStRL 17 (1959) S. 24f.
- 52 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 85, Das BVerG (BVerfGE 5, 388; 12, 306) hat wiederholt unter Hinweis auf Art, 21 GG die "Integrationsfunktion der politischen Parteien" unterstrichen.
- 53 Vgl. Naßmacher, Karl-Heinz, Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1. Jahrgang.4/1972, S. 42; vgl. auch Kimminich, O., Die Parteien im Rechtsstaat, aaO. S. 224.
- 54 Vgl. Kimminich, O., Die Parteien im Rechtsstaat, aaO. S. 222, 223 mit Ausführungen zu den Ursachen dieser Einstellung.
- 55 Die von Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 255, vertretene Theorie vom "Funktionsverlust des Parl. Systems" erscheint überzeichnet. Es trifft zwar zu, daß sich Bürger teilweise nicht an Abgeordnete oder Ratsmitglieder sondern unmittelbar an die Verwaltung richten. Dies ist jedoch keine neue Entwicklung. Vielmehr ist es auch heute so, daß sich der Bürger dann, wenn er seine Interessen gegenüber der Verwaltung allein nicht durchsetzen kann an die kommunalen Repräsentanten mit der Bitte um Vermittlung oder Unterstützung wendet. Die Tatsache, daß Parteien und Ratsmitglieder dem Gemeinwohl verpflichtet sind, hindert ein Engagement für den Einzelfall nicht.
- 56 In der Politikwissenschaft wird diese Funktion der Parteien in der Gemeindedemokratie grundsätzlich positiv beurteilt, vgl. Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 112 mwN.
- 57 Vgl. Klein, Armin, Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik in: Gabriel Oscar W. (Hrsg.), Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, S. 113-118.
- 58 Vgl. hierzu Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO.S. 244ff
- 59 Lehmbruch, G., Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: Der Bürger im Staat 1/1975, S. 3ff.
- 60 Vgl. Klein, A., Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik, aaO. S. 118.
- 61 Vgl. Naßmacher, K.-H., Parteien im kommunalpolitischen Zielbil-

dungsprozeß, aaO. S. 65

- 62 Lehmbbruch, G., Der Januskopf der Ortsparteien, aaO. S. 7, vgl. auch Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 113, 114 u. seinen Hinweis auf die Ergebnisse einer empirischen Analyse.
- 63 Vgl. hierzu Schlußbericht der Enquete-Kommission Verfassungsreform gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages, Drucksache 7/5924 des Dtsch. Bundestages vom 09.12.1976, S. 12; Naßmacher, H./Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, aaO. S. 18, 19; Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Strukturprobleme des lokalen Parteiensystems, Bonn 1975, S. 339-369; Kevenhörster, P., Neuere Fragestellung lokaler Politikforschung, aaO. S. 15-54. Auf die unterschiedlichen Bedingungen zwischen der Parteiarbeit in den Städten und auf dem Lande weist Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 86, 87, 308 unter Bezugnahme vor allem auf Fürst, Dietrich, Kommunale Entscheidungsprozesse. Ein Beitrag zur Selektivität politisch-administrativer Prozesse, Baden-Baden 1978, S. 94ff, hin.
- 64 Vgl. Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 264, 255.
- 65 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 86f, 91 mwN.
- 66 Widmaier, Hans-Peter, Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Zur Theorie politischer Güter, Hamburg 1976, S. 66f.
- 67 Dort aber, wo politisches Engagement im Parteivorstand und kommunalpolitische Ehrenamtlichkeit zumindest teilweise getrennt sind und damit einander gegenüberstehen und sich argumentativ auseinanderzusetzen haben, können sich teilweise beachtliche Unterschiede in den Handlungsmaximen und in den Programmvorstellungen zeigen. Aus eigener parteipolitischer Erfahrung und ehrenamtlicher Ratstätigkeit in einer ca. 5000 Einwohner zählenden bayerischen kreisangehörigen Gemeinde weiß der Verfasser, daß die Fraktion häufig nur zögernd auf Vorschläge des Vorstandes eingeht und stets ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteigremien betont. Die Teilnahme der Vorstandsmitglieder an den Fraktionssitzungen (öffentlicher Teil der Tagesordnung) konnte erst nach langwierigen zähen Verhandlungen seit Ende der 70er Jahre durchgesetzt werden. Die Herausgabe einer lokalen Parteizeitung führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen und verursachte "produktive Konflikte", die dazu führten, daß über innerparteiliche Kommunikationsstrukturen ebenso nachgedacht wurde wie darüber, wie offen der politische Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der Partei geführt werden darf. Vor allem von den älteren Ratsmitgliedern wird es nicht selten als Sakrileg angesehen, wenn der Parteivorstand oder die Redaktion der Parteizeitung auch das Abstimmungsverhalten der eigenen Fraktion beleuchtet oder zu bestimmten lokalen Probleme ergänzende Argumente vorträgt und von der eigenen Fraktion verlangt, diese in ihre Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Nach ihrer Meinung erzeuge die Herausgabe einer Parteizeitung mit kommunal-politischem Inhalt nur Unruhe und bringe weder der Fraktion noch

der Partei Nutzen. Im Gegensatz zu den Fraktionsmitgliedern, die in ihrer Mehrzahl eine Einstellung der lokalen Parteizeitung wünschten, ergab eine Umfrage unter den Parteimitgliedern, daß zwar durchaus Kritik an Form, Inhalt und Diktion geübt wurde, daß aber der Überwiegende Teil derer, die den Fragebogen zurückgaben, die Herausgabe der lokalen Parteizeitung als sinnvoll bezeichneten, weil hier Hintergründe aufgezeigt und Detailinformationen gegeben werden, die in der lokalen Tagespresse keinen Platz finden (die Fragebogenaktion war anonym, die Fragebogen konnten per Post an den Vorstand zurückgeschickt oder bei Parteiveranstaltungen in aufgestellte Urnen eingeworfen werden). Den Räten war das kommunalpolitische Engagement des Vorstandes häufig unangenehm. Nach ihrer Meinung sollte sich die Parteiarbeit stärker im geselligen Bereich abspielen und möglichst auf eine Unterstützung der Räte im Kommunalwahlkampf beschränken. Bei Kritik aus den Reihen des Vorstandes zogen sich die Räte regelmäßig auf formale Positionen zurück und erklärten, daß sie den Bürgern und nicht der Partei verantwortlich seien, daß es kein imperatives Mandat gebe, daß sie allein ihrem "Gewissen" verpflichtet seien, daß Kommunalpolitik nichts mit Parteipolitik zu tun habe und schließlich, daß es sich von außen gesehen leicht reden lasse. Es sei unmöglich kommunale Vorkommnisse, Fehler oder Unzulänglichkeiten in der vom Vorstand gewünschten Deutlichkeit anzusprechen bzw. Änderungsvorschläge hartnäckig und nachdrücklich zu verfolgen ohne dabei das harmonische und gute Klima im Gemeinderat zu zerstören (diese Erfahrungen deuten sich mit denen von Zoll, R. u. a., Wertheim III aaO. S.108). Die Aussichten, Vorschläge der Partei in konkrete Kommunalpolitik umzusetzen waren umso geringer je neuer und ungewöhnlicher die Vorschläge und je größer die Wahrscheinlichkeit waren, daß es im Gemeinderat hierfür nicht a priori Mehrheiten gibt, sondern politische Auseinandersetzungen zu erwarten sind. Auch wenn der Vorstand für seine Vorschläge überzeugende Argumente vortragen und die Einwendungen und Bedenken der Fraktion ausräumen konnte, kam es nicht immer zu der gewünschten Antragsstellung durch die Fraktion bzw. die Fraktion stand nicht geschlossen hinter dem von der Vorstandschaft initiierten Antrag. Ihr Abweichen von der besprochenen Vorgehensweise begründeten die Gemeinderäte häufig mit neuen Gesichtspunkten, die sich in der Sitzung ergeben haben. Dabei wurden Einwendungen anderer Fraktionen gerne aufgegriffen und - auch wenn sie vordergründig waren - so stark gewichtet, daß ein Abweichen vom eigenen ursprünglichen Standpunkt als gerechtfertigt angesehen wurde. Die Frustration der Vorstandsmitglieder wurde noch dadurch erhöht, daß auch die jungen Gemeinderatsmitglieder, die lange Jahre im Vorstand für die genannten Formen der politischen Arbeit im Gemeinderat gewirkt hatten, diesen Standpunkt als Ratsmitglieder sehr rasch relativierten und sich den älteren Räten nicht nur in den Argumenten anschlossen sondern sich auch in der Diskussion hinter Sätzen wie "da lasse ich mir nicht hineinreden", "das habe ich zu verantworten" etc. verschanzten.

Dabei ist das Abstimmungsverhalten einzelner Räte teilweise logisch nicht nachvollziehbar, ja sogar widersprüchlich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Ratsmitglied bis zum Schluß vehe-

ment für die Lösung A plädiert, dann aber für die Lösung B stimmt und später, je nach dem, von welchem Bürger er angesprochen wird auf sein Plädoyer oder auf sein Abstimmungsverhalten verweist. Die Argumentationsfreudigkeit ist ebenso wie die Entscheidungs-
freudigkeit, je nach dem ob es um angenehme oder unangenehme Angelegenheiten geht, in erheblichem Maße abhängig davon, ob Bürger als Zuhörer anwesend sind oder nicht. Auf Grund häufig bestehender persönlicher, gesellschaftlicher oder geschäftlicher Beziehungen besteht hier bei manchen Räten eine Barriere, die teilweise so beachtlich ist, daß sich die sachgerechteste Lösung nicht durchsetzen kann, ja daß nicht einmal der Mut besteht, die eigentlichen Probleme zu diskutieren. Es werden viel mehr Debatten über Schein- oder Randprobleme geführt. Auch diese Erfahrungen stimmen mit den Untersuchungsergebnissen von Wertheim III überein, wo festgestellt wurde, "daß die geringe soziale Distanz in einer Kleinstadt naheliegt, Probleme zu verobjektivieren, Auseinandersetzungen und Konflikte zu scheuen, die einheitliche Meinung mit dem Sachzwang zu erklären und den starken persönlichen Zuschnitt von Politik, ..., über formale Prozeduren wie die Nicht-Öffentlichkeit vieler Gemeinderatssitzungen zu entschärfen". (Vgl. Zoll, R. u. a. Wertheim III, aaO. S. 139). "Hinzu kommt noch die ... Tendenz, die Beschlüsse einstimmig zu fassen. Der Öffentlichkeit wird auf diese Weise vorge-
spiegelt, als gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten, keine Konflikte, keine Möglichkeiten auch anderes zu beschließen." (aaO. S. 142). Auch die Dominanz von Verwaltung und Bürgermeister erhöht bei den Ratsmitgliedern die Neigung, Konflikte zu vermeiden oder sich in einer ganz großen Koalition einzurichten... Der Gemeinderat als Laiengremium flüchtet auf anderer Ebene in eine ähnliche Apathie wie die Bevölkerung, weil auch für ihn die Prozesse nicht mehr durchschaubar sind." (aaO. S. 109).

- 68 Ellwein, Th./Zoll, R., Wertheim, aaO. S. 78.
- 69 Vgl. hierzu Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244ff der vor allem auf Siewert, Hans Jörg in Wehling, H.-G. (Hrsg.), Dorfpolitik, Opladen 1978 verweist.
- 70 Vgl. Zoll, R. u. a., Wertheim III, aaO. S. 200, 201; Jarren O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 8.
- 71 Vgl. Jarren, O. Kommunale Kommunikation, aaO. S. 99f mwN.
- 72 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 100/101, der insbes. auf Fürst, D., Kommunale Entscheidungsprozesse, aaO. und auf Bühler, Walter, Der Verein in Politik und Wirtschaft. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen, St. Augustin 1978, S. 45 verweist.
- 73 Ellwein, Th./Zoll, R., Wertheim, aaO. S. 68ff, 74ff, 202ff, 266ff.

- 74 Ellwein, Th./Zoll, R., Wertheim, aaO. S. 249ff, 266ff (269)
- 75 Ueltzhöffer, J., Die kommunale Machtelite, aaO. S. 119; Zur politischen Soziologie der Gemeinde vgl. insbesondere die Beiträge in: Zoll, R., Gemeinde als Alibi, aaO.
- 76 Vgl. Graf, P., Die Aufgaben der Städte. aaO. S. 57
- 77 Vgl. Mayer-Tasch, P., Die rechtlichen u. politischen Möglichkeiten einer Beteiligung des Bürgers, aaO. S. 251.
- 78 Zu den verschiedenen Definitionsansätzen vgl. Thaysen, Uwe, Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen. Ein Beitrag zur Entwicklung kooperativer Systeme mittelbarer und unmittelbarer Demokratie, Heidelberg u. a. 1982, S. 17ff; Lange, R.-P. (Hrsg.), Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und West-Berlin. Eine Analyse von 61 Bürgerinitiativen in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/1973 S. 247ff; Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 254-276 und Guggenberger, B., Bürgerinitiativen in der Parteidemokratie, aaO. S. 134 mit weiteren Literaturnachweisen.
- 79 Guggenberger, B., Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, aaO. S. 18-22.
- 80 Weiler, G./Volmer, A., Bürgerinitiativen heute, aaO. S. 551
- 81 Becker, G., Bürgerschaftliche Teilnahme, aaO. S. 85ff (86) mwN.
- 82 Vgl. zum Ganzen Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO.-S. 101ff, mit ausführlichen Literaturnachweisen. Die These vom Funktionsverlust der Parteien oder des parlamentarischen Systems und vom mündigen Bürger bezüglich der Entstehungsgründe der Bürgerinitiativen wurde bisher nicht bewiesen.
- 83 Zur quantitativen Bedeutung der Bürgerinitiativen können zuverlässige Angaben nicht gemacht werden. Das empirische Datenmaterial über die Anzahl der Bürgerinitiativen und über die in ihnen tätigen Bürger ist sehr unterschiedlich. Die Zahlen reichen von 1.000 bis 50.000 Bürgerinitiativen und bis zu 1,5 Mio. Mitgliedern in diesen Organisationen. (Vgl. hierzu mit weiteren Nachweisen: Becker, G., Bürgerschaftliche Teilnahme, aaO. S. 86 mwN.). Allein in Bayern gab es 1973 bereits 380 Bürgerinitiativen, von denen 71 % nur einen konkreten Fall betrafen ("Ein-Punkt-Initiativen") und 60 % ausschließlich kommunalpolitischen Bezug hatten. (Vgl. Bestandsaufnahme des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Bürgerinitiativen in Bayern, Drucksache für Presse, Rundfunk und Fernsehen 194/73, zit. nach Rausch H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 243).
- 84 Bevorzugtes Handlungsfeld waren insbesondere die Gemeinden und hier vor allem der Bereich Wohnen (Bebauungs- und Sanierungspläne, Stadtentwicklung und Umweltschutz), wobei die Themenschwerpunkte sich nach den örtlichen Besonderheiten richten und in hohem Maße von der Größe der jeweiligen Kommune abhängen.

Nach der Bestandsaufnahme des Bayer. Staatsministeriums des Innern - vgl. Fußnote 83 - verfolgen 60 % aller Bürgerinitiativen kommunalpolitische Ziele, 30 % landes- und 10 % bundespolitische Aufgabenstellungen.

- 85 Die Möglichkeiten der Mitarbeit in Bürgerinitiativen, die versuchen, die gemeindliche Willensbildung zu beeinflussen, sind gemeinderechtlich nicht geregelt und können deshalb als "Nicht-verfasste Mitwirkungsmöglichkeiten" oder als "verwaltungsexterne Partizipation" bezeichnet werden; vgl. hierzu Becker, G., Bürgerschaftliche Teilnahme aaO. S. 85.
- 86 Vgl. Rausch, H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 242ff.
- 87 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 102.
- 88 Zoll, R. u. a., Wertheim III, aaO. S. 108.
- 89 Naschold, Frieder, Organisation und Demokratie, Stuttgart u. a. 1969, S. 57, zit. nach Rausch, H., Krise der Gemeinde aaO. S. 240; vgl. auch bei Wehling, H.-G., Gemeinde und politisches Lernen, aaO. S. 287.
- 90 Zu den Ursachen vgl. Rausch, H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 238 mwN.
- 91 Vgl. Rausch, H., Krise der Gemeinde, aaO. S. 236.
- 92 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 104, 105, 108.
- 93 Borsdorf-Ruhl, B., Zielsetzungsprobleme von Bürgerinitiativen in: Liberal 16, 1974 S. 853ff
- 94 Vgl. zum ganzen Themenbereich Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 105, unter Hinweis auf Schenk, Michael, Bürgerinitiativen: Interpersonale Kommunikation und politischer Einfluß. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozial-psychologie, Jg. 33, 1981, S. 631ff (635); Friedrich - Naumann - Stiftung (Hrsg.), Lernen in Bürgerinitiativen. Ein Beitrag zur handlungsorientierten politischen Bildungsarbeit, Bonn 1979, S. 165 und weiteren Nachweisen.
- 95 Vgl. hierzu Werner, A., Bürgerinitiativen, aaO. S. 256, 257 mwN.
- 96 So Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 103ff, nach dem die heutige Entwicklung der Bürgerinitiativen insbes. im Umwelt- und Planungsbereich zeigt, daß sich die "soziale Zusammensetzung" der Bürgerinitiativen denjenigen bei den Vereinen und Verbänden immer stärker angleicht.
- 97 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 106, 107.
- 98 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 108, 109.

- 99 Zu den neuen Medien zählen insbesondere Kabel- und Satellitenfernsehen, Teletext, Bildschirmtext, Videotext, Datenendgeräte und Datendienste, Telefax (Fernkopieren), Bildplatte und Bildtelefon, um nur die wichtigsten und bekanntesten zu nennen. Die vom Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BdZV) behauptete Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und die damit verbundene Gefahr für die Meinungsfreiheit wegen der Hörfunk- und Fernsehwerbung besteht nicht, wie Pffifferling, Jürgen, die Position von Hörfunk und Tageszeitung auf dem Werbemarkt in: Media Perspektiven 10/80 S. 651-659, darlegt. Vielmehr ist festzustellen, daß in den meisten Verbreitungsgebieten nur noch eine, höchstens aber zwei unternehmerisch voneinander unabhängige Verlagseinheiten bestehen und daß 85 % der bundesdeutschen Abonnementzeitungen eine Allein- oder Erstanbieterposition innehaben und wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, die in nahezu keinem anderen Wirtschaftszweig erreicht werden. Zur guten Ertragslage der Tageszeitungen vergleiche auch: Rutsatz Karl-Heinz, Die wirtschaftliche Situation deutscher Tageszeitungen. Beste Ertragslage seit den 30er Jahren. In: Media Perspektiven 3/80 S. 160-163.
- 100 61% der Zeitungsleser möchten auf die Lokalseiten mit den Heirats- und Todesanzeigen, dem Vereinskalendar, Reportagen über die örtlichen Fußballspiele, Personalien, Müllabfuhrtermine, Mütterberatung u. a. liebgewordenen Kleinkram am wenigsten gerne verzichten; vgl. die Aufsatzsammlung im Allgemeinen Deutschen Sonntagsblatt Nr. 42/1975 S. Xiii und Silbermann, A., Handwörterbuch der Massenkommunikation aaO. Bd. 2, S. 289
- 101 Saxer, U., Lokale Kommunikation, aaO. S. 367, 368 mwN.
- 102 Saxer, U., Lokale Kommunikation, aaO. S. 378
- 103 Brand, P./Schulze, V. (Hrsg.), Medienkundliches Handbuch, aaO. S. 36; Silbermann, A., Handwörterbuch der Massenkommunikation, Bd. 2, aaO. S. 280, 375; Noelle-Neumann, E./Schulz, W. (Hrsg.), Publizistik, aaO. S. 228, 229; Koszyk, K./Prys, K.H., Handbuch der Massenkommunikation, aaO. S. 164. 165; Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 15, Stichwort: "Lokalpresse".
- 104 Döhn, L./Klößner, K., Medienlexikon, aaO. S. 132, 133.
- 105 Vgl. Koszyk, K./Prys, K. H., Handbuch der Massenkommunikation, aaO. S. 164
- 106 Teilweise werden der Regionalpresse auch Zeitungen zugeordnet, deren Verbreitungsgebiet sich auf Bundesländer erstreckt. In der Wissenschaft werden die Zeitungen vor allem nach politischer Zuordnung (Regierungs-, Oppositions-, Partei-/ Parteirichtungs- und unabhängig überparteiliche Zeitung), Lederkriterien (Elitezeitung, Massenblatt), nach inhaltlichen Merkmalen (Nachrichten oder Meinungszeitung) und nach der wirtschaftlichen Organisation (Staats-, Privat- und Stiftungseigentum) unterschieden. Die Praxis unterscheidet nach äußeren Kriterien wie Erscheinungsweise (Tages- oder Wochenblatt, Morgen- oder Abendzeitung), Ver-

- triebsart (Abonnement- oder Kauf- bzw. Straßenverkaufszeitung, auch "Boulevardzeitung" genannt) und Verbreitungsgebiet (Überregionale Zeitung, Regional-, Lokalzeitung). Während lokale und regionale Zeitungen sowie Überregionale Zeitungen überwiegend als "Abonnementzeitungen" bezogen werden, kauft der Leser alternative Zeitungen häufiger am Kiosk u. ä. Vgl. hierzu Brockhaus Enzyklopädie Bd. 20, aaO. S. 616-621; Noelle-Neumann E./Schulz W. (Hrsg.), Publizistik, aaO. S. 228.
- 107 Vgl. Groth, Otto, Die unerkannte Kulturmacht, Bd. 2, Berlin 1961, aaO. S. 83.
- 108 Vgl. z. B. bei Schmitt-Bleibtreu B./Klein F.; Kommentar zum GG, aaO. Art 5; Mangoldt v., H./Klein F./Starck Ch., Das Bonner Grundgesetz, Kommentar Bd. 1, 3. Auflage, München 1985, Art 5 Rdnr. 38, 39; Löffler M./Ricker R., Handbuch des Presserechts, aaO. S. 2 Rdnr. 6, 7, S. 60 Rdnr. 4ff.
- 109 Die Vergleichszahlen des Jahres 1963 lagen bei 57 % (Zeitung), 25 (Fernsehen), 11 (Rundfunk) und 7 (Illustrierte). Zur Anzahl der Tages- und Wochenzeitungen, zur Auflagenhöhe, zu den absoluten Zahlen der Zeitungsleser in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer täglichen Lesedauer, vgl. Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 33, 34; vgl. ferner Brockhaus Enzyklopädie, Bd. 15, Wiesbaden 1972, 17. Auflage, S. 113.
- 110 Vgl. Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 1.
- 111 Vgl. Schlüter Joachim, Der neue Lokaljournalismus, in: Projektteam Lokaljournalisten (Hrsg.), Materialien für Lokaljournalisten Teil 1, München 1980, S. 8.
- 112 Vgl. Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger zur Medienpolitik, in: Media Perspektiven 6/83, S. 445.
- 113 Vgl. Berg, Klaus, Die Auswirkungen Neuer Medien auf Organisation und Struktur der klassischen Massenmedien, in: Media Perspektiven 5/83, S. 307.
- 114 Die "Publizistischen Einheiten" reduzierten sich von 1954-1983 um 44 %. Die Zahl der Vollredaktionen betrug 1954 225, 1983 nur mehr 125. Nach dem Medienbericht der Bundesregierung von 1978, aaO. S. 6, 11 und der Untersuchung von Schütz, Walter J., Deutsche Tagespresse 1982 in: Media Perspektiven 3/83, S. 181ff, verfügen wenige Verlagsgruppen über hohe Marktanteile. Über 75 % der Gesamtauflage der Tageszeitungen werden von 38 Vollredaktionen versorgt, während 38 % der Vollredaktionen so klein sind, daß sie nicht mehr als 10 Redakteure beschäftigen. 1976 hielten die fünf größten Zeitungskonzerne in der Bundesrepublik Deutschland 45 % der Gesamtauflage der Tagespresse. Auf die zehn größten Zeitungshäuser mit 35 Zeitungen entfielen 54,6 %, davon auf den Springer-Verlag allein mehr als 28 %. Die restlichen 45,4 % Marktanteil teilten sich 366 sonstige Zeitungen (Löffler, Martin, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 19, aaO. S. 235 und Wolz, Dieter, Die Presse und die lokalen Mächte. Eine

empirische Sozialwissenschaftliche Untersuchung über Pressekonzentration und Herrschaft in der Gemeinde, Journalismus Bd. 10 (Neue Folge), hrsg. von Franz Ronneberger und Karl Bringmann, 1978, S. 2-10). Von den ca. 1.200 Zeitungen, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt sind mehr als die Hälfte reine "Kopfbblätter", hinter denen kein eigenes selbstständiges Zeitungsunternehmen steht und die sich von der Zentralzeitung nur im Titel und im Lokalteil unterscheiden. Die bei Schütz, aaO. S. 181ff. abgedruckte Statistiktabelle über die Zeitungsstruktur der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß die Zahl der als Herausgeber fungierenden Verlage trotz steigender Verkaufsauflagen weiter abgenommen hat, während die Zahl der Redaktionsausgaben sich im derzeitigen Bereich einzupendeln scheint, was wohl auf die Neugründung von Stadtteilausgaben und auf die weitere Aufteilung bestehender lokaler Ausgaben zurückgeführt werden kann. Die Zahl der publizistischen Einheiten ist demgegenüber geringfügig angestiegen. Nach Schütz, aaO. S. 197 ist ein "Trend zur Verflechtung von Konkurrenzzeitungen am Ort" zu erkennen, d.h. Zeitungen in nachrangiger Wettbewerbsposition (sog. "Zweitzeitungen") neigen dazu, sich mit der führenden Konkurrenzzeitung am Ort zusammenzuschließen. Kopper, Gerd G., Marktzutritt-Grundfrage funktionierenden Zeitungswettbewerbs, in: Media Perspektiven 3/83 S. 145 vertritt die Ansicht, daß im lokalen Zeitungsmarkt höchstens zwei Tageszeitungen nebeneinander existieren können und meint, daß die Chance im lokalen Bereich eine neue Tageszeitung zu etablieren insbesondere wegen der fortschreitenden Pressekonzentration und bestehender Leser-Blatt-Bindungen gleich Null sei. Eine solche Feststellung ist von juristischer und politischer Relevanz; denn das Bundesverfassungsgericht hat bisher das Vorhandensein eines solchen Wettbewerbes bei der Tagespresse unterstellt. Zu den Besonderheiten bei der Gründung der "TAZ" vgl. Meyer, Uwe, Der Marktzutritt der "Tageszeitung" (TAZ) in: Media Perspektiven 3/83, S. 155-158.

- 115 Während es 1973 in 38,3 % aller Kreise und kreisfreien Städte mit einem hohen Bevölkerungsanteil von 27,6 % nur eine Lokalzeitung gab, stieg der Anteil der "Ein-Zeitungs-Kreise" bis 1981/82 auf 46,2 %, in denen 35,3 % der Bevölkerung wohnen. Vgl. Medienbericht der Bundesregierung 1978, S. XIV; Schütz W. J., Deutsche Tagespresse 1982, aaO. S. 195, 196 (46,8%); Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 116. Zu ähnlichen Zahlen kommt auch Walter E. Keller in seinem Aufsatz "Notizen aus der Provinz" im Dtsch. Allg. Sonntagsblatt, Nr. 45/75, S. XIII.
- 116 Vgl. hierzu ausführlich und mwN. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 117.
- 117 Vgl. zum Ganzen Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 120ff.
- 118 BVerfGE 20, 174ff.

- 119 Die Oberbegriffe, unter denen sie zusammengefaßt werden sind unterschiedlich: Vgl. zum Ganzen Rombach, Theo, Lokalzeitung und Partizipation am Gemeindeleben: eine empirische Untersuchung, Berlin 1983, S. 5-20 mwN; Stuiber, Heinz-Werner, Zu den Funktionen der Massenkommunikation - Politische und soziale Orientierung als Grunddimension massenkommunikativer Leistungen, in: Rühl, Manfred/Walchshöfer, Jürgen (Hrsg.), Politik und Kommunikation, Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Erlangen 1978, S. 211-235; Ronneberger, F., Die politischen Funktionen der Massenkommunikation, in: Langenbucher, W. R., (Hrsg.), Zur Theorie der politischen Kommunikation. München 1974, S. 193ff.
- 120 Vgl. Hoffmann-Riem W./Plauder, H., Rechtsfragen der Presse-reform, aaO. S. 33 mwN.; Meyn, Hermann, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (Hrsg.), Zur Politik und Zeitgeschichte 24, Berlin 1968, S. 6; Rombach, Th., Lokalzeitung und Partizipation, aaO. S. 5ff.
- 121 Vgl. Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 9. Zu den besonderen Schwierigkeiten denen der Lokalredakteur dabei gegen-über steht, vgl. Die Kommunalpolitische Berichterstattung - Mittler zwischen Bürger und Gemeinde In: Ingolstädter Begegnungen (II). Eine kommunalpolitische Gesprächsrunde, 1. Auflage, München 1981, hrsg. v. d. Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, S. 84f, 72f; Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. S. 79ff; Naßmacher, K.-H., Kommunalpolitik, aaO. S.244ff; Benzinger, J.-P., Lokalpresse und Macht in der Gemeinde, aaO. S. 59.
- 122 Im Bereich des Rundfunks wurden unter dem Druck des bevorstehenden privaten Rundfunks und der neuen Medien hier Defizite bereits reduziert und Sendungen mit Bürgerbeteiligungen in stärkerem Umfang eingeführt. Etablierte Zeitungen sehen sich diesem Druck noch nicht ausgesetzt und halten in weiten Bereichen noch an der alten Praxis des "Termin-Journalismus" fest mit den entsprechenden Auswirkungen auf ihre Kommunikationsleistungen.
- 123 Hierzu gehören nicht nur Familienanzeigen, Jubiläen, Hochzeiten, Geburts- und Todesanzeigen, sondern auch die Darstellung von örtlichen Normen und Berichte über das Leben einzelner Gemein-demitglieder und über Ereignisse in örtlichen Vereinen und Institutionen (vgl. Benzinger, J.-P., Lokalpresse und Macht in der Gemeinde, aaO. S. 60ff.mwN.).
- 124 Vgl. Groß, R., Presserecht, aaO. S. 27ff; Meyn, H., Massenmedien, aaO. S. 6.
- 125 Hoffmann-Riem W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 34 mwN.
- 126 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 13f mwN.; Noelle-Neumann, E./Schulz, W. (Hrsg.), Publizistik, aaO. S. 316ff.

- 127 Dabei ist streitig, ob der einzelne Journalist für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, Kritik zu üben und kontrollierend tätig zu sein oder ob er in diesem Rahmen als "Moderator" oder "Gesprächsleiter" geistiger Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft fungieren darf. In Art. 111 der Bayerischen Verfassung heißt es hierzu: "Die Presse hat die Aufgabe, im Dienste des demokratischen Gedankens über Vorgänge, Zustände und Einrichtungen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wahrheitsgemäß zu berichten."
- 128 Vgl. Benzinger, J.-P., Lokalpresse und Macht, aaO. S. 63,64
- 129 Eschenburg, Th., Zur politischen Praxis, aaO. S. 136.
- 130 In manchen Städten und Kreisen werden die Vertreter der lokalen Presse auch zu den nicht öffentlichen Sitzungen zugelassen. In der Stadt Ingolstadt haben sie mit dem Oberbürgermeister unmittelbar nach der Referentenbesprechung - noch bevor die Fraktionsvorsitzenden informiert werden - ein Gespräch (vgl. P. Schnell, Oberbürgermeister von Ingolstadt, in: Ingolstädter Begegnungen (II), aaO. S. 78f.). Vor- und Nachteile einer solchen Praxis werden kontrovers beurteilt, vgl. aaO. S. 80.
- 131 In Wirklichkeit jedoch wird die kommunalpolitische Kommunikation auch in kleinen Gemeinden überwiegend von den Parteien bestimmt, obwohl - wie die Parteienforschung inzwischen gezeigt hat - die innerparteiliche Willensbildung ebenso wie die Kommunikation der Parteien mit der übrigen Gesellschaft nicht unerhebliche Defizite aufweist. Vgl. hierzu Langenbucher, W. R., Beruf: Lokalredakteur, aaO. S. III.
- 132 Truchsess, W. F., Pro - Kontra: Kritik an der Alltagspraxis. Wie man sich das Leben möglichst schwer macht In: Dtsch. Allg. Sonntagsblatt, Nr. 45/75, S. V; Eschenburg Th. zur politischen Praxis, aaO. S. 85, 133ff.
- 133 Hauptprobleme der Lokalredaktionen sind heute aber nicht mehr Verlegerwillkür, Anzeigenkunden und Monopolstellungen sondern die chronische Unterbesetzung und die mangelhafte Aus- und Fortbildung der Lokaljournalisten. Vgl. hierzu insbes. Ingolstädter Begegnungen (II), aaO. S. 71ff.
- 134 Vgl. See, H., Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik, aaO. S. 12ff.
- 135 Vgl. hierzu insbes. Benzinger, J.-P., Lokalpresse und Macht aaO. S. 65 mwN.
- 136 Vgl. Benzinger, J.-P., Lokalpresse und Macht, aaO. S. 63.
- 137 Vgl. hierzu Hoffmann-Riem, W./Plauser, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 36ff.
- 138 Vgl. Zoll, Ralf in: ders. (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4, Opladen 71, Einleitung S. 10, 12.

- 139 Ricker, Reinhart, Freiheit und Aufgabe der Presse. Individualrechtliche und institutionelle Aspekte, Alber-Broschur-Kommunikation, Bd. 12, Freiburg u. a. 1983, S. 21, 27ff.
- 140 Sog. "sozialkompensatorische Erfüllung der Artikulierfunktion" vgl. Hoffmann-Riem, W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 36 mwN.
- 141 Vgl. hierzu mit umfangreichen weiterführenden Literaturhinweisen Rombach, Th., Lokalzeitung und Partizipation, aaO. S. 5, 10 ff und Hoffmann-Riem W./Plauder H., Rechtsfragen der Presseform, S. 36, 37, der von der "Emanzipationsfunktion der Presse" spricht. Vgl. hierzu auch Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, aaO. S. 263ff.
- 142 Vgl. Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 8; Hoffmann-Riem, W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 35.
- 143 Habermas J., Strukturwandel der Öffentlichkeit, aaO.S. 278ff; Guter Überblick bei Schelsky Helmut, Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf-Köln 1965, S. 310, 311; Dovifat, E./Wilke J., Zeitungslehre I, aaO. S. 152 ff
- 144 Zur Genese und zum Begriff der "öffentlichen Meinung" bei J. Lock u. J. J. Rousseau vgl. Baumert, G., Betrachtungen zur öffentl. Meinung und Massenkommunikation heute in: Publizistik 2 (1965), S. 109ff.
- 145 Vgl. Hegel - Studienausgabe, Bd. 2, Rechtsphilosophie, Frankfurt 1968, S. 300ff.
- 146 Habermas J., Strukturwandel der Öffentlichkeit, aaO. S. 112ff 216ff, 278ff.
- 147 Vgl. Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO.S.148 mwN.
- 148 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 149ff.
- 149 Vgl. hierzu Bröder, J. F., Presse u. Politik, aaO. S. 48. In amerikanischen Studien wird öffentliche Meinung häufig "als Ergebnis der Interaktion von Massenmedien und Eliten" beschrieben und unter "öffentlicher Meinung" vorallem die in Meinungsumfragen zusammengefassten Meinungsäußerungen verstanden. Vgl. Entman, Robert M./Paletz, David L., Eliten, Massenmedien u. Meinungsklima. Ein Beitrag zur Theorie der öffentlichen Meinung aus amerikanischer Sicht, in: Media Perspektiven 9/80, S. 605-612
- 150 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 150 unter Hinweis auf Noelle-Neumann, E., Die Schweigespirale. Über die Entstehung der öffentlichen Meinung In: Forsthoff, Ernst/Hörstel, Reinhard (Hrsg.), Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen, Frankfurt 1974, S. 299-330; dieselben: Menschen unter Konformitätsdruck. Eine Theorie der öffentlichen Meinung. In:

- FAZ Nr. 41 vom 18.02.1976, S. 10ff; vgl. zum Ganzen ferner Noelle-Neumann, Elisabeth, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut, München u. a. 1980, S. 20ff. Nach der Hypothese von der Schweigespirale beobachten die Menschen ihre Umwelt und nehmen sorgfältig wahr, was die Mehrheit der anderen Menschen denkt, welche Tendenzen sich abzeichnen, welche Einstellungen zunehmen und was sich durchsetzen wird. Der einzelne hat zwar seine eigene Meinung, aber er drückt sie, da er anerkannt sein möchte, dann, wenn sie der Mehrheit widerspricht, nicht aus und kämpft nicht für sie mit der Folge, daß eine entschlossene Minderheit ihre Meinung gegen die Meinung der schweigenden Mehrheit zu "öffentlichen Meinung" oder "veröffentlichten Meinung" machen kann.
- 151 Merten, Klaus, zweierlei Einfluß der Medien auf die Wahlscheidung, in: Media Perspektiven 7/83, S. 449ff, der vor allem auf die Untersuchung von Feist, Ursula/Liepelt, Klaus, Objekte der Politik oder politische Kamera? in: Media Perspektiven 10/1982, S. 619ff (629) verweist. Nach Atteslander, Peter, Ist Medieneinfluß bei Wahlen meßbar? in: Media Perspektiven 9/80, S. 599 ist die Theorie, daß Massenmedien Schweigespiralen aufbauen und damit Mindermeinungen so zur Geltung verhelfen können, daß diese die tatsächliche Mehrheit zum Schweigen bringen, wissenschaftlich nicht erwiesen.
- 152 Vgl. zum Ganzen, Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 152.
- 153 Zum Ganzen vgl. Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 81ff.
- 154 Durch die Art der Darstellung und die Form der Themenpräsentation beeinflusst sie ferner - zumindest mittelbar - "die Qualität der lokalen politischen Kommunikation..." ("Faktorfunktion"). Vgl. Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 9.
- 155 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 152, 155.
- 156 Dovifat, E./Wilke, J., Zeitungslehre I, aaO. S. 157.
- 157 Wess, Hans-Jürgen, Die Thematisierungsfunktion der Tagespresse. Eine amerikanische Studie zur Überprüfung der Agenda - Setting - Hypothese in: Media Perspektiven 9/80 S.613, der vor allem auf Naschold, Frieder, Kommunikationstheorien In: Aufermann, J./Bohrmann, H./Sülzer, R. (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Bd. 1, Frankfurt 1973, S. 16-36, verweist.
- 158 Zum Beispiel vorhandener Einstellungen, Gruppenzugehörigkeiten, Persönlichkeitsstrukturen, persönliche Betroffenheit u. ä.. In diese Richtung weist auch die Theorie von der kognitiven Dissonanz (Atteslander, P., ist Medieneinfluß bei Wahlen meßbar?, aaO. S. 598, 600), wonach der Mediennutzer dazu neigt, vorrangig das wahrzunehmen, was den bei ihm vorhandenen Verhaltensmustern und Denkstrukturen am ehesten entspricht. Eine in sich geschlossene und umfassende Theorie zur Wirkungsweise der Massenmedien gibt es bisher nicht. Die Hamburger Medientage 1983, die unter

- dem Motto "Macht und Medien" (vgl. Media Perspektiven 10/83 S. 7-718) standen, haben die Frage nach der Macht der Medien überwiegend bejaht, teilweise aber auch die "Machtlosigkeit" des einzelnen Journalisten beklagt und die Journalisten kritisiert, weil sie den Bürger zum Objekt der Berichterstattung machen und Bürgerfern ohne Bezug auf die gesellschaftliche Basis schreiben.
- 159 Weiss, H.-J., Die Thematisierungsfunktion, aaO. S. 613ff, 616 mit guten weiterführenden Hinweisen
- 160 Vgl. Atteslander, P., Ist Medieneinfluß bei Wahlen meßbar?, aaO. S. 600ff; Entman, R. M./Paley, D. L., Eliten, Massenmedien und Meinungsklima, aaO. S. 610 zeigen an Hand des Unfalls von Harrisburg auf, daß Medien durchaus in der Lage sind, Meinungsänderungen herbeizuführen.
- 161 Vgl. Bundesregierung setzt Dialog von Wissenschaft und Praxis fort, in: Media Perspektiven 10/80 S. 706ff. Zweites wiss. Gespräch zur Medienwirkung/Mediennutzung in Bonn.
- 162 Unabhängig von den verschiedenen Meinungen, die das "Pluralismus - Modell" aufweist, wirkt es stabilisierend und integriert divergierende Interessen. Hieran setzt teilweise die Kritik, ausgehend von einer ehemals resonnierenden Presse, die noch nicht kommerziell betrieben und die als ein Instrument der bürgerlichen Klasse im Kampf gegen die Willkür des Staates verstanden wurde, an. Vgl. zum Ganzen Hoffmann-Riem, W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 35.
- 163 Vgl. Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 13 mwN.
- 164 Klönne, A., Zum Begriff und zur Realität von politischen Gemeinden, aaO. S. 253.
- 165 Vgl. Löffler, M, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 19, S. 236, 237. Der Hinweis auf 1.200 regionale und lokale Zeitungsausgaben vermag nicht zu überzeugen; denn das redaktionelle Angebot hat sich damit nicht erhöht. Durch die Vergrößerung der lokalen Verbreitungsgebiete haben die Informationen aus den einzelnen Städten, Stadtteilen und Gemeinden vielmehr abgenommen. Jarren, O., Statt weniger Großer, aaO. S. 67, 68 spricht in diesem Zusammenhang von einem "Rückzug der Tageszeitungen aus dem Lokalen". Die These vom "Hauseigenen Pluralismus" großer Konzerne lehnt Löffler als weltfremd ab, weil sich in kritischen Situationen ein Journalist nicht gegen Vorgaben des Verlages durchsetzen wird. Darüberhinaus verringert die Pressekonzentration auch die Möglichkeit des einzelnen Journalisten zu einem anderen Verlag oder zur "Konkurrenz" zu wechseln.
- 166 Die Tatsache, daß der "Selbstregelungsmechanismus der freien Wirtschaft" die Konzentrationstendenz im Pressebereich nicht aufhalten konnte, führte bereits Mitte der 60er Jahre zur Einsetzung verschiedener Kommissionen und zur Bildung diverser Arbeitskreise sowie zu Überlegungen über eine Reform des Presse-

- wesens in der Bundesrepublik Deutschland. Zu den Reformansätzen im einzelnen vgl. Hoffmann-Riem, W./Plauder, H., Rechtsfragen der Pressereform, aaO. S. 11ff und Schmidt, Hendrik, Kommunikationspolitische Alternativen? Zur Diskussion um eine Reform des Pressewesens in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1972, S. 9, 19-30.
- 167 Vgl. hierzu Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 116ff mwN.
- 168 Schütz, W. J., Deutsche Tagespresse 1982, aaO. S. 181ff; vgl. auch Haenisch, H./Schröter, K., Zum politischen Potential der Lokalpresse in: Zoll, R. (Hrsg.) Manipulation der Meinungsbildung Kritik 4, Opladen 1971, S. 277, 278.
- 169 Vgl. Rager, Günther, Publizistische Vielfalt im Lokalen, 53. Band, 1982, Tübingen Vereinigung für Volkskunde e. V., Tübingen 1982, S. 166 mit einem sehr guten weiterführenden Literaturverzeichnis.
- 170 Vgl. Haenisch, H./Schröter, K., Zum politischen Potential der Lokalpresse, aaO. S. 254, 277/278.
- 171 Vgl. Zoll, R., Wertheim III, aaO. S. 147ff, 179ff, vgl. hierzu auch Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 551ff, der darauf hinweist, daß die Abhängigkeit von den Werbeeinnahmen bei Tageszeitungen schon über 30 % und bei manchen Druckmedien (Illustrierten) 70 - 80 % aller Einkünfte beträgt. Mit Abhängigkeit ist dabei nicht der direkte Durchgriff und der Einfluß der Inserenten auf den Inhalt der Zeitung gemeint, sondern die Abstellung des Inhaltes auf den "Werbeteil", um damit ein "attraktives" Umfeld zu schaffen und Inserenten zu gewinnen und die Inseratskosten zu erhöhen. Es geht dabei um Marktanteile und neue Interessengruppen, nicht um Meinungsvielfalt und Wahrnehmung der beschriebenen Funktionen, vgl. hierzu Zoll, R. (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4, aaO., Einleitung S. 15.
- 172 Vgl. Glotz, P./Langenbucher, W., Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Köln u. a. 1969. Diesem Ansatz wird in der Literatur (vgl. hierzu insbes. Schmidt, H., Kommunikationspolitische Alternativen?, aaO. S. 25) vor allem entgegengehalten, daß Beziehungen zwischen Organisationsstrukturen, Produktionsformen und publizistischen Inhalten nachweislich bestehen und daß der zu Grunde gelegte Kommunikationsbegriff von einer bestimmten Gesellschaftsinterpretation ausgeht, bei der die vorherrschende Machtstruktur nicht mehr hinterfragt und die Kritik- und Kontrollfunktion der Presse völlig übersehen wird. Die Unterschätzung des Einflusses der Produktions- und Kommunikationsprozesse auf die publizistischen Inhalte und der "Kritisch-emanzipatorischen Dimension" der Presse stabilisiere die bestehenden Verhältnisse und verfestige die "etablierten Formationen von Ideologie".
- 173 Vgl. hierzu Schmidt, H., Kommunikationspolitische Alternativen?,

- aaO. S. 22.
- 174 Kritikansätze hierzu vgl. Schmidt, H., Kommunikationspolitische Alternativen?, aaO. S. 27ff.
- 175 Zum Inhalt des Art 5 GG und zum Diskussionsstand in dieser Frage vgl. Gädeke, P., Pressefreiheit, aaO. S. 138; Spiegel - Urteil vom 05.08.1966 (BVerfGE 20, 162, 175); Schmidt-Bleibtreu-Klein, Kommentar zum GG, aaO. Art 5 Aum. 7, 8, 9 sowie Tettinger, P. J., Neue Medien und Verfassungsrecht, aaO. S. 4ff mwN.
- 176 Kritisch hierzu Zoll, R. (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4, aaO. S. 24.
- 177 Vgl. Schlüter, J., Der neue Lokaljournalismus, aaO. S. 5ff; Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO. S. 104ff; Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit v. Presse, Funk/Fernsehen und Film ("Michel-Kommission"), Bad Godesberg 1967, BT-Drucksache V/2120, S. 144; Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 25, aaO. S. 648 mwN.
- 178 Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß sich nur 6,5 % der lokalen Berichterstattung auf politische Gegenstände beziehen. Vgl. hierzu Zoll, R., Manipulation der Meinungsbildung, aaO. S. 24; Naßmacher, K. H., Kommunalpolitik, aaO. S. 244ff.
- 179 Vgl. Langenbucher, W. R., Beruf: Lokalredakteur, aaO.S.III.
- 180 Vgl. Benzinger, J. P., Lokalpresse und Macht in de Gemeinde, aaO. S. 56ff mwN.
- 181 Vgl. Beywl, W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 47; Beywl, W./Brombach, H., Kritische Anmerkungen, aaO. S. 552; Braukmann, W., Druck von unten, aaO. S. 40; Bröder, J. F., Presse und Politik, aaO. S. 36. Hüther, J./Scholand, H., Schwarte, N., Inhalt und Struktur regionaler Großzeitungen, Düsseldorf 1973, S. 102ff; Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 137, 139.
- 182 Vgl. Rager, G., Publizistische Vielfalt, aaO. S. 76ff, 106ff; Schönbach, K., Die isolierte Welt des Lokalen. Tageszeitungen und ihre Berichterstattung über Mannheim. In: Rundfunk und Fernsehen, 26. Jhrg./1978, S. 260ff; Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 132 der vor allem auf Arbeiten von Hippler/Kutteroff, Prater und Fabris verweist.
- 183 Zoll, R., Wertheim III, aaO. S. 198, 199.
- 184 Zoll, R., Wertheim III, aaO. S. 149ff, 198ff.
- 185 Vgl. Pöttker, Horst, Lokalpresse und demokratische Kultur, In: Medium, 11. Jhrg., 6/1981, S. 5ff.
- 186 Biege, H. P., Mit Rhetorik ändert man keine Interessen, aaO. S. 171ff.

- 187 Vgl. Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO.S. 159ff, 21, 24ff.
- 188 Arzberger, K., Bürger und Eliten, aaO. S. 164.
- 189 Vgl. hierzu Jarren, O., Printmedien in der Kommune, aaO. S. 9, 10.
- 190 Vgl. Beywl, W., AG Gegenöffentlichkeit, aaO. S. 47; Zoll, R. (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, aaO. Einleitung S. 24.
- 191 Brieger, H.-P., mit Rhetorik ändert man keine Interessen, aaO. S. 171-173.
- 192 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 135ff, 143.
- 193 Während, wie oben unter Ziffer II.1.1 S. 11, 12 bereits dargelegt, die Einflußmöglichkeiten der Alternativpresse bis etwa 1978 eher unterschätzt wurden, neigte man in jüngerer Zeit stärker dazu, sie zu überschätzen. Die Erwartung, Alternativzeitungen könnten das lokale Kommunikationsdefizit beseitigen hat sich bisher nicht erfüllt und es wurde auch nicht unter Beweis gestellt, daß dies in naher Zukunft geschehen wird. Vgl. Dorsch, Petra E., Lokalkommunikation. Ergebnisse und Defizite der Forschung In: Publizistik, 3, 1978, S. 193; Meyn, H., Ungeahnte Vielfalt, aaO. S. 463; Medienbericht 1978, aaO. S. XVI; Untersuchung "Zur alternativen Kultur" aaO. S. 18.
- 194 Eurich, C., Gegen- oder Komplementärmedien?, aaO. S. 15ff, 27ff; Reisbeck, Günter, Stadtteilzeitungen in München. Eine Inhalts- und Strukturanalyse zur Funktionsbestimmung von Stadtteilzeitungen in: Jarren, O. (Hrsg.), Stadtteilzeitungen u. lokale Kommunikation, aaO. S. 55ff; Stuke, Franz R., Zeitungen selbst-gemacht in: Jarren, O. (Hrsg.), Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, aaO. S. 122ff; Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp), Riesengroßes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, aaO.
- 195 Rombach, Th., Lokalzeitung und Partizipation, aaO. S. 123ff 172 ff.
- 196 Die vorhandenen Arbeiten gehen größtenteils von anderen Medien oder zumindest anderen Formen lokaler Alternativzeitungen aus.
- 197 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 19, 145ff, geht die Fragen hermeneutisch an und subsumiert - auf den Begriff "Alternativpresse" verzichtet er - unter den Terminus "Lokale und sublokale Printmedien" alle lokalen Druckmedien, die von Parteien, Vereinen, Pfarreien und Initiativgruppen herausgegeben werden.
- 198 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 145ff, 275ff.
- 199 Bisher wurden vor allem quantifizierende Verfahren verwendet und auf bewährte und erprobte Methoden zurückgegriffen. Eine Ergänzung des Methodenbestandes erscheint in der empirischen

- Kommunikationsforschung sinnvoll und zweckmäßig. Vgl. zum Ganzen bei Maletzke, Gerhard, Bausteine zur Kommunikationswissenschaft 1949-1984, Berlin 1984, insbes. S. 130ff.
- 200 Vgl. Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 145ff, 273/274, 277ff mwN.
- 201 Vgl. aaO. S. 67, 68.
- 202 Jarren, O., Kommunale Kommunikation, aaO. S. 148 mwN.
- 203 Sängner, Gisela, Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt u. a. 1966, S. 23.
- 204 Sängner, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S.9.
- 205 Zur Entwicklung der Terminologie vgl. Kaul, Alexander, Kommunalpolitik und Presse. Eine Untersuchung über die Beziehungen des organisierten Nachrichtendienstes der Großstädte zur Tagespresse nebst einer Darstellung der Kommunalpolitik der Parteien und einer Betrachtung des kommunalpolitischen Zeitungsinhaltes, Diss. Salzwedel 1933, S. 58 unter Hinweis auf W. Schöne, Die Zeitung und ihre Wissenschaft, S. 158.
- 206 Müller, Ewald, Bürgerinformation. Kommunalverwaltung und Öffentlichkeit, 2. Aufl. Köln 1977, S. 56 mit weiterführenden Lit.hinweisen zu diesem Themenbereich.
- 207 Einen guten Ansatz betreffend das Zusammenwirken, den Stellenwert und die Grundsätze stellt für diesen Bereich die von der Stadt Würzburg herausgegebene "Dienstsanweisung für Öffentlichkeitsarbeit" dar, die abgedruckt ist bei Knemeyer/ Wengert, Kommunen und Medien, Heft 1 der Reihe Kommunalforschung für die Praxis, S. 75, zit. nach Endres, Alfred, Strategien kommunaler Öffentlichkeitsarbeit. Mit Bürgern und Presse im Gespräch, Stuttgart u. a. 1984, S. 76. Vgl. zum Ganzen ferner Sängner, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 68.
- 208 Zitiert nach Sängner, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 27 Fußnote 7.
- 209 Vgl. hierzu Müller, E., Bürgerinformation, aaO. S. 53; Sängner, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 27, 62f.
- 210 Sängner, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 56, 32; Müller, E., Bürgerinformation, aaO. S. 47f. Die Informationsübermittlung an die Pressevertreter erfolgt teils schriftlich teils mündlich in Form von Pressekonferenzen, auf Grund von Einzelauskünften an Journalisten oder durch Gespräche im kleinen Kreis, die der Hintergrundinformation dienen und den Kontakt zwischen Behörde und Presse erhalten sollen. Dieser Kontaktpflege zwischen Fachreferenten und Presse dienen auch Pressefahrten und Begegnungen im gesellschaftlichen Bereich wie

Kolloquien, Journalistentees, Empfänge oder Diskussionsabende.

- 211 Organisatorisch kann dies am ehesten dadurch sichergestellt werden, daß die Pressestelle dem Hauptamt zugeordnet oder dem Bürgermeisteramt unterstellt wird und der Leiter der Pressestelle an den Referentenbesprechungen mit dem Oberbürgermeister teilnimmt. Dies schließt allerdings im Einzelfall eine eigene Informationsbeschaffung durch die Pressestelle und Nachfragen zu bestimmten Problembereichen nicht aus.
- 212 Zur Frage, ob es sich hierbei auch der Presse gegenüber um eine Amtspflicht handelt vgl. Sängers, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 74, 75 mwN. Soweit ein Anspruch auf Information besteht (vgl. z. B. § 4 BayPrG), beinhaltet die Verweigerung der Auskunft einer Entscheidung der Pressestelle dahin, daß dieser Ansprüchen im konkreten Einzelfall nicht besteht. Da die Pressestelle eine Verwaltungsbehörde ist und sie mit ihrer Entscheidung einen konkreten Lebenssachverhalt auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts hoheitlich regelt, liegt ein anfechtbarer Verwaltungsakt vor. Zur Überprüfung dieses Verwaltungsaktes steht der Verwaltungsrechtsweg offen. In der Praxis wird allerdings eine eindeutige Weigerung nur selten feststellbar sein, weil die Weigerung hier in der Regel in Form von reduzierten und mageren Informationen erfolgen dürfte.
- 213 Sängers, G., Die Funktion amtlicher Pressestellen, aaO. S. 78-81, Müller, E., Bürgerinformation, aaO. S. 62, 68ff.
- 214 Vgl. Endres, A., Strategien kommunaler Öffentlichkeitsarbeit, aaO. S. 65.
- 215 Vgl. Endres, A., Strategien kommunaler Öffentlichkeitsarbeit, aaO. S. 29, 44, 65.
- 216 Vgl. hierzu Müller, E., Bürgerinformation, aaO. S. 71ff. Positive Lösungsansätze, die aufgezeigten Schwierigkeiten zu überwinden sehen beide Seiten im Mitarbeiteraustausch oder in Ausbildungspraktika bei der jeweils anderen Seite; denn damit können am ehesten Vorurteile abgebaut und gegenseitig Verständnis geweckt werden. Auf Anfrage teilte der Pressereferent des Deutschen Städtetages, Herr Dr. E. Müller, in einem Gespräch am 20.07.1985 mit, daß trotz der positiven Erfahrung in Kaiserslautern und in Ludwigshafen die Presseämter die Anstrengungen des Deutschen Städtetages nicht unterstützen oder sehr zurückhaltend Praktikamöglichkeiten für Voluntäre anbieten.

IV. Anlage der Untersuchung

- 1 Vgl. Anhang/S. 393

- 2 Anhand der ausgefüllten Fragebogen wurde für jede gemeldete Alternativzeitung ein EDV-gerechtes Datenblatt erstellt (vgl. Anhang/S. 396), das Grundlage der empirischen Untersuchung ist.
- 3 Vgl. Niederschrift über die 44. Sitzung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages 25/26.11.1982 in Neustadt, TOP 11 S. 10 und Geschäftsbericht des DST 1983.
- 4 Städte der Größenordnung I erhielten 15, II 10, III und IV je 5 und V 3 Exemplare des Fragebogens
- 5 Vgl. Anhang/S. 394, 395
- 6 In der nachfolgenden empirischen Untersuchung werden die Fragen neu nummeriert, weil die Untersuchung es erfordert, die Frage nach dem Einfluß der Zeitung in drei Unterfragen zu gliedern. Ziffer 4-6 des Fragebogens werden als Fragen 1-3 eingeführt, die Ziffer 6a-c werden zu den Fragen 4, 5, 6; die Ziffern 7-9 des Fragebogens behalten bei der Auswertung ihre Nummerierung bei.
- 7 Vgl. hierzu die oben unter Ziffer II.1.4.7. gemachten Ausführung zu Definitionskriterium "Verbandsunabhängigkeit". Die verbandsabhängige Presse wird offenbar von verschiedenen Pressestellen als Gegensatz zur etablierten Tagespresse gesehen, sie wird zur Kenntnis genommen und ihr Ziel nicht nur darin gesehen, Mitglieder zu werben und Selbstdarstellung zu betreiben sondern Einfluß auf das kommunale Machtzentrum zu nehmen.
- 8 Vgl. Riesengroßes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, Extraausgabe 1982 a.a.O. S. 3
- 9 Die Spaltennummern 21-26 der Tabelle bedeuten:
21 = Natur- und Umweltschutz; 22 = Kultur/Bildung; 23 = Steuerpolitik; 24 = Sozialpolitik; 25 = Bauleitplanung/Städtebau; 26 = gruppenspezifische Probleme
- 10 Die Einzelbewertung sieht wie folgt aus:

	+ 3	0
	+ 2	3
Einfluß auf	+ 1	13
öffentliche	0	19
Meinung	- 1	19
	- 2	24
	- 3	29
	+ 3	0
	+ 2	0
Einfluß	+ 1	8
auf	0	23
Rat	- 1	10
	- 2	17
	- 3	49

	+ 3	0
	+ 2	0
Einfluß	+ 1	4
auf	0	20
Verwaltung	- 1	10
	- 2	18
	- 3	55

- 11 Die Bewertung im einzelnen zeigt folgendes Bild:

	+ 3	0
	+ 2	1
Erfahrung mit	+ 1	5
diesen	0	59
Zeitungen	- 1	18
	- 2	10
	- 3	16

	+ 3	0
	+ 2	1
Darstellung der	+ 1	6
Kommunalpolitik	0	17
in diesen	- 1	20
Zeitungen	- 2	23
	- 3	40

	+ 3	1
	+ 2	7
Zukunftsaus-	+ 1	25
sichten dieser	0	28
Zeitungen	- 1	14
	- 2	17
	- 3	13

- 12 Vgl. hierzu Clauß Günter/Ebner Heinz, Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, 3. Auflage, Thun und Frankfurt a. M. 1979, S. 124-128
- 13 Vgl. G. A. Lienert, Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, Band 2, 2. Auflage, Meisenheim a. Glan 1978 S. 104ff
- 14 Vgl. Olsson, Ulf, Maximum likelihood estimation of the polychoric correlation coefficient, 1979, Psychometrika 44 S. 443-460
- 15 Bei der Interpretation der Vorzeichen der Korrelationskoeffizienten in der Tabelle ist die Kodierungsrichtung der Items zu berücksichtigen: Bei den Fragen nach der Auswertung / Versorgung der Alternativezeitungen durch die Pressestellen sind die Antwortalternativen "regelmäßig", "gelegentlich", "nie" mit 1, 2 und 3 kodiert, d.h., je höher der Zahlenwert, desto geringer die Auswertung / Versorgung. Genau umgekehrt verhält es sich bei den Bewertungen durch die Pressestelle bezüglich

Einfluß, Erfahrungen, Darstellung der Kommunalpolitik und Zukunftschancen. Eine positive Beziehung (Korrelation) zwischen einem Item aus der ersten und einem Item aus der zweiten Kategorie weist daher in der Korrelationstabelle ein negatives Vorzeichen auf, während positive Zusammenhänge zwischen den Items innerhalb jeder der beiden Kategorien in der Korrelationstabelle auch tatsächlich positive Vorzeichen haben. Sinngemäß sind auch negative Zusammenhänge zu interpretieren.

16 Die Tabelle 4.9 gibt einen Gesamtüberblick. Hinsichtlich der Untersuchungsergebnisse im einzelnen vgl. Anhang S. 409 ff. Ein signifikantes Ergebnis wird bejaht, wenn $\alpha \leq .05$. Die 4-stellige Zahl in Zeile 1 der jeweiligen Fragenkombination gibt den Wert Kendall's Tau B (3) an. Eventuelle Differenzen zwischen Tabelle 4.9 und den Einzelergebnissen bei den Signifikanzwerten haben ihre Ursache darin, daß die Tabelle 4.9 im SPSS mit einer standardmäßigen Kendall Korrelation - Die Handbücher enthalten hierüber keine weiteren Erläuterungen - gerechnet wurde während bei den Einzelergebnissen aus programmtechnischen Gründen mit Kendall- Tau B gearbeitet werden mußte.

17 Vgl. zum Ganzen Clauß G./Ebner H., Grundlagen der Statistik aaO. S. 103

18 Vgl. hierzu insbesondere Clauß G./Ebner H. Grundlagen der Statistik, a.a.O. S. 103

19 Auf einen Abdruck der Streudiagramme wurde hier verzichtet.

20

1.0000000	.4866655	.4770341	-.0566043	.0279281	.0551920	-.0700743	.2888473
-.1439562							
.4866655	1.0000000	.6282970	-.1644952	-.0330775	-.0952042	-.1939295	.0602197
-.1711442							
.4770341	.6282970	1.0000000	-.1775748	-.0821986	-.0950156	-.1281982	.0781755
-.1901398							
-.0566043	-.1644952	-.1775748	1.0000000	.6830586	.6106470	.1728248	.2008296
.3399336							
.0279281	-.0330775	-.0821986	.6830586	1.0000000	.7705377	.2935981	.3175535
.2422145							
.0551920	-.0952042	-.0950156	.6106470	.7705377	1.0000000	.3258641	.2888649
.1929643							
-.0700743	-.1939295	-.1281982	.1728248	.2935981	.3258641	1.0000000	.3715896
.1054375							
.2888473	.0602197	.0781755	.2008296	.3175535	.2888649	.3715896	1.0000000
.1315539							
-.1439562	-.1711442	-.1901398	.3399336	.2422145	.1929643	.1054375	.1315539

Vergleiche zum Ganzen auch oben Ziffer 4.6.2, Tabelle 4.9

- 21 Vgl. Sixtl, Friedrich, Meßmethoden der Psychologie, Weinheim/
BGSt 1982 S. 355
- 22 Vgl. Pawlik, Kurt, Dimensionen des Verhaltens, 3. Auflage,
Bern 1976, S. 58ff
- 23 Zu diesem Test-Verfahren vgl. Clauß G./Ebner H., Grundlagen der
Statistik, aaO., S. 345ff
- 24 Die Fragen beziehen sich auf den Fragenkatalog (vgl. Anhang/
S.393) der den städtischen Pressestellen zugeleitet wurde. Die
Nummerierung erfolgte gemäß den in Fußnote 6 gemachten Aus-
führungen
- 26 Clauß G./Ebner H., Grundlagen der Statistik, aaO., S. 345
- 27 Clauß G./Ebner H., Grundlagen der Statistik, aaO., S. 345
- 28 Zum MANN-WHITNEY U-Test vergleiche Sachs, Lothar, Statistische
Auswertungsmethoden, 3. Auflage, Berlin u. a. 1971, S. 230-238
- 29 Vgl. Sachs L., Statistische Auswertungsmethoden, aaO., S. 230ff
- 30 Zum Begriff vgl. Schäfers, Bernhard, Sozialstruktur und Wandel
der Bundesrepublik Deutschland. Ein Studienbuch zu ihrer Sozio-
logie und Sozialgeschichte, 3. Auflage, Stuttgart 1981
- 31 Vgl. Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 69.Jhrg./1982
bis 72. Jhrg./1985, Hrsg.: Deutscher Städtetag, Köln 1982-1985
- 32 Presse- und Medienhandbuch STAMM 1984, Leitfaden durch Presse
und Werbung, 37. Auflage, Essen 1984
- 33 Riesengroßes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, Extraausga-
be 1982 aaO.S. 3 ff
- 34 Vgl. Anhang/S.397
- 35 Hierzu vgl. Teil 4 Ziffer 5.1.2 und Anmerkung 28
- 36 Zugrunde gelegt wurden die Daten aus dem statistischen Jahrbuch
70. Jhrg. 1983 S. 85 ff (Stichtag 01.01.1983). Für die Unter-
suchung wurden 3 Altersgruppen ausgewählt: 18-25/27-45/65 und
mehr (vgl. Anhang/S.397, Spalte 2-4)
- 37 Hier wurden auf jedem Datenblatt zwei Zahlen eingegeben. Die
erste Zahl gibt den Prozentanteil der Studenten zum WS 80/81
an und die zweite Zahl den Prozentsatz der Studierenden im
WS 84/85. Die Daten wurden dem statistischen Jahrbuch 68. Jhrg.
1981 S. 126 ff und dem statischen Jahrbuch 72. Jhrg. 1985
S. 145 ff entnommen. Gerechnet wurde mit den Daten des WS 84/85.
- 38 Zugrunde gelegt wurden hier die Zahlen aus dem statis-tischen
Jahrbuch 71. Jhrg. 1984, S. 22ff (Stand: 30.09.1983).

- 39 Das Zahlenmaterial bezieht sich auf den Oktober 1984 und wurde der Zeitschrift "Der Städtetag" 6/1985 S. 447 ff entnommen.
- 40 Zur Parteizugehörigkeit des Oberbürgermeisters vgl. Informationen des DST (nicht veröffentlicht) und persönliche Aufzeichnungen aus Gesprächen mit Mitarbeitern des DST (1984)
- 41 Eine hilfsweise Überprüfung bestätigt diese Annahme: Nimmt man die "parteilosen" Oberbürgermeister in die Untersuchung auf, dann wird beim Faktor 1 ein signifikantes Ergebnis nicht erzielt:

PARTOB NUMBER	1	2	3		
MEAN RANKS	44	51	17		
	64.06	49.25	58.68		
CASES	112	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES	
		4.997	.082	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
				5.091	.078

Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Bewertung der Zukunftschancen:

PARTOB NUMBER	1	2	3		
MEAN RANKS	43	50	17		
	60.99	49.02	60.68		
CASES	110	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CORRECTED FOR TIES	
		3.784	.151	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
				3.968	.138

- 42 Die im Anhang S.397 , Spalte 30, 31 für die Stadt erhobenen Daten wurden für die Städte mit über 50.000 Einwohnern dem statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden, 71. Jhrg. 1984 S. 427-437 entnommen. Für die Städte bis 50.000 wurden die im Presse- und Medienhandbuch STAMM 1984, Teil 1b und 2b enthaltenen Daten zugrunde gelegt. Im STAMM wird zwischen Anzeigen-/ Wochenblättern und Tageszeitungen/Vorortzeitungen nicht unterschieden. Zur weiteren vergleichenden Untersuchungen wurde dieses Datenmaterial nicht mehr herangezogen.
- 43 Vgl. hierzu oben IV. 4.2
- 44 Hierbei handelt es sich um vergleichende Daten (vgl. Anhang S. 397 , Spalte 32-35) und nicht um die Untersuchung einer "sozialstrukturellen Variablen" in dem oben beschriebenen Sinn.
- 45 Die im Datenblatt (Anhang S. 397, Spalte 36-.40) erfaßten Daten liegen nur für die Städte mit über 50.000 Einwohnern vor - mit Ausnahme von West-Berlin, Bremen und Hamburg. Sie wurden dem statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden 71. Jhrg. 1984, S. 427-437 entnommen.
- 46 Zu den einzelnen Faktoren vgl. oben Ziffer 4.7.2.3
- 47 Die Tabellen zu den einzelnen Fragen sind im Anhang S.398 ff

abgedruckt. Im Übrigen werden sie, soweit erforderlich, in den Fußnoten wiedergegeben.

48 Hinsichtlich der Errechnung des Medians vgl. Clauß G./Ebner H. a.a.O. S. 77ff.

JUNGM	=	0	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
50.76		51	61.30		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1263.0		2589.0	-1.8053		.0710

JUNGM	=	0	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
48.89		53	64.98		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1160.0		2591.0	-2.8716		.0041

JUNGM	=	0	JUNGM	=	1.
MEAN RANK		NUMBER	MEAN RANK		NUMBER
55.57		51	57.28		61
CORRECTED FOR TIES					
U		W	Z		2-TAILED P
1508.0		2834.0	-.2874		.7738

51 FRAG1
BY KOMVER

KOMVER	1	2	3	4	5
NUMBER	38	3	9	60	3
MEAN RANKS	57.71	47.50	37.56	59.80	71.87
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
113	5.931	.204	6.700	.153	

FRAG2
BY KOMVER

KOMVER	1	2	3	4	5
NUMBER	38	3	9	59	3
MEAN RANKS	65.01	58.17	31.89	55.19	46.67
CORRECTED FOR TIES					
CASES	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE	
112	8.160	.086	9.508	.050	

FRAG3
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 56	5 3
MEAN RANKS	58.11	52.67	38.72	56.93	30.83
CASES	109				
CHI-SQUARE	4.732				
SIGNIFICANCE			.316		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	6.543
				SIGNIFICANCE	.162

FRAG4
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 54	5 3
MEAN RANKS	52.12	53.33	66.67	52.44	68.50
CASES	107				
CHI-SQUARE	2.431				
SIGNIFICANCE			.657		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	2.543
				SIGNIFICANCE	.677

FRAG5
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 54	5 3
MEAN RANKS	50.05	61.50	63.56	54.55	58.00
CASES	107				
CHI-SQUARE	1.710				
SIGNIFICANCE			.789		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	1.924
				SIGNIFICANCE	.91

FRAG6
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 54	5 3
MEAN RANKS	49.84	57.00	68.44	54.44	52.00
CASES	107				
CHI-SQUARE	2.680				
SIGNIFICANCE			.613		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	3.145
				SIGNIFICANCE	.074

52 FRAG7
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 56	5 3
MEAN RANKS	52.18	61.17	76.83	48.67	61.17
CASES	109				
CHI-SQUARE	7.154				
SIGNIFICANCE			.128		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	8.589
				SIGNIFICANCE	.01

FRAG8
BY KOMVER

KOMVER NUMBER	1 38	2 3	3 9	4 54	5 3
MEAN RANKS	64.50	55.83	45.17	46.40	82.50
CASES	107				
CHI-SQUARE	10.861				
SIGNIFICANCE			.028		
				CORRECTED FOR TIES	
				CHI-SQUARE	11.714
				SIGNIFICANCE	.001

FRAG4
BY PARTOB
53

PARTOB NUMBER	1 44	2 51	3 17
MEAN RANKS	63.62	49.66	56.59
CASES	112	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		4.453	.108
		CORRECTED FOR TIES	
		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		4.655	.098

FRAG5
BY PARTOB

PARTOB NUMBER	1 44	2 51	3 17
MEAN RANKS	64.97	49.08	56.85
CASES	112	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		5.656	.059
		CORRECTED FOR TIES	
		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		6.311	.043

FRAG6
BY PARTOB

PARTOB NUMBER	1 44	2 51	3 17
MEAN RANKS	60.73	51.59	60.29
CASES	112	CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		2.144	.342
		CORRECTED FOR TIES	
		CHI-SQUARE	SIGNIFICANCE
		2.377	.296

54 FRAG1
BY RATGRU

RATGRU =	0	RATGRU =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
62.88	65	49.03	48
U	W	Z	2-TAILED P
1177.5	2353.5	2.3614	.0182

FRAG2
BY RATGRU

RATGRU =	0	RATGRU =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
60.01	65	51.65	47
U	W	Z	2-TAILED P
1299.5	2427.5	1.4511	.1468

FRAG3
BY RATGRU

RATGRU =	0	RATGRU =	1.
MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
60.74	62	47.43	47
U	W	Z	2-TAILED P
1101.0	2229.0	2.5614	.0104

55	ZEITUMFM =	0	ZEITUMFM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	50.48	45	61.32	68
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1236.5	2271.5	-1.8296	.0673
	ZEITUMFM =	0	ZEITUMFM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	55.74	44	56.99	68
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1462.5	2452.5	-.2154	.8294
	ZEITUMFM =	0	ZEITUMFM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	55.27	44	54.82	65
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1418.0	2432.0	.0872	.9306
56	FRAG7			
	BY ZEITUMFM			
	ZEITUMFM =	0	ZEITUMFM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	54.34	45	59.56	69
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1410.5	2445.5	-.9115	.3620
	FRAG8			
	BY ZEITUMFM			
	ZEITUMFM =	0	ZEITUMFM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	47.56	45	62.51	67
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1105.0	2140.0	-2.4738	.0134
57	Vgl. Riesengroßes Verzeichnis aller Alternativzeitungen, aa0.			
	S. 4-26			
58	FRAG8			
	BY DIFZEITM			
	DIFZEITM =	0	DIFZEITM =	1.
	MEAN RANK	NUMBER	MEAN RANK	NUMBER
	65.04	45	50.76	67
	CORRECTED FOR TIES			
	U	W	Z	2-TAILED P
	1123.0	2927.0	2.3632	.0181

- 59 Bezüglich dieses extremen Unterschiedes vgl. oben in Ziffer 5.3 die Ausführungen zu Tabelle 5.2.2
- 60 Absolut-Niveau bei den Zeitungs- und Studentenzahlen stehen z.B. quantitative Daten bei der Kommunalverfassung gegenüber.
- 61 Zum pfadanalytischen Verfahren vgl. Graybill F., An introduction to linear statistical models Ney York 1961 S. 112ff

- Abendroth, Wolfgang (Mitverf.): Nicht links - nicht rechts?
Über die Zukunft der Grünen, Hamburg 1983
- Abromeit, Heidrun: Wählerinitiativen, In: Voigt, Rüdiger
(Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen
84, S. 486-489
- dies., Parteivordrossenheit und Alternativbewegung, Thesen
zur Weiterentwicklung des Parteiensystems in der Bun-
desrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahres-
schrift 1982 S.178ff
- Adamietz, Horst: Amtliche Information. Der Pressereferent
im polit. Spannungsfeld von Rat, Verwaltung, Bürger-
schaft u. Parteien. In: Der Städtetag 5/75 S. 228ff
- ders.: Neue Aspekte der amtlichen Information. In: Der
Städtetag 12/66, S. 621ff
- Adorno, Th. W.: "Prolog zum Fernsehen" und "Fernsehen als
Ideologie" In: Eingriffe, Frankfurt a. M. 1962
- Aich, Prodosch: Informationsverwaltung und Bürgerinteresse.
Zum Verhältnis von Wissenschaft, Journalismus und Be-
troffenen in der Gemeinde. In: Medium, 9/78, S. 11-15
- Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Partizipation - Demokratisie-
rung - Mithestimmung. Problemstand und Literatur in
Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Opladen
1978, 2. Auflage
- ders.: Demokratie. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Hand-
lexikon zur Politwissenschaft, 1. Auflage, München 83,
S. 75-79
- Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung: Schlußbe-
richt, Journalismus und kommunale Öffentlichkeit, Mün-
chen 1975
- Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) (Hrsg.): Riesengroßes
Verzeichnis aller Alternativzeitungen, Extraausgabe
1982 Bonn, 3. Auflage
- dies.: Die andere Bundespressekonferenz (Dokumentation),
Bonn 1980 (Eigendruck)
- Arndt, H.: Gefahren fortgeschrittener Pressekonzentration.
In: Prokop, D. (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung
1: Produktion, Frankfurt/M. 1972, S. 236-241
- Arzheimer, Klaus: Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik,
Stuttgart 1980
- Arzheimer, Klaus/Murck, Manfred/Vollmer Randolph: Bürger,
Presse und Eliten in: Projektteam lokaljournalisten
(Hrsg.), Materialien für lokaljournalisten, Teil 1 Mün-
chen 1980 S. 84-143
- Arzheimer, Klaus/Murck, Manfred/Schumacher, Jürgen: Die
Bürger: Bedürfnisse, Einstellungen, Verhalten, Königs-
stein/Ts. 1979
- Atteslander, Peter: Ist Medieneinfluß bei Wahlen meßbar?
In: Media Perspektiven 9/80, S. S97-604
- ders.: Empirische Sozialforschung. In: Mickel, Wolfgang W.
(Hrsg.): Handlexikon zur Politwissenschaft, München
1983, S. 98-105
- Auermann, Jörg: Politische Medienfunktionen in funktiona-

- listischer Sicht - Exemplarische Darstellung u. Kritik.
In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 6,
1975, S. 431-451
- Augstein, Josef: Staatsschutz. In: Schiwy P./Schütz, W.
(Hrsg.) Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neu-
wied, Darmstadt 1977 S. 187ff
- Baacke, Dieter: Jugend und Subkultur. München 1972
ders.: Massenkommunikation. Stuttgart 1978
- Bachem, Rolf: Einführung in die Analyse politischer Texte,
1. Auflage, München 1979
- Baerns, Barbara: Vielfalt und Vervielfältigung. Befunde aus
der Region - eine Herausforderung für die Praxis. In:
Media Perspektiven 3/83, S. 207-215
- Bäuerle, Dietrich, Manipulation In: Görlitz A. (Hrsg.),
Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 1 München 72,
S. 226-234
- Balluseck, Lothar von: Zum Exodus Jugendlicher, In: Aus Po-
litik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift
"Das Parlament", B 30/79
- ders.: Stellungnahme und Ergänzungen zu den Beiträgen von
H. und Th. Castner und F. v. Cube. In: Aus Politik und
Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlo-
ment" B 21/80
- Banner, Gerhard: Zur politisch-administrativen Steuerung in
der Kommune. In: AfK 1982, S. 26-47
- Baruzzi, Arno: Alternative Lebensform? Freiburg, München
1985
- Bauer, H.: Regionalzeitung zwischen Kapitulation und Ko-
operation. In: Padrutt, C./Strehler, H./Zollikofer, H.
jun.: Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000. St. Gallen
1972, Seite 191-198
- Baumert, Gerhard: Meinungsbildung u. öffentliche Meinung in
der modernen Gesellschaft. In: Die politische Urteils-
bildung in der Demokratie, hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-
Stiftung, Hannover 1960
- ders.: Betrachtungen zur öffentlichen Meinung und Massen-
kommunikation heute. In: Publizistik 2 /65, S. 109ff
- Bausinger, Hermann: Dorf und Stadt - ein traditioneller Ge-
gensatz. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.), Dorfpolitik, Ople-
den 1978, S. 18-37
- Bayer. Staatsministerium des Innern: Bürgerinitiativen in
Bayern, Drucksache für Presse, Rundfunk und Fernsehen
194/73, S. 4ff
- Beck, Reinhart: Sachwörterbuch der Politik, 2. erweiterte
Aufl. Stuttgart 1986
- Beck, Ulrich, Jenseits von Stand und Klasse? In: R. Kreckel
(Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonder-
band 2, S. 35-74
- Becker, Gerhard: Bürgerschaftliche Teilnahme an der komm-
unalen Selbstverwaltung In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.)
Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Ein-
führung in Probleme der politischen Willensbildung in

- der Gemeinde, Regensburg 1979, S. 69-94
- Beer, Robert: Adressat: Der Bürger. In: Der Städtetag 5/54, S. 193ff
- ders.: Presseamt und Presseamtsleiter in der städtischen Verwaltung. In: Der Städtetag 12/58, S. 543ff
- Behrmann, Günther C.: Elite. In: Görlitz A. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft Bd. 1, München 1972, S. 83-88
- Benedict, Hans-Jürgen: Die bürgerliche Presse und die Bürgerinitiativen. In: Frankfurter Hefte 3/78, S. 21-29
- Benseler, Frank: Gedanken zum 7. Bertelsmann Medien-Seminar. In: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 92ff
- Benz, Arthur: Zur Situation der kommunalen Selbstverwaltung heute. In: DöV 1986 S. 375-378
- Benzinger, Josef-Paul: Lokalpresse und Macht in der Gemeinde, Nürnberger Forschungsberichte Band 15, Nürnberg 1980
- Berg, Klaus: Die Auswirkungen neuer Medien auf Organisation und Struktur der klassischen Massenmedien. In: Media Perspektiven 5/83, S. 301-307
- Bergsdorf, Wolfgang: Die vierte Gewalt: Einführung in die politische Massenkommunikation, Mainz 1980
- Berkemeier, K.-H.: Das komm. Scheinparlament: Ausgeschaltet aus dem Planungsprozeß, Bilanz eines Stadtverordneten. In: ZParl 3/72 S. 202ff
- Bessler, Hansjörg: Aussagenanalyse. Die Messung von Einstellungen im Text der Aussagen von Massenmedien, Bielefeld 1970
- Bethge, Herbert: Freiheit und Gebundenheit der Massenmedien. In: DVBl. 1983, S. 370ff
- ders.: Nochmals: Gemeinden als Grundrechtsträger. In: Der Städtetag 2/70, S. 66ff
- Beywl, Wolfgang: Die Alternativpresse - ein Modell für Gegenöffentlichkeit und seine Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B45/82, S. 18ff
- ders./Brombach, Hartmut: Kritische Anmerkungen zur Theorie der Alternativpresse. In: Publizistik 4/82, S. 551-569
- ders.: lokale Alternativpresse - Eine erste Bestandsaufnahme. In: Media Perspektiven 3/82, S. 184ff-190
- ders.: AG Gegenöffentlichkeit, Kurzreferat vor der Arbeitsgruppe Alternativpresse (AgAp) an der Universität Bonn (nicht veröffentlicht)
- ders./Müller, Gisela: Versuch zur Typologie der Alternativpresse; erarbeitet unter Anleitung von Reinhard Oppermann im Rahmen des DFG-Kleinförderungsprojektes "Alternativpresse in der Bundesrepublik Deutschland" (OP 29/1) Bonn 81
- ders.: Das Leserprofil der Alternativpresse Ausfüllen! Eintüten! Absenden! In: Die tageszeitung (taz) vom 03.03.82, S. 5

- ders./Brombach, Hartmut: Nicht bloß Theorie. In: Weichler, Kurt, Gegendruck, Lust und Frust der alternativen Presse, Reinbek 1983, S. 62-75
- Riedenkopf, Kurt H.: Die neue Sicht der Dinge, München 1985
- Biege, Hans-Peter: Mit Rhetorik ändert man keine Interessen. Plädoyer für eine neue Qualität lokaler Kommunikation. In: Norbert Lang (Hrsg.), EGS Texte, Verständigung am Alltag
- Rinkowski, J.: Konzentration in der Presse. In: Streithofen, H. B./Zimmermann, F. (Hrsg.): Grundsätze zur Medienpolitik. Stuttgart 1974, S. 32-41
- Bischoff, Harald/Damm, Diethelm: Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten, München 1985
- Rismark, Hans: Neue Medientechnologien und grundgesetzliche Kommunikationsverfassung, Schriften zum öffentlichen Recht, Band 418
- Hocklet, Reinhold: Gemeindeverfassung und Gemeindereform in Bayern. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1977, 3. Auflage, S. 321-342
- Bähr/Fuchs/Koch (Hrsg.): Pluralismus im Widerstreit; Wertewandel und Orientierungsprobleme in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland (Mitverantwortung: Band 1), Krefeld 1982
- Borchmann, Michael: Kommunalverfassungssysteme. In: Voigt, R. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 271-274
- Rorgerding, A./u.a.: Kommunale Politik, Bonn 1978
- Rormann, Manfred: Kommunalpolitik im Gemeinschaftskunde-Unterricht; Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung; Für die Hand des Lehrers - Heft 15, Hannover 1977
- Rorsdorf-Ruhl B., Zielsetzungsprobleme von Bürgerinitiativen in: Liberal 16, 1974 S. 853-857
- Boventer, Hermann: Die Macht des gedruckten Wortes, Der Weg zur Pressefreiheit. In: Themenheft 6 Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985 S. 5ff
- Brackmann, Helmut: Die Beteiligung der Bürger bei der Erneuerung ihrer Stadt. In: Der Städtetag 9/76, S. 484
- Brämswig, Bernhard: Lokale Parteizeitungen in Nordrhein-Westfalen. In: Jarren O., (Hrsg.), Stadtteilzeitung und lokale Kommunikation, München u.a. 1980 S. 64-70
- Brand, Peter/Schulze, Volker (Hrsg.): Medienkundliches Handbuch, Die Zeitung, Braunschweig 1982
- Braukmann, Werner: Auch: eine Zeitung von oben, Die "Mer-kische Viertel Zeitung" (MVZ) als notwendig falscher Schritt in der Entwicklung der derzeitigen Alternativpresse. In: Medium 3/78, S. 33-46
- ders.: Druck von unten - Die Alternativzeitungsbewegung. In: Frankfurter Hefte, 3/80, S. 39-46

- Braun, Hans: Empirische Sozialforschung. In: Görlitz A. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 1, München 1972 S. 89-93,
- Brockhaus: Enzyklopädie, 17. völlig neubearbeitete Auflage Bd. 16, Wiesbaden 72; Bd. 20, Wiesbaden 74 und Ergänzungsband 25, Wiesbaden 81
- Bröder, J. Friedrich: Presse und Politik, Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der "Frankfurter Allg. Zeitung", der "Welt" und der "Süd-deutschen Zeitung", Erlanger Studien, Bd. 8, Erlangen 1976
- Brohm, Winfried: Die Eigenständigkeit der Gemeinden. In: DÖV 1986 S. 397-408
- Brüseke, Franz/Große-Oetringhaus, Hans: Blätter von unten: Alternativzeitungen in der Bundesrepublik Deutschland, Offenbach 1981
- Bubenik, Anton: Medienarbeit und kommunale Selbstverwirklichung. In: Medium 4/75 S. 14-17
- ders.: Bürgerinitiativen und Medienpraxis. In: Medium 12/76 S. 34-37
- Buchholz, Hans Christoph, Öffentlichkeitsarbeit in der Auseinandersetzung um das Atomkraftwerk Wyhl in: Medium 5/77 S. 6-11 u. 6/77 S. 10-15
- Bühler, Walter: Der Verein in Politik und Wissenschaft. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Lokale Freizeitvereine. Entwicklung, Aufgaben, Tendenzen, St. Augustin 1978, S. 1-70
- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung vom April 1981; In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B39/81
- Bundesregierung: Bundesregierung setzt Dialog von Wissenschaft und Praxis fort. Zweites wissenschaftliche Gespräch zur Medienwirkung/Mediennutzung in Bonn. In: Media Perspektiven 10/80, S. 706ff
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV): Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger zur Medienpolitik. In: Media Perspektiven 6/83, S. 445-447
- Burkhardt, R./Gottschlich, M./Semrau, E./Vogt, U.: Lokale Kommunikation als Bedarfsdeckung. Überlegungen zu einer möglichen Forschungsstrategie an einem österreichischem Beispiel. In: Rundfunk und Fernsehen, 1978, S. 278-294
- Capra, Fritjof: Wendezeit; Bausteine für ein neues Weltbild, überarbeitete und erweiterte Neuausgabe Bern u. a. 1986
- Castner, Hartmut und Thilo: Jugend zwischen Überfluß und Mangel. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B21/80, S. 3-21
- Christiansen, Gerhard: Empirische Sozialforschung. In: Voigt, R. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Kommunalpolitik,

- Opladen 1984, S. 390-393
- Clauß, G./Ebner, H.: Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, 3. Auflage, Thun und Frankfurt/Main 1979
- Claußen, Bernhard: Emanzipation. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, 1. Auflage, München 1983 S. 93-98
- Cohn-Bendit, Daniel: Das Projekt "Gedächtnis". Der "Informationsdienst: Zentrum für alternative Medien (ID)", im Gespräch vorgestellt von Cohn-Bendit, Daniel. In: Medium 83, S. 7,8
- Greifelds, Carl: Rechtswörterbuch, München 1968
- Damm, Renate: Pressordnungsrecht. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied 77, S. 149ff
- Daum, Thomas: Die 2. Kultur. Alternativliteratur in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1981
- Decker, Horst (Hrsg.): Einführung in die kommunale Wissenschaft: der Prozeß der politischen Meinungs- und Wissensbildung; ein Kurs im Medienverbund, 2. Auflage, München u.a. 82
- Derlien, Hans-Ulrich/Güntler, Christoph/Holler, Wolfgang/Schreiner, Hermann Josef: Kommunalverfassung und kommunales Entscheidungssystem - Eine vergleichende Untersuchung in vier Gemeinden, Weisenheim 1976
- ders.: Erfolgskontrolle I. In: Voigt, R. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 136-139
- ders./Dyprand v. Queis, Kommunalpolitik im geplanten Wandel: Auswirkungen der Gebietsreform auf das komm. Entscheidungssystem, Baden-Baden 1986
- Deutsch, Karl W. (Mitverf.): Wie wirken die Medien? Symposien der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Fragen der Wirkungsforschung in den Medien, Werkbericht 10, Bonn 1980
- Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 69. Jhrg., Köln 1982
- ders.: Leitsätze zur städtischen Pressearbeit; undatierter Sonderdruck (in der Fassung vom 21.06.68)
- ders.: Journalistenausbildung und städt. Presseämter in: Niederschrift der 46. Sitzung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages am 03./04.11.83 in Aalen (TOP 9), S. 6ff
- ders.: Journalismus und kommunale Öffentlichkeitsarbeit. In: Niederschrift (II.11) der 45. Sitzung des Presseausschusses des Deutschen Städtetages am 21./22.04.83 in Hildesheim, S. 9ff
- ders.: Auswertungsbbericht über die DST-Umfrage zur bürger-schaftlichen Mitwirkung (Leitung: Steimel B.; Bearbeitung: Mittag, K.), Juli 1973
- ders.: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 1983 (Bearbeiter: Kaufmann, W.-D.). In: Statistisches Jahrbuch 1984, S. 427ff
- ders.: Die Stadt im Blickpunkt der Öffentlichkeit; Ergeb-

- nisse des Arbeitskreises V aus der 18. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 10.-12.06.75 in Berlin, in: Heft 32 der neuen Schriften des Deutschen Städtetages, Köln 1975 S. 257ff
- dies.: Die Städte und die neuen Medien, Stuttgart u. a. 1981
- Deutsches Institut für Urbanistik (difu): Kommunale Entwicklungsplanung: Öffentlichkeitsarbeit, Arbeitshilfe 2, Berlin 1974, ergänzt 1978
- Die Lokalzeitung hat Zukunft: In: ZV + ZV 43/1970, S. 2052-2054 (ohne Verfasser)
- Dittmers, Manfred: Der Wettbewerb in der Tagespresse. In: Themenheft 6, Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 85, S. 48-52
- Döhn, Lothar/Klößner, Klaus (unter Mitarbeit von Arnold Bernd-Peter und Zeiß, Michael): Medienlexikon, Kommunikation in Gesellschaft und Staat, Baden-Baden 1979
- Dokumentation: Heimliche Eingriffe in die Stirnhöhle - Manipulation und Enthüllungsjournalismus. In: Epoche 10/84, S. 24-28
- Donsbach, Wolfgang: Politik als Beruf? Zur Legitimationskrise der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Studien, 32. Jhrg., März/April 1981, S. 127ff
- Dorsch, Petra E.: Die Alternativzeitungen - ihr Markt und ihre Macher. In: Media Perspektiven 10/82, S. 660-667
- dies.: Was liest, sieht, hört die junge Generation? In: Bertelsmann Briefe 111/112, April 1983, S. 54ff
- dies.: Zur Lage der lokalen Pressemedien unterhalb der traditionellen Lokalzeitung (Kurzfassung). In: Schütz, Walter J. (Hrsg.), Kommunalpolitik und kommunalwissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1974-1978) Bonn, Presse und Informationsamt der Bundesregierung 1978, S. 169-177
- dies.: Amtsblatt. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied 1977 S. 1ff
- dies.: Neue Medien im sublokalen Raum - Die sogenannte Alternativpresse in ihrem sozialen Umfeld. Gutachten für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, München 1981
- dies.: Lokalkommunikation. Ergebnisse und Defizite der Forschung. In: Publizistik, 3/78, S. 189-201
- Dovifat, Emil/Wilke, Jürgen: Zeitungslehre I, Theoretische und rechtliche Grundlagen, Nachricht und Meinung, Sprache und Form, 6. Auflage, Berlin/New York 1976,
- dies.: Zeitungslehre II, Redaktion, Die Sporten Verlag und Vertrieb, Wirtschaft und Technik, Sicherung der öffentlichen Aufgabe, 6. neubearbeitete Auflage Berlin/New York 1976
- Dovifat, Emil: Presse, in: Staatslexikon, Bd. 6 hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1961, 6. Auflage,

Spalte 456 - Spalte 472

- Drewe, P.: Techniken zur Identifizierung lokaler Eliten. In: Zoll, R. (Hrsg.), Gemeinde als Alibi, Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 234ff
- ders.: Lokale Machtstrukturen: Alte Kontroversen, neue Ansätze. In: Atteslander, P./Hamm, B.: Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln 1974, S. 356-365
- Dröge, Franz W.: Über die Beziehungen zwischen Medium und Aussage. In: "Forschung und Information", Schriftenreihe der Rias-Fernuniversität, Bd. 16, Hrsg. Ruprecht Kurzrock, Berlin 74, S. 34-43
- dtv-Lexikon: "Zeitung", "Zeitungswissenschaft". In: dtv-Lexikon, Bd. 20, München 71
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd: Die "neue" rechtsextreme Jugendpresse. Politische Hintergründe und gesellschaftliche Folgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 43/81, S. 21-35
- Dürr, A.: Lokale Kommunikation und ihre Medien, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft. In: Media Perspektiven 5/78 S. 363-366
- Dunkelmann, Henning: Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeinde-soziologische Untersuchung, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 51; Stuttgart 1975
- Durth, K. R.: Defizite der lokalen Berichterstattung. In: Journalist 3/74, S. 24ff
- Dygutsch-Lorenz, Ilse: Empirische Kommunikationsforschung: Gegenstände-Zielsetzung-Methode. Eine mehrdimensionale Standortbestimmung praktizierter Forschungstätigkeit. In: Rühl, Manfred/Walchshöfer, Jürgen (Hrsg.), Politik und Kommunikation, Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband; Erlangen 1978, S. 295-354
- Eberle, Raimund: Öffentlichkeitsarbeit als Verwaltungsmittel. In: Der Bayer. Bürgermeister (BayBügm), Juni 1976 S. 16-17
- Ebert, T: Bürgerinitiativen. In: W. Pehnt (Hrsg.), Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung, Stuttgart 1974, S. 107ff
- Ehse, Inger: Bürgerbeteiligung durch die Gemeindevertretung und repräsentative Demokratie. In: DVBl. 1984, S. 1107-1112
- Ehmer, W.: Die lokale Zeitung - durch kein wirksameres Mittel ersetzbar. in: ZV + ZV 67. Jg. 1970, S. 2056
- Eisele, J.: Gehört der Lokalzeitung die Zukunft? In: Journalist 2/71 S. 4-5
- Ellwein, Thomas: Parteien und kommunale Öffentlichkeit. In: Archiv für Kommunalwissenschaften 10. Jg./1971, S. 11-25
- ders.: Kommunikationspolitik ohne Konzept. In: Zoll, Ralf (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4,

- Opladen 1971, S. 153-163
- ders./Görlitz, A.: Parlament und Verwaltung I. Stuttgart u.a. 1967
- ders./Zimpel, Gisela: Wertheim I, München 1972
- ders./Zoll, Ralf: Wertheim, Politik und Machtstruktur einer deutschen Stadt, München 1982
- Emig, Erik: Kommunale Öffentlichkeitsarbeit audiovisuell. In: Der Städtetag 12/72, S. 638ff
- Emig, Günther (Hrsg.): Die Alternativpresse, Ellwangen 1980
- ders.: Neuerscheinungsindex Literaturzeitschriften des Grauen Marktes 1979
- Endres, Alfred: Strategien kommunaler Öffentlichkeitsarbeit; Mit Bürgern und Presse im Gespräch, Stuttgart, München, Hannover 1984
- Enquete-Kommission: Schlußbericht der Enquete-Kommission, Verfassungsreform gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages. Drucksache 7/5924 des Deutschen Bundestages vom 09.12.1976
- Enquete-Kommission: Bericht und Arbeitsmaterialien über "Jugendprotest im demokratischen Staat", Stuttgart 1983
- Entman, Robert M./Paletz, David L.: Eliten, Massenmedien und Meinungsklima. Ein Beitrag zur Theorie der öffentlichen Meinung aus amerikanischer Sicht. In: Media Perspektiven 9/80, S. 605-612
- Ernst, Werner/Zinkahn, Willi/Bielenberg, Walter: Kommentar zum Bundesbaugesetz, Bd. 1, Loseblattsammlung, München: Stand Aug. 86
- Eschenburg, Theodor: Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Bd. II, Kritische Betrachtungen 1961-1965, München 66
- Eurich, Claus: Kommunikative Partizipation und partizipative Kommunikationsforschung, Frankfurt/M. 1980
- ders. (Hrsg.): Lokales Bürgerfernsehen und die Erforschung seiner Wirkungen, 1980
- ders.: Gegen- oder Komplementärmedien? Zu Gegenstand, Funktion und Ursache "Alternativer" Kommunikation. In: Jarrén, O. (Hrsg.), Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Band 32, München u.a. 1980, S. 13-37
- Evers, Adalbert: Großstadtpolitik. In: Voigt, R. (Hrsg.), Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 201-205
- ders./Harlander, Tilman: Kommunale Machtstrukturen in Theorie und Praxis - Versuch, sich über ein Unbehagen zu verständigen. In: Schmals, Klaus M./Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen; Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982, S. 303-329
- ders./Lehmann, Michael: Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik Deutschland, Offenbach 1971
- Fabris, Hans-Heinz: Journalismus und bürgernahe Medienar-

- beit. Formen und Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlicher Kommunikation, Salzburg 1979
- ders.: Laien-Journalisten: Experten des Alltags. In: Jarren, Otfried (Hrsg.), Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsfor- schung, Band 32, München u.a. 1980, S. 107-118
- Feist, Ursula/Liepelt, Klaus: Objektiv der Politik oder po- litische Kamera? In: Media Perspektiven 10/82, S. 619-635
- Feldmann, Erich: Theorie der Massenmedien, München 1977
- Fischer, Heinz-Dietrich: Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972
- ders.: Handbuch der politischen Presse in Deutschland: 1480-1980; Synopse rechtlicher, struktureller und wirt- schaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kom- munikationsfeld, Düsseldorf 1981
- Flech, K. H.: Macht und Elend der Presse, Frankfurt/M. 1967
- Forschungsgruppe an der Freien Universität Berlin: zur Rol- le und zur Funktion der Bürgerinitiativen in der Bun- desrepublik und in Westberlin. Analyse von 61 Bürger- initiativen. In: ZParl 1973, S. 285
- Forster, Karl: Die gemeinsamen Grundwerte für die Meinungs- bildung in der pluralistischen Gesellschaft. In: ders. (Hrsg.) Die Funktion der Presse im demokratischen Staat; Studien und Berichte der kath. Akademie in Bayern, Heft 5, München 1968, S. 131-157
- Fraenkel, Ernst/Brocher, Karl Dietrich (Hrsg.): Staat und Politik; Das Fischer Lexikon, Neuausgabe 1978,
- Franke, Arnim, DLT-Presseseminar: Stellenwert kommunaler Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht unterschätzen. In: der Landkreis 12/1987 S. 565
- Frehm, E.: Lokalzeitungen: Kleine Welt? Ein wichtiges Me- dium vertut seine Chancen. In: Medium 10/76, S. 7-13
- Frechen, Friedel, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit keine Nebensache. In: der Landkreis 12/1987 S. 570
- Frey, Rainer: Parteien II - Organisation. In: Voigt, Rüdiger, Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 326-328
- ders.: Lokale Demokratie. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Hand- wörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 104- 107
- ders. (Hrsg.): Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung. Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie, Bonn - Bad Go- desberg 1976
- ders.: Lokalpresse im politischen Prozeß.. In: Demokratische Gemeinde 10/80, S. 862-864
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Kommunale Politik. Rahmenbedingungen, Strukturen, Entscheidungsprozesse, Bonn 1978
- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Lernen in Bürgerinitia- tiven. Ein Beitrag zur handlungsorientierten poli-

- tischen Bildungsarbeit, Bonn 1979
- Friedrichs, J.: Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek 1973
- Früh, W.: Lesen, Verstehen, Urteilen. Untersuchungen über den Zusammenhang von Textgestaltung und Textwirkung. Freiburg, München 1980
- Fuchs, Wolfgang, A.: Presse und Organisation im lokalen Kommunikationsraum: eine empirische Analyse publizistischer Aussagengenesen, Augsburg 1984
- Fühlau, I.: Untersucht die Inhaltsanalyse eigentlich Inhalte? Inhaltsanalyse und Bedeutung. In: Publizistik 23. Jg./1978, S. 7-18
- Fülgraff, Barbara: In: Görlitz, Axel (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1972, zu den Begriffen: "Massenkommunikation" (Bd. 2, S. 244-249) "öffentliche Meinung" (Bd. 2, S. 285-291) "Öffentlichkeit" (Bd. 2, S. 292-295)
- Fürst, Dietrich: Kommunale Entscheidungsprozesse. Ein Beitrag zur Selektivität politisch-administrativer Prozesse. Baden-Baden 1978
- Funke, Manfred: Extremismus. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 132-136
- Gabriel, Oskar W.: Die politische Stellung der Gemeinden im föderativen Verfassungssystem. In: ders. (Hrsg.) Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979
- ders. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft, 13, München 1983
- ders.: Gesellschaftliche Modernisierung, politische Beteiligung und kommunale Demokratie. In: ders. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 13, München 1983, S. 57-105
- ders.: Von der Ein-Punkt-Aktion zur sozialen Bewegung? Bürgerinitiativen in der Kommunalpolitik. In: ders. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 13, München 1983, S. 271-305
- ders.: Zur Systematik der "Inneren Gemeindeverfassung" in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. In: ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979, S. 63-69
- ders.: Mängelanalyse des politischen Willensbildungsprozesses in der Gemeinde. Ein Beitrag zur institutionellen Krise der kommunalen Selbstverwaltung. In: Konrad-Adenauer-Stiftung/Institut für Kommunalwissenschaften (Hrsg.): Politische Beteiligung im repräsentativen System, Bonn 1979, S. 73-252
- ders.: Kommunalparlamente. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Handwörterbuch der Kommunalpolitik, Opladen 1984,

S. 235-238

- Gädeke, Peter: Pressefreiheit. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 137 ff
- Geiger, Wilhelm: Das Grundrecht der Pressefreiheit. In: Forster Karl (Hrsg.): Die Funktion der Presse im demokratischen Staat; Studien und Berichte der kath. Akademie in Bayern, Heft 5, München 1958, S. 9-40
- Geißler, Heiner: Die alternative Kultur als politische Herausforderung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 39/81, S. 16-20
- Geißler, Rainer: Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie (Heidelberger Soziologica 13), Tübingen 1973
- Gerber, Claus-Peter/Stossberg, Manfred: Die Massenmedien und die Organisation politischer Interessen. Bielefeld 1969
- Gerhard, Erwin: Informationsfreiheit. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.), Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977
- Gerhard, Ute: Frauenbewegung. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, 1. Auflage, München 1983, S. 150-155
- Gerhardt, E.: Das örtliche Zeitungsmonopol. Überlegungen zur Diagnose und Therapie. In: Publizistik 14. Jg./1969, S. 287-297
- Gericke, Gerhard: Verlorene Vielfalt. Zur Rolle der Lokalzeitung. In: Thomas Michael Wolf, Die lokale Betäubung oder der Bürger und seine Medien, Berlin 1981
- Glotz, P./Langenbucher, Wolfgang R.: Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Köln u.a. 1969
- Görlitz, Axel (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1972 (2 Bde)
- ders.: Selbstverwaltung. In: ders. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 2, S. 389-395
- Goethe, Lothar/Kippe, Rainer: Unter den Tisch gefegt. Das Presse-Schicksal der Unterprivilegierten. In: Spoo, E. (Hrsg.): Die Tabus der bundesdeutschen Presse, München 1971
- Goldschmidt: Kommunalpolitik und Tageszeitung. In: Der Städtetag 1928, Sonderheft "Kommunalpolitik und Presse", S. 14ff
- Gotthold, Jürgen: Die Funktion der Gemeinden im gesamtstaatlichen Planungsprozeß In: Politische Vierteljahresschrift, 3/78, S. 343-371
- Graf, Pedro: Die Aufgaben der Städte und Gemeinden und ihre Funktion im gesellschaftlichen Gesamtsystem. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo: Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 46-62
- Grauhahn, Rolf-Richard (Hrsg.): Lokale Politikforschung 1

- und 2, Frankfurt/M. 1975 (2 Bde)
- ders.: Der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde. In: Der Bürger im Staat 21/1971, S. 108ff
- Graybill, F.: An introduction to linear statistical models New York 1961
- Groß, Helmut: Alternativzeitungen nicht abqualifizieren. Radikale Pluralität bringt rechtliche Schwierigkeiten. In: Stuttgarter Zeitung, 107, 10.05.1979, S. 6
- Groß, Rolf: Presserecht: Einführung in Grundzüge und Schwerpunkte des deutschen Presserechts, Wiesbaden 1982
- Große, Helmut: Öffentliche Meinung und politischer Wille. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 14/69, S. 3-24
- Groth, Otto: Die unerkannte Kulturmacht, Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik), Band 1-7, Berlin 1960-1972
- ders.: Stadtverwaltung und Presse in ihren geschichtlichen Beziehungen. In: Der Städtetag, 1928, Sonderheft "Kommunalpolitik und Presse", S. 6ff
- ders.: Der Stoff der Zeitungen, seine Einteilung und Verteilung. In: Schulz, W. (Hrsg.): Der Inhalt der Zeitungen. Journalismus, Beiheft 4, Düsseldorf 1970, S. 99-127
- Guggenberger, Bernd: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie; Von der Ökologiebewegung zur Umwelpartei, Stuttgart u.a. 1980
- ders.: Alternativbewegung (AB) in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 40-43
- ders./Kempf, Udo (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978
- Haasis, H. A.: Kommunalpolitik und Machtstruktur. Eine Sekundäranalyse deutscher empirischer Gemeindestudien, Frankfurt 1978
- ders.: Entscheidungsstrukturen in der Kommunalpolitik. Eine Bestandsaufnahme der politikwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik. In: Köser, H. (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Hamburg 1979
- Habermas, Jürgen: Öffentlichkeit. In: Fraenkel, Ernst/Brecher, Karl Dietrich (Hrsg.): Staat und Politik; Das Fischer Lexikon, Neuauflage 1978, S. 220-226
- ders.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973
- ders.: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 9. Auflage, Darmstadt 1978
- Häberle, Peter: Grundrechte im Leistungsstaat. In: VVDStRL 1972, S. 28ff
- Haenisch, H./Schröter, K.: Zum politischen Potential der Lokalpresse. In: Zoll, R. (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung, Kritik4, Opladen 1971. S. 242-279

- Hättich, Manfred: Kommunalpolitik - ein politisches Seiten-
gebiet? In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo: Aspekte und
Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die
Bayer. Landeszentrale für polit. Bildungsarbeit, 3.
Auflage, München 1977, S. 342-355
- ders.: Was ist Gemeinde? Zwischen sicherem Schulweg und der
ganz großen Politik. In: Deutsches Allgemeines Sonn-
tagsblatt, Nr. 45/75, S. X
- Haffner, S.: Bürgerinitiativen: Sinn und Unsinn. In: ders.
(Hrsg.): bürger initiativ, Stuttgart 1974
- Hall, Peter Christian: Scheintests und Industriebedarf; Me-
dienpolitik in der Bundesrepublik. In: Thomas, Michael
Wolf (Hrsg.): Die lokale Betäubung oder der Bürger und
seine Medien, Berlin u.a. 1981, S. 171-180
- Hamburger Medientage: Macht und Medien. Hamburger Medienta-
ge. In: Media Perspektiven 10/83, S. 717-718
- Harms, Jens (Hrsg.): Alternative ökonomie und ökonomische
Theorie, Frankfurt/M. 1980
- Harlmann, Jürgen: Parteienforschung, Darmstadt 1979
- Haseloff, Otto Walter: Die Zukunft der Zeitung-Leserschaft
und Lesermarkt übermorgen und danach. Strukturen und Mo-
delle im letzten Drittel des 20. Jhrhd., Bad Godesberg
1969
- ders.: Kommunikations-Forschung. In: Kommunikation & Wis-
senschaft. Was wissen wir über die Kommunikation wirk-
lich? S. Folge der Schriftenreihe "Effektive Werbung",
Karlsruhe 1973, S. 147-169
- Heffter, Heinrich: Die deutsche Selbstverwaltung im 19.
Jahrhundert: Geschichte der Ideen und Institutionen, 2.
überarbeitete Auflage, Stuttgart 1969
- Hegel, W. W. F.: Studienausgabe, Bd. 2, Rechtsphilosophie,
Frankfurt 1968
- Heigert, Hans: Stadtkritik - Plädoyer für einen Neubeginn.
In: "Bessere Chancen für die Städte und ihre Bürger",
Neue Schriften des Deutschen Städtetages Heft 45,
S. 9-20
- Heller, A.: Das Alltagsleben, Frankfurt/M. 1978
- Hellstern, Gerd-Michael: Lokale Politikforschung. In:
Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpo-
litik, Opladen 1984, S. 341-343
- Helmke, Werner/Nafmacher, Karl-Heinz: Organisierte und
nicht-organisierte Öffentlichkeit in der Kommunalpoli-
tik. In: Frey, Rainer (Hrsg.), Kommunale Demokratie,
Bonn 1976, S. 182-240
- Hennig, Eike: Die Abhängigkeit der Massenmedien von den
Werbeeinnahmen und dem Anzeigenteil. In: Zoll, Ralf
(Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4,
Opladen 1971
- Henry-Huthmacher, Christine/Schöberl, Oswald: Alternativbe-
wegungen - Protest, 1983
- Hentig, Hartmut von: öffentliche Meinung - öffentliche Er-
regung - öffentliche Neugier. Pädagogische Überlegungen

- zu einer politischen Fiktion, Göttingen 1969
- Herder Lexikon "Politik", überarbeitete Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Freiburg i. Breisgau 1977
- Herminghaus, Werner: Stadtteilzeitungen - keine Alternative, aber ein Ansatz zu einem neuen Lokaljournalismus, in: Media Perspektiven 8/80, S. 558-560
- Hess, Robert: Rat und Verwaltung in der gemeindlichen Willensbildung. In: Gabriel Oskar W. (Hrsg.), Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979, S. 119-141
- Hesse, Konrad: Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat in: VVDStRL 17/1959, S. 24f
- Hesse, Joachim Jens: Stadtentwicklungsplanung: Zielfindungsprozesse und Zielvorstellungen, Stuttgart u.a. 1972
- ders. (Hrsg.): Erneuerung der Politik "von unten"? Stadtpolitik und kommunale Selbstverwaltung im Umbruch, Opladen 1986 S. 11-25
- Heussen, Gregor: Techniken der Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1976
- Heyde, Wolfgang: Geschichte des Medienrechts. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 60ff
- Hilles, Hans-Ulrich: Der gesellschaftliche und politische Wandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, S. 1-25
- Hilterscheid, H.: Industrie und Gemeinde. Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung, Berlin 1970
- Hippler, Hans-J./Kutteroff, A.: Medien und Macht im lokalen Kommunikationszusammenhang. In: Schmals, Klaus M./Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982
- Hömberg, Walter, Zeit, Zeitung, Zeitbewußtsein - Massenmedien und Temporalstrukturen, Antrittsvorlesung an der Universität Bamberg am 23.07.1987 (noch nicht veröffentlichtes Manuskript)
- Hoffmann-Riem, Wolfgang/Plauder, Harro: Rechtsfragen der Pressereform: Verfassungsrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche Anmerkung zum Entwurf eines Presserechtsrahmengesetzes, Baden-Baden 1977
- Hofsähs, Rudolf: Staatliche Informationstätigkeit. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 182ff

- Holler, Wolfgang/Naßmacher, Karl-H.: Rat und Verwaltung im Prozeß kommunalpolitischer Willensbildung. In: Frey, Rainer (Hrsg.): Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung. Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie. Bonn - Bad Godesberg 1976, S. 141-182
- Hollstein, Walter: Die Gegengesellschaft: Alternative Lebensformen, 4. erweiterte Auflage, Reinbeck b. Hamburg 1981
- Holzer, Horst: Politik in Massenmedien. Zum Antagonismus von Presse und Gewerhefreiheit. In: Zoll, Ralf (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4 Opladen 1971, S. 68-108
- Horn, Klaus: Zur individuellen Bedeutung und gesellschaftlichen Funktion von Werbeinhalten. In: Zoll, Ralf (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4, Opladen 1971, S. 201-241
- Huber, Antja: Zur aktuellen Situation der Jugend in der Bundesrepublik. In: Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit 1981, Nr. 64
- Huber, Joseph: Alternativbewegung. In: Mickel, Wolfgang, W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, 1. Auflage, München 1983, S. 5-9
- Huber, Rudolf: Der Lokalteil im Test. In: Projektteam Lokaljournalisten (Hrsg.): Materialien für Lokaljournalisten, Teil 1. München 1980, S. 20-41
- Hübsch, Hadayatullah: Alternative Öffentlichkeit - Freiräume der Information und Kommunikation, Frankfurt/M. 1980
- ders.: "die gemeinsame höhere Sache", "die Tageszeitung", porträtiert von... in: Medium 8/80, S. 11-15
- Hüther, J./Scholand, H./Schwarte, N.: Inhalt und Struktur regionaler Großzeitungen, Düsseldorf 1973
- Hunter, Floyd: Community-Power-Structure. A Study of Decision Making, Chapel Hill 1953
- Infratest Medienforschung: Zeitungsnutzung und Leseverhalten - Daten zur gegenwärtigen Situation der Tageszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland. München 1980
- Ingolstädter Begegnungen (II); Eine kommunalpolitische Gesprächsrunde: Die kommunalpolitische Berichterstattung - Mittler zwischen Bürger und Gemeinde, München 1981, S. 69-86
- Institut für Kommunalwissenschaft, Zeitungswissenschaft (München), Projektgruppe F/M - Kommunalwissenschaft (Mitarbeiter: Horst Decker): Politische Kommunikation: Eine Einführung, Berlin 1976
- Jonke, Hans: Gratis frei Haus. Anzeigenblätter - eine Folge der Pressekonzentration. In: Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Die lokale Betäubung oder der Bürger und seine Medien, Berlin u.a. 1981, S. 53-62
- Jansen, Astrid: Der Staatsanwalt liest mit. Gratwanderungen der alternativen Presse. In: Themenheft 6. Die Presse

- in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985 S. 81, 82
- Jarren, Otfried: Printmedien in der Kommune. Theoretische Annahmen und empirische Ergebnisse. In: Medium 12/80, S. 7-13
- ders.: Publizistisch unterversorgt: Kommunikation und Medien auf dem Lande. In: Medium 4+5/84, S. 5-15
- ders.: Lokale Parteizeitungen: Keine Alternative, aber eine Ergänzung. In: ders. (Hrsg.): Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungs-forschung, Band 32, München u.a. 1980, S. 38-51
- ders.: Kommunale Kommunikation: eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sublokaler Medien, München 1984
- ders.: Statt weniger Großer - viele Kleine? Funktionswandel der Presse. In: Thomas, Michael Wolf (Hrsg.): Die lokale Betätigung oder der Bürger und seine Medien, Berlin u.a. 1981, S. 63-78
- ders.: Lokalzeitungen. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 308-311
- ders.: Defizite die bleiben werden. Zu den Möglichkeiten lokaler Kommunikation durch "Neue Medien". In: Medium, 7+8/84, S. 12-17
- ders./Leudts, Peter: Tageszeitungen und ihre lokalen Konkurrenten. In: Medium, 1/84, S. 19-30
- Jordan, Erwin (Hrsg.): Alternativbewegung, Jugendprotest, Selbsthilfe: Dokumente, Materialien und Kommentare, 2. Auflage, Münster u.a. 1983
- Kösmayer, Benno: Die sogenannte Alternativpresse: Ein Beispiel für Gegenöffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und im deutschsprachigen Ausland seit 1968, Gersthofen 1974
- Kaul, Alexander: Kommunalpolitik und Presse. Eine Untersuchung über die Beziehungen des organisierten Nachrichtendienstes der Großstädte zur Tagespresse nebst einer Darstellung der Kommunalpolitik der Parteien und einer Betrachtung des kommunalpolitischen Zeitungsinhaltes, Dissertation Salzwedel 1933
- Keßler, Knut: Das deutsche Gemeinderecht im Überblick. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 33-46
- Keese, Diétmar: Willensbildung in den Gemeindeparlamenten. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 187-202
- Kempen, Otto E.: Grundgesetz, amtliche Öffentlichkeitsarbeit und politische Willensbildung: Ein Aspekt des Legitimationsproblems in Verfassungsrecht, Verfassungs

- praxis und Verfassungstheorie, 1975
- Kepplinger, Hans-Mathias: Meinungsforschung/Demoskopie. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) Handlexikon zur Politikwissenschaft, 1. Auflage, München 1983, S. 289-291
- Kevenhörster, Paul: Neuere Fragestellungen lokaler Politikforschung-Erkenntnisstand, Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten der politikwissenschaftlichen Gemeindeforschung. In: ders. (Hrsg.): Lokale Politik unter exekutiver Führerschaft, Meisenheim am Glan 1977, S. 15-54
- ders./Wollmann, Helmut (Hrsg.): Kommunalpolitische Praxis und lokale Politikforschung, Berlin 1978
- Kiefer, Marie-Luise: Die Medien und ihr Publikum - zu Ergebnissen der Massenkommunikationsforschung. In: Medienforschung, Schriftenreihe "Forschung und Information", Bd. 16, Berlin 1974, S. 162-170,
- Kimminich, Otto: Die Parteien im Rechtsstaat: Herausforderung durch die "Alternativen". In: DöV 1983, S. 217ff
- Klein, Armin: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979, S. 94-119
- Klein, H.: Die öffentliche Aufgabe der Presse. Eine verfassungsrechtliche und rechtspolitische Untersuchung der Presse in der Demokratie, Düsseldorf 1973
- Klönne, Arno: Zum Begriff und zur Realität von politischer Gemeinde. In: Zoll, Ralf: Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 249-255
- Klüber, Hans: Das Gemeinderecht in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Berlin u. a. 1972
- ders.: Handbuch der Kommunalpolitik, Göttingen 1971
- Kluthe, P.: Kommunikationsverhalten von Lokalzeitungslesern. Frankfurt/M. 1973
- Knemeyer, Franz-Ludwig/Wengert, Paul (Hrsg.): Kommunen und Medien. Kommunalforschung für die Praxis, Heft 1, Kommunalwissenschaftliches Forschungszentrum Würzburg, Stuttgart 1978
- Knilli, Friedrich: Massenmedien & Metropolen In: Medium 4+5/85 S. 65-70
- Knoche, M.: Einführung in die Pressekonzentrationsforschung, Berlin 1978
- ders./Schulz, W.: Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. Eine vergleichende Inhaltsanalyse des Lokalteils von Monopol- und Wettbewerbszeitungen. In: Publizistik 14. Jg./1969, S. 298-310
- Knoll, Joachim H.: Die "Neuen Medien", Chancen oder Gefahren für die Presse. In: Themenheft 6. Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 83-88
- Koch, U./Witte, H./Witte, E. H.: Die Inhaltsanalyse als Meßinstrument. In: Publizistik, 19. Jg./1974,

- S. 177-184
- Koch, Hans von/Tschira, Oskar/Magg, Wolfgang: Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern, Textausgabe mit Einführung, 8. Auflage, München 1984
- Kodolitsch, Paul von: Öffentlichkeitsarbeit. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 320-322
- Köbler, G.: Juristisches Wörterbuch, 2. Auflage, München 1981
- Köhler, Mergret (Hrsg.): Alternative Medienarbeit: Videogruppen in der Bundesrepublik, Opladen 1980
- Köhler, Wolfgang: Die Werbung und der Kampf um den Leser. Aus Verlagen werden Medienkonzerne. In: Themenheft 6. Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 53-58
- König, René: Stichwort "Gemeinde". In: Bernsdorf, W. (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1972, S. 273-275
- ders.: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958
- Köppler, Rudolf: Die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes als Vorrecht der Parteien: Ein Beitrag zur Auslegung des Art. 21 Abs. 1 GG, 1974
- Köser, Helmut (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Hamburg 1979
- ders.: Community Power-Forschung (CPF). In: Voigt, Rüdiger, Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 91-93
- Koller, Barbara: Lokalzeitungen in Wettbewerbs- und Monopol-situation: Bedingungen in den Redaktionen und das Verhältnis zu Lokalhonoratioren. In: Rühl, M./Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Erlangen 1978, S. 273-294
- Kollmig, Karl: Politisch-soziologisches Wörterbuch Bochum 1975
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Strukturprobleme des lokalen Parteiensystems, Bonn 1975
- dies.: Lokaljournalismus 84. Aus preisgekrönten und fest preisgekrönten Einsendungen zum Lokaljournalismus der Konrad-Adenauer-Stiftung im Jahre 1984; Eine Dokumentation
- Kopper, Gerd G.: Marktzutritt - Grundfrage funktionierender Zeitungswettbewerbs (1). In: Media Perspektiven 3/83, S. 145-154
- ders.: Massenmedien. Wirtschaftliche Grundlagen und Strukturen. Analytische Bestandsaufnahme der Forschung 1968-1981. Konstanz 1982
- Koszyk, Kurt: Wirkungen der Massenkommunikation, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung

- "Das Parlament" B 39/72
- ders./Prys, Karl Hugo: Handbuch der Massenkommunikation, München 1981
- Krabs, Otto: Selbstverwaltung als Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung. In: Naßmacher, Karl-Heinz (Hrsg.): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie: die Beiträge des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn - Bad Godesberg 1977, S. 198-208
- ders.: Image und kommunale Informationspolitik. In: der Landkreis 10/1972, S. 362-363
- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Autonomie oder Getto? Frankfurt/M. 1978
- Krautzberger, Michael: Formen kommunalen Verwaltungshandelns. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, S. 62-88, 3. Auflage, München 1977
- Kreimeier, Klaus: Kommentar zu Dieter Prokop: Chancen spontaner Gegenöffentlichkeit - Medienpolitische Alternativen. In: Dieter Raacke (Hrsg.): Kritische Medientheorien. Konzepte und Kommentare München 1974 S. 213-225
- Kremmer, Horst: Die rechtliche Problematik des kommunalen Pressewesens; Dissertation, Essen 1980
- Kriesl, Hanspeter, Neue soziale Bewegungen: Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner In: Politische Vierteljahresschrift 3/87 S. 315-334
- Kromer, Michael: Bürgerbeteiligung in der Gemeinde - Ein systematischer Überblick. In: DVBl 1985, S. 143ff
- Küchenhoff, G. und E.: Allgemeine Staatslehre, 6. Auflage, Stuttgart 1967
- Kunzlik, Michael: Massenkommunikation, Köln 1979
- Lammert, Norbert: Lokale Organisationsstrukturen innerparteilicher Willensbildung, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bochum 1975
- Landkreisverband Bayern: Neue Medien - Was versteht man darunter? In: Mitteilungen des Landkreisverbandes Bayern 1985, S. 14f.
- Landwehrmann, Friedrich: Informierende Verwaltung. In: Der Landkreis 11/1972, S. 398-399
- Lang, Gerhard: Typen kommunaler Verfassung in der Bundesrepublik. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 154-182
- Lange, Bernd-Peter: Neue Medien - Alte Probleme? Politische Weichenstellungen für die Zukunft der Kommunikation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 32/77
- ders.: Zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik und West-Berlin. Eine Analyse von 61 Bürgerinitiativen in: ZParl 4/1973, S. 247ff
- Längenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.): Lokalkommunikation. Analysen, Beispiele, Alternativen, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunika-

- tionswissenschaft, Band 5, München 1980
- ders. (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation, München 1974
- ders.: Beruf: Lokalredakteur. Anwalt für Wähler und Gewählte In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 45/1975, S. III
- Langguth G., Protestbewegung. Entwicklung - Niedergang - Renaissance, Köln 1983
- Leclaire, Alfred: Kommunalpolitik und lokale Berichterstattung. In: Der Bayer. Bürgermeister, Juni 1976, S. 28-29
- Lehmbruch, G.: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: Der Bürger im Staat 1/1975, S. 3ff
- ders.: Konkordanz-Demokratie im internationalen System. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1, 1969, S. 139-163
- Leidinger, Adalbert: Spannungsfeld Bürger und Gemeinde. In: der Landkreis 11/1975, S. 429-430
- Lienert, G. A.: Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, Bd. II, 2. Auflage, Meisenheim am Glan 1978
- Limbach, Peter: Pressegesetze. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 145ff
- Löffler, Martin: Presserecht, Band 1: Landespressegesetz der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage, München 1983, Band 2: Geschichte und Theorie des Presserechts, 2. Auflage, München 1969
- ders.: Pressekonzentration und Pressefreiheit in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 19, Mannheim 1981, S. 235ff
- ders.: Das Zensurverbot der Verfassung. In: NJW 1969, S. 2225ff
- ders./Ricker, R.: Handbuch des Presserechts, München 1978
- Luhmann, Niklas: Einfache Sozialsysteme. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1/1972, S. 51-65
- Mahle, Walter A./Wilkens, Klaus: Kritische Anmerkungen zur Methode der Publizistischen Stichprobe. In: "Publizistik", 14. Jhrg., 4/1969, S. 432-442
- Maletzke, Gerhard: Ziele und Wirkungen der Massenkommunikation, Hamburg 1976
- ders.: Einführung in die Massenkommunikationsforschung, Berlin 1972
- ders.: Bausteine zur Kommunikationswissenschaft 1949-1984, Ausgewählte Aufsätze zu Problemen, Begriffen, Perspektiven, Berlin 1984
- Mangoldt v., Hermann/Klein, Friedrich/Storck, Christian, Das Bonner Grundgesetz Kommentar, Bd. 1, 3. Auflage. München 1985
- Mast, Claudia: Aufbruch ins Paradies? Die Alternativbewegung und ihre Fragen an die Gesellschaft, Zürich-Osnabrück 1980
- Mathes, Rainer: Was wissen wir von den Wirkungen der Pres-

- se? Wer Zeitung liest, weiß mehr. In: Themenheft 6. Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 34ff
- Mattar, Michael: Formen politischer Beteiligung in den Gemeindeordnungen der Bundesländer. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 13, München 1983, S. 105-126
- ders.: Die Verwaltungsreform als Instrument zur Leistungssteigerung und Demokratisierung kommunaler Politik? In: Gabriel, Oskar W.: Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Regensburg 1979, S. 141-158
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius: Die rechtlichen und politischen Möglichkeiten einer Beteiligung des Bürgers an der Gemeindepolitik. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderaufgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, S. 245-265, 3. Auflage, München 1977, S. 245-265
- ders.: Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, Reinbek 1976
- Mayntz, R./Holm, K./Hübner, P.: Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, Opladen 1972
- Medienbericht: Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978)-Medienbericht - (Drucksache 8/2264 des Deutschen Bundestages), Bonn 1978
- Meier, Hans: Der Begriff der Politik In: Zeitschrift für Politik 4/87 S. 378-382
- Merten, Detlef: Persönlichkeitsschutz, In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 120ff
- Merten, Klaus: Zweierlei Einfluß der Medien auf die Wahlentscheidung. In: Media Perspektiven 7/83, S. 449-460
- Meyer, Uwe: Der Marktzutritt der "Tageszeitung" (TAZ). In: Media Perspektiven 3/83, S. 155-158
- Meyers-Enzyklopädisches Lexikon: 9. völlig neu bearbeitete Auflage a) "Lokalpresse" (Bd. 15, Mannheim 1980 S. 213); b) "Presse" bis "Presserecht" (Bd. 19, Mannheim 1981 S. 233-244); c) "Zeitschrift", "Zeitung", "Zeitungswissenschaft" (Bd. 25, Mannheim 1980; S. 642-650)
- Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Politik und Zeitgeschichte 24, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, Berlin 1968
- ders.: Weithin im Getto: Die Presse der Verbände. Die Gewerkschaften und die Kirchen - zwei Großgruppen mit publizistischen Sorgen. In: Aus Politik und Zeitgeschich-

- te, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 45/82
ders.: Ungeahnte Vielfalt: Die Presse der Bundesrepublik.
In: Neue Politische Literatur, 4/1982, S. 463-480
"Michel-Kommission": Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film, BT-Drucksache V/2120, Bad Godesberg 1967
Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) unter Miterbeit von Zitzlaff, Dietrich: Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983
Miller, Delbert C.: Demokratische Idealvorstellungen zum Gemeindeleben. In: Zoll, Ralf (Hrsg.): Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 87-90
Model, O./Creifelds, C.: Staatsbürgertaschenbuch, 10. Auflage, München 1971
Möller, Thomas: Freie Wählergemeinschaften. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 482-485
Mols, Manfred: Pluralität oder Desintegration? Zum gegenwärtigen Stand der westdeutschen Politikwissenschaft. In: Politische Studien, 30. Jhrg., Mai/Juni 1979, S. 297-304
Müller, Ewald: Bürgerinformation; Kommunalverwaltung und Öffentlichkeit, 2. ergänzte Auflage, Köln 1977
ders.: Referat vor dem AK IV-Städte-Medien-Bürger des Deutschen Städtetages/21. ordentliche Hauptversammlung v. 25.-27.05.81. In: "Bessere Chancen für die Städte und ihre Bürger", Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 45, Köln 1981, S. 179-188
Müller, Martin: Bürgerinitiativen in der politischen Willensbildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 11/83
Müller-Landkow, Brigitte/Schöherl, Oswald: Alternativbewegungen - Protest, von den Studentenunruhen bis zur neuen Jugendbewegung. Eine Dokumentation von Forschungsarbeiten und Literatur, Bonn 1982
Mutius, Albert von: Kommunalrecht. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 269-271
Naßmacher, Hiltrud: Kommunale Öffentlichkeit. In: Kommunale Politik: Rahmenbedingungen, Strukturen, Entscheidungsprozesse, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1978, S. 134-138
dies./Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Möglichkeiten und Grenzen, Uni Taschenbücher 877, Opladen 1979
Naßmacher, Karl-Heinz: Funktionen politischen Personals in lokalen Vertetungskörperschaften (Kommunalparlamenten). In: ZParl 1973, S. 550-566
ders.: Kommunalpolitik. In: Mickel, W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 244-249

- ders.: Parteien im kommunalpolitischen Zielbildungsprozeß.
In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
(öZP) 1972/4 S. 42-65
- ders.: Rückkoppelung zwischen Eliten und Öffentlichkeit -
Zum Demokratiepotential der kommunalen Selbstverwal-
tung. In: Kevenhörster, Paul (Hrsg.): Lokale Politik
unter exekutiver Führerschaft, Meisenheim am Glan 1977
S. 128-155
- ders.: Parteien I. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörter-
buch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 322-326
- Naschold, Frieder: Kommunikationstheorien. In: Aufermann,
J./Bohrmann, H./Sülzer R. (Hrsg.): Gesellschaftliche
Kommunikation und Information, Bd. 1, Frankfurt 1973,
S. 16ff
- ders.: Alternative Raumordnungspolitik. Ein Beitrag zur
Verbesserung des Arbeits- und Lebensverhältnisse, Kron-
berg 1978
- Negt, Oskar: Öffentlichkeit. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.)
Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983,
S. 318-322
- ders./Kluge, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur
Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarisch-
er Öffentlichkeit, 4. Auflage, Frankfurt 1976
- Nelles, Wilfried: Strukturbezogene Determinanten poli-
tischer Partizipation. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.):
Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung Opladen
1978, S. 57-78
- ders.: Probleme lokaler Demokratie. In: ders./Oppermann,
Reinhard (Hrsg.): Partizipation und Politik, Göttingen
1980, S. 27-65
- ders.: Bürgerbeteiligung. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Hand-
wörterbuch der Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 75-77
- ders.: Bürgerinitiativen. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Hand-
wörterbuch der Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 78-80
- Nelson, Jack A.: Die Untergrundpresse. In: Aufermann, Jörg
u.a. (Hrsg.): Gesellschaftliche Kommunikation und In-
formation. Forschungsrichtungen und Problemstellungen.
Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Bd.2, Frank-
furt/Main 1973 S. 652-667
- Neuffer, Martin: Entscheidungsfeld Stadt. Kommunalpolitik
als Gesellschaftspolitik - Standortüberprüfung der kom-
munalen Selbstverwaltung, Stuttgart 1973
- Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Schweigespirale. Öffentliche
Meinung - unsere soziale Haut, München 1980
- dies.: Wirkung der Massenmedien. In: dies./Schulz, W.
(Hrsg.), "Publizistik", Fischer-Lexikon Frankfurt/Main
1980 S. 316-350
- dies.: Pressekonzentration und Meinungsbildung. In: Prokop,
D. (Hrsg.) Massenkommunikationsforschung Band 1: Pro-
duktion. Frankfurt 1972, S. 242-274
- dies.: Folgen lokaler Zeitungsmonopole. In: Kommunikations-
politische und kommunikationswissenschaftliche For-

- schungsprojekte der Bundesregierung (1971-74). Eine Übersicht über wichtige Ergebnisse, Bonn 1974, S. 79-85
- dies./Schulz, Winfried (Hrsg.): Publizistik, Fischer-Lexikon, Frankfurt/Main 1980
- dies./Ronneberger, F./Stuiber, H.-W.: Streitpunkt Lokales Pressemonopol; Untersuchungen zur Alleinstellung von Tageszeitungen In: Journalismus, Bd. 8, 1976 (neue Folge)
- Nuissl, Ekkehard: Massenmedien im System bürgerlicher Herrschaft. Beiträge zur Kommunikationsforschung 13, Berlin 1975
- Oberreuter Heinz, Alternative Bewegungen, in: Staatslexikon, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft (5 Bde), Bd. 1, 7. völlig neu bearbeitete Auflage, Freiburg 1985, S. 120, 121
- Oettle, Karl: Möglichkeiten und Grenzen einer bürgerfreundlichen Verwaltung. In: Politische Studien 30. Jhr., Mai/Juni 1979 S. 291-296
- Offe, Claus: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Zoll, Ralf: Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972, S. 262-274
- ders.: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus. In: ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 157ff
- ders.: Zur Frage der "Identität der kommunalen Ebene". In: Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.), Lokale Politikforschung 2, Frankfurt/Main 75 S. 303-309
- Olsson, Ulf: Maximum likelihood estimation of the polychoric, correlation coefficient. 1979 Psychometrika 44
- Ott, Gabriel M.: Masse - Gesellschaft - Mensch. Skriptum zur Hauptvorlesung Politikwissenschaft, SS 1974, Universität Bamberg
- ders.: Frühe politische Ordnungsmodelle, München 1970
- Padrutt, Ch.: Die Lokalzeitung hat Zukunft. In: ZV + ZV 67. Jg./1970, S. 2052
- Pagenkopf, Hans: Kommunalrecht, 2. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage Köln 1975/1976 (2 Bde)
- ders.: Einführung in die Kommunalwissenschaft, 3. völlig neu erarbeitete und erweiterte Auflage, 1975
- Parlament, Das: Im Dreieck Rathaus - Redaktion - Leser, Sonderseite der Wochenzeitung "Das Parlament" Nr. 51-52 vom 20.12.1975, S. 14
- Pawlik, Kurt: Dimensionen des Verhaltens, 3. Auflage, Bonn 1976
- Pelinka, Anton: Bürgerinitiativen. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 45-47
- Peter, Joachim: Alternativpresse = Alternativpresse? Unveröffentlichtes Redekonzept, 1982
- Pfifferling, Jürgen: Die Position von Hörfunk und Tageszeitung auf dem Werbemarkt. In: Media Perspektiven 10/80,

S. 651-660

- Pitschas, Rainer: Kommunalverwaltung. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 275-278
- Pohl Wolfgang/Burmeister Uli/Friedrich Marianne/Klemisch Herbert/Lommer Hubert (Hrsg.), Handbuch für alternative Kommunalpolitik, Bielefeld 1985
- Pöttker, Horst: Lokalpresse und demokratische Kultur. In: Medium, 6/81, S. 5, 10
- ders.: Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen. Wissenschaftstheorie und Methodologie, normative Demokratietheorie, quantitative Inhaltsanalyse, Hannover 1980
- Polsby, N. W.: Community Power and Political Theory, 3. Auflage, S. VIII, New Haven 1966
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Initiativen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. In: Bulletin Nr. 67, S. 561-566 vom 11. Juni 1986, Bonn S. 561-566
- ders.: Leistungen der Bundesregierung für die Städte, Gemeinden und Kreise 1982 bis 1986, Stand: Mai 1986
- Projektgruppe am Institut für Kommunalwissenschaft der Universität München: Politische Kommunikation - Eine Einführung, Berlin 1976
- Prokop, Dieter: Chancen spontaner Gegenöffentlichkeit, Medienpolitische Alternativen. In: ders.: Massenkultur und Spontaneität. Zur veränderten Warenform der Massenkommunikation im Spätkapitalismus. Aufsätze, Frankfurt/M. 1974 S. 153-182
- Pross, Harry: Die meisten Nachrichten sind falsch. Für eine neue Kommunikationspolitik, Stuttgart 1971
- Poguntke, Thomas: Grün-alternative Parteien: Eine neue Farbe in westlichen Parteiensystemen In: ZParl 3/8 S. 368-382
- Püttner, Günter (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 1-6, 2. Auflage, Berlin 1983
- Räder, Hans-Georg: Das Medienpublikum als Publikum veröffentlichter Politik: Empirische Sekundäranalysen zum Zusammenhang von Mediennutzung und politischem Verhalten, München 1978
- Rager, Günther: Publizistische Vielfalt im Lokalen, Eine empirische Analyse, 53. Band, Tübinger Vereinigung für Volkskunde e.V. Schloß, Tübingen 1982
- ders.: Lokalpolitik und Lokalkommunikation. In: Schatz, Heribert/Lange, Klaus: Massenkommunikation und Politik, Frankfurt 1982 S. 39ff
- ders./Schibrani, Harald: Das Lokale als Gegenstand der Kommunikationsforschung. In: Rundfunk und Fernsehen, 4, 1981, S. 498-508
- Raskin, Heinrich: Der "Pressechef" und sein Chef. In: Der Städtetag 12/62, S. 629
- Rausch, Heinz: Krise der Gemeinde - Krise der Demokratie? In: ders./Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme

- der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 234-245
- Reese, Jürgen: Widerstand und Wandel der politischen Organisation: Darstellung und Analyse eines Programmkonfliktes in der Münchner Stadtplanung, Stuttgart 1976
- Rehbinder, Manfred: Pressedelikte. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 133ff
- ders.: Öffentliche Aufgabe der Presse: Was ist das? In: NfW 1963, S. 1387-1389
- Rehnolt, Andreas und Sternhagen, Willibert: Anspruch und Kommerz in: Medium 8/80 S. 16-18
- Reisbeck, Günter: Stadtteilzeitungen in München. Eine Inhalts- und Strukturanalyse zur Funktionsbestimmung von Stadtteilzeitungen In: Jarren, Otfried (Hrsg.): Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Band 32, München 1980, S. 51-64
- Reschke, Hans: Die Beziehung zwischen Presse und Behörden. In: DöV 1950, S. 365ff
- Reumann, Kurt: Gegendarstellung. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 52ff
- Ricker, Reinhard: Freiheit und Aufgabe der Presse; Individualrechtliche und institutionelle Aspekte; Alber-Broschur-Kommunikation; Band 12, Freiburg (Breisgau), München 1983
- Riedel, Günter: Mitwirkung der Bürger an der städtebaulichen Planung. In: Der Städtetag 4/73, S. 207
- Rieder, Bernd: Die Zensurbegriffe des Art. 118 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung und des Art. 5 Abs. 1 Satz 3 des Bonner Grundgesetzes, Berlin 1970
- Riese, Hans-Peter: Der Griff nach der vierten Gewalt: Zur Situation der Medien in der Bundesrepublik, Köln 1984
- Rinsche, Günter: Die Bedeutung der lokalen Tageszeitung aus der Sicht des Kommunalpolitikers. In: Der Städtetag 7/69, S. 322ff
- Robertson, James: Die lebenswerte Alternative: Wegweiser für eine andere Zukunft, Frankfurt/Main 1979
- Rodenstein, M.: Bürgerinitiative und politisches System. Eine Auseinandersetzung soziologischer Legitimationstheorien, Lahn-Gießen 1978
- Roegele, Otto B.: Verantwortung der Journalisten. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 207ff
- ders.: Die Presse und die öffentliche Meinung. In: Forster, Karl (Hrsg.): Die Funktion der Presse im demokratischen Staat; Studien und Berichte der kath. Akademie in Bayern, Heft 5, München 1958, S. 41-72
- ders.: Massenmedien und Regierbarkeit. In: Regierbarkeit (Hrsg. von Hennis, Wilhelm u.a.), Bd. 2, Stuttgart

- 1979, S. 177ff
- ders.: Die Chance der Zeitung - die neuen Medien in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 25, Mannheim 1980, S. 651ff
- Röhrich, Wilfried: Eliten. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 89-93
- Roesgen, Manfred von: Werberecht. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 234ff
- Roloff, Eckart Klaus: Lokale Kommunikation und ihre Medien. 21. Arbeitstagung der "Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft" in München. In: Publizistik 23. Jg / 1978, S. 120-123
- ders.: Datenschutz. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 32ff
- Rombach, Theo: Lokalzeitung und Partizipation am Gemeindeleben: eine empirisch Untersuchung, Berlin 1983
- ders.: Lokale Berichterstattung in Mittelstädten, Manuskript. Stuttgart 1980
- Rommel, Manfred: Bessere Chancen für die Städte und ihre Bürger. In: Bessere Chancen für die Städte und ihre Bürger, Neue Schriften des deutschen Städtetages, Heft 45, Köln 1981, S. 31-49
- Ronneberger, Franz: Selbstkontrolle der Medien. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 173ff
- ders.: Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, W. A. (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München 1974, S. 193-205
- ders.: Kommunikations- und Partizipationsprobleme in der Gemeinde, in: österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 72/4, S. 5-14
- ders./Wolz, D.: Lokale Presse und Herrschaft in der Ortsgemeinde. In: Publizistik 19. Jg/1974, S. 19-29
- Roters, Wolfgang: Kommunale Selbstverwaltungsgarantie. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 379-383
- Rutsatz, Karl-Heinz: Die wirtschaftliche Situation deutscher Tageszeitungen; Beste Ertragslage seit den dreißiger Jahren. In: Media Perspektiven 3/80, S. 160-163
- ders.: Aspekte zur wirtschaftlichen Situation der Tageszeitungen bei Einführung "Neuer Medien". In: Media Perspektiven, 10/80, S. 661-666
- Rückel, Roland A.: Lokalredakteure; Eine vergleichende Rollenanalyse, Opladen 1975
- Rühl, Manfred: Die Zeitungsredaktion als organisiertes soziales System, Bielefeld 1969
- ders.: Markt und Journalismus. In: Politik und Kommunikation, Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Hrsg.: ders./Welchshöfer, Jürgen, Erlangen 78 S. 237-271

- Ruoff, Robert, Die Angst der Dinosaurier vor den Rohrspatzen. Zur Münchener Tagung über "Lokale Kommunikation". in: Medium 7/78 S. 8, 9
- Ruppert, Erich: Soziologie der Gemeinde. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.) Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1977, 3. Auflage S. 202-219
- Sachs, Lothar: Statistische Auswertungsmethoden, 3. Auflage, Berlin u. a. 1971
- Sänger, Gisela: Die Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., Berlin 1966
- Sager, Peter: Massenmedien im politischen Krieg. In: Epoche, 10/84, S. 18-23
- Sauter, Herbert: Fusionskontrolle im Pressewesen. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 45ff
- Savelsberg, Joachim J.: Macht in Gemeinden oder Macht über Gemeinden? Zur Relevanz lokaler Autonomie für kommunale Machtstrukturen und Entscheidungsprozesse. In: Schmals, Klaus M./Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen, Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982 S. 153-184
- Saxer, Ulrich: Lokale Kommunikation - Anspruch und Realität. Bilanz der Forschung. In: Media Perspektiven 5/1978, Seite 367-379
- ders.: Führt ein Mehrangebot an Programmen zu selektiven Rezipientenverhalten? Thesen zu gesellschaftlichen Folgen erhöhter Publikumsselektivität. In: Media Perspektiven 6/80, S. 395-406
- ders.: Funktionen der Massenmedien in der modernen Gesellschaft. In: Medienforschung, Forschung und Information, Bd. 16, Schriftenreihe der Rias - Funkuniversität, Berlin 1974, S. 22-33
- Schäfers Bernhard, Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland, Ein Studienbuch zu ihrer Soziologie und Sozialgeschichte, 3. Auflage, Stuttgart 1981
- Scharpf, Fritz W./Reissert, Bernd/Schnabel, Fritz: Politikverflechtung, Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik, Kronberg 1976
- Schatz, Heribert: Zum Stand der politikwissenschaftlich-relevanten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bernbach, Udo (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis, Opladen 1978
- ders.: Massenmedien und Massenkommunikation. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 285-288
- Schatz, Walter: Der Verwaltungschef und "sein" Pressereferent. In: Der Städtetag 1/77, S. 37ff
- Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit; Gesam-

- melte Aufsätze, Düsseldorf-Köln 1965
- ders.: Politik und Publizität, Stuttgart 1983
- Schenk, Michael: Bürgerinitiativen: Interpersonale Kommunikation und politischer Einfluß. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 33/1981, S. 623-641
- ders.: Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen, Tübingen 1982
- Scheuner, Ulrich: Zur Neubestimmung der kommunalen Selbstverwaltung. In: AfK 12. Jhrg./1973, I. Band, S. 1-44
- Schiwy, Peter: Anzeigenaufnahmepflicht. In: ders./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 6ff
- Schläpke, Winfried: Abseits: Die Alternativen - Irrweg oder neue Weltkultur? Köln 1979
- Schlamp, Günter C.: Verwaltung. In: Görlitz, Axel (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft, Band 2, München 1972, S. 471-476
- Schlüter, Joachim: Der neue Lokaljournalismus. In: Projektteam Lokaljournalisten (Hrsg.) Materialien für Lokaljournalisten, Teil 1, München 1980, S. 5-19
- Schmals, Klaus M./Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen; Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982
- Schmidt, Hendrik: Kommunikationspolitische Alternativen? Zur Diskussion um eine Reform des Pressewesens in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1972
- ders.: Alternativ-Zeitung am Scheideweg? In: Medium 11/1977 S. 13
- Schmidt-Bleibtreu Bruno/Klein Franz: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 3. Auflage, Neuwied/Berlin 1973
- Schmidt-Jortzig, Edzard: Gemeinden und Kreise vor den öffentlichen Aufgaben der Gegenwart. In: DVB 1977, S. 801-807
- ders.: Gemeindeverfassungstypen in der Bundesrepublik Deutschland In: DöV 1987 S. 281-285
- Schmitt, Franz-Josef: Bericht vor dem Arbeitskreis IV "Städte - Medien - Bürger" des Deutschen Städtetages. In: "Bessere Chancen für die Städte und ihre Bürger", Neue Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 45, Köln 1981, S. 201ff
- Schmitz, Mathias: Politische Beteiligung in der Demokratie-Begriff, Strukturen, Bedingungen. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft, 13, München 1983, S. 9-57
- Schneider, Franz: Politik und Kommunikation: Drei Versuche, Mainz 1967
- Schneider, Peter: Pressefreiheit und Staatssicherheit, Mainz 1968
- Schneider, Ralf W.: Heiße Ware Nachricht - eine Polemik für

- besseren Journalismus. In: Politische Studien, 35. Jhrg., November/Dezember 1984, S. 672
- Schnell, Stefan: Der Lokalteil - Mittler zwischen Rathaus und Bürger. In: Der Städtetag 10/1969, S. 482-485
- ders.: Warum nicht ein Angebot des Städtetages? Zu einer Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung über Journalismus und kommunale Öffentlichkeit. In: Der Städtetag, 3/73, S. 133, 134
- Schönbach, K.: Die isolierte Welt des Lokalen. Tageszeitungen und ihre Berichterstattung über Mannheim. In: Rundfunk und Fernsehen 26. Jh./1978, S. 260-277
- Schöneberger, Markus: Medienmarkt Deutschland. In: Politische Studien, 35. Jhrg., November/Dezember 1984, S. 634
- Scholand, Hildegard: Presse und Beamtenpolitik. Inhaltsanalytische Untersuchungen der Berichterstattung über den Bundesvertretertag des Deutschen Beamtenbundes 1966; Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Band 12, Hrsg. Koszyk, Kurt, Düsseldorf 1968
- Schottenloher, Karl/Binkowski, Johannes: Flugblatt und Zeitung: ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum, Bd. II, von 1848 bis zur Gegenwart. Unter Zugrundelegung des Textes von Schottenloher, K. neu verfaßt und bis in die Gegenwart fortgeführt von Binkowski, J., München 1985
- Schramm, Wilbur (Hrsg.): Grundfragen der Kommunikationsforschung, 5. Auflage, München 1973
- Schütte, Joh.: Revolte und Verweigerung: Zur Politik und Sozialpsychologie der Spontibewegung, 1980
- Schütz, Walter J.: Konzentration. In: Schiwy P./ders. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 82ff
- ders.: Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Themenheft 6, Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1985, S. 13-24
- ders.: Deutsche Tagespresse 1983. In: Media Perspektiven 3/83, S. 181-203
- ders.: Lokalkommunikation - Zustand und Zukunft. In: Presse-, Rundfunk- und Filmarchive - Mediendokumentation 2, München 1980, S. 165-171
- ders.: Zeitungsrechte und Zeitungswettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland 1976. In: Publizistik, 1/2, 1978, S. 58-74
- Schulte, Marcel: Freiheit und Verantwortung des Publizisten im demokratischen Staat. In: Forster, Karl (Hrsg.): Die Funktion der Presse im demokratischen Staat. Studien und Berichte der kath. Akademie in Bayern, Heft 5, München 1958, S. 73-108
- Schulz, Winfried: Zur Methode der publizistischen Stichprobe. In: "Publizistik", 13. Jhrg./1968, S. 330ff
- ders. (Hrsg.): Der Inhalt der Zeitungen: Eine Inhaltsanalyse

- der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland (1967). In: Journalismus, Beiheft 4 zur Schriftenreihe des deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit. Düsseldorf 1970
- ders.: Inhaltsanalyse. In: Noelle-Neumann, E./Schulz, W. (Hrsg.): Der Inhalt der Zeitungen, In: Journalismus, Beiheft 4, Düsseldorf 1970, S. 5-60
- ders.: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, München 1976
- Schulze, Volker: Wegweiser, Schrittmacher und Checkliste; Die Zeitung in der Hand des Lesers. In: Themenheft 6, Die Presse in der deutschen Medienlandschaft, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 25-29
- Schumacher, Michael: Lokale Kommunikation. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 279-282
- Schumann, Erich: Chancen und Grenzen eines freien Medienmarktes (1). In: Media Perspektiven 3/83, S. 175-180
- Schwendter, Rolf: Welche Überlebenschance hat die Alternativbewegung? In: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 46ff
- ders.: Theorie der Subkultur, Köln, Berlin 1971
- Schwering, Ernst: Kommunalpolitik und Presse. In: Der Städtetag, März 1953, S. 96/97
- See, Hans: Grundwissen einer kritischen Kommunalpolitik, Wirtschaft, Staat und kommunale Selbstverwaltung, Köln 1975
- Seele, Günter, Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung-Gefährdung und Chancen in unserer Zeit; Bericht über das 11. Professorengespräch des deutschen Landkreistages vom 10./11. Mai 1973 in Tecklenburg. In: Der Landkreis 7/73, S. 234-235
- Siewert, Hans-Jörg: Lokale Elite. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 128-130
- ders.: Überblick über den Forschungsstand auf dem Gebiet kommunaler Macht- und Entscheidungsstrukturen. In: Schulte, Werner (Hrsg.): Soziologie in der Gesellschaft, Bremen 1981, S. 293-303
- ders.: Überblick über Entstehungsgeschichte und aktuellen Entwicklungsstand der kommunalen Macht- und Entscheidungsforschung. In: Schmals, Klaus M./ders. (Hrsg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen; Beiträge zur Kommunalwissenschaft; 3, München 1982, S. 5-35
- ders.: Vereine. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 472-475
- Silbermann, Alphons: Handwörterbuch der Massenkommunikation und Medienforschung Berlin 1982, (2 Bde)
- ders./Zehn, Ernest: Die Konzentration der Massenmedien und ihre Wirkungen. Eine wirtschafts- und kommunikationssoziologische Studie, Düsseldorf 1970

- Simon, Klaus: Lokale Vereine - Schule der Demokratie? In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft, 13, München 1983, S. 241-271
- Sixtl, Friedrich: Meßmethoden der Psychologie, Weinheim/BGSt 1982
- Sozialpädagogisches Institut Berlin (Spi), Walter May: Großstadtjugendämter und alternative Jugend - Projekte und -initiativen. Eine empirische Kurzzeitstudie zu Erfahrungen und Problemen der Jugendämter, Berlin 1983
- Spiegel, Der, Nr. 33/1978: Unterbliebene Nachrichten, S. 70-73
- ders., Nr. 3/1985: Alternativpresse - Linke Lieblinge, S. 132
- ders., Nr. 42/1985: "In Latzhosen und auf Stöckelschuhen", Markterfolg und Gegen - Öffentlichkeit der Stadtmagazine, S. 82-91
- Staatsbürger, Der: Thema: Die "neuen sozialen Bewegungen"; Beilage der Bayer. Staatszeitung, München April 1985, Nr. 4
- STAMM 1984, Presse- und Medienhandbuch, Leitfaden durch Presse und Werbung, 37. Auflage, Essen 1984
- Stammen, Theo: Die Erneuerung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland nach 1945. In: Rausch, Heinz/ders. (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 10-33
- Staudt, Reinhold: Kommunale Pressearbeit. In: DÖV 1964, S. 126-129
- Stange, Kurt/Henning, Hans-Joachim: Formeln und Tabellen der mathematischen Statistik, 2. Auflage, Berlin, Heidelberg, New York 1966
- Stankowski, Martin: Die Szene und ihre "Macher"- oder was ist alternativer Professionalismus? In: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 62ff
- Starkmann, Alfred: Und sie lesen doch. In: DIE WELT v. 09.10.1985 S. 2
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2, Zahlen & Fakten über die Bundesrepublik 1985/1986 Bonn, Stuttgart 1985
- Staudinger, Hugo: Mensch und Politik, 1967
- Stefen, Rudolf: Jugendmedienschutz. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 75ff
- Stern, Klaus: Neue Medien - neue Aufgaben des Rechts - Abhandlung In: DVBl. 1982, S. 1109ff
- Stockinger, Hans Gerhard: Kommunalpolitik. In: Gutjahr-Löser, Peter/Hornung, Klaus (Hrsg.): Politisch-pädagogisches Handwörterbuch, 2. Auflage, München 1985, S. 251-253
- ders./Treffler, Gerd A.: Bürgernahe kommunale Öffentlichkeitsarbeit: Hilfen für Mandatsträger und Verwaltung,

1983

- Stocklasse, P.: Der Inhalt der Zeitung. Eine statistische Untersuchung. In: Schulz, W.: Der Inhalt der Zeitungen; Journalismus, Beiheft 4, Düsseldorf 1970, S. 89-97
- Stofer, W.: Auswirkungen der Alleinstellung auf die publizistische Aussage der Wilhelmshavener Zeitung; Nürnberger Forschungsberichte, Bd. 2, Nürnberg 1975
- Stoltenberg, Gerhard, Die Lokalpresse - Anwalt aller Bürger in: Bulletin der Bundesregierung v. 8 November 1986 Nr. 136 S. 1138-1141
- Struve, Günter: Auskunftspflicht der Behörden. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 18ff
- Stuiber, Heinz Werner: Kommunikationsräume der lokal informierenden Tagespresse, Nürnberger Forschungsberichte, Bd. 1, Nürnberg 1975
- ders.: Zu den Funktionen der Massenkommunikation - Politische und soziale Orientierung als Grunddimension massenkommunikativer Leistungen. In: Rühl, Manfred/Walchshöfer, Jürgen (Hrsg.) Politik und Kommunikation, Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Erlangen 78, S. 211-235
- ders.: Die lokal informierende Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland. Nürnberger Forschungsberichte, Band 4, Nürnberg 1975
- Stuke, Franz A.: Zeitungen selbstgemacht. In: Jörren, Otfried (Hrsg.): Stadtteilzeitungen und lokale Kommunikation, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Band 32, München u.a. 1980, S. 118-142
- Sturm, Hertha: Massenmedien als Bildungsfaktoren. In: Forschung und Information Bd. 16, Schriftenreihe der Rias-Fernuniversität, Berlin 1974, S. 64-76
- Tacke, Walter: Die Stadt in der Sicht ihrer Bürger. Umfrage zur Einstellung. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 219-234
- Teichert, Will: Regionalisierung im Rundfunk; Erwartungen und Defizite. In: Thomas, M. W. (Hrsg.): Die lokale Betätigung oder der Bürger und seine Medien, Berlin 1981, S. 111-121
- Tettinger, Peter J.: Neue Medien und Verfassungsrecht; Schriftenreihe des Instituts für Rundfunkrecht an der Universität Köln, Band 28, München 1980
- Thaysen, Uwe: Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen. Ein Beitrag zur Entwicklung kooperativer Systeme mittelbarer und unmittelbarer Demokratie, Heidelberg 1982
- Theis, Anna Maria: Massenmedien und politische Steuerung; Aufklärungskampagnen im Kontext staatlicher Interventionspolitik, Augsburg 1984
- Theisen, Heinz: Zukunftsängste und pluralistische Demokratie

- tie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte; Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 35-36/84
- Thierauf, Lothar W./Lerch-Stumpf, Monika: Inwieweit können Anzeigenblätter das publizistische Angebot von Tageszeitungen ergänzen und damit zur Meinungsvielfalt im Pressewesen beitragen? Medien-Gutachten Band I, Forschungsprojekt SM 10-344651-1/76 des Bundesministeriums des Innern, Gesellschaft für Grundlagenforschung mbH
- Thomas, Carmen: Randgruppen in der Berichterstattung - Eine Stichprobe. Wer liest schon gern von Elendsmuff! In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 45/1975, S. VIII
- Thomas, M.: Politik ins Dorf tragen. Lokal- und Stadtteilzeitungen der Parteien: keine Alternative, aber Ergänzung. In: Medium 10/76, S. 17-19
- Thomas, Michael Wolf: So wie es ist, wird es nicht bleiben. Perspektiven für die 80er Jahre. In: ders. (Hrsg.): Die lokale Betäubung oder der Bürger und seine Medien, Berlin 1981, S. 7-36
- Thränhardt, Dietrich: Die Abhängigkeit der Gemeinden von Bund und Ländern und die kommunale Demokratie. In: Rausch, Heinz/Stammen, Theo (Hrsg.): Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik, Sonderausgabe für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 3. Auflage, München 1977, S. 89-116
- Tillmann, Berthold: Politikverflechtung zwischen Zentralinstanz und lokaler Ebene. In: Frey, Rainer (Hrsg.): Kommunale Demokratie, Bonn 1976, S. 66-96
- Torbohm, Jost: Die Evolution der Presseämter. In: Der Städtetag 9/71, S. 499
- ders.: Öffentlichkeitserbeit für die Städte. In: Der Städtetag 6/69, S. 269ff
- ders.: Imagepflege der Stadt. In: Der Städtetag 12/72, S. 636ff
- Treffer, Gerd A.: Presse und Rathaus: Zur Praxis der Öffentlichkeitsarbeit von Städten und Gemeinden, 1981
- Truchsess, W. F.: Pro-kontra: Kritik an der Alltagspraxis. Wie man sich das Leben möglichst schwer macht. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 45/1975, S. V
- Uelzhöffer, Jörg: Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 95-130
- Unruh, Georg-Christoph von: Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - Betrachtungen über die Eigenart des Inhalts von Art 28 GG - In: DöV 1986, S. 217-224
- Urschlechter, Andreas: Öffentlichkeitsarbeit - eine kommunale Pflichtaufgabe? In: Der Städtetag 11/74, S. 595ff
- Vandrey, H.-J.: 100 Leser gestalten eine Lokalseite. In: Neue Deutsche Presse 34. Jg. 7/1980
- Veen, Hans-Joachim: Wer wählt grün? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 35-36/84

- Vetterlein, T.-G.: Parlamentarische Willensbildung auf Kommunalebene. In: ZParl 4/1976, S. 531ff
- Vilmar, Fritz: Partizipation. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.) Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1983, S. 339-344
- Vogel, Hans-Jochen: Städte im Wandel, Stuttgart 1971
- Voigt, Rüdiger: Kommunalpolitik. In: ders. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 239-243
- Voss-Dietrich, V.: Das Lokale. In: Handbuch der Publizistik, Band 3, Berlin 1969
- Wagner, E.: Unverzichtbar, diese standortgebundene lokale Tageszeitung, Bonn 1978
- Walchshöfer, Jürgen: Staatsbürger und öffentliche Verwaltung. In: Rühl, Manfred/ders. (Hrsg.) Politik und Kommunikation, Nürnberger Forschungsberichte, Sonderband, Erlangen 1978, S. 71-85
- Walter, Günther: Neue Wege der Bürgerbeteiligung. Erfahrungen in der Bauverwaltung der Stadt Stuttgart. In: Der Städtetag 1/77, S. 27ff
- Walter, Jürgen: Plärrer (Stadtmagazin: Nürnberg, Erlangen, Fürth) In: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 75ff
- Warren, Roland L.: Soziologie der amerikanischen Gemeinde, Köln/Opladen 1970
- Wehling, Hans-Georg: Gemeinde und politisches Lernen: In: ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 277-297
- ders.: Kommunalpolitik In: Pipers Wörterbuch (6 Bde), Bd. 2: Westliche Industriegesellschaften, hrsg. v. Manfred G. Schmitt, München, Zürich 1983 S. 174-183
- ders.: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zur Zeitgeschichte Bd. 17, Berlin 1986
- ders. (Hrsg.): Dorfpolitik, Opladen 1978
- ders.: Der Bürgermeister und "sein" Rat. Kommunalpolitik in der Bundesrepublik im Vergleich. In: Politische Studien, 35. Jhrg., Jan/Febr. 1984, S. 27ff
- ders.: Vom Elend lokaler Berichterstattung. In: Bürger im Staat, 3/1971, S. 157
- ders.: Kommunalpolitik - Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975 S. 7-12
- ders./Wehling, Rosemarie: Gemeinde und Gemeindereform. In: ders. (Hrsg.): Kommunalpolitik, Hamburg 1975, S. 12-42
- ders./Werner, Axel: "Schlafgemeinden". Integrations- und Identitätsprobleme kleiner Gemeinden in Ballungsräumen, Opladen 1975
- Weichler, Kurt: Gegendruck, Lust und Frust der alternativen Presse. Reinbeck 1983
- Weikert, Hans-Jochem: Anzeigenblätter - Beitrag zur Medienvielfalt? In: Der Städtetag 7/84, S. 487ff
- Weiler, Gabriele/Volmer, Angelika: Bürgerinitiativbewegungen heute. In: Politische Studien, 31. Jhrg., Sept./Okt.

- 1980, S. 549-551
- Weinberger, Marie-Luise: Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn 1984
- Weiss, Hans-Jürgen: Die Thematisierungsfunktion der Tagespresse. Eine amerikanische Studie zur Überprüfung der Agenda-Setting-Hypothese. In: Media Perspektiven 9/80, S. 613-620
- Wenzel, K. E.: Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, Handbuch des Äußerungsrechts, 2. Auflage, Köln 1979
- Werner, Axel: Bürgerinitiativen - Versuch einer Bestandsaufnahme theoretischer Positionen und empirischer Befunde. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.): Kommunalpolitik, S. 254-276, Hamburg 1975
- Westerbarkey, Stadtteilzeitung. Zum Beispiel: "MS-Roxel" in: Medium 1/80 S. 28-30
- Widmaier, Hans-Peter: Sozialpolitik im Wohlfahrtsstaat. Zur Theorie politischer Güter, Hamburg 1976
- Wildenmann, R./Klattefleiter, W.: Funktionen der Massenmedien, Frankfurt/M., Bonn 1965
- Wilhelm, Bernhard: Medienpolitik. In: Schiwy P./Schütz W. (Hrsg.): Medienrecht, Stichwörter für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1977, S. 95ff
- Windhoff-Heritier, Adrienne: Partizipation und Politikinhalte. Voraussetzungen und Folgen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung im kommunalen Entscheidungsprozeß. In: Gabriel, Oskar W. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. Beiträge zur Kommunalwissenschaft 13, München 1983, S. 305-339
- dies.: Implementation. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, München 1983, S. 212-215
- Wollmann, Helmut (Hrsg.): Politik im Dickicht der Bürokratie, Beiträge zur Implementationsforschung, Opladen 1980
- Wolz, Dieter: Die Presse und die lokalen Mächte. Eine empirische sozialwissenschaftliche Untersuchung über Pressekonkurrenz und Herrschaft in der Gemeinde. Journalismus Band 10 (Neue Folge), hrsg. von Ronneberger, Franz/Bringmann, Karl, 1978
- Ziebill, O.: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1972
- Zielinski, Heinz: Kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen, Frankfurt 1977
- dies.: Wahlverhalten in Kommunalwahlen. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik, Opladen 1984, S. 496-499
- Zilleßen, H.: Bürgerinitiativen im repräsentativen Regierungssystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 12/74, S. 3ff
- Zimmermann, Friedrich: Die Demokratie kann nicht auf die Lokalpresse verzichten. In: BMI - Mitteilungen, Nr. 32 vom 20.11.1984, Hrsg.: Bundesministerium des Innern

- Zimmermann, Klaus: Zur Imagearbeit von Städten. In: Der Städtetag 5/73, S. 245ff
- Zimpel, Gisela: Politische Beteiligung. In: Görlitz A. (Hrsg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bd. 2, München 1972, S. 327-332
- Zoll, Ralf u.a: Wertheim III. Kommunalpolitik und Machtstruktur, München 1974
- ders.: Gemeinde als Alibi. Materialien zur politischen Soziologie der Gemeinde, München 1972
- ders. (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbildung, Kritik 4, Opladen 1971
- Zollikofer, H. jun.: Die Presse als Wegweiser durch den Informationsdschungel. In: Padrutt, u.a.: Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972
- Zügel, Wolfgang: Die Tageszeitung "taz" (Berlin). In: Bertelsmann Briefe, Heft 111/112, April 1983, S. 71ff

Lebenslauf

Günther Denzler

geb. am 26.02.1948 in Bamberg

verheiratet mit Dipl.-Päd. Christine Denzler-Labisch

2 Töchter

Ausbildung:

- | | |
|-------------|--|
| 1954 - 1962 | Besuch der Volksschule Stappenbach,
Landkreis Bamberg |
| 1962 - 1968 | Besuch des humanistischen Gymnasiums
"Theresianum" Bamberg |
| 1968 | Abitur |
| 1968 - 1972 | Studium der Rechtswissenschaft und der Betriebs-
wirtschaft an den Universitäten Würzburg und
Regensburg |
| 1972 | 1. juristische Staatsprüfung |
| 1973 - 1975 | Referendarzeit |
| 1975 | 2. juristische Staatsprüfung |
| 1978 - 1980 | Studium der Politikwissenschaft an der
Universität Bamberg |
| 1981 | Vordiplom |
| 1982 - 1988 | Haupt- und Promotionsstudium in Politikwissen-
schaft an der Universität Bamberg |

Beruflicher Werdegang:

- | | |
|--------------|---|
| 1975 - 1977 | Regierungsrat an der Bezirksregierung in
Oberfranken |
| 1977 - 1982 | Leiter verschiedener Abteilung am Landrats-
amt Bamberg |
| 1981 | Beförderung zum Oberregierungsrat |
| 1982 - heute | Leiter der Abteilung für Personalangelegen-
heiten und Organisationsfragen an der
Universität Bamberg |



Laubanger 15 · 8600 Bamberg
Tel. 09 51/6 43 21